This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UC-NRLF
$B 22 238

GERMAN LIBRARY.

OF THE

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Received June 1886.

Accessions No. 29917 Shelf No.

Verfassung und Demokratie

der

Vereinigten Staaten von Amerika.

Von

Dr. H. v. Holst,
Professor an der Universität Freiburg i/B.

I. Theil:

Staatensouveränetät und Sklaverei.

3. Abtheilung:

Von der Annexion von Texas bis zum Kompromiß von 1850.

Berlin,
Verlag von Julius Springer.
1881.

Verfassungsgeschichte

der

Vereinigten Staaten von Amerika

seit der Administration Jackson's.

Von

Dr. H. v. Holst,
Professor an der Universität Freiburg i/B.

Zweiter Band:

Von der Annexion von Texas bis zum Kompromiß von 1850.

Berlin,
Verlag von Julius Springer.
1881.

JK31
.H77

=491

P. R. S.

Herrn Geheimrath

Dr. Heinrich von Sybel

Direktor der Königlich Preußischen Archive

in dankbarer Verehrung

gewidmet

vom Verfasser.

Vorwort.

Der zweite Band der Verfaſſungsgeſchichte der Vereinigten Staaten von Amerika*) würde längſt in den Händen des Publikums ſein, wenn die Ausarbeitung nicht ein volles Jahr — Juli 1878 bis Juli 1879 — unterbrochen worden wäre. Die Großherzoglich Badiſche Regierung entband mich für die Dauer deſſelben meiner Pflichten als akademiſcher Lehrer und die Königlich Preußiſche Akademie der Wiſſenſchaften verlieh mir ein Reiſeſtipendium von 9000 Mark, um in den amerikaniſchen Bibliotheken neues Material zu ſammeln und durch Bereiſung der mir noch nicht aus eigener Anſchauung bekannten Theile der Union — die Südſtaaten und das Gebiet weſtlich vom Miſſiſſippi bis an den Stillen Ozean — neue und weitere Geſichtspunkte zu gewinnen. Ich kann meinem tiefempfundenen Danke nur in dem Wunſche Ausdruck geben, daß dieſer Band von den kompetenten Kritikern in einer Weiſe beurtheilt werden möge, die dieſe außerordentliche Liberalität nicht übel angebracht erſcheinen läßt. In erſter Linie hatte ich es Heinrich von Sybel zu danken, der vor nunmehr bald dreizehn Jahren die erſte Anregung zu dem Werke gab, daß daſſelbe in ſo großartiger Weiſe von der Akademie gefördert wurde. Die Zahl Derer, die mich ſonſt, theils direkt und theils indirekt, in der Verfolgung meiner Zwecke unterſtützt haben — Deutſche, Deutſch-Amerikaner und Amerikaner — iſt zu groß, als daß ich ſie alle namhaft machen könnte. Ich verzichte daher lieber ganz darauf Namen zu nennen, da es mich ſchmerzen würde, wenn auch

*) Dritter Band von „Verfaſſung und Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika".

nur Einer den ungegründeten Verdacht hegte, ich hätte seine Dienste vergessen. Alle bitte ich sie, überzeugt zu sein, daß ich stets dankbar der Hilfe eingedenk bleiben werde, die ich von ihnen erfahren habe.

Ich freue mich, meinen Lesern mittheilen zu können, daß Herr Julius Springer sich auf meine Bitte gern bereit erklärt hat, dem vielfach geäußerten Wunsche gemäß nach Vollendung des Werkes ein vollständiges Sachregister drucken zu lassen. Jedem einzelnen Bande einen Index beizugeben, wäre zu kostspielig gewesen. Ich hoffe jedoch, daß dieser Band schon durch das ausführliche Inhaltsverzeichniß und die Kolumnenüberschriften erheblich an Uebersichtlichkeit gewonnen haben wird.

Freiburg i/B., 26. Dezember 1880.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichniß.

Erſtes Kapitel.

Seite

James K. Polk und ſein Kabinet 1

Verhalten des Volkes bei Adminiſtrationswechſeln, S. 1. Weiterungen unter den leitenden demokratiſchen Politikern, S. 3. Charakteriſirung der Mitglieder des Kabinets, S. 10. Charakteriſirung Polk's, S. 14. Polk's Inauguraladreſſe, S. 17.

Zweites Kapitel.

Geſchichte der Oregon-Frage bis zur Präſidentſchaft Polk's 22

Die Entdeckungsgeſchichte, S. 22. Die Linie des Friedens von Utrecht, S. 25. Aſtoria und der Friede zu Gent, S. 26. Die Konvention von 1818, S. 27. Thatſächliches Verhalten England's und der Bundesregierung gegenüber Oregon, S. 28. Entſtehungsgeſchichte der Linie 54° 40′ n. Br., S. 30. Frontveränderung England's, S. 32. Verlängerung der Konvention von 1818, S. 33. Die Hudson's Bay Company, S. 34. Amerikaniſche Beſiedelung des Landes, S. 35. Der Kongreß beginnt lebhafteres Intereſſe an Oregon zu nehmen, S. 36. Die Politik „meiſterhafter Unthätigkeit", S. 39. Fremont's Entdeckung eines Paſſes über die Rocky Mountains und Aſa Whitney's Plan einer Eiſenbahn an den Stillen Ozean, S. 40. Der Weſten fordert ganz Oregon, S. 41. Demagogiſche Agitation der Oregon-Frage im Parteiintereſſe und uſurpatoriſche Tendenzen im Senat, S. 42. Neue vergebliche Unterhandlungen, S. 45.

Drittes Kapitel.

Texas 48

Tyler ſoll Polk als Sündenbock dienen, S. 48. Der Wortbruch Polk's, S. 49. Die von Tyler und Polk hintergangenen Senatoren ſchuldiger als die beiden Präſidenten, S. 51. Annäherung von Mexico und Texas, S. 53. Theilweiſe Aenderung der Stimmung in Texas hinſichtlich der Annexionsfrage, S. 54. Präliminarfrieden zwiſchen Mexico und Texas, S. 57. Verwerfung deſſelben und Annahme der

Seite

Annexionsbedingungen, S. 58. Demagogische Agitation der Annexionisten, S. 59. Polk läßt seine Agenten Versprechungen machen, zu denen er nicht befugt ist, S. 60.

Viertes Kapitel.

Polk knüpft den Zettel des mexicanischen Krieges 63
Mexico's Kriegsdrohungen, S. 63. Taylor's Instruktionen und die Grenzfrage, S. 67. Donelson's Rathschläge, S. 75. Die sich selbst widersprechenden Instruktionen vom 30. Juli, S. 76. Vorbereitende Schritte zur Aufstellung einer bedeutenden Truppenmacht am Rio Grande, S. 76. Polk erklärt die Ueberschreitung des Rio Grande durch mexicanische Truppen für eine Invasion der Vereinigten Staaten und den Beginn der Feindseligkeiten ansehen zu wollen, S. 78. Verfassungsrechtliche Kritik dieses Schrittes, S. 79. Polk nimmt einen Einfall in das mexicanische Gebiet in Aussicht, S. 82. Mexico sucht ängstlich einen Zusammenstoß zu vermeiden, S. 83. Taylor thut der Administration nicht den Gefallen, ohne ausdrücklichen Befehl an den Rio Grande zu marschiren, S. 84. Unterhandlungen mit Mexico, S. 85. Die Eroberung von California in Aussicht genommen, S. 87. Polk will New Mexico und California kaufen, S. 89. Slidell's Mission keine Spiegelfechterei, S. 91. Hat sie keinen Erfolg, so ist Polk entschlossen, „die Krisis zu erzwingen", S. 92.

Fünftes Kapitel.

Zwischenspiele und Zeichen der Zeit 93
Die Annexion von Texas „vergessen und vergeben", aber die feindselige Gesinnung der nordstaatlichen Bevölkerung gegen die Sklavokratie verbreitet und verschärft sich, S. 93. Cassius M. Clay, S. 95. John P. Hale, S. 102. Die Gesetze South Carolina's gegen farbige Seeleute und die Mission Hoar's, S. 103. Gemeinschaftliche Aufnahme von Iowa und Florida als Staaten in die Union, S. 112. Die Spolienpolitik und die Lehre von der Rotation der Aemter, S. 115. Die Grundsätze der reinen Demokratie werden auf die richterliche Gewalt angewendet, S. 121. Die progressive Demokratie, S. 124. Das Oberbundesgericht hat unbemerkt und allmählich eine tiefgreifende Wandelung erfahren, S. 126.

Sechstes Kapitel.

Doppelspiel gegen England und Mexico 128
1. **Dem starken England eine kriegerische Politik mit dem Schwert an der Wand.** Polk's Anerbieten des 49. Grades als Grenzlinie von Pakenham zurückgewiesen, S. 128. Polk erklärt ein Kompromiß für unmöglich und empfiehlt die Kündigung der Konvention von 1818/27, S. 130. Cass beantragt, den Stand der Wehrkraft des Landes in Erwägung zu ziehen, S. 131. In beiden Häusern des Kongresses wird die Kündigung der Konvention von 1818/27 beantragt, S. 133. Polk lehnt

Seite

ein Schiedsgericht ab, S. 134. Der Präsident sucht dem Senat, resp. dem Kongreß die Entscheidung zuzuweisen, S. 135. Ansprüche des Repräsentantenhauses, S. 138. Die Radikalen und Calhoun in der Kündigungsfrage, S. 140. Stellung des Nordwestens zur Oregon-Frage, S. 142. Stellung des Südens zur Oregon-Frage, S. 143. Der Westen beschuldigt den Süden des Treubruches, S. 148. Polk's wahre Politik, S. 151.

Siebentes Kapitel.

Doppelspiel gegen England und Mexico 160

2. **Dem schwachen Mexico eine Friedenspolitik mit gezogenem Schwert.**

Aufnahme von Texas in die Union, S. 160. Mexico beanstandet die Kreditive Slidell's, S. 163. Motivirung der Haltung Herrera's, S. 165. Mexico will mit Slidell als Kommissär über Texas unterhandeln, aber weigert sich, ihn als Gesandten zu empfangen, S. 166. Der Befehl vom 13. Januar 1846, S. 167. Slidell fordert „feindselige Demonstrationen", S. 170. Polk hofft Mexico einzuschüchtern, S. 171. Das Repräsentantenhaus macht sich zum Mitschuldigen der lichtscheuen Politik des Präsidenten, S. 173.

Achtes Kapitel.

Doppelspiel gegen England und Mexico 174

3. **Der Theaterdonner verhallt und das Gewitter bricht los.**

Die Abwiegelung in der Oregon-Frage beginnt, S. 174. Haywood's Rede, S. 176. Die Krisis überstanden, S. 178. Kündigung der Konvention von 1818/27, S. 179. Fremont in California und Gillespie's Mission, S. 181. Scheitern der Mission Slidell's, S. 185. Taylor's Marsch an den Rio Grande, S. 186. Er beginnt die Feindseligkeiten, S. 188. Der erste blutige Zusammenstoß, S. 191.

Neuntes Kapitel.

„Der Krieg des Lügners Polk" 192

Polk's Kriegsbotschaft vom 11. Mai 1846, S. 192. Das Repräsentantenhaus stellt sich ohne Debatte auf den Standpunkt der Botschaft, S. 194. Die Kriegsbotschaft im Senat und verfassungsrechtliche Kritik der Behauptungen und des Verhaltens Polk's, S. 195. Die Kriegsbill vom Senat angenommen, S. 200. Die Haltung der Opposition, S. 201. Selbstprostituirung des Kongresses, S. 202.

Zehntes Kapitel.

Die Ziele und die muthmaßlichen Resultate des Krieges 205

Kriegsoperationen, S. 205. Kearny in New Mexico, S. 206. Eroberung von California, S. 209. Keine „Eroberungen", aber „Entschädigungen", S. 213. „Our manifest destiny", S. 215. Stellung des Volkes zu Polk, S. 218. Austrag des Streites über Oregon, S. 219. Angeblicher Zusammenhang der Oregon- und der Tarif-

Seite

Frage, S. 220. Der Tarif von 1846 und Pennsylvania, S. 221. Bancroft's Ordre hinsichtlich Santa Anna's, S. 224. Polk's „Friedensintrigue", S. 225. Der Präsident will eine passende Grenze und den Frieden kaufen, S. 227. Das Wilmot-Proviso, S. 228. John Davis' unzeitige Redelust, S. 229. Die durch den Krieg und das Wilmot-Proviso geschaffene Lage, S. 230.

Elftes Kapitel.

Die Session der „Drei-Millionen-Bill" und das Wilmot-Proviso . . . 233
Die Botschaft vom 8. Dez. 1846, S. 233. Scheitern der „Friedensintrigue", S. 234. Unstete Politik der Administration, S. 236. Die Feldherrenfrage, S. 238. Die „Drei-Millionen-Bill" und Einwirkungen des Krieges auf die Parteiverhältnisse, S. 240. Welcher Sektion sollen die zu erwerbenden Gebiete zufallen? S. 241. Die südlichen Whigs gegen Eroberungen, S. 242. Landerwerbungen sind nicht mehr zu vermeiden, S. 243. Der Norden mit großer Einhelligkeit für das Wilmot-Proviso, S. 244. Der Süden geschlossen dagegen, S. 245. Das Wilmot-Proviso keine Abstraktion. Calhoun's Resolutionen, S. 246. Kritik derselben, S. 247. Werden Sklaven von der Konstitution als Eigenthum anerkannt? S. 248. Calhoun erklärt die Aera der Kompromisse für geschlossen, S. 250. Er fordert die völlige politische Konsolidirung des Südens auf der Sklavenfrage, S. 252. Seine Repressalienpolitik und Kritik seiner Argumentation, S. 254. Siegeszuversicht des Südens, S. 256. Das Zurückweichen des Nordens wahrscheinlich, S. 257. Allmähliche Schwenkung eines Theiles der nordstaatlichen Demokraten, S. 258. Die „Drei-Millionen-Bill" ohne das Wilmot-Proviso passirt, S. 259. Die Ergebnisse der Session, S. 260.

Zwölftes Kapitel.

Fortgang und Ende des mexicanischen Krieges 262
Verhalten der Truppen, S. 262. Kriegsereignisse, S. 264. Die Mission von N. P. Trist und neue Siege Scott's, S. 265. Waffenstillstand und fruchtlose Unterhandlungen, S. 266. Eroberung von Mexico und Zusammentritt des 30. Kongresses, S. 267. Parteiverhältnisse, S. 268. Haltung der Opposition, S. 269. Uebele Lage der Administration durch die Schwierigkeit, den Frieden zu erobern, S. 270. Polk's letztes Auskunftsmittel, S. 271. Ausschweifende Eroberungsgelüste, S. 273. Trist schließt einen Friedensvertrag, S. 274. Ratifikation des Vertrages, S. 275.

Dreizehntes Kapitel.

Der Kampf um Oregon und die Präsidentenwahl von 1848 277
Vergeblicher Versuch des 29. Kongresses, Oregon als Territorium zu organisiren, S. 277. Motive und Taktik des Südens, S. 278. Neue Ansprüche hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien, S. 279. Die

Seite

Lehre von der Squattersouveränetät, S. 280. Kritik der Lehre Calhoun's, S. 283. Innerer Zwiespalt der demokratischen Partei, S. 284. Die demokratische Nationalkonvention zu Baltimore; Barnburners und Hunkers, S. 285. Die Territorienfrage in der Konvention, S. 288. Taylor und seine Kandidatur, S. 291. Henry Clay, S. 295. Unbrauchbarkeit des alten Parteiprogrammes der Whigs für den Wahlkampf, S. 296. Ein Präsidentschaftskandidat ohne politisches Glaubensbekenntniß, S. 297. Was Taylor's Kandidatur für die Whigs bedeutet. S. 298. Taylor seinen Partisanen noch nicht farblos genug, S. 299. Taylor und die Territorienfrage, S. 300. Taylor unter politischer Vormundschaft, S. 301. Die Nationalkonvention der Whigs zu Philadelphia, S. 302. Die Nomination Taylor's, S. 303. Programmlosigkeit das Programm der Whigs, S. 303. Opposition der Minorität, S. 304. Die Oppositionsparteien, S. 305. Die Clayton Bill, S. 306. Die verschiedenen Fraktionen des Südens und ihre verfassungsrechtlichen Doktrinen, S. 311. Die Oregon Bill, die Buffalo Konvention und die Free Soil Party, S. 315. Van Buren und die Freibodenpartei, S. 316. Die Oregon Bill des Repräsentantenhauses wird Gesetz. Resultate der Session, S. 318.

Vierzehntes Kapitel.

Die zweite Session des dreißigsten Kongresses. Fortsetzung des Kampfes um die Territorien. Erschütterung der Solidarität der Anschauungen und Interessen des Südens 319

Die Präsidentenwahl, S. 319. California, S. 320. Das Goldfieber, S. 321. Nothwendigkeit einer festen Regierung, S. 323. Die Vorschläge von Polk und Douglas, S. 324. Douglas, S. 325. Die Aufnahme von Douglas' Vorschlag, S. 326. California und New Mexico wollen nichts von der Sklaverei wissen, S. 327. Texas und New Mexico, S. 328. Die Gegner der Sklaverei im Repräsentantenhause ergreifen die Offensive, S. 330. Adresse der südlichen Delegaten an ihre Konstituenten, S. 331. Die südstaatlichen Whigs, S. 333. Resultate von Calhoun's Versuch, den Süden zu konsolidiren, S. 334. W. H. Seward, S. 336. S. P. Chase, S. 337. Möglichkeiten und Aussichten einer dritten Partei, S. 339. Die Grenzstaaten. Kentucky, S. 340. Plantagenstaaten versus Grenzstaaten, S. 343. Die Sklavokratie richtet selbst ihre Ansprüche, S. 345. Ein Theil des Südens gibt die neuen Territorien verloren, S. 346. Yucatan, S. 347. Cuba, S. 348. Walker's Amendement, S. 351. Webster und Calhoun über die verfassungsrechtliche Stellung der Territorien, S. 352. Kritische Beleuchtung der Territorienfrage, S. 355. Vertreter des Südens befürworten die Vertagung der Entscheidung, S. 357. Neue Anträge und Annahme des Walker'schen Amendements im Senat, S. 358. Die letzten Kämpfe, S. 359. Die Entscheidung vertagt, S. 360.

Seite

Fünfzehntes Kapitel.

Die erste Session des 31. Kongresses bis zur Einsetzung des Ausschusses der Dreizehn am 19. April 1850 361

Taylor's Inauguraladresse und sein Kabinet, S. 361. Mißstimmung der Whigs über die Spolienvertheilung, S. 362. Drohende Haltung der Sklavokratie, S. 363. Wie Taylor die Territorienfrage zu lösen sucht, S. 365. California gibt sich eine Staatskonstitution und verbietet die Sklaverei, S. 366. Bedeutung und unmittelbare Wirkung dieses Ereignisses, S. 369. Die Sprecherwahl, S. 371. Die Botschaft des Präsidenten, S. 376. Benton und Foote über Texas, S. 377. Natur und Ursachen der Krisis von 1850, S. 378. Bekenntnisse und Forderungen Meade's und Clingman's, S. 380. Die Auslieferung flüchtiger Sklaven, S. 381. Stephens räth dem Süden, sich zum Austrage des Streites durch das Schwert zu rüsten, S. 382. Der Süden muß ein Kompromiß schließen, S. 383. Clay's Vorschläge, S. 384. Aufnahme derselben im Senat, S. 385. Das Repräsentantenhaus verzichtet auf das Wilmot-Proviso, S. 386. Foote's Antrag vom 21. Februar, S. 388. Calhoun's Rede vom 4. März, S. 389. Webster's Rede vom 7. März, S. 394. Die konservative Strömung im Norden, S. 400. Die Rede Seward's vom 11. März, S. 402. Die Lehre vom „höheren Gesetz" und das „Bibelargument", S. 403. Taylor und die Whigs, S. 408. Kampf um die Aufnahme von California, S. 409. Die Einsetzung des Ausschusses der Dreizehn, S. 413.

Sechzehntes Kapitel.

Das Kompromiß von 1850 415

Taylor und die Whigs, S. 415. Die Kompromißvorschläge des Ausschusses der Dreizehn, S. 416. Die Nashville Konvention, S. 421. Taylor und Texas, S. 425. New Mexico wird zur Abhaltung einer konstituirenden Konvention aufgefordert, S. 426. Zerwürfniß zwischen Taylor und den Unionsrettern, S. 427. Taylor's Tod. Präsident Fillmore, S. 430. Das Kompromiß trotz des Geschickes der Omnibus Bill gesichert, S. 431. Fillmore's Botschaft vom 6. August. Der Senat passirt die Texas Bill. Die New Mexico Bill, S. 432. Giddings über die Botschaft vom 6. August, S. 433. Der Senat passirt die California Bill. Protest von zehn südlichen Senatoren, S. 434. Das Sklavenjagdgesetz, S. 434. Materialistische Tendenz des Zeitgeistes und die Tarif-Frage, S. 441. Umschwung in Boston. Die Texas Bill im Repräsentantenhause, S. 442. Passirung der Kompromißbills im Repräsentantenhause, S. 444. Der durch das Kompromiß begründete „dauernde Friede", S. 445.

Siebzehntes Kapitel.

Die Sklaverei „ein positives Gut" 447

Falsche Voraussetzungen aller Parteien, S. 447. Zunehmende Schwäche

Seite

der Sklavokratie, S. 448. Inkonsequenzen in der Selbstbeurtheilung des Südens, S. 449. Areal und Bevölkerung der beiden Sektionen, S. 450. Einwanderung und Auswanderung, S. 451. Baumwolle und Gesammtreichthum des Nordens und Südens, S. 452. Ackerbau, S. 453. Schifffahrt, S. 455. Großindustrie, S. 456. Gewerke und Patente, S. 457. Eisenbahnen, S. 458. Flüsse und Straßen, S. 459. Post, Buchhandel und Presse, S. 460. Schulen und Bibliotheken, S. 461. Das ländliche Proletariat des Südens, S. 462. Unhaltbarkeit der Zustände im Süden, S. 463. Mobile und New Orleans, S. 464. South Carolina und Charleston, S. 465. Wirthschaftliche Konventionen. Einseitigkeit der Wirthschaft, S. 466. Der Schaden liegt tiefer, da selbst der Ackerbau in der rohesten Weise betrieben wird, S. 468. Die tiefste Wurzel aller Uebelstände, S. 469. Der Süden bewegt sich in einem Labyrinth von Widersprüchen, S. 471. Die wirthschaftliche Reform unmöglich und unstatthaft, S. 473. Der Süden verkümmert und verzehrt sich an den unschlichtbaren inneren Gegensätzen, S. 474.

Erstes Kapitel.

James K. Polk und sein Kabinet.

Die Schilderungen, welche eine gewisse Klasse Amerikaner — die berufsmäßigen Redner, die ihre Gedankenarmuth durch ein frostiges, inhaltloses Pathos zu verhüllen suchen — von dem Geistes- und Empfindungsleben des Volkes der Vereinigten Staaten zu entwerfen pflegt, gleichen der Wirklichkeit nicht mehr als eine Gebirgslandschaft einer ungarischen Pusta. Kothurn und Maske werden auf der Bühne dieses modernsten Volkslebens verwandt und die in ihrer vernünftigen Nüchternheit achtunggebietende Wirklichkeit erscheint zur Grimasse verzerrt, in der das Widerliche mit dem Lächerlichen um das Uebergewicht ringt.

„Das erhabenste Schauspiel: ein freies Volk durch Stimmzettel friedlich entscheidend, welcher Bürger an der Spitze des Staates stehen soll", das in der Alltagssprache eine Präsidentenwahl heißt, reizt die Menschheit nicht zu staunender Bewunderung, und die Kronenträger beugen sich nicht in Ehrfurcht vor dem Inhaber des „hehrsten Amtes der Welt". Die Parteipresse und die „Stumpredner" haben sich seit der zweiten Präsidentenwahl in zu großem Maße und mit zu viel Behagen Unrathes jeder Art als Waffe bedient, um der Präsidentschaft einen idealen Glorienschein zu lassen; und so viele Präsidenten haben als einziges Wappenschild den Fabrikstempel der Parteimaschine geführt, daß die übrige Welt bisweilen versucht ist, die Würde des Amtes zu sehr nach der Würdigkeit der zeitweiligen Träger desselben abzuschätzen.

Die Amerikaner haben kein Recht, sich darüber zu beklagen, da die Präsidentenwahlen in ihnen selbst keine heiligen Schauer erregen und gerade sie am wenigsten geneigt sind, der Würde des Amtes die ge-

bührende Rücksicht angedeihen zu lassen. Das Volk in seinem Werktagstreiben nimmt nicht die geringste Notiz von dem Akt des Personenwechsels auf dem Präsidentenstuhl; allein in Washington ist jedes vierte Jahr der vierte März ein großer Tag. Nur ein einziges Mal, am 4. März 1861, hat das ganze Volk mit athemloser Spannung den Amtsantritt des erwählten Präsidenten verfolgt. Sonst ist stets die Inauguraladresse, das Programm der neuen Administration, mit einer gewissen Gelassenheit zur Hand genommen und von Allen mit der Ueberzeugung gelesen worden, daß das Morgen dem Gestern ähnlich genug sehen werde, um sich die Nachtruhe nicht stören zu lassen, wie unzweifelhaft auch die Deduktionen jeder Partei während des Wahlkampfes dargethan, daß beim Siege der anderen die Zukunft der Republik nur ein Ausrufungs- und ein Fragezeichen sein könne. Vier Monate liegen zwischen der thatsächlichen Wahlentscheidung und dem Administrationswechsel. Hat sich ein Umschwung in den Parteiverhältnissen vollzogen und selbst auch, wenn nur ein Personenwechsel stattfindet, trägt diese Periode in gewissen Hinsichten den Charakter eines Interregnums und das bringt mancherlei Uebelstände mit sich. Allein diese sind nicht hoch zu veranschlagen gegenüber dem Vortheil, daß die durch den Wahlkampf erregten Leidenschaften Zeit haben, sich zu legen. Auf beiden Seiten tritt eine heilsame Ernüchterung ein. Bei den Siegern kommen das Gefühl der Verantwortlichkeit und der konservative Geist mehr zur Geltung, der nach der Natur der Sache von dem Besitz der Macht untrennbar ist, und die Geschlagenen bekunden die gesunde Kraft des Volksgeistes, der sich stets sogleich mit männlichem Gleichmuth und Selbstvertrauen in vollendete Thatsachen schickt, und sie finden Trost in der Hoffnung, daß ihnen nach vier Jahren das Glück vielleicht günstiger sein wird. Und können sie sich nicht einmal mit dieser Hoffnung schmeicheln, so haben doch der dem Amerikaner eigenthümliche Optimismus, der nicht selten bis zur denkfaulen Leichtherzigkeit geht, und das Verlangen nach Ruhe die Tendenz, das Schwarz und das Weiß, die bis zur Wahl so schroff einander gegenüber zu stehen schienen, in ein indifferenteres Grau zusammenfließen zu lassen. Ein neuer Präsident darf mithin immer erwarten, bei seinem Amtsantritt viel weniger verbissenes Uebelwollen und viel mehr kühles Blut bei der gegnerischen Partei zu finden, als die Wahlreden versprachen.

Auch Polk hatte sich in dieser Hinsicht nicht zu beklagen. Die Whigs hatten, wie wir gesehen, in mehr als gewöhnlichem Grade Grund, über ihre Niederlage verbittert zu sein. Trotzdem wehten in Washington

bei der Inauguration ihre Fahnen neben denen der Demokraten. Ein Fremder hätte glauben können, die ganze Nation sei von Festfreude erfüllt. Ein heftiger kalter Regen vergällte sie allerdings den Schaulustigen, aber es ließen sich keine Unglückspropheten vernehmen, die ihn für ein böses Omen erklärten. Hätte Clay am Morgen auf dem Kapitol den Amtseid zu leisten gehabt, so hätte die Mißstimmung der Unterlegenen vielleicht dunkelere Schatten durch die Fenster in die hellen Tanzsäle der Inaugurationsbälle geworfen. Wer aber den siegfreudigen Demokraten auf dem nächtlichen Heimwege gefolgt wäre, dem hätte der Wind manches Flüsterwort zugetragen, das auf kommende Stürme hindeutete. Die Eingeweihten konnten sich schon jetzt fragen, ob die nächste Folgezeit ihre besondere Signatur nicht dadurch erhalten werde, daß der Herd derselben in dem Lager der Sieger zu suchen sei. Die Whigs mochten sich sagen, daß sie mit Polk kaum viel schlimmer fahren könnten als mit Tyler, der seine präsidentschaftliche Odyssee unter ihrer Fahne begonnen hatte. Die Demokraten dagegen hatten, schon ehe sie in den Besitz der Früchte ihres Sieges gelangt waren, die Besorgniß überschlichen, daß sie sich ihres Triumphes nicht lange zu freuen haben dürften, da die Saaten der Zwietracht mit vollen Händen in ihre Reihen gestreut wurden und der Säemann der erwählte Präsident war.

Jackson hatte sich in dem zweiten Jahre seiner Administration (1830) in dem Globe ein eigenes Organ geschaffen, das ihm in allen seinen Kämpfen vortreffliche Dienste leistete. Jackson würdigte dieselben in vollem Maße und rechnete den Herausgeber Fr. P. Blair zu seinen intimsten Freunden. Daß der Globe auch unter Van Buren das Administrationsorgan blieb, war daher selbstverständlich, da dieser ja bei seinem Amtsantritte offiziell erklärt hatte, nicht mehr zu ambitioniren, als das Werk seines großen Vorgängers genau in dessen Geist fortzuführen. Der Sieg Harrison's schlug Blair die Regierungskrücken unter den Armen fort. Der Globe fristete jedoch sein Leben weiter, und sowohl Blair wie Jackson dachten nicht anders, als daß die Wiederaufrichtung der demokratischen Herrschaft ipso facto auch ihn wieder in seine alte Stellung zurückversetze. Allein der Siegesbotschaft folgten vage Gerüchte auf den Fuß, daß Polk nicht gesonnen zu sein scheine, sich Koch und Küchenzettel von dem sterbenden Invaliden der Hermitage zuschicken zu lassen. Schon am 14. Dezember 1844 wurde Blair von Jackson über ein Projekt unterrichtet, ihn zwar Eigenthümer des Globe bleiben zu lassen, aber Ritchie zum Herausgeber zu machen, das hieß ihn als König Klotz bei Seite zu stellen und Ritchie als Minister

Storch die Regierung über die Frösche zu übertragen. Noch meinte jedoch Jackson, es handele sich wohl nur um eitele Projekte einiger schwachköpfiger Politiker; Polk werde sich nicht selbst das Messer an die Kehle setzen und vertrauliche Warnungen würden rechtzeitig das Intriguennetz zerreißen. Er selbst übernahm die Rolle des getreuen Warners, und er hatte Grund zu der Annahme, daß das Eindruck machen werde. Wie Van Buren so hatte auch Polk seine offizielle Größe zum nicht geringen Theile dem zu danken, daß er die Rockschöße Jackson's nicht hatte fahren lassen, wohin und wie derselbe auch marschiren mochte. Der Einfluß des Ex-Präsidenten war noch immer ungeheuer, so daß es nicht ganz grundlos war, wenn hier und da gesagt wurde, die leidenschaftliche Agitation, die er mit seiner berühmten großen Stahlfeder gegen Clay und für die Annexion von Texas geführt, habe eigentlich die Niederlage des Kentuckiers entschieden. Ohne schwerwiegende Gründe, Jackson's Wünsche unberücksichtigt zu lassen, wäre daher nicht nur undankbar, sondern auch unklug von Polk gewesen. Und als Bagatell sah Jackson diese Sache gewiß nicht an. Der Mörtel, der den Riesenbau seiner Popularität und Macht zusammenhielt, war die rücksichtslose Energie, mit der er stets für seine Freunde einstand, und wenn Einer auf ihn zählen durfte, so war es Blair. Außerdem aber sah er in den Intriguen gegen den um die Partei so hochverdienten Journalisten ein frivoles Durchbrechen der Parteidisziplin, und er wußte genau, daß die straffe Disziplin der Zentralstrang in dem Lebensnerv der demokratischen Partei sei.

Jackson mußte bald bekennen, daß seine Vorstellungen und Warnungen auf taube Ohren zu fallen schienen. Am 28. Februar 1845 schreibt er Blair in hellem Zorn, es werde ihm das Unglaubliche berichtet, die Intriganten dächten daran, den Globe ganz bei Seite zu schieben und den Madisonian, das Organ Tyler's, an seine Stelle zu setzen; geschähe das, so werde die Partei sich spalten und Polk die traurige Rolle Tyler's fortspielen[1]). Doch das Brüllen des alten

[1]) „But that any leading Democrat here had any thought of becoming interested in the Madisonian, to make it the organ of the administration, was such a thing as I could not believe; as common sense at once pointed out, as a consequence that it would divide the democracy, and destroy Polk's administration. Why, it would blow him up.... The pretext for this movement will be the Globe's support ot Mr Wright.... I guarded Colonel Polk against any abandonment of the Globe. If true, it would place Colonel Polk in the shoes of Mr. Tyler." Angef. von Benton, Thirty Years' View, II. p. 652.

Löwen konnte den Freund nicht retten. Blair wurde genöthigt, den Globe zu verkaufen, der von nun ab unter Ritchie's Leitung als Union das anerkannte Sprachrohr der Administration war. Jackson hatte selbst Blair zuletzt nur den Rath geben können, sich hinsichtlich des Kaufschillings sicher zu stellen.

Der Verlauf dieser Angelegenheit erlaubt kaum einen Zweifel daran, daß Polk nicht durch kleinlichen Groll oder eine persönliche Laune bestimmt worden sei. Benton erzählt, der Präsident habe unter dem Druck eines verbindlichen Versprechens gehandelt. Im Juli 1844 habe ein Freund Polk geschrieben, wenn man Tyler zum freiwilligen Rücktritt von der Präsidentschaftskandidatur bestimmen wolle, so müsse man ihn vor allen Dingen hinsichtlich seines Zornes gegen den Globe zufrieden stellen. Als diese Angabe von anderer Seite her bestätigt worden, habe Polk am 23. Juli Jackson darüber geschrieben. Da nun Tyler wirklich viel Anlaß hatte, Blair zu zürnen, seine Kandidatur, so völlig aussichtslos sie auch war, doch leicht die Wahlschlacht zu Ungunsten Polk's wenden konnte, und er bald darauf seinen Namen förmlich aus der Kandidatenliste strich, so ist es in der That wenigstens nicht unwahrscheinlich, daß er sich diese persönliche Genugthuung ausbedungen und sie ihm auch zugesagt worden.

In etwas anderem Lichte erscheint die andere Hälfte von Benton's Erzählung. Er berichtet, im August 1844 habe ein intimer Freund Calhoun's in Tennessee Unterhandlungen mit Polk gepflogen, in denen das Votum von South Carolina in der Präsidentenwahl von der Opferung Blair's abhängig gemacht worden wäre. Belege bringt er nicht für die Behauptung bei und er nennt nicht einmal den vorgeblichen Unterhändler[1]). Der Wahrscheinlichkeitsbeweis stützt sich darauf, daß Blair als entschiedener Gegner der Nullifikation und ihres Urhebers Calhoun unliebsam war und das Votum South Carolina's allerdings vermuthlich von diesem abhing, da die Elektoren nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern von der ihm ganz ergebenen Legislatur ernannt wurden und der Staat in der Isolirtheit seiner radikalen Stellung bereits zweimal sein Elektoralvotum beiden Parteikandidaten vorenthalten hatte. Doch wenn Calhoun gegen alle entschiedenen Gegner der Nullifikation eine so schroffe Stellung hätte einnehmen wollen, so würde er sich jede direkte Einwirkung auf die praktische Politik unmöglich gemacht haben. Er hatte einen anderen viel schwerer wiegenden

[1]) Nach Sargent, Public Men and Events, II. p. 267 war es Pickens.

Grund, sich über Blair zu beschweren, und der lag so auf der Hand, daß kein Kundiger, und am wenigsten gerade Benton, ihn übersehen konnte; trotzdem deutet dieser nicht mit einem Wort auf ihn hin. Der Globe hatte nachdrücklich die Politik der Administration gegenüber Texas bekämpft[1]) und nahm in der Annexionsfrage im Wesentlichen dieselbe Stellung wie Benton ein; die Annexionsfrage war ja aber der Schlüssel des Schlachtfeldes der Präsidentenwahl. Allein konnte es Calhoun nicht genehm sein, in einflußreicher Stellung einen Mann zu sehen, der Texas auf dem Vertragswege der Union einverleibt zu sehen wünschte, so konnte es ihm doch noch viel weniger gefallen, die Präsidentschaft einem Manne zufallen zu sehen, der zur Zeit überhaupt nichts von der Annexion wissen wollte; in der Präsidentschaftsfrage aber handelte es sich nur darum, ob Polk oder Clay gewählt werden solle. Daß Calhoun nachdrücklich darauf hingewirkt hat, daß der annexionswüthige Ritschie an Stelle von Blair als Leiter des künftigen Administrationsorgans in Aussicht genommen würde, ist demnach durchaus wahrscheinlich. Allein daß er im Weigerungsfalle Clay den Dienst erweisen würde, das Elektoralvotum South Carolina's einem Strohmann zuzuwenden, mußte so undenkbar erscheinen, daß er sicherlich nicht damit gedroht haben wird[2]). Das Schweigen Benton's über diese Seite der Frage läßt sich nur daraus erklären, daß er selbst nachher die Administration Polk's in einem Maße unterstützte, das höchlichst befremden mußte, da er unbedingt an den früher von ihm hinsichtlich der Annexionsfrage vertretenen Ansichten festzuhalten behauptete, mit denen die Politik des Präsidenten sich unmöglich zusammenreimen ließ.

Jackson hatte in dem Briefe vom 28. Februar 1845 auf ein anderes Moment in der Haltung Blair's hingewiesen, das ihm von gewissen Seiten innerhalb der Partei als schweres Vergehen angerechnet werden würde: er war ein Partisane von Silas Wright. Wer aber Silas Wright sagte, der sagte auch Van Buren. War also der bittere Hader,

[1]) Anfang November 1844, gleich nach der Präsidentenwahl, schrieb der Madisonian: „The War renewed. The Globe contains a wanton attack on president Tyler, and a deliberate renewal of the war against the annexation of Texas, as (it) was sought to be accomplished by this administration . . . we are unwilling to attack back again, until the whole democracy of the union shall see and acknowledge the flagrant provocations of Mr. Blair, and admit the necessity of flaying him.“ Niles' Register, LXVII. p. 167.

[2]) Viele hervorragende Politiker South Carolina's erklärten öffentlich, daß der Staat sich verpflichtet und seine Ehre verpfändet habe, Polk und Dallas zu unterstützen. cfr. Niles' LXVII. pp. 5, 6, 26—28, 45, 88, 89.

der in der Nationalkonvention der Nomination Polk's vorangegangen war, nicht vergeben und vergessen? Van Buren und Wright waren, wenn auch mit wunden Herzen, in dem Schatten der Parteifahne geblieben. Ihnen war der Sieg im Staate New York zu danken und New York hatte den Wahlkampf entschieden. Sollte ihnen jetzt mit einer Proskription gelohnt werden? Polk hatte allerdings Wright, der zum Gouverneur von New York erwählt worden war, das Sekretariat des Schatzamtes angetragen, aber die Freunde desselben behaupteten, es sei nur geschehen, weil er gewußt habe, daß Wright ablehnen müsse[1]). Die Empfehlung Wright's und Van Buren's, die Azariah Flagg als eine passende Persönlichkeit für das Amt bezeichnet hatte, fand keine Berücksichtigung. Nach Benton[2]) hätten sie dann auf eine ausdrückliche Aufforderung hin B. F. Butler als Kriegssekretär vorgeschlagen, aber den beleidigenden Bescheid erhalten, daß eine Viertelstunde vor dem Eintreffen des Boten das Amt bereits vergeben worden sei. Hammond[3]) erzählt dagegen, es sei Butler angetragen worden, dieser aber habe es mit dem Bemerken ausgeschlagen, daß er das Staatssekretariat, das Wright und Van Buren ihm gewünscht hatten, oder das Sekretariat des Schatzamtes angenommen haben würde. Jedenfalls erzeugte die Zusammensetzung des Kabinets bei den speziellen Freunden der beiden ersten politischen Größen New York's eine lebhafte Mißstimmung gegen den Präsidenten. Sie klagten ihn an, durch Bundesbeamte die Wahl Seymour's, des Führers der gegen den Gouverneur kühlen Hunker-Demokraten, zum Sprecher des Delegatenhauses der Legislatur von New York durchgesetzt zu haben und bald beschwerten sie sich bitter darüber, daß der radikale Flügel der Partei vollständig von der Re-

---

[1]) Gardiner, The Great Issue: or ‚The Three presidential Candidates', p. 47. — „Before the gubernatorial election it had been charged by the whigs, as an objection to Mr. Wright, that should he be elected his election would be of no use to his friends; for if Mr. Polk should be chosen president, Mr. Wright would be selected to preside over one of the national executive departments, and would immediately abandon the administration of the state government to the lieutenant-governor. In consequence of these allegations, Mr. Wright repeatedly pledged himself, that if elected governor he would not accept of any office in the general government. These declarations, although they may not have been known to Mr. Polk, must have been known at Washington before the offer we have mentioned was made to Mr. Wright." Hammond, The Life and Times of Silas Wright, p. 532.

[2]) Thirty Years' View, II. p. 650.

[3]) A. a. O.

gierungspatronage ausgeschlossen sei[1]) und die Administration systematisch die Stellung Wright's untergrabe. Wie es nun auch um die Berechtigung dieser Klagen bestellt sein mochte, die Thatsache war unleugbar, daß der Spalt in der demokratischen Partei von New York durch das Verhalten der Administration erweitert und vertieft wurde. Auch wenn der Hader nur in den persönlichen Interessen der leitenden Politiker seine Wurzel gehabt hätte — was unstreitig zum großen Theil der Fall war — wäre das von erheblicher Bedeutung gewesen. Allein zum Theil spielte er auch auf Gebiete hinüber, die wichtige Fragen der nationalen Politik betrafen. Die Verhältnisse brauchten daher vielleicht nur wenig diese Differenzen zu verschärfen, um unter der Mitwirkung des Keiles, den die Haltung Polk's in der Spolienfrage abgab, die frondistische Fraktion zeitweilig oder für immer von dem Rest der Partei abzuspalten. Das aber hieß den Staat den Whigs überantworten, und was das zu bedeuten hätte, das hatte man soeben erfahren. Ehe noch die Inaugurationsfeierlichkeiten beendigt waren, hatte sich in der That die Administration in Bahnen engagirt, deren Weiterverfolgung den Triumph von 1844 in einen Pyrrhussieg verwandeln mußte.

Sie schuldete der Partei um so mehr Rechenschaft dafür, weil sie nothgedrungen auch noch eine andere Fraktion durch ihre Nichtvertretung im Kabinet glänzen lassen mußte. Der Charleston Courier und andere Zeitungen in South Carolina ließen sich mit einer geringschätzig angehauchten Empfindlichkeit darüber aus, daß Polk sich nicht über die Situation klar genug geworden sei, um Calhoun an der Spitze des Staatsdepartements zu belassen und Benton versichert, dieser habe sich auf das Verbleiben im Amte Hoffnung gemacht. War dem wirklich so, dann trifft ihn und seine Anhänger der Vorwurf, die Lage völlig verkannt zu haben. Polk würde es nicht nur mit Jackson gänzlich verdorben haben, wenn er den „großen Nullifikator" an die Spitze seines Kabinets gestellt hätte, sondern er hätte auch die ganze Partei durch eine solche Auszeichnung der kleinen extremen Fraktion verstimmt[2]).

[1]) cfr. Congressional Globe, 30th. Congr., 1st. Sess., App. p. 1112.

[2]) Nach einer Version hätte die Fraktion Van Buren's in New York ihre Unterstützung Polk's davon abhängig gemacht, daß er Calhoun nicht einen Platz im Kabinet anbiete. „Mr. Calhoun and his friends expected he would be retained as Secretary of State, and the "Charleston Mercury", understood to speak his sentiments, accounted for his being left out by the allegation of the New York politicians, that that State could be carried only by sacrificing him, and he was sacrificed accordingly." Van Buren habe sich jetzt dafür gerächt, daß Calhoun's Freunde in der Baltimore Konvention die „Zwei-Drittel-

Vor allen Dingen aber beurtheilte man Polk gar falsch, wenn man meinte, er werde sich mit der Rolle eines Statisten in der auswärtigen Politik abfinden lassen. Calhoun's Belassung im Amte wäre aber von ihm selbst und von dem ganzen Volke als die bedingungslose Annahme seines Programmes aufgefaßt worden[1]), und zwar weniger weil seine Ueberlegenheit an Geist und an Charakter unbestreitbar war, als weil seine politische Vergangenheit der letzten fünfzehn Jahre jede Unterordnung unter einen anderen Geist und Willen absolut ausschloß. Auf der anderen Seite hatten jedoch die Calhouniten guten Grund zu der Behauptung, daß ein Präsident, der auf dem Boden der Annexionsfrage gewählt worden war, ihren Führer nicht ignoriren dürfe. Polk erkannte das auch an, nur that er es in derselben Weise, in der er seinen Verpflichtungen gegen Wright gerecht geworden war. Calhoun betrachtete, wie vorauszusehen gewesen war, den angebotenen Gesandtschaftsposten in England als eine ehrenvolle Verbannung und schlug ihn aus. Zwei andere South-Carolinier, denen er darauf angetragen wurde, folgten dem Beispiele Calhoun's. Mit Recht wurde das dahin gedeutet, daß South Carolina sich in keiner Weise gegenüber der Administration engagiren, sondern völlig freie Hand behalten wolle: es war keineswegs der Ansicht, daß die Wahrnehmung der Interessen des Südens ihr ohne Ueberwachung überlassen werden könne. Wie im Norden so waren auch hier Elemente, deren Zusammenhang mit dem Kerne der Partei stark gelockert war, und da sie sich an dem entgegengesetzten Ende desselben befanden, mußte es doppelt schwierig sein, die Partei intakt zu

Regel" durchgesetzt hätten. „If such an intimation as the "Charleston Mercury" speaks of were given to Mr. Polk during the canvass, it is evident, from the subsequent throwing Mr. Calhoun overboard, that a sort of bargain was entered into, to the effect that the vote of New York should be given to Mr. Polk in consideration that he should discard Mr. Calhoun. Hence we see why such stupendous frauds were resorted to to carry the State, and Silas Wright consented to be the candidate for Governor." Sargent, Public Men and Events, II. p. 266.

[1]) Auffallend ist mir, daß alle diese doch so naheliegenden Erwägungen auch von Adams völlig übersehen wurden. Er schreibt am 5. März 1845: „An entire new Cabinet, at the accession of a new President without a reverse of politics, is a novelty under the present Constitution. Rumors of it have been in circulation for some weeks, which I did not believe. I doubted especially the removal of the Secretary of State, John C. Calhoun, and even now cannot account for it, or for the tame complacency with which the Senate confirmed this day all the nominations but one" (Bancroft's). Mem. of J. Q. Adams, XII. p. 180.

erhalten. Da der Verlust eines jeden der beiden Flügel hinreichen konnte, den Whigs das Uebergewicht zu geben, so konnte ein einziger falscher Schritt die Mitte vor die Alternative stellen, gleichzeitig warm und kalt zu blasen oder zum Behuf einer theilweisen Reorganisation der Partei zeitweilig auf die Herrschaft zu verzichten. Hieß das aber nicht vielleicht zwischen dem Feuer und der Bratpfanne wählen müssen? Der Sieg von 1844 hatte das demokratische Schiff in eine Brandung geworfen, aus deren Klippengewirr vielleicht der geschickteste Steuermann keinen Ausweg finden konnte. Und durfte die Partei sich sagen, daß sie das Steuer verlässigen Händen anvertraut habe?

Wie man auch sonst über das Kabinet denken mochte, jedenfalls war es kein Programm. An der Spitze desselben stand Buchanan, der schon früher näher charakterisirt worden ist. Wohl stand er in der ersten Reihe der demokratischen Politiker, aber seine Stellung war doch nicht eine so hervorragende daß die Wahl unzweifelhaft auf ihn gefallen wäre, wenn er nicht das Haupt der Demokraten von Pennsylvania gewesen wäre. Dem Staat, der nur durch ein hinterhaltiges unlauteres Spiel gewonnen worden war, mußte der größte Honigkuchen zugeschoben werden. Freilich durften diejenigen Demokraten von Pennsylvania, die das Fortbestehen des Schutzzollsystems als die wichtigste Frage betrachteten, in erster Linie gerade Buchanan für den Erfolg der groben Mystifikation verantwortlich machen, denn Niemand stellte seinem Verstande ein unverdientes Armuthszeugniß durch die Behauptung aus, daß er selbst durch Polk's Brief an Kane dupirt worden sei. Allein trotzdem war die Rechnung unzweifelhaft richtig daß viele pennsylvanische Demokraten in seiner Ernennung zum Staatssekretär eine gewisse Entschädigung dafür erblicken würden, daß das Elektoralvotum des Staates durch Trug für Polk erschlichen worden war. Ob diese Weise die Sache anzusehen allgemein genug sein würde, um den Staat der Partei zu erhalten, das mußte die Zukunft lehren. Abgesehen davon konnte diese Seite des Handels höchstens Pennsylvania interessiren. Eine nationale Bedeutung hatte er auch noch für die Zukunft, weil er zu der Frage herausforderte, ob man von dem Präsidenten und seinem ersten Rathgeber nicht noch weitere Versteckheiten und Kniffe zweifelhaftester Sauberkeit gewärtigen müßte, wenn sich dieselben nur ihrer Ansicht nach im Interesse der Partei und vielleicht auch im nationalen Interesse ordentlich bezahlt machten.

Auf den Staatssekretär folgt nach der fiktiven Rangordnung der Sekretär des Schatzamtes. In Robert J. Walker von Mississippi hatte

Polk eine unstreitig tüchtige Kraft für dieses Amt gewonnen. Seine Gegner erzählten allerdings seine Hände seien nicht ganz rein von dem Schlamm, in dem die Finanzwirthschaft seines eigenen Staates versunken lag, während er sich nachmals das Vergnügen machte, der Welt das Sündenregister des Präsidenten der Conföderirten Staaten in dieser Hinsicht vorzulegen[1]). Ob Walker Jefferson Davis hinter einer Ecke suchte, hinter der er selbst gesteckt hatte, weiß ich nicht. Er war jedoch sicher nicht ein doktrinärer Tugendschwärmer, der in der Politik den kategorischen Imperativ der Privatmoral zur Richtschnur nahm und er wußte sehr wohl daß man mit Laviren oft viel weiter kommt, als wenn man allen Hindernissen zum Trotz in der Luftlinie vorwärts dringen will. Allein zu den dunkeln Halbheiten des Kane-Briefes stimmte sein Wesen durchaus nicht. Wo er anfaßte hielt er auch fest, mit scharfer Dialektik trieb er die Nägel so rasch ins Holz und mit gewandter Ueberredungsgabe verschmierte er die Fugen seines Raisonnements so nett, daß man flink zur Hand sein und die Augen weit offen halten mußte, wenn man ihm die Spitze bieten wollte. Sein Brief über die Texasfrage war einer der wuchtigsten Schläge für die Annexion gewesen, und wir haben gesehen, wie geschickt er sie zuletzt durch die Untiefen lootste, auf denen sie sich im Senat festzufahren drohte. Falls jetzt nicht so viel Segel aufgesetzt wurden als der frische Wind zu blähen vermochte und mit rücksichtsloser Keckheit zugefahren wurde, so lag es gewiß nicht an ihm. Daß die Nadel, nach der er steuerte, stets nach Süden abweichen würde, war gewiß; aber was der feste Pol war, nach dem sie hinstrebte, und ob sie überhaupt einen solchen hatte, ist schwer zu sagen.

Die bedeutendste Persönlichkeit des Kabinets war unfraglich der Kriegssekretär, Ex-Gouverneur March von New York. Daß er ein wirklich hervorragendes Talent war, haben auch seine erbittertsten Widersacher nie geleugnet, aber nur wenige Freunde — von dem großen Haufen natürlich abgesehen — haben in ehrlicher Ueberzeugung geglaubt, der festgefügte Charakter, den er mit wuchtigem Aplomb zur Schau trug, sei durchaus seine wahre Natur. Das Urtheil wäre vielleicht richtig gewesen, wenn er die Befriedigung seines mächtigen Ehrgeizes in den Gebieten des privaten Lebens gesucht hätte. Allein bei seinem Entwickelungsgange auf der politischen Bühne hatte die edele Naturanlage Schaden nehmen und eine theilweise Verbildung erfahren müssen.

[1]) Jefferson Davis, Repudiation, recognition and slavery. Lond. 1863.

Immerhin aber war sie noch in dem Maße sein wahres Wesen, daß er selbst und Andere leicht getäuscht werden konnten, wenn er nicht mehr der Charakter war, sondern mehr oder minder nur die Rolle eines solchen spielte. Sein imponirendes Aeußere leistete ihm dabei Anderen gegenüber vortreffliche Dienste; und auch wo der hohe rauhe Ton, mit dem er die Gegner zu bedienen liebte und den Troß der Winkelpolitiker seiner eigenen Partei in den geziemenden Schranken hielt, nur berechnet war, ließ seine geistige Ueberlegenheit ihn ganz natürlich und als die dem Mann angemessenste Sprechweise erscheinen. Allein man konnte doch nie vergessen daß er aus der Schule der „Albany-Regentschaft" hervorgegangen und einer der größten Adepten in der Geheimwissenschaft ihrer Regierungskünste war. Er offenbarte sie der ganzen Welt in dem geflügelten Wort: „Dem Sieger gehört die Beute". Wohl ist ihm das Wort oft viel zu hoch angerechnet worden, denn er sprach nur aus was längst jedem Kinde als die Grundmaxime der politischen Praxis New York's bekannt war. Immerhin aber kennzeichnete es doch den Mann, daß er sich so dreist zum Grundsatze bekannte und ihn so scharf zu formuliren verstand. Daß andere Prinzipien seiner Politik gänzlich fehlten, ist viel zu viel gesagt[1]); wohl aber nahm unter diesen der Satz eine dominirende Stellung ein: Marcy ist groß und muß noch größer werden; nur der Präsidentenstuhl steht hoch genug für ihn. Der Süden, der die Stufen zu diesem hütete, durfte daher auf ihn zählen, so lange seine Willfährigkeit nicht den Boden unmittelbar unter seinen Füßen fortzuschwemmen drohte. Von der Natur zum wahren Staatsmanne angelegt, ist er darum doch nie über den eminenten Parteipolitiker hinausgewachsen. Wenn man einzelne seiner Leistungen noch so sehr anerkennt und zugeben will, daß er bei dem mancherlei Uebeln, das er später als Staatssekretär von Pierce verhütet hat, wesentlich durch moralische und reine patriotische Motive mitbestimmt worden sei, so läßt sich doch schlechterdings nicht leugnen, daß sich in seinem Streben die zentrale sittliche Idee nicht findet, die ein absolutes Postulat für eine große, wahrhaft staatsmännische Wirksamkeit ist: ein köstliches Gefäß, dem durch eigenes Verschulden der ent-

[1]) Von Diplomaten, die lange mit ihm in amtlichem Verkehre gestanden haben, ist mir besonders seine unbedingte Verläßlichkeit gerühmt worden, die sie gern über seine ungehobelten Manieren hinwegsehen ließ. Was er zugesagt habe, sei unverbrüchlich gehalten worden; darum sei er aber auch sehr vorsichtig mit seinen Versprechungen gewesen und ihn von einem einmal ausgesprochenen Nein abzubringen, habe außerordentlich schwer gehalten.

sprechende Inhalt fehlte. Gelegenheit macht Diebe. Hätte Marcy nicht in einem Staate gelebt, in dem sich durch die mit dem Spolienöl geschmierte Parteimaschine mit leichter Mühe so viel für die Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes erreichen ließ und in dem der Schacher mit dem Moloch der Sklaverei an jeden Politiker auf Schritt und Tritt als eine so mächtige Versuchung herantrat, so hätte er vielleicht eine Entwickelung genommen, die ihm vollen Anspruch auf den Namen eines Staatsmannes gegeben hätte.

Marineminister war George Bancroft von Massachusetts. Natürlich hatten nicht etwa spezielle Fachkenntnisse die Wahl auf ihn gelenkt. Weder besaß er diese, noch hatte er bisher überhaupt eine politische Rolle von Belang gespielt, obwohl er einmal der demokratische Gouverneurskandidat gewesen war. Da er auf deutschen Universitäten und auf Reisen in den verschiedenen Ländern Europas eine weit über das amerikanische Durchschnittsmaß gehende Bildung erworben und sich als Geschichtsschreiber der Vereinigten Staaten einen bedeutenden Namen gemacht hatte, so lagen jedoch die hohen nationalen Aemter gewiß in seinem Bereich, ohne, gleich der Masse der Politiker, die Staffel Sprosse um Sprosse hinaufklimmen zu müssen. Man hätte nur erwarten sollen, ihn, wie es nach einiger Zeit geschah, von Hause aus mit einer diplomatischen Mission, statt mit einem Exekutivdepartement betraut zu sehen. Seine gründliche wissenschaftliche Bildung, seine Vertrautheit mit den europäischen Verhältnissen und seine gewinnenden persönlichen Eigenschaften ließen ihn unter allen demokratischen Politikern vielleicht am tauglichsten für einen Gesandtschaftsposten erscheinen. Für ein Ministerium dagegen hatte er bisher durch nichts seine Qualifikation dargethan.

Cave Johnson von Tenessee, der Generalpostmeister, braucht hier nicht näher charakterisirt zu werden, da seine unmittelbare Amtsthätigkeit die Sphäre der hohen Politik kaum berührte. Der Generalanwalt endlich, John Y. Mason, war eine Erbschaft aus Tyler's Kabinet. Ein blaublütiger Virginier, trotz dem bis zum Komischen gehenden Mangel an gesellschaftlichem Schliff liebenswürdig und gewinnend, gut begabt, tüchtiger amerikanischer Jurist, als Politiker wie als Diplomat durch seine Zähigkeit und sein scharfes Advokatenraisonnement ein starker Widersacher, vollständig vertraut mit dem Rüstzeug der heimischen Parteipolitik, verlässiger und sehr brauchbarer Parteimann, nicht leicht von schwächlichen moralischen Bedenklichkeiten angekränkelt, wo es die Interessen der „besonderen Institution" des Südens galt, aber zu ehrenhaft und zu sehr sich als „südlicher Cavalier" fühlend, um an dem

Treiben der ganz gewöhnlichen Parteiklepper und dem Operiren mit ihren erbärmlichen Mitteln Geschmack zu finden.

Was politische Kapazität anlangte, so entsprach mithin das Kabinet gewiß den Anforderungen die man bei dem Material, das die demokratische Partei darbot, und bei den mannigfachen Rücksichten die der Präsident bei der Bildung desselben nehmen mußte, billiger Weise stellen durfte. Und so verschieden geartet auch die einzelnen Persönlichkeiten waren, durfte man doch auch ein kräftiges Zusammenwirken von ihnen erwarten, da sie alle in mehr als dazu hinreichendem Maße gut disziplinirte Parteigänger waren. Allein trotzdem trug das Kabinet den Charakter, der in Europa durch den Namen Beamtenministerium gekennzeichnet wird. Das konnte freilich nicht befremden, da ja niemand mehr zu sagen vermochte, was denn eigentlich die zentrale Idee, das positive treibende Prinzip der Parteiorganisation sei und unter den unmittelbar vorliegenden praktischen Problemen keines war, hinsichtlich dessen die Partei noch als ein geschlossenes Ganze dastand.

War nun aber etwa die Person des Präsidenten in sich ein Programm, wie es einst Jefferson und Jackson gewesen waren und wie es jetzt Clay, Calhoun, Webster oder selbst Van Buren gewesen wären? Die uns bekannte Geschichte seiner Nomination und Wahl verbietet jeden Zweifel daran, daß die öffentliche Meinung ihn nicht in diesem Lichte sah. Doch vielleicht täuschte sich die öffentliche Meinung.

Selbst Ritchie, den Polk sich zu seinem journalistischen Mundstück ausersehen hatte, nannte seine Wahl „ein kühnes Experiment". Dabei aber that er sich und der Partei etwas darauf zu gut, daß man mit frischem Wagen das Haupt der Nation aus der dämmervollen Masse herausgegriffen habe und gab zu verstehen, daß er an dem Erfolge des Experimentes nicht zweifle, eben weil es von dem „Volk" beliebt worden sei[1]). Mit einer Wucht, welche die politischen Größen der Zeit mit

[1]) „It belongs to the people of the several states in this great confederacy, to give and to take away the highest offices. In the nomination of Mr. Polk, this feature was signally exhibited. He had been taken, by the immediate delegates of the people, from the ranks — from the bosom of retirement, and from the great body of the people — and placed over the heads of the most distinguished men in the nation. It was scornfully asked; "who is James K. Polk?" and the people responded at the ballot box, "he is our man, and it is our right and our pleasure to place him at the head of the government". No moral lesson could be more sublime; none more congenial to the true character of our government. — The moral which it is calculated to teach is, henceforth that any aspirant, who is ambitious of the office, should be in-

ſtarrem Staunen erfüllte, waren die Maſſen einſt für Jackſon eingetreten, weil ſie mit richtigem Inſtinkt in ihm einen Repräſentanten der Maſſen von gigantiſchen Proportionen erkannten und durch ſeine Wahl die Selbſtherrſchaft, die ihnen rechtlich zuſtand, thatſächlich zu ergreifen meinten. Jetzt ſtellte einer der geiſtigen Heroen der Partei den Satz als die wahre demokratiſche Lehre auf, daß die Präſidenten aus dem Loostopfe geſchüttelt werden müßten: wäre nur die Lotterie von den „unmittelbaren Vertretern des Volkes" arrangirt und ſetze dieſes dann an den Wahlurnen ſein Kreuz als Genehmigungsmarke unter den gezogenen Zettel, ſo werde das Wohl des Landes in guten Händen ruhen; ſchlage das Experiment dieſes Mal ein, ſo müßte und würde die Trefflichkeit des Syſtems als endgiltig erwieſen angeſehen werden.

Die Unverſchämtheit, mit der Ritchie die Nuß den Politikern zuwies und dem Volk die Schalen in den Schlund ſtieß, hat etwas Komiſches. Und doch erzählte er nur ehrlich was geſchehen war. Die Politiker hatten mit ſauerſüßen Geſichtern in den Loostopf gegriffen, als ſie ſich in ihrer Uneinigkeit nicht anders zu helfen wußten, und die Maſſen der Partei hatten ihr Kreuz ſo willig unter den Namen Polk geſetzt, als ſie es unter irgend einen anderen Namen gemalt haben würden, mit dem ſie keine beſtimmte Vorſtellung verbanden. Gerade das was vornehmlich Jackſon's Stärke gebildet hatte, ging Polk völlig ab: er war kein Volksmann, abgeſehen von allem anderen ſchon deswegen nicht, weil das Volk nichts von ihm wußte. Allein er konnte es auch nie werden, ſelbſt in dem Falle nicht, daß ſeine Politik den ungetheilten Beifall der Maſſen fand und glänzende Erfolge erzielte. Er hatte nichts von dem, was heute in dem amerikaniſchen Lexikon ſtereotyper politiſcher Phraſen „magnetiſch" heißt. Seine Figur hatte nichts Imponirendes und ſeine Manieren waren trotz ihrer Schlichtheit und Anſpruchsloſigkeit nicht gewinnend.[1]) Der tiefe Ernſt, der ſtets auf

---

duced to bide his time, and wait the will of the people. . . But it has been well remarked that the moral lesson is not yet complete. If the administration of Mr. Polk succeeds, then shall we have entire confidence in the manner of selection. We shall rest thoroughly satisfied with the bold experiment, which has been made by the people; and we shall take care to practice it in future times." The Richmond Enquirer, March 11, 1845.

[1]) Seward ſchreibt den 2. Jan. 1846 aus Waſhington an Weed: „He (Polk) is a gentleman of fifty, of plain, unassuming manners and conversation, and does not at all inspire awe or respect. I cannot describe the impression he makes upon me better than by saying that I miss the dignity and grace of

seinem Gesichte lag, berührte nicht sympathisch; weder verlieh er ihm eine Würde die Achtung erzwingt, noch weckte er das Mitgefühl das dem gezollt wird, an dessen Lager Sorgen die Nachtwache halten. Auf seinem Privatcharakter haftete kein Makel und darum ist auch er nicht freundlos durch das Leben gegangen. Aber nicht leicht reizte es Jemand ihm näher zu treten. Nach der ersten Begegnung fragte sich Jeder, ob seine Höflichkeit oder sein Ernst frostiger sei.[1]) Wäre er eine anziehendere Persönlichkeit gewesen, so würde er vielleicht auch als Politiker günstiger — und richtiger beurtheilt worden sein. Clayborne schildert ihn als nervlos und kompromißselig und wirft ihm vor, daß er trotz seiner Fähigkeiten ein willenloses Parteiwerkzeug gewesen sei.[2]) Gehorsam gegen das Parteigebot war allerdings ein Hauptstück seines politischen Credo. Allein wenn die Politiker erwartet hatten, daß sie nun Herren im Hause sein würden, weil er sich nicht über die Rolle einer Gliederpuppe erheben werde, so hatten sie sich doch gar sehr in ihm geirrt. Die Trockenheit und spießbürgerliche Gemessenheit die den Grundzug in seinem länglichen hageren Gesicht bildeten, bürgten dafür daß weder die Phantasie noch ein zügelloser Ehrgeiz ihn verlocken würden, im Gegensatz zu der Partei oder auch nur unabhängig von ihr sich in die gefährlichen Bahnen einer genialen persönlichen Politik zu verlieren. Aber die mächtige, leicht überhängende Nase gab dem Gesichte doch den Ausdruck einer so hochgradigen Selbstbewußtheit, daß man nicht an seiner Fähigkeit zu einer entschlossenen Initiative zu zweifeln brauchte, und das starke Kinn und die schmalen, festgeschlossenen Lippen des breiten Mundes zeugten von einer Energie, die sicherlich nicht leicht von dem Wege abzudrängen war, den sie einmal nach nüchterner Erwägung betreten hatte. Die Partei durfte unbedingt auf ihn zählen, aber er wollte nicht nur dem Namen und Recht nach, sondern auch thatsächlich ihr Haupt sein. Und als Haupt der Partei hielt er sich für berechtigt, wenn

---

our reception by General Jackson." F. W. Seward, Autobiography of W. H. Seward, p. 771.

[1]) Clayborne sagt: „Polk was grave almost to sadness, self restrained, and chilling." Life and Correspondence of J. A. Quitman, p. 228. Und Quitman schreibt den 7. Juli 1846: „In the afternoon called on the President. Has a haggard and careworn look. Polite and chilly." ib. p. 237.

[2]) „Polk was a political martinet, a rigid disciplinarian, and regarded the decision of a caucus as sacred and binding as the decree of a court. He was a man of ability, but of expediency, and found in compromises, which are, in fact, concessions of rights, the easiest solution for political difficulties." A. a. O. p. 228.

nicht gar für verpflichtet, auf der von ihr vorgezeichneten Linie ſo weit vorzugehen, als es ſeinem Ermeſſen nach zweckdienlich und möglich war. — Polk war alſo zwar kein Programm, aber das hieß durchaus nicht daß er kein Programm habe; und wenn er eines hatte, dann war denen, die vermuthlich kein Gefallen daran finden würden, gewiß zu rathen, ſich bei Zeiten die Augen zu reiben und die Hände bereit zu halten, um ihm den Weg zu verſperren ehe es zu ſpät geworden.

Die Inauguraladreſſe war ein ungewöhnlich langathmiges Schriftſtück, enthielt aber außer einem Diskurs über die grundliegenden Prinzipien der Verfaſſung und die Segnungen der Union, für den keine ſpezielle erſichtliche Veranlaſſung vorlag, im Großen und Ganzen doch nur ein allgemeines Gerede um die verſchiedenen Tagesfragen herum. Hinſichtlich der Wirthſchaftspolitik ſprach ſich der Präſident in ganz unzweideutiger Weiſe nur gegen die Verbindung der Finanzwirthſchaft mit Banken irgend welcher Art aus. Ueber ſeine Stellung zur Frage der inneren Verbeſſerungen ſchwieg er ſich gänzlich aus und die weitläufigen Auseinanderſetzungen über die brennende Tariffrage war nur eine wörtliche Wiederholung und Erweiterung der in allen Farben ſchillernden Zweideutigkeiten des Kane-Briefes[1]). Warum ſollte er ſchon jetzt den Schleier lüften und die betrogenen Schutzzöllner von Pennſylvania ſich an ſeine Ferſen hängen laſſen[2]), da ja der Kongreß vorausſichtlich erſt nach neun Monaten zuſammentrat. Die Annexion von Texas war in einer Weiſe behandelt, als erübrigten nur noch einige Formalien, um die bereits erledigte Frage zu völligem Abſchluß zu bringen[3]). Mexico's

[1]) Die Calhouniten ſahen hierin ſogleich einen Beleg dafür, daß ihre von Mißtrauen nicht freie, zuwartende Haltung gegenüber der Adminiſtration durchaus begründet ſei. Mißmüthig ſchreibt der Charleston Mercury am 8. März über dieſen Theil der Inauguraladreſſe: „Oracular silence on the one (innere Verbeſſerungen) — oracular nonsense on the other" (Tarif).

[2]) Die demokratiſchen Politiker, die etwas von der politiſchen Vergangenheit Polk's wußten, waren natürlich nicht durch den Kane-Brief dupirt worden. Das erhellt in unzweifelhafter Weiſe daraus, daß das Repräſentantenhaus der Legislatur ſchon Anfang 1845 einſtimmig eine Reſolution paſſirte, die die Senatoren „inſtruirte" und die Repräſentanten erſuchte, gegen jede Reduktion des Tarifs von 1842 zu ſtimmen. Niles' Reg. LXVII. p. 352. Vermuthlich würden aber viele der betrogenen Betrüger nicht für Polk agitirt haben, wenn ſie nicht zuverſichtlich auf Konjunkturen gerechnet hätten, die es ihm und der freihändleriſchen Majorität verbieten würden, die geſchützten Induſtrien allzu derb anzufaſſen. — Anfang 1846 wurde eine ähnliche Reſolution von dem Senate der Staatslegislatur einſtimmig und von dem Hauſe mit 79 gegen 13 Stimmen paſſirt. Niles' Reg. LXIX. p. 370.

[3]) Die Börſe hatte ſchon die Wahl Polk's als Entſcheidung angeſehen. Niles'

war dabei mit keinem Worte Erwähnung gethan. Es hieß nur, es sei eine ausschließlich die Vereinigten Staaten und Texas betreffende Angelegenheit. Die übrige Welt im Allgemeinen wurde bedeutet, daß „die Kriegsmöglichkeiten" durch die Annexion vermindert würden und ihr die Versicherung gegeben, daß die Vereinigten Staaten in Folge ihrer staatlichen Natur nie Eroberungsgelüste hegen könnten[1]) — eine Versicherung, die in kürzester Frist den sonderbarsten praktischen Kommentar erhalten sollte. Den Kassandrastimmen im eigenen Lande erklärte der Präsident, die Union werde um so fester, je weiter sie ausgedehnt werde. Daran war die Bemerkung geknüpft, daß sie „sicher bis zu den äußersten Enden unserer territorialen Grenzen" ausgedehnt werden könne[2]). Wie sollte der doppeldeutige Ausdruck „unsere territorialen Grenzen" verstanden werden? Hatte sich der Präsident nichts Besonderes bei dem Satze gedacht, oder wollte er mit ihm das Volk darauf hinweisen, daß es bei der ersten günstigen Gelegenheit mit frischem Wagen die letzten praktischen Konsequenzen jener Behauptung ziehen solle? Das Volk schien der ersteren Ansicht zu sein. Der Satz blieb gänzlich unbeachtet, wie denn überhaupt die Adresse als im Grunde inhaltlos sehr gleichgiltig aufgenommen wurde.

Nur ein Satz bildete eine Ausnahme. Der Präsident erklärte, der Rechtsanspruch der Vereinigten Staaten auf Oregon sei „klar und unbestreitbar" und versprach ihn mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu behaupten und zur Geltung zu bringen. Das Wort hatte eine gewaltige Wirkung. Die Einen jubelten ausgelassen und die Anderen fragten sich entsetzt, wohin das Land in vier Jahren von diesem Manne gebracht sein würde, der sich damit vergnüge im dürren Stroh mit lo-

Reg. vom 7. Dez. 1844 (LXVII. p. 224) erwähnt, daß die Bonds von Texas seit derselben um das Dreifache gestiegen seien.

[1]) „The world has nothing to fear from military ambition in our government. While the chief magistrate and the popular branch of Congress are elected for short terms by the suffrages of those millions who must, in their own persons, bear all the burdens and miseries of war, our government can not be otherwise than pacific. Foreign powers should therefore look on the annexation of Texas to the United States, not as the conquest of a nation seeking to extend her dominions by arms and violence, but as the peaceful acquisition of a territory once her own . . . thereby diminishing the chances of war, and opening to them new and ever-increasing markets for their products." Statesman's Manual, III. p. 1553.

[2]) „It is confidently believed that our system may be safely extended to the utmost bounds of our territorial limits; and that, as it shall be extended, the bonds of our Union, so far from being weakened, will become stronger." l. c.

dernden Bränden zu spielen. Und wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es auch wieder aus ihm heraus. Lord John Russell nannte am 4. April im House of Commons die Erklärung des Präsidenten „eine bramarbasirende Ankündigung“[1]) und die London Times fuhr den nächsten Tag mit lautem „Hü“ und „Ho“ in vollem Galopp die Retourkutsche[2]).

Hüben wie drüben hatte man jedoch im Grunde gar kein Recht so zu thun, als sei ein Blitz aus heiterem Himmel herniedergefahren. Man wußte ja daß die Platform der demokratischen Nationalkonvention zu Baltimore die Basis war, auf der Polk erwählt worden war, und dort stand die „bramarbasirende Ankündigung“ deutlich genug zu lesen[3]). Hüben wie drüben war daher auch die Berechtigung zu Klagen eine sehr zweifelhafte. Das Volk hatte die Platform durch die Wahl ratifizirt, denn daß Viele, die für Polk gestimmt hatten, an der einen oder der anderen Planke derselben kein Gefallen gefunden, verfing nicht, da anerkanntermaßen die Kandidatur Polk's auf dieser Platform in ihrer Totalität geruht hatte. Und in England hatte man seine Wahl gewünscht, damit die antiprotektionistischen Tendenzen zur Herrschaft gelangten. Die Konstitution wußte allerdings nichts von Nationalkonventionen und Platformen. Sie hatte die internationalen Relationen der Union in die Hände des Präsidenten, resp. des Präsidenten und Senates gelegt. Allein das war ja nicht die erste Korrektur, die gemäß Benton's „demos krateo Prinzip“ mit der Konstitution vorgenommen wurde. Schlug sie nicht ein, so ruhte die erste Verantwortlichkeit für den Schaden auf denen, die mit diesen „Verbesserungen“ den Anfang gemacht hatten. Vielleicht war es den Vereinigten Staaten zu wünschen, daß sie gezwungen würden die Suppe so heiß zu essen, als sie von der Baltimore Konvention gekocht worden war, damit ihnen endlich die Augen darüber aufgingen, wie gar bedenklich die immer weiter und weiter getriebene Anwendung dieses Korrektivs sei. In diesem Falle war

[1]) „A blustering announcement.“ Niles' Reg. LXVIII. p. 114.

[2]) „If the question was to be determined by the arguments and in such discussions — that is to say, by reference to geographical facts, to discoveries, to treaties, and to occupation — the case on behalf of the British claim, as it was ably stated by Lord John Russell, is complete; and it is only in consequence of admissions made with too much laxity on former occasions — especially in the interpretation of the treaty of Ghent — that any concurrent right can be admitted to exist in the United States to any portion of the territory.“

[3]) Niles' Reg. LXVI. p. 227.

ihm noch ein ganz eigenthümliches Element beigemengt, das ihm eine besonders ätzende Kraft verlieh.

Die Oregon-Frage datirte nicht seit gestern. Schon Jahrzehnte war Oregon Gegenstand von Unterhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und England gewesen. Konvention über Konvention war geschlossen worden und alle hatten nur ein Provisorium geschaffen, weil sich die einer definitiven Erledigung entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht meistern ließen. Die Behauptung, daß der Besitztitel der Vereinigten Staaten „klar und unbestreitbar" sei, war mithin die schärfste Verurtheilung der Präsidenten, Minister und Senate, die sich bisher an dem Problem versucht hatten. Entweder waren sie solche Schwachköpfe gewesen, daß sie das so offenbare gute Recht der Vereinigten Staaten nicht zu erkennen vermocht hatten, oder es hatte ihnen der Muth oder der Wille gefehlt, dasselbe geltend zu machen. Diese Anklage erfordert daher, daß wir uns mit der bisherigen Geschichte der Frage bekannt machen. Erst wenn wir gesehen wie ungerechtfertigt die widrige Beschmutzung des eigenen Nestes war, können wir gebührend die Stirndreistigkeit und Abgeschmacktheit würdigen, daß die unverantwortlichen, aber allerdings „unmittelbaren Delegaten des Volkes", die ihre Nomination „König Caucus" und ihr Mandat seinem Leibheiducken „Primärversammlung" verdankten, mit Einem großen Worte den gordischen Knoten durchschnitten; — erst dann können wir die schmähliche Prostitution des Geistes der Verfassung voll ermessen, die darin lag, daß Polk mit tiefem Neigen das Verdikt der Herren von der Nationalkonvention entgegennahm und pflichtschuldigst als das offizielle endgiltige Urtheil der Bundesexekutive proklamirte. Denn er erklärte nicht nur der gleichen Ansicht zu sein, sondern das war es was er that, da er das „klar und unbestreitbar" der Platform mit Anführungszeichen in seine Inauguraladresse setzte.

Nicht nur die Politiker, die „eine Axt zu schleifen" hatten oder am nationalen Größenwahn laborirten, und die größere Hälfte der England gegenüber stets zu leicht erregten Massen lohnten dem Präsidenten mit lautem Applaus, daß er den amerikanischen Adler so kräftig seine Flügel vor dem Gesicht des britischen Löwen schlagen ließ. Auch manche kühl denkende Patrioten hielten die Sache der Vereinigten Staaten für so gut, daß die Ehre noch mehr als das Interesse des Landes jedes Kompromiß verböte, oder freuten sich mindestens, daß die entschiedene Stellungnahme Polk's dem Provisorium, von dessen längerer Fortdauer sie ein stetes Wachsen der Schwierigkeiten erwarteten, ein Ende zu

machen versprach. Das mochte sein wie es wollte. Auch wenn die Behauptung Polk's durchaus begründet war, die Art und Weise seines Vorgehens zeigte doch, ebenso wie die Geschichte seiner Nomination und Wahl es gethan, daß man durch die fortschreitende Radikalisirung der Demokratie ein weiteres Stück auf der geneigten Ebene hinabgeglitten war.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

Zweites Kapitel.

Geschichte der Oregon-Frage bis zur Präsidentschaft Polk's.

Die Baltimore Platform hatte erklärt, das Recht der Vereinigten Staaten auf „ganz Oregon" sei unbezweifelbar. Der Präsident hatte das „ganz" fortgelassen, aber man faßte den betreffenden Passus der Inauguraladresse allgemein als die bedingungslose Ratifizirung jener Deklaration auf und von keiner Seite her wurde der leiseste Widerspruch gegen diese Interpretation erhoben. Unter ganz Oregon aber wurde das Oregongebiet bis 54° 40′ n. Br. verstanden. „Fifty four forty or fight!" war der Schlachtruf Derer, die in dieser Frage unter der Führung des Präsidenten zu marschiren meinten. Hunderttausende ließen diesen Ruf im Tone unerschütterlicher Ueberzeugtheit erschallen, ohne zu ahnen daß der Oregon-Streit schon eine ganze Reihe von Phasen durchlaufen hatte, ehe diese Linie zum ersten Male genannt wurde.

Der Anfang des Streites läßt sich nicht wohl nach Jahr und Tag bestimmen. Ursprünglich trug er einen zu allgemeinen und vagen Charakter, als daß von bestimmten Grenzlinien überhaupt hätte die Rede sein können. Wie wäre das auch möglich gewesen, da es sich um neuentdeckte Gebiete handelte. Beide Theile gingen daher auch in der Begründung ihrer Ansprüche auf die Entdeckungsgeschichte zurück, in der viele der grundliegenden Thatfragen in dichten Nebeln verschleiert lagen. England berief sich auf die Entdeckungen von Sir Francis Drake (1578/79) an der Nordwestküste Amerika's. Die Vereinigten Staaten, als die Erben des spanischen Gebietes nördlich von 42° n. Br. unter dem Florida Vertrage, machten dagegen die frühere Erforschung der Küste durch Ferrelo (1543) geltend und behaupteten, Drake sei nur ebenso weit wie Ferrelo (43° n. Br.) und nicht, wie prätendirt werde, bis

48° n. Br. vorgedrungen. Nach Ferrelo wurde amerikanischer Seits die ganze Reihe spanischer Entdecker — Juan de Fuca, Vizcaino, Perez, Heceta, Quadra, Maurelle — bis 1775 aufgezählt, von denen die ganze Küste zwischen 37° und 49°30' und zwischen 56° und 59° n. Br. durchforscht worden sei. Dieser stattlichen Liste hatte England für volle zwei Jahrhunderte keinen einzigen Namen entgegenzusetzen. Um so größeres Gewicht legte es deswegen darauf, daß Cook auf seiner dritten Reise (1778) von Nootka Sund und Meares — (in einem portugiesischen Schiff) — 1788 von der Juan de Fuca Straße im Namen des Königs von England Besitz ergriffen hatte[1]).

Viele Publizisten und Politiker schrieben sich die Finger müde über die Entdeckungsgeschichte und zankten sich die Zungen wund über alle die wichtigeren Punkte derselben. Auf beiden Seiten konnte man sich aber doch nicht verhehlen, daß sich aus diesem Material jedenfalls nicht rechtlich zu begründende Grenzen bestimmen ließen. Wenigstens hinsichtlich dieses Theiles der Kontroverse traf Winthrop den Nagel so ziemlich auf den Kopf mit der Erklärung, daß die Rechte beider Theile gleich imaginär seien[2]). Das war im Grunde doch nur Stoff um den Plaidoyers einen ansehnlichen Umfang zu geben und sie in den Augen des großen Haufens stattlich herauszuputzen. Eine Erledigung der Frage auf dieser Basis war ebenso unmöglich als auf Grund der päpstlichen Verschenkungen der unentdeckten Welttheile oder der Verse der Genesis, die Adams für die Vereinigten Staaten in's Feld führte[3]).

Festeren Untergrund erhielt der Streit erst durch die schärfere Umgrenzung des Streitobjektes. Wohl konnte man auch da noch nicht sogleich den schwankenden Boden der Entdeckungsgeschichte verlassen.

[1]) Eine gedrängte Uebersicht der Entdeckungsgeschichte vom amerikanischen Standpunkte siehe in Speeches and Occasional Addresses by John A. Dix, I. pp. 6—45, und vom englischen in Fisher's Colonial Magazine, Jan. 1843, abgedruckt in Niles' Reg. LXIV. pp. 40—42.

[2]) „I declare to you, sir, that as often as I thread the mazes of this controversy it seems to me to be a dispute as to the relative rights of two parties to a territory, to which neither of them has any real right whatever." Congressional Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 133.

[3]) Adams wollte offenbar im Wesentlichen dem Gedanken Ausdruck geben, der sonst in den Vereinigten Staaten unter der anspruchsvolleren Formel der „manifest destiny" auftritt und dem ja unstreitig die ganze Entwickelungsgeschichte der Union eine gewisse Begründung gibt. Immerhin aber kann man es doch kaum anders als lächerlich nennen, wenn ein gewiegter Staatsmann die Berechtigung eines Territorialanspruches seines Landes aus der mosaischen Schöpfungsgeschichte zu erweisen sucht.

Allein man hatte doch vornehmlich mit unanfechtbaren Thatsachen zu thun und zwar mit Thatsachen eines Charakters, der für die Erhebung von Rechtsansprüchen auf Grund von Entdeckung und Erforschung einen ganz anderen Werth hatte als das bloße Landen an irgend einem Punkt, das Aufrichten von Kreuzen und das Protokolliren von Erklärungen denen keinerlei thatsächliche Folge gegeben wurde.

In direktem eigenen Recht traten die Vereinigten Staaten erst in den Streit mit der Limitirung der Frage dahin: wer hat den begründetsten Anspruch auf das Gebiet des Columbia? Hier nun konnten die Amerikaner unstreitig England gegenüber[1]) Priorität der Entdeckung geltend machen. Am 11. Mai 1792 war Robert Gray mit der Columbia Rediviva aus Boston in der Mündung eines großen Flusses, die er schon einige Wochen vorher gesehen hatte, eingelaufen, war den Strom eine Strecke weit hinaufgefahren und hatte ihn nach seinem Schiff benannt. Die Engländer behaupteten freilich, die Mündung sei zuerst von Vancouver, oder vielmehr von dessen Lieutenant Broughton gefunden worden. Allein das ist nachweislich unrichtig. Vancouver war wohl an ihr vorübergefahren, aber hatte sie nicht gesehen. Aus seinem eigenen Journal erhellt in unzweifelhaftester Weise[2]) daß er sogar der Versicherung Gray's nicht Glauben schenkte, als dieser ihm von seiner Entdeckung Meldung machte ehe noch die Columbia die Einfahrt in den Strom hatte bewerkstelligen können.

Sobald die Existenz eines großen Stromes, die man schon lange behauptet aber auch immer wieder entschieden in Abrede gestellt war, gewann die Frage des Besitzes dieser nordwestlichen Gebiete eine ganz andere Bedeutung. Eine Expedition, die Mackenzie in demselben Jahre von Canada aus unternahm, führte zu wichtigen Resultaten, aber nicht zur Entdeckung des oberen Columbia. Im Frühling 1793 erreichte Mackenzie den Tacoutche Tessee (jetzt Fraser's River), den er irrthümlich für den Nordarm des Columbia hielt, verfolgte seinen Lauf eine Strecke weit und gelangte etwa 500 Meilen nördlich von der Mündung des Columbia an die Küste. Die von der amerikanischen Regierung ausgerüstete Expedition unter Meriwether Lewis und William Clark, die im Frühling 1804 von dem Zusammenfluß des Missisippi

[1]) Spanien behauptete allerdings den Columbia schon vor 21 Jahren entdeckt zu haben. Allein auch wenn der zweifelhafte Anspruch anerkannt wird, England konnte doch in keinem Falle Vortheil aus ihm ziehen, da die Vereinigten Staaten durch den Florida-Vertrag die Rechtsnachfolger Spaniens geworden waren.

[2]) Siehe den Nachweis in der angeführten Rede von Dix.

und Miſſouri aufbrach und zunächſt dem Laufe des letzteren folgte, war glücklicher. Nach anderthalb Jahren, am 7. Oktober 1805, konnte ſie ſich auf dem Kaskaskia, dem linken Arm des Columbia, einſchiffen und am 15. November erreichte ſie die Mündung des Hauptſtromes.

Ehe Lewis und Clark ihre Reiſe angetreten hatten, waren die Vereinigten Staaten durch den Louiſiana-Vertrag die Rechtsnachfolger Frankreichs auf dem nordamerikaniſchen Kontinent geworden. Als ſolche beriefen ſie ſich auf den Frieden von Utrecht. Artikel 10 deſſelben beſtimmte, daß die Grenze zwiſchen den engliſchen und franzöſiſchen Gebieten durch Kommiſſäre feſtgeſetzt werden ſolle. Dieſe Kommiſſäre ſollen ſich auf den 49° n. Br. als Scheidelinie geeinigt haben und dieſe ſog. Linie des Friedens von Utrecht wurde die erſte ganz beſtimmte Markſcheide in dem Streit. Solange er nur ſo zu ſagen eine akademiſche Frage geweſen war, hatte England aus Indifferenz keine Einwendungen gegen die Linie von Utrecht erhoben. Jetzt aber nach der Entdeckung des Columbia, deſſen Mündung etwa drei Grad ſüdlicher liegt, wollte es ſie nicht gelten laſſen und ſtützte ſich dabei darauf, daß keine authentiſchen Beweisſtücke für das behauptete Uebereinkommen der Kommiſſäre vorlägen.[1]) Daß die Amerikaner über dieſe Frontveränderung Englands heftig ſchalten, iſt ja begreiflich genug; allein der Einwand, den England erhob, hatte doch ſicher ſo viel Gewicht daß man ſagen muß, auch bis zum 49° n. Br. ſei der Beſitztitel der Vereinigten Staaten nicht unanfechtbar geweſen. Hier und da erhob ſich auch eine Stimme, die das offen eingeſtand.[2]) Gar keine Meinungsverſchiedenheit aber waltete unter den Amerikanern darüber ob, daß bis zum 49° n.

[1]) Siehe das Nähere über die Linie von Utrecht — vom amerikaniſchen Standpunkte — bei Greenhow, History of Oregon and California, p. 276. — Dix ſagt in der angeführten Rede: „I am aware that a doubt has recently been raised as to the fact of such a line having been agreed on; but, after nearly a century and a half, it is questionable whether an arrangement which had been acquiesced in (Colonel Benton here added — „and acted on"), as having been made by the competent authority at the proper time, can be denied, even though no authentic record of the meeting of the commissaries can be found." pp. 45, 46.

[2]) Die North American Review, Jan. 1846, p. 235 ſchreibt: „We shall try . . . to show that both titles are necessarily imperfect, owing to the entire indefiniteness of all the principles of international law which are applicable to the subject, and to the contradictory character of the historical precedents which are adduced; and that this position would hold, even if all the assumed facts, many of which are disputed, were indubitable." Der Beweis dafür wird denn auch in den folgenden zehn Seiten vollſtändig erbracht.

Br. das Recht der Vereinigten Staaten viel besser sei als das Englands[1]), und das kann auch gewiß nicht bestritten werden. Das ist anfänglich sogar von England selbst indirekt zugegeben worden.

Die erste Ansiedelung am Columbia, die Bestand hatte, wurde im März 1811 von der amerikanischen Pacific Fur Company gegründet und nach ihrem Haupt, dem New Yorker Kaufherren John Jacob Astor, Astoria genannt. Schon 1813 aber mußte sie all ihr Hab und Gut der englischen Northwest Company verkaufen, weil die Unionsregierung nicht im Stande war sie in dem das Jahr zuvor ausgebrochenen Kriege mit England zu schützen. Einige Tage später hißte ein Kriegsschiff die englische Flagge in der Ansiedelung auf.

Diese Vorgänge waren der unmittelbare Anlaß dazu daß die bisher gewissermaßen latente Oregon-Frage als internationale Streitfrage für mehr als ein Menschenalter auf die Tagesordnung der beiden betheiligten Mächte gesetzt wurde. Der erste Artikel des Friedens zu Gent bestimmte, daß „alle Gebiete, Plätze und Besitzungen jedweder Art", welche die beiden Mächte einander abgenommen hätten, „ohne Verzug zurückerstattet" werden sollten[2]). Auf Grund dieser Bestimmung erklärte Monroe am 18. Juli 1815 dem englischen Geschäftsträger Baker, daß die Vereinigten Staaten die Rückgabe von Astoria forderten. England gab dem Verlangen nicht sogleich Folge, weil die Pacific Company von der Northwestern Company ausgekauft und das Gebiet seitdem als eine Besitzung Sr. Majestät angesehen worden sei. Die Vereinigten Staaten gaben aber natürlich nicht zu daß ihr Besitzrecht von einer Handelsgesellschaft veräußert werden könne, und England gestand endlich

[1]) W. Robertson, Oregon, Our Right and Title, p. 7 sagt: „Great Britain, in view of the cession by Spain and other cessions, has no right or title whatever to this territory, as far as the parallel of 49°." Das war unstreitig die für die Vereinigten Staaten günstigste Formulirung der Frage, denn daraus, daß das Recht der Union nicht unanfechtbar war, folgerte durchaus nicht unbedingt, daß England irgend ein Recht auf das Gebiet habe. Sobald aber von „ganz Oregon" geredet wurde, gab Robertson rückhaltlos zu, daß England mit seinen Ansprüchen so festen Boden unter den Füßen habe wie die Vereinigten Staaten. „It is necessary, in the outset, to define the issue between Great Britain and ourselves. It is not a question of positive, but of relative, right; not whether either party have exclusive control, for the course that has been already pursued clearly proves by each that the other is entitled to certain rights, but it is the limit and extent of these rights that is in dispute." pp. 7, 8. Und p. 43 sagt er: „we claim to 49°, and that is all which we have any right to."

[2]) Stat. at L. VIII. p. 218.

ihre Berechtigung zu während der Verhandlungen über den Besitztitel im thatsächlichen Besitz des Streitobjektes zu sein[1]). Demgemäß erfolgte die förmliche Rückgabe von Astoria am 6. Oktober 1818. In diesem Akt aber lag die ausdrückliche Anerkennung dessen, daß die Vereinigten Staaten außer ihren Rechten als Entdecker für die Begründung ihrer Ansprüche auch die schwerer wiegenden Rechte geltend machen könnten, die aus der ersten thatsächlichen Besitzergreifung erwuchsen. Und dieser Anerkennung entsprechend erklärte England auch noch acht Jahre später, daß es auf keinen Theil des Gebietes ein ausschließliches Recht zu haben behaupte[2]).

Schwerlich würde England so viel zugegeben haben, wenn nicht auch die Vereinigten Staaten sich entgegenkommend gezeigt hätten. Beide Theile waren nicht in der Lage den Streit um ein Gebiet, dessen Werth zur Zeit noch ein sehr geringer war, auf die Spitze zu treiben, und beide mochten sich doch nicht zu einem Verzicht verstehen, der einst eine ungeheure Bedeutung gewinnen konnte. Man half sich, indem man sich für die Gegenwart auf Kosten der Zukunft vertrug. Am 20. Oktober 1818 wurde eine Konvention geschlossen nach deren drittem Artikel alles Land westlich von den Felsengebirgen, auf das die beiden Mächte Ansprüche erhöben, unbeschadet dieser die nächsten zehn Jahre den Angehörigen beider „frei und offen" stehen solle[3]). Man wußte sich jetzt, da das reale Interesse am Streitobjekt doch fast nur ein prospektives war, nicht auseinanderzusetzen und vertagte den Verständigungsversuch auf zehn Jahre, während deren die Entwickelung und also natürlich auch die Verfilzung der realen Interessen sich ganz ungestört vollziehen sollte.

Da man die wirthschaftliche Bedeutung des Landes zunächst fast ausschließlich im Pelzhandel suchte und trotz der territorialen Konti-

[1]) Der amerikanische Gesandte in London Rush meldet am 14. Febr. 1818 dem Staatssekretär Adams: „It is proper . . . to say that Lord Castlereagh admitted, in the most ample extent, our right to be reinstated, and to be the party in possession while treating of the title." Deb. of Congr., XIV. p. 655.

[2]) Protokoll vom 16. Dez. 1826. „Great Britain claims no exclusive sovereignty over any portion of that territory. Her present claim, not in respect to any part, but to the whole, is limited to a right of joint occupancy, in common with other States, leaving the right of exclusive dominion in abeyance." Reports of Committees, 25th Congr., 3d Sess., Vol. I, Rep. 101. House of Repres., p. 3.

[3]) Stat. at L. VIII. p. 249.

nuität eine unmittelbare Verbindung mit der Operationsbasis der beiden betheiligten Völker noch nicht Statt hatte, schritt die Entwickelung allerdings entfernt nicht mit der Rapidität fort, die sonst in Nord-Amerika, oder doch wenigstens in dem Unionsgebiete die Regel zu werden begann. Immerhin aber bildeten sich in wenigen Jahren reale Interessen von solchem Gewicht, daß sie nicht ungestraft von den resp. Staaten ignorirt werden durften[1]). England verschloß sich dieser Erkenntniß nicht und handelte ihr gemäß. Schon 1821 verfügte es die Ausdehnung seiner Gesetze auf Oregon. In den Vereinigten Staaten dagegen kam man lange Jahre nicht über Gerede und unfruchtbare Vorschläge hinaus. Diese Phase in der Geschichte der Oregon-Frage ist einer der interessantesten Belege dafür, daß, während die Amerikaner an individueller Energie und Thatkraft wohl allen Völkern der Erde überlegen sind, die Vereinigten Staaten in Folge ihrer politischen Natur zu einer rasch entschlossenen und kräftigen staatlichen Initiative viel weniger geneigt und geschickt sind als die europäischen Monarchien. Wo sie doch eine solche bekundet haben, da ist die Konstitution stets mit einer so großen Rücksichtslosigkeit behandelt worden, daß diese Perioden zu den dunkelsten Kapiteln der Verfassungsgeschichte gehören. Auf der anderen Seite erhellt aber daraus auch die wohl den meisten Europäern überraschende Thatsache, daß durch die politische Struktur der Union ein eminent konservativer Charakter der Unionspolitik bedingt ist, so lange ehrlich aus der Verfassung heraus — und nicht in sie hineingelesen wird, um sie zu einem Werkzeug der Parteiinteressen herabzuwürdigen.

Im Dezember 1820 setzte das Repräsentantenhaus einen Ausschuß ein, um die Lage der Ansiedelungen am Columbia und die Zweckmäßigkeit von Schritten Seitens der Regierung zur Besetzung des Landes zu prüfen. Floyd von Virginia, der die Sache angeregt hatte, stattete am 25. Januar 1821 einen eingehenden Bericht ab, der entschieden befürwortete, daß die Interessen der Union am Stillen Ozean mit Nachdruck wahrgenommen würden. Im Dezember kam die vom Ausschuß eingebrachte Bill zur Berathung[2]). Die Freunde derselben hielten einige Reden, in denen sie namentlich die Bedeutung des Fischfanges und des Handels mit China betonten und auch schon auf die

[1]) „. . . it appears, from the best information, that there is at this time eight millions of property owned by citizens of this Republic in the Pacific Ocean." Bericht Floyd's vom 25. Jan. 1821 an das Repräsentantenhaus. Deb. of Congr., VII. p. 79.

[2]) Deb. of Congr., VII. pp. 392—406.

Ausdehnung hinwiesen, die mit der Zeit der Holzhandel und der Ackerbau gewinnen würden. Allein sie konnten dem Hause kein Interesse abgewinnen[1]). Von der Opposition hielt es nur Tucker von Virginia der Mühe Werth überhaupt das Wort zu ergreifen und in seiner Rede war nur die Behauptung bemerkenswerth, daß die Felsengebirge für alle Zeiten eine unüberwindliche Interessenscheide bilden müßten. Am 27. Januar wurde der Antrag „die Bill vom Tisch aufzunehmen" mit 100 gegen 61 Stimmen abgelehnt[2]).

Floyd ließ sich dadurch nicht abschrecken, daß er beim ersten Anlauf theils an der Indifferenz und theils an dem Glauben gescheitert war, daß eine so ungeheure Ausdehnung der Republik chimärenhaft und verderblich sei. Er erlangte am 29. Dezember 1823 die Einsetzung eines neuen Ausschusses und erstattete am 15. April 1824 dem Hause im Sinne seiner früheren Anträge Bericht[3]). Als nun auch Präsident Monroe in seiner Jahresbotschaft vom 7. Dezember 1824 die Gründung eines Militärpostens an der Mündung des Columbia oder an einem anderen Punkt der Nordwestküste empfahl[4]), passirte das Haus am 23. Dezember 1824 mit 113 gegen 57 Stimmen eine Bill „zur Besetzung des Oregon-Flusses", nachdem es die fünfte Sektion ausgestrichen hatte, die den Präsidenten zur Einsetzung einer Territorialregierung autorisirte, falls es von der öffentlichen Wohlfahrt gefordert werde[5]). Der Senat aber legte auf Antrag Lowrie's von Pennsylvania die Bill auf den Tisch[6]).

Die Exekutive zeigte unstreitig ein viel besseres Verständniß dafür, was das Interesse des Landes erfordere, als der Kongreß. Es war ihr bei dem durch die Konvention von 1818 geschlossenen Provisorium so wenig geheuer, daß sie schon 1823 den bedenklichen Geschäftstheilhaber zu bewegen suchte die Genossenschaft aufzulösen und zu theilen. Rush wurde von Adams beauftragt den 51° n. Br. als Theilungslinie vorzuschlagen, aber autorisirt auch den 49° n. Br., also die Fortsetzung der Grenzlinie bis zu den Felsengebirgen zuzugestehen, falls England

[1]) Wright von Maryland begann seine Rede mit der Bemerkung: the seeming apathy that I have thought I discovered, has alarmed me for its (der Bill) fate, and induced me to trespass on the time of the House, at least to elicit a discussion."

[2]) ib. pp. 421, 422.

[3]) ib. VIII. pp. 3, 4.

[4]) Statesm.'s Man., I. p. 477.

[5]) Deb. of Congr., VIII. p. 221.

[6]) Niles' Reg. LVI. p. 225.

sich nicht mit weniger zufrieden geben wolle[1]). Auch der 49° hätte es aber von dem Columbia ausgeschlossen[2]) und es erklärte daher sein Recht, auf dem ganzen unbesetzten Gebiet Kolonien zu gründen, nicht aufgeben zu wollen. Ein Zwischenfall, der sich um dieselbe Zeit abspielte, eröffnete aber doch eine Aussicht, daß es von diesem Anspruch abstehen werde.

Schon seit langen Jahren gefiel sich Rußland in der sonderbaren Prätension, daß seine Besitzungen an den beiden Gestaden des Stillen Ozeans ihm das Recht gäben, den nördlichen Theil desselben als mare clausum zu behandeln. Ein Ukas vom September 1821 sollte diesem Anspruch Geltung verschaffen. Kaiser Alexander erklärte die ausschließliche Souveränetät und Jurisdiktion Rußlands erstrecke sich auf der asiatischen Küste bis zum 45° n. Br., auf der amerikanischen von der Behringsstraße bis zum 51° n. Br. und von den genannten Grenzpunkten an auf beiden Seiten 100 italienische Meilen weit in das Meer hinein. Fremde Schiffe, die diese imaginäre Markationslinie überschritten, wurden mit Konfiskation bedroht. England und die Vereinigten Staaten legten natürlich gegen diesen ungeheuerlichen Ukas Verwahrung ein. Daraufhin wurde derselbe suspendirt und der Kaiser schlug vor, die drei Mächte sollten sich in freundschaftlichem Geiste über alle ihre Ansprüche in diesen Gebieten vergleichen. England war anfänglich bereit auf diesen Vorschlag einzugehen, zog es dann aber vor ein Separatabkommen mit Rußland zu suchen, weil Monroe inzwischen in seiner Botschaft vom 2. Dezember 1823 die berühmte Erklärung abgegeben hatte, daß das amerikanische Festland hinfort nicht mehr als der Kolonisation durch europäische Mächte offen zu betrachten sei[3]). Die Vereinigten Staaten, die gleichfalls zur Annahme von Alexander's Proposition bereit waren, schlugen England vor: die drei Mächte sollten

[1]) Niles' Reg. LV. p. 140.

[2]) Das war der entscheidende Punkt. Sein Gegenvorschlag war: „The boundary line . . . to the west . . . of the Rocky Mountains shall be drawn due west along the 49th parallel of north latitude, to the point where that parallel strikes the great northeasternmost branch of the Oregon, or Columbia river . . . thence, down along the middle of the Oregon or Columbia to its junction with the Pacific ocean" Protocol of the twenty-third conference, July 13, 1824.

[3]) „. . . the occasion has been judged proper for asserting, as a principle in which the rights and interests of the United States are involved, that the American continents, by the free and independent condition which they have assumed and maintain, are henceforth not to be considered as subjects for future colonization by any European powers." Statesm.'s Man. I. pp. 452, 453.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

sich dahin vergleichen, daß Rußland nicht südlich vom 55° n. Br., England nicht südlich vom 51° n. Br. und die Vereinigten Staaten nicht nördlich von diesem Ansiedelungen machen dürften[1]). Canning antwortete jetzt: seiner Ansicht nach habe England sich über die nördliche Grenze seines Gebietes nur mit Rußland und über die südliche nur mit den Vereinigten Staaten zu verständigen.

Die Gelegenheit war also verscherzt, die bei geschickter Benutzung vielleicht dahin hätte führen können, daß die Oregon-Frage ganz aus der Welt geschafft wurde. Mit Rußland verständigten sich die beiden Mächte allerdings, aber das diente nur dazu, ihren eigenen Zwist noch mehr zu verwickeln. Am 17./5. April 1824 wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland eine Konvention geschlossen, deren dritter Artikel den Angehörigen der kontrahirenden Staaten verbot, nördlich, resp. südlich von 54° 40′ n. Br. Niederlassungen zu gründen[2]). Die im folgenden Jahre zwischen England und Rußland geschlossene Konvention nahm dann gleichfalls 54° 40′ zum Ansatzpunkt der Grenzlinie zwischen den beiden Staaten. Diese Bestimmungen der beiden Konventionen waren die Annahme des vorhin erwähnten Vorschlages der Vereinigten Staaten, soweit derselbe die Fixirung einer Grenze zwischen England und Rußland betraf[3]). In den Vereinigten Staaten aber entstand nach und nach der Wahn, daß die Linie 54° 40′, die erst in diesen Konventionen, resp. in jenem Vorschlage ihren Ursprung hatte, die seit jeher von ihnen beanspruchte Grenze sei und Rußland in der Konvention vom 17./5. April die Berechtigung des Anspruches anerkannt habe. Die angeführten Thatsachen zeigen jedoch, daß Benton unstreitig mit Recht behauptete, der ganze Anspruch ruhe auf eitel Dunst[4]).

Als das Herannahen des Ablaufes der Konvention vom 20. Oktober 1828 zur ernsten Wiederaufnahme der Verhandlungen nöthigte, hatte jener Wahn sich noch nicht festgesetzt. Von beiden Seiten wurden zunächst die Vorschläge von 1824 erneuert, aber mit gleich schlechtem

---

[1]) Rush an Adams, 19. Dez. 1823. Deb. of Congr., XV. p. 530.

[2]) Stat. at L. VIII. p. 304.

[3]) Dort war allerdings 55° n. Br. gesagt worden. Allein die Absicht war das Südende der Prince of Wales-Insel zum Ausgangspunkt der Grenze zu machen. Man glaubte dasselbe liege unter dem 55°, und 54° 40′ war nur die Korrektur der als irrig erkannten Annahme.

[4]) „And this is the end of that great line! all gone — vanished — evaporated into thin air — and the place where it was not to be found. Oh! mountain that was delivered of a mouse, thy name shall henceforth be fifty-four forty!" Deb. of Congr., XV. p. 531.

Erfolge. England machte jedoch jetzt eine Schwenkung in ſeiner Argumentation, aus der ſich ergab, auf wie ſchwachen Stützen ſeine Anſprüche auf das Gebiet ſüdlich vom 49° n. Br. ruhten. Die Entdeckungen von Drake und Cook waren aus dem Vordergrunde des Raiſonnements in den nebelſchweren Hintergrund gerathen und von den früher behaupteten Landankäufen von den Indianern, über die man außer der nackten Behauptung nichts zu ſagen gewußt hatte, war es ſtill geworden. Dagegen wurde der Eskurial Vertrag vom 28. Oktober 1790, den man früher ganz vergeſſen hatte, plötzlich der Haupttrumpf. England berief ſich auf den dritten Artikel dieſes Vertrages, nach dem die Unterthanen der kontrahirenden Mächte das Recht haben ſollten, „an noch nicht beſetzten Plätzen" der Küſte des Stillen Ozeans „zu landen, um mit den Eingeborenen Handel zu treiben oder Niederlaſſungen zu gründen" [1]). Seitens der Vereinigten Staaten wurde behauptet: der Ausdruck „Niederlaſſungen" ſei nicht in ſeinem gewöhnlichen weiteren Sinne zu verſtehen, da die drei folgenden Artikel ausdrücklich Beſchränkungen des Artikels 3 genannt wurden und Artikel 6 den engliſchen Unterthanen nur die Errichtung von „Hütten und anderen temporären Gebäuden" (Huts and other temporary Buildings) zu Fiſchereizwecken geſtatte. Das Argument war jedoch offenbar nicht ſtichhaltig, da Artikel 6 nur von dem ſüdlichen Theile der Küſte Süd-Amerikas redete. Da hinſichtlich dieſes ſolche Beſchränkungen verfügt wurden, ſo mußte mithin vielmehr aus ihnen gefolgert werden, daß ſie hinſichtlich der übrigen Küſte nicht Statt haben ſollten und das Wort „Niederlaſſungen" im Artikel 3 alſo in ſeinem gewöhnlichen Sinne zu verſtehen ſei. Es wäre gar nicht möglich geweſen darüber zu ſtreiten, wenn nicht in den Debatten des Parlaments über den Nootka Sund Vertrag die Oppoſition die amerikaniſche Auffaſſung vertreten hätte [2]). Es iſt das eine

[1]) „it is agreed that their respective subjects shall not be disturbed or molested, either in navigating or carrying on their Fisheries in the Pacific Ocean, or in the South Seas, or in landing on the Coasts of those Seas, in Places not already occupied, for the purpose of carrying on their commerce with the Natives of the Country, or of making Settlements there („pour y former des Etablissements"). Martens, Receuil de Traités, IV. p. 495.

[2]) Ohne mit einer Silbe darauf hinzudeuten, daß Artikel 6 nur einen Theil der ſüdamerikaniſchen Küſte betraf, ſagte Fox: „Our right of making settlements was not, as now, a right to build huts, but to plant colonies if we thought proper.... but after this pompous recognition of right to navigation, fishing, and commerce, comes another article, the sixth, which takes away the right of landing, and erecting even temporary huts, for any purpose but that of

bemerkenswerthe Illustration dafür, wie gute Waffen parlamentarische Oppositionen oft dadurch den Gegnern ihres Landes in die Hände liefern, daß sie im vermeintlichen Parteiinteresse ihre Kritik der Regierungshandlungen outriren.

Die Frage, ob die weiteren Behauptungen der Amerikaner begründet waren, daß alle von England in dem Nootka Sund Vertrage erworbenen Rechte erloschen seien, da es bis zum Ausbruch des Krieges (1796) keine Niederlassungen gegründet habe und der Eskurial Vertrag nicht durch den Frieden von Madrid (1814) wieder in Kraft getreten sei, mag hier ununtersucht bleiben. Die Frage ließ sich überhaupt nicht durch staubige Dokumente zum Austrag bringen, was dieselben auch immer enthalten mochten. Das Entscheidende war daß, wie die englischen Kommissäre Huskisson und Addington in den Verhandlungen von 1827 sagten, „werthvolle britische Interessen in jenem Gebiet entstanden sind“ [1]) — ob es, wie sie erklärten, unter dem Nootka Sund Vertrag geschehen war oder nicht, das war gleichgiltig; sie waren entstanden und das bestimmte die Politik Englands. Die Vereinigten Staaten waren nicht in der Lage, ihm den Verzicht auf die Theilhaberschaft an dem Columbia abzutrotzen oder abzuhandeln und darum leistete es ihn nicht. Man kam um keinen Schritt weiter und entschloß sich daher endlich die Konvention vom 20. Oktober 1818 auf unbestimmte Zeit zu verlängern; beide Mächte behielten sich das Kündigungsrecht vor und zwölf Monate nach erfolgter Kündigung sollte sie erloschen sein [2]).

England durfte mit diesem Arrangement zufrieden sein, da alles zu versprechen schien, daß seine thatsächliche Position in Oregon zu

---

carrying on the fishery, and amounts to a complete dereliction of all right to settle in any way for the purpose of commerce with the natives.“ British Parliamentary History, XXVIII. p. 990. Benton, Dix u. A. waren jedoch durchaus nicht zu der Behauptung berechtigt, daß Pitt durch seine „Zugeständnisse“ (admissions) im Wesentlichen die Richtigkeit dieser Auffassung anerkannt habe. Wohl sagte er: „though what this country had gained consisted not of new rights, it certainly did of new advantages.“ ib. p. 1002. Allein nach seiner Ansicht hatte England stets das Recht gehabt, und hatte es daher auch noch jetzt, in den nicht bereits okkupirten Theilen der Küste Kolonien zu gründen. Und in diesem Punkt stimmte Fox natürlich mit ihm überein. „Our right before was to settle in any part of the south or northwest coast of America not fortified against us by previous occupancy.“

[1]) Deb. of Congr., XIV, p. 654.

[2]) 6. Aug. 1827. Stat. at L. VIII. p. 360.

stark und der der Vereinigten Staaten zu überlegen werden würde, um ihm die Beute noch länger mit Aussicht auf Erfolg streitig machen zu können. Wie viel besser auch das Recht der Amerikaner sein mochte, die englische Hudson's Bay Company war die einzige thatsächliche Macht in dem Gebiete [1]). Erst 1832 entstand südlich vom Columbia, in dem fruchtbaren Thale des Wallamette [2]), eine kleine amerikanische Ansiedelung. Allein so langsam sie auch heranwuchs und so vollständig auch viele Jahre ihre Abhängigkeit von der Hudson's Bay Company war, sie war doch auf den ersten Blick als ein Keim von ungeheurer Entwickelungsfähigkeit zu erkennen, während die mächtige englische Gesellschaft sich bei etwas näherer Betrachtung als ein zukunftsloses exotisches Gewächs auswies. Die Hudson's Bay Company war eben nur eine Handelsgesellschaft, deren einziger Zweck die Verfolgung der materiellen Interessen eines Häufleins von Kapitalisten war: England hatte nicht in Oregon eine Kolonie gegründet, sondern einige Engländer konstruirten dort eine Produktionsmaschine, die von Beamten in Betrieb gehalten wurde und in der Indianer und Sandwich Insulaner Haupträder waren. Die Gesellschaft suchte nicht das Land zu entwickeln, sondern es auszunutzen. Im Dienste eines Kulturinteresses arbeitete sie nur so weit, als die Wahrnehmung ihrer pekuniären Interessen das unvermeidlich machte. Trat das Kulturinteresse mit diesen in einen wirklichen oder vermeintlichen Konflikt, so wurde es gelassen in den Staub getreten oder, wenn das nicht geschah, schalt man in England über die sträfliche Verblendung und Lässigkeit der Kompagnie [3]). Die

[1]) Dix sagt, die Convention von 1818, resp. 1827, „has in reality been for her (Great Britain) an exclusive occupancy of the whole territory north of the Columbia." Speeches, I. p. 56.

[2]) Der Name wird sehr verschieden geschrieben. In dieser Form erscheint er in der ersten Eingabe der Ansiedler an den Kongreß.

[3]) In dem früher angeführten Artikel in Fisher's Colonial Magazine heißt es mit Bezug auf die Ansiedelung von Wallamette: „By a strange and unpardonable oversight of the local officer of the company, missionaries from the United States were allowed to take religious charge of the population: and these artful men lost no time in introducing such a number of their countrymen as reduced the influence of the small number of original English settlers to complete insignificance." Der Beamte der Hudson's Bay Company hatte sich einer schweren Pflichtverletzung dadurch schuldig gemacht, daß er amerikanischen Missionären nicht die Ausübung ihres hohen selbstlosen Berufes gewehrt hatte, und diese hatten sich dadurch als Wölfe in Schafskleidern erwiesen, daß sie etliche Landsleute als friedliche Ansiedler nach sich gezogen hatten. Das zeigt, wie man in England geneigt war die „joint occupation" aufzufassen.

Kolonie im Thale Wallamette dagegen war der Anfang der wirklichen Besiedelung des Landes. Die amerikanischen Ansiedler waren nicht die gedungenen Arbeiter fremder Unternehmer, denen das Wohl und Wehe des Landes gleichgiltig war, so lange ihr Geld sich gut verzinste. Sie waren Pioniere, die mit vollem Mannesernst der Kultur eine Gasse hauten, weil sie sich Heimstätten errichteten und mit Weib und Kind Wurzel schlagen wollten in dem jungfräulichen Boden, den ihre Axt lichtete und ihre Pflugschar aufriß, um die Samen der völkergebärenden Halmfrüchte hineinzustreuen. Sie hatten nicht nur den mit der Muttermilch eingesogenen republikanischen Unabhängigkeitssinn, die von der Wiege an mit ihrem innersten Wesen verwachsenen Gewohnheiten der Selbstbestimmung und Selbstregierung und ihren amerikanischen Patriotismus mit sich gebracht, sondern sie waren auch überzeugt — ohne viel nach Drake's Entdeckungsreisen und Englands alten Verträgen mit Spanien zu fragen —, daß ihre Füße nicht auf fremdem, sondern auf heimischem Boden stünden. Was Dix im Senate aussprach, das fühlten sie: so weit, so öde, so wild auch die Strecken waren, die zwischen ihnen und der alten Heimath lagen, sie hatten doch an der Küste des Stillen Ozeans erst die „natürliche Grenze" ihres Landes gefunden und sie waren nicht gesonnen, sich dort die Rolle von widerwillig geduldeten Eindringlingen aufzwingen zu lassen, weil britischer Handelsgeist ihnen eine Faktorei vor die Thür gesetzt hatte. Es mochte noch eine Weile währen bis ihre Zeit kam, aber kommen mußte sie, wenn England nicht die Etablissements der Hudson's Bay Company in eine Kolonie umwandelte, die in allen Hinsichten mit konkurrenzfähiger Kraft in das moderne Kulturleben einzutreten vermochte. Und auch wenn England den Versuch hätte machen wollen, hätte derselbe gelingen können? Die Tage der staatlichen Koloniegründung waren vorüber und den einzelnen Engländern, die auswanderten, um anderswo ihr Glück zu suchen, boten sich viele andere lohnendere oder sympathischere Lokalitäten dar.

Die Kolonie am Wallamette bahnte jedoch auch noch in einer anderen Hinsicht eine Aenderung der Lage an. Das Interesse der Bundesregierung an Oregon mußte lebhafter werden und einen anderen Charakter gewinnen, als sie nicht mehr allein das Interesse der Union an einem nur von Indianerstämmen bewohnten Lande zu wahren, sondern auch Pflichten gegen ihre Bürger zu erfüllen hatte, die dort seßhaft geworden waren. Jackson beauftragte 1836 Slacum mit einer gründlicheren Durchforschung des noch immer fast ganz unbekannten

Gebietes. Dieser wies in überzeugender Weise den großen Werth desselben in einer ausführlichen Denkschrift nach, die er am 18. Dezember 1837 dem Kongresse einreichte. Dort hatte jetzt Linn von Missouri die Erbschaft Floyd's übernommen. Am 7. Februar 1838 brachte er im Senat eine Bill ein, Oregon als Territorium zu organisiren und am Columbia ein Fort und eine Zollstation zu errichten. Der Senat verwies die Sache an einen besonderen Ausschuß, nachdem Buchanan noch darauf hingewiesen hatte, daß sie nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden dürfe, da die Hudson's Bay Company Forts errichte, das Land abholze und die Indianer unter ihre Botmäßigkeit bringe [1]). Am 6. Juni erstattete Linn im Namen des Ausschusses einen eingehenden Bericht [2]), der mit dem Wunsche schloß: der Präsident werde die Kontroverse über das wichtige Land, das der Union verloren zu gehen drohe, zum Austrag bringen, und von einer Bill begleitet war, die den Präsidenten autorisirte, die Armee und Flotte zum Schutz der amerikanischen Ansiedler und ihres Eigenthums zu verwenden. Den 28. Januar 1839 legte er dem Senat eine vom 16. März 1838 datirte Petition der Ansiedler am Wallamette vor, in der die Regierung um „förmliche und schleunige Besitzergreifung" des Territoriums ersucht wurde [3]). Kurz zuvor hatte auch im Hause Cushing im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten einen Bericht über Oregon abgestattet und eine Bill des gleichen Inhaltes wie die von Linn eingebracht [4]).

Der Kongreß war auch jetzt noch nicht zu bewegen, mehr zu thun, als Ausschüsse einzusetzen und Berichte entgegenzunehmen. Allein die Freunde der Aktionspolitik wurden nicht müde, immer wieder die Frage vor ihn zu bringen. Und sie ließen sich durch ihre vielen Mißerfolge nicht in ihren Forderungen herabstimmen, sondern betonten immer schärfer das „unbestreitbare" Recht der Vereinigten Staaten und verlangten immer nachdrücklicher die Kündigung der Konvention von 1818/1827 [5]). Die Ansiedler unterstützten diese Bemühungen durch

[1]) Deb. of Congr., XIII. pp. 622, 623.

[2]) Niles' Reg. LV. pp. 139—143.

[3]) Deb. of Congr., XIII. pp. 735, 736.

[4]) 4. Jan. 1839. Niles' Reg. LVI. pp. 234—239.

[5]) Schon am 29. Dez. 1839 beantragte Linn folgende Resolutionen:

„Resolved, That it is the opinion of the Senate that the title of the United States to the Territory of Oregon is indisputable, and never will be abandoned.

Resolved, That the President of the U. St. be requested to give notice

eine neue Petition, die um die Errichtung einer förmlichen Territorialregierung bat[1]). Mehr Eindruck machte vielleicht die Mittheilung Linn's, daß die Hudson's Bay Company reguläre Ansiedler, namentlich Hirten, zu importiren beginne[2]). Weiter gekommen war man jedenfalls. Während Floyd's Ausführungen einst kaum einer Entgegnung gewürdigt worden waren, entschuldigte jetzt die Majorität ihre Unthätigkeit damit, daß es inopportun sei, diese Streitfrage auf die Tagesordnung zu setzen, während man mit England über die nordöstliche Grenze unterhandle.

Als diese Frage glücklich zum Austrag gekommen war, gaben denn auch beide Regierungen einander ihre Geneigtheit zu erkennen, nunmehr auch an die Lösung des Oregon-Problemes zu gehen[3]). Tyler dachte daran, einen speziellen Gesandten nach England zu schicken, der alle noch mit England schwebenden Fragen zur Erledigung bringen sollte, und Webster vermuthete, daß ihm die Mission angetragen werden würde[4]). Der Gedanke kam jedoch nicht zur Ausführung, da das englische Kabinet die ersten informellen Mittheilungen über ihn sehr kühl entgegennahm. Tyler hätte ihn jedoch vermuthlich nicht sogleich fallen gelassen, wenn nicht im Kongresse die Debatten über die Oregon-Frage wiederum resultatlos im Sande verlaufen wären.

Webster konnte das nicht überraschen, da er den Eifer der Führer der Aktionspartei für erkünstelt hielt, weil ihnen nicht sowohl Oregon Selbstzweck, als vielmehr die Oregon-Frage Mittel zu anderen Zwecken sei[5]). Daß der Eine oder der Andere auch Nebenabsichten verfolgte,

---

to the British Government that the conventions of 1818, and 1827.... shall cease in twelve months after such notification." Deb. of Congr., XIV. p. 18.

[1]) Senate Doc., 26th Congr., 1st Sess., No. 514, 1840.

[2]) 8. Jan. 1841. Deb. of Congr., XIV. p. 203. Er hatte jedenfalls richtig erkannt, daß, so lange die Konventionen bestehen blieben, die Entscheidung davon abhänge, von welcher Seite her die größere Zahl von Ansiedlern käme. Das erhellt daraus, daß er schon in den erwähnten Resolutionen 650 acres jedem männlichen weißen Einwohner schenken wollte, der dieselben fünf aufeinander folgende Jahre bebaue.

[3]) Mr. Webster to Mr. Everett, Nov. 28, 1842. Webst.'s Priv. Corresp., II. p. 153. Curtis, Life of D. Webster, II. p. 173 datirt den Brief vom 25. Nov.

[4]) Mr. Webster to Mr. Everett, Jan. 29, 1843. Curtis, Life of D. Webster, II. p. 176. Dieser Brief findet sich nicht in der Priv. Corresp.

[5]) „This new outbreak of interest and zeal for Oregon has its origin in motives and objects this side the Rocky Mountains. The truth is, there are lovers of agitation; and when most topics of dispute are settled, those which remain are fallen on with new earnestness and avidity. We feel the importance of settling this question if we can, but we fear embarrassments and

ist ja gewiß sehr möglich. Allein wenn Webster nicht in Folge der Angriffe, denen er wegen des Ashburton Vertrages ausgesetzt war, selbst Partei im Streit gewesen wäre, so hätte der Gang der Debatte im Senate ihn überzeugen müssen, daß eine große Majorität desselben in aller Ehrlichkeit Oregon eine viel größere Wichtigkeit beimaß, als er es that. Die meisten Redner gegen die Bill Linn's erklärten sich mit den Zwecken derselben vollkommen einverstanden und basirten ihre Opposition nur darauf, daß die Bill durch das Versprechen von Landschenkungen Ansiedler anzulocken suche, eine Bestimmung, die ihrer Ansicht nach über die Befugnisse hinausging, die den Vereinigten Staaten unter der Konvention von 1818/1827 zuständen. Die Aktionspartei dagegen sah mit Recht gerade hierin die Seele der Bill [1]). Trotz der Uebereinstimmung über den allgemeinen Zweck war daher eine Verständigung unmöglich, denn auf der einen Seite sah man in jener Bestimmung eine Vertragsverletzung und auf der anderen hielt man die Bill ohne sie für zwecklos [2]).

Calhoun machte außer der behaupteten Vertragsverletzung noch ein Zweckmäßigkeitsbedenken geltend. Wenn man es jetzt zum Bruch treibe, so sei der Verlust des Gebietes für die Vereinigten Staaten unvermeidlich, da England seine siegreichen Truppen von China in sechs

difficulties. Not, perhaps, so much from the subject itself as from the purposes of men and of parties connected with it. Mr. Calhoun distinguished himself by his support of the late treaty (mit England). You know his position before the country in regard to the approaching election of President. Mr. Benton, as leader of the Van Buren party, or at least of the more violent part of it, is disposed to make war upon every thing which Mr. Calhoun supports, and seems much inclined at present to get up an anti-English feeling whenever and wherever possible. You have read his speech on the treaty, written, as is said, after the adjournment of the Senate. In the spirit of this speech he fell upon Oregon." ib. II. p. 175.

[1]) Sevier von Arkansas sagte: „He looked upon this as the very life and soul of the bill. Strike out this provision, and you would have no settlers there; but, on the contrary, the country would remain in the possession of the British henceforth and forever." Deb. of Congr., XIV. p. 650.

[2]) Gegen Webster's Erwartung wurde die Bill im Senat am 3. Febr. 1843 mit 24 gegen 22 Stimmen passirt. ib. XIV. p. 689. Im Hause dagegen wurde sie am 16. Febr. im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten von Adams mit der Empfehlung berichtet, daß sie nicht passirt werden solle. ib. XIV. p. 700. Palmerston erklärte am 21. März 1843 im House of Commons: „It was possible that the bill might not pass; but if it did pass, and became a law, and was acted on, it would be a declaration of war." Es ist jedoch zu bemerken, daß Palmerston nicht im Kabinet, sondern in der Opposition war.

Wochen nach Oregon ſchaffen könne, die amerikaniſchen Truppen aber ſechs Monate marſchiren müßten, wenn man überhaupt die Möglichkeit zugeben wolle, eine Armee durch die unermeßliche Wildniß zu führen. Die Vereinigten Staaten müßten daher eine Politik „weiſer und meiſterhafter Unthätigkeit" verfolgen[1]). Thäten ſie aber das, dann ſei ihnen die endliche Sicherung des Gebietes ebenſo gewiß als jetzt der Verluſt deſſelben, denn die raſtlos und ſchnell nach Weſten fortrollende Bevölkerungswelle werde bald die Kluft zwiſchen Oregon und den Staaten ſo weit verengt haben, daß alle Anſtrengungen Englands den Vortheil in der Poſition der Vereinigten Staaten nicht würden überkommen können.

Zu dem erſten Theil dieſer Argumentation ſprach McDuffie, der Kollege Calhoun's, ein lautes Ja und Amen, aber der zweite Theil erſchien ihm thöricht und in unheilvolle Bahnen leitend. Auch wenn die Felſengebirge mit einem Koſtenaufwande von fünf Dollars wegſam gemacht werden könnten, erklärte er, würde er dieſe Summe nicht dazu bewilligen, denn nur Uebeles könne aus dem zügelloſen Hinausſtreben des Volkes ins Grenzenloſe erwachſen; eine ſolche Verzettelung der Bevölkerung über unermeßliche Landſtrecken müſſe unvermeidlich zur Halbbarbarei führen. Doch die Natur habe glücklicher Weiſe dafür geſorgt, daß der Baum nicht in den Himmel wachſen könne: die Felſengebirge ſeien eine unüberſteigliche Grenzſcheide und es ſei ſchlechthin lächerlich, zu glauben, daß Oregon je ein Staat der Union werden könne. Die Bemerkung Woodbury's, daß ſeit der Verwendung der Dampfkraft Entfernungen mit einem ſo großen Maßſtabe gemeſſen werden müßten, daß eine zureichende Verknüpfung Oregon's mit der übrigen Union nicht mehr als eine unrealiſirbare Chimäre zu betrachten ſei, behandelte der hellſehende Carolinier als Abſurdität. Die Expanſionsfähigkeit des Repräſentativſyſtems ſei ungeheuer, aber dieſer Traum gehe doch weit über dieſelbe hinaus, und wie Dampf zu Wege bringen ſolle, was das Repräſentativſyſtem nicht zu leiſten vermöge, ſei unverſtändlich.

Webſter ſcheint eine Mittelſtellung zwiſchen den beiden Caroliniern eingenommen zu haben. Offenbar war er viel mehr von der Schwierigkeit einer Erledigung der Frage als von ihrer Wichtigkeit durchdrungen. Faſt wegwerfend ſpricht er in dem Brief vom 28.(25.) November an Everett von dem Gebiet[2]), und es heißt, er ſei ſogar bereit geweſen,

[1]) Calh.'s Works, IV. p. 245.

[2]) „I doubt whether she (England) can contemplate any considerable

Oregon preiszugeben, wenn England ihm dafür hinsichtlich der Grenze von Maine und des Stockfischfanges gefällig sein wollte; es sei jedoch dem Missionär Dr. Whitman gelungen, die Einwilligung Tyler's durch das Versprechen zu verhindern, daß er eine Karavane über Land nach Oregon führen werde[1]).

Was an dieser Erzählung Wahres ist, wird sich vermuthlich nie urkundlich feststellen lassen. Gewiß dagegen ist, daß die Entdeckung eines bequemen Passes über das Felsengebirge durch John C. Fremont[2]) und der kühne und glückliche Zug einer Karavane von 200 Wagen unter der Führung Whitman's von Missouri nach Oregon[3]) einen sehr tiefen Eindruck machten, ja man darf vielleicht sagen, die Entscheidung gaben[4]). Jetzt war es ad oculos demonstrirt, daß die Rocky Mountains den Gedanken einer direkten Verbindung zwischen der Ost- und Westküste des Kontinents keineswegs in das Reich der Träume verwiesen und bald begannen nüchterne praktische Köpfe — ohne bei McDuffie Rath zu suchen — sehr ernst den Plan zu verfolgen, sie durch die Dampfkraft viel näher zusammenzubringen, als zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges Boston und Charleston einander gewesen waren. Schon Anfang 1845 legte Asa Whitney, ein kürzlich aus China zurückgekehrter Kaufmann, dem Kongreß das Projekt einer Eisenbahn nach Oregon vor und das Gesuch, ihm Ländereien längs der Bahnlinie zu

---

colonization in those regions. I doubt exceedingly whether it be an inviting country for agricultural settlers. At present there are not above seven hundred white persons on the whole territory, both sides the river from California to latitude fifty-four, and about twenty thousand Indians."

[1]) W. H. Gray, A History of Oregon, 1792—1849, pp. 290 ff.

[2]) Siehe Fremont's Beschreibung desselben. Niles' Reg. LXV. pp. 138, 139.

[3]) Einzelne Fuhrwerke hatten schon 1836 und 1841 die Fahrt gemacht, aber der Gouverneur der Hudson's Bay Company Simpson glaubte im Interesse Englands die Thatsache ableugnen zu müssen. Gray a. a. O. p. 316.

[4]) „To this great increase of population, especially in the valley of the Mississippi, may be added the increased facility of reaching the Oregon territory, in consequence of the discovery of the remarkable pass in the Rocky Mountains, at the head of the La Platte. These joint causes have had the effect of turning the current of our population towards the territory, and an emigration estimated at not less than one thousand during the last, and fifteen hundred the present year, has flowed into it. The current, thus commenced, will no doubt continue to flow with increased volume hereafter. There can, then, be no doubt, now . . . . that the whole region drained by it (the Columbia) is destined to be peopled by us." Calhoun an Pakenham, 13. Sept. 1841. Calh.'s W., V. p. 439, 440.

überlassen, gab das Mittel an, durch das dereinst die Ausführung des Riesenwerkes ermöglicht werden sollte. Kein amerikanischer Staatsmann, der nicht politischen Selbstmord begehen wollte, hätte es jetzt mehr wagen können, den Theil von Oregon fahren zu lassen, auf den die Vereinigten Staaten unstreitig begründetere Ansprüche als England hatten. Die Zeit war gekommen, da die Besonnenen ihre ganze Energie aufbieten mußten, die öffentliche Meinung soweit im Zügel zu behalten, daß sie sich damit bescheiden wollte. Bisher war eine Gruppirung der Ansichten nach geographischen Sektionen kaum bemerkbar gewesen und nüchterne Erwägung hatte nie das Steuer fahren lassen; jetzt aber drängte sich der Westen ungestüm an die Spitze, that als ob er in dieser Frage ganz speziell zum Hüter der Ehre und des Interesses der Union berufen sei, appellirte an die Leidenschaft statt zu raisonniren und gab die Parole „Alles oder Nichts" aus[1]).

Im Senat eröffnete Allen von Ohio am 28. Dezember 1843 den Reigen mit dem Antrag, den Präsidenten um Mittheilung der Instruktionen, die seit dem 4. März 1841 dem Gesandten in London über die Oregon-Frage ertheilt worden seien und der Korrespondenz der beiden Regierungen über dieselbe zu ersuchen[2]). Den 8. Januar 1844 folgte Semple von Illinois mit dem Antrag, den Präsidenten zur Kündigung der Konvention von 1818/1827 aufzufordern[3]). Die Resolution Semple's war nur die Antizipirung des Resultates, zu dem die Resolution Allen's führen sollte. Es war das Gerücht verbreitet, die Unterhandlungen seien in London wieder aufgenommen worden, und Allen erklärte gerade heraus, sein Antrag bezwecke die Sicherstellungen der Interessen und der Ehre des Landes gegen die Gefahren, denen sie in den Händen der Exekutive ausgesetzt seien. Die Geschichte des Ashburton Vertrages zeige, daß der Senat nicht schweigend warten dürfe, bis die Unterhandlungen zum Abschluß gebracht seien[4]). Wie man damals dem Senat die schimpfliche Ueberlassung eines Stückes von Maine an England durch das Argument abgedrungen habe, daß das Land nun einmal

[1]) Im Senat sagte Atchison von Missouri, er habe „an abiding reliance upon the deep sense of national honor, and that the people of the United States would not yield an inch of this territory, but would sooner sink the whole together." Niles' Reg. LXVI. p. 12.

[2]) ib. LXV. p. 273.

[3]) ib. LXV. p. 314.

[4]) „The late British treaty should admonish us, sir, that the senate must act in time, and interfere while negotiations are pending. The impending calamity must be arrested in time."

kompromittirt ſei und die Ratifikation des Vertrages nicht ſchlimmer ſein würde als ſeine Verwerfung, ſo werde es auch jetzt geſchehen. Darum ſolle man ſich überhaupt auf keine Unterhandlungen einlaſſen, denn wenn man unterhandle, ſo gebe man ja zu daß England wirklich ein Recht auf einen Theil des Gebietes haben könnte; der Weſten, deſſen Stimme hörbar zu werden beginne, ſei aber entſchloſſen, nicht einen Zoll von demſelben opfern zu laſſen[1]).

Die gehäſſige Weiſe, in der beſtändig der Aſhburton Vertrag in die Debatte hineingezogen wurde, beweiſt, daß jedenfalls jetzt der Feuereifer zum Theil Parteiintereſſen entſprang, die in keinerlei ſachlichem Zuſammenhange mit der Oregon-Frage ſtanden. Darum redeten auch einige demokratiſche Politiker des Oſtens, wie z. B. Buchanan, in ebenſo hohem und ſcharfem Tone wie ihre Kollegen von Weſten. Was an dieſen Reden am unangenehmſten berührt, iſt darum auch nicht der Pfauenſchwanz und der Stelzengang eines etwas zu ſelbſtgewiſſen und ſelbſtgefälligen Amerikanerthums, ſondern gerade die Weißglühhitze des Patriotismus, weil ein Qualm über ihnen liegt, der ganz unverkennbar von dem Feuer der Demagogie herrührt. Archer von Virginia, der Vorſitzende des Ausſchuſſes für auswärtige Angelegenheiten, erhob den Vorwurf, daß die Reſolution Allen's auf die „Demokratiſirung des Landes" abziele[2]). Benton verwahrte ſich heftig dagegen und behauptete, ſie wolle nur die Praxis der guten alten Zeit unter Waſhington wieder

---

[1]) „The senate could not permit a treaty for a surrender of territory to be negotiated by the president without their knowledge because they, as well as the president, were charged with the interests of the country. To submit this matter of our possession of Oregon to a negotiation would imply that there must be some color of right to the British claim, or some ambiguity in our own claim. Why else should it be opened to controversy? We lost a part of the territory of Maine the moment we yielded to negotiation, though we had unanimously declared that it belonged of right to us. We agreed to negotiate, and then it became necessary that somebody should pay the cost of a negotiation, and so they split the country in dispute between the two parties. It was the unanimous sentiment of the west — the Great West, whose voice was beginning to be heard since the census of 1840 — that this territory of Oregon belonged exclusively to the United States, and ought to be occupied by us. There was no party there in regard to this question. It was the opinion of all — and there was no difference on the subject — that not a foot of land on this continent ought ever to be surrendered by us.... Mr. Allen was opposed to ever allowing our right to our own territory to be the subject matter of any negotiation." ib. pp. 314, 315.

[2]) l. c.

herstellen: damals habe die Exekutive auch die Ansichten des Senates eingeholt, ehe sie wichtige Pakte mit fremden Mächten abgeschlossen, während sie jetzt im Flüstertone einzelne Senatoren in Winkeln und Gängen konsultire. Dieser Protest berührte jedoch gar nicht den Kern von Archer's Anklage. Ob der Präsident den Rath und die Zustimmung des Senates, die von der Verfassung gefordert wurden, vor dem Beginn von Unterhandlungen, während derselben oder nach ihrem Abschluß einholte, war eine Frage von verhältnißmäßig untergeordneter Bedeutung, die nach Zweckmäßigkeitserwägungen zu entscheiden war und darum vielleicht auch in verschiedenen Fällen eine verschiedene Entscheidung erheischte. Jedenfalls war der Präsident in dieser Hinsicht nicht durch die Verfassung an eine bestimmte Verfahrungsweise gebunden[1]), und dem Senat verlieh sie nicht das Recht ihm ungefragt seinen Rath aufzudrängen. Ihm steht die Initiative zu, denn die Befugniß Verträge zu schließen ist nicht dem Senat sondern ihm verliehen worden, wenn sie auch ohne die Mitwirkung des Senates nicht perfekt werden kann, und die Beziehungen zwischen anderen Mächten und der Union werden überhaupt nur durch ihn vermittelt[2]). Seinem Urtheil ist es daher auch überlassen, wann die verfassungsmäßige Mitwirkung des Senates ihren Anfang nehmen solle. Schon der Foederalist weist darauf hin, daß die Interessen des Staates geschädigt werden könnten, wenn dieses zu früh geschehe[3]). Der Senat hat das auch selbst immer zugegeben, da er seinen Gesuchen um Mittheilung der Korrespondenz mit auswärtigen Mächten stets die Klausel beizufügen pflegt: wenn es nach Ansicht des Präsidenten nicht dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufe; daß der Senat sein Urtheil abgeben solle, ehe ihm das zur Bildung eines Urtheils erforderliche Material zugänglich geworden, wird aber nicht behauptet werden.

Auch Allen's Resolution enthielt jene Klausel. Ihre Annahme wäre daher formell kein Uebergriff in die Prärogative des Präsidenten gewesen. Er konnte die Vorlegung der Instruktionen und der Korrespondenz verweigern und damit wäre die Resolution mit allen ihren

---

[1]) Executive Journal, 11th Aug., 1790. pp. 60, 61.

[2]) „As the executive head of the nation, the President is made the only legitimate organ of the General Government to open and carry on correspondence or negotiations with foreign nations in matters concerning the interests of the country or its citizens." Durand v. Hollins, Blatch. Rep. IV. p. 451. Bump, Notes of Constitutional Decisions, p. 255.

[3]) No. LXIII. Dawson's Edit. p. 449.

legitimen Konsequenzen erledigt gewesen. Trotzdem war Archer's Klage gerechtfertigt, denn der Geist der Debatte war eine neue Korrektur der Verfassung nach dem „demos krateo Prinzip". Der Antragsteller und seine Gesinnungsgenossen brachen nicht nur den Stab über das, worüber sie erst in Folge der Resolution Auskunft erhalten wollten, sondern sie erhoben in der schneidigsten Weise Beschwerde darüber, daß der Präsident in diesem Falle überhaupt von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch mache. Doch auch abgesehen davon war der Vorwurf im Lichte der ganzen bisherigen Geschichte der Frage geradezu ungeheuerlich in seiner Absurdität. Die Bedeutung des ganzen Vorganges lag darum auch nicht etwa in der Gefahr, daß die Extremisten jetzt mit ihrer Politik durchdringen könnten, sondern gerade in der von Archer gerügten „Demokratisirung", deren sie sich schuldig machten.

Die Verfassung hatte den Senat zum Beirath des Präsidenten gemacht und der Foederalist hatte diese Wahl vornehmlich dadurch motivirt, daß die längere Amtsdauer der Senatoren eine größere Vertrautheit mit den einschlägigen Verhältnissen verbürge und das Geheimniß der Verhandlungen besser gewahrt sein würde, als in dem zahlreicheren und mehr den Tagesströmungen unterworfenen Hause. Der Senat erkannte das Gewicht des zweiten Momentes dadurch an, daß er die sog. Exekutivsitzungen stets bei geschlossenen Thüren abhielt, und wenn auch der ultrademokratische Doktrinarismus im ersten Augenblick einigen Anstoß daran genommen hatte, so waren die Einwendungen dagegen doch schon längst verstummt. Nun aber wurde ohne jede Nöthigung und sogar ohne jede Entschuldigung eine Frage der auswärtigen Politik, die gar leicht einen furchtbaren Krieg heraufbeschwören konnte, mit rücksichtslos entfesselter Leidenschaft vor den gefüllten Gallerien verhandelt. Gewiß hatte Rives Recht, wenn er sagte, es sei ein beispielloses Vorgehen, in dieser Weise alle seine Karten vor dem Gegner aufzudecken [1]).

[1]) „This was not the time, nor was this the forum, for such discussion. It had appeared to him from the beginning that the whole debate had been eminently inopportune, inappropriate and imprudent; and such as was wholly without precedent in the annals of any civilized government on earth. What a spectacle had this chamber exhibited for weeks past! Had not the members of this body assumed to negotiate between this government and foreign powers? Had they not presented the novel sight of fifty-two plenipotentiaries discussing delicate questions of diplomacy with one of the greatest powers of the world? While, all the while, the British ambassador sat snugly in his cabinet, and read and contemplated all their arrangements and opinions, and cautiously guarded his own. It was a very unequal game, and such as

Allein das war der geringste Schade. Viel wesentlicher war es, daß die Debatte — ob der Einzelne nun das beabsichtigen mochte oder nicht — ein Appell an den großen Haufen ward. Der eminent konservative Grundcharakter der Verfassung war in keinem Punkt schärfer zum Ausdruck gelangt, als hinsichtlich der Vertragsmacht. Sie hatte das Mögliche gethan, das Volk dagegen zu sichern, daß ein abenteuernder Geist sich der hohen Politik bemächtige. Und jetzt wurde diese von Senatoren auf den Markt hinausgezerrt und mit den Argumenten behandelt, die auf dem Markt zünden. Diese Herren traf kein Vorwurf, wenn die Oregon-Frage nicht auch nach der Weise des Marktes gelöst wurde. Und auch wenn schließlich staatsmännische Ueberlegung den Sieg davontrug über die Leidenschaft und die Faust, so hatten sie doch Unheil genug angestiftet, um sich sagen zu dürfen, daß sie ihre Lungen nicht vergeblich angestrengt hätten. Wer mit Messern spielt, muß gewärtigen, daß er auch einmal die Schneide statt des Griffes zu fassen bekommt. War einmal dem „souveränen Volk" ein Geschmack daran beigebracht worden, durch sein Geschrei den Ausschlag in großen Fragen der äußerem Politik zu geben, dann konnte dieser Geschmack wohl auch von anderer Seite verwerthet werden.

Eine unmittelbare Folge hatten die Resolutionen Allen's und Semple's nicht. Allen's Antrag war durch die Mittheilung Archer's, daß in London überhaupt nicht verhandelt werde, zum größten Theil gegenstandslos geworden, und am 21. März wurde auch Semple's Resolution mit 28 gegen 18 Stimmen verworfen.

Inzwischen waren die Unterhandlungen wieder in Washington aufgenommen worden. Die erste Aufforderung Pakenham's dazu war durch den plötzlichen Tod Upshur's ohne Folge geblieben. Erst im Juli kamen sie in Gang. Pakenham und Calhoun zählten nochmals alles her, was sich für die Ansprüche ihrer resp. Staaten sagen ließ. Neues war nichts vorzubringen und das Alte machte selbstverständlich jetzt nicht mehr Eindruck als früher. Man hätte sich die Mühe sparen können. Einander von dem einmal eingenommenen Standpunkte fortzuargumentiren, war und blieb unmöglich. Beide Theile wünschten aber nicht die Fortdauer des status quo und noch weniger reizte es sie einen Krieg um Oregon zu führen. Irgendwie mußte daher ein Vergleich erzielt werden. Die nicht zu überwindende Schwierigkeit war jetzt wie

never had been played before in the diplomatic history of the world." Niles' Reg. LXVI. p. 59.

früher die Weigerung Englands geweſen, die Theilhaberſchaft an dem Columbia aufzugeben[1]). Die Hoffnung aber mußte es endlich aufgeben, daß die Vereinigten Staaten freiwillig den Strom als Grenze annehmen würden. Es beſchloß daher den einzigen Weg vorzuſchlagen, der ihm noch eine Ausſicht gewährte auf friedlichem Wege in den Alleinbeſitz des Gebietes bis an das rechte Ufer deſſelben zu gelangen. Am 15. Januar 1845 theilte Pakenham Calhoun mit, daß er autoriſirt ſei zur Beſchleunigung dieſer Sache eine ſchiedsrichterliche Entſcheidung zu beantragen. Calhoun lehnte im Namen des Präſidenten am 21. Januar die Propoſition mit dem Bemerken ab, daß es nicht angezeigt erſcheine einen neuen Weg zu verſuchen, ſo lange man noch hoffen dürfe auf dem eingeſchlagenen zum Ziele zu kommen[2]).

Das war der Stand der Sache beim Amtsantritte Polk's. England durfte daher billig erſtaunt ſein, daß das erſte Wort des neuen Präſidenten einen dicken Strich durch alle Unterhandlungen zu ziehen ſchien; denn wozu ſollte es noch unterhandeln, wenn das Minimum der amerikaniſchen Forderungen das Aufgeben aller ſeiner Anſprüche war? So wurde ganz allgemein in England wie in den Vereinigten Staaten die Erklärung der Inauguraladreſſe verſtanden, und doch ſprach Lord Aberdeen am 4. April 1845 im Oberhauſe die feſte Zuverſicht aus, daß die Frage friedlich ausgetragen werden würde[3]). Daß er dabei nicht an einen Verzicht auf ganz Oregon dachte, braucht nicht erſt geſagt zu werden. Er mochte glauben, der Präſident werde ſich bei näherer Ueberlegung doch eines Beſſeren beſinnen, oder auch erwarten. Die Majorität des Kongreſſes und des Volkes werde ihn desavouiren. Es gab jedoch auch noch eine dritte Möglichkeit für die Realiſirung ſeiner Hoffnung. Vielleicht wollte Polk nur alle Augen auf die große Fauſt lenken, die er nach Oſten hin machte, um unbemerkt zu einem Schlage nach Weſten hin ausholen zu können. Das Fechterſtückchen war ja in

---

[1]) Ihm freie Schifffahrt auf dem Strome zu gewähren, hatten die Ver. Staaten ſich ſchon früher bereit erklärt.

[2]) Sen. Doc. 29th Congr., 1st Sess. 1845/46, Vol. I. No. 1. p. 162.

[3]) „My lords, from what I have said, your lordships will perceive an earnest of the spirit of peace which shall pervade this matter, if I continue to conduct this negotiation; and I cannot bring myself to think that at this day any civilized government would desire to see any other course pursued; and I hope, therefore, and fully believe that we shall have the happiness of seeing this important question brought to a satisfactory and amicable conclusion." Niles' Reg. LXVIII. pp. 113, 114.

der Geſchichte der Politik nicht unbekannt, und es bedurfte weder eines ungewöhnlichen Scharfblickes noch eines übertriebenen Mißtrauens, um durch die Geſchichte der Texas-Frage auf die Vermuthung geführt zu werden, daß man ſich im Weißen Hauſe mit dergleichen Gedanken tragen könnte.

Drittes Kapitel.

Texas.

Tyler's Anhang unter den Politikern wie im Volke war so klein, daß dem Ex-„Zufalls-Präsidenten" in jeder Weise und in jedem Maße ungestraft Unrecht gethan werden durfte. Nicht nur die Whigs, deren Wege er gekreuzt, sondern auch die Demokraten denen er doch so viele und so große Dienste geleistet hatte, benutzten ihm als Sündenbock, auf den sich bequem alles abladen ließ, was sie gern von den eigenen Schultern hinunterschaffen wollten. So sollte auch er die ganze Verantwortlichkeit dafür tragen, daß Texas nicht, wie die kleine Gruppe der den Ausschlag gebenden Senatoren gewollt und als versprochen angesehen hatte, auf dem Wege des Vertrags, sondern auf der Basis der „gemeinschaftlichen Resolution" der Union einverleibt wurde. Aus dem Vordersatz: daß er sich die Entscheidung angemaßt habe, die der Kongreß seinem Nachfolger habe überlassen wollen[1]), wurde gefolgert, daß Polk keine Wahl mehr gehabt habe; und dann gab man weiter zu verstehen, oder behauptete gar geradezu, daß Polk Texas zu Verhandlungen über einen Annexionsvertrag aufgefordert haben würde, wenn ihm nicht durch Tyler die Arme gebunden gewesen wären.

[1]) Der Globe schrieb: „To the chief magistrate chosen by the people with an especial eye to this question, alone, it is notorious the discretion confided in the act of Congress was intended to apply. It is clear that as Mr. Tyler began his presidential career in virtue of an accident, that he meant to take the benefit of the whole chapter of accidents, to blend himself with results having their origin in the counsels of Generals Jackson and Houston, and which his inauspicious management has so far marred in their progress." Niles' Reg. LXVIII. p. 16.

An allem dieſem war nur die eine Thatſache richtig, daß Tyler ſich eines Vertrauensbruches ſchuldig gemacht hatte. Polk erklärte in ſeiner erſten Jahresbotſchaft ausdrücklich, daß er die Wahl Tyler's gebilligt habe[1]), und aus den Inſtruktionen Buchanan's an den Geſchäftsträger Donelſon vom 10. März 1845[2]) geht hervor, daß er bei ſeinem Entſchluß durch dieſelben Gründe wie Tyler beſtimmt wurde. Nach ſeinem eigenen Zeugniß iſt mithin Polk ebenſo ſehr wie Tyler verantwortlich dafür, daß der Weg eingeſchlagen wurde, der nach Anſicht der erſten Juriſten des Landes, einer anſehnlichen Minorität des Repräſentantenhauſes und der Majorität des Volkes und des Senates verfaſſungswidrig war. Und dieſe Verantwortlichkeit war deswegen ſo groß, weil der Kongreß, trotz der „gemeinſchaftlichen Reſolution", in Wahrheit nicht die Abſicht gehabt hatte dem Präſidenten — Polk ſo wenig wie Tyler — eine Wahl zu laſſen, denn jene Reſolution hatte, wie wir wiſſen, im Senat nur auf die Vorausſetzung hin die Majorität erhalten, daß der Präſident auf die ihm durch dieſelbe gewährte Freiheit der Entſchließung verzichte und einen neuen Vertrag mit Texas zu vereinbaren ſuchen und dem Senat zur verfaſſungsmäßigen Genehmigung unterbreiten werde. Polk gegenüber aber ruhte dieſe Vorausſetzung auf noch viel feſterem Boden als dem ſo hart geſcholtenen Tyler gegenüber: Polk hat ſich nicht nur eines Vertrauensbruches, ſondern eines förmlichen Wortbruches ſchuldig gemacht. Ein Schreiben Francis P. Blair's vom 7. Juli 1848 an Senator Tappan von Ohio und ein Brief Tappan's vom 21. Juli 1848 an den Herausgeber der New York Evening Post deckten die Schuld des Präſidenten auf. Beide erklärten, unter Berufung auf mehrere andere Zeugen von gleichem Gewicht, daß Polk das beſtimmte Verſprechen gegeben habe, den Vertragsweg einzuſchlagen, als ihm mitgetheilt worden war, daß nur unter dieſer Bedingung die nach dem Walker-Brown'ſchen Plan mit Benton's Bill verkoppelte Reſolution des Hauſes die Mehrheit im Senat erhalten könne. Blair fügte dann noch hinzu, daß Polk, als der Senat nicht ſogleich Aktion hinſichtlich der Nomination Bancroft's zum Flottſekretär nahm, Senator Dix von New York zur Beſchleunigung der Sache durch die Erklärung angeregt habe, daß er gleich nach der Bildung ſeines Kabinets den Boten zurück-

[1]) „This election I approved, and accordingly the chargé d'affaires of the United States in Texas, under instructions of the tenth of March, 1845, presented these sections of the resolution for the acceptance of that republic." Statesm.'s Man., III. pp. 1555, 1556.

[2]) Niles' Reg. LXIX. p. 282.

rufen wolle, der mit den Vorschlägen Tyler's auf dem Wege nach Texas sei [1]).

---

[1]) In Blair's Brief heißt es: „I complied (mit der Bitte Brown's von Tennessee, die Vermittelung zwischen Polk und den demokratischen Senatoren zu übernehmen, die nicht ohne Weiteres für die Hausresolution stimmen wollten); and after several interviews with Messrs. Haywood, Dix, Benton and others (Mr. Allen, of Ohio, using his influence in the same direction), finding that the two plans could be coupled and carried, if it were understood that the pacific project was first to be tried, I consulted the President elect on the subject.

In the conference I had with him, he gave me full assurance that he would appoint a commission, as contemplated in the bill prepared by Col. Benton, if passed in conjunction with the House resolution as an alternative. In the course of my conversation with Mr. Polk, I told him that the friends of this plan were solicitous that the commission should be filled by distinguished men of both parties, and that Colonel Benton had mentioned to me the names of Crittenden and Wright, as of the class from which it should be formed. Mr. Polk responded, by declaring with an emphasis, 'that the first men of the country should fill the commission'. I communicated the result of this interview to Messrs. Benton, Dix, Haywood, etc. The two last met, on appointment, to adapt the phraseology of Benton's bill, to suit as an alternative for the resolution of the House, and it was passed, after a very general understanding of the course which the measure was to take.

Both Messrs. Dix and Haywood told me they had interviews with Mr. Polk on the subject of the communication I had reported to them from him, and they were confirmed by his immediate assurance in pursuing the course which they had resolved on in consequence of my representation of his purpose in regard to the point on which their action depended. After the law was passed, and Mr. Polk inaugurated, he applied to Gen. Dix (as I am informed by the latter), to urge the Senate to act upon one of the suspended cabinet appointments, saying that he wished his administration organized immediately, as he intended the instant recall of the messenger understood to have been despatched by Mr. Tyler, and to revoke his orders given in the last moments of his power, to thwart the design of Congress in affording him (Mr. Polk) the means of instituting a negotiation, with a view of bringing Texas peaceably into the Union.

Tappan schreibt: „One difficulty remained (nachdem man glaubte sich Tyler's versichert zu haben), and that was the danger of putting it into the power of Mr. Polk to submit the House resolution to Texas. We understood, indeed, that he intended to submit the Senate proposition to that government; but, without being satisfied that he would do this, I would not vote for the resolution, and it was well ascertained that, without my vote, it could not pass. Mr. Haywood, who had voted with me, and was opposed to the House resolution, undertook to converse with Mr. Polk on the subject, and did so.

Meines Wissens sind diese Aussagen nie für böswillige Erfindungen und Verläumdungen erklärt worden und Polk hat durch sein Stillschweigen ihre Wahrheit anerkannt. Was aber hatte sich zwischen dem 4. und 10. März zugetragen, das auch nur im Geringsten als Entschuldigung für das Brechen seines verpfändeten Wortes dienen könnte? Nichts läßt sich finden was als Grund einer Aenderung seiner Entschließungen gelten könnte. Was bleibt also übrig als die Annahme, daß er von Anfang an die Senatoren zu hintergehen beabsichtigte, deren Stimmen nur durch sein Versprechen gewonnen werden konnten? Allein waren sie befugt auf dem Kothurn tugendhafter Entrüstung einherzuschreiten und Steine gegen ihn aufzuheben? Woher hatten sie, die eidlich auf die Konstitution verpflichtet waren, die Befugniß hergenommen, auf das private Versprechen Polk's hin, keinen Gebrauch davon zu machen, den Präsidenten zu dem zu autorisiren, was ihrer Ansicht nach unzweifelhaft eine Verletzung der Verfassung war? Auf solche Garantien hin den Präsidenten von dem Kongreß zu Verfassungsverletzungen ermächtigen zu lassen, war eine ungleich größere Schuld dem Lande gegenüber, als das Brechen eines im Geheimen abgeschlossenen privaten Paktes, der jedenfalls nicht die geringste gesetzliche Verbindlichkeit hatte. Polk hatte sich persönlich entehrt, diese Senatoren aber hatten Hand an den Grundpfeiler der Republik gelegt, indem sie mit vollem Bewußtsein und eingestandenermaßen der Verfassung eine Nase drehten. Ein republikanischer Staatsmann kann sich keines größeren politischen Vergehens schuldig machen, als den Grundsatz zu proklamiren und zu befolgen, daß das Grundgesetz des Staates politischer Zweckmäßigkeit zu weichen hat[1]). Die größte politische Tugend der Amerikaner ist das Hochhalten des Prinzipes der unbedingten Gesetzesherrschaft. Ihm haben sie nicht nur seit jeher das glückliche

---

He afterwards told me that he was authorized by Mr. Polk to say to myself and other senators, that, if we could pass the resolution with the amendment proposed to be made, he would not use the House resolution, but would submit the Senate amendment as the sole proposition to Texas. Upon this assurance I voted for the amendment moved by Mr. Walker, containing the substance of Mr. Benton's bill, and voted for the resolution as it now stands on the statute book." Beide Briefe sind vollständig abgedruckt in Niles' Reg. LXXIV. p. 106.

[1]) Gilt es die Existenz des Staates, so entscheidet das eiserne Gesetz der Nothwendigkeit, ob man will oder nicht. Von diesem Falle rede ich nicht, denn in ihm handelt es sich nicht um einen Akt des freien Willens, sondern die Verfassung ist durch die Thatsachen bei Seite geschoben.

Ueberwinden und Verwinden der üblen Folgen vieler Verkehrtheiten, Untugenden und Fehltritte, sowie die Wiederherstellung der Union nach ihrem Auseinanderbruch zu danken gehabt, sondern in ihm liegt der Schlüssel zu dem Geheimniß der Existenzfähigkeit dieser kolossalen Föderativrepublik. Darum war die „gemeinschaftliche Resolution" ein gefährlicheres Attentat gegen die Republik als die Vergrößerung des Sklavereigebietes und darum lastete auf jenen Senatoren die Schuld an demselben am schwersten, weil die übrigen Senatoren und die Repräsentanten, die für die Resolution gestimmt hatten, wenigstens nicht aus ihrem eigenen Munde überführt werden konnten, daß sie mit Bewußtsein die Verfassung verletzt hatten. Und jene haben um so weniger Anspruch auf nachsichtige Beurtheilung, als auch der Wortbruch Polk's sie nicht zur Erkenntniß ihrer Schuld führte. Nur Tappan redete, und er that es erst, als sein Reden nur Polk brandmarken, aber der Republik nichts mehr nützen konnte. Rücksichten auf das Parteiinteresse hatten ihm wie Blair über drei Jahre den Mund verschlossen. Hätten sie ihn gleich aufgethan, so wäre vielleicht manches Unheil und manche Schmach dem Lande erspart worden, denn viele patriotische Augen hätten mit dreifacher Aufmerksamkeit und Sorge jeden Schritt der Politik des Mannes verfolgt, der zu dem Kane-Brief diese neue Illustration der Weite seines politischen Gewissens geliefert hatte.

Der Privatcharakter Polk's nöthigt zu der Annahme, daß er die Senatoren, in deren Händen das Geschick der „gemeinschaftlichen Resolution" lag, nicht hintergangen haben würde, wenn er nicht das Geschick des Annexionsprojektes davon abhängig geglaubt hätte. Für diese Ansicht ließ sich allerdings viel sagen. Die Situation hatte sich nicht vom 4. bis zum 10. März geändert, aber schon seit geraumer Zeit lagen die Dinge in Texas so, daß die gut unterrichteten Annexionisten Grund hatten um den Erfolg ihrer Pläne besorgt zu werden. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hatte das Passiren der „gemeinschaftlichen Resolution" als die thatsächliche Erledigung der ganzen Frage betrachtet, denn sie hielt es für selbstverständlich daß Texas mit tausend Freuden zu Allem Ja sagen werde, wenn ihm nur der Eintritt in die Union gestattet würde. Dem war aber doch nicht mehr ganz so.

Die Verwerfung des Calhoun'schen Vertrages am 8. Juni 1844 hatte Texas zweifelhaft gemacht, ob es noch auf die Annexion in absehbarer Zukunft hoffen dürfe. Diese Frage trat daher gegenüber dem Wunsche zurück, sich endlich Frieden zu sichern[1]). Im Januar 1845

[1]) Siehe Verfassungsgeschichte I. p. 588.

hatte Ashbel Smith, der jetzt Staatssekretär war, mit Arrangoiz, dem mexicanischen Generalkonsul in New Orleans, eine geheime inoffizielle Unterredung, in der er die Ueberzeugung gewann, daß Mexico jetzt bereit sei, die Unabhängigkeit von Texas anzuerkennen[1]). In Mexico herrschte im Augenblick wirklich eine vernünftige Stimmung vor. Die Wahl Herrera's zum Präsidenten zeigte, daß der Standpunkt des störrigen non possumus endlich aufgegeben worden sei[2]). Die Wiederaufnahme der Annexionsfrage rief keinen Rückschlag hervor, sondern förderte vielmehr die friedlichen Tendenzen. Viele, die noch immer gern sich und Andere glauben gemacht hätten, daß sie so fest wie je von der schließlichen Wiedereroberung der „rebellischen Provinz" überzeugt seien, ließen ihrem trotzigen spanischen Stolz von der Furcht, sie den Vereinigten Staaten zufallen zu sehen, das harte Geständniß abdrängen, daß Texas für immer verloren sei. Wohl kam es ihnen gar schwer an das auch vor der Welt zu bekennen, aber es war doch fast minder schwer als die noch mehr gehaßten als gefürchteten Vereinigten Staaten den Raub einheimsen zu lassen.

Aehnliche Erwägungen spornten auch England und Frankreich an mit verdoppelter Energie einen neuen Vermittelungsversuch zu machen. Vorsichtig vermieden sie es durch die Aufstellung bestimmter Bedingungen die Empfindlichkeit beider Staaten zu reizen[3]), aber ihre Vorstellungen waren um so dringlicher als die unbedingten Annexionisten von Texas — wie Ashbel Smith meint von den Vereinigten Staaten her dazu angeregt — auf die Erneuerung der Feindseligkeiten gegen Mexico hindrängten, um die Vereitelung der Annexion durch einen Friedensschluß zu verhüten[4]).

[1]) „I left satisfied that Mexico would make peace on the basis of independence." Reminiscences of the Texas Republic, p. 66.

[2]) „Gen. Herrera — who had succeeded the former chieftain in the presidency of Mexico — was very favorably disposed to peace, indeed, he had come into power on that account." Anson Jones to H. Stuart, Nov. 13, 1847. Niles' Reg. LXXIII. p. 309.

[3]) „. . . no terms or conditions have ever been proposed by the two governments in question, or either of them, as the consideration of their friendly interposition." Proklamation von Anson Jones, 4. Juni 1845. Niles' Reg. LXVIII. p. 259.

[4]) „It was among these schemes to renew active hostilities against Mexico by sending forward the militia of Texas to operate on the Rio Grande frontier. In this resumption of hostilities there was neither military plan, nor means, nor capable head, nor reasonable object. Its purpose was by exasperating Mexico to destroy the prospects of peace. For if peace with Mexico

Diese Befürchtungen der extremen amerikanischen Fraktion waren nicht ganz unbegründet. Mehrere der Männer, denen Texas vornehmlich den Erfolg seiner Revolution zu danken hatte, waren tief verstimmt darüber, daß man sie wiederholt vergeblich hatte anklopfen und Einlaß begehren lassen. Neun Jahre hatten sie die Unabhängigkeit der Republik behauptet, von Mexico hatten sie nichts mehr hinsichtlich derselben zu besorgen, die europäischen Westmächte nahmen immer lebhafteren Antheil an ihrem Geschick, die Finanzen erschienen im Vergleich mit den Zuständen während der ersten Jahre geordnet und der Kredit des Staates hob sich. Sie zweifelten daher nicht mehr an seiner Lebensfähigkeit und fühlten sich so sehr als Texaner, daß sie es als eine bittere Kränkung empfanden wie arme Vettern vom Lande behandelt zu werden, die man beliebig lange im Vorzimmer warten lassen könne, während sie doch ein Königreich als Geschenk anboten.

Die Passirung der „gemeinschaftlichen Resolution" bewirkte nur bei einem Theil der Schmollenden einen Umschwung der Stimmung. Die Fraktion des Ex-Präsidenten Lamar, die eine Weile entschieden für ein selbständiges Texas gewesen war, stand zuletzt in den ersten Reihen der unbedingten Annexionisten. Der Sieger von San Jacinto dagegen, der noch immer der einflußreichste Mann des Landes war, begrüßte sie keineswegs mit ungetheilter Freude. Es war nicht wahr, daß Houston jetzt überhaupt nichts mehr von Annexion wissen wollte, so bestimmt es auch von den verschiedensten Seiten her behauptet wurde[1]). In einer Rede, die er am 28. Mai in New Orleans hielt, erklärte er noch immer für die Annexion zu sein, auf die er so lange und so ernstlich hingearbeitet habe, aber dabei erhob er nachdrücklich Beschwerde gegen die Art und Weise, in der die Frage von der Regierung der Vereinigten Staaten behandelt worden war[2]). Wohl war der Ton dieser Rede dem Publikum angepaßt, vor dem sie gehalten wurde, aber der Redner zeichnete

were tendered, these politicians ... feared the people would embrace it. This project seems to have originated in the United States east of the Sabine; for after the passage of the annexation resolutions by the American congress, the same policy of sending the Texas militia to the Rio Grande was vehemently urged on President Jones by the agents of the administration at Washington. Its purpose was to provoke Mexico to strike the first blow in the war which was deemed not improbable to grow out of annexation." Ashbel Smith, a. a. O. pp. 66, 67.

[1]) „We learn that General Houston has at last openly declared himself against annexation." The Madisonian, April 23, 1845.

[2]) Niles' Reg. LXVIII. p. 230.

doch im Weſentlichen den Standpunkt wahrheitsgetreu, den er in Texas ſelbſt vertrat, wenn auch die Farben möglichſt abgedämpft waren. Viel kürzer und ſchärfer waren in einem Schreiben, das er am 9. April an den amerikaniſchen Geſchäftsträger Donelſon gerichtet hatte, ſowohl ſeine Beſchwerden wie ſeine Forderungen formulirt. Seiner Anſicht nach erheiſchte ſchon die Würde von Texas als unabhängiger Staat daß die Annexion auf dem Vertragswege vollzogen werde. Er ſah eine beleidigende Zumuthung darin daß Texas, das er als den vornehmlich gebenden Theil betrachtete, die Annexionsbedingungen ganz einſeitig von den Vereinigten Staaten feſtſetzen laſſen ſollte. Außerdem hatte er aber auch an dieſen Bedingungen viele Ausſtellungen zu machen. Dieſe könnten beſeitigt werden, wenn man gemäß dem Walker'ſchen Amendement durch Kommiſſäre in Unterhandlungen träte. Nur auf dieſem Wege könne Texas ſich ein billiges Entgelt für das ſichern, was es den Vereinigten Staaten biete, während es jetzt noch mit ſeinen öffentlichen Gebäuden, Fortifikationen, Schiffen u. ſ. w. einen Preis für ſeine „Erniedrigung" zahlen ſolle. Für die Vereinigten Staaten ſei die Annexion zweifellos vortheilhaft, ob aber auch Texas ſeine Rechnung bei ihr finden werde, das müſſe erſt der Erfolg lehren[1]).

Nach Aſhbel Smith machte Houſton Präſident Jones gegenüber noch einen anderen Grund für die Annexion durch Vertrag geltend: die Kündbarkeit von Verträgen[2]). Daß er dieſen Grund nicht in dem Schreiben an Donelſon aufführte, iſt begreiflich; es wäre aber intereſſant

[1]) „By assuming the amendment as a basis, many objections can be obviated; and by negotiations terms less exceptionable may be adopted.... By the action proposed in Mr. Brown's resolutions Texas is denied all option as to the mode of annexation, and is driven into servile submission, and is required to pay a price for her humiliation. . . . Annexation would certainly be beneficial to the United States. On the part of Texas, it is an experiment, which I pray God, if it takes place, may result in enduring happiness and prosperity to a united community." Niles' Reg. LXXV. pp. 297, 298. — Vor Paſſirung der „gemeinſchaftlichen Reſolution" ſcheint er in noch gereizterer Stimmung gegen die Ver. Staaten geweſen zu ſein. Aſhbel Smith erzählt, er habe ihm im Februar 1845 vor ſeiner Abreiſe nach dem öſtlichen Texas geſagt: „I have come to leave Houston's last words with you. If the Congress of the United States shall not by the fourth of March pass some measure of annexation which Texas can with honor accede to, Houston will take the stump against annexation for all time to come." Reminiscences of the Texas Republic, p. 70.

[2]) „General Houston once told me that he advised Mr. Jones to insist on the mode by treaty as it is among the incidents of a treaty that it can be abrogated." ib. p. 71.

und vielleicht von Bedeutung gewesen, wenn er öffentlich besprochen worden wäre und Calhoun und seine Schule sich dadurch genöthigt gesehen hätten, in diesem konkreten Fall sich über eine solche Anwendung ihrer Lehre von der Staatensouveränetät zu erklären[1]).

Präsident Jones theilte der Hauptsache nach die Anschauungen von Houston, obwohl er es später im Tone gekränkter Tugend in Abrede stellte und sich das wesentlichste Verdienst an dem Zustandekommen der Annexion beimaß[2]). Man glaubte sogar er nehme eine schroffere Stellung zur Frage ein als Houston[3]) und sein eigener Staatssekretär hielt diese Ansicht für begründet[4]). Allein er konnte nicht mit der gleichen Freiheit wie Houston seinen persönlichen Ueberzeugungen und Wünschen gemäß handeln. Nicht ihm, sondern dem Volk stand die Entscheidung zu. Als Mann und als Bürger sein Urtheil rückhaltlos abzugeben, durfte ihm niemand verwehren; den Einfluß seines Amtes aber durfte er weder für die eine noch für die andere Seite aufbieten. Als Präsident war es seine Pflicht dafür Sorge zu tragen, daß nicht ein künstlich gemachter, sondern der wirkliche eigene Wille des Volkes darüber zum Ausdruck käme, ob die Republick ihre Sonderexistenz behalten oder aufgeben solle. Das that er taktvoll, ehrlich und mit anerkennenswerther Energie. Mit Recht sagte er sich, daß er seine Pflicht nur halb thun würde, wenn er mit müßig gefaltenen Händen den Dingen ihren Lauf ließe. Mindestens möglich war es, daß die Majorität des Volkes entweder überhaupt oder doch unter den gestellten Bedingungen

---

[1]) Im zweiten Jahre des Bürgerkrieges wurden zwei französische Konsuln wegen des Versuchs, eine Intrigue zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Texas anzuzetteln, aus dem Gebiete der Konföderirten Staaten ausgewiesen. The North American Review, 1879 pp. 349, 350. Napoleon and the Southern Confederacy.

[2]) „If ever annexation should go out of favor in Texas, (which I hope may never be the case) my enemies, I fear, will be then able to prove that but for me it would never have taken place, and that I was always its devoted friend" Anson Jones to H. Stuart, Nov. 13, 1847. Niles' Reg. LXXIII. p. 311.

[3]) „Anson Jones . . . is the candidate (für die Präsidentschaft) of the anti-annexationists." Niles' Reg. LXVII. p. 19. 14. Sept. 1844. Ebenso behauptet der New Orleans Crescent, daß er gegen die Annexion sei. ib. p. 193. Der Madisonian vom 24. März 1845 berichtet, die Jones ergebenen texanischen Zeitungen sprächen sich zweifelnd über die Annahme der in der „gemeinschaftlichen Resolution" festgestellten Bedingungen aus.

[4]) „I was clearly of the belief that he would have preferred independence to annexation." Ashbel Smith, a. a. O. p. 81.

gegen die Annexion ſein würde. Es galt daher auch für dieſen Fall das Intereſſe der Republik zu wahren. Und indem er das that, brachte er erſt den Staat in eine ſolche Lage, daß eine völlig freie Wahl geſichert war. Indem er die Vereinigten Staaten gegen Mexico ausſpielte, gewann er dieſem das Zugeſtändniß ab, welches ſeinem Volke die Möglichkeit bot über die Vorſchläge der Vereinigten Staaten abzuſtimmen, ohne unter dem Druck der Furcht vor einem ewigen Grenzkriege mit Mexico zu ſtehen.

Die angebotene Vermittelung Englands und Frankreichs wurde bereitwillig von Jones angenommen und dem mexicaniſchen Stolz das Zugeſtändniß gemacht, daß Texas den erſten Schritt entgegen that. Am 29. März unterzeichnete Aſhbel Smith den Präliminarfrieden[1]). Mexico erkennt die Unabhängigkeit von Texas an; — Texas verſpricht ſich keinem anderen Staat zu annektiren oder einem ſolchen unterthan zu werden; — Grenzen und ſonſtige nähere Bedingungen werden im Definitivfrieden feſtgeſetzt; — Texas verpflichtet ſich Gebietsſtreitigkeiten und ſonſtige Differenzen von Schiedsrichtern entſcheiden zu laſſen[2]) — das waren die bündigen Stipulationen des Inſtrumentes das von Kapitän Elliott[3]), dem engliſchen Geſchäftsträger, der mexicaniſchen Regierung überbracht wurde. Am 21. April wurde es von dem Staatsſekretär Don Luis G. Cuevas dem mexicaniſchen Kongreß mit der Empfehlung übermittelt, ihm ſeine Zuſtimmung zu geben[4]). Der Kongreß kam dieſer Aufforderung mit großer Stimmenmehrheit nach[5]). Am 20. Mai konnte Baron Alleye de Ciprey, der franzöſiſche Geſchäftsträger, Präſident Jones melden, daß Mexico den Tag vorher den Präliminarfrieden angenommen habe.

Als dieſes Schreiben am 2. Juni in die Hände von Jones gelangte, hatte er bereits den Kongreß einberufen um über die Annexionsreſolutionen ſchlüſſig zu werden. Eine Proklamation vom 4. Juni ſetzte das Volk vom Abſchluß des Präliminarfriedens und der Einſtellung

---

[1]) Exec. Doc. 29th Congr., 1st Sess., Vol. I, No. II, p. 70. Er iſt auch in Niles' Reg. LXVIII. p. 274 abgedruckt, aber hier vom 27. März datirt.

[2]) Im Hinblick auf ſpätere Ereigniſſe mag der Wortlaut von Art. 3 und 4 hier eine Stelle finden. 3) „Limits and other conditions to be matter of arrangement in the final treaty. 4) Texas will be willing to remit disputed points respecting territory and other matters to the arbitration of umpires."

[3]) Ich finde den Namen auch Elliot geſchrieben.

[4]) Niles' Reg. LXVIII. p. 204.

[5]) ib. LXVIII. pp. 193, 275.

der Feindseligkeiten in Kenntniß[1]). Die Bahn lag jetzt nach beiden Seiten hin vollkommen frei vor den Augen des Kongresses da, der am 16. Juni zusammentrat. Er traf seine Wahl in einer Weise, die auch dem Skeptischsten keinen Zweifel mehr darüber ließ, daß diejenigen Recht gehabt hatten, von denen die Annexionsfrage stets so behandelt worden war, als ob alles lediglich von den Vereinigten Staaten abhänge, weil Texas unter keinen Umständen den Eintritt verweigern werde, wenn ihm die Thür geöffnet würde. Sicher hatten diejenigen nicht Komödie gespielt, die bessere Bedingungen gefordert oder gar sich süßen Träumen über die einstige Großmachtstellung eines unabhängigen Texas hingegeben hatten. Allein als Amerikaner waren sie Texaner geworden und sie hatten viel zu kurze Zeit eine politische Eigenexistenz geführt, um ein spezifisches Texanerthum sich so weit entwickeln zu lassen, daß es das Uebergewicht über das angeborene Amerikanerthum hätte erlangen können. Sie raisonnirten mehr oder minder kühl solange ihr Erwägen sie an nichts band, aber als die Entscheidung getroffen werden mußte, folgten sie ohne einen Augenblick zu zögern ihrem Gefühl.

Der so allgemein und so sehnlich herbeigewünschte Friede wurde am 21. Juni vom Senat einstimmig verworfen. Am 23. Juni nahmen beide Häuser einstimmig die Annexionsresolutionen an und noch an demselben Tage gab Jones dem Beschluß seine Zustimmung[2]). Kongreß und Präsident hatten jedoch nicht das Recht den Staat außer Existenz zu dekretiren. Am 4. Juli trat eine eigens zur Entscheidung dieser Frage vom Volk erwählte Konvention zusammen. Mit allen gegen eine Stimme beschloß sie die Annexion[3]).

Man sollte meinen ein so überwältigender Triumph der Annexionisten hätte sowohl in Texas selbst wie in den Vereinigten Staaten einige Ueberraschung erregen müssen. Das war jedoch nicht der Fall, obwohl man hier wie dort anfänglich weit davon entfernt gewesen war ein solches Resultat zu erwarten. Allein gerade das hatte es herbeigeführt. Die Furcht der Annexionisten jetzt, da sie nach so langen Mühen an's Ziel gelangt waren, sich den Preis aus den Fingern schlüpfen zu sehen, ließ sie die äußersten Anstrengungen machen. In ihren Mitteln waren sie nicht wählerisch. „Englisches Gold", das den Demagogen und schamlosen Parteipolitikern schon so oft vortreffliche

[1]) Niles' Reg. LXVIII. pp. 258, 259.

[2]) Exec. Doc. 29th Congr., 1st Sess., Vol. I, No. II, p. 76.

[3]) Niles' Reg. LXVII. pp. 337, 344. Unter den 55 Namen der Konvention findet sich ein spanischer.

Dienſte in der Bekämpfung ihrer Gegner geleiſtet hatte, wurde wieder einmal das dritte Wort[1]). Wer nicht mit Hurrah und Huſſa in ihre Reihen trat, der war von England erkauft — das war zu ſelbſtverſtändlich als daß es noch des Schattens eines weiteren Beweiſes bedurft hätte. Weder Amt und Würden noch Verdienſte um das Land waren ein Schild gegen den Unrath. Im Gegentheil, je höher die Stellung und je größer das Anſehen des Gegners, deſto heftiger ließ man die Batterien gemeiner Inſinuationen und ſchändlicher Behauptungen gegen ihn ſpielen. Daß man die Geſchütze mit eitel Lügen geladen hatte, wußte man ſo gut als die Geſchmähten ſelbſt. Aber der Zweck heiligt ja die Mittel. Und war der Zweck erreicht, dann war man ja auch bereit, dieſen oder jenen von den Verunglimpften wieder auf den Schild zu heben und ihm wohl gar noch ein ehrenvolleres Plätzchen als früher in dem politiſchen Heiligenkalender der Republick anzuweiſen. Was konnte es Houſton viel verſchlagen, daß man ihn jetzt einen britiſchen Söldling und einen Verräther an dem Staate ſchalt[2]), den ſein Sieg in's Leben gerufen hatte, wenn man ihn gleich darauf als Senator nach Waſhington ſchickte!

In dem politiſchen Leben der Vereinigten Staaten gewinnt man allerdings bald eine dem Europäer anfänglich ſehr überraſchende Gleichgiltigkeit gegen faule Aepfel und faule Eier, theils weil die politiſchen Freunde ſtets ein Fäßchen Parfum bereit halten, mit dem ſie auch nicht kargen, theils weil Jedermann weiß, daß neun Zehntel der faulen Aepfel und Eier nur ein künſtliches Fabrikat eigens für „Campagne"zeiten ſind. Die radikalen Annexioniſten hatten daher auch ſchwerlich erwartet Houſton, Jones, Smith, u. ſ. w. mit dieſen Waffen von ihren Wegen abdrängen zu können. Sie ſollten nur den Theil des großen Haufens

[1]) „President Jones together with the minister of Texas to Great Britain was charged with being in a plot to sell Texas to Great Britain for gold. And "British gold" was mouthed as briskly as if they who did so had seen it counted out." Aſhbel Smith, a. a. O. pp. 74, 75.

[2]) „Most deeply do we regret to hear that Houston . . . is now "heading the English party"." The Richmond Enquirer, March 28, 1845.

„We have already furnished incontestible evidence that British policy has so far prevailed in Texas that her Britannic Majesty's charge (sic) has obtained a pledge from Ex-President Houston to use his utmost endeavors against annexation." The Galveston Weekly News, March 1st, 1845. Niles' Reg. LXVIII. p. 51.

„The subsidized New Orleans Picayune charged General Houston with 'Treason, bribery, and corruption'." Aſhbel Smith, a. a. O. p. 74.

zurückſcheuchen, der vielleicht geneigt war den alten Führern zu folgen, und dieſer Zweck wurde auch durch die Lufthiebe erreicht. Auf den Präſidenten und ſein Kabinet[1]) mochte man hoffen durch Drohungen einen größeren Eindruck machen zu können. Jedenfalls erſcheint es nicht undenkbar, daß wirklich ein Verſuch zum Sturz der Adminiſtration gemacht worden wäre, wenn man gemeint hätte nicht anders zum Ziele kommen zu können. An Abenteurern und catilinariſchen Exiſtenzen fehlte es in Texas nicht und in dieſem Falle hätten ſie um ſo leichter zu einem ſolchen Stückchen aufgeboten werden können, weil ſie einen Krieg mit Mexico für die unvermeidliche Folge der Annexion hielten und ihre kritikloſe Phantaſie einen Krieg mit Mexico als eine luſtige Rauferei anſah, in der einem beherzten Burſchen Abenteuer, Heldenthaten und Beute nicht mangeln könnten. Und auch die Leute, durch die derartige Elemente erſt zu einer Macht werden können, hätten ſich leicht gefunden. Parteiſcheidungen hatten ſich auch in Texas ſchon längſt vollzogen. In der Oppoſition gab es manche begabte und angeſehene Männer und einige von ihnen gehörten zu den Helden von San Jacinto. Wurde auf der Baſis der Präliminarien vom 29. März der Friede mit Mexico geſchloſſen, ſo blieben ſie für unbeſtimmte Zeit auf der Oppoſitionsbank und mußten die Ehren wie die Brode und Fiſche der Houſton-Jones-Partei überlaſſen; wenn ſie aber mehr oder minder gegen dieſe die Annexion durchſetzten, ſo glaubten ſie erwarten zu dürfen, daß im Staat das Heft in ihre Hände fallen und der Texas zuſtehende Antheil an der Bundespatronage ihnen zugewieſen werden würde.

Die letztere Erwartung war auf ganz beſtimmte Verſprechungen gegründet. Die offiziellen und inoffiziellen Vertreter der Bundesregierung, von denen die ganze Agitation geleitet wurde, bezahlten alle einflußreichen Männer in der freigebigſten Weiſe mit dieſer billigen Münze[2]).

---

[1]) Der Generalanwalt Ebenezer Allen war einer der entſchiedenſten Gegner der Annexion.

[2]) Aſhbel Smith ſchreibt: „I have the authority of the late Honorable Ebenezer Allen, successively attorney general and secretary of state under President Anson Jones, for the fact that General Wickliff and Commodore Stockton were employed on the same mission of scattering promises broadcast throughout the land Public opinion was rapidly manufactured. Public meetings were called by active partisans and at the instigation often of the gentlemen just named; the magnificent promises were unfolded; suspicions were aroused and practiced on; the people were inflamed .... the administration agents just mentioned were unstinted in promises, addressed directly to active politicians who were deemed approachable, and indirectly to gentlemen whom

Doch so übertriebene Schilderungen man auch von der Größe der Tasche „Onkel Sam's" entwerfen mochte, man konnte doch unmöglich den Leuten einreden, daß sich in ihr für Jeden ein Angebinde in Gestalt eines Aemtchens finden würde. In Washington aber hielt man es für nöthig Allen einen glitzernden Köder hinzuhängen. Die Agenten der Administration wußten den Mund gar nicht voll genug zu nehmen von all' den schönen Dingen die Texas durch die Union erhalten würde. Nicht nur die Staatsbauten und öffentlichen Anlagen und Arbeiten, die unbestritten zur Kompetenz der Bundesregierung gehörten, wurden in den größten Proportionen gezeichnet und in den glänzendsten Farben kolorirt; auch auf dem Gebiete der „inneren Verbesserungen" wurde eine umfassende Thätigkeit so zuversichtlich verheißen, als wären die Befugnisse der Bundesgewalten hinsichtlich dieser nie in Frage gezogen worden[1]). Das war um so bezeichnender, als auf dem Präsidentenstuhle ein Mann saß, der gerade in dieser Frage so schroff dachte, daß er viele seiner eigenen Parteigenossen — namentlich im Westen — heftig gegen sich aufbrachte. Das zwingt jedoch keineswegs zu der Annahme daß die Agenten über ihre Instruktionen hinausgegangen seien.

---

it would not have been discreet to approach in such style, of appointment to office by the federal administration as soon as Texas should be a state and themselves citizens of the United States." A. a. O. pp. 76, 77.

[1]) Smith sagt a. a. O.: „Major Donelson, the regularly accredited minister, and other official agents sent to Texas by the administration of President Polk, were most lavish of their averments of what the federal government would do for Texas so soon as the consummation of annexation would enable them to execute their promises. Among the most distinguished of these official agents were Ex-Governor Yell of Arkansas, General Wickliff of Kentucky, Commodore Stockton of the United States navy. The promises were among others to clear out our rivers for navigation, to deepen the entrances of our harbors, to build light-houses on our coast for commerce, to erect military works, fortifications for the defense of the coast, to execute important works of internal improvement, and to do various and sundry other good things for Texas which were beyond our means, or which they could do for us better than we ourselves could. . . . It would afford the administration at Washington its chiefest pleasure to do in one word all goodly things for us. I can vouch for these facts. They are known to me of personal knowledge. Major Donelson and Gov. Yell expatiated on these promises in my hearing. I know that both these gentlemen were accredited from Washington city." — Nicht ganz ohne Bitterkeit fügt er hinzu: „I need not stop here . . , to say that neither the promises of office to individuals . . . nor the promises of generosity and munificence to Texas, have in aught or in any degree been fulfilled."

Präsident Jones lenkte in seiner Botschaft vom 16. Juni die Aufmerksamkeit des texanischen Kongresses mit besonderem Nachdruck darauf daß die Zusicherungen, welche die Washingtoner Agenten im Namen Polk's gegeben hätten, die Annexionsresolutionen für Texas weit annehmbarer machten als sie ursprünglich gewesen wären[1]). Hier ist das vorhin Gesagte durch eine förmliche offizielle Erklärung in einer Weise bestätigt, die schlechterdings keinen Zweifel an seiner vollen Wahrheit erlaubt.

Aus welcher Verfassungsbestimmung oder aus welchem Gesetz aber leitete Polk sein Recht her die von dem Kongreß festgesetzten Annexionsbedingungen durch Versprechen modifizirend zu erweitern? Er hat es nie für nöthig befunden eine Antwort auf diese Frage zu geben. Noch viel schlimmer aber war es, daß der Kongreß und die öffentliche Meinung nicht für nöthig befanden sie in solcher Weise zu stellen, daß er sie beantworten mußte. Nur ganz vereinzelt und in so leisem Tone wurde sie aufgeworfen, daß sie völlig ungestraft unbeachtet gelassen werden konnte. Wenn der Präsident aber in einer Hinsicht so mit den Annexionsresolutionen umspringen durfte, warum durfte er es denn nicht auch in einer anderen, die vielleicht der Union weit größere Verlegenheiten bereitete und ernste Gefahren heraufbeschwor? Die Entwickelungsgeschichte der Republik war an einem kritischen Wendepunkt angelangt, wenn ihr erster Beamter, den die Verfassung in ausdrücklichen Worten und in der feierlichsten Weise mit der Wahrung der Gesetzesherrschaft betraut, mit so dreister Hand das Gesetz gleich einem Klumpen Wachs nach seinen Ansichten über die Forderungen politischer Zweckmäßigkeit zurechtknetete und das Volk keine Notiz davon nahm.

---

[1]) „The executive has much satisfaction in observing — what, no doubt, will forcibly arrest the attention of the congress — that, although the terms embraced in the resolutions of the U. St. congress may at first have appeared less favorable than was desirable for Texas, the very liberal and magnanimous views entertained by the president of the U. St. towards Texas, and the promises made through the representatives of that country, in regard to the future advantages to be extended to her if she consents to the proposed union, render those terms much more acceptable than they would otherwise have been." Niles' Reg. LXVIII. p. 275.

Viertes Kapitel.

Polk knüpft den Zettel des mexicanischen Krieges.

Drei Wochen nach Passirung der Annexionsresolutionen hatte das Kriegsdepartement dem in Louisiana stationirten General Zacharias Taylor die Weisung ertheilt einen Theil seiner Truppen zum Einmarsch in Texas bereit zu halten. Am 28. Mai 1845 theilte ihm der Kriegssekretär mit, daß Texas voraussichtlich demnächst die Annexionsbedingungen annehmen und der Präsident es dann in so weit als Bestandtheil der Vereinigten Staaten ansehen werde, daß es auf Schutz gegen Invasionen fremder Mächte und gegen Indianereinfälle Anspruch habe. Er solle daher die Truppen, die zur Zeit unter seinem Befehle stünden und die ihm eventuell noch zugewiesen werden würden, so postiren, wie es die prompteste und wirksamste Vertheidigung von Texas erfordere. Etwaigen Feindseligkeiten der Indianer zu begegnen werde es jedoch vermuthlich genügen mit den Truppen über den Sabine oder Red River zu gehen, die in den erwähnten Instruktionen vom 21. März designirt worden wären[1]). — Also nur im Hinblick auf eine mögliche Invasion hielt der Präsident es für geboten, über jene Instruktionen hinauszugehen und die Verstärkung der Streitkräfte Taylor's in Aussicht zu nehmen.

Stand nun wirklich zu besorgen daß Mexico die Annexion mit einer Invasion beantworten werde? Wenn man sich einfach an die emphatischen Erklärungen Mexico's hielt, so konnte das allerdings nicht zweifelhaft erscheinen. Wiederholt hatte die mexicanische Regierung ohne irgend welche Verklausulirung die Vereinigten Staaten bedeutet, daß sie

[1]) Exec. Doc. 30th Congr., 1st Sess., No. 60. pp. 79—81.

die Annexion von Texas als Kriegserklärung ansehen werde. Almonte hatte sogleich gegen die „gemeinschaftliche Resolution" protestirt und seine Pässe gefordert (6. März). Am 28. März kündigte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Cuevas dem amerikanischen Gesandten W. Shannon den Abbruch der diplomatischen Relationen zwischen den beiden Ländern an[1]) und als dieser mit einer Note antwortete, wurde ihm nur entgegnet, daß man weiter keinerlei Beziehungen mit ihm unterhalten könne. Herrera erließ am 4. Juni eine Proklamation, die das offenbare Recht Mexico's behauptete, sich mit Aufbietung aller seiner Kräfte bis zum letzten Augenblick der Annexion zu widersetzen und den Entschluß der Regierung ankündigte, die ganze bewaffnete Macht des Landes aufzubieten[2]). Der Kriegsminister Garcia Conde erklärte in einem Rundschreiben vom 12. Juli, daß die Regierung eine Kriegserklärung gegen die Vereinigten Staaten beschlossen habe[3]) und vier Tage später sprach er bereits von dem Kriege als einer vollendeten Thatsache[4]). Ein späterer Bericht (20. Juli) Cuevas' an die Deputirtenkammer sprach dagegen wieder nur von dem Entschluß der Regierung zur Kriegserklärung und schlug vor daß derselbe zur Ausführung gelangen solle, wenn die Annexion vollzogen wäre oder Truppen der Vereinigten Staaten das Gebiet der Republik betreten hätten[5]).

An einer formalen Basis fehlte es also unbestreitbar Houston nicht, wenn er später im Kongreß behauptete, die Vereinigten Staaten hätten mit Texas auch den Krieg annektirt, in dem dieses mit Mexico gelegen[6]).

---

[1]) Niles' Reg. LXVIII. p. 134.

[2]) „The government will call to arms all the forces of the army" und „will raise the corps specified by said decree (9. Dez. 1844), under the name of 'Defenders of the Independence and of the Laws'." Die Proklamation ist vollständig abgedruckt bei Niles LXVIII. p. 305.

[3]) The Republic of the United States . . . embracing also a review of the late war between the United States and Mexico. N. Y. 1848. p. 236.

[4]) Er fordert Kompletirung der Truppenkontingente „for the war which she wages against the United States." ib. p. 237.

[5]) „The supreme government . . . has decided, with the unanimous consent of the council, upon the painful extremity of a war with the United States." Dem gemäß wird beantragt: „Article 1. From the moment when the supreme government shall know that the department of Texas has annexed to the American Union, or that troops from the Union have invaded it, it shall declare the nation at war with the United States of America." Niles LXVIII. p. 388.

[6]) „The war had continued to be prosecuted against Texas, and Texas having in the mean time become a portion of the United States, the Govern-

Allein es war auch eine unleugbare Thatsache daß, wie Mangum darauf entgegnete, in den Verhandlungen über die Annexion die Befürworter derselben nachdrücklichst bestritten hatten, daß dieses der Fall sein werde[1]). Calhoun hatte diese Befürchtung stets für völlig eitel erklärt und alle Proklamationen und Beschlüsse der mexicanischen Regierung hatten seine Ansicht nicht erschüttern können. Und sie ist keineswegs durch die Thatsachen in dem Sinne Houston's widerlegt worden. Wohl wurde allgemein erwartet, daß Mexico den Mund gewaltig voll nehmen würde, aber man hielt es durchaus nicht für wahrscheinlich, daß die Thaten den Worten auf den Fuß folgen oder ihnen überhaupt entsprechen würden. Der Abschluß des Präliminarfriedens mit der eventuellen Anerkennung der Unabhängigkeit von Texas war das Bekenntniß gewesen, daß es zu schwach zur Wiedereroberung des Landes sei. Unmöglich konnte es sich daher stark genug glauben dasselbe den Vereinigten Staaten zu entreißen, daß es aber, so lange es sich lediglich um die Thatsache der Annexion handelte, nur um des Ehrenpunktes willen einen völlig aussichtslosen Krieg beginnen würde, war nicht anzunehmen. So empfindlich auch der mexicanische Stolz war, er hatte doch bereits Texas allein gegenüber sich vor dem Gewicht der Thatsachen gebeugt. Da wäre es doch gar sonderbar gewesen, wenn er jetzt, da die Wucht derselben so sehr viel größer geworden war, ohne weitere Provokation auf den Standpunkt zurückgekehrt wäre, den er in den ersten Jahren nach dem Tage von San Jacinto eingenommen hatte. In den Golfstaaten verstand man wohl den mexicanischen Charakter am besten, da in Folge der klimatischen Verhältnisse und der starken Beimischung romanischer Bevölkerungselemente der eigene Charakter ihm am nächsten verwandt war, und dort hielten die denkenden Leute es für lächerlich die mexicanischen Rodomontaden ernst zu nehmen[2]). Das Urtheil war richtig.

---

ment of the United States was now placed in the situation occupied heretofore by Texas in relation to Mexico. War, therefore, in his judgment, unquestionably existed between Mexico and the United States." Deb. of Congr. XV. p. 500.

[1]) „. . . if there was any one thing, above all others, that was repelled and repudiated at the time of the annexation, it was that we should thereby acquire a war." ib. p. 501.

[2]) „The idea of its (der mexikanischen Regierung) declaring war against the United States has been abandoned by all sensible men." The New Orleans Picayune, May 24, 1845. — In einem Briefe aus Pensacola vom 11. August heißt es: „I have seen the com'der of the brig („Mercure", die aus Vera Cruz die Nachricht von dem Antrage bezüglich der Kriegserklärung gebracht hatte), and

Der mexicanische Kongreß ging auseinander ohne über die Vorschläge der Regierung hinsichtlich der Kriegserklärung schlüssig geworden zu sein. Die beantragte Anleihe von $ 15,000,000 genehmigte er allerdings, aber für die Möglichkeit ihrer Effektuirung trug er nicht Sorge. Ein Monat nach dem anderen verstrich und Mexico that nichts seine Drohungen wahr zu machen. Gegen Ende des Jahres mußte Polk ihm offiziell das Zeugniß ausstellen, daß es „keine aggressive Bewegung" gemacht habe[1]). Er behauptete nicht daß seine Maßnahmen, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, das bewirkt hätten. War es aber nicht der Einschüchterung zu danken daß Mexico sich mit großen Worten bezahlt machte, dann war seine „Vorsichtsmaßregel" in Wahrheit eine tadelnswerthe Unvorsichtigkeit gewesen, falls er, wie er versicherte, wirklich den Frieden zu erhalten wünschte. Er glaubte den Befehlshabern der Landtruppen in Texas und des Geschwaders an der mexicanischen Küste vor dem ganzen Volk seine Anerkennung dafür aussprechen zu sollen, daß sie durch ihre Diskretion bei Ausführung ihrer Instruktionen jede Störung des Friedens vermieden hätten. War der Kongreß bei Passirung der „gemeinschaftlichen Resolution" der Ansicht gewesen, daß die Annexion nicht einen Krieg zur Folge haben werde und durfte oder mußte gar erwartet werden, daß Mexico seine Politik nicht ausschließlich auf sein prätendirtes Recht basiren, sondern vornehmlich durch die Machtverhältnisse bestimmen lassen werde, so erschien aber die Diskretion des Präsidenten selbst in sehr bedenklichem Licht, wenn er den Befehlshabern der Armee und Flotte Instruktionen ertheilte, die einer so diskreten Ausführung bedurften, um nicht zu einer Störung des Friedens zu führen. Polk war entweder allzu ängstlich gewesen — und das konnte schwerlich bei dem Manne angenommen werden, der in so herausfordernder Weise England den Handschuh hingeworfen hatte — oder er war mit zu peinlicher Gewissenhaftigkeit bei der Erfüllung seiner behaupteten Pflicht zu Werk gegangen, Texas schon vor seiner förmlichen Einverleibung in die Union gegen jede mögliche Gefährdung sicher zu stellen. — In den Instruktionen ist die Antwort auf die Frage zu

---

he is of opinion, derived from conversing with his countrymen long established in Mexico, that the war proposition above mentioned is a political measure, to insure the election of general Herrera; and that no one at all acquainted with Mexican politics believes that congress will, in any case, acquiesce in it." Niles' Reg. LXVIII. p. 388.

[1]) Botschaft vom 2. Dez. 1845. Statesm.'s Man. III. p. 1558.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

suchen, ob Polk sich in der That eines so feinfühligen Gewissens zu be-
rühmen hatte.

Am 15. Juni erhielt Taylor Befehl unverzüglich nach der Mündung des Sabine oder einem anderen Punkte abzumarschiren, der seinem Urtheile nach sich am besten für die Einschiffung der Truppen nach der westlichen Grenze von Texas eigne; diese sei seine definitive Bestimmung und dort an oder bei dem Rio Grande del Norte, der im Falle der Annexion die Westgrenze der Vereinigten Staaten bilden werde, solle er an einem passenden Ort Stellung nehmen[1]). Ist es nicht auffallend, daß das Kriegsdepartement für nothwendig erachtet dem General zu sagen, wo die Westgrenze von Texas ist, resp. die der Vereinigten Staaten sein wird? Wäre Taylor gegen Canada marschirt, so hätte man sich gewiß eine solche geographische Unterweisung erspart. Daß die Regierung es für nöthig hielt ihm diese Information zu geben, war eine indirekte Anerkennung der Thatsache, daß über diesen Punkt nicht nur verschiedene Ansichten möglich seien, sondern auch wirklich verschiedene Ansichten obwalteten. Was sie in die Form der Konstatirung einer Thatsache kleidete, war daher auch in Wahrheit nur eine Behauptung. So lange eine Kontroverse Statt hatte, die nicht nur einen akademischen Charakter trug, sondern eine offene politische Frage war, hieß ihr „das ist die Grenze" nur: „das erkläre ich für die Grenze". Polk hat das freilich nie zugegeben, sondern stets behauptet daß eine unanfechtbare Thatsache vorliege. Allein seine eigene Beweisführung ist eine vollständige Widerlegung dieser Behauptung. In seiner Botschaft vom 11. Mai 1846 sagt er: „Der Kongreß von Texas erklärte durch seinen Akt vom 19. Dezember 1836 den Rio del Norte für die Grenze dieser Republik"[2]). Das war die einzige Basis seiner Behauptung. Er fußte also weder auf einem unleugbaren thatsächlichen Verhältniß noch auf einem einst anerkannten Recht, sondern nur auf einer Erklärung des Kongresses von Texas. Diese Erklärung aber war, wie alles was dieser Kongreß that, ein revolutionärer Akt. Sie hatte daher an sich gar keine rechtliche Kraft[3]) und konnte auch höchstens so weit Rechtskraft erlangt haben, als es Texas gelungen war, die thatsächlichen Ver-

[1]) Exec. Doc. 30th Congr., 1st Sess., No. 60, p. 81.

[2]) Statesm.'s Man. III. p. 1596.

[3]) „As regards right this act of Texas is a perfect nullity." Gallatin, Address to the people of the United States on the subject of the war with Mexico. Niles' Reg. LXXIII. p. 237.

hältnisse ihr entsprechend zu gestalten. Die nächste Frage ist mithin, wie weit dieses geschehen war.

Houston behauptete im Senat, die Mexicaner hätten nie diesseits des del Norte ein Lager errichtet und selbst immer nur das Gebiet auf dem linken Ufer des Stromes als einen Theil von Texas für mexicanisches Gebiet erklärt[1]). Dreister konnten die Thatsachen nicht auf den Kopf gestellt werden. Jenes Gebiet hatte unter der mexicanischen Regierung nie zu Texas, sondern zu dem Staat Tamaulipas gehört, dessen Grenze gegen das Departement von Texas der Nueces war[2]). In den Debatten über die Annexion wurde im Senat der Präsident der konstituirenden Konvention von Texas als Zeuge dafür angeführt, daß Texas nur deswegen den Rio del Norte für seine Westgrenze erklärt habe, um später in den Unterhandlungen mit Mexico seinen Verzicht auf ansehnliche Gebietsstrecken als Entgelt für die Anerkennung seiner Unabhängigkeit anbieten zu können[3]). Auch noch Jahre nachdem die Republik ihre thatsächliche Unabhängigkeit erkämpft hatte, sah die texanische Regierung nachweislich die Grenzbestimmungen des Aktes vom 19. Dezember 1836 in demselben Licht. Unter der Führung des Generals Canales wurde 1839 ein Versuch gemacht aus Tamaulipas, Coahuila und Durango einen unabhängigen Staat unter dem Namen Republik

---

[1]) „However the decision might hereafter be in regard to the precise extent of our territory, the Mexicans knew full well that the river had been assumed (!) as the boundary. Up to the time of annexation it had been so considered, and, more than that, the Mexicans had never once established a military encampment on the east side of the river; it had never been held, even by themselves, to be within the limits of Mexico, otherwise than upon the ridiculous ground of claiming the whole of Texas to be theirs." Deb. of Congr. XV. p. 501.

[2]) „When Texas declared itself independent, it was the insurrection of only part of a state, for Coahuila remained united to Mexico; but the Rio Nueces was the boundary between the department of Texas and the state of Tamaulipas. The whole contested territory lies within the limits of Tamaulipas, which never was, under the Mexican government, connected in any shape with Texas." Gallatin, a. a. O.

[3]) Senator Ashley von Arkansas sagte: „I will here add, that the present boundaries of Texas, I learn from Judge Ellis, the President of the Convention that formed the constitution of Texas, and also a member of the first legislature under that Constitution, were fixed as they now are, solely and professedly with a view of having a large margin in the negotiation with Mexico, and not with an expectation of retaining them as they now exist on their statute book." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. App. p. 58.

Rio Grande zu bilden. Canales, der von den Aufständischen zum Präsidenten gewählt wurde, schloß mit der Regierung von Texas einen geheimen Pakt, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende waren: 1) Canales verpflichtet sich die Unabhängigkeit der Republik von Rio Grande zu proklamiren; 2) diese erkennt die Unabhängigkeit von Texas an; 3) Texas ist der Republik von Rio Grande bei der Erkämpfung ihrer Unabhängigkeit behilflich. Unter Mitwirkung der texanischen Truppen bemächtigte Canales sich des auf dem östlichen Ufer des del Norte in Tamaulipas gelegenen Loredo. Als er im April 1840 von Arista angegriffen wurde, mußte er sich jedoch nach Texas flüchten und die Republik von Rio Grande endigte damit ihr kurzes Leben auf dem Papier[1]). Sie darf lediglich deswegen nicht ganz der Vergessenheit überantwortet werden, weil die texanische Regierung in jenen geheimen Vereinbarungen nicht den Rio del Norte als die Grenze von Texas in Anspruch nahm, sondern das ganze Tamaulipas einen Bestandtheil der neuen Republik bilden lassen wollte, ohne einen Verzicht auf das östlich vom Strome gelegene Gebiet für nöthig zu halten. Ein förmlicher Verzicht oder eine Abtretung wären auch in so fern ganz überflüssig gewesen als, was die Rechtsfrage betraf, der Akt vom 19. Dezember 1836 eben auch nur ein Stück Papier war und Texas nie wirklich das Land besessen hatte. Und in dieser Hinsicht blieben die thatsächlichen Verhältnisse bis zur Annexion völlig unverändert. Wohl machte Texas einige Versuche sich in den Besitz des Gebietes zu setzen, aber dieselben schlugen kläglich fehl[2]).

---

[1]) Siehe die Rede von L. Severance von Maine im Repräsentantenhause, 28. Mai 1846. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. App. p. 684.

[2]) „An attempt was made by Texas upon Matamoras, but the expedition did not succeed, and the Texan troops were driven back. When did Texas hold any post on the Rio Grande? Never." Severance, 13. Mai 1846. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 814.

„No Texan magistrate was ever seen, no Texan law was ever obeyed, no Texan jurisdiction was ever asserted, no Texan rule, in any form, ever existed in this extent of country. All was Mexican from the beginning, and continued so to be up to the time the American armies invaded the country, and expelled the Mexican authorities. Two military expeditions from Texas had made incursions into the country on the lower Rio Grande, but President Houston disavowed one, and both were signally defeated." Garret Davis von Kentucky 22. Dez. 1846 im Repräsentantenhause. Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. App. p. 106.

Sogar Kaufman von Texas, der hinsichtlich aller prätendirten Rechte von Texas einen noch höheren und dreisteren Ton als selbst Houston anzuschlagen

Polk's Behauptung, daß der Rio Grande durch die Annexion die Westgrenze der Union geworden sei, ruhte also ganz allein auf der Erklärung des Aktes vom 19. Dezember 1836. Als die Annexion noch eine schwebende Frage war, hatten aber auch die eifrigsten Befürworter derselben nicht den Anspruch erhoben, daß dieser unzweifelhaft und unbedingt maßgebend sei. Ch. J. Ingersoll, der als Vorsitzender des Hausausschusses für auswärtige Angelegenheiten in dieser Frage mit einer gewissen Autorität sprach, schob den Rio Grande einfach bei Seite und erklärte den wüsten Landstrich, der das Gebiet zwischen diesem und dem Nueces durchsetzt, für die „natürliche Grenze" zwischen den beiden Staaten[1]). Und hier war in der That die natürliche Grenze, wenn es überhaupt eine solche gab, denn in einem gebirgslosen Lande kann es doch keine natürlicheren und wirksamer scheidenden Grenzmarken geben als Wüsteneien[2]).

Polk erklärte allerdings in seiner Botschaft vom 11. Mai 1846, die thatsächliche Jurisdiktion von Texas habe sich über den Nueces hinaus erstreckt, und das war richtig. Allein wenn der Präsident ein wirklich korrektes Bild von den thatsächlichen Verhältnissen hätte geben wollen, so hätte er hinzufügen müssen, daß dieses „jenseits" (beyond) sich auf die Uferlinie beschränke. Corpus Christi an der Mündung des Nueces und das aus etwa zwanzig Familien bestehende San Patricio[3])

---

pflegte, mußte am 28. Juli 1848 im Repräsentantenhause bekennen: „It is true, Texas had never had possession of any part of the valley of the Rio Grande in New Mexico, or of New Mexico." Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. App. p. 972.

[1]) „While peace is cherished, that boundary will be sacred. Not till the spirit of conquest rages, will the people on either side molest or mix with each other." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. App. p. 58.

[2]) „The whole country between the settlement of San Patricio and Corpus Christi, till within a few miles of the del Norte, is a perfect desert one hundred and sixty miles wide by the route pursued by General Taylor, as stated by himself, and near one hundred and twenty miles in a straight line. The only settled part of it is along the left bank of the del Norte, and but a few miles in breadth." — Gallatin a. a. O.

In der von der General Land Office publizirten Gorlinski'schen Karte wird der Landstrich als „unproductive prairie interspersed with chaparral, deep sand, no water" bezeichnet.

[3]) Gallatin a. a. O. Meine Karten setzen San Patricio auf das linke Ufer des Flusses. Ich vermag nicht zu sagen, ob Gallatin's Angaben oder die Karten unrichtig sind, oder ob sich der Ort bei weiterer Entwickelung auf das östliche Ufer hinübergezogen hat. — Texas hatte allerdings San Patricio zum County gemacht

weiter oberhalb waren die einzigen Punkte, die Texas dort inne hatte. Ebenso war es nur die halbe Wahrheit und zeigte die thatsächlichen Verhältnisse in trügendem Licht, wenn der Präsident weiter betonte, daß der Kongreß durch das Gesetz vom 31. Dezember 1845 „das Land jenseits des Nueces durch seinen Einschluß in unser Zollsystem als einen Theil unseres Territoriums anerkannt" habe[1]). Jenes Gesetz[2]) sagte nichts über die Grenzen von Texas, sondern machte nur, neben verschiedenen anderen texanischen Orten, auch Corpus Christi zu einem Ausschiffungshafen (port of delivery), in dem ein Zollaufseher angestellt werden solle. In einem anderen Gesetze dagegen, und zwar aus einer Zeit da die Vereinigten Staaten noch nicht Richter in der eigenen Sache waren, hatte der Kongreß in der unzweifelhaftesten Weise anerkannt, daß er wenigstens nicht auf der ganzen Linie den Rio Grande als die thatsächliche oder die rechtliche Grenze von Texas betrachte. Ein Gesetz von 3. März 1845 traf Bestimmungen über Rückvergütung von Zöllen in „Chihuahua und Santa Fé in Mexico"[3]). Texas hatte keine Verwahrung gegen dieses Gesetz eingelegt und es hätte sich auch nur lächerlich gemacht, wenn es das zu thun versucht hätte, denn New Mexico war in dem unbestrittenen Besitz von Mexico und zeigte durchaus kein Verlangen Texas einverleibt zu werden[4]). Und nicht nur in Santa Fé sondern auch in dem an der Mündung des Rio Grande gelegenen Brazos bezahlten die amerikanischen Kaufleute vor wie nach der Annexion ohne je irgend einen Anstand zu erheben in den mexicanischen Zollhäusern die Zollgebühren nach den mexicanischen Tarifsätzen[5]).

---

und erklärt, daß dieses sich bis zum Rio Grande erstrecke; das war aber eben auch nur wieder eine „Erklärung".

[1]) Statesm.'s Man. III. p. 1596.

[2]) Stat. at L. IX. p. 2.

[3]) „An act allowing drawback upon merchandise exported in the original packages to Chiuahua and Santa Fé, in Mexico." Stat. at L. V. p. 750.

[4]) Kaufman mußte selbst das Geständniß ablegen: „It is true that Santa Fé was the capital of the ancient Province of New Mexico, and that the people of New Mexico never consented to its transfer to Texas." 10. Juni 1850. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., App. p. 939.

[5]) New Mexico war in dem mexicanischen Kongreß repräsentirt und nach dem St. Louis Republican waren 1845 in Santa Fé Waaren im Werthe von $ 342,530 eingeführt worden, die den mexicanischen Behörden einen Eingangszoll von $ 105,757 entrichtet hatten. McIlvaine, 26. März 1846. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 580. Vgl. auch The American Review, Jan. 1847.

Polk waren natürlich diese Thatsachen bekannt und es liegt kein Grund vor sein Denkvermögen durch die Vermuthung zu insultiren, daß er ihre Tragweite nicht zu ermessen vermochte. Daß sein Verschweigen derselben vollkommen zweckbewußt war, wird doppelt gewiß durch das Koloriren und Pointiren mit dem er, ohne durch grelles Auftragen Mißtrauen zu erregen, den Momenten, die seine Behauptung stützen sollen, ein Gewicht zu geben weiß, das sie offenbar entfernt nicht hatten. Er verstand genug von dem Völkerrecht und der praktischen Politik, um zu wissen, daß die Grenzfrage nicht ausschließlich und in unanfechtbarer Weise durch den Akt des texanischen Kongresses vom 19. December 1836 entschieden werden könne. Wäre er wirklich in dem naiven Wahne befangen gewesen, dann hätte er nicht alles in's Feld geführt, was er an Thatsachen auftreiben konnte, die scheinbar für seine Behauptung sprachen. Er würdigte vollständig das Gewicht der Thatsachen und er wußte genau, daß die Thatsachen zur Stunde noch gerade so lägen wie zu der Zeit, da Ingersoll jene Einöde für die natürliche und thatsächliche Grenze erklärt hatte. Die Leute, die er mit der Ausführung seiner Politik betraut hatte, sagten ihm das übereinstimmend in den unzweideutigsten Worten. Donelson legte in einem Brief an Taylor, den dieser nach Washington sandte, Nachdruck darauf daß es eine offene Frage sei, wem das Land zwischen dem Nueces und Rio Grande gehöre und nannte Corpus Christi als die westlichste Niederlassung der Texaner[1]). Taylor selbst kündigte dem Generaladjutanten seine Absicht bis nach Corpus Christi vorzugehen mit dem Bemerken an, daß die Linie des Nueces alle texanischen Ansiedelungen einschließe und redete gar von San Antonio als an der westlichen Grenze gelegen[2]). Und der texanische Kriegssekretär Wm. G. Cook bat Taylor das am Colorado gelegene Austin zu schützen, „da es an der Grenze ist"[3]). Die amerikanischen Offiziere, die, ohne Rücksicht darauf wie der Präsident sich die Rechtsfrage zurecht drechsele, sich einfach an die That-

[1]) 28. Juni 1845. „Corpus Christi . . . . is the most western point now occupied by Texas. . . . The occupation of the country between the Nueces and Rio Grande, you are aware, is a disputed question. Texas holds Corpus Christi; Mexico, Santiago (Brazos), near the mouth of the Rio Grande." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60, p. 805.

[2]) 8. Juli 1845. „It will be seen . . . that the United States chargé also recommends the immediate occupation of the western frontier of Texas, from the coast to San Antonio. . . . I shall confine myself, in the first instance, to the line of the Nueces, which covers all the settlements." ib. p. 802.

[3]) ib. p. 804.

sachen hielten, wußten denn auch nicht anders als daß sie in dem Thale des Rio Grande auf mexicanischem Boden stünden[1]). Alle „Erklärungen" des texanischen Kongresses hatten daran nichts geändert daß der Landstrich ausschließlich von Mexicanern bewohnt war[2]), die sich als Mexicaner fühlten und Mexicaner bleiben wollten[3]). Ja, Marcy wie Bancroft mußten die leidige Thatsache anerkennen, daß Mexico auf dem linken Ufer des Rio Grande militärische Posten habe, die nicht etwa erst jetzt im Hinblick auf die drohenden Verwickelungen mit den Vereinigten Staaten errichtet worden waren, wie Polk „in Antizipirung" der Annexion den Vormarsch Taylor's an die „westliche Grenze von Texas" befohlen hatte[4]). Es galt also auch von dem südlichen Theil des Rio Grande-Thales was Marcy[5]) und Polk[6]) ausdrücklich hinsichtlich New Mexico's aus-

[1]) Ein Offizier schreibt dem Philadelphia Spirit of the Times: „Camp opposite Matamoros, Apr. 19, 1846. Our situation here is an extraordinary one. Right in the enemy's country, actually occupying their corn and cotton fields, the people of the soil leaving their homes, and we, with a small handful of men, marching with colors flying and drums beating, right under the guns of one of their principal cities, displaying the star-spangled banner as if in defiance under their very nose, and they with an army twice our size, at least, sit quietly down, and make not the least resistance, not the first effort to drive the invaders (!) off. There is no parallel to it." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. App. p. 686.

[2]) „This belt was settled, inhabited, and occupied exclusively by Mexicans." Gallatin a. a. O.

[3]) In dem Briefe eines Offiziers, der in dem Albany Atlas veröffentlicht wurde, heißt es: „West of the Nueces the people are all Spaniards. The country is uninhabitable excepting the valley of the Rio Grande, and that contains a pretty dense population, and in no part of the country are the people more loyal to the Mexican Government."

[4]) „This department is informed that Mexico has some military establishments on the east side of the Rio Grande, which are, and for some time have been, in the actual occupancy of her troops. In carrying out the instructions heretofore received, you will be careful to avoid any acts of aggression, unless an actual state of war exist. The Mexican forces at the posts in their possession, and which have been so, will not be disturbed as long as the relations of peace between the United States and Mexico continue." Marcy an Taylor, 8. Juli 1845. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60, p. 82. — „You will, therefore, not employ force to dislodge Mexican troops from any post east of the Del Norte which was in the actual possession of the Mexicans at the time of annexation." Bancroft an Commodore D. Connor. ib. p. 232.

[5]) „. . in case you conquer Santa Fé." Marcy an Gen. Kearney, 3. Juni 1846. ib. p. 153.

[6]) „Texas had asserted a right to that part of New Mexico east of the

sprachen: es mußte erst erobert werden, denn es war so vollständig wie dieses in dem Besitz von Mexico. Wäre der Besitztitel auf das Gebiet zwischen dem Nueces und Rio Grande wirklich eine res adjudicata gewesen, so hätte der Präsident keinen Augenblick die mexicanischen Truppen auf dem Boden der Union dulden dürfen. Der Befehl sie durchaus unbehelligt zu lassen, war eine förmliche Anerkennung der Thatsache daß es eine offene Frage sei, ob sie berechtigt wären dort zu sein, wo sie waren, und daß nicht dem Präsidenten die endgiltige Entscheidung dieser Frage zustehe.

Waren aber die Erklärungen des Aktes vom 19. Dezember 1836 anerkanntermaßen zum großen Theil Fiktionen ohne jeden thatsächlichen Untergrund, so war es schlechthin lächerlich und absurd das ganze Raisonnement Mexico's so vollständig zu ignoriren, als sei eine Kontroverse überhaupt nicht möglich, weil Mexico „Texas" nicht habe unterwerfen können und Texas hier ja selbst erkläre was Texas sei. Es mußte in der That schlecht um die Sache Polk's bestellt sein, wenn er seine Sophismen in das Gewand einer so ungeheuerlichen Naivität stecken mußte. Mexico und Texas standen einander lediglich auf dem Boden der thatsächlichen Verhältnisse gegenüber, denn zu einem rechtlichen Austrage zwischen ihnen war es nie gekommen. Dieses Verhältniß ging mit der Annexion auf die Vereinigten Staaten über und wurde von ihnen auch so weit angenommen, als es ihren Interessen entsprach. Mit Recht erklärten sie keinerlei Rücksicht darauf nehmen zu können, daß Mexico trotz der neunjährigen faktischen Unabhängigkeit von Texas dasselbe noch immer als seine Provinz anzusehen beliebte. Wo es dagegen den Interessen der Vereinigten Staaten nicht entsprach, da glaubte Polk es zurückweisen zu dürfen, obwohl dort offenbar die thatsächlichen Verhältnisse viel unbedingter und ausschließlicher die maßgebenden waren. Texas war einst rechtlich und thatsächlich eine Provinz Mexico's gewesen; Texas hingegen hatte nie New Mexico und das Thal des Rio Grande be-

Rio Grande which is believed, under the acts of Congress for the annexation and admission of Texas into the Union as a state, and under the constitution and law of Texas, to be well founded; but this right had never been reduced to her actual possession and occupancy. The general government, possessing exclusively the war-making power, had the right to take military possession of this disputed territory, and until the title to it was perfected by a treaty of peace, it was their duty to hold it, and to establish a temporary military government over it, for the preservation of the conquest itself, the safety of our army, and the security of the conquered inhabitants." Botschaft vom 24. Juli 1848. Statesm.'s Man. III. p. 1720.

sessen und dem bis zur Losreißung von Texas unangefochtenen Rechtstitel Mexico's auf diese Gebiete stand nur der revolutionäre Anspruch von Texas gegenüber, den es nie durchzusetzen vermocht hatte. Außerdem hatte die texanische Regierung so eben förmlich anerkannt daß der Akt vom 19. Dezember 1836 kein Definitivum geschaffen habe, da sie in dem Präliminarfrieden ihre Zustimmung dazu ertheilt hatte, daß die Grenzen auf Grund eines schiedsrichterlichen Urtheiles in dem Definitivfrieden festgesetzt würden. Texas hatte daher sicher keinen Grund zur Klage, wenn die Vereinigten Staaten den Standpunkt seiner eigenen Regierung adoptirten. Donelson rieth denn auch dazu mit dem Bemerken, daß es wohl das Geringste wäre, was Mexico von den Vereinigten Staaten erwarten dürfte, daß sie nicht über den hinausgingen [1]).

Unstreitig war das die einzig richtige Politik, wenn der Präsident in Wahrheit einen Krieg zu vermeiden wünschte. Uebele Konsequenzen, die ihn dem gerechten Vorwurf sträflicher Pflichtversäumniß ausgesetzt hätten, konnte sie nicht haben. Hielt er die Wüste nicht für eine zureichende Schranke, so konnte er ja für den Schutz der diesseits des Nueces lebenden Texaner ein Uebriges thun und Taylor bis an diesen Fluß vorschicken. Westlich von Corpus Christi aber gab es keine Texaner und — wie weit sich auch immer das texanische Gebiet erstrecken mochte — zum Schutze der Texaner war es daher nicht nöthig, die Truppen mitten unter die mexicanische Bevölkerung der „exponirten

---

[1]) Er schreibt den 2. Juli 1845 an Buchanan: „My position is, that we can hold Corpus Christi and all other points up the Nueces. If attacked, the right of defence will authorize us to expel the Mexicans to the Rio Grande. It is better for us to await the attack, than incur the risk of embarrassing the question of annexation with the consequences of immediate possession of the territory of the Rio Grande." Exec. Doc., 29th Congr., 1st Sess., Vol. I, No. II. p. 78.

Auch er will also durchaus nicht den Anspruch auf den Rio Grande als Grenze aufgegeben wissen; er will nur nicht, daß man sich wegen desselben in einen Krieg stürze und sogleich das Recht des Stärkeren geltend mache. Am 11. Juli 1845 schreibt er an Buchanan: „I at once decided that we (d. h. die Armee) could take no such position (am Rio Grande), but should regard as only within the limits of our protection that portion of territory actually possessed by Texas, and which she did not consider a subject of negotiation. . . . What the Executive of Texas had determined not to fight for, but to settle by negotiation, to say the least of it, could as well be left to the United States upon the same condition." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. App. p. 107.

Grenze“ [1]) des Rio Grande zu senden. Polk that denn auch, als wolle er dem Rathe Donelson's Folge leisten. Am 30. Juli wurde an Taylor der Befehl abgesandt, Texas, so weit es von den Texanern in Besitz genommen worden sei, zu besetzen, schützen und vertheidigen, bei seinen Maßnahmen aber von denjenigen Posten und Ansiedelungen abzusehen, die von mexicanischen Truppen besetzt oder zur Zeit der Annexion nicht im Besitz von Texas gewesen seien. Allein dabei wurde ihm befohlen, sich dem Rio Grande so weit zu nähern, als die Klugheit es angezeigt erscheinen lasse und seinen Schutz bis zu dieser Grenze auszudehnen [2]). Diese beiden Weisungen ließen sich nur dann zusammenreimen, wenn es zwischen Corpus Christi und dem Rio Grande texanische Ansiedelungen gab. Polk und March wußten aber genau, daß das nicht der Fall war und sie mußten sich daher auch dessen vollkommen bewußt sein, daß der Befehl vom 30. Juli an Taylor gleichzeitig ja und nein sage. Was wurde damit bezweckt? Die Antwort auf diese Frage muß in den weiteren Instruktionen Taylor's gesucht werden.

Der General war inzwischen gen Westen aufgebrochen und suchte einen passenden Lagerplatz. Anfang August entschied er sich für Corpus Christi. Seine Meldung, daß er mit einem Theile seiner Truppen glücklich dort angelangt sei, kreuzte sich mit einer Depesche des Generaladjutanten vom 6. August, in der ihm angezeigt wurde, daß ein Infanterieregiment und eine Abtheilung Dragoner Befehl erhalten hätten, zu seiner Verstärkung abzumarschiren und daß er autorisirt sei, wenn es nöthig werden sollte, texanische Freiwillige in den Dienst der Vereinigten Staaten zu nehmen. Motivirt wurden diese Schritte dadurch daß, wenn es auch vielleicht nicht zum Kriege mit Mexico käme und

---

[1]) „This river . . . is an exposed frontier.“ Botschaft vom 11. Mai 1846. Statesm.'s Man. III. p. 1596.

[2]) „. . you are expected to occupy, protect and defend, the territory of Texas, to the extent that it has been occupied by the people of Texas. The Rio Grande is claimed to be the boundary between the two countries, and up to this boundary you are to extend your protection, only excepting any posts on the eastern side thereof, which are in the actual occupancy of Mexican settlements over which the republic of Texas did not exercise jurisdiction at the period of annexation, or shortly before that event. It is expected that, in selecting the establishment for your troops, you will approach as near the boundary line, the Rio Grande, as prudence will dictate. With this view, the President desires that your position, for a part of your forces at least, should be west of the river Nueces.“ Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60, pp. 82, 83.

dieses keine Invasion versuche, man ihn in den Stand setzen wolle, jeder Eventualität zu begegnen. Schon am 23. August, ehe noch die vorhin erwähnte Meldung Taylor's vom 15. August in Washington eingetroffen war, ging eine neue Depesche des Kriegssekretärs an ihn ab, die ihm ankündigte, daß die Flotte im Golf von Mexico Befehl erhalten habe, mit ihm zu kooperiren und ihn autorisirte, auch aus Louisiana, Alabama, Mississippi, Tennessee und Kentucky Freiwillige in Dienst zu nehmen [1]). Diese Eile, dem General die Möglichkeit zu geben, in kurzer Frist und ohne weitere Instruktionen einholen zu müssen, eine bedeutende Armee in Texas zusammenzubringen, war um so auffallender, als die Schreiben Marcy's vom 25. und 28. August an die Gouverneure der genannten Staaten über die Taylor ertheilte Befugniß hervorhoben, daß der Kongreß nicht die Nothwendigkeit derselben vorhergesehen und darum auch keine Geldbewilligung für den Unterhalt der Milizen gemacht habe [2]). Da nun aber nicht prätendirt wurde, daß man derselben unverzüglich benöthigt sei, so konnte ja wohl noch dieser Mangel an Voraussicht wieder gut gemacht werden. Warum berief der Präsident den Kongreß nicht sogleich zu einer außerordentlichen Session? Wichtig genug war doch am Ende die Frage dazu. Eine Nothwendigkeit, die Milizen in den Dienst der Union zu nehmen, konnte nur dann vorliegen, wenn der Krieg eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit gewonnen hatte und dem Kongreß allein stand das Kriegsrecht zu. Es wäre daher doch nur loyal gewesen, wenn der Präsident versucht hätte, dem Kongreß Gelegenheit zu bieten, seinem Wunsch und Willen Ausdruck zu geben, ehe er sich durch die Ereignisse vor vollendete Thatsachen gestellt fand. Allein so naheliegend und begründet auch ein solches Raisonnement war, der Präsident konnte doch nicht daran denken, vor der regelmäßigen Zeit den Kongreß nach Washington zu laden und zwar einfach deswegen nicht, weil sich, abgesehen von dem Thun und Lassen des Präsidenten selbst, schlechthin nichts zugetragen hatte, was derselbe nicht vor seiner letzten Vertagung vorausgesehen hätte. Wohl liefen allerlei Gerüchte von großen mexicanischen Truppenansammlungen an der Grenze um, aber wenn die Re-

---

[1]) Exec. Doc. 30th Congr., 1st Sess. No. 60, p. 85.

[2]) „It is proper to observe that the emergency rendering such assistance from the militia of your State necessary, does not appear to have been foreseen by Congress, and consequently no appropriation was made for paying them; but it is not to be doubted that such a provision will be promptly made when Congress shall again assemble." ib. p. 86.

gierung auch in gutem Glauben meinen mochte, daß sie nicht ganz aus der Luft gegriffen sein dürften, so hielt sie sie doch für stark übertrieben [1]). Sie redete nie davon, daß das bankerotte Mexico, ohne daß sie rechtzeitig sichere Kenntniß davon erhalten hätte, eine Truppenmacht in's Feld stellen könnte, die bedeutend genug wäre, Texas, geschweige denn die Union ernstlich zu bedrohen So dreist auch Polk und seine Minister in ihren Behauptungen waren, sie haben doch nie das periculum in mora als Rechtfertigungsgrund anzuführen gewagt. Ihre Eile mußte daher einen anderen Grund haben.

Wir haben bereits gehört, wie der in der Grenzfrage vorsichtige und gemäßigte Donelson darauf hinwies, daß im Falle eines Angriffes am Nueces das Recht der Selbstvertheidigung die Berechtigung geben würde, die Mexicaner über den Rio Grande hinauszuschlagen. Theilte aber die Regierung den Wunsch ihres Agenten nach einem Angriff, war es dann nicht sicherer, den Mexicanern etwas weiter entgegen zu gehen? Jedenfalls wünschte Polk, daß Taylor ihnen so weit als möglich, d. h. bis an den Rio Grande entgegen gehe. Wir haben gesehen, wie von Depesche zu Depesche dieser Wunsch deutlicher ausgesprochen und schärfer betont wurde, ohne doch direkt den Befehl dazu zu ertheilen. Auch die Instruktion vom 23. August that das nicht, aber sie ging doch einen großen Schritt über die früheren Verhaltungsbefehle hinaus. Wenn, hieß es, Mexico eine bedeutende Truppenmacht am Rio Grande ansammele und diese über den Strom ginge, so werde der Präsident das als eine Invasion der Vereinigten Staaten und als den Beginn der Feindseligkeiten ansehen. Eine Instruktion vom 30. August wiederholte diese Erklärung, verschärfte sie aber noch dahin, daß auch schon der Versuch, mit einer ansehnlichen Truppenmacht über den Fluß zu gehen, so angesehen werden würde [2]). Was hieß eine „ansehnliche Truppenmacht"? War es nicht bedenklich, die Entscheidung dieser Frage, die

[1]) Der Generaladjutant R. Jones erwähnt in einer Depesche vom 26. Aug. an Taylor dieser Gerüchte und gibt ihm zu verstehen, daß man mit ihm unzufrieden sei, weil er so selten von sich hören lasse. „But, however exaggerated these reports may be, we cannot, for want of official tidings, undertake to correct what we have good reason to believe not to be true." Exec. Doc., 30th Congr. 1st Sess. No. 60, p. 87.

[2]) „You have been advised that the assembling a large Mexican army on the borders of Texas, and crossing the Rio Grande with a considerable force, will be regarded by the Executive here as an invasion of the United States, and the commencement of hostilities. An attempt to cross that river with such a force will also be regarded in the same light." ib. p. 88.

Krieg und Frieden involvirte, der Diskretion des Generals anheim zu geben? Und wie konnte das Recht Mexico's Truppen auf das linke Ufer des Stromes zu schicken, von der Zahl derselben abhängen? Durfte es aber überhaupt keine hinübersenden, dann war es von seinen militärischen Posten dort völlig abgeschnitten, deren einstweilige Berechtigung doch in so weit von Polk indirekt anerkannt worden war, als Taylor wiederholt Befehl erhalten hatte, dieselben in keiner Weise zu behelligen. — Hatte der Präsident vollständig freie Wahl der Mittel zur Lösung des Problemes im Interesse der Vereinigten Staaten, d. h. durfte er seine Politik ausschließlich durch Zweckmäßigkeitsrücksichten bestimmen lassen, so mochten jene Einwendungen irrelevant sein, obwohl sie unter allen Umständen dem unbefangenen Beurtheiler starke Zweifel darüber erwecken mußten, ob es dem Präsidenten wirklich so sehr um die Erhaltung des Friedens zu thun war, als er behauptete. Allein die Politik des Präsidenten mußte sich innerhalb seiner verfassungsmäßigen Kompetenzen bewegen. Ehe die Zweckmäßigkeitsfrage in Erwägung gezogen wurde, war daher zu entscheiden, ob Polk überhaupt das Recht dazu hatte, die Ueberschreitung des Rio Grande durch mexicanische Truppen oder den Versuch dazu für eine Invasion der Vereinigten Staaten und den Beginn von Feindseligkeiten zu erklären.

Ein Gesetz vom 28. Februar 1795 gab dem Präsidenten die Befugniß, gegen eine Invasion der Vereinigten Staaten oder, wenn eine solche drohe, die Miliz der Staaten aufzubieten [1]). Das Oberbundesgericht hatte das Gesetz für verfassungsmäßig erklärt und dem Präsidenten das ausschließliche Recht zugesprochen darüber zu entscheiden, wann die im Gesetze bezeichneten Fälle eingetreten seien [2]). Hieraus hat man gefolgert, daß, zu was für Ausstellungen die Politik Polk's

---

[1]) „. . whenever the United States shall be invaded, or be in imminent danger of invasion from any foreign nation or Indian tribe, it shall be lawful for the President of the United States to call forth such number of the militia of the state, or states, most convenient to the place of danger, or scene of action, as he may judge necessary to repel the invasion." Stat. at L. I. p. 424.

[2]) „We are all of opinion, that the authority to decide whether the exigency has arisen, belongs exclusively to the President, and that his decision is conclusive upon all other persons." Martin v. Mott, Wheaton's Rep. XII. p. 30; Curtis VII. p. 12. — cfr. auch Luther v. Borden, Howard's Rep. VII. pp. 1 ff., Curtis XVII. p. 1 ff. — Daß der Präsident als Oberbefehlshaber die regulären Bundestruppen verwenden darf, wo er befugt ist die Milizen aufzubieten, ist selbstverständlich.

auch immer Anlaß geben möge, eine Verfassungswidrigkeit ihm unmöglich vorgeworfen werden könne. So unbestreitbar das aber auch auf den ersten Blick scheinen mag, es ist doch irrig und zwar hat man sich offenbar durch eine falsche Fragestellung zu dem Irrthum verleiten lassen. Wohl stand es dem Präsidenten allein zu darüber zu entscheiden, was eine Invasion sei und wann eine Invasion drohe, aber nie und nirgendwo ist ihm das Recht zugesprochen worden, allein darüber zu entscheiden, was die Vereinigten Staaten sind. Und darum handelte es sich zunächst; das war die Vorfrage, die rechtsgiltig entschieden sein mußte, ehe er sich die andere Frage überhaupt aufwerfen durfte, denn das Gesetz vom 28. Februar 1795 und die auf dasselbe bezüglichen richterlichen Entscheidungen redeten nur von den „Vereinigten Staaten" und nicht von Gebieten, die vermuthlich früher oder später zu den Vereinigten Staaten gehören würden. Noch aber gehörte ganz Texas nicht zur Union, denn die Annexion war noch nicht perfekt geworden. Daß sie ihrem thatsächlichen und förmlichen Vollzug nahe genug gerückt war, um den Texanern einen Anspruch auf den Schutz der Union zu geben, soll nicht bestritten werden. Aber weder hatte Texas ein Recht mehr zu fordern, noch durfte der Präsident mehr thun. So weit Texas als Theil der Union angesehen werden durfte, war es lediglich auf Grund der „gemeinschaftlichen Resolution" des Kongresses. Texas hatte dieselbe bedingungslos angenommen und für den Präsidenten war sie eine absolut verbindliche Instruktion. Gefielen ihm ihre Bedingungen nicht, so hatte es ihm ja freigestanden, die Annexion auf dem Vertragswege zu versuchen, der ihm den weitesten Spielraum ließ. Er hatte sich für den anderen Weg entschieden und damit auf jede eigene Initiative verzichtet. Der Kongreß aber hatte in der Annexionsresolution ausdrücklich nur der Einverleibung des rechtmäßig der Republik Texas gehörigen Gebietes in die Union seine Zustimmung ertheilt; und um allen Deuteleien vorzubeugen, hatte er ferner ausdrücklich der Bundesregierung das Recht vorbehalten, alle etwaigen Grenzfragen mit anderen Regierungen zu erledigen [1]). Texas hatte sich also durch die Annahme der Annexionsresolutionen des Anspruches begeben, daß seine „Erklä-

[1]) „Resolved. . . That Congress does consent that the territory properly included within, and rightfully belonging to the Republic of Texas, may be erected into a new State" etc.

„Said State to be formed, subject to the adjustment by this government of all questions of boundary that may arise with other governments." Stat. at L. V. p. 797.

rungen" über die Grenzen der Republik irgend welche Verbindlichkeit für die Union hätten. Die Frage war offen gelassen und der Kongreß hatte die Absicht zu erkennen gegeben, eine „Verständigung" über sie mit Mexico zu suchen. Die endgiltigen Entschließungen hinsichtlich ihrer waren, wie es der Verfassung gemäß geschehen mußte, nicht dem Präsidenten anheim gegeben, sondern der „Regierung" vorbehalten. Und alles das stand in vollkommenem Einklange mit den wiederholten offiziellen Versprechungen sowohl der früheren wie der gegenwärtigen Bundesexekutive. Wir haben früher gehört, wie Calhoun der mexicanischen Regierung durch Green erklären ließ, daß in dem Annexionsvertrag absichtlich nichts über die Grenzen gesagt sei, weil Tyler alle Streitfragen zwischen den beiden Ländern „in der liberalsten und befriedigendsten Weise" beizulegen wünsche [1]). Am 31. März 1845 hatte Shannon diese Erklärung fast wörtlich im Namen Polk's wiederholt [2]). Hatten nun aber diese Versicherungen irgend einen Sinn und war die Grenzfrage wirklich offen gelassen, wenn der Versuch, Mexico's Truppen über die äußerste Grenzlinie zu schicken, die von den Vereinigten Staaten beansprucht werden konnte, eine Invasion und der Beginn von Feindseligkeiten sein sollte, während doch die Unionstruppen, so bald es die Klugheit erlaube, bis zu dieser Linie vordringen und sogleich ihren Schutz bis zu derselben ausdehnen sollten? Waren die erwähnten Restriktionen der Annexionsresolutionen ehrlich gemeint, so konnten sie nur dahin gedeutet werden, daß im Falle ihrer Annahme zunächst als definitiv annektirt nur das in dem thatsächlichen Besitz der Texaner befindliche Gebiet betrachtet werden würde, während über den Rest Unterhandlungen gepflogen werden sollten. Die Ausführung der Taylor ertheilten Instruktionen schuf aber einen neuen Besitzstand, wie er zur Zeit der Selbständigkeit von Texas nie existirt hatte. Der Präsident verlegte die Grenze in ein Gebiet, über dessen Zugehörigkeit zur Union von der allein kompetenten Stelle absichtlich noch keine Entschließung gefaßt worden war. Aus dieser Usurpation leitete er dann weiter das Recht her, hinsichtlich des fraglichen Gebietes eine Befugniß auszuüben

[1]) Calh.'s Works, V. p. 349.

[2]) „and here he (Shannon) will improve this opportunity to repeat that which he had before communicated to the government of Mexico, to wit, that the United States has not adopted the measure of annexation in any spirit of hostility towards Mexico, and that the United States are anxious to settle all questions which may grow out of this measure, including that of boundaries, in terms the most just and liberal." Niles' Reg. LXVIII. p. 134.

die ihm nur für das Gebiet der Vereinigten Staaten zustand. Die fast unvermeidliche Folge dessen aber mußte ein bewaffneter Zusammenstoß mit Mexico sein, den der Präsident schon jetzt für „Krieg" erklärte. So konnten also die Vereinigten Staaten eines Tages durch einen Krieg mit Mexico als einer vollendeten Thatsache überrascht werden, ohne daß der Kongreß, der allein das Kriegsrecht hatte, ein Wort in den ganzen Handel drein zu reden gehabt hätte.

Man sollte meinen, selbst Polk hätte glauben dürfen, seinem peinlichen Pflichtgefühl genug gethan zu haben, wenn er, trotz seines lebhaften Wunsches den Frieden zu erhalten, alle diese Konsequenzen aus dem Akt des texanischen Kongresses vom 19. Dezember 1836 hergeleitet hatte. Allein die Instruktionen vom 30. August gingen noch einen Schritt weiter. Nicht nur wenn der Krieg erklärt sei, sondern auch wenn Mexico durch die bezeichneten feindseligen Akte einen thatsächlichen Kriegszustand geschaffen habe, sollte Taylor sich nicht unbedingt auf den Schutz von Texas beschränkt ansehen. Fühle er sich stark genug dazu, so solle er über den Rio Grande setzen und sich Matamoras' und anderer Orte bemächtigen [1]). — Diese Weisung erklärt es, warum man für nothwendig gehalten hatte, Taylor verhältnißmäßig so bedeutende Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, obwohl eine Handvoll Texaner bei San Jacinto die Unabhängigkeit von Texas erstritten hatte. Sollte der erste Flintenschuß das Signal zu einem Eroberungskriege sein, dann brauchte man freilich mehr Leute.

Mit der Instruktion vom 30. August kreuzte sich eine Depesche Taylor's vom 6. September, die meldete, daß nach verlässigen Berichten Mexico am Rio Grande keine Rüstungen betreibe und eine Kriegserklärung nicht zu erwarten stehe; er werde fortfahren, sich auf den Krieg vorzubereiten, aber man möge ihm nicht ungebeten Freiwillige

[1]) „In case of war, either declared or made manifest by hostile acts, your main object will be the protection of Texas; but the pursuit of this object will not necessarily confine your action within the territory of Texas. Mexico having thus commenced hostilities, you may, in your discretion, should you have sufficient force, and be in a condition to do so, cross the Rio Grande, disperse or capture the forces assembling to invade Texas, defeat the junction of troops uniting for that purpose, drive them from their positions on either side of that river, and, if deemed practicable and expedient, take and hold possession of Matamoras, and other places in the country. I scarcely need to say that enterprises of this kind are only to be ventured on under circumstances presenting a fair prospect of success." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60. pp. 88, 89.

schicken, da er ihrer wahrscheinlich nicht bedürfen würde [1]). Ein ehemaliger amerikanischer Konsul in Matamoras berichtete Taylor bald darauf ganz in demselben Sinne. General Arista hatte diesem Herrn die feierliche Zusicherung gegeben, daß nur ganz unbedeutende mexicanische Truppenabtheilungen auf das linke Ufer des Rio Grande geschickt werden sollten, um die Indianer im Zaume zu halten und den Schmugglern auf's Handwerk zu passen [2]).

In Washington zweifelte man nicht an der Glaubwürdigkeit dieser Nachrichten. Ganz unabhängig von ihnen waren zur selben Zeit der Präsident und sein Kabinet der Ueberzeugung geworden, daß wenigstens für jetzt weder eine Kriegserklärung noch eine Invasion zu erwarten stehe. Eine Depesche March's vom 16. Oktober an Taylor sprach das unumwunden aus, wiederholte aber trotzdem die Weisung, daß er sich so viel als möglich dem Rio Grande nähern solle [3]). Die drohende Invasion ist jetzt zu „etwaigen Einfallsversuchen" (any attempted incursions) zusammengeschrumpft, die abgewehrt werden sollen, und zwischen den Zeilen scheint der Wunsch hindurchzuschimmern, daß der

[1]) „I have the honor to report that a confidential agent, despatched some days since to Matamoras, has returned, and reports that no extraordinary preparations are going forward there; that the garrison does not seem to have been increased, and that our consul is of opinion there will be no declaration of war. . . . A body of 3,000 men was reported in march to Matamoras, but the information is too vague to merit much confidence. The agent, who is intelligent, and upon whose statements a good deal of reliance may, I think, be safely placed, says that the mass of the people, with whom he mingled, is opposed to a war with us. . . . I shall not relax my exertions to prepare for active operations and a state of war with Mexico. I must express the hope that no militia force will be ordered to join me without my requisition for it. I am entirely confident none will be required. ib. pp. 105, 106.

[2]) J. D. Marks an Taylor, 23. Sept. 1845, China, Mexico: „I . . . am pleased to state to you, that from the opinions and views he (Arista) made known to me, the Cabinet of Mexico is disposed to enter into an amicable arrangement with the United States in relation to the boundary, and all other momentous questions. . . . General Arista pledged his honor to me, that no large body of Mexican troops should cross the left bank of the Rio Grande; that only small parties, not to exceed two hundred men, should be permitted to go as far as the Arrayo Colorado (twenty leagues from the Rio Grande), and that they would be strictly ordered only to prevent Indian depredations and illicit trade." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., App. pp. 155, 156.

[3]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60. pp. 89, 90.

General jede Sendung von Truppen auf das linke Ufer des Rio Grande als „Einfall" ansehen möge [1]). Es ist wenigstens mit keinem Wort mehr von dem Schutz die Rede, auf den die Texaner ein Recht hätten, während allem voran die Erklärung gestellt ist und scharf betont wird, daß „die Regierung der Vereinigten Staaten" — seit wann war der Präsident die Regierung der Vereinigten Staaten geworden? — entschlossen sei, ihren Anspruch auf die Rio Grande-Grenze durchzusetzen. Wie weit ihm das zu gehen gestatte oder gar zur Pflicht mache, sollte Taylor sich selbst sagen. Der Kriegssekretär wünschte eingehende Mittheilungen über seine Ansichten und Absichten und empfahl ihm umfassende Vorbereitungen für alle Eventualitäten, aber auf Instruktionen aus Washington sollte er nicht warten [2]).

Es bedurfte nicht mehr dieser letzten Winke, um Taylor verstehen zu machen, was von ihm gewünscht werde, aber er gab sich nicht dazu her, der Administration die heißen Kastanien aus den Kohlen zu holen. Schon am 4. Oktober hatte er eine Depesche an den Generaladjutanten abgeschickt, in der er rieth, unverzüglich an den Rio Grande vorzugehen, wenn diese Grenze das „Ultimatum" sein solle; sei das aber die Absicht, so solle ihm vom Kriegsdepartement der Befehl zum Vormarsch geschickt werden, da er sich durch seine früheren Instruktionen nicht zu demselben befugt fühle [3]). Diese Haltung war völlig korrekt. Taylor

[1]) Die Union, das Organ der Administration, schreibt am 11. Sept.: „If Arista dares to carry out his braggart threats, if he ventures to cross the Rio Grande with reinforcements to any little armed posts, which the Mexicans may occupy on the east side of the river, General Taylor will attempt to prevent him — blood must flow — war will ensue."

[2]) „You need not, therefore, wait for directions from Washington, to carry out what you may deem proper to be done." — Die nachfolgende Stelle verdient vielleicht auch wörtlich angeführt zu werden. „It is extremely desirable that the sea coast, or at least that part of it which will be likely to be visited by our vessels in aid of any contemplated (!) military operations, should be better known here than it now is."

[3]) „It is with great deference that I make any suggestions on topics which may become matter of delicate negotiation; but if our government, in settling the question of boundary, makes the line of the Rio Grande an ultimatum I cannot doubt that the settlement will be greatly facilitated and hastened by our taking possession at once of one or two suitable points on or quite near that river. Our strength and state of preparation should be displayed in a manner not to be mistaken. However salutary may be the effect produced upon the border people by our presence here, we are too far from the frontier to impress the government of Mexico with our readiness to vindicate, by force of arms, if necessary, our title to the country as far as the

ſtand in ſeiner amtlichen Eigenſchaft kein Urtheil über die politiſche und rechtliche Seite der Frage zu; er hatte ſie lediglich vom militäriſchen Geſichtspunkte aus zu beurtheilen und von dieſem aus war ſein Rath unfraglich richtig. Er konnte aber weder, noch durfte er ſich die politiſche Verantwortlichkeit für den Schritt, der den Krieg faſt zur Gewißheit machte, dadurch zuſchieben laſſen, daß er ihn auf allgemeine und unbeſtimmt ſchillernde Inſtruktionen hin that. Wollte der Präſident, daß der Schritt gethan werde, ſo mußte er durch einen ausdrücklichen und ganz unzweideutigen Befehl die volle Verantwortlichkeit für ihn übernehmen.

Das Kriegsdepartement, ſo viel ſich aus den veröffentlichten Aktenſtücken erſehen läßt, beantwortete dieſe Depeſche mit tiefem und langem Schweigen. Weitere Variationen auf das Thema zu ſchreiben, das man nunmehr ſieben Monate in den Inſtruktionen an Taylor abgehandelt hatte, war offenbar nutzlos. Keinen Augenblick ſtellte man deswegen die energiſchſte Weiterverfolgung des vorgeſteckten Zieles ein, aber ehe man ſich zur Ertheilung des von Taylor geforderten Befehles entſchloß — dem letzten Mittel, zu dem man ja immer noch jeden Augenblick greifen konnte —, wollte man zuſehen, ob das Spiel ſich nicht doch noch nach dem urſprünglichen Plane gewinnen laſſe, obwohl Taylor den ihm zugeſteckten Trumpf nicht ausſpielen wollte.

Schon am 17. September hatte Buchanan den Konſul Black in Mexico beauftragt, bei der mexicaniſchen Regierung anzufragen, ob ſie einen Geſandten (envoy) empfangen wolle, um über „alle" ſchwebenden Streitfragen zu unterhandeln und ihre friedliche Begleichung zu verſuchen. Motivirt wurde dieſer Schritt dadurch, daß Mexico zur Wiederaufnahme der diplomatiſchen Beziehungen geneigt zu ſein ſcheine und der Präſident nach wie vor wünſche, die herzlichſten und freundſchaftlichſten Verhältniſſe zwiſchen den beiden Schweſterrepubliken obwalten zu ſehen. Seiner Pflicht gemäß habe er Anſtalten getroffen, der angedrohten Invaſion mit Erfolg zu begegnen, aber er trachte den Frieden zu erhalten, obwohl er für den Krieg vorbereitet ſei [1]). Aus den letzten Sätzen erhellt, daß das Eintreten der Diplomatie nicht eine

Rio Grande. . . . Mexico having made as yet no positive declaration of war, or committed any overt act of hostilities, I do not feel at liberty, under my instructions, particularly those of July 8, to make a forward movement to the Rio Grande without authority from the War Department." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60. pp. 108, 109.

[1]) ib. p. 12.

Frontveränderung bezeichnete, sondern von Hause aus in dem Operationsplane gelegen hatte. Ehe die Rechte des Unterhändlers einen Traktat darbot, sollte seine Linke auf eine kampfbereite Armee an der Grenze hinweisen können.

Peña y Peña, der Minister des Auswärtigen, antwortete am 15. Oktober auf diese Eröffnung: obgleich Mexico durch das Vorgehen der Vereinigten Staaten in Texas schwere Unbill erleide, sei es bereit, einen Kommissär (commissioner) zu empfangen, „um den gegenwärtigen Streit in friedlicher, vernünftiger und ehrenhafter Weise zu schlichten"; damit es aber nicht den Anschein habe, als handle Mexico unter dem Druck der Gewalt, solle zuvor das vor Vera Cruz liegende Geschwader der Vereinigten Staaten entfernt werden[1]). — Am 9. November traf diese Antwort in Washington ein und Polk sah sie als Annahme seiner Propositionen an. Bereits am folgenden Tag ernannte er John Slidell von Louisiana zum außerordentlichen Gesandten und gab ihm Vollmacht, alle Streitfragen zwischen den beiden Staaten, die der Grenzen eingeschlossen, endgiltig zum Austrag zu bringen[2]).

War Polk jetzt zu der Erkenntniß gelangt, daß die Annexionsresolutionen nicht endgiltig und unwiderruflich im Falle der Einverleibung von Texas den Rio Grande zur Grenze des Unionsgebietes machten? Keineswegs. Sein Standpunkt war genau der gleiche wie in der ersten Stunde. Er hatte immer mit Mexico über die Grenze „unterhandeln" wollen, aber sein „Ultimatum" war jetzt und hatte immer sein sollen, daß Mexico den Vereinigten Staaten jeden Fuß Landes zu überlassen habe, den sie beanspruchten. Wollte es sich dazu nicht bequemen, dann trug es nach Polk's Ansicht selbst die Verantwortlichkeit für die Konsequenzen, und die sollten nicht leicht sein. An ihm wenigstens sollte es nicht liegen, wenn es dann nicht eine schwere Buße dafür zu zahlen hatte, daß es die Lehre von dem Recht des Stärkeren so schlecht begriffen hatte. Von Anfang an hatte er diese Eventualität in's Auge gefaßt, sie als die wahrscheinlichste erkannt und alles zu ihrer besten Ausnutzung vorbereitet.

Der Befehl an Taylor, gegebenen Falles „Matamoras und andere Orte" in seine Gewalt zu bringen, ist allein noch kein zureichender Beweis dafür, daß der Präsident Eroberungen beabsichtigte; die Offensive konnte auch nur als wirksamste Defensive gedacht sein. Schon am

---

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60. pp. 16, 17.

[2]) Statesm.'s Man. III. p. 1560.

11. Juli war Commodore Connor, der das Geschwader im Golf von Mexico befehligte, von Bancroft dahin instruirt worden, daß der Präsident entschlossen sei, durch das energischste Vorgehen Mexico zum Frieden zu zwingen, wenn es den Krieg erklären sollte [1]). Sollte das nun aber heißen: zum Frieden auf der Basis der Rio Grande-Grenze? Die Instruktionen Bancroft's vom 24. Juni an Commodore Sloat, der das Geschwader im Stillen Ozean befehligte, erklärten noch emphatischer, daß der Präsident sehnlichst den Frieden zu erhalten wünsche und sagten dem Commodore streng an, alles zu vermeiden, was die Erfüllung dieses Wunsches gefährden könnte. Wenn er aber sichere Kunde von der Kriegserklärung Mexico's erhalten habe, so solle er sich sofort San Francisco's und anderer Häfen bemächtigen [2]). Handelte es sich nur darum, den Frieden zu erobern, so muß es überraschen, San Francisco so scharf in den Vordergrund gestellt zu sehen, da nach Bancroft's eigenem Zeugniß so gut wie gar kein Zusammenhang zwischen California und Mexico Statt hatte [3]). Die militärische Widerstandsfähigkeit Mexico's konnte daher durch einen Schlag gerade an dieser Stelle am wenigsten beeinträchtigt werden. Allein wenn auch der unmittelbare Schaden, den Mexico durch diese Eroberung erlitt, gar nicht in's Gewicht fiel, so konnte sie doch für die Vereinigten Staaten von unberechenbarem Werthe sein, falls der Krieg nicht nur Mexico zur Anerkennung der Rio Grande-Grenze zwingen sollte. War das der maßgebende Gesichtspunkt der Washingtoner Politik, dann ist die Instruktion verständlich genug. Und in dem Lichte dieser Erwägung versteht man auch ferner leicht, warum Sloat weiter so dringlich empfohlen wurde, in dem genannten Falle „sorgfältig die freundschaftlichsten Be-

---

[1]) „Should Mexico declare war, you will at once dislodge her troops from any post she may have east of the mouth of the Del Norte; take possession of Tampico; and, if your force is sufficient, will take the castle of San Juan d'Ulloa, it being the determination of the President to preserve peace, if possible; and, if war comes, to recover peace by adopting the most prompt and energetic measures." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60. p. 233.

[2]) „The Mexican ports on the Pacific are said to be open and defenceless. If you ascertain with certainty that Mexico has declared war against the United States, you will at once possess yourself of the port of San Francisco, and blockade or occupy such other ports as your force may permit." ib. p. 231.

[3]) „A connexion between California, and even Sonora, and the present government of Mexico, is supposed scarcely to exist." Bancroft an Sloat, 15. Mai 1846; ib. p. 236.

ziehungen mit den Einwohnern zu erhalten und, wo es möglich ist, sie zur Neutralität zu ermuthigen".

Die Instruktion muß in dem Lichte der vorausgegangenen und der nachfolgenden Ereignisse gelesen werden und geschieht das, so kann kein unbefangener Beurtheiler den Vorwurf erheben, daß mit jener Interpretation etwas in sie hineingelegt worden sei, was nicht in ihr enthalten war. Wir erinnern uns, wie Wise von Virginia im April 1842 im Repräsentantenhause erklärte, er würde California einen Platz anweisen, wo alle Macht Englands es nicht erreichen könnte, und wie Commodore Jones im Oktober desselben Jahres das Sternenbanner in Monterey aufpflanzte. Mexico, das durch seine Erfahrungen mit Texas gewitzigt war, verstand diese Zeichen der Zeit zu deuten. Alle Bürger der Vereinigten Staaten in California und den angrenzenden Departements wurden des Landes verwiesen. Als Waddy Thompson, der amerikanische Gesandte, im Dezember 1843 Kenntniß von diesem Befehl erhielt, legte er natürlich Einsprache ein, drang aber mit seinen Vorstellungen erst durch, als er, ohne dazu von seiner Regierung autorisirt zu sein, seine Pässe forderte. Er gestand später ein, daß dieses schroffe Vorgehen ihm einige Gewissensbisse verursacht habe, da er wußte, daß seine Schützlinge eine Wiederholung des Dramas von Texas vorhatten [1]). Damals war das Projekt nicht zur Ausführung gelangt, aber es war nicht aufgegeben, sondern nur auf eine bessere Gelegenheit vertagt und in den Vereinigten Staaten selbst hielt man unverwandt die Blicke auf das schöne Land geheftet. Seit dem Frühling 1845 redeten die annexionslustigen Blätter ganz offen von seiner Erwerbung [2]) und am

[1]) Recollections of Mexico, pp. 227—232. „I confess that in taking the high ground I did, upon the order expelling our people from California, I felt some compunctious visitings; for I had been informed that a plot had been arranged, and was about being developed by the Americans and other foreigners in that department, to re-enact the scenes of Texas."

[2]) Der New Orleans Courier schreibt im Mai: „Information in regard to this favored portion of the globe is eagerly sought after by our citizens, as it is destined ere long to be annexed to the United States." Niles LXVIII. p. 162. — Livermore, The War with Mexico reviewed, pp. 42—50, druckt mehrere Proben solcher Zeitungsartikel ab. — Webster schreibt am 11. März 1845 seinem Sohne Fletcher: „But she (England) will, doubtless, now, take care that Mexico shall not cede California, or any part thereof, to us. You know my opinion to have been, and it now is that the port of San Francisco would be twenty times as valuable to us as all Texas." Webst.'s Priv. Corresp. II. p. 204. — Ich finde in Niles' Reg. LXX. p. 257 (27. Juni 1846), abgedruckt aus dem National Intelligencer, die folgenden merkwürdigen Mittheilungen, hinsicht-

15. Dezember sprach Cass im Senat die Hoffnung aus, daß die Administration sie zu Wege bringen werde [1]).

War diese Bemerkung ein Schuß in's Blaue, der nur ganz zufällig in's Schwarze traf? Cass' Stellung im Senat war eine zu gewichtige, als daß er solche Aeußerungen leichthin machen durfte und bei anderen Gelegenheiten zeigte er sich zu tief eingeweiht in die Politik des Präsidenten, um es unwahrscheinlich erscheinen zu lassen, daß er auch jetzt über die Wünsche und Pläne desselben unterrichtet gewesen sei. Und die Erwerbung von California war zu dieser Zeit Polk bereits nicht mehr nur ein Wunsch, sondern ein fester Plan, der schon in das erste Stadium der Ausführung getreten war. Die Instruktionen Slidell's, deren offizielle Mittheilung der Präsident noch zwei Jahre später dem Repräsentantenhause verweigerte, hatten bald ihren Weg in die Presse gefunden und legten die Politik Polk's ganz unverhüllt zu Tage. Der Präsident glaubte in den alten Schuldforderungen ein vortreffliches Mittel zu haben, um zur Verständigung über die „Grenzfrage" zu gelangen [2]). Mexico hatte hier eine dankenswerthe Gelegenheit, sich endlich

---

lich deren meine sonstigen Quellen mich leider vollständig im Stiche lassen. „We find the subjoined interesting statement in the Washington correspondence of the 'North American'. How far the particulars of the statement may be accurate, we cannot say; but that it was Mr. Webster's purpose, in 1842, under the sanction of the then President, to obtain, by peaceable cession from Mexico, the port of San Francisco, and that this purpose was made known to Lord Ashburton and Lord Aberdeen, and met no opposition in those quarters, we believe to be entirely true. We doubt, however, whether any formal proposition was laid before the committees of the two houses. The state of things in 1842 was not favorable to a united action of the different branches of the government, on such a subject." In der genannten Korrespondenz des North American vom 17. Juni 1846 heißt es: nachdem eine befriedigende Antwort von Lord Aberdeen eingegangen war, „conferences were then held with Mr. Almonte, the Mexican minister. At first he declined to receive the suggestion, but gradually gave way to the weight of argument and inducement which were presented. Finally, Mr. Webster succeeded so far in these informal negotiations as to lay the subject before the committee on foreign relations of the two houses."

[1]) „If this Administration could crown its labor of acquisition . . . by the peaceful annexation of California, it would secure imperishable honor for itself, and would command the lasting gratitude of the whole country." Deb. of Congr. XV. p. 274. — Yancey sagte geradezu: „We are on the point, too, of purchasing the magnificent territory of California." ib. p. 318.

[2]) Fortunately the joint resolution of Congress for annexing Texas to the United States, presents the means of satisfying these claims, in perfect con-

dieser Last zu entledigen und dazu noch ein gutes Stück Geld zu verdienen. Das liberale Anerbieten Polk's war: die Vereinigten Staaten bezahlen selbst die amerikanischen Gläubiger und zahlen Mexico noch $ 5,000,000 für New Mexico, oder Uebernahme der Schulden und Zahlung von $ 25,000,000 für New Mexico und California.

Diese Ausdeutung der Annexionsresolutionen ist vielleicht die glänzendste Leistung der Interpretationskunst, die die ganze Weltgeschichte aufzuweisen hat. Slidell sollte also nicht darüber unterhandeln, ob der Nueces oder der Rio Grande, sondern darüber, ob der Rio Grande oder der Stille Ozean die Grenze sein solle. Wenn Mexico die Sache vom kaufmännischen Gesichtspunkte aus hätte betrachten wollen, so hätte es ja vermuthlich gut gethan, das Anerbieten anzunehmen, denn sicher hatte es nicht viel Aussicht, diese Gebiete auf die Dauer gegen den übermächtigen Nachbar zu behaupten, wenn derselbe einmal entschlossen war, sie an sich zu bringen. Aber Mexico hätte den letzten Schatten von Ehrgefühl verloren haben müssen, wenn es, nachdem es wiederholt erklärt hatte, schon die Annexion von Texas als Kriegserklärung ansehen zu müssen, jetzt noch weitere ungemessene Gebiete freiwillig den Vereinigten Staaten für schnödes Geld überlassen hätte, auch wenn ihm von Polk die hundertfache Summe angeboten worden wäre. Der maßlose, krankhafte Stolz war ja das Einzige, was das unglückliche Volk sich in seinen endlosen Bürgerkriegen unverkümmert erhalten hatte. Viel, sehr viel war es, daß es im Gefühle seiner Ohnmacht sich entschlossen hatte, die Annexion von Texas ruhig hinzunehmen, sich nur den eitelen Trost großer Worte und tönender Proteste gönnend. Und daß es seinem Stolze diesen harten Entschluß abgerungen hatte, ist selbst von fanatischen Südstaatlern zugegeben worden [1]). Aber keine mexica-

---

sistency with the interests as well as the honor of both republics. It has reserved to this government the adjustment 'of all questions of boundary that may arise with other governments'. This question of boundary may therefore be adjusted in such a manner between the two republics as to cast the burden of debt due to American claimants on their own Government, whilst it will do no injury to Mexico." Instruktionen Slidell's vom 10. Nov. 1845. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VIII, No. 69. p. 37, 38.

[1]) „The Mexicans notwithstanding their vaunts and threats, were decided to abandon the territory they regarded as Texas proper, and were prepared to treat for that portion which we regarded as the true boundary. But they, the people, not the government only, were firmly decided not to mix up any less important question with what involved a matter touching their national honor." De Bow, Commercial Review, Ist Ser., Vol. II, p. 21. (Juli 1846).

niſche Regierung konnte auch nur einen einzigen Zoll weiter zurückweichen, denn auch wenn ſie es ſelbſt gewollt hätte, ſie wäre in dem Augenblick unmöglich geworden, da ſie es verſucht hätte.

Unglaublich erſcheint es, daß Polk und ſeine Miniſter den mexicaniſchen Charakter ſo ſchlecht kannten, um hieran ehrlich zweifeln zu können[1]). Und doch war die Sendung Slidell's unſtreitig nicht eine Spiegelfechterei, nur dazu beſtimmt, dem Volke Sand in die Augen zu ſtreuen über die wahren Abſichten des Präſidenten, denn erſtens waren jene Kaufpropoſitionen nicht beſtimmt, dem Publikum bekannt zu werden[2]), und zweitens war Slidell angewieſen viel Nachſicht zu üben,

---

[1]) Buchanan ſagt in ſeinen Inſtruktionen vom 10. Nov. an Slidell: „Your mission is one of the most delicate and important which has ever been confided to a citizen of the United States. The people to whom you will be sent are proverbially jealous; and they have been irritated against the United States by recent events and the intrigues of foreign powers. To conciliate their good will is indispensable to your success. I need not warn you against wounding their national vanity." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VIII. No. 69. p. 42.

[2]) Sie wurden jedoch ſogleich öffentliches Geheimniß und auch unter den beſten Repräſentanten der Preſſe fanden ſich Leute, die naiv genug waren zu glauben, Polk habe das Mittel gefunden, das ſicher und in der beiden Seiten angenehmſten Weiſe das Problem des Streites mit Mexico löſen werde. Niles' Reg. (LXIX. p. 244) ſchreibt im Dez. 1845: „With earnestness from time to time we have urged the adoption of the course now pursued by the administration in relation to these difficulties, and as often expressed the confidence, that if it were adopted the obvious interests of both countries would at once lead to an amicable adjustment . . . . Mexico has every inducement to preserve peace with the United States if she can do so with honor and safety. Her government is heavily in debt to citizens of other countries as well as to the United States, and without the means to meet those obligations. The United States would be exceedingly glad to obtain suitable ports upon the Pacific for the accommodation of her shipping in that sea, and would not hesitate to give a liberal consideration for territory there, which Mexico finds it now exceedingly difficult to retain even a semblance of authority over. No man can shut his eyes to the results of the current of emigration, now but commencing, but which will be as impetuous and overwhelming as has been the wave of emigration for the last century, from east to west, and which no human power could have arrested, and which it would be but folly now to attempt to arrest. The Mexican government cannot fail to appreciate the progress, and would be unwise not to avail itself of a price now, for what in a very short time, would inevitably pass from her control, whether she would or no. That our new envoy to Mexico carried with him instructions of ample scope to embrace the transfer of territory alluded to, and to allow

um nur den großen Zweck seiner Mission zu erreichen[1]). Viel Hoffnung auf Erfolg hat er sich aber doch sicher nicht gemacht und darum hielt er in Texas alles bereit, die Mine springen zu lassen, wenn er mit der Diplomatie nicht zu Strich kam. War diese im Stande ihn an das Ziel zu führen, dann war er es zufrieden; konnte sie es aber nicht, dann war er aber auch unwiderruflich entschlossen, wie der New York Courier sich im Januar 1846 ausdrückte, „die Krisis zu erzwingen"[2]).

Davon wußte jedoch nicht nur das ganze Publikum, sondern auch der Kongreß nichts. Die Ueberzeugung, die Webster in den ersten Tagen der neuen Administration ausgesprochen hatte, daß Polk sich fürchten werde einen Krieg zu provoziren[3]), schien also wenigstens noch immer allen Denen begründet, welche die Erhaltung des Friedens wünschten.

---

a generous consideration for it, we considered beyond doubt, from the moment it was known that he had been appointed."

[1]) „Your instructions direct me to bear and forbear much, for the purpose of promoting the great objects of my mission." Slidell an Buchanan, 17. Dez. 1845. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. 60, p. 25. (1846 ist natürlich ein Druckfehler.)

[2]) „We hope our Government will promptly force our Mexican affairs to a crisis."

[3]) „That Mr. Polk and his cabinet will desire to keep the peace, there is no doubt. The responsibility of having provoked war, by their scheme of annexation, is what they would greatly dread." Webster an Fletcher Webster, Wash., 11. März 1845. Webst.'s Priv. Corresp. II. p. 203.

Fünftes Kapitel.

Zwiſchenſpiele und Zeichen der Zeit.

Joſeph Story, der mit ahnungsvoller Sorge den Gang der Annexionsfrage durch alle ihre Entwickelungsſtadien verfolgte, hatte ſchon am 25. Januar 1845 ſeinem Sohne geſchrieben: „Die gegenwärtige Kriſis wird jedoch bald von dem Volke vergeſſen und vergeben ſein; und wir werden weiter gehen wie es eben gehen mag, bis wir durch irgend eine Konvulſion zu völligem Stillſtande gelangen. Wann das ſein wird, maße ich mir nicht an zu prophezeien; Du magſt es noch erleben[1])." Der große Juriſt täuſchte ſich nicht: jedes Wort dieſer Sätze fand ſeine Erfüllung.

So hoch die Fluth der Erregung gegangen war, ſo raſch ebbten auch die Waſſer zurück, als die Annexionsreſolutionen von beiden Häuſern des Kongreſſes angenommen worden waren. Hier fand man Troſt darin daß, abgeſehen von der Sklavenfrage, die Erwerbung doch gar glänzende Ausſichten für die Zukunft eröffne; dort folgte man dem Zuge des nationalen Temperamentes, das nie viel Gefallen am Rückſchauen findet und lieber dem Heute und Morgen lebt, als ſich um das Geſtern zu grämen; und faſt überall ſah man in den Entſchließungen der geſetzlichen Autoritäten des Landes die unwiderrufliche Entſcheidung der Frage und freute ſich der Ruhe nach dem heißen Kampfe.

Sogar in Maſſachuſetts gewannen die Dinge ſogleich ein weſentlich anderes Ausſehen. Wie die Flammen eines brennenden Hauſes in dem Augenblick ſeines Zuſammenbruches am höchſten zum Himmel

[1]) Jos. Story to William W. Story. Life and Letters of Joseph Story, II. p. 511.

aufschießen, schon im nächsten Moment aber so weit zusammensinken, daß die Neugierigen das Schauspiel als beendigt ansehen und sich zu zerstreuen beginnen, so erklärte die Legislatur allerdings noch, bald nachdem die Annexionsresolutionen die Zustimmung des Präsidenten erhalten hatten, daß sie dieselben nicht als gesetzlich und verbindlich anerkennen könne, aber viele Mitglieder stimmten offenbar nur noch ungern für den von Charles Francis Adams eingebrachten Antrag[1]). Mehrere der hervorragendsten und einflußreichsten Whigs wie Ex-Gouverneur Davis, Winthrop, Abbott Lawrence und Nathan Appleton, versagten ihre Mitwirkung bei der weiteren Agitation gegen die Annexion. Hatte die aggressive Politik der Sklavokratie für kurze Zeit eine konsolidirende Wirkung auf die Partei ausgeübt und hinsichtlich dieser einen Frage sogar die Schranke zwischen ihr und einem Theile der Demokraten mehr oder minder niedergebrochen, so führte sie jetzt zu weiteren Reibungen, die bei dem ohnehin gelockerten Zusammenhange der Partei von nicht geringer Bedeutung waren[2]). Während die konservativeren Elemente besorgt und verstimmt bei Seite traten, näherten sich die entschiedeneren und kampfesfroheren mehr den Abolitionisten. Es begann also nicht nur die Erwartung Story's, daß die große Majorität des Volkes sich bald mit der Thatsache der Annexion abfinden werde, selbst in Massachusetts sogleich in Erfüllung zu gehen, sondern es zeigte sich hier auch sofort, daß die andere Seite seiner Prophezeiung sich gleichfalls bewahrheiten werde, d. h. daß die Ruhe nur trügerisch sein und man neuen und heftigeren Konvulsionen entgegengehen werde.

Das Zurücksinken des Volkes in die Alltagsstimmung mußte natürlich auch die Kampfesweise der kleinen Minorität beeinflussen, die das Feld noch nicht räumen wollte. So ungehalten sie auch über das Wort

---

[1]) Wilson, Hist. of the Rise and Fall of the Slave Power in America, I. p. 636.

[2]) Adams sagte am 21. Oktober auf einer Anti-Texas Konvention: „We fought the battle last year, and lost it; and I will not say why we lost it. But I will say that your own situation is owing to your own party divisions; and I will add that unless you can agree to act together, you will always be defeated in like manner. Look at Massachusetts, divided into I do not know how many parties, and then look at the South, united in all that concerns slavery as the heart of one." ib p. 644. — Story hatte schon am 4. Januar S. Greenleaf geschrieben: „I have been not a little vexed with the division among the Whigs in Boston. It argues ill for our future prospects, and I could ill afford at this moment to have our strength impaired, or union broken." Life and Letters of Jos. Story, II. p. 511.

Appleton's waren, daß es keine gute Politik und eine Vergeudung der Kräfte ſei gegen das Unmögliche anzukämpfen[1]), ſie konnten ſich doch nicht der Erkenntniß verſchließen, daß es wirklich unmöglich ſei, jetzt noch die Annexion zu verhindern. In allen ihren Schritten verrieth ſich daher auch das verlegene und niederdrückende Bewußtſein, daß ihre Streiche Lufthiebe ſeien. Allein nur um ſo kräftiger ſchlugen ſie zu, nur nach und nach die unmittelbar vorliegende konkrete Frage mehr bei Seite ſchiebend und ſich an der Vertheidigung der allgemeinen großen Prinzipien, die ihr zu Grunde lagen, genügen laſſend. Und hinſichtlich dieſer war das Volk nicht in Apathie verfallen. Der lange Kampf über die Annexionsfrage hatte doch manches Auge geöffnet, das bisher mit Blindheit geſchlagen geweſen war, Vielen war der Stachel der politiſchen Herrſchaft des Sklavenhalterintereſſes tiefer in's Fleiſch gedrückt worden, und noch eine größere Zahl entſchuldigte ſich vor ſich ſelbſt durch lauteres und ſchärferes Verurtheilen der Sklaverei „im Prinzip" dafür, daß ſie der Sklavokratie wieder den Sieg gelaſſen oder gar zu demſelben verholfen hatten.

Großen Eindruck machte es, daß jetzt der Sklavokratie in dem eigenen Lager ein Feind erſtand, der den Muth hatte in demſelben das Kreuz gegen ſie mit einer Rückſichtsloſigkeit zu predigen, als ſtünde er in Faneuil Hall. Caſſius M. Clay von Kentucky, ein Verwandter Henry Clay's und ſelbſt Sklavenhalter, war in Yale College, im Gegenſatz zu den zahlreichen „nördlichen Männern mit ſüdlichen Prinzipien", ein ſüdlicher Mann mit nördlichen Prinzipien geworden[2]). Sein politiſches Debut in der Staatslegislatur (1835) war der Antrag, nach dem Muſter des common school Syſtemes der nördlichen Staaten auch in Kentucky ein allgemeines Freiſchulenſyſtem einzuführen, aber er mußte ſich überzeugen, daß der Sumpfboden der Sklaverei dieſes breiteſte und feſteſte Fundament freiheitlicher Inſtitutionen nicht zu tragen vermöge[3]). Den offenen Kampf gegen die Sklaverei eröffnete er jedoch

[1]) „I cannot take part in this Texas movement. For all practical purposes, as far as the people are concerned, I consider the question as settled. I have opposed it, and contributed funds to oppose it so long as there appeared a chance of preventing it. Massachusetts has done her duty, and her senators and representatives will continue to do theirs. Beyond that I cannot think it good policy to waste our efforts upon the impossible." Wilſon, a. a. O. p. 646.

[2]) Er ſelbſt verwahrt ſich freilich einmal gegen dieſe Charakteriſirung, aber ſie iſt trotzdem richtig.

[3]) Drei Jahre ſpäter wurde allerdings ein common school law erlaſſen, aber

erst 1841, als die Verfechter des Sklavenhalterinteresses die Aufhebung des Gesetzes von 1833 forderten, das die Importation von Sklaven in den Staat verbot. Auf dem Boden dieser Frage war er in die Legislatur gewählt worden, obwohl der Gegenkandidat ein talentvoller und sehr reicher junger Mann aus einer der angesehensten Familien und die Zahl der Sklaven in seinem County sehr groß war. Die Gegner hatten jedoch trotzdem keinen Grund deswegen so erstaunt und entsetzt zu thun, denn noch vertrat Clay wirklich sowohl die Interessen der Sklavenhalter wie die des Staates, da der Preis der Sklaven offenbar fallen mußte, wenn die Importation freigegeben wurde. Schalt man ihn auch schon in so drohendem Tone einen Abolitionisten, daß er mit Verachtung die vergeblichen Versuche zurückwies, ihn durch Drohungen oder Bowiemesser einzuschüchtern, so stand er doch noch selbst kaum weniger schroff als seine heftigsten Widersacher den Abolitionisten gegenüber [1]). Nach beiden Seiten hin hielt er sich mit der gleichen Ausschließlichkeit aber auch mit der gleichen Entschiedenheit in der Defensive. Gegen die Abolitionisten trat er für die gesetzlichen Rechte der Sklavenhalter ein und für die ethische Seite der Frage forderte er Gewissensfreiheit; den Sklavenhaltern dagegen suchte er es zu wehren, irgend wie und irgend wo an die Schranken zu rühren, welche Verfassung, Gesetze und öffentliche Meinung der Sklaverei gesetzt hatten, da sie in schlechthin jeder Hinsicht die Entwickelung des Staates schwer beeinträchtige [2]).

Clay erklärt: „Before 1840 I was firmly convinced, that universal education in a slave state was impossible!" The Writings of Cassius Marcellus Clay, edited by H. Greeley, p. 175. Wohl rief er noch 1841 in der Staatslegislatur Calhoun, dem Vertreter von Breckenridge County und Führer der Slavokraten, herausfordernd zu: „Let him tell us again, as we have been told before, that slavery stands in the way of education: let him be consistent: let him bring in a bill, as I am told he threatens to do, to abolish the common school system: let him monopolize the learning as well as the wealth of the country (ib. p. 75); aber im April 1844 muß er klagend bekennen: „To this insignificant minority (von Sklavenhaltern) we have sacrificed common schools — we cannot sustain them." ib. p. 141.

[1]) Noch im Dez. 1843 sagt er: „They (the abolitionists) are few indeed, and deserve, as they receive, the execration of good men in both the north and the south." ib. pp. 87, 88.

[2]) „I am no reformer of governments. I leave slavery where I found it. It is not a matter of conscience with me; I press it not upon the consciences of others; 'let him who formed the heart judge of it alone'. I admit, with the gentleman (Calhoun), the antiquity of slavery, that it has existed from

Eine durchaus ehrliche und tief ſittliche Natur wie Caſſius M. Clay konnte nicht lange auf einem ſolchen Zwitterſtandpunkte verharren. Ein klarer Denker wurde er nie; die treibende Kraft in ihm war und blieb das Gefühl, das auf jede Anregung zu lebhaft reagirte, um ihn nicht oft in ſeinem Denken wie in ſeinem Handeln in grelle Widerſprüche gerathen zu laſſen. Aber vorwärts mußte er, weil der Konflikt zwiſchen Sklaverei und Freiheit ſich unaufhaltſam weiter entwickelte. In dem Kampf gegen die Annexion von Texas ſtand er unter den Erſten und ſeine Kampfesweiſe war danach angethan, ihn zum beſtgehaßten Mann des Südens zu machen. Daß er in Kentucky mit ſeiner leidenſchaftdurchglühten Beredſamkeit dem Volke die Augen darüber zu öffnen ſuchte, daß die Sklaverei das größe Unglück des Südens ſei, hätte man ihm noch am leichteſten verziehen, da man wider Willen den Muth des Mannes anerkennen mußte und glaubte ſeine Denunziationen doch als ziemlich harmloſe Deklamationen anſehen zu dürfen, ſo lange man ihm mit der Frage antworten konnte: Biſt Du denn nicht ſelbſt ein Sklavenhalter? In dem eigenen Hauſe ſagte man ſich ja noch immer ab und an bittere Wahrheiten und machte viel weniger Aufhebens von ihnen als von ungleich harmloſeren Kritiken aus nördlichem Munde. Wohl fand ja jedes ſolche Wort ebenſo ſicher ſeinen Weg in die nördliche Preſſe, als wenn es auf der anderen Seite von Maſon's und Dixon's Linie ausgeſprochen worden wäre, aber man that als dürfe und könne der Norden derartige Familienvertraulichkeiten nicht zu ſeinen Zwecken ausnutzen. Darum erſchien es als eine Art Verrath und ehrlos, daß Clay jetzt die nördlichen Staaten bereiſte und dort vor dem Forum der Fremden und der Feinde mit der gleichen Rückſichtsloſigkeit ſeine Anklagen gegen die Sklaverei und gegen die Sklavokratie erhob. Daß er dabei eifrig für die Wahl Henry Clay's zum Präſidenten agitirte, diente ehr dazu in den Augen der ſüdlichen Whigs, von denen er ſonſt eine nachſichtigere Beurtheilung als von den Demokraten erwarten durfte, ſeine Schuld zu vergrößern als ſie zu vermindern. Auch wenn Henry Clay wirklich ein ſo entſchiedener Gegner der Annexion geweſen wäre, wie ſein Vetter behauptete, und wenn alle ſüdlichen Whigs dieſe Anſichten ihres Führers getheilt hätten, ſo hätte ſein Lob aus ſolchem Munde geſungen ſeiner Sache im Süden doch nur ſchaden können, da

time immemorial to the present day; yet, sir, in all that time I find nothing to comment it as a source of wealth, of glory, or of humanity." The Writings of Cassius Marcellus Clay, edited by H. Greeley, p. 60.

dort nun einmal Cassius M. Clay allgemein für einen Abolitionisten galt[1]).

Sein Maß war nahezu voll, als er nach dem unglücklichen Ausgang der Präsidentenwahl nach Kentucky zurückkehrte. Er aber schlug einen um so höheren Ton an und sein Streitruf hatte jetzt einen ganz anderen Klang in den Ohren seiner Hörer, weil er den Glauben, den seine Lippen bekannten, durch die That bekräftigt und seinen eigenen Sklaven die Freiheit gegeben hatte. Vor dem ganzen „Volke von Kentucky" legte er jetzt in förmlicher Weise sein Glaubensbekenntniß in einer Adresse ab. „Stolz bekenne ich mich den ewigen Feind der Sklaverei" und „Kentucky muß frei sein[2])" — das war in zwei Worten ihr Inhalt. Er wollte sich also nicht mehr daran genügen lassen, an dem einen und anderen Punkt der Sklaverei entgegenzutreten, sondern, was seinen eigenen Staat anlangte, auf der ganzen Linie den Kampf gegen sie eröffnen und nur ihre Vernichtung sollte den Kampf beendigen. Die Sklavokratie konnte diese Kriegserklärung nicht mit ironischem Lachen ignoriren, denn das „und ich will gehört werden", mit dem Garrison vor das Volk getreten war, hatte zu eindringlich gelehrt, was für eine Macht der feste Entschluß eines wahrhaft überzeugten Mannes sei; und zu leicht und zu gut ließ sich die Behauptung Clay's beweisen, daß Kentucky nicht das gleiche Interesse wie die Pflanzerstaaten an der Sklaverei habe und die vierundzwanzig Fünfundzwanzigstel seiner Bevölkerung, die keine Sklavenbesitzer waren, das höchste Interesse an dem Aufhören der Sklaverei hätten, um nicht befürchten zu müssen, daß seine Argumente sich nach und nach Bahn brechen könnten. Als er nunmehr unverweilt an die Verwirklichung seines Programmes ging, zeigte es sich sogleich, daß er nicht Wasser in ein Sieb schöpfe.

Am 3. Juni 1845 erschien in Lexington die erste Nummer des Wochenblattes The True American, das nach dem Prospekt, den Clay vorher veröffentlicht hatte, in maßvoller Sprache auf die allmähliche Abschaffung der Sklaverei in Kentucky durch gesetzliche Mittel hinarbeiten

---

[1]) „Whilst I was battling in the North, in a triangular fight, with Whigs, Abolitionists, and Democrats, for the postulate that 'what the law makes property, is property', and that all good citizens should abide the law, till they can, in a legal and constitutional manner, conform it to their conscientious standard of morality; the Southern press was denouncing me as wishing to employ the army and navy of the United States in the liberation of the slaves." Address to the People of Kentucky, ib. p. 173.

[2]) ib. pp. 174, 183.

ſollte. Schon vor ſeinem Erſcheinen hatte das Blatt in hohem Grade das öffentliche Intereſſe erregt. Mußte es gleich ſeinen erſten Leitartikel den Feinden widmen, die in verſchiedenen Zeitungen jede Diskuſſion der Sklavenfrage denunzirt und ſeine gewaltſame Unterdrückung gefordert hatten[1]), ſo durfte es ſich auf der anderen Seite rühmen, mit etwa 300 Abonnenten in Kentucky und etwa 1700 in anderen Staaten in's Leben zu treten. Wenige Wochen reichten hin, um keinen Zweifel mehr darüber zu erlauben, daß es in kurzer Friſt eine Macht ſein werde. Nicht nur die Zahl ſeiner Abonnenten wuchs mit bedenklicher Geſchwindigkeit, ſondern es begann auch auf andere Zeitungen eine anſteckende Wirkung auszuüben[2]). Das erſchreckte Sklavenhalterintereſſe

---

[1]) Address to the People of Kentucky, ib. p. 213 ff.

[2]) „On the third day of June . . . the True American was issued from the press, having about three hundred subscribers in this state, and about seventeen hundred in the others. On the twelfth day of August, 1845, the last number of this paper was sent to about seven hundred subscribers in Kentucky, and about twenty-seven hundred in the other states of the Union. . . . That my readers in Kentucky should have run up, in this short space of about two months, from three to seven hundred, in the face of all the violence and proscription of the enemies of emancipation, voluntarily, without any agencies, and without the distribution of circulars or papers on my part, is a most extraordinary circumstance. And when we reflect that about twenty persons read the paper of each subscriber — making fourteen thousand readers in Kentucky — it proves beyond all controversy, that the principles and tone of my press were taking a powerful hold upon the mind and affections of the people.

The democratic papers were comparatively silent. The whig press was largely in my favor. The Christian Intelligencer soon raised also the standard of emancipatiou. The people of Louisville had taken the initiatory step for starting a similar paper there. A democratic print of the Green River section — the most pro-slavery part of the state, had copied an article from the True American, showing the ruinous competition of slave labor with that of the whites, and seemed ready to wage a common war. For the first time since the formation of the Constitution of the state was a political party organized for the overthrow of slavery in a legal way; and in the most populous city in the commonwealth a candidate was announced ready to fight the battle upon the stump. A convention of the friends of emancipation was proposed to be held on the fourth day of July, 1846, and met the approval of many able and patriotic citizens. The principal movers in this cause were slaveholders, so also were a majority of the readers of the True American. And the great mass of laborers, who are not habitual readers of newspapers, began to hear, to consider, and to learn their rights, and were preparing to maintain them." ib. p. 302.

beschloß die Giftpflanze zu zertreten, ehe sie zu weit ausgewuchert war. Am 14. August beschloß „eine Anzahl ehrenwerther Bürger" Clay zu „ersuchen", die Publikation seines Blattes einzustellen, da es den Frieden des Gemeinwesens und die Sicherheit der Familien gefährde. Der Ausschuß, der ihm diesen Beschluß mittheilte und in den zwei seiner schlimmsten persönlichen Feinde gewählt worden waren, erklärte ihm, „nicht in der Form einer Drohung zu nahen", aber ermahnte ihn, dabei doch wohl zu bedenken, daß seine eigene Sicherheit von seiner Antwort abhänge[1]). Clay, der so leidend war, daß er kaum die Feder zu führen vermochte, antwortete: „Verräther an den Gesetzen und an der Verfassung können nur von Meuchelmördern, Piraten und Straßenräubern für ehrenwerth gehalten werden ... Ich behandle sie mit der glühenden Verachtung eines muthigen Herzens und eines gesetzestreuen Bürgers. Ich bestreite ihre Macht und biete ihrem Thun Trotz."

Wäre das sein letztes Wort gewesen, so stünde sein Name vielleicht mit gesperrter Schrift in der Geschichte seines Landes, während er jetzt nur gleichsam in einer Anmerkung einen Platz gefunden hat. Appell über Appell erließ er an das Volk und von Tag zu Tage stimmte er seinen Ton mehr herab. Statt einfach auf dem Boden seines gesetzlichen Rechtes stehen zu bleiben, suchte er in peinlicher Breite zu beweisen, daß er gar nicht so schlimm sei als man ihn male und erklärte sich zur Verantwortung vor der Volksversammlung bereit, die seine Gegner auf den 18. August berufen hatten[2]). Er bekannte, daß sein Blatt sich nicht immer der gebührenden Mäßigung und Diskretion befleißigt habe, aber entschuldigte das mit seiner Krankheit und versprach für die Zukunft in den Spalten desselben der Diskussion viel engere Schranken zu setzen. Natürlich machten weder die Entschuldigungen noch die Versprechungen den geringsten Eindruck auf seine Gegner, die sogar den gesinnungstüchtigen Pöbel der umliegenden Landschaft aufgeboten hatten, um die Ausführung ihres Vorhabens vollständig zu sichern. Ein Ausschuß von sechzig Männern, hinter dem ein ungeheurer Volkshaufe stand, forderte dem Mayor der Stadt den Schlüssel von Clay's Offizin ab, den dieser auf einen richterlichen Befehl hin aus-

[1]) Address to the People of Kentucky, ib. p. 290.

[2]) „But to you — a far differently organized body, and a constitutional assemblage of citizens — I feel that it is just and proper that I should answer at your bar." ib. p. 298. Hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit waltete gar kein Unterschied zwischen dieser Versammlung und dem „private caucus" ob, wie Clay die erste Versammlung nennt.

geliefert hatte. Der Mayor absolvirte sein Gewissen durch die Bemerkung, daß die Herren im Begriff ständen, einen gesetzwidrigen Akt zu begehen und übergab ihnen dann den Schlüssel. Alles verlief in der schönsten Ordnung. Der Ausschuß packte die Presse und die Typen des True American ein und schickte sie nach Cincinnati.

Das Blatt war damit nicht vernichtet. Clay blieb in Lexington und fuhr fort es dort zu schreiben und von dort zu datiren, gedruckt aber wurde es hinfort in Cincinnati. Allein sein Zauber war gebrochen. In solchen Kämpfen ist ein Schritt zurück in der kritischen Stunde unwiderruflich verlorenes Terrain. Nichts berechtigt zu der Annahme, daß Furcht Clay zu dem Versuche bestimmt habe, mit seinen Widersachern zu paktiren, obwohl bei seinem dermaligen körperlichen Zustande eine solche Anwandlung von Schwäche erklärlich und verzeihlich gewesen wäre. Die Halbheit seiner Stellung, die Unklarheit seines Denkens und Empfindens hinsichtlich der Sklaverei machten von vorn herein das Bestehen einer solchen Feuerprobe unmöglich. Wohl gab es ja keine Partei, in deren Glaubensbekenntniß hinsichtlich der Sklaverei sich nicht gemäß den thatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen logische Widersprüche fanden; ja es gab nicht einen Mann in der Union, der in voller Klarheit zu der Erkenntniß gelangt war, daß die thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse eine solche Verfilzung von Widersprüchen seien, daß die Lösung der Sklavenfrage nimmermehr durch freie Willensentschließungen des Volkes, sondern nur durch Ereignisse von elementarer Gewalt herbeigeführt werden konnte. Um so mehr aber mußten die Führer in dem Kampf gegen die Sklaverei unverbrüchlich zu ihren Worten stehen, wenn sie das Volk sich nachziehen wollten, denn es galt das Volk aus seinem sittlichen Indifferentismus aufzurütteln, seine hergebrachte Denk- und Handlungsweise wesentlich zu modifiziren und ihm die Opferfreudigkeit zu einem langen, heißen und vorerst fast aussichtslosen Ringen einzuflößen, das auch im besten Falle großes Unbehagen, viel Bitterkeit und empfindliche Schädigung der materiellen Interessen zur Folge haben mußte. Bei dieser nicht klar bewußten, aber doch vag empfundenen allgemeinen Unklarheit war die erste Forderung, welche das Volk an seine Führer stellte, nicht daß es zu jedem Wort ihres Programmes und ihrer Argumentation Ja und Amen sprechen könne. Es war zufrieden, wenn es sich mit der allgemeinen Tendenz derselben in Uebereinstimmung fühlte und eine Kraft der Ueberzeugung aus ihnen sprach, die als starker Stab seinen eigenen ungewissen Schritten Stetigkeit und Festigkeit geben konnte. Wo es eine solche volle Ueberzeugtheit

zu finden glaubte, da war es jetzt bereit, den „Rufern im Streite" lauter zu antworten als diese selbst zu hoffen gewagt hatten. Darin lag die große Bedeutung des kurzen Zwischenspieles in Kentucky, daß die Geschichte des True American bis zum 14. August 1845 sogar in einem Grenzstaate dieses so deutlich zu Tage gelegt hatte.

Noch bedeutsamer war jedoch der Beleg, den einer der nördlichen Staaten fast gleichzeitig dafür lieferte.

New Hampshire, obwohl eine demokratische Hochburg im Norden, hatte gleich Vermont und Massachusetts entschieden Stellung gegen die Annexion von Texas genommen. Als die Nationalkonvention in Baltimore aber anders beschloß und Polk erwählt wurde, da ging die demokratische Partei des Staates mit fliegenden Fahnen zu den Annexionisten über. Von den hervorragenden Politikern blieb nur John P. Hale seinem früheren Bekenntniß treu. Diese Auflehnung gegen die Parteidisziplin wurde sogleich in rücksichtslosester Weise bestraft. Obwohl sich die Partei bereits förmlich für seine Wiederwahl in den Kongreß erklärt hatte, wurde er jetzt von einer eigens zu dem Zwecke berufenen Konvention einstimmig über Bord geworfen und ein anderer Kandidat nominirt. Die große Majorität der Partei folgte natürlich den Führern im Hammelsprung, aber eine Minorität glaubte es ihnen nicht auf's Wort, daß jetzt weiß und süß sei, was gestern noch „schwarz wie Tinte und bitter wie die Hölle" gewesen war. Diese Minorität war stark genug, um das Zustandekommen einer Wahl zu verhindern. In dem nächsten Wahlgange fehlten den Demokraten noch etliche hundert Stimmen mehr an der erforderlichen Majorität. Hale's Platz im Repräsentantenhause blieb während der ganzen Dauer des neunundzwanzigsten Kongresses unbesetzt, er selbst aber erlangte 1846 einen Sitz in der Staatslegislatur, präsidirte den Berathungen des Hauses als Sprecher und wurde im folgenden Jahr zum Bundessenator erwählt; und in demselben Jahr wurde von den verbündeten Whigs und „unabhängigen Demokraten" die Wahl Tuck's, des Führers der Revolte gegen den Spruch der Staatskonvention, in das Repräsentantenhaus durchgesetzt. Diese Koalition hatte einen glänzenden Sieg errungen und von nun ab war New Hampshire in den Kämpfen gegen die Sklavokratie stets im Vordertreffen zu finden. Hale, der selbst geglaubt hatte durch seine Ueberzeugungstreue seiner politischen Laufbahn für immer ein Ziel zu setzen, war zum Lohne für sie auf eine Staffel der Leiter gehoben worden, die er sonst vielleicht nie erreicht haben würde, und die Politiker waren von einer Seite her, von der man es am wenigsten erwartet

hätte, in nachdrücklicher Weise bedeutet worden, daß die Bevölkerung des Nordens, dem Beispiele des Südens folgend, willig zu werden beginne alle anderen Parteiunterschiede gegenüber der Sklavenfrage in den Hintergrund zu drängen.

Nach den bisherigen Erfahrungen stand nicht zu erwarten, daß der Süden diese Lehre beherzigen werde. Bis jetzt hatte jedes Rütteln des Nordens an seinem Joch ihn nur herrischer und anmaßender gemacht und fast immer hatte er dabei seine Rechnung gefunden. Zu derselben Zeit, da der Kampf über die Annexionsfrage seinen Gipfelpunkt erreichte, hatte sich zwischen den beiden Staaten, die auf den entgegengesetzten Seiten die Vorkämpfer waren, ein Streit abgespielt, dessen Verlauf und Ausgang im höchsten Grade die Sklavokratie in dem Glauben bestärken mußte, daß dieses nach wie vor ihre einzig richtige Politik sei.

South Carolina hatte 1820 ein Gesetz erlassen, durch das es sich gegen den übelen Einfluß sicher zu stellen suchte, der auf die Sklaven von freien Farbigen ausgeübt werden könnte, die zur Bemannung der in seine Häfen einlaufenden fremden oder amerikanischen Schiffe gehörten. Im Laufe der Jahre erfuhr das Gesetz einige Modifikationen, aber der Grundcharakter blieb unverändert. So lange das Schiff im Hafen liegt, sind solche Farbige in's Gefängniß zu sperren, — der Kapitän trägt die Kosten der Haft und ist gehalten sie bei seiner Abfahrt wieder mitzunehmen, — thut er das nicht, so muß er eine bedeutende Geldbuße zahlen und hat außerdem eine Gefängnißstrafe von mindestens zwei Monaten zu verbüßen, — die Farbigen werden als Sklaven verkauft, — das waren die wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes, das als Produkt einer demokratischen Republik des neunzehnten Jahrhunderts wohl einen hervorragenden Platz in jeder historischen Kuriositätensammlung verdient.

Schon 1823 wurden 26 Schiffer beim Kongreß gegen diese ungeheuerliche Ausgeburt der auf der Sklaverei basirten Freiheit vorstellig, aber der Kongreß hielt die Sache entweder für zu unwichtig, um sich mit ihr zu beschäftigen, oder er hielt es für klüger, eine so heikele Frage auf sich beruhen zu lassen. Als aber im folgenden Jahre England Beschwerde führte, da forderte der Präsident vom Generalanwalt Wirt ein Gutachten und dieser erklärte das Gesetz für unzweifelhaft verfassungswidrig, da der Kongreß allein das Recht habe, den Handel mit fremden Nationen und zwischen den Staaten zu regeln[1]). Eng-

[1]) „All foreign and domestic vessels complying with the requisitions pre-

liſchen Schiffen gegenüber, die freie Farbige an Bord hatten, drückte South Carolina jetzt ein Auge zu, aber amerikaniſchen Fahrzeugen gegenüber, die ſich in der gleichen Lage befanden, nahm es nicht die geringſte Notiz von dem Gutachten Wirt's. Und nach einigen Jahren wagte es wieder den Verſuch, doch auch England gegenüber das Geſetz zur Ausführung zu bringen. England beſchwerte ſich wiederum und nun forderte Jackſon von ſeinem Generalanwalt, Berrien von Georgia, ein Gutachten, das ſehr anders ausfiel. Wirt war die Frage ſo einfach erſchienen, daß er geglaubt hatte, ſie mit wenigen ſchlichten, aber ſcharf formulirten Sätzen klar legen und entſcheiden zu können. Berrien ſchrieb ein langes Plaidoyer, das mit Geſchick das Klare unklar machte und nicht eine kalte, objektive Unterſuchung der Rechtsfrage, ſondern eine ſchlaue, kleinlich tiftelnde und unaufrichtige Argumentation eines Sachwalters für die Verfaſſungsmäßigkeit des Geſetzes war. Aus jedem Wort ſpricht der Sklavenhalter, dem es — ob unbewußt oder bewußt — ſchlechthin ſelbſtverſtändlich iſt, daß er für das Sklavenhalterintereſſe zu plaidiren hat. Es iſt unbeſtritten, ſagt er, daß die Einzelſtaaten ſich die Polizeihoheit reſervirt haben. Wohl ſtehen ihre Polizeivorſchriften den Bundesgeſetzen nach, aber nur wenn dieſe gemäß der Forderung der Konſtitution „nothwendig" ſind. Kann die Bundesregierung ihre verfaſſungsmäßigen Aufgaben auch durch Geſetze vollſtändig erfüllen, die nicht mit den von den Staaten für nothwendig erachteten Polizeigeſetzen in Konflikt gerathen, ſo iſt ſie verpflichtet ſolche Geſetze zu machen, denn dann ſind Geſetze, die mit den Polizeigeſetzen der Staaten in Konflikt ſtehen, offenbar nicht nothwendig [1]). Alſo das alte

---

scribed by Congress have a right to enter any port of the United States, and a right to remain there, unmolested in vessel or crew, for the peaceful purposes of commerce." Opinions of the Attorneys General, I. p. 660.

[1]) „I repeat the concession, that the powers granted to Congress are supreme. Whatever is indispensable to their plenary exercise, the legislature of the Union has the power to enact, and State legislation must bend beneath its sway. But if the means by which such granted power may be carried into effect are various, and alike efficient; if its exercise in one mode will consist with the unfettered exertion of the reserved powers of the States, while the use of a different means will, by producing a conflict with State legislation, paralyze the reserved rights of those sovereignties — the selection of the former mode becomes, I apprehend, a duty of constitutional obligation. . . . But if, for the purposes of the constitutional grant, the power may be exercised without producing such conflict, the obligation so to exercise it is imperative; because, in this event, the law or regulation which produces such

Raisonnement der radikalen Staatenrechtler, das die Verfassungsmäßigkeit der Bundesgesetze davon abhängig machen will, ob die Staaten sie für nothwendig anerkennen. Der Kongreß darf sich nicht schlechtweg fragen, was für Gesetze „nothwendig und angemessen" zur Regelung des Handels mit fremden Nationen und zwischen den Staaten sind, sondern er hat zuvor zu fragen, was für Polizeigesetze alle die verschiedenen Staaten beliebt haben als nothwendig für ihre Sicherheit zu betrachten und dann zuzusehen, wie er seine Handelsgesetze so einrichten kann, daß sie mit jenen nicht in Widerspruch stehen. Daß dieser Grundsatz zu der absurden Konsequenz führt, daß jeder Staat jeden Augenblick eine Aenderung der Bundesgesetze über den Handel fordern dürfte, um sie einem neuen Polizeigesetz, das er für gut befunden hatte zu erlassen, konform zu machen, das sah Berrien nicht oder wollte er nicht sehen. Er brach das Argument ab, wo es zu unbequemen Schlußfolgerungen zu führen begann und zog es vor die Behauptung aufzustellen, daß South Carolina mit Recht solche freie Farbige für schlimmer als die Pest ansehe und aus dieser Behauptung die Verfassungsmäßigkeit seines Polizeigesetzes zu folgern, da ja die Rechtskräftigkeit der Quarantänevorschriften der Staaten nicht angezweifelt werde[1]).

Es ging Berrien, wie es so oft Leuten geht, die eine schlechte Sache führen: er versuchte zu viel zu beweisen und weckte dadurch nur Zweifel gegen seinen eigenen Glauben an seine ganze Argumentation. Er behauptete, der Farbige Daniel Fraser, den die Reklamation Englands betraf, habe schon nach dem Bundesgesetz, das den Titel führt: „Ein Akt die Importation gewisser Personen in gewisse Staaten zu verhindern, deren Gesetze ihre Zulassung verbieten", gar nicht in den Hafen von Charleston gebracht werden dürfen. Die „gewissen Personen" waren Neger, Mulatten oder andere Farbige, die nicht Eingeborene, Bürger oder registirte Seeleute der Vereinigten Staaten, oder aus

conflict is not necessary, and therefore is not proper to carry that power into effect." Opinions of the Attorneys General, II. pp. 434, 435.

[1]) „Is the right of selfprotection limited to defence against physical pestilence? It would be too revolting to arrogate to the federal government a power which would deny to a State the right of guarding its citizens from the contagion of disease. When the peculiar situation of the slaveholding States is considered, would it be less — nay, would it not be infinetely more — revolting to withhold from them the power of protecting themselves as they may, against the introduction among their colored people of that moral contagion, compared with which physical pestilence, in the utmost imaginable extent of its horrors, would be light and trifling?" ib. II. p. 434.

Ländern jenseit des Kaps der Guten Hoffnung gebürtige Seeleute waren. Berrien erklärte, das Verbot erstrecke sich, mit Ausnahme der aufgezählten Kategorien, auf alle Farbigen, Freie wie Sklaven, und meinte der Gesetzgeber sei sich dessen nachweislich vollkommen bewußt gewesen, da er die ausdrückliche Erklärung hinzugefügt habe, daß Indianer nicht einbegriffen seien[1]). Warum aber aus diesem Proviso irgend etwas anderes erhellen sollte, als daß Indianer im Sinne des Gesetzgebers nicht „Farbige" seien, ist schlechterdings nicht abzusehen. Auch hier wieder leistete Berrien seiner Sache keinen guten Dienst damit, daß er sie in zu günstiges Licht zu stellen suchte. Und in der That stand seine Sache auf den morschesten Stützen, obwohl der Wortlaut des Gesetzes, ganz allein genommen, allerdings seine Interpretation rechtfertigte. Er aber wußte ganz genau, daß in diesem Falle eine solche Interpretation der wahren Absicht des Gesetzgebers nicht entsprach. Warum unterließ er es, das Datum des Gesetzes anzugeben, das für die Erkenntniß dieser Absicht wesentlich war, während er es bei anderen Gesetzen anführte, bei denen es ohne jeden Belang war? Das Gesetz war vom 28. Februar 1803[2]) und sollte lediglich diejenigen Staaten, die es wünschten, schon jetzt vor der Sklavenimportation schützen, die der Kongreß erst vom 1. Januar 1808 ab verbieten durfte. Darum war auch seine ausdrückliche Aufhebung nicht für nöthig gehalten worden, als das allgemeine Verbot in Kraft getreten war. Daß es nicht „Sklaven" sagte, wo es allein Sklaven meinte, und dadurch die Möglichkeit für die von Berrien beliebte Interpretation bot, geschah in Uebereinstimmung mit der Verfassung, in der sich ja das Wort Sklave überhaupt nicht findet und die dem Kongreß untersagte, „vor dem Jahre 1808 die Importation solcher Personen zu verbieten, deren Zulassung einer der bestehenden Staaten für angemessen erachtet". Das wird schon dadurch im höchsten Grade wahrscheinlich, daß der Titel des Aktes nur von „Importation" redet, was zu dem Schluß berechtigt, daß das „bringen", das im Texte noch hinzugefügt wird, nicht in dem weitesten Sinne des Wortes zu verstehen ist. Ganz unzweifelhaft aber machen es die Strafbestimmungen, daß der Gesetzgeber ausschließlich Sklaven im Sinne gehabt hat. Welche fremde Macht hätte es sich ruhig bieten lassen, daß ihre Schiffer nicht nur ein Strafgeld von $ 1000, sondern auch ihr ganzes Schiff verwirkt haben sollten, nur

[1]) Opinions of the Attorneys General, II. p. 441.
[2]) Stat. at L. II. p. 205.

weil sich in dessen Bemannung ein farbiger Matrose oder Küchenjunge befunden hatte und in gewissen amerikanischen Häfen an Land gegangen war[1]). Es war schlimmer als absurd zu behaupten, daß der Kongreß bei Festsetzung dieser Bestimmungen auch an freie Farbige gedacht habe. Nie war der Versuch gemacht worden, das Gesetz bei Uebertretungen in diesem Sinne zum Vollzug zu bringen und auch Berrien hatte nicht die Stirn den Bundesbeamten einen Vorwurf zu machen, weil sie es nicht in diesem Falle gethan hätten.

Dieses Gutachten Berrien's wäre wohl dazu angethan gewesen auf die barbarischen Polizeigesetze South Carolina's und der anderen Sklavenstaaten, die seinem Beispiele folgten, in der nachdrücklichsten Weise die Aufmerksamkeit des Kongresses und des Volkes zu lenken. Allein Jahre verstrichen, ehe die Sache nur überhaupt wieder zur Sprache gebracht wurde und dann hielt es gar schwer, die öffentliche Meinung zu einigem Interesse an ihr aufzustacheln. Einige Abolitionisten brachten sie endlich 1836 vor die Legislatur von Massachusetts, aber erst 1839 machte diese einen schwachen Versuch, den Bitten der Beschwerdeführer Folge zu geben. Sie passirte einige Resolutionen, die gegen diese Gesetze protestirten und den Gouverneur autorisirten sich der farbigen Staatsangehörigen anzunehmen, an denen sie vollstreckt würden. Die betreffenden Sklavenstaaten nahmen nicht die geringste Notiz von diesen Beschlüssen und damit hatte es für drei weitere Jahre sein Bewenden. Durch neue Beschwerden und Petitionen zu abermaligem und schärferem Vorgehen angeregt, autorisirte die Legislatur 1843 den Gouverneur, je einen Agenten nach Charleston und New Orleans zu senden, um sich genau zu unterrichten und womöglich ein richterliches Urtheil über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zu erlangen. Da die vom Gouverneur ernannten Agenten ruhig zu Hause blieben, so mußte der Beschluß im folgenden Jahr erneuert werden. Dieses Mal entzogen sich die Kommissäre nicht der schwierigen Aufgabe.

Am 28. November 1844 langte Samuel Hoar von Concord in Charleston an. Sein Alter, sein Ruf als Jurist, das allgemeine und hohe Ansehen dessen er sich in seinem eigenen Staate erfreute und

---

[1]) Auch schon der Ausdruck „if any such negro ... shall be landed from on board any ships" etc. weist darauf hin, daß es sich nur um Personen handelt, die nicht Herren ihres Willens, d. h. Sklaven sind. — In dem Inhaltsverzeichniß der Stat. at L., das dem offiziellen Titel jedes Gesetzes eine kurze Bezeichnung seiner Materie voraussetzt, heißt es: „Importation of Slaves prohibited when their admission is prohibited by the Laws of States."

namentlich die maßvolle Sachlichkeit und achtungsvolle Würde, mit der er ſich ſeines Auftrages zu entledigen ſuchte, hätten ihm wenn nicht eine zuvorkommende, ſo doch mindeſtens eine durchaus höfliche und reſpektvolle Aufnahme ſichern ſollen. Sogleich theilte er Gouverneur Hammond den Zweck ſeines Kommens mit und den folgenden Tag erſuchte er den Mayor der Stadt, ihm Einſicht in die Aktenſtücke über die Gefangenhaltung von farbigen Seeleuten oder anderen Bürgern von Maſſachuſſets zu geſtatten, um eventuell einige Fälle auszuwählen, die ſich dazu eigneten eine richterliche Entſcheidung über die Rechtskräftigkeit der Geſetze zu extrahiren, über die Maſſachuſetts glaube ſich beſchweren zu dürfen.

Hammond, ein „Feuerfreſſer" der böſeſten Art, unterrichtete ſofort die Legislatur, die mit höchſtem Selbſtgefühl die unvergleichliche Gelegenheit ergriff, der Welt den Beweis zu liefern, daß ſie mit Fug aus dem grauſamen und ſcheußlichen Polizeigeſetz einen Schluß auf den Geiſt ziehen dürfe, der die Geſetzgeber des Staates erfülle. Mit unbeſchämter Stirn erklärte der Ausſchuß des Hauſes die Miſſion Hoar's für „einen Theil eines überlegten und verabredeten Planes die Inſtitutionen der Südſtaaten umzuſtürzen". Das Haus ſtand ſeinem Ausſchuß nicht nach. Mit 119 Stimmen gegen eine paſſirte es eine Anzahl Reſolutionen, die in der Bitte an den Gouverneur gipfelten, Hoar als einen geſtändigen Friedensſtörer aus dem Staate zu jagen[1]). Der Senat beeilte ſich zu zeigen, daß er an Patriotismus und Heroismus dem Hauſe ebenbürtig ſei[2]) und um ſicher doppelt ſicher zu machen, votirte die Legislatur noch ein Geſetz, das gegen die Verwegenen, die mit ähnlichen verbrecheriſchen Abſichten wie Hoar das Gebiet des Staates zu betreten

---

[1]) „Resolved 2nd. That free negroes and persons of color are not citizens of the United States, within the meaning of the Constitution, which confers upon citizens of one state the privileges and immunities of the several states.

Resolved 3d. That the emmissary sent by the State of Massachusetts to the state of South Carolina, with the avowed purpose of interfering with her institutions and disturbing her peace, is to be regarded in the character he has assumed and to be treated accordingly.

Resolved 4th. That his excellency the governor be requested to expel from our territory the said agent, after due notice to depart, and that the legislature will sustain the executive authority in any measure it may adopt for the purpose aforesaid." Niles LXVII. p. 227.

[2]) Niles' Reg. ſagt, die Reſolutionen „were . . . . afterwards concurred in, unanimously, it is believed, by the Senate."

LIBRARY UNIVERSITY CALIFORNIA.

wagten, eine furchtbare Batterie von Geldbußen, Gefängnißstrafen und Verbannung auffuhr [1]).

Die Beamten und Bürger von Charleston zeigten sich der Legislatur durchaus würdig. Der Sheriff bedeutete Hoar, daß die Aufregung der Bevölkerung sein Verweilen in der Stadt höchst gefährlich mache, ließ ihm dann aber seine Bereitwilligkeit aussprechen, sich mit ihm über einen Fall zu verständigen, der dem Oberbundesgericht unterbreitet werden könnte. Dieses Anerbieten, das Hoar bereitwillig angenommen hatte, wurde den nächsten Tag zurückgezogen und die Erklärung wiederholt, daß seine persönliche Sicherheit seine unverweilte Abreise fordere. Allerlei Notabilitäten, die ihn in seinem Hôtel aufsuchten, drangen in ihn diesen guten Rath nicht zurückzuweisen. Sie versicherten mit dem Generalanwalt, daß sie es aufrichtig bedauern würden, wenn das Volk Lynchjustiz an ihm übe, aber erklärten das für unvermeidlich, wenn er die wohlgemeinten Warnungen nicht beherzige. Auf der Straße wurden ihm von unbekannten Individuen die gleichen Rathschläge in derberer Form ertheilt und die Müssiggänger begannen drohende Gruppen in der Nähe des Hôtels zu bilden.

Hoar entgegnete auf alle Warnungen und Drohungen höflich aber bestimmt, daß er von dem Gouverneur von Massachusetts mit einem friedlichen und gesetzlichen Auftrage betraut sei und daß er bleiben werde, bis er alles was in seiner Macht stünde gethan habe, sich desselben zu entledigen. Da alle die öffentlichen Autoritäten und die ganze Bevölkerung einmüthig gegen ihn standen, mußte er sich aber doch bald überzeugen, daß weiterer Widerstand ihn nur einem zwecklosen Martyrium aussetze. Bat doch sogar zuletzt der Wirth seines Gasthauses die Stadtregierung, ihn von dem lästigen Gast zu befreien, der sein Haus in Gefahr bringe. „Mich mit Euch zu schlagen", erklärte Hoar endlich, „wäre Thorheit und zum Laufen bin ich zu alt". Er wahrte das Prinzip, indem er bis zuletzt scharf betonte, daß er nicht gehe, weil er gehen wolle, sondern weil er gehen müsse. Als man ihm aber nur die Wahl ließ, entweder sich selbst in die bereitstehende Kutsche zu setzen, oder sich zu derselben schleppen zu lassen, da ging er. Vielleicht hätte man viel kürzeren und viel schärferen Prozeß mit ihm gemacht, wenn er nicht von einer Tochter begleitet gewesen wäre; wenigstens sagte ihm ein Bankpräsident: „Das ist es, was uns in Verlegenheit setzt".

---

[1]) Das Gesetz ist vollständig abgedruckt bei Niles LXVII. pp. 346, 347.

Hoar schloß seinen Bericht an Gouverneur Briggs[1]) mit den folgenden Sätzen: „Hat die Konstitution der Vereinigten Staaten die geringste praktische Giltigkeit oder bindende Kraft in South Carolina? Es verbietet Rechtsstreitigkeiten vor die Tribunale zu bringen, die von der Verfassung errichtet worden sind um solche Fälle zu entscheiden, in denen ein Bürger von Massachusetts klagt, daß ihm eine Unbill von einem Bürger von South Carolina zugefügt worden sei, denn, sagt es, der Fall sei schon von ihm selbst abgeurtheilt und gegen den Kläger entschieden worden. Es verbietet, nicht nur durch seinen Pöbel, sondern auch durch seine Legislatur, den Aufenthalt eines freien weißen Bürgers von Massachusetts innerhalb der Grenzen von South Carolina, wenn immer es seine Anwesenheit dort für unvereinbar mit seiner Politik hält. Sind die anderen Staaten der Union als die eroberten Provinzen South Carolina's anzusehen?"

Man sollte meinen diese Fragen seien gewichtig genug gewesen, um gebieterisch von den Bundesautoritäten eine peremptorische Antwort zu erheischen. Nach den bisherigen Erfahrungen war jedoch von diesen schlechthin nichts zu erwarten. Im Dezember 1842 hatte Winthrop von Massachusetts dem Repräsentantenhause eine gegen die bezüglichen Gesetze der Sklavenstaaten gerichtete Denkschrift von Bürgern Boston's unterbreitet, die den Kongreß bat, die erforderlichen Maßnahmen zur Abstellung der aus ihnen erwachsenden Belästigungen des Handels und Beeinträchtigungen der allen Bürgern von der Konstitution gewährleisteten Rechte zu ergreifen. Die Sache wurde an den Ausschuß für Handelsangelegenheiten verwiesen, der die Ansicht aussprach, daß allein die Gerichte Abhilfe schaffen könnten, wenn die betreffenden Staaten nicht freiwillig die beanstandeten Gesetze aufhöben[2]). Um jedoch wenigstens einen moralischen Druck auf sie auszuüben, beantragte der Ausschuß in der Form von Resolutionen zu erklären, daß jene Gesetze sich nicht mit dem ausschließlichen Recht des Kongresses „den Handel zu reguliren" vereinbaren ließen und auch mit anderen wesentlichen Bestimmungen der Verfassung in Widerspruch ständen. Das Haus aber beschloß mit großer Majorität, diese Resolutionen auf den Tisch zu legen.

Und auf den Tisch gelegt wurde nun die ganze Sache, nachdem Massachusetts sich die unfruchtbare Genugthuung genommen hatte, einen

[1]) Niles LXVII. pp. 315—317.

[2]) Die Gerichte konnten natürlich nicht aus eigener Initiative vorgehen. Ich vermag aber nicht abzusehen, warum der Kongreß nicht sowohl das Recht wie die praktische Möglichkeit haben sollte, durch ein Gesetz einzugreifen.

feierlichen Protest gegen das Vorgehen South Carolina's in die Welt zu senden. Die Botschaft, mit der Gouverneur Briggs am 6. Januar 1845 den Bericht Hoar's der Legislatur übermittelte[1]), war würdig gehalten, — der von Charles Francis Adams verfaßte Bericht über die Angelegenheit war ein gut geschriebenes Aktenstück, nicht die Leidenschaften entflammend, sondern kühl eindringlich die Thatsachen und das Recht darlegend[2]), — den Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, konnte jeder Freund der Freiheit, der Verfassung und der Gesetzesherrschaft unbedingt zustimmen — aber es waren eben doch nur Worte, Worte und wieder Worte. Story hatte schon in einem Brief vom 4. Januar an Sumner sein Befremden darüber ausgesprochen, daß niemand daran zu denken scheine daß etwas gethan werden müsse[3]). Welcher Art die „Handlungen" sein sollten, die er für nothwendig hielt, wissen wir nicht, und der Geschichtsschreiber ist nicht verpflichtet eine Antwort auf die vielleicht überhaupt nicht zu beantwortende Frage zu suchen, was Massachusetts außer dem was es that noch hätte thun können. Das ändert aber nichts an der Thatsache, daß Massachusetts nur einen papierenen Protest in die Geschichtsakten des Landes eingetragen hatte, während South Carolina ihm nicht die geringste Genugthuung für die angethane Schmach gab und seine verfassungswidrigen Gesetze[4]) in Kraft blieben, die Bundesautoritäten mit verschränkten

---

[1]) Niles LXVII. pp. 314, 315.

[2]) ib. LXVII. pp. 394—398. — Story urtheilt über den Bericht wie folgt: „The declaration report on the South Carolina conduct may be well enough, but it does not satisfy me. I wished it to be full of dignity, but full of spirit; I find it somewhat too cold, and too courtly." Life and Letters of Jos. Story, II. p. 514.

[3]) „What think you of the conduct of South Carolina with respect to Mr. Hoar? I observe all the Boston newspapers are silent, and no one seems to think that any thing is to be done. The subject deserves very calm, but at the same time very resolute deliberations and actions." ib. II. pp. 519, 520.

[4]) Das Oberbundesgericht hat nie ein Urtheil über die Verfassungsmäßigkeit dieser und ähnlicher „Polizeigesetze" der Staaten abzugeben gehabt, aber es liegen so viele andere richterliche Entscheidungen im Sinne der von mir vertretenen Ansicht vor, daß die Frage jetzt wohl nicht mehr als eine offene angesehen werden darf. Der wesentliche Inhalt dieser Entscheidungen findet sich kurz angegeben bei Bump, Notes of Constitutional Decisions pp. 29, 37, 40, 49, 50. Der Leser kann leicht aus den genannten Seiten die hier in Frage kommenden Fälle herausfinden. Noch kürzer und nicht ganz so vollständig sind die Angaben bei Desty, The Constitution of the U. St. pp. 71, 72.

Armen zuschauten und das Volk zur Tagesordnung überging, nachdem es sich an den Zeitungsartikeln über den sensationellen Zwischenfall satt gelesen hatte [1]).

Wie kann man sich wundern, daß die Sklavokratie immer mehr in den Wahn verfiel dem Norden schlechthin Alles bieten zu können, wenn er sich durch solche Anmaßungen und Insulten nicht aufrütteln ließ. Fragen, über die früher heiß gestritten worden war, wurden jetzt fast ohne allen Kampf im Sinne des Südens erledigt. Daß neue freie Staaten nur gleichzeitig mit neuen Sklavenstaaten in die Union aufgenommen werden dürften, erschien bereits selbstverständlich, wenigstens so lange man noch Sklavereigebiet zur Verfügung hatte. Freilich stand man auch da vor der Schwierigkeit, daß die freien Territorien sich ungleich viel rascher entwickelten, aber über diese Verlegenheit half man sich einfach dadurch hinweg, daß man die Bedingungen nichtachtete, an die die Berechtigung der Territorien die Zulassung als Staaten zu verlangen, geknüpft worden war. Iowa hatte sich im Oktober 1844 eine Staatsverfassung gegeben und es lag gar kein Grund vor, ihm die Aufnahme unter derselben zu verweigern. Nur ein Gefährte mußte ihm südlich von Mason's und Dixon's Linie gefunden werden. Da griff man denn zu Florida. Wohl hatte seine Bevölkerung noch lange nicht die erforderliche Ziffer erreicht und seine Applikation um Zulassung als Staat datirte aus dem Jahre 1839. Außerdem verbot der Verfassungsentwurf vom 11. Januar 1839, unter dem Florida als Staat aufgenommen werden wollte, die Emanzipation von Sklaven durch die Legislatur und autorisirte diese, die Einwanderung von Farbigen zu verbieten. Die erste Bestimmung erschien einem großen Theil der nordstaatlichen Bevölkerung eine Ungeheuerlichkeit und die Verfassungsmäßigkeit der zweiten war mindestens streitig [2]). Trotzdem wurden die beiden

[1]) Dem nach New Orleans geschickten Agenten Hubbard ging es ganz ähnlich wie Hoar in Charleston. cfr. Niles LXVII. pp. 346, 398, 399.

[2]) Art. IV, Sect. 2, § 1 der Verfassung lautet: „The citizens of each State shall be entitled to all Privileges and Immunities of Citizens in the several States." Hurd, The Law of Freedom and Bondage in the United States II. p. 279 bemerkt zu dieser Bestimmung: „The State statutes prohibiting the immigration of free blacks have been enumerated, and the cases noted in which the question of their validity, in view of this clause, has been discussed. (Die Anmerkung auf derselben Seite gibt genau an, wo das geschehen ist.) So far as judicial opinion has been expressed on the question, it seems almost unanimous that these laws would be unconstitutional, were negroes to be held citizens of a State in view of this provision, and also that negroes

Territorien, die nichts mit einander gemein hatten, in einer Bill ver-

are not such citizens." Allein ein Urtheil des Oberbundesgerichtes über die Frage lag zur Zeit nicht vor, und mir scheint nicht nur die Verfassung gar keinen Anhalt für die letztere Behauptung zu bieten, sondern es ist auch ganz unbestreitbar, daß der Kongreß bisher der gegentheiligen Ansicht gewesen war. Alle Parteien hatten zu allen Zeiten darin übereingestimmt, daß die Bundesgewalten nur diejenigen Befugnisse hätten, die ihnen in der Verfassung verliehen worden waren. Wo aber war ihnen die Befugniß verliehen zu bestimmen, wer Staatenbürger sein solle? Und stand ihnen diese Befugniß nicht zu, dann hatten sie offenbar auch nicht das Recht darüber zu entscheiden, wer Staatenbürger sei, sondern sie hatten jeden als solchen anzuerkennen, dem die einzelnen Staaten ihre resp. Bürgerschaft zuerkannten. Die Verfassung weiß nichts von zwei Klassen von Staatenbürgern, von Staatenbürgern „im Sinne der Konstitution" und von solchen außerhalb des Sinnes oder gar gegen den Sinn der Konstitution; sie kennt nur schlechtweg „die Bürger eines jeden Staates". Ob in der angeführten Verfassungsbestimmung das Wort „citizens", wo es zum zweiten Male gebraucht wird, gleichfalls Staatenbürger oder Bürger der Vereinigten Staaten heißt oder die beiden Eigenschaften umfaßt, wird vielleicht an anderer Stelle zu untersuchen sein; hier genügt es zu zeigen, daß der Kongreß es ebenfalls dort wenigstens auch im ersteren Sinne verstanden hat.

Hurd (p. 280) sagt weiter: „The resolution of Congress, March 2, 1821, providing for the admission of the State of Missouri on a certain condition, has sometimes been referred to as a recognition, by Congress, of free blacks as citizens under this provision. But it is certainly nothing more than an affirmance or recognition of the provision in the Constitution as it stands, without determining either the personal extent of the terms 'citizens of each State', or the nature of the privileges and immunities to which they are entitled under it." Ich weiß nicht, wodurch der gediegene Forscher sich genöthigt geglaubt hat, ausschließlich den Wortlaut jener Resolution in's Auge zu fassen und ihre Geschichte ganz übersehen zu müssen. Meiner Ansicht nach hat er dadurch den wahren Sachverhalt in falsches Licht gestellt. Außerdem aber wird seine Interpretation offenbar auch nicht einmal dem Wortlaute der Resolution gerecht. Art. III, Sect. 26, § 4 der Konstitution von Missouri verpflichtete die Legislatur Gesetze zu erlassen: 1. „To prevent free negroes and mulattoes from coming to and settling in this state under any pretext whatsoever." Wohl hatten, wie wir früher (Verfassung und Demokratie pp. 327—329) gesehen haben, diejenigen nicht durchdringen können, welche die Streichung dieser Klausel als verfassungswidrig gefordert hatten. Sie hatten sich mit einem „Kompromiß" abfinden lassen, d. h. den endgiltigen Austrag der Rechtsfrage, soweit ein solcher durch den Kongreß möglich war, vertagt. Allein trotzdem sagt die Resolution in ganz unzweifelhafter Weise, wie die Majorität des Kongresses über die Frage dachte. Die Aufnahme von Missouri wird beschlossen „upon the fundamental condition", daß die erwähnte Klausel „shall never be construed to authorize the passage of any law, and that no law shall be passed in conformity thereto, by which any citizen, of either of the states of this Union, shall be excluded from the enjoyment of any of the privileges and immunities to which such citizen is entitled under

koppelt [1]): um Eintritt in die Union zu erhalten, mußte das freie jugendstarke Iowa sich das durch die Sklaverei in seinen Kinderschuhen alternde Florida auf den Rücken schnallen lassen. Der Territorialdelegat Levy stattete den Dank Florida's für diesen Dienst durch wüthende Deklamationen gegen den Norden und die Abolitionisten ab und war sehr ungehalten darüber, daß man nicht auch noch die Verpflichtung einging, wenn die weiße Bevölkerung östlich vom Suwanee Fluß 35,000 Köpfe zähle, diesen Theil als besonderen Staat zuzulassen [2]).

Im Repräsentantenhause war die Iowa-Florida Bill mit 145 gegen 34 Stimmen passirt worden und die Debatten über sie waren weder lang gewesen, noch hatten sie in dem Kongreß oder außerhalb desselben lebhaftes Interesse erregt. Es bedurfte stärkerer Reizungen, um einen merkbaren Effekt auf die stumpf gewordenen Nerven auszuüben. Es waren auch nicht die einzelnen hervorstechenden Manifestationen des Uebermuthes der Sklavokratie und ihre Triumphe in den gerade jetzt zum Austrag kommenden Fragen, die den einsichtigen Patrioten vornehmlich mit Besorgniß erfüllen mußten. Weit schlimmer war es, daß die allgemeinen Bedingungen immer günstiger wurden für immer neue und immer größere Siege derselben; und das Schlimmste war, daß man das nicht sah oder doch weitaus nicht in dem gebührenden Maße würdigte.

---

the constitution of the United States." (Stat. at L. III. p. 645.) Das any, das ich durch gesperrten Druck hervorgehoben habe, beweist, daß nach Ansicht des Kongresses die angeführte Bestimmung der Bundesverfassung von allen Staatenbürgern redet; in mehreren Staaten, wie in Massachusetts und New York, waren aber freie Farbige ausdrücklich als Bürger anerkannt Und wenn die Resolution auch allerdings absichtlich nichts darüber sagt, worin die gewährleisteten „privileges and immunities" bestünden, so liegt es doch andererseits auf der Hand, daß nach Ansicht der Majorität des Kongresses das Recht des Aufenthaltes und der Niederlassung in jedem Staate zu ihnen gehörte, denn nur unter dieser Voraussetzung hatte das ganze Proviso irgend einen Sinn; demnach hätte also Missouri nur solchen freien Negern und Mulatten sein Territorium verschließen dürfen, die nicht Bürger eines Staates waren. Und endlich war schon lange vor dem Missouri Kompromiß in einem Bundesgesetze ausdrücklich anerkannt worden, daß Farbige Bürger der Vereinigten Staaten, a fortiori also auch Staatenbürger „im Sinne der Konstitution" sein konnten. In dem oben besprochenen Gesetz von 1803 gegen die Importation von Farbigen in gewissen Staaten ist ausgenommen jeder Farbige „not being a native, a citizen, or registered seaman of the United States".

[1]) Stat. at L. V. pp. 742, 743.

[2]) Mem. of J. Q. Adams, XII. p. 167.

Die ersten Monate von Polk's Präsidentschaft waren äußerlich eine Zeit der Ruhe für die große Politik. Was in der mexicanisch-texanischen Frage hinter den Coulissen vorging, davon wußte das Volk nichts, in der Oregon-Frage erwartete es nichts entscheidendes vor dem Zusammentritt des Kongresses und die Fragen der Wirthschaftspolitik konnten natürlich erst nach demselben in Fluß kommen. So herrschte denn nur in den Kreisen der berufsmäßigen Politiker der siegreichen Partei reges Leben, aber sie beschäftigten sich nicht mit den politischen Problemen der nächsten Zukunft, sondern mit der wichtigsten aller Fragen — mit der Vertheilung der Beute. So sehr man auch schon daran gewöhnt war, daß ein Wechsel in der Präsidentschaft für die Bundesbeamten ein Herbstwind war, der die dürren Blätter von den Bäumen schüttelt, über die Rücksichtslosigkeit war man doch erstaunt und erbittert, mit der jetzt unter ihnen aufgeräumt wurde[1]). Man erzählte sich, die Hälfte des Kabinets hätte eine andere Politik vorgezogen, aber der Präsident hätte den Ausschlag für das Proskriptionssystem gegeben[2]). Doch auch wenn man den Tisch bis auf den letzten Sitz frei gemacht hätte, würde man nur für ein Zehntel der Hungrigen Platz gefunden haben, die ihn von allen Seiten umdrängten und alle den besten Anspruch auf einen Sitz zu haben meinten[3]). Gerade darin

[1]) Adams schreibt den 29. März 1845 in sein Tagebuch: „the city is in an uproar at the system of proscription from Executive offices upon which President Polk has commenced, and which threatens to be far more extensive than any that has ever before been carried through." ib. XII. p. 188.

[2]) „The rumors now are that Polk has consulted his cabinet on the principle of political proscription; that Buchanan, Walker, and Mason were against it, Marcy, Bancroft, and Cave Johnson for it, and that Polk himself decided for the turn-out." ib. XII. p. 187.

[3]) The Democratic Review, Sept. 1845, p. 164 sagt, bis zum 1. August seien 4000 Applikationen für Stellen im Zollhause von New York gemacht worden, das überhaupt nur 460 Beamte zählte. „If the same proportion should maintain throughout, there would be at the present time about 800,000 Democrats actively engaged in impressing upon those in whose hands are the issues of political favor, the great advantage which the State would derive from securing, with the least possible delay, their valuable co-operation." — Marcy soll einst einem Aemtersucher gesagt haben: „Mr. Scott, for every bough of the top of the tree of appointments — for the missions plenipotentiary, for example — there are about one hundred applicants; for the middle boughs of the chargéships, there are about three hundred applicants; and for the lower limbs of the consulships, there are about one thousand applicants. Those who are tired of holding on to the upper boughs of expectancy hope to catch

aber hat man öfters das Gegengift sehen wollen, welches das Gift des Proskriptionssystems in sich selbst enthalte. Die Politiker, hat man gesagt, die in den Spolien die Basis ihrer Macht suchten, schlügen sich mit ihren eigenen Ruthen, da auf jeden belohnten Anhänger neun enttäuschte kämen, die sich in Gegner verwandelten, während jener in der Regel auch noch murre, weil er seine Verdienste zu schlecht bezahlt glaube. Die Erfahrung jedoch hat diese Anschauung als völlig haltlos erwiesen. Ein Theil der Enttäuschten gibt es auf sich als Zugpferd an den Parteikarren zu schirren, um ein Plätzchen an der Staatsraufe zu gewinnen, und ein anderer Theil tritt wohl aus der persönlichen Gefolgschaft des Chefs dem die Enttäuschung zur Last gelegt wird, aber mit nur sehr seltenen Ausnahmen bleiben diese wie jene der Partei treu, es sei denn, daß gerade ein allgemeiner Zersetzungs- und Neubildungsprozeß der Parteiverhältnisse sich vollzieht. Die hauptsächlichste Wirkung der zahlreichen Enttäuschungen ist jedoch, daß die Aemtersüchtigen um so energischer und um so rücksichtsloser in jeder erdenklichen Weise für die Interessen der Partei und der Parteichefs arbeiten, um bei der nächsten Spolienvertheilung einen größeren Anspruch als ihre unzähligen Mitbewerber auf Berücksichtigung zu haben. Die Folge davon aber ist, daß die Parteien immer mehr Gefahr laufen, nicht das Staats-, sondern das Parteiinteresse zur obersten Rücksicht ihrer Politik zu machen, — daß die Parteipolitik mit wachsender Unskrupulosität betrieben wird, bis die politische Moral der Politiker eine Gestalt gewinnt, die das Licht ihrer eigenen bürgerlichen Moral absolut nicht mehr vertragen kann, — daß die politische Moral der Politiker die politische Moral des Volkes infizirt, bis endlich auch gewisse Seiten der bürgerlichen Moral durch die Korrumpirung der politischen Moral zu kranken beginnen, — daß die Politik zu einem zünftigen Gewerbe wird und die gewerbsmäßigen Politiker die politische Selbstthätigkeit des Volkes immer mehr zu einem Schein ohne Wesenheit machen.

Das waren Thatsachen, die man nicht erst jetzt zu entdecken begann. So oft war mit scharfem Finger auf sie hingewiesen worden, daß, als sie im Mai 1846 wieder im Senat zur Sprache gebracht wurden, die Debatten nur wenig Zeit erforderten und eindruckslos an dem Volke vorübergingen, weil ja nur gesagt wurde, was man schon bis zum

upon the places of the chargéships, if they fail to get the highest; and those disappointed in obtaining the chargéships hope to catch on the limbs below them ... making the chance of a consulship about as 1398 to 1." Wise, Seven Decades of the Union. p. 236.

Ueberdruß gehört hatte. Sevier von Arkansas sprach ironisch sein Befremden darüber aus, daß man nach jedem Präsidentenwechsel die Frage der Aemterentsetzung aufgetischt erhielte[1]). Er irrte sich aber doch gar sehr, wenn er meinte, daß die Klagen ihren Ursprung lediglich in dem Verdruß der Opposition darüber hätten, daß sie nicht an dem vollen Napf sitze, sondern das Zusehen habe. Als Calhoun 1836, also in dem letzten Jahre der Administration Jackson's, dem Uebel dadurch steuern wollte, daß der Präsident hinfort gehalten sein sollte bei jeder Amtsentsetzung dem Senat seine Gründe für dieselbe mitzutheilen, da nahm der Senat seine Bill mit 31 gegen 16 Stimmen an, und man braucht gar nicht erst die Namensliste nachzulesen, um sich zu überzeugen, daß das kein Parteivotum war, denn das erhellt schon aus dem Zahlenverhältniß[2]). Daß damals und auch jetzt wieder gerade dieses Mittel vorgeschlagen wurde, zeigt freilich sowohl daß die Haltung des Senates durch das eigene Machtinteresse mitbestimmt wurde[3]), als auch daß er noch viel zu sehr im Unklaren über das tiefere Wesen des Uebels war, um die richtigen Heilmittel finden zu können. In vielen Fällen wäre durch eine solche Bestimmung die für die Verwaltung verantwortliche Exekutive behindert und die Verwaltung beeinträchtigt worden, aber die Parteipolitik wäre keineswegs aus der Aemterfrage verbannt worden[4]). Allein das war von einigen der hervorragenden Staatsmänner doch schon ganz klar erkannt worden, daß dieses Problem im Laufe der Zeit zu einer Lebensfrage der Republik werden müsse.

So schlimm es auch war, daß alle vier Jahre ein immer größer werdender Prozentsatz der Bundesbeamten, ohne jede Rücksicht darauf wie sie ihres Amtes gewartet hatten, vor die Thüre gewiesen wurden, um ganz ungeschulten Leuten Platz zu machen, das war an sich ver-

---

[1]) Mr. Sevier thought it very strange that, about the first session of every Administration, they were favored with that old question about removal from office." Deb. of Congr. XV. p. 516.

[2]) Calh.'s Works, IV. p. 293.

[3]) Calhoun, Webster, Clay und viele Andere waren der Ansicht, daß eine solche Bestimmung der Theilhaberschaft des Senates an dem Recht der Besetzung der Bundesämter nur die Ausdehnung geben würde, die sie nach der richtigen Interpretation der Verfassung von Anfang an hätte haben sollen. Ihrer Ansicht nach war es nicht nur politisch unklug, sondern auch der wahren Absicht der Verfassung zuwider gewesen, daß der erste Kongreß dem Präsidenten allein das Absetzungsrecht zugesprochen hatte.

[4]) Die Geschichte der Tenure of Office Bill hat das später zur Genüge bewiesen.

gleichsweise doch nur ein geringer Uebelstand. Das ungleich Schlimmere war, daß dieser vierjährige Beamtenwechsel immer mehr zum Angelpunkt der ganzen Politik wurde. Die Präsidentenwahl war nach und nach in dem Maße die Frage des nationalen politischen Lebens geworden, daß die muthmaßliche Einwirkung jeder Entschließung auf sie eine ständige Erwägung in der ganzen Gesetzgebung bildete und je näher die Wahl heranrückte, desto häufiger die maßgebende Rücksicht wurde. Die Politiker aber hatten sich durch die unverantwortlichen außerkonstitutionellen Nominationskonventionen der Ernennung der Parteikandidaten bemächtigt und ihnen war der beste Mann, wer die meisten Aussichten hatte erwählt zu werden, denn ihr vornehmstes Interesse war die Sicherung der Spolien[1]). Die eigentlichen Leiter der Partei hatten natürlich meist wirkliche politische Ueberzeugungen und, so weit sie aus persönlichem Interesse handelten, wurden sie von der höheren Leidenschaft des Ehrgeizes getrieben. Allein sie brauchten die Brode und Fische, um diejenigen abzulohnen, die um deren willen die Rolle der Räder und Walzen in der Parteimaschine übernommen hatten. Das Spoliensystem hatte sie von diesen obskuren Elementen abhängig gemacht und je unentbehrlicher dieselben wurden, desto geringer wurde auch die geistige und sittliche Durchschnittsqualität der Leiter. Die verlässigsten und geschicktesten Leiter der Parteimaschine wurden die politischen Größen und je mehr sie das Heft in die Hand bekamen, desto mehr trat das leere Klappern, das ideenbare Umwirbeln und das prinzipienlose Geschaffe der Parteimaschine an die Stelle wahrer Politik. Man drehte sich in einem ewigen circulus vitiosus und mit jeder neuen Umdrehung wurde seine Peripherie weiter und die Drehungsgeschwindigkeit größer. Jetzt war man schon so weit, daß die besten Männer des Volkes glaubten — und zum Theil wahrscheinlich mit Recht — eine Frage von der überschattenden Wichtigkeit wie die Annexion von Texas sei dadurch entschieden worden, daß Kongreßmitglieder sich durch die schmutzig-

---

[1]) „.. the principle has extended and extended till, literally, our Government has become a government of spoils. Your presidential elections are governed by it. . . . The Presidential election is no longer a struggle for great principles, but only a great struggle as to who shall have the spoils of office. Look at the machinery? A convention nominates the President, — in which, not unfrequently, many of the representatives of the States join in a general understanding to divide the office amongst themselves and their friends. And thus they make a President who has no voice at all in the selection of officers!" Calh.'s Works, IV. pp. 296, 302.

ſten Mittel von der herrſchenden Partei hätten gewinnen laſſen[1]). Und ein Mann wie Kanzler Kent war der Anſicht, daß die Geſellſchaft von Politikern, die mit Polk an das Ruder gelangt war, alle ihre Vorgänger noch an Unwürdigkeit und Verächtlichkeit übertreffe[2]). Das Schlimmſte aber war, daß es immer ſchlimmer werden mußte.

Von einem Umſchwunge in den Parteiverhältniſſen konnte, auch wenn man die bisher gemachten Erfahrungen ganz außer Betracht ließ, ſelbſtverſtändlich keine weſentliche Aenderung zum Beſſeren erwartet werden, denn der graduelle Unterſchied in der Moralität der Parteien war, wie hoch man ihn auch immer anſchlagen mochte, doch nur ein untergeordnetes Moment. Nur durch eine Aenderung des Syſtemes, das beide Parteien adoptirt hatten und das zum Theil ſogar geſetzlich ſanktionirt und fixirt worden war, konnte Abhilfe geſchafft werden, das Syſtem aber wurzelte ſich immer feſter ein und wurde mit voller Zweckbewußtheit ſyſtematiſch immer weiter ausgebildet. Dem Satz, daß den Siegern die Spolien gehörten, wurde immer häufiger und unter immer ſchärferer Betonung der andere, mindeſtens ebenſo verhängnißvolle Satz an die Seite geſtellt, daß der beſtändige Wechſel in allen öffentlichen Aemtern ein Poſtulat der republikaniſchen Staatsform und des demokratiſchen Prinzipes ſei. Die Adminiſtration gab vor bei den maſſenhaften Entlaſſungen von Beamten zum Theil von dieſem Grundſatze geleitet zu ſein[3]) und im Senat pries Allen von Ohio ihn in längerer,

[1]) Story ſchreibt den 25. Jan. 1845 ſeinem Sohne William: „As usual the Northern and Middle States will be divided; the South will unite. Pray, do not ask me how all these things are brought about. I should blush to put on paper what my belief is. There are ample means to accomplish any ends in power and patronage, 'etc. etc. etc.' and Lord Coke has told us that, 'etc. etc.' are signs full of meaning in the law. I think they have a still more pregnant meaning out of the law.

This government is becoming daily more and more corrupt; and the decline and fall of the American Republic will not be less a matter of history in an age or two at farthest, than that of other republics whose fate is recorded in past annals." Life and Letters of Jos. Story, II. p. 510.

[2]) „I am quite distressed in my forebodings of the future. I think we have at Washington the meanest party hacks and tools that ever were doomed to curse a republic." Chancellor Kent to Mr. Webster, Nov. 11, 1845. Webst.'s Priv. Corresp. II. p. 212.

[3]) „He (Gales) spoke of the multitudes of removals from public offices, the besom sweeping at the present time without remorse, and being for the first time avowedly founded not only upon the principle of dismissing political enemies and providing for friends, but for the further purpose of official rotation." Mem. of J. Q. Adams, XII. p. 190.

feuriger Rede als das grundliegende Prinzip der amerikanischen Staatsidee[1]). Das Volk hat ein Recht auf alle Aemter und Ehren, — das Volk ist die alleinige Quelle aller Macht und muß es bleiben, — das Volk kann keine privilegirte Klasse von Beamten dulden, die sich bald unabhängig fühlen und das Volk verachten würden — das waren Argumente, die dem „Volk" unwiderleglich schienen. Wenn Calhoun darauf entgegnete, die „Rotation" der Aemter nach dem Spolienspsteme sei nicht eine demokratische Doktrin, sondern tendire vielmehr dahin, „einen König" zu machen[2]), so war das dem „Volk" noch so unverständlich, daß es durch die Absurdität nicht einmal überrascht wurde; sie klang ihm zum linken Ohr hinaus, wie sie zum rechten hineingeklungen war. Wie viele Senatoren und Repräsentanten, die den „großen Nullifikator" des planmäßigen Hinarbeitens auf die Zerreißung der Union bezichtigten, standen jetzt nicht nur an staatsmännischem Blick, sondern auch an Patriotismus so gar weit ihm nach, da sie seine wiederholte emphatische Warnung nichtachteten, daß man diesem Systeme absagen müsse, oder die Republik unter dem Systeme zusammenbrechen werde[3]). Noch lange Jahre mußten immer bitterere Erfahrungen gemacht werden, ehe auch nur eine ernste Agitation für die Aenderung des Systemes begonnen werden konnte. Jetzt gewann es selbst noch unter denen, die der Satz von den Spolien verletzte, viele neue Anhänger; der Grundsatz der „Rotation" der Aemter erschien ihnen unbestreitbar demokratisch zu sein und was demokratisch war, mußte ja auch richtig und gut sein.

Wie stark dieser Zug zur Radikalisirung der Demokratie war, läßt

---

[1]) „It is a great American principle. It lies at the foundation of our system." Deb. of Congr. XV. p. 515.

[2]) „. . he will be asserting one of the most untrue and monstrous propositions on the face of God's earth, who says that this is a 'popular doctrine'. What! 'a popular doctrine?' This a 'popular doctrine?' It is the very reverse. It is the doctrine to create a king, and to annihilate liberty. . . . No. The democratic doctrine is precisely the reverse of what they affect to teach. It goes against. patronage and influence." Calh.'s. Works, IV. pp. 301, 302.

[3]) „...if they did not put down the system, it would eventually put down the Government." Deb. of Congr., XV. p. 514. — „In this matter I have been uniform and sincere — whether right or wrong, time will disclose. But the evil has commenced. It is going on. It needs no prophet to foresee the end. I speak not in the language of prophecy; but who, judging from the past, can avoid the conviction that unless the proper remedy is applied, the overthrow of your political system is inevitable?" Calh.'s Works, IV. pp. 302, 303.

sich wohl am besten aus den mannigfachen und in vielen Staaten mehr oder minder erfolgreichen Bestrebungen ersehen, die Grundsätze der reinen Demokratie nunmehr auch auf die richterliche Gewalt anzuwenden.

Während der ersten Jahrzehnte der Union wurden in allen Staaten die Richter ernannt; nur in Connecticut kannte man seit den ältesten Kolonialzeiten die Richterwahl. Jefferson erklärte zuerst in einem Brief vom 12. Juli 1816 die Wahl der Richter durch das Volk für eine Forderung des republikanischen Prinzipes[1]). Es verging jedoch noch ein halbes Menschenalter ehe diese Ansicht vor das Forum der öffentlichen Meinung gebracht wurde[2]) und dieselbe soweit günstig disponirt fand, daß wenigstens die Diskussion über das Für und Wider eröffnet wurde. Henry S. Foote regte die Frage in einer Reihe von Artikeln an, die er 1832 in einer Vicksburg-Zeitung veröffentlichte und „Thomas Jefferson" unterzeichnete[3]). Richter Bodely griff den kühnen Neuerer lebhaft an, aber die Doktrinen Foote's trugen endlich in Mississippi einen vollständigen Sieg davon. Man würde ihm jedoch Unrecht thun oder zu viel Ehre erweisen, wenn man ihm einen wesentlichen Theil der Verantwortlichkeit dafür zusprechen wollte, daß man in dieser Hinsicht die alten konservativen Bahnen zu verlassen und in die reine Demokratie einzulenken begann. Es war so vollständig vergessen worden — wenn es überhaupt je außerhalb Mississippi's bekannt geworden war — daß

[1]) „It has been thought that the people are not competent electors of judges learned in the law. But I do not know that this is true, and, if doubtful, we should follow principle. In this, as in many other elections, they would be guided by reputation, which would not err oftener, perhaps, than the present mode of appointment. In one State of the Union, at least, it has long been tried, and with the most satisfactory success. The judges of Connecticut have been chosen by the people every six months, for nearly two centuries, and I believe there has hardly ever been an instance of change; so powerful is the curb of incessant responsibility. If prejudice, however, derived from a monarchical institution, is still to prevail against the vital elective principle of our own, and if the existing example among ourselves of periodical election of judges by the people be still mistrusted, let us at least not adopt the evil, and reject the good, of the English precedent; let us retain amovability on the concurrence of the executive and legislative branches, and nomination by the executive alone." Jefferson's Works, VII. p. 12.

[2]) Ich weiß nicht wann jener Brief Jefferson's weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Am 5. Sept. 1816 schreibt er Kerchival: „But I must beseech you, Sir, not to admit a possibility of its being published. Many good people will revolt from its doctrines, and my wish is to offend nobody." ib. VII. p. 35.

[3]) H. S. Foote, Casket of Reminiscences, p. 347.

er eine hervorragende Rolle bei dieſer Wandelung geſpielt hatte, daß ihrer vielleicht nie wieder gedacht worden wäre, wenn er nicht ſelbſt vierzig Jahre ſpäter daran erinnert hätte. Hätte er nicht den Anſtoß gegeben, ſo wäre er bald von irgend einer anderen Seite her gekommen, denn die allgemeine Dispoſition der Geiſter trieb mit raſch wachſender Energie darauf hin. Im nächſten Jahrzehnt finden wir das Prinzip der Wahl der Richter, und zwar auf Zeit, in New York, Louiſiana, Miſſouri, Texas, Illinois, Iowa, Wisconſin adoptirt[1]), jedoch nicht überall auf eine gleich radikale Baſis geſtellt und nicht mit der gleichen Konſequenz durchgeführt.

Es iſt hier nicht der Ort auf eine theoretiſche Erörterung der Frage der Richterwahlen einzutreten oder auch nur näher zu unterſuchen, ob und wie weit ſich in den einzelnen Staaten das Syſtem bewährte, das nach Jefferſon durch die Erfahrungen Connecticut's ſo gut empfohlen war. Es genügt zu konſtatiren, daß das Experiment ſehr verſchiedene Reſultate ergab und daher auch die Anſichten darüber getheilt blieben, ob das alte oder das neue Syſtem den Vorzug verdiene. In Iowa z. B. zog Grimes aus den Erfahrungen der erſten acht Jahre den Schluß, daß die Richter des oberſten Gerichtshofes gleich den Diſtriktsrichtern von dem Volke gewählt werden ſollten[2]); Foote dagegen legte ſpäter das Bekenntniß ab, daß er einen höchſt unglücklichen Rath ertheilt habe[3]). Und in Miſſiſſippi hatte die Aenderung

---

[1]) The Democratic Review, March 1848, p. 202.

[2]) „The experience of the past eight years has demonstrated that the power to elect judges is more wisely and satisfactorily exercised by the people than by the Legislative Assembly. The people have shown that they will not be dragooned into voting for incompetent and faithless partisan judges. Everybody admits that the character of the inferior tribunals of the State is superior to that of the Supreme bench. If, therefore, it is important to elevate the character of the Supreme Court, as I believe it is, the Judges of that Court should be elected by the people, as are now the Judges of the District Courts. If learning, firmness, and impartiality, are superior, as qualifications for judges, to party fealty and partisan services, the selection of those important officers should be left with the people, instead of being made the subject for corrupt legislative bargainings.“ To the people of Iowa, Apr. 8, 1854. Salter, Life of James W. Grimes, p. 34.

[3]) „I take no particular credit to myself for first suggesting this idea in Mississippi; and it would be indeed very ridiculous for me to do so, for I hold that experience has plainly shown this change in the mode of election to have been a great and most deplorable error, since for many years past it has, as I think, been found altogether impossible to keep politics out of

in der That die unheilvollſten Folgen gehabt. Dort war bald die Parteipolitik in ihrer häßlichſten und verderblichſten Geſtalt in die Richterwahlen hineingetragen worden. Die „progreſſive Demokratie" begann die Kandidaten für Richterſtellen zu katechiſiren und zwar nicht über ihr allgemeines politiſches Glaubensbekenntniß, ſondern über ganz beſtimmte Fragen, in denen es ſich um Mein und Dein handelte. Wer die Unterſtützung der Faktion McNutt's haben wollte, mußte ſich zuvor darüber ausweiſen, daß er in der Repudiationsfrage auf der Höhe der Situation ſtehe, d. h. bereit ſei die Staatsgläubiger zu betrügen und die Ehre des Staates um ein Linſengericht zu verkaufen[1]). Und es wurde nicht einmal für nöthig gehalten das irgendwie zu verſchleiern. Mit äußerſter Schamloſigkeit wurde es für ein Recht erklärt, Richterkandidaten im Voraus zu verpflichten, Fragen, die vor ihren Stuhl gebracht werden könnten, in einem beſtimmten Sinne zu entſcheiden, da nach dem unverfälſchten demokratiſchen Prinzip die öffentliche Meinung das Geſetz des Landes ſein müſſe[2]).

---

the judicial elections; and hence a great and constantly increasing deterioration of the judicial department of our system has been observable." Casket of Reminiscences, p. 348.

[1]) „The presses of these ultra destructives, the McNutt faction of the 'Democratic Rule', with the 'State Paper' (der Mississippian) at their head, are now making every effort to array, as a class, to control the elections of the judges, debtors whose own liabilities are to be decided upon by pledged judicial candidates!" Nine Years of Democratic Rule in Mississippi, p. 256.

[2]) Der Mississippian ſchreibt im Jahre 1845: „Touch not mine anointed. — The editor of the Southron is horrified at the temerity we displayed in expressing our opinions as to a proposed Union Bank case. It is really laughable to witness such gross affectation. A mere man — poor, frail, weak, erring man, is put upon the bench, named judge, and forthwith his possible opinions are held sacred. For our part, we hold all intelligences in equal respect; and we especially hold it to be the duty of an independent press to discuss the dogmas of the judges. The federal judiciary is the anti-republican feature of the government. So it is with the judiciary of most of the states. In Mississippi, where we have an elective judiciary, we stand some chance to make public opinion what it ought to be — the law of the land. Those opposed to the march of democratic principles, cling to the judges, endeavoring to inspire great awe for their every opinion. This is absolute humbuggery. And here we take occasion to say, that it is supremely ridiculous to admit that the people are capable of choosing their judges, and, at the same time, deny them the utmost freedom in canvassing the opinions of candidates for judicial stations. Such statements may amaze our neighbor;

Wurde auch die Ansicht, daß die öffentliche Meinung oder der Volkswille die eine unbeschränkte Autorität sei, der sich alle öffentlichen Gewalten unbedingt zu unterwerfen hätten — einerlei wie und worüber sie sich äußerte — anderwärts nicht mit der gleichen Absolutheit und Stirndreistigkeit proklamirt, so war sie doch überall, mehr oder minder bewußt, in höherem oder geringerem Grade das tiefere Motiv, das der Bewegung für die Wahl der Richter durch das Volk zu Grunde lag. Der Sinn des Volkes war so gesund, daß nur in seltenen Ausnahmsfällen die vorgängige Verpflichtung der Richter auf gewisse Ansichten für statthaft erklärt oder auch nur das Hineinziehen der Politik in die Richterwahlen, in welcher Weise es auch immer geschehen mochte, gerechtfertigt wurde. Es mochte daher nur billig sein, das Urtheil über den Werth oder Unwerth des Systemes anstehen zu lassen, bis seine längere praktische Erprobung zulänglicheres Material für dasselbe geliefert hatte. Zunächst war es weit weniger die Sache an sich als ihre Bedeutung als Symptom einer wichtigen Strömung in der öffentlichen Meinung, was ernste Besorgnisse erregen durfte. Die konservative Grundstimmung in dem politischen Empfinden und Denken des Volkes, die in Republiken noch viel mehr als in Monarchien eine absolute Voraussetzung der Staatswohlfahrt ist, erschien schwer erschüttert. Wurde auch in einigen Staaten, wie z. B. in Illinois[1]), laut über arge Mißstände geklagt, die bei dem Ernennungssysteme in den Gerichten eingerissen seien, so war im Allgemeinen das vornehmste Motiv für die Aenderung doch nicht die Ueberzeugung, daß sie der beste Weg zur Abstellung vermeintlicher oder wirklicher Uebelstände sei, sondern der Wunsch dem demokratischen Prinzip gerecht zu werden. Dem Volke die Fähigkeit absprechen, sich die rechten Männer zu Richtern zu setzen, hieß das nicht ebenso ungerechtfertigte wie beleidigende Zweifel gegen die Fähigkeit des Volkes zur Selbstregierung aussprechen! Daß die Fähigkeit zur Selbstregierung sich ganz wesentlich auch gerade darin bekundet, in der unmittelbaren politischen Selbstbethätigung des Volkes sich maßvoll

---

but we tell him this is a part of the philosophy of that progressive democracy which he so much dislikes." ib. pp. 255, 256.

[1]) „This system of making the assembled circuit judges the Supreme Court, has been in operation in Illinois under its present constitution, and has (been) found to work badly, inasmuch as that it became a great political engine, a hot-bed, out of which all the political offices of the state were selected — a kind of oligarchy, which divided up the high offices among themselves." The Democratic Review, March 1847. p. 199.

zu bescheiden und richtig zu erkennen, was durch seine Bevollmächtigten besser verrichtet werden kann, das war man zur Zeit geneigt zu übersehen. Die Souveränetät des Volkes sollte nicht nur mittelbar und in den bestimmten gesetzlichen Formen, die ja selbst auch das Werk des Volkes waren, sondern möglichst beständig und unmittelbar zur Geltung gelangen[1]).

Natürlich kam es auch den Radikalisten nicht in den Sinn, diesen Gedanken bis zu seinen letzten logischen Konsequenzen zu verfolgen, geschweige denn die praktische Durchführung derselben zu fordern. Es blieb aber immerhin höchst bezeichnend und sehr bedeutsam, daß so weite Kreise für den Versuch gewonnen waren, seine theilweise Durchführung gerade an dem Punkte herbeizuführen, der die Citadelle des konservativen Prinzipes in der amerikanischen Staatsidee war. Zufällig war das nicht, denn die Neuerer legten großen Nachdruck darauf, daß die prävalirende Organisation der richterlichen Gewalt am meisten dem sonstigen Charakter sämmtlicher Staatenverfassungen widerspreche. Darum wurde auch weiter die Organisation der richterlichen Gewalt des Bundes, die unfraglich die konservativste und am festesten gefügte war, von den Radikaleren oft am schärfsten angegriffen. Bis zur Agitation für ihre prinzipielle Umgestaltung verstiegen sie sich nicht, da die Aussichtslosigkeit zu zweifellos war; aber der Wunsch, sie mit dem obersten politischen

[1]) „There is a more specious argument for destroying the independence of the judiciary, which does not appear in the executive document now before us (die Jahresbotschaft von Gouverneur Thomas von Maryland — Dez. Session 1842 — die der Legislatur empfahl, die Anstellung der Richter „during good behavior" aufzuheben) though it is frequently urged in newspaper paragraphs and electioneering harangues, because it is better calculated than any other to make an impression on the unthinking multitude. It is founded on the doctrine that, in this country, the will of the people is, and ought to be, supreme in every respect, and no institution should be allowed to exist, which is independent of their authority. It is urged, that all our laws emanate from the people, and therefore should be referred for interpretation to the power which enacted them; and that a denial of this right and competency is a virtual impeachment of the constitution and the government under which we live. It is said, that the will of the people is usually made known only at stated times, and under certain forms, — as at elections, and by ballot or hand-vote upon questions regularly proposed; but that these forms and seasons are adopted only for convenience, and the same power which required the observance of them may also dispense with it: so that the popular will, however promulgated, shall form, for the time being, the supreme law, and the supreme exposition of the law." The North American Review, Oct. 1843, p. 423.

Grundsatz der Republik in Uebereinstimmung gebracht zu sehen, wurde auch sogar im Kongreß ausgesprochen[1]).

Hätte diese „progressive Demokratie" etwas tiefer gesehen, so hätte sie zu ihrer angenehmen Ueberraschung gefunden, daß doch auch hier das „republikanische" Prinzip — das Wort in ihrem Sinne gebraucht — sich viel mächtiger erwiesen hatte, als sie meinte. Selbst in dem Oberbundesgericht hatte die Konstitution nicht einen Felsen geschaffen, an dem alle Stürme und aller Wogendrang sich ohnmächtig brachen. Viel eher konnte man es mit einem Gletscher vergleichen — starr und fest, und doch sich vorwärtsbewegend und in seinem Abwärtsgleiten sich stets den Formen des Bettes anpassend, in dem er liegt. Langsam und still war das Oberbundesgericht mit den Zeiten ein anderes geworden; in weiteren Kreisen war die Wandelung wenig oder gar nicht bemerkt worden, aber das machte sie nur um so bedeutsamer. Story war in ihm der letzte Repräsentant der alten Zeiten und er hatte sich jetzt entschlossen seinen Platz einem anderen einzuräumen. Er glaubte sein Verbleiben auf der Richterbank könne der Republik nichts mehr frommen, da er in den großen Verfassungsfragen allein dastehe mit den Ansichten, die das Gericht einst vertreten[2]). Seine jüngeren Freunde und Verehrer mochten glauben er sehe durch die trübe Brille des Alters, das sich ja stets mit dem Gedanken an die nahende ewige Rast durch die wehmüthige Klage des großen Juristen zu befreunden suche: „die Zeiten

---

[1]) „I am, above all, opposed to this life estate of political power, because it puts the official out of the reach of popular revision. I do not care who the official is. I hope to see the judges of the United States elected every four years. It ought to be done." Allen von Ohio. Deb. of Congr., XV. p. 516.

[2]) Er schreibt den 12. April 1845 an Ezekiel Bacon: „Although my personal position and intercourse with my brethren on the Bench has always been pleasant, yet I have been long convinced that the doctrines and opinions of the 'old Court' were daily losing ground, and especially those on great constitutional questions. New men and new opinions have succeeded. The doctrines of the Constitution, so vital to the country, which in former times received the support of the whole Court, no longer maintain their ascendency. I am the last member now living, of the old Court, and I cannot consent to remain where I can no longer hope to see those doctrines recognized and enforced. For the future I must be in a dead minority of the Court, with the painful alternative of either expressing an open dissent from the opinions of the Court, or, by my silence, seeming to acquiesce in them.... I am persuaded that by remaining on the Bench I could accomplish no good, either for myself or for my country." Life and Letters of Jos. Story, II. p. 527, 528.

sind andere, die Dinge haben sich geändert, die Leute sind andere“[1]). Vielleicht aber kam der Tag, da es plötzlich offenbar wurde, daß die Wandelung noch ungleich größer sei, als er selbst geahnt und je für möglich gehalten hatte. Wenn der Satz, daß die öffentliche Meinung das Gesetz des Landes sei, noch tiefere Wurzeln in der öffentlichen Meinung schlug, — wenn der unschlichtbare Widerstreit zwischen Freiheit und Sklaverei bis auf den Punkt gediehen war, da man aus der Verfassung heraustreten und diesen Satz als das alles beherrschende Prinzip des Landes proklamiren mußte, wenn das Aufeinanderkrachen der Gegensätze noch weiter hinausgeschoben werden sollte, — wenn Demagogen die „Riesen“ des Kongresses geworden waren und um dieses Panier die Friedenssüchtigen und den Theil der Massen scharten, der blindlings der geschlossenen Bande der Spolienpolitiker folgte, — wenn endlich die Sklavokratie gewahr wurde, daß selbst das nicht hinreiche ihre Herrschaft zu behaupten, dann mußte es sich zeigen, ob der letzte Anker der Konstitution noch sicher und fest dort liege, wo Marshall und seine Genossen ihn tief eingebettet hatten, oder ob er, von den Stürmen der Sklavenfrage losgerissen, mit den Strömungen der progressiven Demokratie fortgetrieben war. Jedenfalls war es an sich schon ein ernstes Zeichen der Zeit, daß Story, der über ein Menschenalter eine Zierde des Oberbundesgerichtes gewesen war, jetzt mit der Erklärung aus demselben schied, daß auch in ihm schon die Zeichen der Zeit deutlich zu Tage träten.

[1]) Life and Letters of Jos. Story, II. p. 518.

Sechstes Kapitel.

Doppelspiel gegen England und Mexico.

1. Dem starken England eine kriegerische Politik mit dem Schwert an der Wand.

Die Inauguraladresse Polk's hatte nichts darüber gesagt, wie er das „klare und unbestreitbare" Recht der Vereinigten Staaten auf Oregon gegen England durchzusetzen gedenke. Da seine Erklärung allgemein als identisch mit der Erklärung der Baltimore Platform aufgefaßt wurde, hatte man aber nicht erwarten können, daß er damit beginnen werde England einen Vergleich anzubieten. Es war also doch nicht absichtslos und ohne Bedeutung gewesen, daß das Wörtchen „ganz", das die demokratische Nationalkonvention vor Oregon gesetzt hatte, in der Inauguraladresse sich nicht fand. Der Jubel derer war offenbar verfrüht und zu laut gewesen, die gemeint hatten, Polk werde unter keinen Umständen das kleinste Fleckchen des streitigen Gebietes dem ländergierigen England überlassen. Allein trotzdem war eine Verständigung durch ein billiges Kompromiß aussichtsloser als je zuvor. Zunächst war die „bramarbasirende Ankündigung" des Präsidenten nur ein neuer Beleg dafür, wie sehr er der Ansicht beipflichte, daß die Sprache dazu da sei die Gedanken zu verbergen; die authentische Interpretation des Satzes von dem „klaren und unbestreitbaren" Rechte mußte von der weiteren Geschichte der Streitfrage geliefert werden.

Am 12. Juli 1845 wurde England durch ein Schreiben Buchanan's an Pakenham amtlich angekündigt, daß nach Ansicht des Präsidenten die Vereinigten Staaten ein ausschließliches Recht auf das ganze streitige Gebiet hätten. Der Passus in der Inauguraladresse war also ganz

richtig verstanden worden. Polk hatte nur dort mit keiner Silbe angedeutet daß er sich, wie der Staatssekretär jetzt erklärte, durch die Politik seiner Vorgänger in Verlegenheit gesetzt, wenn nicht gar bis auf einen gewissen Grad gebunden finde. Das allein, ließ er versichern, bestimme ihn einen letzten Versuch zu gütlicher Verständigung zu machen[1]), indem er den 49° n. Br. als Grenzlinie anbiete.

Polk kann selbst dieses Anerbieten unmöglich ernst genommen haben. Es hatte nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn er sich damit lediglich in guter Manier der leidigen Verpflichtung entledigen wollte, die ihm die Anstandsrücksichten gegen seine Vorgänger auferlegten. Was sollte England bestimmen, jetzt den 49. Grad ohne das Recht der freien Schifffahrt auf dem Columbia anzunehmen, nachdem es das frühere Angebot derselben Grenze mit diesem Rechte als ungenügend zurückgewiesen hatte? Pakenham lehnte den Vorschlag ab und bat um neue Propositionen. An Stelle dieser erhielt er am 30. August von Buchanan die Ankündigung, daß der Präsident sich jetzt frei fühle seiner eigenen Ansicht über den Rechtstitel der Vereinigten Staaten zu folgen und er daher nun auch den Vorschlag vom 12. Juli zurückziehe[2]). Dabei aber war die Hoffnung ausgesprochen, daß trotz dieses „nothwendigen Schrittes" die Streitfrage ohne Störung des guten Einvernehmens zwischen den beiden Staaten erledigt werden würde. Da Pakenham seinerseits gleichfalls keine neuen Propositionen machte, so ruhte die Sache bis zum Zusammentritt des Kongresses.

Die Jahresbotschaft vom 2. Dezember 1845 theilte die Geschichte dieser fruchtlosen Verhandlungen mit, scharf betonend, daß sie lediglich aus Rücksicht auf die früher verfolgte Politik angeknüpft worden seien

---

[1]) „Our own American title to the extent of the valley of the Columbia . . . is a sufficient assurance against all mankind, whilst our superadded title derived from Spain extends our exclusive rights over the whole territory in dispute, as against Great Britain.

Such being the opinion of the President in regard to the title of the United States, he would not have consented to yield any portion of the Oregon territory had he not found himself embarrassed, if not committed, by the acts of his predecessors. They had uniformly proceeded upon the principle of compromise in all their negotiations . . . In view of these facts, the President has determined to pursue the present negotiation, to its conclusion, upon the principle of compromise in which it commenced, and to make one more effort to adjust this long pending controversy." Sen. Doc., 29th Congr., 1st Sess., Vol. I, No. 1, p. 169.

[2]) ib. p. 192.

und jetzt dem unanfechtbaren Rechte gemäß „ganz Oregon" beansprucht werde. Von der Hoffnung, ungeachtet dessen die guten Beziehungen zu England ungetrübt fortdauern zu sehen, wird jedoch nichts gesagt. Statt dessen spricht Polk die Ueberzeugung aus, daß sich ein annehmbares Kompromiß nicht erzielen lasse, aber weist die Verantwortlichkeit dafür allein England zu[1]). Aus dem Scheitern aller Verständigungsversuche folgert er dann, daß es die Pflicht des Kongresses sei, die zum Schutze der amerikanischen Bürger in Oregon und zur Durchsetzung des Rechtstitels der Vereinigten Staaten auf das Gebiet erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Nach Ansicht des Präsidenten hatte also der Stand der Frage eine wesentliche Aenderung erfahren. Vielleicht pflichtete der Kongreß dem bei, aber eine Nothwendigkeit lag dafür durchaus nicht vor. Wie die Unterhandlungen bisher trotz aller resultatlosen Versuche immer wieder aufgenommen worden waren, so konnte es ja auch nochmals geschehen. Der Kongreß war nicht verpflichtet gleichfalls das Angebot vom 12. Juli als das letzte und äußerste anzusehen. Er konnte nicht den Präsidenten zu neuen Vorschlägen zwingen, aber wohl konnte er den status quo fortbestehen lassen, bis entweder England andere Anträge machte, oder ein künftiger Präsident sich an dem schwierigen Probleme versuchte. Nothwendig wurde eine Aktion des Kongresses erst, wenn die Konvention von 1818/27 gekündigt worden war. Polk empfahl denn auch „durch Gesetz" Sorge dafür zu tragen, daß dieses geschehe und sprach außerdem den Wunsch aus daß, nach dem Vorgange Englands von 1821, die Jurisdiktion der Vereinigten Staaten „unverzüglich über unsere Bürger in Oregon ausgedehnt" würde. Nicht nur das nationale Interesse, sondern auch die nationale Ehre, erklärte er, verbiete es, an das Aufgeben der Rechte auf Oregon zu denken[2]).

Plötzliches rasches Fallen des politischen Barometers war die Antwort des Großkapitales auf diese Auslassungen der Botschaft. An Spekulantenmanipulationen war dabei nicht zu denken, denn es blieb

---

[1]) Die unbilligen Forderungen Englands und die Ablehnung des Vorschlages vom 12. Juli: „afford satisfactory evidence that no compromise which the United States ought to accept, can be effected . . . The civilized world will see in these proceedings a spirit of liberal concession on the part of the United States; and this government will be relieved from all responsibility which may follow the failure to settle the controversy." Statesm.'s Man. III. p. 1563.

[2]) ib. p. 1565.

nicht bei einer allgemeinen Baisse der Börse: auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens, die unmittelbar durch die internationalen Beziehungen berührt wurden, lastete der Druck der Sturmesschwüle [1]). Und die besonderen Freunde der Administration in beiden Häusern des Kongresses ließen es sich sogleich angelegen sein, die spannungsvolle Unruhe und Besorgniß durch die nachdrückliche Erklärung zu steigern, daß der Schrecken nicht ein blinder sei.

Am 9. Dezember beantragte Cass im Senat die Ausschüsse für militärische Angelegenheiten, die Miliz und die Flotte zu beauftragen, sich über den Stand der Wehrkraft des Landes zu unterrichten und in Erwägung zu ziehen, ob seine Sicherheit erheische, daß etwas hinsichtlich derselben geschehe. Es war an sich von Bedeutung, daß ein solcher Antrag jetzt gerade von dieser Seite her gestellt wurde, denn Cass hatte schon vor Jahren mit leidenschaftlicher Emphase gefordert, daß die „unverschämten" Ansprüche Englands auf jede Gefahr hin abgewiesen würden und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Streit über Oregon aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Kriege führen werde [2]). Die Resolutionen erwähnten allerdings weder Oregon noch England und sagten überhaupt nichts über die Motive des Antrages. Allein die

[1]) „Such, also, would seem to be the view taken by the community at large at the time, if we may judge from the tone of the public press, or what perhaps is a still truer index — the conduct of our intelligent business men. The message had the most decided effect in this respect. Stocks of every description fell, marine insurances rose, commercial pursuits were suspended, and our vessels remained inactive at the wharves." Calh.'s Works, IV, 261.

[2]) Am 4. Juli 1843 hatte er in einer Gelegenheitsrede gesagt: „Our claim to the country west of the Rocky Mountains is as undeniable as our right to Bunker Hill or to New Orleans; and who will call in question our right to these blood-stained fields? — And I trust it will be maintained with a vigor and promptitude equal to its justice. War is a great evil but not so great as national dishonor. Little is gained by yielding to insolent and unjust pretensions. It is better to defend the first inch of territory than the last. Far better, in dealing with England, to resist aggression, whether of territory, of impressment, or of search, when first attempted, than to yield in the hope that forbearance will be met in a just spirit, and will lead to an amicable compromise. Let us have no red lines upon the map of Oregon. Let us hold on to the integrity of our just claim. And if war comes, be it so. I do not myself believe it will be long avoided, unless prevented by intestine difficulties in the British empire. And wo be to us if we flatter ourselves it can be arrested by any system of concession; of all delusions, this would be the most fatal; and we should awake from it a dishonored, if not a ruined people." Niles' Reg. LXIV. p. 345.

Rede, in der Cass ihn am 15. Dezember begründete, zeigte nicht nur, daß sie mit Recht auf diese Frage bezogen worden waren, sondern auch daß die Stellung des Senators zu ihr mit den Jahren eine noch extremere geworden war. Er begann gleich mit der Behauptung daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu England unverkennbar sich rasch einer Krisis näherten. Nur zwei Wege könnten zu einer Verständigung über Oregon führen: ein Schiedsgericht oder ein freiwilliges Kompromiß. Daß der Präsident ein Schiedsgericht abgelehnt habe, werde man billigen müssen, da es zu zweifelhaft sei, ob die Republik von einem europäischen Monarchen ein billiges Urtheil erwarten dürfe. Ein freiwilliges Kompromiß aber stehe nicht mehr zu hoffen, da die Unterhandlungen so gut wie abgebrochen seien und die Ansprüche der beiden Mächte „schlechthin unvereinbar" (utterly irreconcilable) wären[1]). Nur drei Möglichkeiten gebe es: zurückzuweichen, stille zu stehen oder vorwärts zu gehen. Die erste Möglichkeit dürfe nicht diskutirt werden; jeder Gedanke an sie müsse gebrandmarkt werden, denn nicht nur sei an sich jede Erwägung der Folgen ausgeschlossen, wo es die nationale Ehre gelte, sondern es hieße auch nur den Wind säen, um den Sturm zu ernten, wenn man für den Augenblick den Frieden durch Feigherzigkeit erkaufen wollte. Stille stehen dürfe man gleichfalls nicht, denn die Pflicht und die Bestimmung des amerikanischen Volkes sei allzeit und in jeder Hinsicht weiter zu streben und zu dringen. Man müsse daher vorwärts und, da England sich in den Weg gestellt habe, müsse man auch auf dasselbe treffen, wenn es nicht seinerseits zurückweiche. Sei sein letzter Vorschlag als Ultimatum zu fassen, so sei er thatsächlich eine Kriegserklärung[2]). Daß die Konvention von 1818/27 gekündigt werden würde, könne nicht bezweifelt werden und zwölf Monate nach derselben werde man sich im Kriege mit England befinden. Stehe man dicht vor einem Kriege (if war is almost upon

[1]) „Her pretensions and ours are so widely separated, that there seems no middle ground on which to meet." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., p. 45.

[2]) „If the last proposition she has submitted is her ultimatum, it is effectively a declaration of war. Its advent may be delayed a few months; but as soon as the notice expires, if she persists, as she will do, in her occupation of the country, the struggle must commence. It is not the notice which is a belligerent measure, for that is a treaty right; but it is the subsequent and immediate course the parties will probably pursue that must lead to war."

us), dann erscheine aber der Stand der Wehrkraft des Landes unzulänglich. Man möge sich wohl hüten, wie 1812 unvorbereitet in einen großen Krieg zu treiben[1]).

Entsprachen Cass' Gedanken vollkommen seinem Thun, so mußte er den geringsten Verzug für gefährlich halten, denn die Ausschüsse, von denen sein Antrag redete, existirten noch gar nicht. Gegen die Resolutionen an sich war jedoch kein Anstand zu erheben. Nur was zwischen den Zeilen zu lesen stand, war bedenklich; dem Wortlaute nach waren sie lediglich eine Aufforderung an die betreffenden Ausschüsse, ihre legitimen und regulären Aufgaben zu erfüllen. Bei der Abstimmung wurde denn auch keine dissentirende Stimme abgegeben. Vor derselben war dagegen von verschiedenen Seiten her lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen worden, daß Cass überhaupt den Antrag gestellt, und noch mehr daß er ihn durch eine Rede begründet habe, die auf beiden Seiten des Meeres als Sturmläuten aufgefaßt werden würde und auch nur als solches aufgefaßt werden könnte. Mangum glaubte, hinter dem überschäumenden Patriotismus verberge sich ein unwürdiges Spiel[2]), und Crittenden meinte, Cass habe, so weit es in seiner Macht gestanden, die Resolutionen durch seine Rede zu einer Kriegserklärung gemacht[3]). Zunächst hatte es jedoch den Anschein, als dürfe Polk zuversichtlich erwarten, seine Politik von der Majorität beider Häuser gebilligt und nachdrücklich unterstützt zu sehen. Am 18. Dezember beantragte Allen, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, den Präsidenten durch eine gemeinschaftliche Resolution dahin zu berathen (advise), unverzüglich (forthwith) die Konvention von 1818/27 zu kündigen[4]). Und im Hause wurde am 5. Januar 1846 von dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten eine Resolution eingebracht, die insofern noch einen großen Schritt weiter ging, als sie dem Präsidenten nicht einen Rath ertheilte, sondern peremptorisch die sofortige Kündigung der Konvention forderte[5]).

---

[1]) „One war has already found us unprepared . . . when war threatens, we should commence our preparations, and press them with an energy and a promptitude commensurate with the danger." ib. p. 47.

[2]) „He saw clearly that a game was being played here which he considered unworthy of the American character." ib. p. 49.

[3]) ib. p. 55.

[4]) Deb. of Congr., XV. p. 296.

[5]) „Resolved. . . That the President of the United States forthwith cause notice to be given to the Government of Great Britain" etc. ib. p. 308.

Man mußte annehmen, daß Polk mit denen am zufriedensten war, die den entschiedensten Ton anschlugen, denn Cass gestand einige Monate später ein, daß er seine Resolutionen nach vorheriger Verständigung mit der Administration eingebracht habe und sogar die Redaktion derselben zum Theil von Buchanan herrühre[1]). Und zweifellos war auch seine Motivirung derselben ganz im Sinne des Präsidenten gewesen, denn als Pakenham am 27. Dezember abermals vorschlug, die ganze Frage einer billigen Theilung des Territoriums einem Schiedsgericht zu unterbreiten, lehnte Buchanan das am 3. Januar unter Hinweis auf seine Note vom 30. August ab, weil damit anerkannt werden würde, daß England ein Recht auf einen Theil von Oregon habe[2]). Pakenham beseitigte diese Schwierigkeit, indem er am 16. Januar vorschlug, das Schiedsgericht solle zunächst entscheiden, ob eine der beiden Mächte ein ausschließliches Recht auf ganz Oregon habe, falls aber diese Frage verneint werde, jeder den ihr zustehenden Theil zuweisen. Doch auch diese Proposition wurde von Buchanan für unannehmbar erklärt, da Schiedsrichter immer den Wunsch hätten, möglichst beide Parteien zufrieden zu stellen und der Präsident es außerdem überhaupt nicht für statthaft halte, über die territorialen Rechte der Vereinigten Staaten von einem Schiedsgerichte aburtheilen zu lassen[3]). Sprach der Staatssekretär dabei auch noch immer den Wunsch aus, daß der Streit freundschaftlich geschlichtet werden möge, so war der Präsident mithin doch mit dem Grundgedanken der Cass'schen Rede unbedingt einverstanden,

---

[1]) Deb. of Congr., XV. pp. 473, 474.

[2]) Sen. Doc., 29th Congr., 1st Sess., Vol. IV, No. 117. pp. 4, 6.

[3]) „If the Government of the United States should consent to an arbitration upon such a condition, this might, and probably would, be construed into an intimation, if not a direct invitation, to the arbitrator to divide the territory between the parties. Were it possible for the President, under any circumstances, to consent to refer the subject to arbitration, the title, and the title alone, detached from every other consideration, is the only question which could be submitted. If not confined to a single point, so strong is the natural disposition of arbitrators to please both parties, that in almost every instance, whether of national or individual controversies, they make a compromising award. . . The undersigned will, however, proceed to state a single reason which, apart from the intrinsic difficulty of selecting a suitable arbitrator . . . is conclusive on the mind of the President against a reference of this question to arbitration, in any form which can be devised. . . . This reason is, that he does not believe the territorial rights of this nation to be a proper subject for arbitration. — Diese ganze Korrespondenz ist auch abgedruckt Deb. of Congr, XV. pp. 363—366.

daß die Ansprüche der beiden Mächte „schlechthin unvereinbar“ seien. Dann war aber auch, wie Westcott von Florida sagte, der Krieg unvermeidlich[1]), wenn anders der Präsident sein Wort einlöste und „niemals“ seinen gegenwärtigen Standpunkt aufgab[2]).

Diesem „Niemals“ war jedoch die bedeutsame Klausel angehängt: „wenn der Senat nicht anders beschließt“[3]). Eine Möglichkeit gab es also doch noch für ein Kompromiß: wenn der Senat die Verantwortlichkeit dafür übernehmen wollte, dann wollte der Präsident sich fügen. Wie anders klang das doch als das stolze Wort, das Jackson in dem Streit über die Depositenfrage seinem Kabinet gesagt hatte: „Die Verantwortlichkeit ist (von mir) übernommen worden“[4]). Polk hat in der mexicanischen Frage gezeigt, daß er so bereit wie Jackson war, in Fragen von der größten Bedeutung die Verantwortlichkeit zu übernehmen, wo es mindestens im höchsten Grade zweifelhaft war, ob er das Recht dazu hatte. Warum wollte er sie denn hier auf andere Schultern abwälzen, wo es ganz unzweifelhaft war, daß die Verfassung sie in erster Stelle ihm zugewiesen hatte? Die Verfassung (Art. II, Sect. 2, § 2) sagt: der Präsident „soll Macht haben unter dem Beirath und mit der Zustimmung des Senates Verträge zu schließen“. Gewiß war ihm da ebenso wenig verboten, seine eigene Ansicht dem Urtheile des Senates unterzuordnen, als ihm, wie früher bemerkt worden, untersagt war vor Beginn der Unterhandlungen über einen Vertrag oder während derselben den Rath des Senates einzuholen. Aber eben so gewiß war das normale Verhältniß nach Absicht der Verfassung, daß der Präsident mit dem Recht auch die Pflicht der Initiative habe, während der Senat nicht eine entscheidende, sondern nur eine berathende Stimme mit einem qualitativen Vetorecht haben sollte. Vielleicht gibt die weitere Geschichte der Oregon-Frage Aufschluß darüber, ob es lediglich reine und patrio-

[1]) Deb. of Congr., XV. p. 367.

[2]) Buchanan schreibt den 29. Jan. 1846 dem Gesandten McLane in London: „The President will never abandon the position he has taken in his message. Clearly convinced of the right of the United States to the whole territory in dispute, and relieved, by the refusal of the British Government to accept his offer of compromise, from the embarrassment in which the acts of his predecessors had placed him, he would not now authorize the conclusion of a treaty on that basis.“ Sen. Doc., 29th Congr., 1st Sess., Vol. IX, No. 489. p. 39.

[3]) „The President will accept nothing less than the whole territory, unless the Senate should otherwise determine.“ l. c.

[4]) Verfassungsgesch. I. p. 76.

tische Motive waren, die Volk bestimmten, sich im Voraus bereit zu erklären, in diesem Falle unter Umständen dieses Verhältniß umzukehren.

Jene merkwürdige Klausel verdient aber noch in einer anderen Hinsicht Beachtung. Sie spricht in der bündigsten und bestimmtesten Weise aus, daß die Oregon-Frage in die Domäne der Vertragsmacht gehört. Das war unstreitig richtig und zwar nicht nur hinsichtlich eines eventuellen Vergleiches über die beiderseitigen Ansprüche, sondern auch in dem gleichen Maße und aus den gleichen Gründen hinsichtlich der eventuellen Kündigung der Konvention von 1818/27. Die Konvention war ein Vertrag und konnte von der Macht aufgehoben werden, die ihn geschlossen hatte. Der Präsident aber hatte in seiner Jahresbotschaft empfohlen, ihre Kündigung „durch Gesetz" zu verfügen. Die Minorität des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärte es für unstatthaft, dieser Aufforderung Folge zu geben, weil das Repräsentantenhaus nicht Theil an der Vertragsmacht habe und daher absolut inkompetent in der Frage sei[1]). Das war ein Schuß über das Ziel hinaus. In der Konstitution stand nichts über die Aufhebung von Verträgen, aber das Recht der gesetzgebenden Gewalt dazu konnte doch kaum als offene Frage betrachtet werden, da sie es bereits ausgeübt hatte[2]) und nicht zu bezweifeln stand, daß ihre Zuständigkeit von dem Oberbundesgericht anerkannt werden würde, wenn es in die Lage kam, sein Urtheil abzugeben[3]). Vom verfassungsrechtlichen

[1]) „It is not denied that the House might, in the form of resolution, express its opinion upon the subject of this notice . . .; but these resolutions would be merely abstract opinions, of no practical operation, and having no authority but their moral weight. The House, by its resolution, might declare that it was expedient or inexpedient to give this notice; and if in the one form or the other, the President might or might not give heed to it. But it has no power to originate, or to concur in a legislative proceeding, whether in the form of joint resolution or bill to authorize this notice to be given. It can neither give nor withhold power to that end." Der ganze Bericht ist abgedruckt Deb. of Congr., XV. pp. 308, 309.

[2]) „An Act to declare the treaties heretofore concluded with France, no longer obligatory on the United States." July 7, 1798. Stat. at L. I. p. 578.

[3]) Richter Iredell sagt in der Motivirung seines Votums in Sachen Ware v. Hylton (1796): „but our judgment must be grounded on the solemn declaration of congress alone, (to whom, I conceive, the authority is intrusted,) given for the very purpose of vacating the treaty on the principles I have stated." Dallas' Rep. III. p. 260; Curtis I. pp. 204, 205. Story läßt die Frage gar nicht als diskutirbar gelten: „for it will not be disputed that they (treaties)

Standpunkte aus war kein Anstand gegen die Empfehlung Polk's zu erheben. Und wenn er die Wahl hatte, die Kündigung der Konvention von der Vertragsmacht oder von der legislativen Gewalt erfolgen zu lassen, so war es an sich gewiß nur anzuerkennen, wenn er es vorzog in einer Frage, die Krieg und Frieden involviren konnte, in Uebereinstimmung mit beiden Häusern des Kongresses vorzugehen.

Die Erfahrungen, die bei der Annexion von Texas gemacht worden waren, legten es jedoch nahe, die Sache auch noch von einem dritten Gesichtspunkte aus zu betrachten. Buchanan hatte früher ausdrücklich anerkannt, daß die Vertragsmacht zur Kündigung der Konvention berechtigt sei[1]), und es erscheint undenkbar, daß Polk ihre Kompetenz bezweifelt habe. Allein trotzdem hatten der Präsident und sein Staatssekretär nicht vor einer Alternative gestanden, sondern sie waren ohne Wahl den einzigen Weg gegangen, der sie zu dem vorgesteckten Ziele führen konnte. Sollte der Vertrag von der Macht aufgehoben werden, die ihn geschlossen hatte, so war dazu ein Zweidrittel-Votum des Senates erforderlich und das konnte, wie die Sache jetzt lag, unmöglich erlangt werden. Durfte auch die Kündigung der Konvention an sich nicht als eine Provokation angesehen werden, so konnte sie jetzt doch nur als Wunsch die Frage zur Krisis zu treiben aufgefaßt werden, da sowohl der Präsident als Cass nicht nur alle weiteren Bemühungen um einen endgiltigen Vergleich als völlig aussichtslos hinstellten, sondern auch nicht den geringsten Anhalt für die Ausmittelung eines neuen modus vivendi boten. Die Zahl derer aber war groß, die es mit Webster für schlechthin unverantwortlich hielten, um dieser Frage willen es zu einem Kriege mit England kommen zu lassen[2]). Gewann man nur ein

---

are subject to the legislative power, and may be repealed, like other laws, at its pleasure." Comm. II. p. 581. § 1838. Später (1870) hat das Oberbundesgericht entschieden: „an act of Congress may supersede a prior treaty." The Cherokee Tobacco, Wallace's Rep. XI. p. 621. Das deckt diese Frage, da es über sie hinausgeht. Das Gericht fügt noch hinzu: „In the cases referred to (Taylor v. Morton, 2 Curtis, 454; The Clinton Bridge, 1 Walworth, 155) these principles were applied to treaties with foreign nations." (Die richterlichen Entscheidungen, die ich nicht selbst vollständig gelesen habe, sondern nur aus anderen Büchern kenne, zitire ich in der amerikanischen Weise.)

[1]) „This treaty had existed for a quarter of a century. It could only have been ratified by a majority of two-thirds of the Senate; and it could hardly be expected that the President of the United States, upon his own authority, would abrogate and annul this treaty, without the advice and consent of that body." Deb. of Congr., XV. p. 78.

[2]) Er sagt in einer Rede, die er am 7. Nov. 1845 in Faneuil Hall hielt:

wenig Zeit zu nüchterner Erwägung, so pflichtete sicher die große Majorität des Volkes dieser Ansicht bei[1]). Alles hing daher vielleicht davon ab, ob es den Schreiern gelang im ersten Ansturm eine Kündigungsresolution durchzusetzen. Unstreitig stand das im Repräsentantenhause weit mehr zu besorgen als im Senat, theils weil sowohl die Leidenschaften als die Demagogie dort ein viel besseres Operationsfeld fanden und theils weil eine gewissenlose Majorität dort leicht durch die „Regeln" der Debatte einen Riegel vorschieben konnte. Ein schneller und vollständiger Sieg der Radikalen im Hause konnte aber leicht auch auf den Senat einen scharfen Druck ausüben, da es in dem Falle unberechenbar war, bis zu welchem Grade die Massen durch das rothe Tuch der eifersüchtigen Abneigung gegen England in überlegungslose Erregung versetzt werden könnten.

Dazu kam noch eine andere Gefahr. War es dem Repräsentantenhause gelungen, in der Kündigungsfrage die führende Rolle zu spielen, so war es keineswegs unmöglich und vielleicht nicht einmal unwahrscheinlich, daß es bis auf einen gewissen Grad mit einem Anspruch durchdrang, dessen Durchsetzung die Aussichten auf eine friedliche Verständigung vollends auf ein Minimum hätte zusammenschwinden lassen. Ingersoll hatte schon im März 1844 die Behauptung aufgestellt, daß die Oregon-Frage nicht ohne Mitwirkung des Hauses zum Austrage gebracht werden dürfe, weil es sich in ihr um Unionsgebiet handele[2]). Er berief sich dabei namentlich auf eine Rede Henry Clay's vom 3. April 1820 über den Florida-Vertrag, in der dieser die Ansicht verfochten hatte, daß die ausschließliche Befugniß der Vertragsmacht hinsichtlich

„the man who shall incautiously, or led on by false ambition or party pride, kindle those fires of war over the globe on this question, must look out for it — must expect himself to be consumed in a burning conflagration of general reproach." Curtis, Life of Dan. Webster, II. p. 258.

[1]) Rives schreibt den 9. März 1846 an Crittenden: „Foreseeing that our friends in the Senate from their high official position, would naturally feel themselves restrained in the expression of any unfavorable judgment on our boasted title to the whole of Oregon, I thought I would venture to say a word or two to suggest for consideration some doubts respecting the infallibility of our friend Buchanan's dialectics upon the old Spanish title. This question of right, by-the-by, though a very delicate one to discuss, lies at the bottom of the whole subject with the people. If they can believe our right clear, they will maintain it (at) all hazards." Coleman, Life of Crittenden, I. pp. 236, 237. Diese Bemerkung trifft meiner Ansicht nach den Nagel auf den Kopf.

[2]) Niles' Reg. LXVI. p. 62.

Grenzbestimmungen sich darauf beschränke, zweifelhafte Grenzen zu fixiren, d. h. durch Vertrag festzusetzen, wo eine angestrittene Grenze sei; wenn es dagegen zu bestimmen gelte, wo eine Grenze sein solle oder beide Momente sich in einem Vertrage vereint finden, müsse die Vertragsmacht die Zustimmung des Kongresses einholen, da die Konstitution dem Kongreß das Recht verleihe, über das Territorium der Vereinigten Staaten zu disponiren und daher ohne Einwilligung des Kongresses kein Vertrag giltig sein könne, in dem Unionsgebiet aufgegeben (alienate) werde[1]). Schon 1795 und 1816 war die Kompetenzgrenze der Vertragsmacht Gegenstand eingehender Debatten gewesen, aber damals war nicht beansprucht worden, daß auch Grenzverträge über Gebiete, die nicht thatsächlich im Besitz der Vereinigten Staaten waren, der Sanktion des Hauses bedürften[2]). Hinsichtlich solcher Fälle war Clay's Raisonnement offenbar zu subtil: es machte eine Unterscheidung ohne einen Unterschied. Außerdem war nicht nur das angestrittene Recht wiederholt von der Vertragsmacht ausgeübt worden, sondern die Verfassung sagte auch nichts darüber, daß dem Hause unter irgendwelchen Umständen eine Mitwirkung bei dem Abschluß von Verträgen zustehe, geschweige denn wie dieselbe ausgeübt werden solle. Wie weit die Kompetenz der Vertragsmacht sich erstrecke, mochte fraglich sein; aber es ist schwer zu verstehen, wie bestritten werden kann, daß die Vertragsmacht — wie weit oder wie eng auch immer ihre Grenzen gezogen sein mögen — von der Konstitution ausschließlich dem Präsidenten unter Mitwirkung des Senates übertragen worden ist. Anderson von Kentucky behauptete daher, die Konsequenz des von Clay erhobenen Anspruches würde sein, daß Gebietsstreitigkeiten überhaupt nicht gütlich verglichen werden dürften, sondern die Vereinigten Staaten immer Krieg führen müßten, bis sie sich den letzten Zoll des fraglichen Landstriches gesichert hätten[3]). So absurd und ungeheuerlich das Anderson erscheinen mochte, jetzt wurde diese Folgerung doch in bitterem Ernste gezogen. Im Hause brachte Douglas am 19. Dezember eine Resolution ein, die jedes Kompromiß für unzulässig erklärte[4]), und zehn Tage später beantragte Hannegan im Senat Resolutionen, die der Bundesregierung

[1]) Speeches of H. Clay, I, App. pp. VI, XI.

[2]) Deb. of Congr., VI. p. 583.

[3]) ib. VI. p. 597.

[4]) „Resolved, That the title to any part of the Oregon Territory south of 54° 40′ of north latitude is not open to compromise so as to surrender any part of said territory." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 86.

rundweg das Recht absprachen, Unionsgebiet einer fremden Macht zu überlassen [1]). Den Radikalen war also die Kündigung der Konvention identisch mit einer peremptorischen Ausweisung England's aus dem Territorium. Und wenn sie auch nicht, wie Hannegan wünschte, gleich die Schiffe hinter sich verbrannten, so konnte das Haus doch gewiß das alte Raisonnement Clay's als ein fast unübersteigliches Hinderniß einem Kompromiß in den Weg werfen, wenn einmal die Kündigung der Konvention in diesem Geist erfolgt war.

Wie man auch darüber denken mochte, ob die Fortdauer des bisherigen Verhältnisses hinsichtlich Oregon's wünschenswerth oder auch nur möglich sei, die Befürworter einer friedlichen Verständigung mußten mithin jedenfalls den Radikalen gleich an der Schwelle entgegentreten, d. h. sie mußten die Kündigung zu verhindern suchen, so lange sie als im Sinne der Radikalen und der Botschaft des Präsidenten beschlossen angesehen werden konnte. Die Friedensfreunde athmeten daher tief auf, als Calhoun sich mit äußerster Entschiedenheit gegen die Kündigung erklärte, denn man glaubte daß es von ihm abhinge, nach welcher Seite im Senat das Zünglein der Wage ausschlüge. Den Resolutionen Hannegan's trat er sogleich mit einer Reihe anderer Resolutionen entgegen, in denen er auf der ganzen Linie gegen die Radikalen Front machte, ohne jedoch ein eigenes positives Programm aufzustellen. Es stehen sich einander widersprechende Ansprüche gegenüber, die wiederholt Gegenstand von Unterhandlungen gewesen sind und die Kompetenz der Vertragsmacht hinsichtlich derselben kann nicht bestritten werden — das war in drei Worten der Inhalt seiner Sätze [2]). An der kurzen einleitenden Debatte, die sich unmittelbar an die beiden Anträge anknüpfte, betheiligte er sich nur mit einigen allgemeinen Bemerkungen, die jedoch bereits erkennen ließen, daß die Resolutionen sein ganzes Programm enthielten, obwohl sie nur eine Verwahrung gegen die Behauptungen Hannegan's waren. Sein Programm war eben zweck- und zielbewußte Programmlosigkeit, d. h. er verharrte auf dem Standpunkte, den er

---

[1]) „Resolved, That the country included within the parallels of 42° and 54° 40′ north latitude, and extending from the Rocky Mountains to the Pacific Ocean, known as the Territory of Oregon, is the property, and part and parcel of the territories of the United States.

Resolved, That there exists no power in this Government to transfer its soil and the allegiance of its citizens to the dominion, authority, control, and subjection of any foreign power, prince, state, or sovereignty. ib. p. 109.

[2]) Deb. of Congr., XV. p. 301.

1843 eingenommen und verfochten hatte. Triebe man es jetzt zur Krisis, so würde zunächst „jeder Zoll" des Territoriums verloren gehen und dereinst der Kampf um dasselbe wieder aufgenommen werden müssen; überlasse man dagegen der Zeit die Lösung des Problems, so müsse Oregon von selbst den Vereinigten Staaten zufallen, denn ihnen habe die Natur es zugewiesen und unaufhaltsam sei die Tendenz ihrer Entwickelung nach Westen vorzudringen.

Calhoun durfte sich um so mehr an diesem kurzen Hinweis auf seine Rede vom 24. Januar 1843 genügen lassen, als nicht nur alles was er damals zur Begründung des ersten Theiles dieser Behauptung gesagt hatte, noch immer volle Geltung hatte und schlechthin unwiderleglich war, sondern die Vereinigten Staaten überdieß noch in dem Maße unvorbereitet für einen Krieg mit einer Macht wie England waren daß, wie sehr man auch die Mahnung von Cass beherzigen mochte, es unmöglich war in halbwegs zureichender Weise gerüstet dazustehen, wenn die Dinge sich so rasch abwickelten, wie die Radikalen es wünschten [1]). Allein wenn mithin auch sein altes Raisonnement über und über hinreichte jeden kühl überlegenden Patrioten zu überzeugen, daß alles vermieden werden müsse, was den Streit vor das Forum der Schlachtengötter verweisen könnte, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß er andere und ihm viel gewichtiger erscheinende Gründe verschwieg, die ihm einen Krieg mit England um dieser Frage willen geradezu als verbrecherischen Wahnwitz ansehen ließen.

Nach der Erklärung der Baltimore Konvention mußte erwartet werden, daß die Demokraten die Oregon-Frage als eine strikte Parteifrage behandeln würden, in der die einzelnen Politiker ihre individuellen Ansichten dem Parteigebote unterzuordnen hätten. Allein wenn der Streit auch bis zuletzt nicht vollständig des Charakters einer Parteifrage entkleidet wurde, so sprang es doch weit mehr in die Augen und war ungleich bedeutsamer, daß die entschiedensten Vorkämpfer der ent-

[1]) Niles' Reg. LXIX. p. 354 druckt einen interessanten Artikel des New York Journal of Commerce hierüber ab. Nur eine Dampffregatte sei völlig im Stande und eine zweite könnte nach dreimonatlichen Reparaturen in Dienst gestellt werden. Der Bau solcher Schiffe erfordere zwei Jahre und man habe nur fünf Etablissements, in denen er überhaupt möglich sei. Die Einfuhr von Salpeter würde mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein und der Vorrath reiche nur für sechs Monate. Man habe nur eine Kanonengießerei und hinsichtlich des Pulvers hänge man ganz von Privatfabriken ab, über deren Fabrikate man nicht genügend unterrichtet sei. „We might go on through the whole catalogue and show our deficiencies in each particular, but we forbear."

gegengesetzten Ansichten scharf umgrenzte geographische Gruppen bildeten. Der Nordwesten forderte nahezu einhellig mit leidenschaftlichem Ungestüm, daß man auf jede Gefahr hin an der Deklaration der Baltimore Platform festhalte und endlich der Politik des schwächlichen Hinauszögerns der Entscheidung absage. Man wird wohl annehmen dürfen, daß die Größensucht, die immer in dem Westen ihren Hauptsitz gehabt hat, nicht ganz ohne Einfluß darauf gewesen ist. Allein der Ernst der Sache wurde doch zu sehr gewürdigt, um eitel Stimmungspolitik zu treiben. Gewiß erschien auch dem Westen ein Krieg mit England in weit geringerem Maße als den anderen Theilen des Landes eine Gefahr und ein Unglück. Seine geographische Lage schützte ihn davor, unmittelbar in die Kriegsnöthe hineingezogen zu werden und es fehlte auch nicht an Leuten, die seine vornehmsten wirthschaftlichen Interessen durch einen solchen Krieg eher gefördert als geschädigt zu sehen erwarteten[1]). Unstreitig schlug man aber doch den Patriotismus des Westens zu niedrig und seine rücksichtslose Eigensucht zu hoch an, wenn man seine Haltung lediglich auf solche Motive zurückführte. Er stand wirklich für ein großes nationales Interesse ein, das schon seit Jahrzehnten Staatsmänner und Patrioten wie Adams lebhaft beschäftigte. Die Sicherung des Besitzes von Oregon war in gewissem Sinne nicht selbst Endzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Es galt die dominirende Position in der nördlichen Hälfte des Stillen Ozeans und speziell die günstigste Stellung hinsichtlich des Handels mit China und Japan. Douglas sprach es denn auch offen aus, daß man sich nicht einmal mit ganz Oregon begnügen könne, sondern nicht eher ruhen dürfe, als bis England vollständig von der Westküste Amerika's verdrängt sei, an der es sich ohne jeden Rechtstitel festgesetzt habe[2]). Auch daran war ja

[1]) „The principal war feeling comes from the Northwest. Those new States, full of enterprise, and fast becoming full of people, and being so circumstanced as to have nothing which would be put to hazard by war, seem to look upon war as a pleasant excitement or recreation. They have no cotton crops, and no ships; while war would create much employment among them, raise the price (as they think) of their provisions, and scatter money." Mr. Webster to Mr. Sears, Wash., Jan. 17, 1846. Webst.'s Priv. Corresp. II. p. 215.

[2]) „. . the great point at issue, the great struggle between us and Great Britain, is for the freedom of the Pacific Ocean, for the trade of China and of Japan, of the East Indies, and for the maritime ascendency on all these waters. That is the great point at issue between the two countries, and the settlement of this Oregon question involves all these interests. And in order

freilich der Weſten — ganz abgeſehen von den großen unmittelbaren und mittelbaren Vortheilen eines lebhaften Durchfuhrhandels — in ſo fern am meiſten intereſſirt, als er Gefahr laufen konnte in ſeinem Getreidereichthum zu erſticken, wenn dereinſt der ſüdliche und öſtliche Markt nicht mehr hinreichen ſollten und er nicht rechtzeitig dafür Sorge getragen hatte, ſich dann neue Abſatzgebiete im Weſten eröffnen zu können. Aber erſtens war alles ein nationales Intereſſe, was in ſolchem Maße einen ſo großen Theil der Union intereſſirte, und außerdem mußten offenbar Kapital, Handel und Induſtrie, die im Oſten ihren Sitz hatten, noch früher und direkter großartige Vortheile daraus ziehen, wenn Amerika ſeiner geographiſchen Lage entſprechend in kommerzieller Hinſicht das verknüpfende Mittelglied zwiſchen Oſt-Aſien und Weſt-Europa wurde und die Vereinigten Staaten dieſe Vermittlerrolle thatſächlich mehr oder minder monopoliſirten.

Dem Nordweſten ſtand faſt ebenſo feſt geſchloſſen der Süden gegenüber. Wohl kamen auch aus ſeiner Mitte einige Reden die einen ſehr hohen Ton anſchlugen, aber es iſt unverkennbar Theaterdonner[1]). Nur ganz vereinzelte Stimmen wurden laut, die ſich gerade heraus gegen jedes Kompromiß erklärten, und auch bei ihnen kann man ſich nicht des Gefühles erwehren, daß ſie weit weniger tapfer reden

---

to maintain these interests, and secure all the benefits resulting from them, we must not only go to 54° 40′, but we have got to exclude Great Britain from the coast in toto. . . . Give up to this power, which holds this control over all the balance of the globe, this Oregon Territory, the key to the Pacific, with its harbors, its islands, and its bays, and she is in a position to hold in check all the navies of the world, and that, too, while we will have the opportunity to reap all these advantages." Deb. of Congr., XV. pp. 353, 355.

[1]) So z. B. ſagte Howell Cobb: „Sir, upon this day, this memorable glorious 8th of January, let it not be said by American statesmen, in an American Congress, that this Government can be injured, can be deprived, can be weakened in her just and unquestionable rights by a conflict with Great Britain, or with any other Government. If war come, I venture the prediction that when it terminates we will have the consolation of knowing that not a British flag floats on an American breeze; that not a British subject treads on American soil." ib. p. 327. — Webſter ſchreibt in dem vorhin angeführten Brief: „The South will be nearly united against notice, though too many Southern members make violent speeches for home consumption." — Siehe auch Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., p. 540 über Reſolutionen der Legislatur von Miſſiſſippi, eines der hübſcheſten Beiſpiele dafür, wie der Süden mit dem ernſteſten Geſichte gleichzeitig ja und nein ſagte.

würden, wenn sie erwarteten, beim Wort genommen zu werden. Auf der anderen Seite wird aber mit wenigen Ausnahmen vorerst auch noch nicht offen einem Kompromiß das Wort geredet. Man betheuert treu zur Baltimore Deklaration zu stehen und behauptet nur Calhoun's Politik „meisterhafter Unthätigkeit" sei der einzige Weg die gerechten Ansprüche der Vereinigten Staaten durchzusetzen. Damit war gesagt, daß der Süden von einem Krieg um Oregon nichts wissen wollte, und in so weit entsprechen diese Reden weit mehr der Wahrheit als jene hohlen Deklamationen, die sowohl kitzeln wie täuschen sollten; dennoch aber machten sie noch mehr den Eindruck der Unaufrichtigkeit und zwar gerade weil sie indirekt und widerwillig die Wahrheit eingestanden. Die Reden der Vertreter des Südens sind in den verschiedensten Klangfarben gehalten, aber ausnahmslos durchzieht sie eine verletzende Kühle, die durch das studirte Pathos noch empfindlicher wird. Man achtet nicht darauf wie der einzelne Redner das Thema variirt, denn man fühlt es der allen gemeinsamen Kühle an, daß der Süden die Frage nicht vom nationalen, sondern von seinem spezifisch sektionellen Standpunkte aus beurtheilt und entschieden zu sehen wünscht. Diese spezifischen Interessen wiesen ihm aber seinen Weg mit solcher Deutlichkeit, daß er auch von denen, die in die Trompetenfanfaren des Nordwestens einstimmten, unmöglich erkannt werden konnte.

Giddings, der so wenig mit den Wortführern des Westens gemein hatte, ging in dieser Frage doch mit ihnen zusammen, weil, wie er erklärte, der Süden dem Norden diese Politik aufgezwungen habe. „Die Annexion von Texas", sagte er, „hat ganz Oregon zu einer Nothwendigkeit gemacht, um das Gleichgewicht der Macht wieder herzustellen. Durch die Annexion von Texas haben die Sklavenstaaten jetzt eine Majorität im Senat. Sie werden diese Majorität behalten, wenn wir nicht unsere nordwestliche Grenze weiter vorrücken. Durch die Annexion von Texas ist der Schutz der freien Arbeit des Nordens der Kontrole der Sklavenmacht überliefert worden; unsere konstitutionellen Rechte und die Ehre unserer freien Staaten sind der Obhut von Sklavenhaltern überantwortet worden"[1]). Daß ein Krieg, wie Giddings weiter meinte, auch alle die anderen englischen Besitzungen in Nord-Amerika in den Besitz der Union bringen und dadurch dem Norden ein großes Uebergewicht geben würde[2]), mochte der Süden für einen thörichten

[1]) Giddings, Speeches, p. 151.

[2]) „But another consequence would, in all human probability, result from a war with England. We should obtain the Canadas, Nova Scotia, and New

Traum halten. Gewiß aber war ihm der Gedanke nicht angenehm, dem Norden zu einem Aequivalent für den Vortheil verhelfen zu sollen, den er eben nach so langen Kämpfen und mit so großen Anstrengungen errungen hatte. Auch Webster erklärte es für undenkbar, das zustimmende Votum eines einzigen Südländers zu erhalten, wenn sich dem Norden eine Gelegenheit zu Gebietserwerbungen böte[1]). So weit das Recht der Vereinigten Staaten auf Oregon wirklich unzweifelhaft ein besseres war, durfte man gewiß auch auf den Süden zählen, denn die Ehre des Landes lag ihm nicht minder am Herzen als dem Norden. Aber schwerlich that man ihm Unrecht, wenn man trotz seiner Versicherungen überzeugt war, daß es ihm lieber sein würde, wenn alles was darüber hinauslag, England zufiele. Zum Theil gestand er ja vielleicht das sich selbst nicht ein, aber so weit war er sich jedenfalls klar darüber, daß er keine Anstrengungen machen und keine Opfer bringen wollte, um Gewichte in die Wagschale des Nordens zu heben, auf die die Union nicht einen unanfechtbaren Rechtstitel hatte. Eine Politik, die auf einen Krieg mit England hinauslaufen konnte, mußte daher von ihm bekämpft werden, denn wie viel Ruhm und wie großen Gewinn ein solcher Krieg auch der Union eintragen mochte, die speziellen Interessen des Südens mußten durch ihn auch im günstigsten Falle schwer geschädigt werden. Selbst wenn die pomphaften Reden allein hingereicht hätten die englische Herrschaft von dem amerikanischen Festlande fortzufegen, das konnte doch auch der phantasievollste Sanguiniker und der dreisteste Demagoge nicht leugnen, daß England vorerst eine ungeheure Uebermacht zur See habe. Ein Krieg mit ihm war darum der empfindlichste Schlag, der die nur vom Export lebenden Pflanzerstaaten treffen konnte[2]). Ehe noch der erste Kanonenschuß abgefeuert worden war, mußte die Kriegsgewißheit

Brunswick, adding at least six new States to the northern portion of the Union, each possessing double the population of Texas." ib. p. 161.

[1]) Webst.'s Works, V. pp. 57, 58.

[2]) Der Charleston Mercury schreibt den 4. Nov. 1845: „the interruption of peace with England and the destruction of intercourse with all the world, which would be the consequence, is something more than a question for braggarts and fools to spout about. We do not believe that southern statesmen are quite prepared to sacrifice the whole resources of their section on such an issue; that they are ready to maintain at a cost of two million bales of cotton per annum, that we have a 'clear and unquestionable title' to every foot of ground in a territory which we have consented to occupy in common with the other claimant for twenty years, and the ownership of which has been in dispute ever since the country was discovered."

sich bis in die Wurzeln seines wirthschaftlichen Lebens hinab fühlbar machen. Je ungewisser es wurde, ob die Produkte der Sklavenarbeit würden verwerthet werden können, desto mehr mußten die Sklaven im Werthe fallen. Die Sklavenhalter erlitten also nicht nur eine Einbuße an Zinsen, weil die Arbeit ihres lebendigen Kapitals mehr oder minder unproduktiv wurde, sondern dieses Kapital selbst erlitt eine Werthverminderung, die allerdings vermuthlich nur eine vorübergehende war, aber trotzdem in unzähligen Fällen sehr herb empfunden werden mußte, weil die Sklaven in so hohem Grade die Stelle des Barkapitals vertraten: das Licht war an beiden Enden angesteckt und die Flammen erhöhten gegenseitig ihre Intensität. Währte der Krieg einige Jahre und behauptete England sein Uebergewicht zur See, so wurden vielleicht endlich gar die Sklaven aus einem unproduktiven zu einem fressenden Kapital, während die Anforderungen des Krieges in dem von Hause aus geldarmen Süden nicht minder als im Norden und Westen die Steuerschraube immer fester anzogen. Und auch das war das Schlimmste noch lange nicht, was für den Süden gar sehr im Bereiche der Möglichkeit lag. War in einem Kriege zwischen diesen beiden Mächten Canada die verwundbarste Stelle Englands, so war der Süden die Achillesferse der Union. Wie wenn England die Drohung wahr machte, die einige seiner Staatsmänner gelegentlich hatten fallen lassen, das wandelnde Kapital des Südens als Menschen zu adressiren und zum Kampf um die volle Anerkennung seiner Menschheit aufzurufen? Daß es in den beiden früheren Kriegen verhältnißmäßig so wenig Vortheil aus den Sklaven hatte ziehen können, bewies nicht viel. Damals hatte die Sklaverei auch noch in den westindischen Besitzungen Englands existirt; jetzt dagegen konnte es von dorther farbige Truppen in die Sklavenstaaten werfen, und daß ihnen die Insurgirung der Sklaven gelingen dürfte, konnten wenigstens diejenigen Südstaaten nicht für ganz unmöglich halten, die es für nöthig erachteten die einzelnen farbigen Matrosen und Köche der Schiffe, die in ihre Häfen kamen, in's Gefängniß zu werfen. Die Folgezeit hat gelehrt, daß der Süden mit Recht das Unglaubliche von der Treue seiner Sklaven erwarten durfte und er mochte daher auch jetzt einen Sklavenaufstand für im höchsten Grade unwahrscheinlich halten; aber die Möglichkeit ließ sich nicht fortraisonniren und der Gedanke an die bloße Möglichkeit reichte hin, eisige Schauer durch die Glieder fester Männer rieseln zu lassen[1]). Es war

[1]) „Servile insurrections torment their (our southern friends) imaginations;

daher weder zu verwundern noch zu verübeln, wenn der Süden voll-Schrecken dem Präsidenten in die Arme fiel, der, obwohl er ihm angehörte und sicher gewillt war die Interessen der Sklavokratie auf das Beste wahrzunehmen, völlig blind für die Gefahren zu sein schien, die er über den Süden heraufbeschwor [1]).

Giddings hatte Recht, wenn er sagte der Westen trete nur in die Fußtapfen des Südens und dieser habe sich allein alles Unheil zuzuschreiben, das für ihn aus einem Kriege mit England erwachsen könne. Wenn er dem noch hinzufügte, daß man ihn (den Süden) jetzt zwingen werde den Giftkelch bis auf die Neige zu leeren und Hunderttausende über sein Unglück lachen würden, so war das eine wilde Uebertreibung [2]). Kein einsichtsvoller Patriot — wie glühend er auch die Sklaverei haßte — durfte wünschen, daß die Ketten der Sklaven durch einen vom Feinde erregten Aufstand gebrochen würden. Vielleicht konnte die Sklaverei nur in einem ungeheuren Blutstrom enden, aber wenn dem so war, dann mußte es Bürgerblut sein, denn nur dann konnte der Kampf die sittlichen Kräfte wecken, deren Vorhandensein und Bethätigung die erste

---

rapine, blood, and murder dance before their affrighted visions. They are now seen in every part of the hall, calling on whigs and democrats to save them from the dreadful consequences of their own policy." Giddings, Speeches, p. 159. cfr. a. Mem. of J. Q. Adams, XII. p. 238.

[1]) Seward schreibt den 23. Jan. 1846: „The South is panic-struck concerning war with England; and boldness is regarded as madness and guilt." F. W. Seward, Autobiography of W. H. Seward, p. 780. Westcott von Florida sagte im Senat: „Gentlemen of the Far West... did not properly appreciate the imminent danger which hangs over the south-eastern coast in the event of a war. There was not a gun mounted on the whole line of the coast." Deb. of Congr., XV. p. 366.

[2]) „Well, Sir, I reply to them, — this is your policy, not ours; you have forced us into it against our will and our utmost opposition; you have prepared the poisoned chalice, and we will press it to your lips until you swallow the very dregs.

I would not be understood as desiring a servile insurrection; but I say to southern gentlemen that there are hundreds of thousands of honest and patriotic men who 'will laugh at your calamity, and will mock when your fear cometh'. If blood and massacre should mark the struggle for liberty, of those who for ages have been oppressed and degraded, my prayer to the God of Heaven shall be, that justice, stern, unyielding justice, may be awarded to both master and slave... if blood be shed, I should certainly hope that it might be the blood of those who stand betweeu them and freedom, and not the blood of those who have long been robbed of their wives and children, and all they hold dear in life." Giddings, a. a. O.

Vorbedingung dafür war, daß die Emanzipation sowohl den Sklaven selbst wie dem gesammten Lande zum Segen gereichte. Die abolitionistischen Schlußfolgerungen, die Giddings aus seinem Vordersatze zog, konnten weder im Kongreß noch im Volke ein lautes Echo finden, aber dem Vordersatze selbst stimmten sogar viele der getreuesten Schildknappen der Sklavokratie nachdrücklich zu. Wohl kleideten die übrigen Vertreter des Westens ihn in eine andere Form, aber keineswegs zum Vortheil des Südens. 'Wir haben einen Pakt geschlossen; unsere Verpflichtung haben wir eingelöst, nun erfüllt die Eure', — das ist das A und das O ihres Raisonnements, an dem alle die schönen Argumente der südlichen Herren wie Glas an einem Felsen zersplittern. Die Baltimore Konvention, sagte Hannegan, ist die Wiege der Zwillinge Texas und Oregon; kaum aber haben wir Texas in Eure Arme gelegt, so sucht Ihr Oregon zu erwürgen[1]).

„Der Schein, der Schein!" Widerlegen ließ sich das Argument nicht. Der Süden mußte entweder den Schein verleugnen oder zusehen, wie er durch grobe oder feine Sophistereien seinen offenbaren Inhalt fortinterpretiren konnte. Verleugnet werden konnte die Erklärung der Baltimore Konvention nicht und der Süden wagte auch nicht zu bestreiten, daß sie ein Pakt zwischen ihm und dem Westen gewesen sei. Hunter von Virginia sprach die tiefe Dankbarkeit des Südens für den Dienst aus, der ihm von dem Westen geleistet worden sei[2]), und Bedinger von demselben Staate bekannte geradezu, daß der Süden sich zum entsprechenden Gegendienst in der Oregon-Frage verpflichtet habe. Er behauptete jedoch auch weiter, daß der Süden dieser Verpflichtung nachkommen wolle und werde[3]). Dasselbe versicherten auch Calhoun,

[1]) „Texas and Oregon were born the same instant, nursed and cradled in the same cradle — the Baltimore Convention — and they were at the same instant adopted by the democracy throughout the land. There was not a moment's hesitation, until Texas was admitted; but the moment she was admitted, the peculiar friends of Texas turned and were doing all they could to strangle Oregon!" Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 110.

[2]) „The South acknowledges its obligations to our western friends; we feel it, feel it deeply and strongly, and would most gladly requite it. This, I believe, we may do by pursuing such a course of policy as presents the only hope of obtaining all Oregon, whilst it would save us from the dangers and sacrifices of a war for which we are unprepared, and into which we must enter under circumstances less propitious than they are ever likely to be hereafter." ib. p. 92.

[3]) „I would respectfully ask my western friends to put a little more confidence in the pledges of their southern brethren. It is not right nor gener-

Hunter, Yancey[1]) und alle die anderen Wortführer des Südens und sie thaten halb entrüstet und halb schmerzlich verwundert, daß der Westen auch nur einen Augenblick daran habe zweifeln können. Daraus durfte man ihnen doch keinen Vorwurf machen, daß sie den Westen mit freundschaftlicher Gewalt auf den Weg drängten, der allein an das Ziel führen konnte; und wenn das auch der Weg war, der den für sie so gefährlichen Krieg mit England vermied, so war das doch offenbar für alle Theile nur um so besser.

Hannegan warf dieser Argumentation die Frage entgegen, warum man denn in Texas Mexico gegenüber nicht die gleiche Politik „meisterhafter Unthätigkeit" verfolge, sondern sich sogleich des ganzen Gebietes versichere, für das man eben so wenig wie für das nördliche Oregon einen unangefochtenen Rechstitel aufzuweisen habe?[2]) Die Frage war höchst gewichtig und es war nicht leicht eine Antwort auf sie zu finden, die vor aller Welt ausgesprochen werden durfte. Allein bei dieser Gelegenheit bedurfte es ihrer nicht einmal, denn der Süden mußte die Antwort auf eine viel allgemeinere und nicht minder berechtigte Frage schuldig bleiben. So richtig auch sein gegenwärtiges Raisonnement war, es entschuldigte doch durchaus nicht sein Verhalten, denn warum hatte er mit ihm hinter dem Berge gehalten, als er den Pakt mit dem Westen schloß? Die Baltimore Konvention konnte nicht an eine Politik „meisterhafter Unthätigkeit" gedacht haben, wenn auch Calhoun das Wort schon 1843 ausgesprochen hatte, denn wenn man mit gekreuzten Armen den status quo fortdauern lassen wollte, so bedurfte es keinerlei Erklärung und ein herausforderndes Trompetengeschmetter war eine absurde Albernheit. Wenigstens die südlichen Demokraten hatten also doppeltes Spiel gespielt und ihre westlichen Parteigenossen gefliſſentlich

---

ous to accuse the South of the selfish disposition to avoid this contest on her own account, and in considerations of her own interests only. We pledge them southern integrity and southern honor that we will stand by them in the hour of need. We differ with them as to the policy proper to be pursued." ib. p. 120.

[1]) „I beg of our friends — of the West in particular, (and surely a Southron may well claim that sacred relationship to the sons of the West,) that if some of us of the South are disposed to put a curb on this hot impetuosity, we shall not be deemed their enemies on this great issue. Like them, I am for all of Oregon. With them, I believe our title to it to be complete against the world. My only desire is, that we so regulate our movements as to be able to secure it all." ib. p. 85.

[2]) ib. p. 110.

getäuscht. All' das süße Gerede über die ganz besondere Freundschaft des Südens für den Westen und die unzerreißbare Interessengemeinschaft dieser beiden Sektionen konnte daran nichts ändern[1]). Jefferson Davis mochte noch so emphatisch die alte Behauptung Calhoun's wiederholen, daß der Süden nicht im „sektionellen" Interesse die Annexion von Texas betrieben habe und noch so zuversichtlich behaupten, daß alle Versuche Zwietracht zwischen dem Süden und Westen zu säen, vergeblich wären[2]), solche Sirenengesänge konnten auch den naivsten Hinterwäldler nicht bethören. Viel mehr Eindruck machte die durch verdienten Spott verschärfte Warnung Culver's von New York, sich nicht zum zweiten Male hinter's Licht führen zu lassen und dem Süden auch noch zur Beseitigung des Schutzzolltarifs von 1842 zu verhelfen, ehr die Oregon-Frage erledigt worden sei; es bezahle sich allzu schlecht, dem Süden auf Kredit Dienste zu leisten[3]). Der Süden hatte allerdings

[1]) Von Jahr zu Jahr wird dieses Thema bei jeder Gelegenheit mit steigender Wärme und Ueberzeugungsgewißheit abgehandelt, und je mehr dem Süden diese behauptete Interessengemeinschaft zu einer axiomatischen Wahrheit wird, desto dreister wird er in seinen Forderungen und desto unbedenklicher erscheint es ihm, den Streit auf die Alternative der Sezession zuzuspitzen. De Bow's Commercial Review (I. Ser., Vol. I. pp. 20, 21) schreibt um diese Zeit: „They (der Süden und der Westen) are bound together by ties which can never be severed. Amid all the bitterness and jealousies which political influences have begotten, there is too much in common between these sections, too many similar interests exist, too many sympathies and connections, for them ever to act otherwise than united. Bound together in this way, their destinies are one. Elevated or depressed, it must be together." — Ich werde später näher auf diese Frage einzugehen und den Nachweis zu liefern haben, wie der Süden zu seinem Verhängniß von halbwahren Prämissen zu grundfalschen Schlußfolgerungen gelangte.

[2]) „Sir, why has the South been assailed in this discussion? Has it been with the hope of sowing dissension between us and our Western friends? Thus far, I think it has failed. Why the frequent reference to the conduct of the South on the Texas question? Sir, those who have made reflections on the South, as having sustained Texas annexation from sectional views, have been of those who opposed that great measure, and are most eager for this. The suspicion is but natural in them. But, sir, let me tell them that this doctrine of the political balance between different portions of the Union is no Southern doctrine. We, sir, advocated the annexation of Texas from high national considerations . . . nor, sir, do we wish to divide the territory of Oregon; we would preserve it all for the extension of our Union." Deb. of Congr., XV. p. 361.

[3]) „I ask my Northern Democratic friends if this is the way their southern allies fulfil their compacts? Have you not been cheated? Is this the reward

Recht, wenn er die Bande, die den Westen an ihn knüpften, für zu stark hielt, als daß sie durch seine Unredlichkeit in diesem Handel zerrissen werden könnten; allein der Keil des Mißtrauens war doch so tief in das Freundschaftsbündniß getrieben worden, daß der Westen von nun ab viel geneigter zu werden begann, die Natur und den Werth dieser Freundschaft kritisch zu prüfen. Der Westen mochte noch lange die verlässigste Gefolgschaft des Südens abgeben, aber vergeben und vergessen war die „punische Treue" nicht, die Hannegan von Anfang an befürchtet hatte [1]).

Da die heißen Redeschlachten im Kongreß auf dem Boden der Botschaft des Präsidenten mit ihrer Annahme der Baltimore-Deklaration und den derselben entsprechenden weiteren Propositionen geschlagen wurden, so scheint es auf den ersten Blick selbstverständlich, daß Polk sich in dieser Frage von dem Süden getrennt habe und ihn der Vorwurf punischer Treue unmöglich treffen könne. Allein es fällt doch auch sogleich auf, daß die Vertreter des Südens ihn durchaus nicht denunziren und unverkennbar bestrebt sind, seine Person möglichst aus dem Spiele zu lassen. Und diese rücksichtsvolle Haltung muß um so mehr die Aufmerksamkeit erregen, weil sie nicht nur scharf mit den sonstigen Gewohnheiten des Südens kontrastirt, sondern auch auf der entgegengesetzten Seite sich von Anfang an Leute finden, die nicht glauben, einen tieferen Gegensatz zwischen der Politik des Präsidenten und den Wünschen des Südens annehmen zu dürfen. Webster hatte schon am 15. Dezember mit der größten Bestimmtheit gesagt, Polk erwarte offenbar nicht einen Krieg und sehe überhaupt keine Gefahr [2]).

---

for your Texas fealty? Would you not have been wise to have kept Texas as a hostage for Oregon a few weeks? Pray, then, profit by experience. Don't be caught a second time. Southern friendship you will find co-extensive with southern interests, and deep as southern pockets. They want your help on one occasion more. They wish your co-operation in striking down the tariff of 1842. Give them this, and let them stave off Oregon till the deed is consummated, and then, my word for it, the favors you get from them for Oregon, or for any other interest not kindred to their own, will be few and far between." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., Append. p. 198.

[1]) „The time has now come when I should give the reason why I was not so much for Texas. Both Texas and Oregon were united in the Baltimore convention. But I dreaded — if Texas went first — I dreaded Punic faith. Yes, Punic faith." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 379.

[2]) Webst.'s Works, V. p. 61. Ebenso, aber noch schärfer Mangum am 9. Febr. Deb. of Congr., XV. p. 367.

Auch die feuereifrigsten Streiter für ganz Oregon konnten dem Präsidenten keinen Vorwurf daraus machen, wenn dem wirklich so war. Wollten sie sich ein Urtheil darüber bilden, ob und wie weit er in einem Gegensatz zu den Ansichten und Wünschen des Südens stand, so mußte die Frage so gestellt werden: Ist der Präsident für oder mindestens nicht gegen einen Krieg mit England, falls es sich erweist, daß die Vereinigten Staaten auf keine andere Weise in den Alleinbesitz von ganz Oregon gelangen können? Douglas antwortete darauf mit einem zwar indirekten, aber darum nicht minder nachdrücklichen Ja. Er behauptete, der Charakter Polk's sei eine absolute Garantie dafür, daß während seiner Präsidentschaft überhaupt kein Vertrag über die Nordgrenze von Oregon abgeschlossen werden würde, da er erklärt habe: „in Zukunft soll in keinem Theile des nordamerikanischen Kontinentes mit unserer Zustimmung eine europäische Kolonie oder Herrschaft gegründet oder errichtet werden"; er könne daher 54° 40′ ebenso wenig wie 49° oder irgend eine andere Linie als Grenze annehmen [1]). Für diese höchst überraschende Interpretation der Botschaft ist freilich nicht der Präsident, sondern ganz allein sein unberufener Lobredner verantwortlich. Doch wenn Polk auch nie daran gedacht hatte, sich zu verpflichten, keinen Fußbreit Landes westlich von den Felsengebirgen von der englischen Flagge überschatten zu lassen, so hatte er doch kurz und bündig ausgesprochen, daß er ein Kompromiß weder für möglich noch für zulässig erachte. Es ist aber schlechthin unerfindlich, was für ein neuer modus vivendi möglich war, wenn seiner Aufforderung gemäß der bisherige aufgehoben ward und er bei jener Erklärung blieb.

Vergeblich suchen wir in den Botschaften des Präsidenten und in den Debatten des Kongresses die leiseste Andeutung hierüber. Die

[1]) „Sir, he who knows the character of the man — he who knows the stern integrity of his political character — he who knows the consistency of his whole public life — he who knows his fidelity to his principles, must know that, during his four years, this 'settled policy' will not be unsettled by him. Sir, he is not the man to put the distinct declaration forth to the world in the name of his Government of a settled policy, and then to sneak back from it, to violate it, to disgrace himself and his nation, during that very presidential term in which he gave the notice. Then, I say, that during these four years, it is a settled, irrevocably settled question, that no treaty fixing a boundary for the nothern part of Oregon can be made. Sir, the making of any treaty fixing a boundary, would be a palpable violation of the very principle the President has put forth in his Message." Deb. of Congr., XV. p. 354.

Ansicht hingegen verbreitete sich immer weiter, daß der Präsident nicht nur keinen Krieg erwarte und wünsche, sondern auch von Hause aus entschlossen gewesen sei, es nicht zu einem Kriege kommen zu lassen. Was aber hatte er denn eigentlich mit seiner Botschaft gewollt? Man suchte noch nicht nach einer bestimmten Antwort auf diese Frage, weil man zu sehr durch die praktisch wichtigere Frage in Anspruch genommen war, was er jetzt wolle? Und hierauf antwortete ein Theil der Whigs: die Whigs sollen benutzt werden die Administration aus der bedenklichen Lage zu befreien, in die sie sich verfahren hat [1]). Diese Fraktion, an deren Spitze Adams stand, war der Ansicht, daß sowohl das Parteiinteresse am besten gewahrt, als auch hinsichtlich Oregon's am meisten erreicht und der Friede am sichersten erhalten werden würde, wenn man einmüthig die Kündigung der Konvention von 1818/27 beschlösse und mit festem, hohem Tone für die Ansprüche der Vereinigten Staaten einstünde. Dagegen sah ein anderer Theil unter der Führung von Webster und Winthrop nicht nur für die Partei eine Gefahr in einer solchen Unterstützung der Administrationspolitik, sondern er glaubte vornehmlich auch nicht die Verantwortlichkeit für die furchtbaren Konsequenzen übernehmen zu dürfen, die dem ganzen Lande aus einem zu entschiedenen Auftreten und speziell aus der Kündigung der Konvention erwachsen könnten [2]).

[1]) Seward schreibt den 2. Jan. 1846 aus Washington an Weed: „He (Clayton) . . . unfolded a web of sagacious policy, designed to defeat Calhoun in his purpose of making the Whigs extricate the Administration party from the difficulty into which they were falling in regard to Oregon." Autobiography of W. H. Seward, p. 771.

[2]) „I spent last evening most singularly. Mr. Adams had made a speech, in which he demonstrated our claims to Oregon, and a readiness to defend them, which would form the proper ground on which negotiations could be conducted with the aid and support, at least, of the Whig party. The Democrats applauded him to the echo. The Whigs straggled from him, stumbled, and fell. The evening brought all the New York Whigs to my room for consultation. They concluded unanimously to sustain him, but the Whigs of the other States are panic-struck. Still the like counsels prevail in the Senate, and will be supported by all the Whigs except Mr. Webster. . . . You will see Mr. Adams's wise, sagacious, and noble speech. You will see that the New York Whigs, in the main, stand by him. They all will do so. But Massachusetts, Connecticut, Ohio and Kentucky Whigs are as credulous as all are honest. There is great danger that they may falter. The only way to secure peace, or save the Whig party, is to show harmony and unanimity in asserting our rights and in readiness to defend them. The responsibilities will break down those who lead to danger, and we shall be able to negotiate

Während Webster mit Befriedigung Calhoun die Führerschaft der Opposition im Senat übernehmen sah [1], waren jene entrüstet über einen solchen unnatürlichen Bund zwischen ihren Parteigenossen und dem großen Nullifikator. Seward prophezeite ihnen, daß der Sturm der öffentlichen Meinung sie von ihren Sitzen fegen werde, wenn sie es dahin brächten, daß der Senat sich einer schneidigen Politik entgegenstelle [2]. Im Repräsentantenhause erwartete er die zaghaften Whigs, wenn auch nur zögernd und widerwillig, sich endlich doch zu einer mannhaften Haltung aufraffen zu sehen, so daß es doch nicht gelingen würde, die Whigs in das Licht einer hasenherzigen Friedenspartei zu stellen, die allein dafür verantwortlich sein würde, wenn das patriotische, einer großen Nation würdige Programm der Administration nicht durchgeführt werden könnte [3]. Das war es, worauf nach Ansicht

safely. Calhoun and Webster are trying to effect an illstarred coalition of nullifiers with Whigs, to save slavery and free trade." Derf. an denf. 3. Jan. l. c. — Und den 6. Januar: „It is quite doubtful whether the counsels of Webster and Winthrop will not prevail in bringing the Whig party into their lineal position as heirs of Federalism. The majority are breaking down before the demonstrations of support the Administration receives from us. The North and West are already deserted by their unprincipled Southern allies." ib. p. 772.

[1]) „Most of the Whigs in the Senate incline to remain rather quiet, and to follow the lead of Mr. Calhoun. He is at the head of a party of six or seven, and as he professes still to be an administration man, it is best to leave the work in his hands, at least for the present." Webst.'s Priv. Corresp., II. p. 215.

[2]) „The resolution for 'notice' will pass the House by a large majority. The Whigs approach it with cautious steps, each beginning with modifications; but they will go the whole in the end.

In the Senate, I now think that Mr. Calhoun, with Benton's aid, will try to defeat the motion altogether, or pass a resolution so pusillanimous as to be equally calamitous.

Crittenden's resolutions are a ground of compromise, but the Southern Whigs won't come up to them. They will fail altogether, and I look to see Calhoun take the Whigs with him. . . . It is in vain that I tell them that if 'notice' passes in the House, and is defeated in the Senate, the Senators will be instructed, and the obnoxious peace-offering will be the signal of a tempest that will sweep them all from their places." Autobiography of W. H. Seward, pp. 775, 776.

[3]) „The Oregon question begins to drag. The panic of Wall Street has begun to wear off there. It will appall some of our friends here a while longer, but I think we are safe from the peace-party attitude being forced upon us by the Democratic gamblers." 30. Jan. ib. p. 784.

dieser Fraktion der Whigs der Präsident hinaus wollte. Daß er energisch genug vorgehen werde, um den Frieden wirklich ernstlich zu gefährden, glaubten sie nicht, und ganz unzweifelhaft war es ihnen, daß er abwiegeln werde, wenn er wider Willen doch durch die Konsequenzen seiner ersten Schritte bis an den Rubico gedrängt werden sollte [1]).

Die weitere Geschichte der Oregon-Frage wird zeigen, daß dieses jedenfalls die am nächsten liegende und ungezwungenste Erklärung für die Haltung des Präsidenten war, wenn es überhaupt eine andere gab. Sieht man näher zu, so wird man geneigt anzunehmen, daß Seward und seine Gesinnungsgenossen ihn eher noch zu günstig als zu scharf beurtheilten. Alles deutet darauf hin, daß er sich nicht etwa gedankenlos in Schwierigkeiten und Gefahren gestürzt habe, über die ihm erst die Debatten im Kongreß nach und nach die Augen öffneten. Wenn, sagte Webster in einer späteren Rede (26. Februar), das Haupt eines großen Staates einen Krieg mit einer anderen großen Macht für eine noch so entfernte Möglichkeit hält, dann schaut er nach den Mitteln aus, mit denen ein solcher Krieg geführt werden kann. Die Botschaft gedenkt aber auch nicht mit einem einzigen Wort dieser Seite der Frage. Der Präsident will also unterhandeln. Wie er sich eine Unterhandlung denkt, die jedes Zugeständniß an England prinzipiell ausschließt und doch zu einem Resultate führen soll, das ist freilich unerfindlich; aber das ändert nichts daran, daß ein Krieg ihm absolut außer Frage steht [2]) — und zwar nicht weil er überzeugt ist, daß England unter keinen Umständen das Schwert für seine Ansprüche ziehen wird, sondern weil er entschlossen ist einzulenken, wenn England zum Schwerte greift. Das war die letzte Schlußfolgerung aus jenen Vordersätzen, die Webster unausgesprochen ließ.

---

[1]) Adams sagte den 7. Januar: „But, sir, there are other circumstances which I apprehend will prevent the occurrence of war; and my greatest apprehension is, that it will be by the ultimate backing out of the present Administration and its supporters from the ground it has taken." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 157. Ebenso schon den 14. und 26. Dez. 1845 in seinem Tagebuche. Mem. of J. Q. Adams, XII. pp. 221, 226. Giddings sagte: „It is most obvious to my judgment, that he (Polk) cannot be driven into a war with England. . . . I declare that they will, before the nation and the world recede from their avowed policy, and will surrender up all that portion of Oregon north of the forty-ninth parallel of latitude, or let the subject remain as it now is."

[2]) Webst.'s Works, V. pp. 66, 67.

Da Polk zwei Drittel der regulären Armee nach Texas dirigirt und die einleitenden Schritte gethan hatte, sie in kürzester Frist durch die Milizen mehrerer Staaten zu verstärken, obwohl der Rio Grande sich ungleich schneller als der Columbia erreichen ließ, Mexico ein ungleich geringer anzuschlagender Gegner als England war und mit Mexico Unterhandlungen gepflogen wurden, so war er erwiesenermaßen weder so naiv noch so pflichtvergessen, wenn er einen Krieg für möglich hielt, die Kriegserklärung abzuwarten, ehe er an die Vorbereitungen für den Krieg zu denken begann. Wenn das weitere Verhalten des Präsidenten nicht das Gegentheil bewies, so mußte man daher mit Webster den Schlüssel zu dem wahren Sinn der Botschaft nicht in dem suchen was sie sagte, sondern in dem worüber sie schwieg. Allein obwohl Cass seine Resolutionen mit Wissen und Willen Polk's und seiner Minister eingebracht hatte, fiel von ihren Lippen doch nach wie vor nicht ein einziges Wort, das als die leiseste Mahnung hätte verstanden werden können, an die Möglichkeit eines Bruches mit England zu denken. Und als sie endlich auf eine direkte Anfrage eine dahingehende Mahnung aussprachen, geschah es in einer solchen Weise, daß die Ueberzeugung nur verstärkt werden konnte, ihre Politik habe von Anfang an von der Möglichkeit eines Krieges mit England abstrahirt.

Um sich über diesen Punkt Gewißheit zu verschaffen, fragte der Senat gemäß einem Antrage Dayton's am 17. März 1846 in Form einer Resolution bei dem Präsidenten an, ob er in Folge der Beziehungen zu anderen Mächten eine Vermehrung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande für nothwendig erachte. Eine Botschaft vom 24. März [1]) beantwortete diese Frage bejahend. Polk wies dabei auf Rüstungen England's hin, die vielleicht nicht ursprünglich im Hinblick auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beschlossen worden wären, aber gegen diese gekehrt werden würden, wenn es über der Oregon-Frage zum Bruch zwischen den beiden Mächten kommen sollte. Er erinnerte ferner daran, daß er sich ja schon in seiner Jahresbotschaft im Sinne der Anfrage des Senates ausgesprochen habe. Jene Empfehlungen hatten jedoch in gar keiner Beziehung zu irgend welchen bestimmten Fragen der auswärtigen Politik gestanden. Was die Landmacht anlangte, so hatte der Präsident, wie er auch jetzt wiederholte, nur dazu aufgefordert, für den Schutz der Auswanderer nach Oregon

[1]) Statesm.'s Man., III. p. 1585—1587.

auf ihrer Ueberlandreise Sorge zu tragen. Und die Empfehlung, die Flotte und namentlich die Zahl der Dampfschiffe zu vermehren, war lediglich durch die ganz allgemeinen, zu jeder anderen Zeit ebenso passenden Erwägungen begründet worden, daß sie für den Schutz des Handels und der Küsten nicht mehr ausreiche und nicht in richtigem Verhältniß zu den Flotten anderer Mächte stehe. Polk sagte denn auch, daß seiner Ansicht nach jetzt mehr geschehen müsse, als er damals für erforderlich gehalten habe. Wie weit er dabei an Mexico dachte, dessen er gleichfalls Erwähnung that, mag für jetzt dahingestellt bleiben. Die Botschaft enthält keine direkte Antwort darauf und sie sagt auch nichts darüber, was und wie viel nun geschehen solle. Hinsichtlich dieses Punktes, der für die Beurtheilung von Webster's Behauptung natürlich der maßgebende ist, verwies sie auf Berichte des Kriegssekretäres und Flottsekretäres vom 29. Dezember und 8. Januar, die den betreffenden ständigen Ausschüssen der beiden Häuser auf ihr Verlangen eingereicht worden seien.

Es war höchst sonderbar, daß der Kongreß erst jetzt von der Existenz dieser Berichte Kenntniß erhielt. Die unmittelbare Verantwortlichkeit dafür ruhte allerdings auf den betreffenden Ausschüssen. Allein wenn die Administration die Sache für wichtig hielt — und das schien man doch nach dieser Botschaft annehmen zu müssen — so standen ihr hundert Mittel und Wege zu Gebote, sie vor das Plenum der beiden Häuser zu bringen, wenn die Ausschüsse sich einer sträflichen Nachlässigkeit schuldig machten oder die Politik des Präsidenten heimlich zu durchkreuzen suchten. Die beiden Häuser wußten aber nur, daß von den Ausschüssen vorgeschlagen war, die Kompagnien zu verstärken, was eine Gesammtvermehrung der regulären Armee um etwa 1500 Mann zur Folge gehabt haben würde, und zehn neue, meist kleine Dampfschiffe zu bauen. Da man, wie begreiflich, es schwer fand zu glauben, daß das Maßnahmen seien, die im Hinblick auf einen eventuellen Krieg mit England getroffen werden sollten, so verlangte man von den Mitgliedern der Ausschüsse Auskunft über jene Berichte der beiden Minister. Im Senat antwortete Benton Seitens des Ausschusses für militärische Angelegenheiten, daß derselbe allerdings Dokumente vom Kriegsdepartement in Händen habe, aber die Bekanntgebung derselben nicht angezeigt erscheine. Fairfield vom Ausschusse für die Flotte ließ zuerst sein Gedächtniß vollständig im Stich, dann aber besann er sich doch, daß der Ausschuß Schätzungen empfangen habe, aber der Zahlen wußte er sich nicht mehr zu erinnern. Im Hause war T. Butler King vom Aus-

schüsse für die Flotte bereit Rede und Antwort zu stehen, aber die Majorität schnitt ihm das Wort ab.

Als später die Berichte der beiden Minister bekannt gemacht wurden, da wuchs das Erstaunen über diese mehr als eigenthümlichen Vorgänge. Der Kriegssekretär hatte für den Fall eines Krieges mit England mindestens 50,000 Mann für nothwendig erklärt, aber weder er noch der Präsident hatten geglaubt, Anlaß zu haben, die geringste Bemerkung darüber zu machen, daß die Vertrauensmänner des Kongresses 1500 für hinreichend hielten. Und noch überraschender war das Verhalten des Flottsekretärs. Er hatte wirklich nur um die zehn Schiffe gebeten, die ihm gegeben werden sollten, aber seine Unterbeamten, die freilich nichts von den Geheimnissen der hohen Politik wußten, hielten ungefähr das Siebenfache für nothwendig. Fairfield glaubte mit Emphase konstatiren zu sollen, daß weder der Präsident, noch der Minister, noch der Ausschuß für die albernen Kalkulationen dieser Schreiberseelen verantwortlich gemacht werden könnten [1]). Das setzte der Sache die Krone auf und verhalf doch auch dem Humor zu seinem Recht, während sie sonst wohl danach angethan war, an das erste Wort Mangum's zu erinnern, daß ein Spiel gespielt werde, das des amerikanischen Charakters nicht würdig sei.

Das war der Eindruck, den man in England empfing. Hatten Polk's Donner anfänglich zwar nicht geschreckt, aber doch erbittert, so zuckte man nun fast verächtlich die Achseln über diesen verunglückten

---

[1]) „If the people regard the recommendations for building seventy-five ships of war and steamers, at a cost of over twenty millions of dollars, to be signally extravagant, neither the president, secretary, nor committee will be found in any way implicated in it. On the contrary, so far from adopting the recommendations of the chief of the bureaux, the secretary, in his written communications to the committee, recommended the building of ten war steamers only." Niles' Reg. LXX. p. 84. Die Bill sollte jedoch auch seiner Ansicht nach nur „afford to the country some sense of security against sudden attacks of the enemy upon our seaport towns". Sei ein Krieg mit England „unvermeidlich", dann, gibt er zu, „this bill falls infinitely short of what it should be". Und darauf folgt ein Satz, der, wenn man ihn im Lichte jener Erklärungen und der im Text mitgetheilten Thatsachen betrachtet, einem direkten Bekenntniß gar ähnlich sieht, daß man sich der Weiterungen mit England nur als Vorwand bediene. „Thus far, no reference has been made to our existing relations with Mexico; and yet in these relations some may find their strongest reasons for the support of this bill." Deb. of Congr., XV. p. 347.

Zeus. Dessen war man jetzt gewiß, daß er von seinem hohen Stuhl herabsteigen und ein billiges Abkommen treffen werde [1]).

[1]) Die London Times schrieb: „Mr. Polk has neither inspired the world with confidence as a friend of peace, nor with a salutary terror as an author of war. In professing to raise and uphold the character of the United States government, he has allowed it to forfeit a character for discretion without gaining a character for strength, and the only suggestion which appears to us to account for his conduct is that of extreme incapacity. He has done everything to aggravate the difficulties of negotiation, and nothing to provide for the possibility of their failure. What would have been thought or said in this or any other country, of a government which should deliberately leave its coasts unprotected, its fleets unmanned, its armies unequipped and undisciplined, and the whole machinery of war unprovided, whilst its policy provokes a simultaneous resistance from the powers on each side of their territories? The thing is without a precedent. . . . Before Mr. Polk placed himself in this ridiculous position, he ought to have calculated the means he has at his disposal for getting out of it. A few months ago he might have settled the Oregon question on equal terms with complete honor and dignity. At present, whatever be the turn given to the negotiation, the president will not escape the imputation of yielding to the necessity of the case, and accepting terms which are backed by the whole force of Great Britain." Niles' Reg. LXX. p. 209.

Siebentes Kapitel.

Doppelspiel gegen England und Mexico.

2. Dem schwachen Mexico eine Friedenspolitik mit gezogenem Schwert.

Hunter hatte den blinden Eifer der Herren vom Nordwesten durch die Bemerkung abzukühlen gesucht, daß im Falle eines Krieges mit England vermuthlich überhaupt keine Truppen nach Oregon würden geschickt werden können, da Mexico dann gleichfalls losschlagen und „ein Feuerkreis" die ganze Union umgürten würde[1]). Daß die fernere Behandlung der Weiterungen mit England und mit Mexico wesentlich dadurch beeinflußt werden mußte, daß die Vereinigten Staaten eben gleichzeitig nach zwei Seiten hin engagirt waren, lag in der That auf der Hand. Die Frage war nur, ob, wie Calhoun meinte, ein Vergleich mit England die Voraussetzung für eine Verständigung mit Mexico[2]), oder ob nicht vielmehr der Streit mit Mexico entscheidend für den Austrag der Oregon-Frage sein würde.

Texas war nunmehr ein Staat der Union. Am 10. Dezember war in beiden Häusern seine Aufnahme beantragt worden, da es allen den in der gemeinschaftlichen Resolution gestellten Bedingungen nach-

[1]) Deb. of Congr., XV. p. 829.

[2]) „A further inducement for dispatch in settling the Oregon question is, that upon it depends the settlement of the question with Mexico. Until the former is settled, there is but slender prospect that the latter can be; for so long as the Oregon question is left open, Mexico will calculate the chances of a rupture between us and Great Britain, in the event of which, she would be prepared to make common cause against us. But when an end is put to any such hope, she will speedily settle her difference with us." Calh.'s Works, IV. p. 267.

gekommen sei[1]). Im Repräsentantenhause wurde am 16. Dezember die dritte Lesung der Bill mit 141 gegen 57 Stimmen beschlossen. Washington Hunt von New York weigerte sich zu stimmen, da die Vorfrage jede Debatte verhindert und den Abgeordneten nicht die Zeit gegeben habe, sich davon zu überzeugen, daß die Konstitution von Texas nicht zu beanstanden sei[2]). Die Konstitution enthielt aber eine Bestimmung, deren Zulässigkeit von mehreren Repräsentanten entschieden in Abrede gestellt wurde. Es war nämlich der Legislatur die Aufhebung der Sklaverei untersagt, es sei denn, daß die Sklavenbesitzer nicht nur eine Entschädigung erhielten, sondern auch zuvor sich mit der Maßnahme einverstanden erklärt hätten. Rockwell von Massachusetts beantragte, die Bill an den Ausschuß für Territorien mit der Instruktion zurückzuverweisen, diese Klausel auszustreichen. Der Sprecher hielt, in Uebereinstimmung der bisherigen Praxis des Hauses, den Antrag für in Ordnung, das Haus aber stieß diese Entscheidung um und erklärte, daß er durch die beschlossene Vorfrage ausgeschlossen sei[3]). Nach Rockwell's Ansicht standen jene Bestimmungen im Widerspruch mit der Bedingung der Annexionsresolutionen, daß in den eventuell aus Texas zu bildenden Staaten, soweit sie nördlich von 36° 30′ lägen, die Sklaverei nicht gestattet sein sollte[4]). Allein sogar Hale, dem es sicher nicht weniger darum zu thun war als Rockwell, der Sklavokratie die Wege zu verlegen, erklärte diesen Einwand für unhaltbar[5]). Dem gegenwärtigen Texas legten die Annexionsresolutionen nicht die geringste Beschränkung hinsichtlich der Sklaverei auf, und wenn dadurch die für die eventuelle Zerlegung des Staates verfügten Restriktionen illusorisch wurden, so hätte man das früher bedenken und demgemäß handeln sollen. Nicht

[1]) Deb. of Congr., XV. p. 267.

[2]) ib. pp. 289, 290.

[3]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., Append., pp. 51, 52, 194.

[4]) Er sagt: „in open violation if not of the letter, certainly of the spirit, of that stipulation on our part."

[5]) Den 21. Mai 1850 sagt er im Senat: „There is not a syllable in the resolution of annexation even squinting at the idea that there is any restriction of slavery in any part of it. The provision is, that whenever Texas consents to cut herself up into new States, those which shall hereafter be formed out of territory lying north of 36° 30′ shall not have slavery. That is the whole restriction. There is none until Texas of her own accord consents to divide her own territory. There was no compromise — 36° 30′, nor any other line — by which slavery was excluded from one inch of territory over which she extended or claimed jurisdiction." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 654.

die Bedingungen der Annexionsresolutionen, wohl aber die Stipulationen des Missouri-Kompromisses waren verletzt; dafür waren jedoch nicht Texas und seine Konstitution, sondern der Kongreß und der Präsident verantwortlich, von denen die Annexionsresolutionen beschlossen worden waren. Der Norden war nicht nur durch einen Schatten geködert worden, sondern er hatte sich auch zum zweiten Male bereit finden lassen, eine breite Bresche in die Mauer zu legen, die er vor bald einem Menschenalter zu seinem Schutze gegen die Sklaverei aufgeführt hatte. Alle Klagen und Einwendungen kamen jetzt zu spät. Es war ja wohl charakteristisch, daß schon am 16. Dezember, nachdem man nur Rockwell hatte zu Wort kommen lassen, die Resolution mit 141 gegen 56 Stimmen vom Hause passirt wurde[1]), aber geändert worden wäre dadurch nichts, wenn man auch noch Wochen und Monate debattirt hätte. Auch im Senat begnügte man sich daher mit einer kurzen Debatte, aus der nur zu erwähnen ist, daß Webster im eigenen Namen und im Namen von Massachusetts gegen die Annexion protestirte. Am 22. Dezember wurde die Resolution mit 31 gegen 14 Stimmen angenommen[2]).

Inzwischen war Slidell in Mexico angelangt. Sobald die mexicanische Regierung von seiner Landung in Sacrificios benachrichtigt worden war, hatte der Minister des Auswärtigen eine Unterredung mit dem Konsul Black, in der er seine Verwunderung und sein lebhaftes Bedauern darüber aussprach, daß schon jetzt ein Vertreter der Vereinigten Staaten eingetroffen sei.. Nach seinen früheren Unterredungen mit dem Konsul und anderen Personen habe er geglaubt erwarten zu dürfen, daß erst nach dem Zusammentritt des Kongresses in Washington ein Unterhändler ernannt werden würde. Die Regierung wünsche einen gütlichen Vergleich, aber es erfordere Zeit, das Volk für diesen Gedanken zu gewinnen; dränge man sie jetzt vor eine Entscheidung, so könne das leicht ihren Sturz zur Folge haben und eine Verständigung vereiteln. Es sei daher wünschenswerth, daß der Unterhändler sich noch nicht ausschiffe oder wenigstens nicht gleich in die Hauptstadt käme[3]).

Black reiste darauf hin Slidell nach Puebla entgegen und theilte ihm die Ansichten und Befürchtungen des Ministers mit. Trotzdem setzte Slidell unverweilt seine Reise fort. Am 8. Dezember, am zweiten

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 65.

[2]) ib. p. 92.

[3]) Mr. Black to Mr. Buchanan, Mexico, Dec. 18, 1845. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60, pp. 22, 23.

Tage nach seiner Ankunft in der Hauptstadt, meldete er sich schriftlich und offiziell Peña y Peña als „Gesandten" (envoy extraordinary and minister plenipotentiary) der Vereinigten Staaten an und fragte, wann er dem Präsidenten Herrera seine Kreditive überreichen könne[1]). Peña y Peña ließ einige Tage auf seine Antwort warten. Erst auf eine Mahnung hin erhielt Slidell am 16. Dezember den Bescheid, der Verzug sei lediglich dadurch veranlaßt, daß die in Abschrift eingeschickten Kreditive nicht den Abmachungen entsprächen, die mit dem Konsul Black getroffen worden seien; die daraus erwachsenden Schwierigkeiten ließen es der Regierung nothwendig erscheinen, die Ansichten des „Regierungsrathes" (council of government[2]) über die Kreditive zu hören[3]).

Slidell erklärte in seinem Bericht vom 17. Dezember an Buchanan[4]) diese Befragung des Regierungsrathes für „völlig überflüssig", da die Regierung nicht zu ihr verpflichtet gewesen sei und den Regierungsrath auch ganz ignorirt habe, als sie sich „entschlossen die diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu erneuern". Den schweren Vorwurf, der in dieser Behauptung lag, begründete er weiter damit, daß der Regierung keine Kontrole über den Rath zustehe und vorauszusehen gewesen, daß dieser, wie er gethan habe, sich gegen seinen Empfang aussprechen würde. Allein dabei entwirft er selbst ein Bild von den Verhältnissen, das bis zur Evidenz darthut, daß die Regierung gar nicht anders hatte handeln können, als sie gethan hatte. Er bestätigt die Versicherung Peña y Peña's, daß es der Regierung aufrichtig um eine friedliche Schlichtung des Streites zu thun sei[5]), aber hält trotzdem „einen günstigen Ausgang der Unterhandlungen für im besten Falle sehr problematisch", weil sie so gänzlich machtlos sei, daß sie ihr Leben überhaupt nur noch friste, weil ihre Gegner sich nicht unter einander verständigen könnten; ihr ganzes Streben sei darauf gerichtet, Zeit zu gewinnen[6]) Was sie unter solchen Umständen sonst

---

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60, p. 27.

[2]) Ich kenne die mexicanischen Dokumente nur in der englischen Uebersetzung.

[3]) A. a. O. p. 31.

[4]) ib. pp. 23—27.

[5]) „The impression here, among the best informed persons, is, that while the president and his cabinet are really desirous to enter frankly upon a negotiation which would terminate all their difficulties with the United States..." Es ist auffallend, daß in der Abschrift der Depesche, die der Präsident dem Kongreß zugehen ließ, dieser wichtige Satz in der Mitte abgebrochen ist.

[6]) „. . their existence hangs by a thread, and they retain power, not by their own force, but solely by the inability of their opponents to agree among

hätte thun sollen, sagt Slidell nicht. So viel war jedoch nach seinen eigenen Aussagen unzweifelhaft, daß, wenn sie ihn ohne Rücksicht auf den Regierungsrath empfangen hätte, sie damit nur den „Faden" durchschnitten haben würde, an dem ihre Existenz hing, denn in dem Rath wurde ohnedieß auf ihren Sturz hingearbeitet[1]), und was man ihr vorwarf, war gerade, daß sie sich einer so entgegenkommenden Haltung gegen die Vereinigten Staaten befleißigte. Daß sie es trotzdem hätte wagen dürfen, die Wünsche des Rathes und der öffentlichen Meinung zu ignoriren, konnte Slidell selbst nicht glauben, da er trotz ihres Temporisirens eine Revolution für wahrscheinlich hielt[2]), und zwar mit gutem Grund, da Paredes schon vor zwei Tagen (15. Dezember) ein Pronunciamento erlassen hatte[3]).

Man sollte erwarten, daß die Erkenntniß aller dieser Thatsachen Slidell die Frage hätte aufdrängen müssen, ob es nicht vielleicht doch im Interesse seiner Mission gelegen haben würde, dem Wunsche der mexicanischen Regierung gemäß sein Eintreffen in der Hauptstadt mindestens bis nach dem Zusammentritt des neuen Kongresses zu verzögern. In den Depeschen an seine Regierung findet sich jedoch auch nicht die leiseste Andeutung, daß er sich zu irgend einer Zeit diese Frage vorgelegt habe. Es war freilich viel bequemer, die Gründe, die im Regierungsrath gegen seinen Empfang geltend gemacht worden waren, für „bis zum Unglaublichen absurd" zu erklären[4]). Den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung beizubringen, mochte jedoch weniger leicht sein.

---

themselves. The great object of the administration, in all matters, is to gain time; to do nothing to compromit themselves, in the hope that if they can hold over until the meeting of the new congress, which will take place on the 1st of January, they will then be enabled to maintain their position."

[1]) „It is a notorious fact, that several of the members of this council are not only in open and violent opposition to the present administration, but are endeavoring to get up a revolutionary movement to overthrow it; and it is generally understood that a majority of them are unfavorably disposed towards it."

[2]) „A revolution, and that before the meeting of congress, is a probable event; a change of ministers almost a certain one."

[3]) A. a. O. p. 34.

[4]) „The most absurd reasons have there been advanced against my recognition; so absurd, indeed, that they would appear scarcely credible to any one not upon the spot." Dann folgen wieder Punkte, an Stelle deren man wünschen würde die Worte des Originals zu sehen. — Polk sagte später statt des „absurd": „the most frivolous pretexts". Statesm.'s Man., III. p. 1595. Und

Daß seine Ernennung noch der Bestätigung des Senates bedürfe, war allerdings wohl nur ein Vorwand, da es nichts Ungewöhnliches war, daß Gesandte vor derselben auf ihre Posten abgingen, wenn der Senat zur Zeit nicht tagte. Keineswegs gleichgiltig war es dagegen, daß Mexico sich nur bereit erklärt hatte, „einen Kommissär zur Beilegung des gegenwärtigen Streites" zu empfangen, ihm jetzt aber ein regulärer „Gesandter" geschickt wurde. Keine der beiden Regierungen durfte aber die andere für diese „Schwierigkeit" verantwortlich machen, weil sie beide dieselbe durch ihre Unaufrichtigkeit in gleichem Maße verschuldet hatten: Polk hatte angefragt, ob Mexico einen Gesandten zur Beilegung aller Streitfragen empfangen wolle, Mexico hatte darauf bejahend in jener Form geantwortet, die in Wahrheit nicht die Annahme des Vorschlages, sondern ein Gegenvorschlag war, und Polk hatte dann gethan, als ob sein Vorschlag angenommen worden sei. Jetzt steiften sich beide Theile auf den Wortlaut ihrer Erklärungen und beide hatten offenbar sowohl Recht wie Unrecht. Daß aber, wie Polk, Buchanan und Slidell übereinstimmend behaupteten, Mexico einen rein formalen Unterschied als Vorwand benutzte, seinen schändlichen Wortbruch zu verschleiern, war ein Unsinn. Wenn es sich nur um eine eitele Formfrage handelte, warum gaben sie denn dann nicht nach? Davon waren sie aber so weit entfernt, daß sie in demselben Athemzuge den Unterschied für einen so wesentlichen erklärten, daß sie nie daran hätten denken können, über die Grenzfrage unabhängig von der Frage der alten Schuldforderungen an Mexico zu unterhandeln[1]).

Es war ganz gewiß korrekt, daß Polk gleichzeitig mit der Grenzfrage das gegenseitige Konto auch hinsichtlich derjenigen Posten zu bereinigen wünschte, die unter dem „Haben" der Vereinigten Staaten standen, und es war weiter nicht zu beanstanden, daß er sie als Druckmittel zur günstigen Erledigung der anderen Frage zu benutzen suchte. Aber dieser Splitter in Mexico's Auge wurde wieder in einen Balken verwandelt, um es mit demselben niederzuschlagen. Es nimmt sich schon recht sonderbar aus, daß Mexico wegen der „ungeheuren Summe von $ 8,491,603"[2]) die Pistole auf die Brust gesetzt wird, während

Buchanan schrieb: „the Mexican authorities have been quibbling about the mere form of your credentials." Exec. Doc. a. a. O. p. 54.

[1]) Statesm.'s Man., III. p. 1594. Ebenso Buchanan Exec. Doc. a. a. O. p. 54. In den Instruktionen Slidell's vom 10. Nov. 1845 heißt es sogar: „The first subject which will demand your attention is the claims of our citizens on Mexico." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VIII, No. 69, p. 34.

[2]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60, p. 41.

zur selben Zeit sechs Staaten der Union $ 52,000,000 schuldeten, ohne den Gläubigern die Interessen oder das Kapital zu zahlen[1]). In ein noch viel sonderbareres Licht aber wurde die Sache dadurch gestellt, daß die Vereinigten Staaten in dem Friedensschluß jene Schuldforderungen amerikanischer Bürger an Mexico übernahmen, jedoch nur bis zum Betrage von $ 3,250,000, Mexico aber doch vollständig aller weiteren Verpflichtungen entbunden wurde[2]). Da nun inzwischen keine neue Prüfung der Forderungen stattgefunden hatte, so erklärten also die Vereinigten Staaten in der förmlichsten Weise, daß höchstens etwas über ein Drittel derselben als irgendwie begründet angesehen werden könnte.

War es Polk nicht zu verdenken, daß er über die Grenzfrage nicht unabhängig von der Frage der Schuldforderungen unterhandeln mochte, so hatte auf der anderen Seite Mexico einen mindestens ebenso triftigen Grund, den Empfang eines regulären Gesandten zu verweigern, um dadurch nicht die Entscheidung über die Texas-Frage zu seinen Ungunsten präjudiziren zu lassen. Wegen der Annexion von Texas hatte es die diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten abgebrochen, weil es dasselbe noch als seine Provinz in Anspruch nahm. Ließ es jetzt den ersten Schritt der Annäherung die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen in aller Form und in ihrem vollen Umfange sein, so ließ es damit den Protest gegen die Annexion fallen, der in dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gelegen hatte; mit anderen Worten: es erkannte stillschweigend die Annexion an und konnte nur noch über die Grenzen unterhandeln. Wurde Slidell seinen Kreditiven gemäß als „Gesandter" empfangen, so trat man nicht in Unterhandlungen über eine Schlichtung des Streites ein, wie er bis jetzt gelegen hatte, sondern Mexico begann mit dem Aufgeben seiner prinzipiellen Stellung, um Verhandlungen über Details zu ermöglichen.

Ein neues Mahnschreiben Slidell's vom 20. Dezember hatte einen von demselben Tage datirten förmlichen Bescheid zur Folge, daß er aus den eben entwickelten Gründen nicht als Gesandter empfangen werden könne. Das Raisonnement Peña y Peña's war in durchaus leidenschaftsloser und höflicher Form gehalten und schloß mit der Erklärung, daß die mexicanische Regierung noch immer bereit sei, ihrer früheren Zusage gemäß mit ihm als Kommissär ad hoc über Texas zu unterhandeln. Slidell antwortete darauf am 24. Dezember mit einem end-

[1]) Jay, Review of the Mexican War, p. 135.
[2]) Stat. at L., IX. p. 933.

losen Aktenstücke, in dem er die Argumentation Peña y Peña's zu widerlegen suchte und breit alle die Unbill aufzählte, welche die Vereinigten Staaten von Mexico zu erdulden gehabt hätten. In seiner Depesche vom 27. Dezember an Buchanan sprach er die Befürchtung aus, daß er der mexicanischen Regierung nicht mit der geziemenden Schärfe geantwortet habe „auf ihre beispiellose mala fides, ihre grobe Fälschung der Korrespondenz, die zu meiner Ernennung führte, und die absolute Nichtigkeit der elenden Sophisterei, mit der sie ihr Verhalten zu rechtfertigen sucht". Er bat das zu entschuldigen, da die Annalen der Diplomatie keinen Präzedenzfall für seine Lage darböten und er nicht jeden weiteren Verständigungsversuch unmöglich habe machen wollen. In Wahrheit war sein Schreiben in so hochfahrendem, grob beleidigendem Tone gehalten, wie Slidell ihn nie und nimmermehr einer Macht gegenüber angeschlagen haben würde, die den Vereinigten Staaten halbwegs ebenbürtig war[1]). Am Schluß kündigte er an, daß er in einigen Tagen nach Jalapa abreisen werde, um dort weitere Instruktionen abzuwarten.

Die Nachricht, daß die als wahrscheinlich angekündigte Weigerung Slidell als „Gesandten" zu empfangen, wirklich erfolgt sei, war noch nicht in Washington eingetroffen[2]), als im Weißen Hause ein Entschluß gefaßt wurde, der kaum den blassen Schatten einer Möglichkeit dafür beließ, daß der Knoten doch noch gelöst und nicht durchhauen werden würde.

Am 13. Januar 1846 wurde Taylor der Befehl geschickt, so bald als thunlich mit seiner ganzen Macht an den Rio Grande vorzugehen[3]).

---

[1]) „. . the task . . . of . . . demonstrating the glaring impropriety of that (course) which the Mexican government seems determined to pursue. . . The annals of no civilized nation present, in so short a period of time, so many wanton attacks upon the rights of persons and property as have been endured by citizens of the United States from the Mexican authorities — attacks that would never have been tolerated from any other nation than a neighboring and sister republic." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 40. Der zweite Satz war übrigens, bis auf zwei ganz irrelevante stilistische Aenderungen, wörtlich seinen Instruktionen vom 10. Nov. entlehnt. ib. Vol. VIII, No. 69. p. 35. Jay bemerkt dazu: „It is to be apprehended that this gentleman is either very imperfectly acquainted with the annals of civilized nations, or very unscrupulous in drawing inferences from them." Review of the Mexican War, p. 116.

[2]) Bis zum 20. Januar hatte man erst Slidell's Depesche vom 17. Dezember erhalten. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess, Vol. VII, No. 60. p. 53.

[3]) ib. pp. 90, 91.

Da die Depesche nicht die geringste Andeutung über die Gründe für diesen Befehl enthält, müssen wir anderwärts Aufschluß über die Motive des Präsidenten zu erhalten suchen.

In der Depesche Buchanan's vom 20. Januar an Slidell heißt es, der Präsident habe, „in Erwartung" (in anticipation) der Weigerung der mexicanischen Regierung, ihn zu empfangen, Taylor an den Rio Grande vorgeschickt und Befehl gegeben, ein „starkes Geschwader" im Golf von Mexico zusammenzuziehen[1]). Ein anderer Grund wird in der offiziellen Korrespondenz nicht angeführt und dieser wird so hingestellt, als habe jene Weigerung Mexico's selbstverständlich diese Konsequenz haben müssen. Die Akten geben also wohl ganz klar und bestimmt den Grund des Befehles vom 13. Januar an, aber sie begründen ihn doch durchaus nicht. Und doch hätte das nicht schwer fallen sollen, da der Schritt für so dringlich gehalten wurde, das man nicht einmal das Eintreten der Thatsache abwartete, als deren Folge er bezeichnet wurde. Diese Eile scheint sich am leichtesten aus der Annahme zu erklären, daß Polk ein aggressives Vorgehen Mexico's erwartet habe, sobald der von Slidell für so wahrscheinlich gehaltene Sturz Herrera's erfolgt sei. Polk erklärte in der Kriegsbotschaft vom 11. Mai, daß der Befehl vom 13. Januar ertheilt worden sei, weil es „dringend nothwendig" gewesen wäre, für die Vertheidigung des Landes Sorge zu tragen und weil von dem Rio Grande her eine Invasion gedroht hätte[2]), aber er verlangte, daß man das auf Treu und Glauben hin als wahr anerkennen sollte. Ueberdieß stellte er die Behauptungen nur ganz allgemein hin und sagte nicht, daß die Verhältnisse sich zu jener Zeit so gestaltet hätten, daß gerade dann mehr als in allen den vorhergehenden Monaten ein Angriff zu besorgen gewesen sei. Aus dem völligen Schweigen der Botschaft hierüber sollte man vielmehr schließen, daß dieses seiner Ansicht nach nicht der Fall gewesen sei. Allein das Einzige, worin die Lage sich geändert hatte, war, daß Herrera am 30. Dezember gestürzt worden war und zwar nach seinem eigenen Zeugniß lediglich weil er eine Verständigung mit den Vereinigten Staaten gesucht hatte[3]). Polk aber konnte sich allerdings darauf nicht

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60, p. 54.

[2]) Statesm.'s Man., III. p. 1596.

[3]) Er schreibt den 25. Aug. 1847 an Pacheco, den Minister des Auswärtigen: „for no other act than showing that there would be no obstacle to his (Slidell) presenting himself and having his propositions heard, my administration was calumniated in the most atrocious manner; for this act alone the

LIBRARY OF THE UNIVERSITY CALIFORNIA.

berufen, denn erstens war der Sturz Herrera's am 13. Januar [illegible] nicht in Washington bekannt und außerdem hatte Slidell erklärt, daß er mit einer feindseligeren aber energischeren Regierung leichter zum Ziele zu gelangen hoffe[1]). Und endlich schilderte er die Zustände in Mexico als in jeder Hinsicht so trostlos, daß man unmöglich erwarten konnte, die neue Regierung werde sich blindlings in eine Offensivpolitik stürzen[2]), wenn sie auch ihre Vorgängerin durch die Anklage zu Fall gebracht hatte, daß sie die Ehre des Landes nicht gehörig den Vereinigten Staaten gegenüber gewahrt habe.

Von Taylor waren gleichfalls keine Nachrichten eingegangen, die sich irgendwie als Motivirung des Befehls zum Vormarsch gebrauchen ließen. Am 7. November erklärt er die Position bei Corpus Christi für „die beste, so lange Unterhandlungen schweben, oder wenigstens so lange Mexico nicht die Absicht verräth, sie ungebührlich in die Länge zu ziehen"[3]). Der Nachsatz zeigt allerdings, daß auch Taylor noch an den Vormarsch denkt, aber es erhellt auch in ebenso unzweifelhafter Weise aus demselben, daß es nicht etwa geschieht, weil er einem wahrscheinlichen Angriff an der Schwelle begegnen will. Zwölf Tage später meint er, die Beziehungen zu Mexico hätten ein friedliches Ansehen[4]), und noch am 7. Januar meldet er, am Rio Grande sei alles ruhig und die Bevölkerung wünsche Frieden[5]). Ja, als er sich bereits zum

revolution which displaced me from the command was set on foot." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. I. p. 41.

[1]) ib. Vol. VII, No. 60. p. 26.

[2]) „The country, torn by conflicting factions, is in a state of perfect anarchy; its finances in a condition utterly desperate." l. c. „But the greatest difficulty with which Paredes has to contend, is in the state of the finances. Indeed, I do not see where means can possibly been found to carry on the government. The annual expense of the army, alone, exceeds twenty-one millions of dollars, while the entire net revenue is not more than ten to twelve millions.... The best index of the state of Mexican credit is, the price of a class of securities, on which the interest, at the rate of 6 per cent. per annum, had, until recently, been paid with some degree of regularity, and for which a part of the import duties, supposed to be sufficient, had been specially hypothecated. They are now nominally at 25 per cent., but, if offered in any quantity, would not command 20 cents on the dollar. While there is a prospect of war with the United States, no capitalist will loan money at any rate, however onerous. Every branch of the revenue is already pledged in advance." ib. p. 51.

[3]) ib. p. 111.

[4]) ib. p. 114.

[5]) ib. p. 115.

Abmarsch rüstet, versichert er noch mit der größten Bestimmtheit, daß er nicht auf Widerstand stoßen werde[1]).

Der Befehl vom 13. Januar war also nicht eine aus militärischen Gründen beschlossene Vorsichtsmaßregel. Er mußte daher politischen Erwägungen entsprungen sein und vermuthlich Erwägungen, die das Licht zu scheuen hatten, da sich in den Botschaften des Präsidenten und in den Depeschen der Minister nicht die geringste Andeutung über sie findet. Wir müssen uns deswegen damit bescheiden, aus zweiter Hand Aufschluß über sie zu erhalten. Wenn wir aber in den Berichten Slidell's eine an sich wahrscheinliche Erklärung finden, so werden wir sie um so mehr als die richtige ansehen dürfen, weil aus dem ganzen Depeschenwechsel hervorgeht, daß der Gesandte sich in dieser Angelegenheit von Anfang an bis zuletzt in vollständiger innerer Uebereinstimmung mit der Administration befand. Und alles spricht dafür, daß auch die Schlußerklärung seines Berichtes vom 27. Dezember, in dem er den definitiven abschlägigen Bescheid Herrera's meldete, der Administration aus der Seele geschrieben war. „Der Wunsch unserer Regierung", sagte er, „den Frieden zu erhalten, wird fälschlich für Zaghaftigkeit angesehen werden; man wird die übertriebensten Ansprüche machen und auf ihnen bestehen, bis das mexicanische Volk durch feindselige Demonstrationen überzeugt worden ist, daß unsere Weiterungen unverzüglich entweder durch Unterhandlungen oder durch das Schwert ausgetragen werden müssen"[2]). Am 6. Februar ergänzt er dieses Urtheil durch die bedeutsame Bemerkung, daß voraussichtlich die Haltung der neuen mexicanischen Regierung hinsichtlich der Frage seines Empfanges „vornehmlich" durch den Stand der Oregon-Frage bestimmt werden würde: „Sollten unsere Weiterungen mit England fortfahren, einen Krieg mit dieser Macht in Aussicht zu stellen, so ist sehr wenig Aussicht, daß hier eine Aenderung der Politik eintreten wird"[3]).

Die letztere Annahme war nicht nur selbst offenbar begründet,

[1]) „Many reports will doubtless reach the department, giving exaggerated accounts of Mexican preparations to resist our advance, if not indeed to attempt an invasion of Texas. Such reports have been circulated even at this place, and owe their origin to personal interests connected with the stay of the army here. I trust that they will receive no attention at the War Department. From the best information I am able to obtain, and which I deem as authentic as any, I do not believe that our advance to the banks of the Rio Grande will be resisted." Febr. 16, 1846. ib. p. 117.

[2]) ib. p. 35.

[3]) ib. p. 56.

sondern sie war auch ein durchschlagendes Argument für die Richtigkeit der ersten Behauptung. An der Seite Englands brauchte Mexico einen Krieg mit den Vereinigten Staaten nicht zu scheuen, und außerdem durfte es annehmen, daß die Vereinigten Staaten es nicht zum Aeußersten treiben würden, so lange sie sich nicht mit England auseinandergesetzt hatten, oder doch mindestens ein Vergleich mit diesem zuversichtlich erwartet werden durfte. Erschienen aber zwei Drittel der Unionsarmee [1]) am Rio Grande, dann war es nicht mehr möglich daran zu zweifeln, daß, so weit es vom Präsidenten abhing, der unwiderrufliche Entschluß gefaßt war, den Streit mit Mexico so oder so zum Austrag zu bringen.

War es nun aber wahrscheinlich, daß Mexico dem Druck nachgeben würde, den der Vormarsch Taylor's ausüben sollte? Daß es ihn in ganz anderem Lichte ansehen würde als die Zusammenziehung von Truppen am Nueces, war gewiß. Selbst in Texas fanden sich Leute, die, obwohl sie im Interesse der Sklaverei das Land bis an den Rio Grande forderten, aufrichtig genug waren, zu bekennen, daß der Nueces die alte Grenze sei [2]). Und obwohl Mexico formell noch immer an seinem Rechtstitel auf ganz Texas festhielt, hatte sein thatsächliches Verhalten doch deutlich genug dargethan, wie vollkommen es sich dessen bewußt war, daß bis zu dieser alten Grenze das Land ihm unwiederbringlich verloren sei. Das Gebiet am Rio Grande dagegen war, wie wir gesehen haben, stets im Besitz der Mexicaner gewesen und war auch noch in demselben. Es war daher nicht zu besorgen, daß sie die Ausführung des Befehles vom 13. Januar nicht als „feindselige Demonstration" auffassen würden, denn sie konnten sie nur als Invasion ihres Gebietes ansehen.

Polk hoffte trotzdem, daß der Schritt Mexico nicht zum Widerstande auf jede Gefahr hin aufstacheln, sondern nur es einschüchtern werde. Am 28. Januar, ehe man noch in Washington wußte, daß Herrera seinen Widersachern unterlegen war, wurde Slidell instruirt, auch noch bei der neuen Regierung sein Glück zu versuchen, da der Präsident sowohl aus Neigung wie aus Politik den Frieden zu erhalten wünsche. Darauf erfolgte jedoch die Erklärung daß, wenn auch Paredes

[1]) Statesm.'s Man., III. p. 1586.

[2]) Im Repräsentantenhause wurde der Brief eines Bürgers von Austin vom 23. Juli 1845 an den Herausgeber des New Orleans Picayune angeführt, in dem es heißt: „The old boundary was the Nueces", und „Unless we occupy that river (the Del Norte) there is no locality for slaves west of the Colorado." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 558 und Append. p. 580.

sich weigere ihn zu empfangen, die Nachsicht ein Ende haben müsse; dann bleibe nichts übrig, als selbst den geschädigten Bürgern der Vereinigten Staaten zu ihrem Rechte zu verhelfen und sich für die der Regierung zugefügten Beleidigungen Genugthuung zu verschaffen[1]).

Da die Bürger vorangestellt werden, so scheint der Nachdruck auf die Entschädigungsforderungen gelegt werden zu sollen. Hinsichtlich dieser war aber der Vormarsch Taylor's, wenn es bei dem sein Bewenden hatte, gänzlich bedeutungslos, denn nach Polk's Ansicht war ja der besetzte Landstrich „Texas", also Unionsgebiet. Ließ sich Mexico nicht einschüchtern und die Armee sollte doch in irgend einer Weise die Entschädigungsforderungen eintreiben, so durfte sie mithin nicht am Rio Grande stehen bleiben. Das sollte sie jedoch auch nicht, obwohl Taylor wiederum angewiesen wurde, sich in der Defensive zu halten und Mexico nicht als Feind zu behandeln, so lange es sich nicht selbst durch einen Akt offener Feindseligkeit als solchen deklarire. Die bereits erwähnte Depesche Buchanan's an Slidell vom 20. Januar belehrt uns darüber, daß dieses nicht das letzte Wort sein sollte. Unmittelbar auf die Mittheilung des Befehles vom 13. Januar folgt der inhaltschwere Satz: der Präsident „wird so vorbereitet sein, mit Nachdruck und Schnelligkeit zu handeln, sobald der Kongreß ihn dazu autorisirt"[2]).

Dieser Satz ist auch noch in einer anderen Hinsicht von Bedeutung. Hier zum ersten Male hören wir, daß der Kongreß doch schließlich auch ein Wort mitzureden hat. Trotz dieses Zugeständnisses ist es aber überraschend, in der nächsten Depesche vom 28. Januar weiter zu vernehmen, daß, wenn Mexico sich endgiltig weigere Slidell zu empfangen, es „die Pflicht des Präsidenten sein wird, die ganze Sache dem Kongreß zu unterbreiten". War Polk nie der Gedanke gekommen, daß, wenn es dann seine Pflicht war dieses zu thun, es doch mindestens angezeigt gewesen wäre, ihm schon einige Mittheilungen zu machen, als er „in Erwartung" jener Weigerung Taylor an den Rio Grande zu schicken beschloß? Irgend welche Schwierigkeiten hatte das nicht, da der Kongreß ja in Sitzung war. So kopflos waren aber Polk und seine Minister nicht, daß ihnen dieser Gedanke nicht gekommen wäre, und für einen so gleichgiltigen Schritt sahen sie den Befehl vom 13. Januar auch nicht an, daß sie es für überflüssig gehalten hätten. Der Kongreß sollte nichts von dem Schritte wissen, der aller Wahr-

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 55.
[2]) ib. p. 54.

ſcheinlichkeit nach das Haar zerriß, an dem das Schwert hing, — ſie wollten ihn vor eine vollendete Thatſache ſtellen.

Der Befehl vom 13. Januar wurde ängſtlich geheim gehalten. Allein politiſche Geheimniſſe in Waſhington zu wahren pflegt nicht leicht zu ſein und auch dieſes kam Leuten zu Ohren, für die es nicht beſtimmt war. Am 3. Februar beantragte Bayly von Virginia im Repräſentantenhauſe den Präſidenten aufzufordern, die noch nicht bekannten Aktenſtücke über die Beziehungen zu Mexico mitzutheilen und namentlich darüber Auskunft zu geben, ob die Armee und Flotte Befehl erhalten hätten, ſich gegen Mexico in Bewegung zu ſetzen[1]). Haralſon von Georgia, der Vorſitzende des Ausſchuſſes für militäriſche Angelegenheiten, und Boyd von Kentucky, der in dieſer Frage für den Führer der Adminiſtrationspartei galt, parirten aber den Schlag, den die Annahme dieſes Antrages den Plänen des Präſidenten verſetzt haben würde. Bayly's Reſolution wurde niedergeſtimmt und das Repräſentantenhaus machte ſich damit zum Mitſchuldigen an dem lichtſcheuen Werk, das in dem weißen Hauſe ſo emſig und ſo geſchickt betrieben wurde.

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., App. p. 812.

Achtes Kapitel.

Doppelspiel gegen England und Mexico.

3. Der Theaterdonner verhallt und das Gewitter bricht los.

Der Befehl vom 13. Januar war auffallend lange ein tiefes Geheimniß geblieben. Calhoun erfuhr erst „lange nachher" durch Clayton von demselben und wollte zuerst die Wahrheit des Gerüchtes nicht glauben. Beide Senatoren stimmten darin überein, daß es sehr wünschenswerth sei, die Ausführung des Befehles zu hintertreiben, aber Clayton glaubte als Whig nichts in der Sache thun zu können und Calhoun weigerte sich, der Aufforderung des Kollegen von Delaware Folge zu geben und sie in seine Hand zu nehmen, weil er einen Krieg mit England noch mehr als einen Krieg mit Mexico fürchtete, und um jenen zu verhüten, es für nothwendig hielt, im besten Einvernehmen mit dem Präsidenten zu bleiben[1]).

Die Stellung, die Calhoun von Anfang an bis zuletzt dem mexicanischen Kriege gegenüber einnahm, schließt jeden Zweifel daran aus, daß dieses Bedenken aufrichtig war, aber nichtsdestoweniger war es völlig eitel. Schon am 27. Januar hatte Ritchie's Daily Union angedeutet, daß man jetzt wohl darauf eingehen dürfte, wenn England den 49. Grad als Theilungslinie vorschlüge. Hannegan erklärte allerdings im Senat, daß der Präsident diesen Artikel nicht vor seiner Veröffentlichung gelesen habe und ihn mißbillige, aber die Union blieb bei ihrem Satz, obwohl sie die Richtigkeit von Hannegan's Behauptung anerkannte[2]).

---

[1]) Calh.'s Works, IV. pp. 338, 339.

[2]) Mem. of J. Q. Adams, XII. p. 239.

Hätte Polk noch ganz unerschüttert zu seinen früheren Erklärungen gestanden, so würde sein Organ sich schwerlich das erlaubt haben. So viel durfte man wohl mit Senator Miller von New Jersey aus dem Artikel der Union schließen, daß der Kriegskomet im Begriff stehe, unter dem Horizont zu verschwinden. Gab doch auch bald darauf das Repräsentantenhaus zu verstehen, daß es sein längeres Verweilen am Himmel nicht für motivirt halte. Senator Dayton meinte später, man sei dem Beispiele der Chinesen gefolgt, die mit Gongs, Kesseln und allerlei Blasinstrumenten einen entsetzlichen Lärm gemacht hätten, um durch diese Höllenmusik die barbarischen Engländer von einem Angriff abzuschrecken[1]). Viele Musikanten zeigten freilich noch gar keine Neigung, ihre Lungen und Arme mehr zu schonen, aber das Gesammtorchester war aus dem Fortissimo zu einem markirten Decrescendo übergegangen. Am 9. Februar beschloß das Haus mit 163 gegen 54 Stimmen die Kündigung der Konvention von 1818/27[2]), aber erst nachdem die Resolution vollständig des herausfordernden Charakters entkleidet worden war, den sie in ihrer ursprünglichen lakonischen und peremptorischen Fassung zu tragen schien. Es war nicht nur das „sofort" gestrichen, sondern auch noch die Erklärung zugefügt, daß der Beschluß in keiner Weise Unterhandlungen über eine freundschaftliche Schlichtung des Streites behindern solle.

Der Senat mochte nicht einmal so weit gehen. Die Debatte schien nie ein Ende nehmen zu wollen. Allein so oft auch von beiden Seiten dieselben Argumente wiederholt wurden, vergeudet war die Zeit doch nicht. Je länger die Entscheidung hinausgezögert wurde, desto mehr ernüchterte sich die öffentliche Meinung. Mit jedem Tage wurde es klarer, nicht nur daß die Kündigung der Konvention in völlig unverfänglicher Weise erfolgen werde, wenn der Senat sich überhaupt für dieselbe entschied, sondern auch daß die große Majorität des Volkes ihm dafür Dank wissen werde. Selbst die, welche Polk's Feuereifer nie für ächt gehalten hatten, waren aber doch höchst überrascht, daß, ehe noch die Partei der Besonnenen unter der Führung Calhoun's die Stunde gekommen glaubten, da sie ihre Taktik des Zeitgewinnens aufgeben und einen bestimmten Beschluß herbeiführen dürften, aus der Mitte des Administrationslagers eine emphatische Bestätigung des Artikels der Union vom 27. Januar kam.

---

[1]) Deb. of Congr., XV. p. 405.

[2]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 349.

Am 4. und 5. März suchte Haywood von North Carolina in langer Rede[1]) die Behauptung zu begründen, daß Polk nie einen Anspruch auf das Gebiet bis zu 54° 40′ erhoben habe. Erst in neuester Zeit beliebe man anzunehmen, daß „Oregon" sich so weit nach Norden erstrecke. Ursprünglich sei unter diesem Namen nur das Gebiet bis zum 49. Grad verstanden worden. Die Baltimore Platform rede allein von diesem alten und wahren Oregon, denn sie verlange seine Wiederbesetzung, über den 49. Grad hinaus aber sei das Land nie von Bürgern der Vereinigten Staaten besetzt gewesen. Auf diese Platform habe Polk sich gestellt und ihr gemäß England den 49. Grad als Grenze angeboten. Sollte England jetzt das gleiche Anerbieten machen, so könnte er es mithin annehmen, ohne sich irgendwie inkonsequent zu werden, denn nach der Ablehnung seines Vorschlages habe er dem Kongreß nur gesagt: Ich habe meine Pflicht gethan — jetzt ist es an Euch zu sagen, was Ihr thun wollt. Wenn Ihr geneigt seid, um 54° 40′ einen Krieg zu führen, so sagt es und ich werde auf keine neuen Unterhandlungen eintreten; wenn Ihr das nicht wollt, so sagt es und wir stehen auf dem 49. Grad.

Der Senat war mit äußerster Spannug diesen Ausführungen gefolgt. Noch war das letzte Wort Haywood's nicht verklungen, so zeigte es sich, daß sie eine in das eigene Lager geschleuderte Bombe waren. Hannegan war aufgesprungen, nicht um sogleich auf die Rede — die außerordentlichste, die er je in seinem Leben gehört — zu antworten, sondern um zu erfahren, wer das Geschütz geladen und gerichtet, das der Senator von North Carolina abgefeuert. Durch den Vize-Präsidenten richtete er an ihn die Frage, ob er direkt oder indirekt von dem Präsidenten autorisirt sei zu erklären, daß es dessen Wunsch sei, den Oregon-Streit durch ein Kompromiß auf Grundlage des 49. Grades zu schlichten? Haywood antwortete ausweichend. Hannegan ließ sich jedoch nicht so leicht abweisen. Von Allen nachdrücklich unterstützt, setzte er ihm von allen Seiten her scharf zu, und wenn auch die geforderte klare Antwort bis zuletzt verweigert wurde, wußte der Senat doch ganz genau, woran er war. Die Ausflüchte Haywood's waren übrigens nur ein Spiel, zu dem ihn das parlamentarische Dekorum nöthigte und das überdieß dem Präsidenten eine gewisse Deckung gewährte. Man sollte wissen, daß er Polk als Sprachrohr gedient habe, aber die Waffe, die den Gegnern damit in die Hände gegeben wurde, sollte möglichst stumpf

[1]) ib. App. pp. 369—378.

sein. Hannegan schwang sie mit der Kraft ungezügelter Wuth, aber sein Streich war nur schmerzhaft und beschimpfend; Blut zog er nicht und das würde reichlich geflossen sein, wenn Haywood bekannt hätte, daß er mit Wissen und Willen des Präsidenten gesprochen habe[1]). Wenn, rief Hannegan, wenn die Absichten des Präsidenten von dem Senator richtig dargestellt sind, was ich bestreite, so wäre er ein ehrloser Mann und seine Infamie wäre so groß, daß sie nie gesühnt oder vergeben werden könnte[2]).

Das amerikanische Volk hat mit Recht dieses Urtheil nicht bestätigt. Daß Polk gewillt war, sich auf den 49. Grad mit England zu vergleichen, war nicht infam, sondern entsprach vollkommen den wahren Interessen des Landes. Aber die mehr als plumpen Sophistereien, durch die Haywood diesen Entschluß mit den früheren Erklärungen des Präsidenten in Einklang zu bringen suchte, waren verächtlich. Welche Handhaben auch immer die Baltimore Platform und die Inauguraladresse den Interpretationskünsten eines Winkeladvokaten darbieten mochten, in dessen Wörterbuch das Wort Wahrhaftigkeit fehlte, die

[1]) Benton schreibt: „he (Benton) knew that Mr. Haywood spoke with a knowledge of the President's sentiments, and according to his wishes, and to prepare the country for a treaty upon 49°. He knew this, because he was in consultation with the President, and was to speak for the same purpose, and was urged by him to speak immediately in consequence of the attempt to crush Mr. Haywood — the first of his friends who had given any intimation of his views." Thirty Years' View, II. pp. 666, 667.

[2]) „But, for the President, I deny the intentions which the Senator from North Carolina attributes to him — intentions which, if really entertained by him, would make him an infamous man — ay, an infamous man. He (Mr. Haywood) told the Senate yesterday — unless I grossly misunderstood him, along with several friends around me — 'that the President had occasionally stickings-in, parenthetically, to gratify — what? — the ultraisms of the country and of party; whilst he reposed in the White House with no intentions of carrying out these parenthetical stickings-in'. In plain words, he represents the President as parenthetically sticking in a few hollow and false words to cajole the 'ultraisms of the country'. What is this, need I ask, but charging upon the President conduct the most vile and infamous. If this allegation be true, these intentions of the President must sooner or later come to light, and when brought to light, what must follow but irretrievable disgrace? So long as one human eye remains, to linger on the page of history, the story of his abasement will be read, sending him and his name together to an infamy so profound, a damnation so deep, that the hand of resurrection will never be able to drag him forth." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 460.

Jahresbotschaft und die Depeschen Buchanan's sagten in ausdrücklichen Worten, daß England keinerlei Recht auf irgend einen Theil des streitigen Gebietes habe, und daß nach Ansicht des Präsidenten die Vereinigten Staaten auf ihrem vollen Recht bestehen sollten. Entweder hatte Polk ehrlich seine Ansicht geändert oder er hatte geflissentlich das Volk getäuscht, — eine dritte Möglichkeit gab es nicht.

Die Rede Haywood's überzeugte auch die Zaghaftesten, daß die Krisis glücklich überstanden sei. Als Calhoun am 16. März in längerer Rede seine Ansichten entwickelte, legte er mit Recht den Nachdruck darauf, daß die Kündigung der Konvention von 1818/27 jetzt eine ganz andere Frage als im Beginne der Session sei[1]). Es habe sich nunmehr ganz unzweifelhaft herausgestellt, daß beide Völker auf jeden Fall einen friedlichen Austrag des Streites wollten, und man habe sich daher nur noch darüber klar zu werden, ob dieser durch die Kündigung gefördert oder erschwert werden würde. Webster stimmte dem vollkommen bei[2]) und hielt auch die weitere Behauptung Calhoun's für richtig, daß das Volk immer einhelliger den 49. Grad für die beste Basis eines Kompromisses ansehe[3]). Trotzdem ging man aber noch immer vorsichtig zu Werk.

Clayton hatte beantragt den Präsidenten um Mittheilung der Korrespondenz mit England zu ersuchen, die noch nicht zur Kenntniß des Kongresses gelangt sei. Der Eifer, mit dem Allen gegen diesen Antrag auftrat, erregte einiges Mißtrauen. Das Verlangen erschien so selbstverständlich, daß man diesen Widerstand des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten nur durch die Annahme glaubte erklären zu können, daß der Präsident über den augenblicklichen Stand der Oregon-Frage keinen Aufschluß zu geben wünsche. Webster folgerte daraus, daß die Unterhandlungen wieder aufgenommen sein müßten oder wenigstens ihre Wiederaufnahme bestimmt in Aussicht stehe[4]) und ermahnte daher Clayton sich eine Weile zu gedulden, theilte aber seine Ansicht, daß der Senat nicht über die Kündigung schlüssig werden solle, bis er Einsicht in die geforderte Korrespondenz erhalten habe.

Endlos redete man darüber hin und her ohne die Sache irgendwie zu fördern und am 16. April wurden dann endlich doch die Kün-

---

[1]) Calh.'s Works, IV. pp. 259, 266.
[2]) Webst.'s Works, V. p. 72.
[3]) Deb. of Congr., XV. p. 471.
[4]) Webst.'s Works, V. pp. 70, 75.

digungsresolutionen passirt[1]) ohne Auskunft darüber erhalten zu haben, ob inzwischen etwas von den beiderseitigen Regierungen in der Angelegenheit geschehen sei. Die Resolutionen waren jedoch so gehalten, daß auch die Aengstlichsten kaum noch einen Anstoß daran nehmen konnten. Die etwas langathmige Motivirung des Beschlusses gipfelte in der Erklärung, daß die Aufmerksamkeit der Regierungen durch ihn nachdrücklicher auf eine baldige freundschaftliche Erledigung der Kontroverse gelenkt werden solle. Dem gemäß wurde denn auch gar nicht die Kündigung beschlossen, sondern nur der Präsident autorisirt „nach seiner Diskretion" die Konvention von 1818/27 zu kündigen[2]).

Der Majorität des Repräsentantenhauses konnte diese laue Limonade nicht sonderlich munden, nachdem sie schon nur mit verdrossenen Mienen selbst Wasser in den Wein geschüttet hatte, der ihr zuerst von dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten geboten worden war. Allein es war so gewiß, daß sich vom Senate nicht viel erlangen ließ, daß sich das Haus — von einer bedeutungslosen stilistischen Aenderung abgesehen — damit begnügte, dem „autorisirt" noch „und ersucht" beizufügen[3]), wohl weniger um sich dessen zu versichern, daß die Kündigung erfolgen würde, als um den Kongreß die Verantwortlichkeit für die Kündigung theilen zu lassen. Der Senat blieb aber bei seiner Fassung und ein Konferenzausschuß mußte ernannt werden, um eine Verständigung zu erzielen. Dieser behielt in dem einen wesentlichen Punkte die Fassung des Senates bei und fand das Haus mit einigen Wort- und Interpunktionsänderungen ohne jeden Belang ab. Das Haus gab nach und der Präsident kündigte die Konvention gemäß den am 27. April approuvirten Resolutionen[4]). Die englische Presse zollte der Mäßigung des Senats lebhafte Anerkennung[5]) und hüben wie drüben legte sich die

---

[1]) Die dritte Lesung wurde mit 40 gegen 14 Stimmen beschlossen. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 683. Unter den 40 waren 22 Whigs und nur zwei Whigs stimmten mit der Minorität.

[2]) Allen sagte: „We decline the responsibility of giving the notice ourselves; we decline the responsibility, we evade the danger, we say to the President, we leave the whole matter with you, although the President, in his Message, referred the whole matter to us." ib. p. 681.

[3]) ib. p. 691.

[4]) Sen. Doc., 29th Congr., 1st Sess., Vol. IX, No. 489. p. 16.

[5]) Die London Times schrieb am 8. Mai: „The form in which the resolution has been ultimately adopted by the senate of the United States is extremely dignified and becoming . . . there is not an expression in the preamble with which we do not cordially concur — and it forms a striking

Aufregung völlig. Der Sieg der Gemäßigten war so vollständig, daß man gelassen der definitiven Lösung des Problems entgegensah, das bislang fast unlösbar geschienen. Die wesentlichen Bedingungen des Kompromisses sah man als so gut wie thatsächlich festgestellt an; nur das Wie seines Zustandekommens war noch fraglich. Wohl war man auch darauf gespannt, aber vornehmlich doch nur im Hinblick auf den Einfluß, den es auf die Parteiverhältnisse ausüben konnte. Polk's Ansehen als Staatsmann — so weit er je ein solches genossen hatte — und als Charakter hatte in weiten Kreisen schwer gelitten. Jetzt fragte es sich, ob er sein Ansehen als Politiker würde wahren können. Gelang es ihm sich so aus dem leidigen Handel zu ziehen, daß er als das offizielle Parteihaupt und in ihm auch die Partei mit einem blauen Auge davon kam, so hatte er alles geleistet, was sich unter den Umständen überhaupt noch leisten ließ.

Douglas soll später behauptet haben, Polk habe das dadurch erreichen wollen, daß er das Volk aus einer Erregung in eine andere stürzte[1]), natürlich nicht nur um die Gedanken, Interessen und Leidenschaften nach einer anderen Seite hin abzulenken, sondern auch in der Hoffnung, einen überreichen Ersatz für das bieten zu können, was im Nordwesten aufgegeben werden mußte. Die ganze Geschichte der mexicanischen Frage, wie wir sie aus den Akten kennen gelernt haben, erweist diese Behauptung als völlig unbegründet. Richtig dagegen ist, sowohl daß die Aufmerksamkeit des Volkes durch den mexicanischen Krieg thatsächlich von der Oregon-Frage abgelenkt wurde, als auch das während der ganzen Zeit, da die Oregon-Frage das öffentliche Interesse nahezu monopolisirte, in dem Denken und Thun des Präsidenten das heiße Verlangen die erste Stelle einnahm, neue unermeßliche Gebiete der Union zu gewinnen. Schon einen Monat vor der Ankündigung durch die Jahresbotschaft, daß der Präsident ein Kompromiß mit England für unmöglich halte und den Anspruch der Vereinigten Staaten auf „ganz Oregon" geltend gemacht habe, waren in die unerforschte

---

contrast to the peremptory and unqualified expressions used by Mr. Polk in his official communications."

[1]) Cutts, Treaties upon constitutional and party questions ... as received by .. St. A. Douglas, p. 64 erzählt, Douglas habe ihm gesagt: „Polk, to avoid the ruin of the Democratic party — in Folge des Aufgebens des „klaren und unbestreitbaren" Rechtes auf „ganz Oregon" — precipitated the Mexican war, thus avoiding and distracting attention."

Wildniß des Westens geheimnißvolle inhaltsschwere Weisungen bezüglich der Verwirklichung dieses Wunsches abgegangen.

Im Mai 1845 hatte Kapitän John C. Fremont seine dritte große wissenschaftliche Expedition in den fernen Westen angetreten. Als er sich den besiedelten Theilen von Alta California näherte, begab er sich (Februar 1846) allein nach Monterey, um sich die Erlaubniß zu erbitten, mit seinen Leuten im Thale des San Joaquin überwintern zu dürfen. Die Erlaubniß wurde ihm zuerst gegeben, aber bald wieder zurückgenommen, „unter dem Vorwande", wie Benton sagt[1]), daß er die amerikanischen Ansiedler aufwiegeln wolle. Fremont hat zur Zeit wohl nicht solche Absichten gehabt, aber daß die mexicanische Regierung nach ihren früheren Erfahrungen die Besorgniß hegte, war selbstverständlich. Nach dem Zeugniß des amerikanischen Konsuls Larkin in Monterey theilten die amerikanischen Ansiedler ihre Ansicht und aus der Weise, in der er darüber berichtete, geht hervor, daß er seiner Regierung eine angenehme Nachricht zu geben glaubte[2]). Der mexicanische Befehlshaber Castro schickte sich an, den verdächtigen Amerikaner mit Gewalt aus dem Lande zu treiben[3]). Von Larkin gewarnt nahm Fremont mit seiner kleinen unerschrockenen Schaar auf einem Berge eine starke Defensivstellung ein und wartete dort, in ostentatiös provozirender Weise die

[1]) Thirty Years' View, II. p. 688.

[2]) „The arrival of Cap. Fremont has revived the excitement in California respecting the emigration, and the fears of the Californians losing their country. The undersigned believes that if a new flag was respectfully planted, it would receive much of the good will of the wealth and respectability of the country. Those who live by office, and the absence of law, would faintly struggle against a change. Many natives and foreigners of wealth and pursuits, are already calculating on the hopes, fears and expectations from the apparent coming change now before them, from the great influx of strangers." Th. O. Larkin to Mr. Buchanan, Apr. 2d, 1846. Niles' Reg. LXXI. p. 190.

[3]) Hittell, A History of the City of San Francisco, p. 100 mißt alle Schuld an dem feindseligen Vorgehen Castro's Fremont bei. Seine „folly and insolence" hätten die Pläne Larkin's scheitern gemacht, der mehrere Jahre mit Geschick und Erfolg daran gearbeitet hatte, die Californier in Gutem für die Ver. Staaten zu gewinnen. Larkin selbst schreibt den 14. Jan. 1847 Buchanan: „It has been my object for some years to bring the Californians to look on our countrymen as their best friends. I am satisfied very many were of that way of thinking, and more were becoming so. General Castro, from the year 1842 to 1846, made every demonstration in our favor, and opened plans for future operations, grantig passports to all the Americans whom I presented to him. At the same time he made some foolish proclamations, supposing they would only be believed in Mexico."

amerikanische Flagge aufhissend, vier Tage auf den Angriff[1]). Sein Muth imponirte den Mexicanern und am 10. März zog er unbehelligt ab, sich nach Oregon wendend. Dort am Großen Tlamath See[2]) erhielt er am 9. Mai einen unerwarteten Besuch von Lieutenant Gillespie. Dieser kühne Offizier war in California gewarnt worden, daß er gar leicht seinen Scalp in den Händen der Indianer lassen könnte und er selbst mußte sich sagen, daß die Götter des Zufalles ihm in einem an das Wunderbare streifenden Grade gewogen sein müßten, wenn er den Waffenkameraden in der pfadlosen unendlichen Wildniß finden sollte. Allein er beschloß „auf jede Gefahr hin" (at all hazards) den Versuch zu machen, um — das Vergnügen zu haben, Fremont mit einigen Briefen von seiner Familie ein Einführungschreiben von Buchanan zu überreichen. Nichts als eine förmliche Introduktion enthielten die Zeilen des Staatssekretärs und Fremont betonte später vor einem Ausschusse des Senates, daß sie an ihn in seinem Privatcharakter und nicht als Offizier der Armee gerichtet waren[3]).

Benton, der Schwiegervater Fremont's, trat später in einem langen, für die Oeffentlichkeit bestimmten und unter seiner „Verantwortlichkeit als ein amerikanischer Senator" geschriebenen Brief an den Präsidenten als freiwilliger Zeuge gegen „die gemeine Anklage" auf, daß die Regierung und Fremont beabsichtigt hätten, eine Provinz einer befreundeten Macht zu revolutioniren[4]). Schnee, Indianer und die feindseligen Anschläge des Generals Castro allein hätten den tapferen Kapitän gezwungen die mexicanische Regierung in California über den Haufen zu werfen, um sich selbst und die amerikanischen Ansiedler zu retten. Nach dieser Schilderung hätte also Gillespie seine gefahrvolle und fast aussichtslose Expedition nach dem Tlamath See wirklich nur unternommen, um dem ihm persönlich unbekannten Kameraden als Postbote für harmlose Familienbriefe zu dienen und sich durch Herrn James Buchanan mit dem berühmten jungen Entdecker bekannt machen zu lassen. Das würde Gillespie sehr geeignet zu dem Helden eines Romanes à la Cooper machen, aber den Anspruch seinen Namen in der Geschichte seines Landes genannt zu sehen, den er sich thatsächlich erworben hat, würde er dann verwirkt haben. In seiner Thirty Years' View stellt Benton

[1]) Die ganze auf diesen Zwischenfall bezügliche Korrespondenz ist abgedruckt bei Niles' Reg. LXXI. pp. 187—190.

[2]) Auf den neueren Karten heißt es stets Klamath.

[3]) Senate Doc., 30th Congr., 1st Sess., Reports, No. 75. p. 12.

[4]) Niles' Reg. LXXI. p. 173.

ſelbſt die Sache in weſentlich anderem Lichte dar und die amtlichen Ausſagen der beiden Offiziere vor einem Senatsausſchuſſe zeigen uns ihren wahren Charakter in voller Klarheit, obwohl ſie nicht das Material zu einem Beweiſe gegen die Regierung enthalten, der von einem Gerichtshofe für zureichend erklärt werden könnte.

Gillespie war am 3. November 1845 mit „Befehlen vom Präſidenten und Flottſekretär" nach California geſchickt worden, „mit Inſtruktionen über das Intereſſe der Vereinigten Staaten in California zu wachen und dem Einfluß der fremden oder europäiſchen Agenten entgegen zu wirken, die etwa daſelbſt den Vereinigten Staaten nachtheilige Projekte betrieben"[1]). Er war alſo nicht als Privatmann in California, dem es freiſtand, zur Befriedigung ſeiner Abenteuerluſt ſolche verwegene Expeditionen zu unternehmen, ſondern er war ein geheimer Regierungsagent, dem eine hochwichtige Miſſion anvertraut worden war. Dem Konſul Larkin hatte er eine Depeſche zu überbringen, die er „vor dem Einlaufen in den Hafen von Vera Cruz zerſtörte, nachdem er (ich) ſie auswendig gelernt hatte". „Als Kaufmann" verkleidet reiſte er auf mexicaniſchem Boden und nachdem er ſich jenes erſten Auftrages entledigt hatte und zu ſeinem großen Verdruß einen Monat länger als er erwartet hatte, aufgehalten worden war, folgte er den Spuren Fremont's in die Wildniß und zwar weil er „Befehl hatte ſich mit ihm zu berathen und ihm ſeine (meine) Inſtruktionen mitzutheilen". „Es war wünſchenswerth, daß wir in Uebereinſtimmung handelten und große Wachſamkeit und Thätigkeit wurde von uns beiden erwartet." „Dieſe Mittheilungen", erklärt Fremont in ſeiner amtlichen Ausſage, „und die Gefahr meiner Lage... beſtimmten mich... in das Thal des Sacramento zurückzukehren." Und in einem Privatbrief vom 25. Juli 1846 an ſeinen Schwiegervater, in dem er allerdings auch jener Gefahren gedenkt, hebt er noch ſchärfer hervor, daß der weſentlichſte Beweggrund ſeiner Umkehr die ihm von Gillespie mitgetheilten Wünſche der Regierung geweſen ſeien[2]). Und dieſer Brief war nach dem eigenen Geſtänd-

---

[1]) Sen. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Reports, No. 75. p. 30. Unter dieſen Projekten nahm die vornehmſte Stelle der Plan des Prieſters Macnamara ein, California in großartigem Maßſtabe durch Irländer zu koloniſiren, um dadurch das Land für die katholiſche Religion und gegen die Vereinigten Staaten zu ſichern. Seine Korreſpondenz mit der mexicaniſchen Regierung iſt auch in dieſem Berichte abgedruckt. cfr. a. Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. pp. 560, 561.

[2]) „I judged it inexpedient to pursue our journey further in this direction, and determined to retrace my steps and carry out the views of the govern-

niß Benton's schon in seinen Händen, als er das erwähnte Schreiben vom 9. November 1846 an den Präsidenten richtete. Ueberdieß aber war der Senator von Anfang an über die Absichten der Regierung unterrichtet, denn nach Fremont's Aussage erklärte ihm der von Gillespie überbrachte Brief Benton's — dessen wichtigster Inhalt freilich auch wieder zwischen den Zeilen zu lesen stand — den Zweck von dessen Sendung. Ob aber, wie Fremont behauptete, die Weisungen der Regierung sich wirklich darauf beschränkten, sich über die Stimmung der Bevölkerung von California zu unterrichten, sie den Vereinigten Staaten günstig gesinnt zu machen und die Pläne anderer Mächte zu durchkreuzen, darüber werden wir uns aus den späteren Ereignissen ein ziemlich sicheres Urtheil bilden können, obwohl Polk und seine Minister vorsichtig genug gewesen sind, kein Wörtchen jener Instruktionen Gillespie's, Larkin's und Fremont's dem Papiere anzuvertrauen, ja obwohl sie wahrscheinlich sogar vorsichtig genug gewesen sind die mündlichen Instruktionen so zu halten, daß sie im Falle des Mißlingens ihrer Anschläge ihre Agenten ruhig desavouiren konnten.

Eines vermochten jedoch Polk und seine Minister nicht zu thun: wie geschickt auch in den Botschaften des Präsidenten ihre Entschließungen und die Ereignisse zusammengequirlt waren um einen ursächlichen Zusammenhang zwischen denselben herzustellen, der ihre Handlungsweise im besten Lichte erscheinen ließ, die Daten der entscheidenden Maßnahmen ließen sich nicht aus der Welt schaffen und diese Daten waren ein scharfer Schnitt durch die ganze Länge und Breite ihres feinen sophistischen Gewebes. Gillespie erhielt seine Instruktionen acht Tage vor dem Slidell beauftragt wurde, jenen mißgestaltenen Oelzweig nach Mexico zu tragen, der in den Augen der Mexicaner das Aussehen der Keule eines Wegelagerers hatte. Nächst dem Befehle vom 13. Januar an Taylor ist das die wichtigste Thatsache für die richtige Beurtheilung der Behauptung Polk's, daß die Weigerung der mexicanischen Regierung Slidell zu empfangen, einer der wesentlichsten Gründe oder gar der entscheidende Grund für sein scharfes Vorgehen gewesen sei[1]). Daß

ment by reaching the frontier on the line of the Colorado river." Niles' Reg. LXXI. p. 191.

[1]) Daß sie den Befehl vom 13. Januar veranlaßt habe, ist allerdings nicht geradezu ausgesprochen, aber doch so deutlich zu verstehen gegeben, als es geschehen konnte, ohne es ausdrücklich zu sagen. Es läßt sich daher, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch wohl verstehen, wenn Dixon von Connecticut in der Hitze der Debatte sagte: „Yet he (Polk) tells (!) us that the army had not marched till

Slidell's Miſſion ſchon lange vor dem Zuſammentreffen Gillespie's und Fremont's am Tlamath See definitiv geſcheitert war, iſt hinſichtlich des urſächlichen Zuſammenhanges der Ereigniſſe in California ohne alle Bedeutung.

Am 1. März hatte Slidell dem neuen Miniſter des Auswärtigen Caſtillo y Lanzas angezeigt, daß er ſeinen nunmehr eingetroffenen Inſtruktionen gemäß ſeine Päſſe hätte fordern müſſen, wenn nicht inzwiſchen ein Regierungswechſel ſtattgefunden hätte. Dieſer Umſtand allein ermöglichte es dem Präſidenten für den Augenblick noch von einem Schritte abzuſtehen, der „unvermeidlich einen Krieg herbeiführen würde." Die Würde und die Intereſſen der Vereinigten Staaten erlaubten es jedoch nicht, Mexico noch länger in dem gegenwärtigen maskirten Kriegszuſtande (the state of quasi hostility) verharren zu laſſen. Er müſſe daher auf einen baldigen Beſcheid über die Stellung des „Präſidenten ad interim" zur Frage ſeiner Anerkennung als Geſandter der Vereinigten Staaten bringen[1]).

In ſeiner gleichzeitigen Depeſche an Buchanan ſprach ſich Slidell hoffnungsvoller als je zuvor aus, bemerkte zur Sicherheit aber doch, daß das Thun mexicaniſcher Staatsmänner unberechenbar ſei[2]). So richtig das auch im Allgemeinen war, in dieſem Falle traf es doch nicht zu, obwohl allerdings Slidell's Hoffnungen ſich als völlig ungegründet erwieſen. Die vom 12. März datirte Antwort der mexicaniſchen Regierung entſprach nicht nur völlig dem, was von einem Uſurpator erwartet werden mußte, der in der kleinmüthigen Haltung der Regierung gegenüber dem fremden Dränger das Mittel zu ihrem Sturze gefunden hatte, ſondern es war auch die einzige Antwort, die von der Regierung

after the rejection." Die Frage: „Did he intend to deceive us?" war auch ohne jene übertreibende Unrichtigkeit berechtigt. Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 228.

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 63.

[2]) „My note will be presented at the most propitious moment that could have been selected. All attempts to effect a loan have completely failed. The suspicion of an intention to introduce a foreign monarch, has tended very much to abate the clamor against the United States, and many now begin to look in that direction for support and protection against European interference.

My letters from Mexico speak confidently of my recognition; but there is no safety in reasoning from probabilities or analogies as to the course of public men in this country... If, however, I should now be received, I think that my prospect of successful negotiation will be better than if no obstacles had been opposed to my recognition in the first instance." ib. pp. 62, 63.

eines Volkes gegeben werden konnte, das seine Ehre als sein höchstes Gut achtet. Castillo y Lanzas basirte den ablehnenden Bescheid Paredes' auf die Argumente Peña y Peña's, die nur breiter ausgeführt und schärfer gefaßt waren. Dabei aber betonte er, daß die drohenden Bewegungen der Armee und Flotte der Union Grund genug sein würden, dem Verlangen Slidell's nicht zu willfahren. Die „feindseligen Demonstrationen" hatten also nicht, wie Slidell erwartet hatte, Mexico nachgiebiger, sondern nur einen gütlichen Vergleich vollends unmöglich gemacht. Es war Thorheit gewesen zu glauben, Mexico werde bereitwilliger die zur Versöhnung und Verständigung dargereichte Rechte erfassen, wenn die Linke gleichzeitig nach seiner Kehle griffe. Es hätte weit ohnmächtiger sein müssen als es wirklich war, um ohne Schädigung seiner Ehre einer solchen Pression weichen zu dürfen; sein ungemessener Stolz aber ließ ihm seine Widerstandskraft weit größer erscheinen als sie in Wirklichkeit war.

An demselben Tage, an dem Castillo y Lanzas seine Antwort schrieb, schickte Buchanan noch eine Depesche an Slidell ab, in der er ihn nochmals ausdrücklich anwies, sein Glück auch bei der neuen Regierung zu versuchen. Er motivirte diese Entschließung des Präsidenten dadurch, daß anderen Falles der Kongreß vielleicht nicht geneigt sein würde, den „energischen Maßnahmen" zuzustimmen, die ihm sogleich (at once) vorgeschlagen werden würden, wenn er (Slidell) unverrichteter Sache zurückkehren müßte[1]). Durch diese Sorge brauchte Polk sich nicht quälen zu lassen, denn die Maßnahmen, die er auf eigene Hand ergriffen hatte, waren energisch genug, um die Verwirklichung seiner Wünsche sicher zu stellen.

Am Tage vor dem Abgange dieser Depesche waren die letzten Truppen Taylor's von Corpus Christi aufgebrochen. Eine kleine Abtheilung ging auf dem Seewege nach Brazos Santiago um einen Park Belagerungsgeschütze dorthin zu bringen[2]), deren Bestimmung schwer zu errathen ist, da es ja nur das bedrohte Texas zu schützen galt. Das Gros der kleinen Armee[3]) marschirte ohne jeden erwähnenswerthen Zufall durch das unwirthliche Land. Seit dem 16. März stieß es von Zeit zu Zeit auf kleine Haufen bewaffneter Mexicaner, die bei seiner Annäherung zurückwichen. Nur eine lächerlich bombastische Proklamation

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 65.

[2]) ib. p. 118.

[3]) Nach Ripley, The War with Mexico, I. p. 96 langte er vor Matamoras mit 3000 Mann an.

des Generals Mejia donnerte den Amerikanern Tod und Verderben entgegen. Der Uebergang über den Arroyo Colorado hätte ihnen nach Taylor's eigenem Zeugniß von einer kleinen Macht gewehrt werden können. Dort erwartete ihn denn auch eine Abtheilung regulärer Kavallerie, aber auch sie fiel nach einem pomphaft herausfordernden Protest zurück, ohne den geringsten Widerstand zu versuchen. Trotzdem sprach Taylor in seinen Depeschen stets vom „Feind". Mit offenen Armen wurde er freilich nicht von der Bevölkerung empfangen. Die Bewohner von Point Isabel schüttelten beim Herannahen seiner Armee den Staub von ihren Füßen und warfen die Brandfackel in ihre eigenen Häuser. Er sah darin „einen entschiedenen Beweis von Feindseligkeit"[1]) und war darüber so erzürnt, daß er erklärte, erst gegenüber Matamoras eine Deputation empfangen zu wollen, die ihm von dem „Präfekten des nördlichen Distriktes von Tamaulipas" einen förmlichen Protest gegen seinen weiteren Vormarsch überbrachte. Drei Tage später, am 28. März, langte er an dem bezeichneten Punkte an. Noch an demselben Tage fand auf dem rechten Ufer des Rio Grande eine Unterredung zwischen General Worth und dem mexicanischen General Vega statt. Taylor hatte die Initiative zu derselben ergriffen, um den Zweck seines Vormarsches zu erklären und „eine Gelegenheit zu bieten, wenn möglich, freundschaftliche Beziehungen herzustellen"[2]). Diese löbliche Absicht wurde nicht erreicht. Vega erklärte die Ueberschreitung der Grenze von Tamaulipas für einen groben Friedensbruch (an act of war), beantwortete aber die Frage, ob die beiden Mächte noch im Frieden seien, bejahend. Als er es aber unbedingt verweigerte, eine Zusammenkunft des amerikanischen Konsuls mit Worth zu gestatten, erklärte dieser, das Mexico sich damit auf Kriegsfuß stelle[3]) und kündigte außerdem förmlich an, daß der Ueberschreitung des Stromes durch mexicanische Truppen „in feindseliger Haltung" (in hostile array) mit Gewalt begegnet werden würde. Damit schloß die Unterhandlung. Beide Theile hatten ihr Bestes gethan, noch mehr zu verwirren, was zuvor schon wahrlich verworren genug war. Die beiden Offiziere hatten geredet, als hätten sie nicht die leiseste Ahnung davon, weder daß „Krieg" ein ganz bestimmter völkerrechtlicher Begriff sei, noch daß die Verfassungen ihrer

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 130. In einem Schreiben vom 22. April sagt er sogar: „I viewed this as a direct act of war." ib. p. 146.

[2]) ib. p. 133.

[3]) „a refusal . . . is regarded as a belligerent act."

resp. Staaten allein dem Kongreß das Recht gaben, einer anderen Macht gegenüber das furchtbare Wort auszusprechen. Und sie folgten darin nur dem Beispiele der Oberbefehlshaber. Taylor berichtete den Tag nach jener Unterredung, daß die Haltung der Mexicaner zwar „entschieden feindselig" sei, sie aber bis jetzt „keinerlei Feindseligkeiten" begangen hätten. Mejia rief: Zu den Waffen! Wir brennen in dem Gefühle unserer Ueberlegenheit mit dem Feinde auf dem Schlachtfelde zusammenzutreffen. Wir werden unsere siegreichen Adler bis an die Ufer des Sabine tragen; — und wenige Tage später sagt er in demselben Athemzuge: Ihr habt den Krieg durch die Invasion unseres Gebietes thatsächlich begonnen, aber wir sind noch immer im tiefsten Frieden. Und Taylor ist der Versuch, Point Isabel in Asche zu legen eine Feindseligkeit, keine Feindseligkeit und „a direct act of war" und die keinen Widerstand leistenden Mexicaner sind ihm „der Feind", mit dem er ein freundschaftliches Verhältniß herstellen möchte. Klar waren so weit nur die drei Thatsachen, daß die Mexicaner das Gebiet bis an den Rio Grande, d. h. bis an die von Texas beanspruchte Grenze ohne Kampf den Amerikanern überlassen hatten, Taylor mit seiner Armee sich gerade gegenüber der bedeutendsten mexicanischen Stadt am Strome gelagert hatte und den Mexicanern verboten war, auf das linke Flußufer zu kommen, obwohl ihre militärischen Posten in dem diesseitigen Gebiete nicht hatten belästigt werden sollen.

Taylor war in dem Schaffen von Thatsachen größer als in dem Schreiben von Berichten, die immer unter einander ganz im Einklange standen, oder gar stets in die überfeine Theorie Polk's über die Natur und Entwickelungsgeschichte der mexicanischen Frage paßten. Um den Mexicanern alle etwaigen Anwandelungen von Angriffsgelüsten zu vertreiben, richtete er seine Kanonen auf den Mittelpunkt von Matamoras[1]). Nicht nur die Mexicaner, die der engelischen Geduld und Nachsicht der Vereinigten Staaten immer neue Zumuthungen glaubten machen zu dürfen, nahmen daran Anstoß. Sogar Bundesgenossen ließen sich dermaßen von dem Parteigeist verblenden, daß sie den aufrichtigen und lebhaften Wunsch der Administration, den Frieden zu erhalten, darin

[1]) Er schreibt den 6. April dem Generaladjutanten: „On our side a battery for four 18-pounders will be completed and the guns placed in battery to-day. These guns bear directly upon the public square of Matamoras, and within good range for demolishing the town. Their object cannot be mistaken by the enemy, and will, I think, effectually restrain him from any enterprise upon our side of the river." ib. p. 133.

nicht gerade in glücklicher Weise bekundet glaubten. Taylor habe den Mexicanern die Pistole auf die Brust gesetzt, meinte Clayton[1]). Die peremptorische Aufforderung (12. Apr.) Ampudia's, der inzwischen den Oberbefehl in Matamoras übernommen hatte, binnen vierundzwanzig Stunden sein Lager abzubrechen und an den Nueces zurückzuziehen, wäre freilich in jedem Falle an ihn ergangen. Diesem Verlangen konnte Taylor natürlich nicht Folge geben, da er nicht berufen war, die Rechtsfrage zwischen den Vereinigten Staaten und Mexico zu entscheiden, sondern einfach die Befehle des Präsidenten auszuführen hatte. Wer aber gab ihm das Recht, jetzt von im höchsten Grade provozirenden feindseligen Demonstrationen zu feindseligen Thaten von unmittelbarer, einschneidender Wirkung überzugehen, weil Ampudia erklärte, daß die Weigerung seiner Forderung Folge zu leisten, unfehlbar zu einer Entscheidung durch die Waffen führen müsse und Mexico in dem Falle „den von Euch mit so viel Ungerechtigkeit provozirten Krieg annehme?"[2]) Der Befehl vom 13. Januar hatte Taylor ausdrücklich instruirt: nicht ohne weitere Weisung zu versuchen, das gleiche Recht auf freie Beschiffung des Rio Grande, dem Mexico sich wahrscheinlich widersetzen werde, mit Gewalt durchzusetzen. Und jetzt leitete er, ohne neue Instruktionen erhalten zu haben, aus dem Schreiben Ampudia's das Recht her, die Mündung des Rio Grande zu sperren. Die Verantwortlichkeit der Administration für den mexicanischen Krieg wird durch diese Eigenmächtigkeit des Generals nicht verringert, denn sie hat dieselbe nicht desavouirt, nie ihm ihretwegen den geringsten Tadel ertheilt, sondern nur ihm Dank und Anerkennung für alles gezollt, was er in dieser Zeit gethan. Taylor aber ist keineswegs, wie man in den Vereinigten Staaten allgemein glaubt, ohne alle Schuld daran, daß die Vereinigten Staaten unter dreistester Nichtachtung der Verfassung ohne jede Mitwirkung des Kongresses in einen Offensivkrieg gestürzt wurden, denn die Sperrung des Rio Grande war der Anfang des thatsächlichen Kriegszustandes. Taylor spricht das selbst mit einer Deutlichkeit aus die seinen blindesten Bewunderern und überzeugtesten Advokaten den

[1]) „Why was it necessary to cross the desert, and take up a position immediately in front of the friendly town of Matamoras? Why was it necessary to take up that position, with the batteries pointed against the town at a distance of not more than five hundred yards from its environs? It was an aggressive act; an act which the civilized world will so designate. It was as much an act of aggression on our part as is a man's pointing a pistol at another's breast." Deb. of Congr., XV. p. 494.

[2]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 140.

Mund verschließen muß. Ampudia wies mit Recht darauf hin, daß die Verhängung einer Blockade ein völkerrechtlicher Akt sei, der in den völkerrechtlichen Formen vollzogen werden müsse und nicht in das Belieben jedes Generals gestellt sei. Noch wichtiger als die rechtliche Frage waren aber der Zweck und die thatsächlichen Folgen des Schrittes. Taylor wollte Matamoras „alle Zufuhr" (all supplies) abschneiden und zwar weil „das auf jeden Fall die Mexicaner zwingen wird, entweder ihre Armee aus Matamoras herauszuziehen, wo sie nicht unterhalten werden kann, oder auf dieser Seite des Flusses die Offensive zu ergreifen"[1]). Mochten sie weder dieses noch jenes thun, so war er bereit, den Strom wieder freizugeben, wenn sie bis zur Erledigung des Streites zwischen ihren resp. Staaten „einen Waffenstillstand" abschließen wollten[2]). Was das heißen sollte, ist schwer zu verstehen, obwohl er sie für den „quasi Kriegszustand" verantwortlich machte. Wie oft sie auch erklärt hatten, daß sein Marsch an den Rio Grande Krieg sei, sie hatten doch nach seinem eigenen Zeugniß noch keine Feindseligkeiten begangen. Der Abschluß eines Waffenstillstandes wäre daher ihrerseits nur das Versprechen gewesen, den status quo fortdauern zu lassen und dafür hätte Taylor sicherlich nicht die Blockade aufgehoben, da er sie ja nur verfügt hatte, weil er nicht zugeben könnte, daß der „quasi Kriegszustand allein" zu ihrem „Vortheil interpretirt" würde. Der Vorschlag war daher ganz sinnlos, wenn er nicht bedeutete, daß die mexicanischen Autoritäten den Einmarsch in Tamaulipas, die Besetzung des linken Stromufers und was er immer noch dort thun mochte, in keiner Weise beanstanden würden, bis die beiderseitigen Regierungen sich so oder so auseinandergesetzt hätten. Ohne die ausdrückliche Autorisation seiner Regierung durfte Ampudia gar nicht auf solche Bedingungen eingehen, ganz abgesehen davon, daß Mexico damit selbstverständlich definitiv das streitige Gebiet aufgegeben haben würde. Ampudia mußte also zwischen den beiden anderen Möglichkeiten wählen, vor die Taylor ihn gezwungen hatte und hatte zwingen wollen. Das war aber eine Wahl, die einem Ehrenmann und unerschrockenen Soldaten thatsächlich keine Wahl ließ. Durch die widerrechtliche Sperrung des Flusses sich zur Räumung von Matamoras drängen zu lassen, wäre eine erbärmliche Feigheit gewesen, aus der Taylor und seine Auftraggeber nur den Schluß hätten ziehen können, daß sie ungestraft Mexico auch das Aeußerste bieten dürften.

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 143.

[2]) ib. p. 146.

Arista, der am 24. April den Oberbefehl in Matamoras übernahm, kündigte Taylor sogleich an, daß er die Feindseligkeiten als angefangen betrachte und den nächsten Tag rollten die Kriegswürfel aus dem Becher, in dem sie so lange geschüttelt worden waren. Taylor schickte einen Trupp Dragoner aus, um sich zu vergewissern, ob die Mexicaner oberhalb seines Lagers über den Strom gesetzt seien. Von ihrem Führer im Stich gelassen, zerstreuten sich die Leute innerhalb der Umzäunung eines anscheinend verlassenen Gehöftes, um jemand zu suchen, von dem sie Auskunft erhalten könnten. Plötzlich sahen sie den Ausgang von einer überlegenen Zahl Mexicaner versperrt und Kapitän Thornton, der die Dragoner führte, gab sofort den Befehl zum Angriff. Gewicht ist darauf wohl nicht zu legen, wie Jay es thut[1]), denn es ist gewiß, daß die Mexicaner den Dragonern eine Falle gestellt hatten. Hätten diese nicht den vergeblichen Versuch gemacht, sich durchzuschlagen, so wäre an diesem Tage vielleicht noch kein Blut geflossen Unfehlbar aber wäre es in den nächsten Tagen zu einem Zusammenstoß gekommen und zwar auch auf dem diesseitigen Ufer des Flusses, denn Taylor hatte Zeit zu warten. Die Frage: auf wessen Schultern die Verantwortlichkeit für den Krieg ruht, ist nicht danach zu entscheiden, wer zuerst Feuer! kommandirt und welches Stückchen Land das erste Blut getrunken hat, sondern allein danach, wer es dahin gebracht, daß Feuer! kommandirt und Blut vergossen werden mußte.

Taylor schloß seinen kurzen Bericht über dieses Vorpostenscharmützel mit der Erklärung: „die Feindseligkeiten können jetzt als begonnen angesehen werden," und er meldete, daß er die Gouverneure von Texas und Louisiana um je vier Freiwilligenregimenter, zusammen etwa 5000 Mann, ersucht habe, „die erforderlich sein werden, den Krieg mit Energie zu führen und ihn, wie es sein sollte, in das Land des Feindes zu tragen."

[1]) Review of the Mexican War p. 141.

Neuntes Kapitel.

„Der Krieg des Lügners Polk".

Die Depesche Taylor's vom 26. April traf am 9. Mai in Washington ein. Da es ein Samstag war, konnte sie erst am 11. Mai offiziell dem Kongreß zur Kenntniß gebracht werden. Die Botschaft, in der Polk dies that, verwies auf die in der Jahresbotschaft gegebene Darstellung der Beziehungen zwischen Mexico und den Vereinigten Staaten und erzählte dann kurz die weitere Geschichte derselben. Der Präsident sagte nicht eine direkte Unwahrheit, aber er verschwieg die Hälfte von dem, was man wissen mußte, um sich ein Bild von dem thatsächlichen Gange der Ereignisse zu machen und was er sagte, sagte er in solcher Form und brachte er in solche Verbindung, daß alle die wesentlichen Thatsachen auf den Kopf gestellt erschienen. Wenn ihn ein Vorwurf traf, so war es nach dieser Darstellung nur der, so lange an der Politik hochherziger Geduld und Nachsicht festgehalten zu haben, die von den Vereinigten Staaten seit jeher zu ihrem Schaden Mexico gegenüber geübt worden seien. Mexico habe das für Schwäche gehalten und, nachdem es seinem verpfändeten Worte zuwider, den Friedens- und Freundschaftsboten der Vereinigten Staaten ungehört zurückgewiesen, jetzt das Maß seiner Schuld voll gemacht, da es „schließlich in unser Territorium eingebrochen ist und auf unserem eigenen Boden das Blut unserer Mitbürger vergossen hat." Daß der Befehl vom 13. Januar damit in irgend welchem ursächlichen Zusammenhange stehe, war aus der Botschaft nicht zu ersehen. Erst lange nachdem der ruchlose Angriff Mexico's konstatirt worden war, geschah jener Ordre in solcher Weise Erwähnung, daß daraus erhellen sollte, wie gerechtfertigt es gewesen sei, schon im Sommer Maßregeln zur Vertheidigung dieser „exponirten

Grenze" zu ergreifen. Alles war aufgezählt und in das stärkste und vortheilhafteste Licht gestellt, was irgend für die Behauptung angeführt werden konnte, daß der Rio Grande die Grenze sei, aber mit keiner Silbe war dessen gedacht, daß die Annexionsresolutionen die Frage offen ließen und kein Wort verrieth, daß der Zusammenstoß lediglich deswegen erfolgt sei, weil Mexico nicht den Rio Grande als Grenze von Texas anerkannte [1]); nach der Botschaft mußte man glauben, daß Mexico ohne weitere spezielle Veranlassung seiner alten Erklärung gemäß gehandelt habe, daß es die Annexion von Texas als Kriegsfall ansehen werde, wenn es nicht gar seine Truppen über den Fluß hatte gehen lassen, um ganz Texas zurückzuerobern. Mexico, heißt es, „hat wiederholt in offiziellen Proklamationen und Manifesten gedroht, uns mit Krieg zu überziehen, um Texas wieder zu erobern. Inzwischen haben wir alle erdenklichen Anstrengungen für eine Verständigung gemacht. Schon vor dem Eintreffen dieser letzten Nachricht von der Grenze des del Norte war der Becher der Nachsicht geleert. Aber jetzt, nach wiederholten Drohungen, hat Mexico die Grenze der Vereinigten Staaten überschritten, ist in unser Gebiet eingebrochen und hat amerikanisches Blut auf amerikanischem Boden vergossen. Es hat proklamirt, daß die Feindseligkeiten begonnen haben und die beiden Nationen sich im Krieg mit einander befinden.

Da wir im Kriege stehen (as war exists) und zwar, trotz aller unserer Anstrengungen, ihn zu vermeiden [2]), durch die eigene That

---

[1]) Der Tyler-Calhoun'sche Annexionsvertrag hatte kein Wort über die Grenzen enthalten. Der Senat erbat sich jedoch Auskunft darüber, was das „Texas" sei, das annektirt werden sollte. Tyler schickte ihm darauf eine Karte und eine Denkschrift des typographischen Bureaus, die den Rio Grande als westliche Grenze bezeichneten. Das war mit der wesentlichste Punkt, an dem die Opposition Anstoß nahm. Benton sagte: „The treaty, in all that relates to the boundary of the Rio Grande, is an act of unparalleled outrage on Mexico" (Thirty Years' View, II. p. 602), und brachte die folgende Resolution ein: „Resolved, That the incorporation of the left bank of the Rio del Norte into the American Union, by virtue of a treaty with Texas, comprehending, as the said incorporation would do, a part of the Mexican departments of New Mexico, Chihuahua, Coahuila, and Tamaulipas, would be an act of direct aggression on Mexico, for all the consequences of which the United States would stand responsible."

[2]) General Scott macht in einer Proklamation vom 11. Mai 1847 „an die mexicanische Nation" das folgende Geständniß: „Your new government (Paredes) disregarded your national interests as well as those of continental America, and yielded, moreover, to foreign influences the most opposed to those interests — the most fatal to the future of Mexican liberty, and of that republican

Mexico's, so gebieten uns Pflicht und Patriotismus, für die Ehre, die Rechte und die Interessen unseres Landes mit Entschiedenheit einzutreten."

Wie der Kongreß sich zur Botschaft stellen würde, war entschieden, ehe er sie erhalten hatte. Schon am Sonntag hatten die Freunde der Administration beschlossen, ihren Standpunkt ohne jeden Vorbehalt zu adoptiren. Das taktische Verhalten ergab sich daraus von selbst, da dieser Standpunkt auch gegen die oberflächlichste Kritik nicht erfolgreich vertheidigt werden konnte. Nicht mit Gründen, sondern mit Abstimmungen mußte gestritten werden; die Politik des Präsidenten: vollendete Thatsachen zu schaffen, mußte weiter verfolgt werden, bis sowohl Umkehr wie Einhalten unmöglich geworden waren.

Als die Botschaft im Hause verlesen worden war, beantragte Winthrop die Verlesung der ihr als Belegstücke beigegebenen amtlichen Korrespondenzen[1]). Dieser Antrag wurde verworfen[2]) und das Haus trat sogleich als „Ausschuß des Ganzen" in die Debatte ein, ohne irgend eine andere Basis als die Behauptungen der Botschaft für dieselbe zu haben. Der Ausschuß für militärische Angelegenheiten hatte eine Bill fix und fertig und der „Ausschuß des Ganzen" war nicht minder flink und entschieden: so schnell berichtete er die Bill an das Haus zurück, als handele es sich um das gleichgiltigste Ding von der Welt, oder als wäre die größte Gefahr im geringsten Verzuge. Mit verhängten Zügeln jagte der schamentwöhnte Parteigeist den Gesetzgebungswagen über Stock und Stein und mit jedem Schritt vorwärts knallte die Peitsche lauter und triumphirender. Jetzt und in jedem weiteren Stadium wurde durch die Vorfrage aller Debatte ein Riegel vorgeschoben; ohne die Möglichkeit gegeben zu haben, den kleinsten Anhaltspunkt für die Bildung eines eigenen Urtheiles gewinnen zu können, wurde mit 123 gegen 67 Stimmen beschlossen, in dem Eingang (preamble) der Bill die Behauptung

---

system which the United States hold it a duty to preserve and to protect. Duty, honor, and dignity, placed us under the necessity of not losing a season of which the monarchical party was fast taking advantage. As not a moment was to be lost, we acted with a promptness and decision suited to the urgency of the case, in order to avoid a complication of interests which might render our relations more difficult and involved." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 972.

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 791.

[2]) Die Abstimmungsliste ist nicht gegeben, aber J. S. Pendleton von Virginia sagt in einer späteren Rede: „By a strict party vote, this motion was rejected." ib. 29th Cong., 2d Sess., App. p. 412.

des Präsidenten zu wiederholen, daß der Krieg „durch die That Mexico's" herbeigeführt sei[1]) und mit 174 gegen 14 Stimmen wurde dann die Bill passirt, die dem Präsidenten gestattete, 50,000 Freiwillige unter die Waffen zu rufen und zehn Millionen Dollars für den Krieg bewilligte.

In so rücksichtslos gewaltthätiger Weise konnte die Sache im Senat nicht durchgetrieben werden, aber wenn auch die Formen etwas besser gewahrt wurden, so handelte er doch schließlich gerade wie das Haus. Als John Davis die Verlesung der die Botschaft begleitenden Aktenstücke beantragte, bat ihn Speight von Mississippi, davon abzustehen, weil das Lesen „zwei oder drei Stunden" dauern würde und die Aktenstücke so schnell als irgend thunlich gedruckt werden sollten. Davis legte kein Gewicht auf sein Verlangen, offenbar, weil er es als selbstverständlich ansah, daß der Senat nicht eher seine Entschließungen fassen würde, als bis ihm die gedruckten Dokumente vorlägen. Calhoun schien nicht so fest davon überzeugt zu sein, daß dieser Fall in der regulären Weise behandelt werden würde. Mit großem Ernst und feierlichem Nachdruck bat er den Senat, die Frage mit der ganzen Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit zu prüfen, die ihre hohe Bedeutung erheische. Daß diese Mahnung nicht überflüssig sei, zeigte sich sogleich. Allen entgegnete in dem verletzenden Hofmeistertone, in den er so gern verfiel: die Zeit für die von dem Senator von South Carolina geforderte Ueberlegung müsse nach der Krisis bemessen werden, in der man sich befinde; man stehe im Kriege und daher sei nur die eine Erwägung am Platz, wie das Land gegen eine Invasion sicherzustellen sei. Das war jedoch kein Argument, denn es war die Frage selbst, die es zu entscheiden galt, und die nicht ohne die gewissenhafteste Prüfung entschieden werden durfte. Wir sind nicht und wir können nicht im Sinne der Verfassung mit Mexico im Kriege sein, antwortete Calhoun, denn Krieg ist ein Zustand, in den nach der Verfassung das Land nur durch den Kongreß versetzt werden kann. Feindseligkeiten mögen an der Grenze stattgefunden haben und noch stattfinden, aber Feindseligkeiten sind nicht nothwendiger Weise auch ein Krieg.

Cass wies diese Behauptungen als Absurdität zurück und glaubte ihre Unsinnigkeit durch die einfache Anführung der Thatsache erwiesen zu haben, daß in Europa viele Kriege ohne förmliche Kriegserklärung

[1]) Linn Boyd von Kentucky hatte dieses Amendement zu der von Haralson eingebrachten Bill des Ausschusses für militärische Angelegenheiten beantragt.

geführt worden seien. War es aber seinem Gedächtniß ganz entschwunden, wie viele Fälle von Feindseligkeiten die Geschichte der Vereinigten Staaten schon aufzuweisen hatte, die nicht Krieg gewesen waren und auch nicht zu einem Kriege geführt hatten? Archer erinnerte an das amerikanische Dampfboot Caroline, das von englischen Truppen in der Nacht des 31. Dezember 1837 im Jurisdiktionsgebiete der Union überfallen und brennend den Niagara hinabgesandt wurde, nachdem die Besatzung niedergemacht worden war, weil es den canadischen Insurgenten Leute und Vorräthe zugeführt hatte. Morehead von Kentucky gedachte der langwierigen Weiterungen mit Frankreich, die beiderseits zu feindseligen Maßnahmen verschiedener Art geführt hatten und endlich doch gütlich geschlichtet worden waren. Ein noch viel schlagenderes Beispiel ließ sich aber aus der Zeit von Jefferson's Präsidentschaft anführen. Am 22. Juni 1807 feuerte das englische Kriegsschiff Leopard mehrere Breitseiten in das amerikanische Kriegsschiff Chesapeake, tödtete mehrere Leute seiner Besatzung und verwundete seinen Kapitän, und alles das mitten im Frieden und nur um die Auslieferung einiger Deserteure von der englischen Flotte zu erzwingen. Eine ungeheuerlichere, beschimpfendere Vergewaltigung ist kaum denkbar und doch war aus ihr kein Krieg entstanden. Waren Feindseligkeiten immer an und für sich Krieg, dann waren Krieg und Frieden thatsächlich in die Hände nicht nur des Präsidenten, sondern eines jeden Offiziers gelegt, der an der Grenze kommandirte oder ein amerikanisches Kriegsschiff befehligte. Hatte die Konstitution es nicht in das Belieben aller dieser Leute stellen wollen, die Bestimmung, nach der allein der Kongreß Krieg erklären durfte, jeden Augenblick illusorisch zu machen, so hatte in jedem Falle, in dem Feindseligkeiten stattgefunden hatten, der Kongreß ganz allein darüber zu entscheiden, ob dieselben Krieg seien, resp. Krieg sein sollten. Selbst eine Invasion war daher keineswegs an und für sich Krieg, obwohl der Präsident das Recht und die Pflicht hatte, Invasionen zurückzuschlagen, ohne auf die Erlaubniß des Kongresses zu warten und obwohl er dem gemäß selbständig und endgiltig darüber zu urtheilen hatte, ob eine Invasion statt habe. Polk's Erklärung: „war exists", war verfassungsrechtlich sowohl eine unbefugte Anmaßung als unwahr, weil unmöglich. Hatte der Kongreß aber allein das Recht darüber zu entscheiden, ob die Union in Folge der Feindseligkeiten am Rio Grande mit Mexico im Kriege sei, so hatte er auch die Pflicht alle einschlägigen Thatsachen genau zu prüfen, um zu einem eigenen und wohlbegründeten Urtheile zu gelangen. Sprach er lediglich auf Treu und Glauben dem

Präsidenten das verhängnißvolle Wort nach, so entkleidete er sich thatsächlich zu dessen Gunsten seiner Prärogative und dazu ermächtigte ihn die Verfassung nicht.

Und konnte der Kongreß in gutem Glauben alle die Behauptungen der Botschaft als Wahrheit und als die ganze Wahrheit annehmen? Ueber die Fabel von der „dringenden Nothwendigkeit" Texas zu vertheidigen, lachten die Buben auf den Schulbänken. War der Vormarsch der Armee an den Rio Grande aber nicht zur Vertheidigung von Texas nothwendig, war er dann überhaupt nothwendig? Und wenn er nicht nothwendig war, war er dann überhaupt zu rechtfertigen? Ueber funfzig Jahre war die Grenze von Maine streitig gewesen und welcher Präsident hätte es für gerechtfertigt oder gar für seine Pflicht gehalten, eine Armee in den Grenzdistrikt zu schicken und ihre Kanonen auf die gegenüber liegenden englischen Ansiedelungen richten zu lassen?[1]) Hat der Präsident nicht den Krieg angefangen, sagte Clayton, so haben doch seine Maßnahmen mit Nothwendigkeit zum Kriege geführt. Darum erklärte er, „das ganze Verhalten der Exekutive in diesem Falle für völlig unverantwortlich", denn wenn dem Kongreß allein das Kriegsrecht zustehe, dann dürfe der Präsident auch nicht ohne Wissen des Kongresses und hinter seinem Rücken thun, was unvermeidlich einen Krieg zur Folge haben müsse.

[1]) „If I am not mistaken, for some time, and even during Mr. Van Buren's administration, a portion of that disputed country was permitted to be occupied by British troops without opposition or resistance on our part." Al. H. Stephens, 16. Juni 1846. Cleveland, Al. H. Stevens, in Public and Private, p. 311.

Mit Recht wurde Polk auch das Verfahren Jefferson's in den Streitigkeiten mit Spanien über die Grenze des Louisiana-Gebietes vorgehalten. „Propositions for adjusting amicably the boundaries of Louisiana have not been acceded to. While, however, the right is unsettled, we have avoided changing the state of things by taking new posts or strengthening ourselves in the disputed territories, in the hope that the other power would not by contrary conduct oblige us to meet their example, and endanger conflicts of authority the issue of which may not be easily controlled. But in this hope we have now reason to lessen our confidence. Inroads have been recently made into the territories of Orleans and the Mississippi, our citizens have been seized and their property plundered in the very parts which had been actually delivered up (!) by Spain, and this by the regular officers and soldiers of that government. I have therefore found it necessary at length to give orders to our troops on that frontier to be in readiness to protect our citizens, and to repel by arms any similar aggressions in future." Botschaft vom 3. Dez. 1805. Statesm.'s Man., I. p. 178.

Allen warf Clayton mit Bitterkeit vor, daß er den Präsidenten ungehört verurtheile und den Stab über die Sache seines Landes breche, ehe er die Möglichkeit gehabt sich wirklich über sie zu unterrichten. Damit richtete Allen nur seine eigenen Bemerkungen gegen Calhoun. Niemand forderte ja mehr als eben gerade die Möglichkeit, d. h. die Zeit zu prüfen und auch nicht der Schatten eines Vorwandes konnte gegen dieses Verlangen geltend gemacht werden, da die Maßnahmen zur „Vertheidigung des Landes" dadurch nicht den geringsten Aufschub erfahren sollten. Ausnahmslos erklärten die Redner, die eine ruhige und eindringende Prüfung der verfassungsrechtlichen und politischen Frage forderten, daß sie Geld und Truppen unverweilt bewilligen wollten. Eine Inkonsequenz war das nicht, da lange vordem die Truppen zur Verwendung kommen konnten, die Hauptfrage entschieden sein mußte. Setzte die Entscheidung dann den Feindseligkeiten ein Ziel, so war der Präsident allein für die unnütze Ausgabe verantwortlich. Wie auch immer das Land in die Lage gebracht sein mochte, in der es sich nach der Schilderung der Botschaft befand, sie machte es nothwendig, daß man sich auf jede Eventualität vorbereite und warten durfte der Kongreß damit nicht, bis er sich dessen vergewissert hatte, daß der Präsident die thatsächliche Lage richtig geschildert habe. Der Senat beschloß denn auch die beiden Seiten der Frage ganz getrennt zu behandeln. Auf Benton's Vorschlag wurde die Botschaft, so weit sie von der Nothwendigkeit militärischer Maßnahmen handelte, an den Ausschuß für militärische Angelegenheiten und im Uebrigen an den für auswärtige Beziehungen verwiesen.

Den folgenden Morgen hatte sich das Bild vollständig geändert. Allen beantragte alle anderen Geschäfte liegen zu lassen und sogleich in die Debatte über die von Benton berichtete Kriegsbill des Hauses einzutreten.[1]) Als Calhoun „wenigstens einen Tag" forderte, um die vom

[1]) „The Senator (Benton), as Chairman of the Committee on Military Affairs, reported the bill to the Senate as it came from the House, with both provisions (recognizing the existence of the war, and providing means for its prosecution) in it; directly contrary to the order of the Senate, made on his own motion, to refer the part of the message relating to the recognition of war to the Committee on Foreign Relations. To this, and the fact that a caucus had been held of the party which agreed to sustain the report, may be traced the precipitate (to use no stronger word) action of the Senate, and the recognition of the war. It emphatically made the war." Calhoun, 24. Febr. 1847. Calh.'s Works, IV. p. 379. Benton in der Rolle des Saturn war ja kein neues Schauspiel.

Präsidenten übersandten Aktenstücke prüfen zu können, antwortete er: jede andere Regierung würde eine Stunde nach Empfang von Taylor's Depesche Marschbefehle ertheilt haben, um die Armee aus ihrer gefährlichen Lage zu retten; kein Augenblick sei mehr zu verlieren, denn ein Verzug von 48 Stunden könne verhängnißvolle Folgen nach sich ziehen. Taylor hatte diese Besorgniß vor den schrecklichen Dingen, die das gewaltige Mexico thun könnte, jedenfalls nicht getheilt, da er ja angekündigt hatte, daß er den Boden Mexico's zum Kriegstheater machen werde. Außerdem brauchte nicht die geringste Zeit verloren zu werden. Für jeden Verzug, sagte Calhoun, werden nur die Herren selbst verantwortlich sein, denn wir sind bereit die Bill sofort zu passiren und sogar noch weit mehr zu bewilligen, sobald die Behauptung aus ihr entfernt ist, daß wir mit Mexico im Kriege sind. Clayton beantragte die Bill an den Ausschuß für militärische Angelegenheiten zu verweisen, um diese Aenderung vorzunehmen, die in wenigen Minuten bewerkstelligt werden könnte und die Bill als militärische Maßnahme absolut nicht berühre. Obgleich er versprach, daß er und seine Gesinnungsgenossen nicht eher ihre Sitze verlassen würden, als bis die Bill angenommen sei, wurde sein Antrag mit 26 gegen 20 Stimmen verworfen. Benton, der Vorsitzende des Ausschusses für militärische Angelegenheiten, stimmte mit der Majorität, obwohl er den von Calhoun gemachten Unterschied zwischen Feindseligkeiten und Krieg als unzweifelhaft richtig anerkannte und aus einer Proklamation von Paredes, die er verlas, den Schluß zog, daß Mexico die Erhaltung des Friedens wünsche. Doch dem mochte sein wie ihm wollte, jedenfalls war Mangum's Bemerkung richtig, daß man ja noch nicht einmal wisse, ob die mexicanische Regierung das Vorgehen Arista's billige.

Allein weder bedurfte es weiterer Gründe, noch konnten irgend welche Gründe einen Eindruck auf die Majorität machen, denn einen legitimen Grund für die Verweigerung des Begehrens der Minorität gab es nicht und ihre wahren Motive konnte sie nicht eingestehen. Nur Eines konnte die Minorität noch thun: sie konnte die Majorität zwingen noch offener Farbe zu bekennen, als sie bisher gethan hatte. Clayton beantragte an Stelle der Worte, „genannten Krieg zu einem baldigen und erfolgreichen Ende zu führen", die Worte „Invasion zurückzuschlagen" zu setzen. Cass meinte allerdings voll patriotischer Entrüstung, Taylor's Armee könnte vernichtet werden, während der Senat nach Beweisen dafür suche, daß man im Kriege stehe. Aus so zerbrechlichem Material waren aber Taylor und seine Leute doch wohl schwerlich gemacht, daß

sie Gefahr liefen daran zu Grunde zu gehen, daß die offizielle Bezeichnung der Operationen in der von Clayton gewünschten Weise geändert wurde, bis die Aktenstücke vom Drucker gekommen waren und die Senatoren Einsicht von ihnen hatten nehmen können. Die Verwerfung von Clayton's Antrag hatte nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn der Majorität nicht nur ein Krieg mit Mexico endgiltig beschlossene Sache war, sondern wenn sie auch ebenso unbedingt entschlossen war durchzusetzen, daß der Krieg sofort in der von der Botschaft gewiesenen Weise proklamirt würde. Geschah das, so hatte die Nation durch ihre gesetzlichen Vertreter unwiderruflich in einer Weise zu der Frage Stellung genommen, die alle Schuld zudeckte, welche etwa durch die Aktenstücke zu Tage gelegt werden könnte, und dazu durfte mit großer Bestimmtheit erwartet werden, daß fast die ganze Minorität sich dazu drängen lassen werde, diese vor Abhörung der Beichte in Blanco ausgestellte Generalabsolution mit zu unterzeichnen.

Die Verwerfung von Clayton's Antrag mit 25 gegen 20 Stimmen war die Entscheidung des von Hause aus hoffnungslosen Kampfes. Die Opposition machte nur noch einen vergeblichen Versuch, den Eingang[1]) getrennt von der Bill zur Abstimmung zu bringen. Mit 40 gegen 2 Stimmen — Thomas Clayton und John Davis — wurde dann die Bill passirt. Crittenden und Upham antworteten: „Ja, den Eingang ausgenommen". John M. Clayton, der mit Calhoun an der Spitze der Opposition gestritten hatte, Mangum und Dayton fügten ihrem bejahenden Votum einen förmlichen Protest gegen den Eingang bei. Berrien, Evans und Calhoun enthielten sich der Abstimmung. Letzterer hatte schon im Beginn der Debatte angekündigt, daß er so handeln werde, weil er keinen Zollbreit festen Bodens unter den Füßen habe. Voll stolzen Selbstgefühles hatte er erklärt, die Unpopularität, der ihn dieser Entschluß aussetze, nicht einen Deut zu achten. Die Herren könnten ihren kleinlichen Parteirücksichten folgen, wenn ihnen das so beliebe; er könne nicht darein willigen, um Mexico zu bekriegen, Krieg gegen die Konstitution zu führen.

Hätte die ganze Opposition in beiden Häusern des Kongresses den sittlichen Muth gehabt, wie Calhoun zu handeln, so würden der 11. und 12. Mai 1846 nicht zu den dunkelsten und bedeutungsschwersten Tagen in der Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten gehören. Die

[1]) „Whereas, by the act of the Republic of Mexico, a state of war exists between that Government and the United States." Stat. at L., IX. p. 9.

Sechzehn, die gegen die Bill stimmten, verdienen vom ethischen Standpunkte aus gewiß größere Anerkennung als der Carolinier, der von Stund an noch weit einsamer als zuvor seinen Weg geht. Ob aber den Rest der Opposition schon deswegen, weil er nicht wie jene Sechzehn gethan, ein schwerer Vorwurf trifft, darf doch wohl in Frage gezogen werden, da das Volk noch nicht geschaffen ist, das, wie Jay verlangt, die Bibel zur Richtschnur seiner Politik macht. „Unser Land — ob im Recht oder im Unrecht!" Das ist in solchen Lagen stets der Wahlspruch politisch lebenskräftiger, selbstbewußter Völker gewesen und wenn er auch einerseits unbestreitbar die Grundsätze der Moral gröblich verletzt, so kann ihm doch andererseits ebenso wenig ein tiefsittlicher Kern abgesprochen werden. Die Logik mag an dieser Behauptung Anstoß nehmen, aber der Wirrwarr des realen Lebens kümmert sich wenig um die Postulate der Logik. Allein wenn man es auch billigt oder wenigstens nicht verdammen will, daß die große Majorität der Opposition die nackte Thatsache, daß die Union in einen Krieg eintrat, allen anderen Erwägungen voranstellte und darum nicht gegen die Bewilligung von Geld und Truppen stimmen wollte, obwohl sie den Krieg für ungerecht und in verfassungswidriger Weise herbeigeführt hielt, so liegt doch kein Grund vor in der gleichen Weise das zu beurtheilen, daß sie für diese Bewilligung stimmte, obwohl sie ihrer Ansicht nach durch eine offenbare Lüge motivirt war. Was sie auch thun mochte, dem Lande konnte daraus keine Gefahr erwachsen, denn die Bewilligung des Geldes und der Truppen war unter allen Umständen gewiß. Enthielt sie sich der Abstimmung, so hätte sie also gleichzeitig einen nachdrücklichen Protest sowohl gegen die Vergewaltigung der Konstitution wie gegen jene Lüge erhoben und dem Volke wie dem Feinde in nicht mißzuverstehender Weise angekündigt, daß sie das Land nicht die Schuld seiner Regierer entgelten lassen werde. Nur so konnte sie ihrer Ueberzeugung gerecht werden, die sie in einen Konflikt von Pflichten stürzte, und nur auf diesem Wege konnte sie, so weit es überhaupt möglich war, die augenblicklichen und die weiteren Interessen des Landes wahren, wie dieselben jener Ueberzeugung gemäß lagen. Ihr Parteiinteresse dagegen fand bei diesem Verfahren allerdings nicht seine Rechnung, und wenn auch gewiß nicht behauptet werden darf, daß dieses allein ihr Verhalten bestimmt hat, so ist es doch unstreitbar für Viele die maßgebende und für Alle eine sehr schwerwiegende Rücksicht gewesen. Es war unvergessen, daß die Föderalisten durch ihre Haltung im Kriege gegen England Selbstmord begangen hatten und aus Furcht in den gleichen Fehler und da-

mit dem gleichen Geschick zu verfallen, verfielen die Whigs in den kaum minder schweren Fehler, ihren eigenen prinzipiellen Standpunkt schnöd unter die Füße zu treten. Sie achteten sich selbst nicht genug und schätzten darum auch das Volk zu gering. Hätten sie fest, mit stolz erhobenem Haupte im ersten Votum das Prinzip in der angegebenen Weise hochzuhalten gewagt, so hätten sie sicher auch, wenn gleich unter vielen Anfechtungen und harten Kämpfen, dem Volke die Ueberzeugung abgedrungen, daß sie nachher nicht nothgedrungen aus Parteirücksichten, sondern freiwillig aus wahrem Patriotismus für die militärische Ehre und die politischen Interessen des Landes einstanden. Jetzt standen ihre Worte und ihr Thun in stetem grellem Widerstreit mit einander, so daß die dreiste Immoralität, mit der die leitenden demokratischen Politiker den ganzen Kriegshandel eingefädelt hatten und zu Ende führten, bisweilen fast vortheilhaft absticht gegen die strenge Sittenrichterei ihrer inkonsequenten Gegner.

Die Verantwortlichkeit und die Schuld der Demokraten wird dadurch freilich nur noch größer, daß sie durch ihre Taktik von ebenso vollendeter Meisterschaft wie empörender Unwürdigkeit auch noch fast die ganze Opposition dazu gedrängt hatten, die Hand zu der beispiellosen Selbstprostituirung des Kongresses zu bieten. „So", rief Giddings, „hat der Kongreß seine Ehre, seine Unabhängigkeit dahin gegeben und ist ein bloßes Werkzeug der Exekutive geworden, um diese Unwahrheit (falsehood) des Präsidenten zu beglaubigen. . . Ueber diese große Frage von Krieg und Frieden, die das Leben von Tausenden unserer Mitbürger und die Wohlfahrt von zwei großen Nationen involvirt, hat man uns verwehrt zu reden, zu berathen, oder unsere Ansichten zu vergleichen. Keinem Mitgliede wurde gestattet seine abweichende Ansicht zu äußern, oder seine Einwendungen gegen einen Akt auszusprechen, der die Geschicke der ziviliſirten Welt beeinflussen wird. Mit unschicklicher Eile, mit unziemlicher Leichtfertigkeit, unter dem Knebel der Vorfrage, ist unser Volk in einen blutigen Krieg gestürzt worden, um Eroberungen zu machen und der Sklaverei neue Gebiete zu erschließen"[1]). Und mit vollem Bewußtsein, ohne die leiseste Entschuldigung, mit lautem Hurrah und Hussa hatte der Kongreß so seine Würde, seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten und die Wahrheit in den Staub getreten[2]). Die

[1]) Speeches, pp. 192, 193.

[2]) Das Widrigste ist dabei das fromme Augenverdrehen. Unwahrheit ist ja seit jeher eines der hauptsächlichsten Gewürze der politischen Küchen gewesen, aber man braucht die Schauspielerei doch nicht so plump zu treiben und den guten Ge-

Whigs redeten stets von „Polk's Krieg". Gewiß hatte Polk absichtlich den Krieg herbeigeführt; aber beide Häuser des Kongresses hatten es für überflüssig erklärt, auch nur das ihnen freiwillig vom Präsidenten zugeschickte Aktenmaterial zu lesen, um ein eigenes Urtheil darüber zu gewinnen, wie es zu Feindseligkeiten mit Mexico gekommen sei. Gewiß hatte Polk sich schwer gegen den Geist der Verfassung versündigt, indem er hinter dem Rücken des versammelten Kongresses, ohne jede Nöthigung, planmäßig auf einen Zusammenstoß am Rio Grande hingearbeitet hatte, um California und New Mexico, die er nicht hatte kaufen können, durch einen Krieg zu gewinnen; aber beide Häuser des Kongresses hatten sein Thun und Lassen ohne jede Prüfung sanktionirt. Gewiß hatte Polk auf gewundenen, indirekten Wegen gethan, was allein der Kongreß thun durfte; aber beide Häuser des Kongresses hatten das gutgeheißen. Gewiß war die Behauptung Polk's nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten und Mexico im Kriege seien; aber die beiden Häuser des Kongresses machten durch ihre Bestätigung die Behauptung zur Thatsache. Gewiß hatte Polk den Kongreß mit beleidigender Nichtachtung behandelt und gewiß mußte dieses sträfliche Spiel mit dem Geiste der Verfassung bittere Früchte tragen; aber die beiden Häuser des Kongresses hatten sich wetteifernd Knebel in den eigenen Mund gestoßen und wetteifernd sich noch mehr zu Werkzeugen des Präsidenten erniedrigt, als dieser selbst es ihnen zugemuthet hatte. Gewiß war die Botschaft Polk's mit ihren unredlich verflochtenen Halbwahrheiten und

---

schmack nicht so grob zu verletzen, daß man die Miene eines thränenseligen Kanzelheiligen aufsetzt, während man den schwachen Nachbar niederschlägt, um ihm den Rock zu nehmen und die Taschen auszuleeren. C. J. Ingersoll sagt in einem Berichte des Hausausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom 24. Juni 1846: „Essentially and happily pacific as are the institutions, the interests, the local situation, and the desires of this republican Union, its development and prosperity will never be arrested or disturbed by wars of passion, conquest or offence . . . With great regret, and not till long after further forbearance was impracticable, the constituted authorities of the United States find force the only means of self-defence from long-continued, unprovoked, aggravated, and insufferable injuries inflicted by a sister republic and neighbor nation, with whom our preference was close alliance, and against whom the sword is drawn with infinite reluctance." Reports of Comm., 29th Congr., 1st Sess., Vol. II, No. 752, p. 2. — Ein halbes Jahr später sagte derselbe Ingersoll: „Complaints of the territorial conquests from Mexico are disarmed of reproach by the undeniable facts, that Mexico, by war, constrains the United States to take by conquest what, ever since the Mexican independence, every American administration has been striving to get by purchase."

ihren zweckbewußten Verheimlichungen ein unwürdiges Truggewebe; aber beide Häuser des Kongresses hatten, ohne unter irgend welchem Druck zu stehen und unter Ausübung einer schmählichen Pression auf die Minorität, das Siegel ihrer Approbation darauf gedrückt. Wohl war der Krieg ursprünglich „Polk's Krieg", aber der Kongreß trug die Verantwortung dafür, daß die Union Polk's Krieg zu führen hatte; und wenn die wahre und die offizielle Entstehungsgeschichte des Krieges sich so zu einander verhielten, daß, wie Stephens behauptete, Polk den Beinamen des „Lügners" verdiente[1]), so brannte der gleiche Schandnamen auf der Stirn des Kongresses, denn er hatte freiwillig und mit Ueberlegung sich für die offizielle Entstehungsgeschichte des Krieges verbürgt, die Lüge wiederholt und förmlich zu seiner eigenen gemacht.

Daß Polk nicht, wie ein Jackson es vielleicht unter Umständen hätte thun können, durch die Gewalt seines Willens und die Wucht seiner Popularität den Kongreß mit sich fortgerissen hatte, braucht nicht erst gesagt zu werden; und der Kongreß hat im Verlaufe des Krieges wiederholt gezeigt, daß er durchaus nicht gewillt war, Polk nach seinem allerhöchsten Belieben als „Regierung" schalten und walten zu lassen. Es gibt daher nur die eine Erklärung für das Verhalten des Kongresses, daß er mit dem Präsidenten in vollster Uebereinstimmung hinsichtlich der Zwecke und Ziele wor, die seine krumme Politik verfolgte. Liegt darin ein weiterer Vorwurf, oder stellt es sein Handeln in ein günstigeres Licht?

[1]) „Why, if a man were ambitious of acquiring a reputation for duplicity and equivocation, he could not select a better example in all history than to follow in the footsteps of our President. He (der Redner) did not know any better or more fitting appellation in after times, than Polk the mendacious." 10. Juli 1848. Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., p. 912.

Zehntes Kapitel.

Die Ziele und die muthmaßlichen Resultate des Krieges.

Das Scharmützel vom 25. April hatte wirklich dem langen Wortkriege ein Ende gemacht, in dem die Mexicaner sich mit eitelen Protesten bezahlt machten, während Taylor erst marschirte und dann sich verschanzte. Es wäre ihm wohl lieb gewesen, wenn Arista gleich seinen Vorgängern auch noch eine Weile nur mit der Feder gedonnert hätte, aber er hatte Zeit genug gehabt, ihm einen heißen Empfang zu bereiten. Die Mexicaner triumphirten allerdings laut über seine Rückwärtsbewegung nach Point Isabel und fürchteten schon — wenn man anders ihren Worten glauben darf — er werde sich so rasch flüchten, daß sie ihn nicht mehr ereilen könnten. Diese Sorge sollte ihnen jedoch bald benommen werden. Ein kleines Fort — nach seinem tapferen Vertheidiger, der in ihm das Leben verlor, später Fort Brown genannt — beschäftigte sie so lange, bis Taylor in Point Isabel die nöthigen Anstalten getroffen hatte und so bald er fertig war, zog er ihnen zum Kampf im offenen Felde entgegen. Obwohl seine Truppenzahl geringer war und die Mexicaner sich tapfer schlugen[1]), behauptete er doch am 8. Mai bei Palo Alto das Schlachtfeld und am folgenden Tage errang er einen entscheidenden Sieg bei Resaca de la Palma. Während die Partisanen der Administration ihr unsauberes Thun mit der patriotischen Furcht zuzudecken suchten, daß seine Armee in Gefahr stehe vernichtet zu werden, verlegte er das Kriegstheater auf das rechte Ufer des Rio Grande. Am 18. Mai hielt er seinen Einzug in Matamoras.

[1]) Trotzdem war es nicht ungerecht, wenn Gibdings später sagte: „the miserable apology for an army there marshalled under the Mexican flag beyond the Rio Grande.“ Speeches, p. 257.

Hatte Douglas schon gleich nach Passirung der Kriegsbill wagen dürfen alle diejenigen als Verräther zu brandmarken, die nicht blindlings mit der Administration gingen[1]), so konnte die Kriegspartei jetzt unter dem lauten Jubel über diese glänzenden Waffenthaten den Mund natürlich doppelt voll nehmen. Hätte sich die Prophezeiung Giddings' im Anfange bewahrheitet, daß man in ein Wespennest gegriffen, so würden die Klagen lauter und allgemeiner geworden sein, wenn man auch mit verschwindenden Ausnahmen für Fortführung des Krieges gewesen wäre, bis man sich mit unbefleckter Waffenehre aus ihm ziehen konnte. Jetzt dagegen reizte die Massen der Erfolg und selbst die Unzufriedenen mußten ihn möglichst groß wünschen, so weit sie der Versicherung des Präsidenten Glauben schenkten, daß er nur den Frieden erkämpfen wolle.

Um Mexico mürbe zu machen, waren Siege in dem Kampfe zwischen den beiden Hauptarmeen natürlich das Bedeutsamste und in so fern legte die Administration auch das größte Gewicht auf sie. Im Uebrigen aber trug sie keineswegs in erster Linie nach solchen Triumphen Verlangen. Die lange unerquickliche Geschichte ihrer Zänkereien mit den siegreichen Generalen, an denen diese jedoch selbst auch ihren Theil Schuld trugen, zeigt deutlich genug, daß es ihr keineswegs darum zu thun war, dem Volke zu einer Blumenlese ruhmgekrönter Feldherren zu verhelfen. Außerdem konnten die Erfolge dieser Polk nur mittelbar seinen Zielen näher führen. Am unmittelbarsten und in so fern am wirksamsten arbeiteten kleine Truppenabtheilungen und die Flotte an den äußersten Enden des Kriegstheaters auf diese hin.

Mit der „Eroberung" von Santa Fé, das innerhalb der „deklarirten" Grenzen von Texas lag, und von ganz New Mexico wurde General Kearny beauftragt. Er bemächtigte sich des Landes ohne Schwertstreich, obwohl er einen Paß zu passiren hatte, der leicht gegen eine viel größere Truppenmacht hätte vertheidigt werden können. Die Mexicaner gaben diese entscheidende Position auf, ehe sie die Amerikaner zu Gesicht bekommen hatten. In den Vereinigten Staaten schrieb das allgemeine Publikum diesen großen unblutigen Erfolg dem militärischen

---

[1]) „America wants no friends, acknowledges the fidelity of no citizen who, after war is declared, condemns the justice of her cause, or sympathises with the enemy. All such are traitors in their hearts; and would to God that they would commit some overt act for which they could be dealt with according to their deserts." Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., p. 815.

Genie Kearny's zu. Benton erzählt jedoch[1]), daß er einem gewissen James Magoffin zu danken war, der den Gouverneur Armijo gewann[2]) und den ehrgeizigen, kampflustigen Oberst Archuletti überlistete, indem er ihm vorspiegelte, daß, wenn er den Amerikanern den östlichen Theil von New Mexico überließe, er (Archuletti) sich leicht in dem westlichen Theile, der nicht von den Vereinigten Staaten beansprucht werde, zum Herrn aufwerfen könnte. Benton war in der Lage, über dieses Spiel hinter den Coulissen gut unterrichtet zu sein, da er Polk und Marcy auf die werthvollen Dienste aufmerksam gemacht hatte, die der mit den Verhältnissen und Personen in New Mexico genau vertraute Magoffin zu leisten vermöchte.

Diese besondere Art der Eroberung trug den Vereinigten Staaten später einen blutigen Aufstand ein. Zunächst ging jedoch alles vortrefflich. Kearny hatte Befehl, Sorge dafür zu tragen, daß seine Eroberungen im „sicheren Besitz" der Vereinigten Staaten blieben und sollte zu dem Behuf provisorische Regierungen (temporary civil governments) in ihnen einsetzen[3]). Der General glaubte diesen Instruktionen in einer Proklamation vom 22. August nachzukommen, in der er ankündigte, daß er von ganz New Mexico, also auch von der auf dem rechten Ufer des Rio Grande gelegenen Hälfte, Besitz ergreife, alle Diejenigen für Verräther erklärte, die in Waffen gegen die Vereinigten Staaten gestanden hätten und jetzt nicht sofort nach ihren Wohnsitzen zurückkehrten, und endlich sämmtliche Einwohner des Gebietes ihrer Treupflicht gegen Mexico entband und sie „als Bürger der Vereinigten Staaten in Anspruch" nahm[4]). Kearny vergaß nur Eines: er sagte nichts darüber, von wo er seine Befugniß herleite, ein Gebiet, das seine eigene Regierung stets als mexicanisches Territorium anerkannt hatte, bleibend der Union einzuverleiben und Mexicaner in Bürger der Vereinigten Staaten zu verwandeln. Als das Repräsentantenhaus später den Präsidenten um Auskunft hierüber ersuchte, antwortete dieser: provisorische Regierungen in eroberten Gebieten einzusetzen, sei ein aner-

---

[1]) Thirty Years' View, II. pp. 682—684.

[2]) Benton sagt nicht geradezu, daß Armijo bestochen wurde, gibt es aber ziemlich deutlich zu verstehen.

[3]) W. L. Marcy to Gen. Kearny, June 3, 1846. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII. No. 60. pp. 153, 154. Ich schreibe den Namen, wie ich ihn in diesen Dokumenten finde. Sonst wird er gewöhnlich Kearney geschrieben.

[4]) ib. pp. 170, 171. Siehe auch J. M. Cutts, The Conquest of California and New Mexico, pp. 46—49.

kanntes Kriegsrecht; zwingende Zweckmäßigkeitsrücksichten hätten die Ausübung dieses Rechtes gefordert und nur dazu sei der General autorisirt gewesen[1]). Das „organische Gesetz", das Kearny von einigen Untergebenen für New Mexico ausarbeiten ließ und das ungefähr so lang war wie die Konstitutionen aller Staaten der Union zusammengenommen, wurde allerdings nicht von der Administration in Pausch und Bogen approuvirt und sie hat es auch direkt ausgesprochen, daß solche souveräne Verfügungen Kompetenzüberschreitungen seien und in die Domäne des Kongresses hinübergriffen[2]). Allein sie konstatirte eben auch nur die Thatsache und zeigte sich durchaus nicht ungehalten über diesen Uebereifer. Sie hatte auch keinen Grund dazu, denn das Mißverständniß ging nicht tief. Den wesentlichen Inhalt seiner Instruktionen hatte Kearny vollkommen richtig aufgefaßt. Nur in der Form ihrer Ausführung war er indiskret gewesen und das war von wenig Belang, da er ja ruhig desavouirt werden konnte. Der Soldat dachte nicht daran, daß die verfassungsrechtlichen Relationen der Bundesgewalten zu einander durch den Krieg in keiner Weise berührt würden und daß der Krieg nicht nur dem Völkerrechte gemäß, sondern auch in Uebereinstimmung mit dem Verfassungsrechte geführt werden müsse. Was das letzte Ziel der Administration war, das dekretirte er sofort, da das Land ja in seinen Händen war und Mexico ihm nichts in den Weg legen konnte. Der Besitz des Landes schien ihm am besten gesichert zu sein, wenn er gleich seine endgiltige Einverleibung in die Union proklamirte; und durch die Erklärung, daß es nicht wieder herausgegeben werden würde, glaubte er in der Einfalt seiner verfassungsrechtlichen Unwissenheit auch an und für sich die Einwohner in Bürger der Vereinigten Staaten verwandelt. Der Gedanke: daß er sich ungeheuerlicher Anmaßungen schuldig mache und den Präsidenten kompromittire, kam ihm um so weniger, als er ausdrücklich angewiesen war, diejenigen öffentlichen Beamten in ihren Funktionen zu belassen, die den Vereinigten Staaten den Treueid leisteten[3]). Diese Weisung ließ die Be-

[1]) Botschaft vom 22. Dez. 1846. Statesm.'s Man., III. pp. 1646, 1647.

[2]) General W. Scott den 3. Nov. 1846 an Kearny: „You will not, however, formally declare the province (Upper California) to be annexed. Permanent incorporation of the territory must depend on the government of the United States." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII. No. 60. p. 164.

[3]) „It would be wise and prudent to continue in their employment all such of the existing officers as are known to be friendly to the United States, and will take the oath of allegiance to them."

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

hauptung der Botschaft vom 22. Dezember 1846 doch in gar eigenthümlichem Lichte erscheinen, daß die den Befehlshabern zu Wasser und zu Lande ertheilten Befehle lediglich bezweckt hätten, „die Ausübung der einer kriegführenden Macht zustehenden Rechte zu reguliren" und nicht darüber hinausgegangen seien[1]). Daß Kearny die Wünsche und Absichten der Administration richtig verstanden hatte, ging aus dieser Instruktion ganz unzweifelhaft hervor, wenn sie auch nicht für den Präsidenten das Recht in Anspruch nahm, Bürger machen zu können und die eroberten Gebiete der Union einverleiben zu dürfen[2]). Von ihrem Standpunkte aus war es denn auch ganz in der Ordnung, daß sie ihm ihr Vertrauen nicht entzog. Seine schließliche und eigentliche Bestimmung war von Anfang an California gewesen[3]). Dorthin brach er denn auch auf, nachdem er seine erste „Eroberung" durch seine mehr fruchtbare als glückliche gesetzgeberische Thätigkeit genügend sicher gestellt zu haben glaubte. Nach elftägigem Marsch, am 6. Oktober, schickte er einen Theil seiner Truppen wieder zurück, weil er die Nachricht erhielt, daß California längst erobert sei.

Am 11. Juni hatte Fremont die Feindseligkeiten damit begonnen, daß er einen für Castro bestimmten Transport Pferde fortnahm. Einige

---

[1]) „These orders and instructions were given to regulate the exercise of the rights of a belligerent.... This was all the authority which could be delegated to our military and naval commanders, and its exercise was indispensable to the secure occupation and possession of territory of the enemy which might be conquered. The regulations authorized were temporary, and dependent on the rights acquired by conquest. They were authorized as belligerent rights, and were to be carried into effect by military or naval officers. They were but the amelioration of martial law, which modern civilization requires, and were due as well to the security of the conquest, as to the inhabitants of the conquered territory." Statesm's. Man., III. p. 1647.

[2]) Kearny war es nicht zu verübeln, daß er die nachfolgende Stelle aus der angeführten Instruktion Marcy's vom 3. Juni so verstand und ihrer pfiffig ausgeklügelten Unbestimmtheit und Doppeldeutigkeit gar nicht gewahr wurde. „You may assure the people of those provinces that it is the wish and design of the United States to provide for them a free government with the least possible delay, similar to that which exists in our Territories. They will then be called on to exercise the rights of freemen in electing their own representatives to the territorial legislature."

[3]) „It has been decided by the President to be of the greatest importance in the pending war with Mexico to take the earliest possession of Upper California. An expedition with that view is hereby ordered, and you are designated to command it."

Tage darauf erhoben sich die amerikanischen Ansiedler nördlich von der Bai von San Francisco unter der Führung von S. Merritt und W. B. Ide und bemächtigten sich der Stadt Sonoma[1]). Eine Proklamation Ide's vom 18. Juni erklärte die angebliche Drohung des Gouverneurs: alle Amerikaner niedermachen zu wollen, die nicht unverweilt das Land verließen, für die unmittelbare Veranlassung des Aufstandes, dessen Ziel der Sturz der Regierung und des militärischen Despotismus sei[2]). Ob die Aufständischen von Anfang an nach einem zuvor mit Fremont vereinbarten Plane handelten, ergibt sich nicht mit Bestimmtheit aus meinen Quellen. Die Bewunderer Fremont's haben die Sache stets so dargestellt, als ob er allein Alles gemacht habe. Das ist unstreitig nicht richtig. Die Ansiedler sind nicht nur die ausführenden Arme gewesen, deren sich sein Kopf und sein Wille bediente, sondern sie haben mindestens zum Theil aus eigener Initiative und ursprünglich auch unter Führern aus ihrer eigenen Mitte gehandelt, wiewohl sie schon nach wenigen Tagen ihn zu ihrem Haupte erkoren. Aus dem Thale des Sacramento, wo sich eine Anzahl Amerikaner um ihn gesammelt, eilte er dem von Castro bedrohten Sonoma zu Hilfe. Die Mexicaner wurden zurückgeworfen und ihre Boote erbeutet. Am 4. Juli erklärte die Handvoll Amerikaner auf Fremont's Rath California für eine unabhängige Republik.

Schon am 29. Juni hatte der Gouverneur Pio Pico in einer scharfen Note an den Konsul Larkin den Verdacht ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten hinter dem Spiele steckten, da er (Larkin) demselben so unthätig zugeschaut hätte. Larkin entgegnete, daß er den mexicanischen Autoritäten vergeblich seine guten Dienste als Konsul angeboten habe und leugnete unbedingt, daß seine Regierung das Geringste mit dem Handel zu thun habe. Das war in sofern richtig, als die Art und Weise des Vorgehens der Partei der Bär-Flagge und Fremont's seinen eigenen Wünschen durchaus nicht entsprach[3]). Allein nicht

[1]) Nach Hittell, A History of the City of San Francisco, p. 103 am 14. Juni; nach F. Soulé, J. H. Gihon und J. Nisbet, The Annals of San Francisco, p. 92 am 15. Juni.

[2]) Auch Fremont behauptete ja, daß nächst der Rücksicht auf seine eigene Sicherheit diese wilde Drohung gegen die Ansiedler ihm das Schwert in die Faust gezwungen habe. Allein obwohl es in Ide's Manifest heißt: „threatened by proclamation", versichert Hittell: „This was a great mistake on the part of Ide and his friends. The governor of California had issued no such proclamation, nor was such a matter thought of."

[3]) In dem erwähnten Schreiben an Buchanan heißt es: „The sudden rising

das Wie, sondern das Was war das Wesentliche und das hörte schon zwei Tage später auf eine diskutirbare Frage zu sein.

Am 7. Juni hatte Commodore Sloat in Mazatlan durch einen Eilboten, den ein junger Amerikaner Namens John Parrott aus Guadalajara an ihn abgeschickt hatte[1]), die Nachricht von dem Scharmützel zwischen Thornton's Dragonern und den Mexicanern am 25. April erhalten. Am folgenden Tage, ehe die mexicanischen Behörden von dem verhängnißvollen Zusammenstoße gehört hatten, lichtete der Commodore die Anker und stach in See. Admiral Seymour, der Befehlshaber des englischen Geschwaders folgte ihm sogleich. In der Nacht änderte jedoch Sloat seinen Cours und steuerte der Küste von California zu, während Seymour, in der Meinung ihn noch immer vor sich zu haben, weiter nach den Sandwich Inseln fuhr. Am 2. Juli langte Sloat vor Monterey an, that aber zunächst ganz harmlos und freundschaftlich. Erst als er am 6. Juli die Nachricht von den Vorgängen in Sonoma erhielt, ließ er die Maske fallen. Den folgenden Morgen forderte er den mexicanischen Kommandanten zur Uebergabe des Platzes auf, da Mexico Feindseligkeiten gegen die Vereinigten Staaten begonnen habe und die beiden Mächte daher thatsächlich im Kriege seien. Der Kommandant verwies ihn an Castro, versuchte aber keinen Widerstand, als Sloat sich anschickte Gewalt zu brauchen. Der Commodore beschied nun Fremont zu sich. Zu seiner ebenso unangenehmen wie großen Ueberraschung hörte er, daß dieser ganz auf eigene Verantwortung gehandelt habe[2]). Er begann zu fürchten, daß er den dummen Streich

of the party on the Sacramento under the Bear Flag, taking Californians' property to a large amount, and other acts, completely frustrated all hopes I had of the friendship of the natives to my countrymen, and of General Castro, through fear of his people, to come into the arrangements I expected."

[1]) Siehe Parrott's eigene Erzählung im New York Herald, March 4, 1880. Nach dem Bericht Sloat's vom 31. Juli an Bancroft scheint es jedoch, als habe er schon vor seiner Abfahrt auch von den Schlachten bei Palo Alto und Resaca de la Palma gewußt und das ist um so wahrscheinlicher, weil er sie in seiner Proklamation vom 7. Juli erwähnt und nicht abzusehen ist, wo und wie er inzwischen neuere Nachrichten erhalten haben sollte. Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. pp. 258, 261.

[2]) Fremont sagt vor dem Senatsausschusse über seine Unterredung mit Sloat: „He appeared uneasy at the great responsibility he had assumed. He informed me that he had applied to Lieutenant Gillespie, whom he knew to be an agent of the government, for his authority, but that he had declined to give it. . . . I informed him that I had acted solely on my own responsibility, and without any authority from the government to justify hostilities." Sen. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Reports, No. 75. p. 13.

von Kapitän Jones wiederholt habe. Zurück wollte und konnte er um so weniger, als inzwischen Kapitän Montgomery auf seinen Befehl auch von den Ortschaften an der Bai von San Francisco Besitz ergriffen hatte und von den amerikanischen Ansiedlern die Bär-Flagge gegen das Sternenbanner vertauscht worden war. Energisch vorwärts gehen mochte er aber auch nicht, so lange er nicht bestimmt wußte, daß er nicht in eine Sackgasse gerathen sei. Die innere Unsicherheit, in die er verfiel, konnte aber bedenkliche Folgen haben, da Castro Truppen sammelte, englische Ansiedler in Verbindung mit Eingebornen in Santa Barbara darauf hinarbeiteten, daß England sich California's bemächtige und jeden Augenblick die Ankunft von Admiral Seymour zu erwarten stand, der endlich gewahr werden mußte, daß er auf falscher Fährte jage. Zum Glück für die amerikanische Sache fand Sloat in seinem schlechten Gesundheitszustande einen guten Grund sich aus der heikelen Situation zu ziehen und dem entschlosseneren Commodore Stockton den Oberbefehl zu überlassen[1]). In Gemeinschaft mit Fremont vollendete dieser in wenigen Wochen die Eroberung des Landes. Am 13. August zog er in der Hauptstadt Los Angeles ein und kündigte der Bevölkerung an, daß nunmehr in jedem Orte von Belang die amerikanische Fahne wehe.

Der Widerstandskraft Mexico's geschah durch die Eroberung von New Mexico und California wenig oder gar kein Abbruch. Sie waren daher bedeutungslos, wenn es, wie Marcy behauptete, den Vereinigten Staaten nur darum zu thun war, Gerechtigkeit zu erlangen[2]), falls

---

[1]) Daß von England wenigstens für den Augenblick nichts zu besorgen sei, war allerdings schon seit einigen Tagen nicht mehr zweifelhaft. Stockton war am 15. Juli eingetroffen, hatte aber erst am 23 den Oberbefehl übernommen und schon am 16. war Seymour vor Monterey erschienen. Wäre er gleichzeitig mit Sloat zur Stelle gewesen, so hätte dieser schwerlich den Platz zur Uebergabe aufgefordert und hätte er es gethan, so würde Seymour sicher nicht mit verschränkten Armen ihn haben gewähren lassen. Die vollendete Thatsache glaubte er jedoch respektiren zu müssen.

[2]) Exec. Doc, 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 156. 9. Juli 1846. Schon den 26. Juni hatte er aber Oberst J. D. Stevenson aufgefordert, in New York ein Freiwilligenregiment zu bilden, das via Kap Horn in den Stillen Ozean geschickt werden soll, „to be employed in prosecuting hostilities to some province of Mexico, probably in Upper California . . . composed of suitable persons — I mean of good habits — as far as practicable, of various pursuits, and such as would be likely to remain, at the end of the war, either in Oregon, or in any other territory in that region of the globe which may then be a part of the United States. . . . The condition of the acceptance, in this case, must be a tender of service during the war; and it must be ex-

das Wort in dem gewöhnlichen Sinne verstanden wurde. In der hohen Politik wird es freilich oft sehr anders verstanden. Sie stellte jetzt die folgende Rechnung auf: Mexico hat den Krieg freventlich herbeigeführt und muß daher außer den Schuldforderungen unserer Bürger auch die Kriegskosten zahlen; da der Rio Grande vor dem Kriege die richtige Grenze war, hat es keine Gegenforderungen und Geld vermag es nicht zu beschaffen; es muß daher mit dem einzigen Werthobjekt zahlen das es hat — mit Land. Yancey stimmte den Whigs vollkommen darin bei, daß von Eroberungen keine Rede sein dürfe; daß man aber eine Entschädigung in Land verlangen müsse, erklärte er für selbstverständlich [1]). Ging man an die Festsetzung dieser Entschädigung, dann war es aber natürlich viel werth, das in Händen zu haben, was man behalten wollte, und das war natürlich dasselbe, was Slidell bei der Grenzberichtigung gegen einige Millionen hatte erwerben sollen. Was man nicht hatte kaufen können, das eroberte man, um es sich im Friedensschluß als Entschädigung abtreten zu lassen. Bancroft wird nicht müde Sloat, Stockton und Biddle den einen Satz einzuschärfen: Sorgt dafür, daß so bald als möglich wenigstens Alta California in unseren Händen sei, damit wir es behalten, wenn der Frieden auf der Basis des uti possidetis geschlossen wird [2]). Er hätte sich diese Mühe sparen können.

---

plicitly understood that they may be discharged, without a claim for returning home, wherever they may be serving at the termination of the war, provided it is in the then territory of the United States" — d. h. ein „Regiment" Koloniſten. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., Append. p. 809.

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 984.

[2]) Den 8. Juni an Sloat: „You will bear in mind generally, that this country desires to find in California a friend, and not an enemy; to be connected with it by near ties; to hold possession of it, at least during the war; and to hold that possession, if possible, with the consent of its inhabitants." — Den 12. Juli an denſelben: „The object of the United States is, under its rights as a belligerent nation, to possess itself entirely of Upper California. . . . The object of the United States has reference to ultimate peace with Mexico; and if, at that peace, the basis of the uti possidetis shall be established, the government expects, through your forces, to be found in actual possession of Upper California. . . . After you shall have secured Upper California, if your force is sufficient, you will take possession, and keep the harbors on the Gulf of California as far down, at least, as Guaymas. But this is not to interfere with the permanent occupation of Upper California." — Den 13. Aug. an Biddle, Stockton, oder „the Senior Officer in command of the United States naval forces in the Pacific ocean": „you will take immediate possession of Upper California, especially of the three ports

Sein erster Wink war vollständig verstanden worden und seine Wünsche waren erfüllt, ehe diese Instruktionen ihre Bestimmung erreichten. Sloat handelte nur auf die früher erwähnten Instruktionen vom 24. Juni 1845 hin und doch begnügte er sich nicht damit, Monterey fortzunehmen, sondern that sogleich genau das, was Kearny in New Mexico that. In seiner Proklamation vom 7. Juli kündigte er den Bewohnern an: „Ich komme als ihr bester Freund, da California von nun ab ein Theil der Vereinigten Staaten sein wird ... und sie werden sich desselben Schutzes erfreuen wie jeder andere Staat der Union"[1]). Stockton folgte seinem Beispiele. In seiner Proklamation vom 17. August heißt es: „Das Territorium California gehört jetzt den Vereinigten Staaten und wird, sobald die Umstände es erlauben, durch ähnliche Beamte und Gesetze wie die anderen Territorien der Vereinigten Staaten regiert werden"[2]). Auch hierauf bezog sich die Rechtfertigung des Präsidenten in der Botschaft vom 22. Dezember und was früher über diese gesagt worden ist, findet auch hier Anwendung: in der Form hatten es die beiden Commodore ebenso wie Kearny versehen, aber im Wesen thaten sie gleich ihm gerade was die Administration wollte und erwartete. „Die Ausdehnung unserer Grenzen über New Mexico und Ober California für eine Summe von nicht mehr als zwanzig Millionen Dollars ist als das sine qua non eines jeden Vertrages anzusehen", schrieb Buchanan am 15. April 1847 seinem Unterhändler Trist[3]), und das war von der ersten Stunde des Krieges ab „das Ultimatum" Polk's gewesen, da das Verlangen nach New Mexico und California der einzige Grund und der einzige Zweck des Krieges war.

Das war das Ziel, hinsichtlich dessen nicht nur, wie bereits gesagt wurde, die Majorität des Kongresses, sondern auch die große Mehrheit des Volkes in vollster Uebereinstimmung mit dem Präsidenten war. Und daß er dieses Ziel verfolgte, darüber war sich das Volk vom ersten Augenblick an ebenso klar wie Kearny, Sloat und Stockton, weil man in der That, wie Ingersoll sagte, von dem Augenblicke an, da Mexico aufgehört hatte eine spanische Provinz zu sein, mit begehrlichen

---

of San Francisco, Monterey, and San Diego, so that if the treaty of peace shall be made on the basis of the uti possidetis, it may leave California to the United States." Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. pp. 237—239.

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess, Vol. VII, No. 60. p. 261.

[2]) ib. p. 267.

[3]) ib. Vol. VIII, No. 69. p. 46.

Augen auf diese Gebiete geblickt hatte[1]). Darum ergriff man jetzt frisch die günstige Gelegenheit, sie zu erwerben, ohne allzu ängstlich zu fragen, wie sie gewonnen worden sei.

Wohl fehlte es nicht an Leuten, die aus sittlichen Motiven nichts von Eroberungen wissen wollten, und eine noch größere Zahl war weiteren Landerwerbungen wegen des alten Bedenkens abgeneigt, daß das republikanisch-föderalistische System nicht ungestraft in's Grenzenlose ausgedehnt werden dürfe. Zu diesen gesellte sich dann noch eine dritte Oppositionsgruppe, deren besondere Beweggründe wir später kennen lernen werden. Eine starke Majorität des Volkes erwog aber überhaupt nicht genauer, sondern folgte ihrem unmittelbaren Empfinden, und das sah in dem Ziele Polk's den Schlußstein des herrlichen Riesenbaues, dessen gewaltigen Strebepfeiler Jefferson mit dem Ankaufe des Louisiana-Gebietes aufgerichtet hatte.

Wer darin nur eine Manifestation der ungezügelten, brutalen Nationaleitelkeit eines werdenden Volkes sieht, das in sich alle Kulturstadien bis herab zur Halbbarbarei vereinigt, dem geht jedes Verständniß für die Stellung der Vereinigten Staaten in der Weltgeschichte ab, und ohne dieses Verständniß kann von Tag zu Tag weniger das Unterscheidende und Wesentliche der Entwickelungsphase verstanden werden, in die die Kulturwelt beim Ausgange des letzten Jahrhunderts getreten ist.

Gewiß haben die amerikanischen Politiker und Demagogen oft in ungebührlicher Weise die „offenbare weltgeschichtliche Bestimmung" (manifest destiny) der Vereinigten Staaten als Packesel betrachtet, auf dessen breiten und starken Rücken ohne Weiteres alle ihre ehrgeizigen Pläne und unskrupulösen ausschweifenden Gelüste geladen werden dürften, und gewiß erzählen die Stumpredner den wohlgefällig lauschenden und a priori überzeugten Massen häufiger von ihr, als gerade unbedingt nothwendig wäre. Aber ebenso gewiß ist es, daß „our manifest destiny" weder ein leeres noch ein unberechtigtes Wort gewesen ist. Die Ansprüche, die darauf gegründet und zur Geltung gebracht worden sind,

[1]) „I mean to show unanswerably that all parties in the United States, all administrations of this Government since Mexico ceased to be a Spanish Province, have united in the policy of getting from her by fair means precisely those territories which, and only which, she has now constrained us to take by force, though even yet we are disposed to pay for them, not by blood merely, but by money too." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., App. p. 125.

haben ihre geschichtliche Rechtfertigung in dem stolzen Bewußtsein gehabt, am besten die eigenartigen Kulturaufgaben lösen zu können, die Amerika in der Weltökonomie zugewiesen sind. Die bisherige Geschichte der Union lieferte die unanfechtbarsten Beweise dafür, und über der Arbeit an jenen Aufgaben wuchs stetig die Fähigkeit, sie in befriedigender Weise zu lösen. Die Lehren der Erfahrungen, die in den Erfolgen wie in den Mißgriffen und Verschuldungen geboten waren, blieben nicht unbeachtet und das Gefühl der welthistorischen Verantwortlichkeit wurde breiter, tiefer und klarer. Es war daher nicht nur natürlich, sondern eine historische Nothwendigkeit, daß mit dem wachsenden Bewußtsein und der fortschreitenden Bethätigung ihrer schöpferischen Kraft die Republik sich ihre Aufgaben immer weiter und immer höher steckte. Und nachdem sie einmal ihr Gebiet so weit nach Westen hin ausgedehnt hatte, war es ein richtiger, ja ein ganz unabweislicher Gedanke, daß ihr Banner den Kontinent in seiner ganzen Breite von Ozean zu Ozean überschatten müsse. Nur in dem Falle konnte Amerika in vollem Maße das Bindeglied zwischen Asien und Europa werden, d. h. in dem Maße, das die modernen Verkehrsmittel und die der Union eigenthümliche hochgradige Vergesellschaftung des Staates ermöglichte[1]). Im Norden reichte das Unionsgebiet ja allerdings schon von Meer zu Meer, aber Oregon lag zu weit ab von dem Herzen desselben und seine hafenarme Küste allein konnte den Vereinigten Staaten nie die dominirende Stellung am Stillen Ozean geben, die Douglas als den Kern der Oregon-Frage bezeichnet hatte. Das langgestreckte Ober-California dagegen deckte die ganze Mitte und den größten Theil des Südens der Union, und der Hafen von San Francisco war der Hauptschlüssel zum

---

[1]) „I take it for granted, that we shall gain territory, and must gain territory, before we shut the gates of the temple of Janus. We must have it. Every consideration of national policy calls upon us to secure it. We must march right out from ocean to ocean. We must fulfil what the American poet has said of us, from one end of this confederacy to the other,

'The broad Pacific chafes our strand,
We hear the wide Atlantic roar.'

We must march from Texas straight to the Pacific ocean, and be bounded only by its roaring wave. We must admit no other government to any partition of this great territory. It is the destiny of the white race, it is the destiny of the Anglo-Saxon race; and, if they fail to perform it, they will not come up to that high position which Providence, in his mighty government has assigned them." William D. Giles von Maryland den 11. Febr. 1847 im Repräsentantenhause. Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. p. 387.

Stillen Ozean. In den Händen Mexico's war es aber nicht nur der Kultur so gut wie verloren, sondern lag auch als lockende Beute für alle See- und Kolonialmächte der Welt da. Wenn man auch noch nicht ahnte, wie wunderbar reich die Natur diesen Küstenstrich in jeder Hinsicht ausgestattet hatte, so schlug man doch schon seine Bedeutung für den Welthandel nicht gering an. Auch wenn England's Versicherungen, daß es nie an seine Erwerbung durch Kauf gedacht habe, wirklich ganz wahr waren, so war es sicher mindestens sehr möglich, daß früher oder später bei ihm ein starkes Gelüste nach demselben erwachte. Blieb aber California nicht im Besitze Mexico's, dann waren unstreitig die Vereinigten Staaten dessen rechte Erben. Solche Erbschaften gehen jedoch gar leicht verloren, wenn nicht im günstigen Augenblick von ihnen Besitz ergriffen wird, und oft muß dabei Gewalt an die Stelle des guten Willens des Erblassers treten. Niemand hatte ein Recht, einen Stein auf diejenigen zu werfen, die jeden Eroberungskrieg für unsittlich hielten und darum den Stab über diesen Krieg brachen. Allein die Geschichte kann solche Fragen nicht nach dem Kodex der Privatmoral beurtheilen. Es ist nun einmal ein Gesetz des historischen Werdens, daß abgestorbene oder absterbende Völker das Feld räumen müssen, wo sie in einem Interessenwiderstreit mit Völkern aufeinanderstoßen, die sich mit ihrer Kulturmission noch in einer aufsteigenden Linie bewegen, und daß oft Gewalt der Richter sein muß, der solche Völkerprozesse entscheidet. Macht gibt an sich nicht Recht, aber in den Beziehungen der Völker und Staaten zu einander ist es unzählige Male gerechtfertigt gewesen, das Recht unter die Gewalt zu beugen. Wie auch immer die bürgerliche Ethik solche Fälle mag beurtheilen müssen, die Geschichte hat sie im Lichte ihrer Resultate zu prüfen und muß dabei dem verpönten Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt, eine gewisse Giltigkeit zugestehen. Ihr höchstes Gesetz ist das allgemeine Kulturinteresse, und in dem Arbeiten und Ringen der Völker für die Wahrung und Förderung des allgemeinen Kulturinteresses ist nicht nur die defensiv, sondern auch die offensiv auftretende Gewalt ein legitimer Faktor. Die Mehrzahl des amerikanischen Volkes billigte es, daß, nachdem die mit anderen Mitteln gemachten Versuche fruchtlos geblieben waren, der Präsident durch Gewalt zu erreichen suchte, was die „manifest destiny“ der Union gebieterisch erheischte, und diese behauptete „offenbare Bestimmung“ der Union entsprach in diesem Falle einem eminenten Kulturinteresse, d. h. einem Interesse, das wohl zunächst, aber keineswegs ausschließlich die Vereinigten Staaten betraf, sondern an dem die gesammte Kulturwelt

mittelbar einen wesentlichen Antheil hatte. Niemand kann heute noch die Stirn haben, zu leugnen, daß der mexicanische Krieg so unzweifelhaft ein Eroberungskrieg war wie die Devolutionskriege Ludwig XIV. oder die Kriege Napoleon I., aber die Geschichte kann ihn deswegen doch nicht für ein dunkles Blatt in den Annalen der Union erklären. So weit er als solches bezeichnet werden muß, hat es aus anderen Gründen zu geschehen.

Es ist bezeichnend, daß, obwohl die Mehrzahl des Volkes den Krieg und seine Ziele billigte und diese nach einer langen Reihe ruhmvoller Siege erreicht wurden, der Urheber des Krieges doch keineswegs ein populärer Mann wurde. Daß die Gestalten der siegreichen Feldherren dem Volke glänzender in die Augen stachen, war ja natürlich; aber daß Polk so ganz ohne Sang und Klang aus dem Amte schied und seine Gestalt, sobald er aus dem Amte geschieden und in die Grube gesunken war, in dem Volksbewußtsein in vage Nebel auseinanderfloß, das muß auffallen. Das Volk aber trifft deswegen kein Vorwurf. Bereitwillig glaubte es, daß Mexico's Sünden gegen die Vereinigten Staaten groß genug waren, um einen Krieg zu rechtfertigen, aber die Rolle, die der Präsident in dem Handel gespielt hatte, behagte ihm doch nicht. Das Raisonnement der Massen pflegt in solchen Fällen nicht sehr tief einzudringen und sie fragen nicht ängstlich, ob und wie weit es sich selbst konsequent ist. Gab Polk's Verhalten zu gerechten und schweren Ausstellungen Anlaß, so lag die Frage doch nahe, ob er Mexico nicht schwärzer gezeichnet habe als es wirklich war, aber sie wurde doch sogar bei einem beträchtlichen Theile seiner politischen Gegner nicht aufgeworfen. Das Schuldenconto Mexico's wurde ohne Weiteres als richtig angenommen, wie er es vorgelegt hatte, aber von den Hinterhaltigkeiten, Verdrehungen und Zweideutigkeiten, in denen der Präsident sich von Anfang an bis zuletzt bewegt, wandte der gerade mannhafte Sinn des Volkes sich ab. Auch dort, wo man den Reden der Opposition, die ihre Häßlichkeit und Unwürdigkeit schonungslos bloßlegten keine Beachtung schenkte, eben weil es Reden der Opposition waren, fühlte man sie instinktiv heraus. Der Brief an Kane war nicht vergessen, und nicht ungestraft war die Politik der Administration in der Oregon-Frage so gewunden, versteckt und unlauter gewesen. Und die Folgezeit verschönerte nicht das unerquickliche Bild ihres Debuts, denn alle drei Fragen wurden in demselben Geiste, in dem sie begonnen worden, weiter geführt und zum Austrage gebracht.

Der nächste Schritt zur definitiven Auseinandersetzung über Ore-

gon wurde von England gethan. England nahm jedoch nicht, wie Benton glauben zu machen sucht[1]), in dem Konventionsentwurf, den Pakenham am 6. Juni dem Staatssekretär überreichte, den zuerst von Polk gemachten und von dem Gesandten zurückgewiesenen Vorschlag an, sondern es erklärte sich in demselben bereit, sich damit zufrieden zu geben, was ihm früher geboten worden war, d. h. mit dem 49. Grad als Grenze und der freien Schifffahrt auf dem Columbia. Es hieß: dieses Anerbieten sei von dem englischen Ministerrath nur mit einer Stimme Majorität beschlossen worden und würde nach Ansicht des amerikanischen Gesandten nicht gemacht worden sein, wenn man zur Zeit schon Kenntniß von dem Ausbruche des Krieges mit Mexico gehabt hätte[2]). Wie dem auch sein mochte, jeder Gedanke an eine einfache Ablehnung der Proposition war durch den mexicanischen Krieg absolut ausgeschlossen. Polk war keinen Augenblick zweifelhaft darüber, daß sie angenommen werden müsse. Aber es war hart, ja fast unmöglich, daß er das offen und ehrlich bekennen sollte, nachdem er so emphatisch erklärt hatte, daß er sogar seinen Vorschlag nur aus Rücksicht auf seine Vorgänger gemacht habe. Benton war der Retter aus der Noth dieses Dilemmas und öffnete dem Präsidenten das Hinterthürchen, auf das schon Buchanan in der früher angeführten Depesche an McLane hingedeutet hatte. Er rieth ihm, die Entscheidung auf den Senat abzuwälzen, indem er, statt die eigenen Entschließungen ihm zur Genehmigung zu unterbreiten, seinen Rath mit der Ankündigung einforderte, daß er demselben gemäß handeln werde. Der Präsident konnte sich bei diesem Verfahren auf das Beispiel Washington's berufen. Allein daß der völlig außer Uebung gekommene Gebrauch gerade jetzt wieder hervorgesucht wurde, ließ die Absicht so deutlich erkennen, als ob sie direkt ausgesprochen worden wäre. War schon das verdrießlich, so war es noch viel leidiger, daß der Präsident sich dabei bedingungslos den Whigs in die Hände geben mußte. Nur wenn sie patriotisch genug waren, von ihrem Parteiinteresse völlig abzusehen und für die

---

[1]) Thirty Years' View, II. p. 674.

[2]) „The question in the (English) cabinet, as to offering the terms which Mr. Pakenham has offered, and which have been acceded to, was decided by a majority of but one vote, Mr. Peel, the minister, voting in the negative, though he acquiesced on finding a majority against him. Had the declaration of war against Mexico been received, Mr. McLane is said to have expressed his conviction that no such terms would have been offered." Niles' Reg. LXX. p. 241.

Annahme der Konvention zu stimmen, konnte sie die erforderliche Majorität erhalten. Benton versicherte sich durch Unterredungen mit ihnen allen dessen, daß „sie für ihr Land und nicht für ihre Partei zu handeln beabsichtigten". Polk aber war so besorgt, daß sie ihn am Ende doch in die Grube fallen lassen würden, die er sich selbst gegraben hatte, daß er noch in der Nacht vor der Entscheidung Benton wiederum zu sich beschied, um sich nochmals versichern zu lassen, daß die Whigs alle auf ihrem Posten sein und für die Konvention eintreten würden[1]). Das gab Polk den Muth, am folgenden Tage (10. Juni) dem Senat den englischen Vorschlag mit einer Botschaft in dem angedeuteten Sinne[2]) einzuschicken und dabei zu erklären, daß seine in der Jahresbotschaft ausgesprochenen Ansichten keine Aenderung erfahren hätten. Benton's Dank war, daß die Organe der Administration ihn wegen seiner Bemühungen um das Zustandekommen des Ausgleiches erbarmungslos durch die Hechel zogen, denn Polk führte seine Rolle bis zuletzt konsequent durch. Er konnte es nun ja ohne Furcht thun, da der Senat sich am 12. Juni mit 38 gegen 12 Stimmen für die Konvention erklärte[3]). Am 15. Juni erhielt er die Konvention[4]) zugeschickt, und die Oregon-Frage war damit bis auf die Erledigung der letzten Formalien aus der Welt geschafft.

Von der Zeit ab, da Polk ihr einen akuten Charakter gegeben hatte, war oft behauptet, resp. gefordert worden, daß sie nur in Verbindung mit anderen Fragen, die in gar keinem sachlichen Zusammenhange mit ihr standen, erledigt werden könne oder dürfe. Wentworth von Illinois hatte gemeint, man dürfe nicht eher auf den Vorschlag eines Schiedsgerichtes eingehen, als bis England seine Kornzölle aufgehoben habe[5]). Hannegan wies gleichfalls darauf hin, daß man den Westen durch die Vorspiegelung, daß er sich jetzt England als Markt für seine Brodfrüchte erschließen könne, bewegen wolle, sich nachgiebig zu zeigen. Das schien ihm eine Chimäre, da England seinen Kornbedarf aus den Ostseeländern beziehen werde; außerdem sei man ihm kein Entgelt dafür schuldig, wenn es seine Häfen fremdem Getreide öffne, denn es werde von dem verhungernden Volke dazu gezwungen; und endlich wäre es Verrath, mit Unionsgebiet irgend welche wirth-

[1]) Thirty Years' View, II. p. 675.
[2]) Statesm.'s Man., III. pp. 1600, 1601.
[3]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., Append. p. 1168.
[4]) Sie ist auch in den Deb. of Congr., XV. p. 641 vollständig abgedruckt.
[5]) ib. p. 870.

schaftliche Vortheile erkaufen zu wollen[1]). Aber auch er schenkte dem Gerüchte Glauben, daß die von Haywood angekündigte Aenderung in der Stimmung des Präsidenten dem zuzuschreiben sei, daß die mit dem letzten Dampfer eingetroffenen Nachrichten Freihandel gegen eine Verständigung hinsichtlich Oregon's anböten. Die Aenderung der Zollgesetzgebung in freihändlerischem Sinne sollte jedoch nach diesen Gerüchten eine gegenseitige sein. Schon am 12. Februar hatte das New York Journal of Commerce mit großer Bestimmtheit behauptet, daß man sich bereits auf den 49. Grad als Theilungslinie geeinigt habe, der Vertrag aber erst ratifizirt werden solle, nachdem die Vereinigten Staaten für britische Waaren — Eisen und Kohlen ausgenommen — ihre Zölle auf ein Maximum von 20% reduzirt hätten und die englischen Kornzölle in entsprechendem Maße herabgesetzt worden wären[2]).

Daß viele Köpfe sich mit derartigen Kombinationen trugen, darf mithin wohl als unzweifelhaft angesehen werden[3]) und es ist wenigstens nicht unwahrscheinlich, daß bei informellen Erörterungen auch von den offiziellen Persönlichkeiten mit mehr oder minder Nachdruck auf sie hingewiesen wurde[4]). Die Insinuation der Whigs, daß die von der Majorität der herrschenden Partei betriebene Aenderung des Tarifs mehr oder minder auf einen unsauberen Handel mit England zurückzuführen sei, war jedoch völlig haltlos. Die Partei blieb nur ihrem alten Programm treu und Polk hatte schon in seiner Jahresbotschaft in nicht mißzuverstehender Weise angekündigt, daß, was auch immer Pennsylvania aus dem Kane-Briefe herausgelesen haben mochte, er in dieser Frage ganz auf der regulären Parteiplatform stehe.

Es war gar kein Anlaß vorhanden, so erstaunt und entrüstet zu thun, als die Sieger sich jetzt anschickten, ihren Sieg zu verwerthen, und in Wahrheit hatte man auch nie etwas anderes erwartet. Wesentliche neue Argumente hatten die Whigs und die schutzzöllnerische Minorität der Demokraten gleichfalls nicht vorzubringen. Die langen er-

---

[1]) Deb. of Congr., XV. p. 414.

[2]) „Such — such a treaty will be ratified by the senate by a vote of 38 to 18."

[3]) Niles' Reg. LXIX. p. 370.

[4]) Der Richmond Enquirer, der noch immer als offiziöses Blatt anzusehen war, las den Whigs bitter den Text über ihr halsstarriges Halten an dem Tarif von 1842, „though its modification may be eminently calculated to produce peace with all the world." ib. p. 354.

regten Debatten bieten uns daher kein besonderes Interesse dar, so sehr sie auch zur Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Von den rein wirthschaftlichen Momenten abgesehen, die hier nicht erörtert werden können, ist nur von Belang, daß die orthodoxen Demokraten nur mit äußerster Anstrengung einen partiellen Sieg erringen konnten und das persönliche Ansehen Polk's und die Solidarität der Partei einen neuen Stoß erhielten, so daß es, vom politischen Gesichtspunkte aus, fraglich erscheinen konnte, ob der Sieg nicht mehr gekostet hatte als er werth war.

Stand auch die Majorität im Allgemeinen der Minorität nicht in der Debatte nach, und verdiente namentlich der Bericht des Finanzsekretärs[1]) das laute Lob, das ihm von allen Gesinnungsgenossen gespendet wurde, so ließen sich doch in der Argumentation für die Administrationspolitik leicht Blößen entdecken, die von geschickten Händen sehr empfindlich ausgenutzt werden konnten. So z. B. war es doch etwas eigenthümlich jetzt zu hören, daß eine Ermäßigung der Tarifsätze nöthig sei, um die zur Bestreitung der Kriegskosten erforderliche Erhöhung der Zolleinnahmen zu erzielen[2]). Es mochte richtig sein, daß niedrige Zölle einen größeren Ertrag liefern würden, aber bisher war stets eines der Hauptargumente gegen das Schutzzollsystem gewesen, daß es zu große Zolleinnahmen ergebe. Doch derartige Inkonsequenzen in dem Raisonnement waren zu gewohnte Dinge in den parlamentarischen Kämpfen, als daß sie die Partei ernstlich hätten schädigen können. Das Wesentliche war, daß Polk, in Uebereinstimmung mit einem großen Theile der vornehmsten Parteiführer, in dem Wahlkampfe gleichzeitig kalt und warm geblasen hatte und das fanatisch schutzzöllnerische Pennsylvania, das durch eine besondere Tarifplatform hinter's Licht geführt worden war, der Partei unentbehrlich war. Selbst der Charleston Mercury meinte, daß es nur eine wohlverdiente Strafe für diese unehrenhafte Zweideutigkeit sei, wenn die Parteigenossen jetzt unter einander im bittersten Hader lägen und kein Vorschlag der Administration mit Sicherheit auf eine Majorität rechnen dürfe[3]). Man mußte so viel feilschen und so viele Rücksichten nehmen, daß schließlich die Väter selbst ziemlich unverhohlen ihr Kind einen mißgestaltenen Wechselbalg schalten[4]). Und sogar

[1]) ib. pp. 232—237.

[2]) Deb. of Congr., XV. pp. 465, 495. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., pp. 989, 990.

[3]) Niles' Reg. LXX. p. 346.

[4]) Winthrop sagte am 23. Sept. 1846 in einer Rede vor der Whig-Staats-

dieſer Wechſelbalg konnte erſt geboren werden, nachdem die Parteiſchraube bis auf die letzte Windung angezogen worden war. Der Senat hatte den Finanzausſchuß inſtruirt, gewiſſe Aenderungen im Sinne der vereinigten Oppoſition mit der Bill vorzunehmen. Dieſer weigerte ſich, das zu thun, weil die verlangten Aenderungen der Bill einen ganz anderen Charakter geben würden. Die Oppoſition antwortete darauf, ein Ausſchuß habe ſich noch nie erdreiſtet, die Ausführung ganz beſtimmter Inſtruktionen zu verweigern und in dieſem Falle ſei die anmaßende Eigenmächtigkeit um ſo unentſchuldbarer, weil der Ausſchuß durch ſein Stillſchweigen zugebe, daß er gar nicht einmal verſucht habe, dem Befehle des Senates nachzukommen. Da die Behauptung des Ausſchuſſes aber richtig war, daß die Ausführung der Inſtruktionen gleichbedeutend mit der Verwerfung der Bill ſein würde, ſo willfahrte der Senat ſeinem Verlangen und entband ihn von der weiteren Erwägung derſelben. Die Freunde der Adminiſtration drangen jedoch nur mit einer Stimme Majorität durch und als dann der Antrag Johnſon's von Maryland, die Bill mit neuen Inſtruktionen an den Ausſchuß zurück zu verweiſen, zur Abſtimmung kam, bedurfte es gar der Stimme des Vize-Präſidenten zu ſeiner Verwerfung. Unmittelbar darauf folgte die entſcheidende Abſtimmung über die dritte Leſung und wiederum ſtanden 27 gegen 27 Stimmen. Der Vize-Präſident mußte ſein Haupt auf den politiſchen Exekutionsblock legen, um die Bill zu retten [1]).

konvention von Maſſachuſetts: „Gentlemen, party has done this work. The self-styled Democracy of the country pledged itself long ago to its accomplishment, and has now fulfilled its pledges, in spite of all personal convictions. Where was there a voice raised in full, cordial, unequivocal approbation of this new tariff? No where on this side of the Atlantic. No where within the wide-spread limits of our own Republic. When Senators were called on to explain and defend the details of the new system, they all with one consent began to make excuses, or else stood mute. One resigned, rather than vote for it. One was gazetted as having attempted to run away, rather than vote for it. Mr. Benton admitted that he dared not look at what he was doing. Mr. Calhoun even, was understood as having expressed the strongest misgivings as to its present policy. The casting vote was given at one stage by a Vice-President, and at another by an instructed Whig . . . who both acknowledged their personal judgments to be against the measure.“ The True Whig Sentiment of Massachusetts. p. 22.

[1]) Die Adminiſtrationspartei hatte vorhergeſehen, daß ſie im Senat einen ſehr harten Stand haben würde und darum mit dem Einbringen der Tarifbill bis zum Eintreffen der Senatoren von Texas gewartet. Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess., Append. p. 195.

Auf Pennsylvania machte es den Eindruck, als würde dem Schaden noch eine schnöde Insulte dadurch hinzugefügt, daß, nachdem es durch den Kane-Brief und die Nomination eines Pennsylvaniers zum Vize-Präsidenten geködert worden war, dieser Pennsylvanier den Ausschlag gegen das Schutzzollsystem gab. Dallas nützte es nichts, daß er versicherte, nur mit schwerem Herzen für die Bill zu stimmen, weil die industriellen Interessen mehr hätten geschont werden können und sollen. Daß die Namen Polk und Dallas nie wieder auf ein pennsylvanisches Wahlbanner geschrieben werden könnten, war selbstverständlich, brauchte aber die Demokraten wenig zu bekümmern. Wenn jedoch die Erbitterung von Pennsylvania so groß war, daß es sich in der nächsten Präsidentenwahl auf die Seite der Whigs stellte[1]), dann war doch ein gar hoher Preis für einen Tarif gezahlt worden, von dem die Demokraten selbst glaubten, daß er höchstens etwas weniger schlecht als der bisherige war.

Am 28. Juli spielten sich diese Ereignisse im Senat ab. Fast acht Monate war der Kongreß jetzt in Sitzung und die ganze Session war eine ununterbrochene Kette von Aufregungen und bedeutsamen Ereignissen gewesen. Jetzt endlich schien man hoffen zu dürfen, daß die kurze Zeit bis zum Schluß in verhältnißmäßiger Ruhe verfließen würde. Allein im letzten Augenblick entlud sich das zerrissene Gewölk in einem so grellen Blitz, daß der Kongreß und das ganze Volk jäh aufschreckten. Ehe der kurze scharfe Donner, der ihm folgte, verhallt war, ging der Kongreß auf vier Monate auseinander, aber auch die stumpfesten Nerven fühlten, daß dieser Blitz und dieser Donner einen Sturm von entsetzlicher Gewalt ankündigten.

An dem Tage, an dem der Kongreß gemäß der Erklärung des Präsidenten anerkannte, daß die Vereinigten Staaten sich „durch die That Mexico's" mit diesem im Kriege befänden (13. Mai), ging aus Washington, gleichzeitig mit dem Befehl, die feindlichen Küsten zu blockiren, die folgende lakonische Ordre an Commodore Connor ab: „Wenn Santa Anna in einem mexicanischen Hafen einzulaufen versucht, werden Sie ihn unbehelligt passiren lassen. George Bancroft"[2]). Die Sache wurde ruchbar und man brachte diese sonderbare Liebenswürdigkeit gegen den exilirten Diktator mit der ebenso sonderbaren Zuversicht in Verbindung, mit der die intimen Freunde des Präsidenten und der

[1]) „The day of retribution must come with overwhelming force." Ramsay von Pennsylvania, 19. Juni 1846. ib. p. 712.

[2]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VIII, No. 60. p. 774.

Miniſter von Anfang an behauptet hatten, daß der Krieg in drei oder vier Monaten beendigt ſein werde. Die Adminiſtration hielt es für nöthig, dieſen Gerüchten und Spekulationen Anfang Juli durch eine geharniſchte Erklärung der Daily Union entgegenzutreten. Mit der Miene höchſter ſittlicher Entrüſtung und verkannter Tugend verſicherte das Organ des Weißen Hauſes, daß der Präſident entſchloſſen ſei, den Krieg mit ganzer Energie zu führen und Mexico mit dem Schwert zu zwingen, den Vereinigten Staaten gerecht zu werden, und daß er weder zum Behuf einer Revolutionirung Mexico's noch zu irgend einem anderen Zwecke mit Santa Anna in Verbindung ſtehe. Letzteres war, ſo viel ſich aus den veröffentlichten Aktenſtücken erſehen läßt, richtig, wenn man die Behauptung ganz buchſtäblich nahm. Polk und ſein Kabinet hatten allerdings keinen Pakt mit Santa Anna abgeſchloſſen, und darum hatten ſie auch nicht das geringſte Recht, ſich zu beklagen, daß er von der erſten Stunde ab gerade das Gegentheil von dem that, was ſie gehofft und erwartet hatten. Ob die Sache aber dadurch ein günſtigeres Anſehen für ſie gewann, daß ſie einen Schritt, der ſie ſchwer kompromittiren und die bedeutſamſten Folgen nach ſich ziehen konnte, nicht auf feſte Abmachungen, ſondern lediglich auf ganz vage und dabei äußerſt eigenthümliche Annahmen hin thaten, das iſt eine andere Frage. Doch das iſt ein Moment von untergeordnetem Intereſſe. Das Weſentliche war, daß die Adminiſtration ſich Santa Anna's bedienen wollte, um in drei oder vier Monaten den Krieg in befriedigender Weiſe beendigen zu können. Es war wie Benton ſagt: „eine Friedensintrigue war eingefädelt, ehe noch der Krieg erklärt worden war! und dieſe Intrigue war ſogar ein Theil des Planes, einen Krieg zu führen"[1]).

Am 14. Januar hatte Slidell gemeldet, daß nach Anſicht vieler gut unterrichteter Leute der Aufſtand des Paredes gegen Herrera vornehmlich von Freunden Santa Anna's angezettelt worden ſei[2]). Commodore Connor hatte dann am 2. März geſchrieben, daß man eine neue Revolution erwarte, weil mit Ausnahme des Militärs alle Klaſſen der Bevölkerung gegen Paredes und ſeinen Anhang ſeien, und daß man ſogar ein Bündniß zwiſchen den Föderaliſten und den Santa Annaiſten

[1]) Er fügt noch hinzu: „It is impossible to conceive of an administration less warlike, or more intriguing, than that of Mr. Polk. They were men of peace, with objects to be accomplished by means of war. . . . They wanted a small war, just large enough to require a treaty of peace." Thirty Years' View, II. p. 680.

[2]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60. p. 50.

zu diesem Behufe für wahrscheinlich halte[1]). Und am 18. März hatte Slidell diese Nachricht mit der weiteren Meldung bestätigt, daß Santa Anna aufgefordert werden solle, sich an die Spitze dieser „liberalen Bewegung" gegen die Regierung des Usurpators zu stellen[2]). Auf diesen Nachrichten baute die Administration ihren feinen Plan auf. Paredes, sagte der Präsident in seiner zweiten Jahresbotschaft, in der er nothgedrungen seine Beichte ablegte, hatte sich durch Mittel der Regierung bemächtigt, die es ihm schlechthin unmöglich machten, sich mit den Vereinigten Staaten auseinanderzusetzen. Schlimmer hätte es in dieser Hinsicht durch keine Revolution werden können, während man habe hoffen dürfen, daß man sich mit einer anderen Regierung leichter werde verständigen können. Im Interesse der „baldigen Wiederherstellung eines ehrenhaften Friedens" sei daher der Sturz von Paredes „sehr wichtig" gewesen, und nach den Informationen aus Mexico habe man annehmen müssen, daß die Rückkehr des Ex-Diktators aus Havana, die sich doch schwerlich hätte verhindern lassen, der Erfüllung dieses Wunsches förderlich sein würde. Hindernisse habe man ihr um so weniger in den Weg legen wollen, weil man erwarten durfte (because it was reasonable to suppose), „daß es in seinem Interesse liegen würde, für den Frieden zu wirken"[3]).

Mit Ausnahme des letzten Punktes, auf den nur leider alles ankam, erwies sich die Rechnung Polk's als richtig. Anfang August wurde Paredes gestürzt, am 8. verließ Santa Anna Havana[4]), am 15. traf er in Vera Cruz ein und bald war er wieder der erste Mann Mexico's — nur nicht an der Spitze der noch nicht existirenden Friedenspartei stehend, sondern als Haupt der Kriegspartei. Daß die Sache sich so entwickeln könnte, daran hatten Polk und seine Berather so gar nicht gedacht, daß sie — hinsichtlich der Zeit sich als vortreffliche Rechenmeister bewährend — alle Arrangements trafen, das kleine Geschäft sofort zum Abschluß bringen zu können. Am 27. Juli ging an die

[1]) Exec. Doc., etc. p. 122.

[2]) ib. p. 67.

[3]) Statesm.'s Man., III. pp. 1632—1634.

[4]) „One thing could not avoid suggesting itself to the Senate and that was the inquiry, how it had happened that in the months of May, June, July, and August last, when Santa Anna had the orders, which had doubtless been communicated to him, that he might return, he never started to go to Mexico until the President here asked them in secret session, and afterwards in public, to give him two millions of dollars for this purpose." Reverdy Johnson, 6. Febr. 1847. Deb. of Congr., XVI. p. 49.

mexicanische Regierung die Erklärung ab, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, in Friedensunterhandlungen einzutreten, und am 4. August wurde dem Senat Kenntniß von diesem Schritte gegeben. „Die Hauptschwierigkeit", sagte die Botschaft des Präsidenten, „welche die Unterhandlung darbieten wird, ist die Vereinbarung einer Grenzlinie zwischen den Parteien, die beiden genehm und passend ist, und es voraussichtlich auch bleiben wird. Das ist die beste Weise, beständigen Frieden und gute Nachbarschaft zwischen den beiden Republiken zu sichern. Sollte die mexicanische Regierung, um das zu erreichen, willig sein, einen Theil ihres Territoriums den Vereinigten Staaten abzutreten, so sollten wir ihr dafür einen angemessenen Preis zahlen, da wir den Krieg nicht führen, um Eroberungen zu machen, sondern um einen gerechten und ehrenvollen Frieden zu erlangen." Die finanzielle Nothlage Mexico's lasse es jedoch denkbar erscheinen, daß ein Theil des Kaufschillings vorausgezahlt werden müßte, um zum Ziele gelangen zu können. Der Senat möge daher erwägen, ob es nicht angezeigt sei, daß der Kongreß zu diesem Behufe eine Summe Geldes bewillige, und zwar den Präsidenten ermächtigend, sie auszuzahlen, sobald Mexico den Friedensvertrag ratifizirt habe, wenn er auch noch nicht dem Senat zur Genehmigung hätte vorgelegt werden können[1]). — Am 8. August richtete Polk eine Botschaft des gleichen Inhaltes an die beiden Häuser des Kongresses, nur jetzt die bestimmte Summe von zwei Millionen Dollars für den genannten Zweck fordernd.

Noch an demselben Tage brachte McKay von North Carolina im Hause eine Bill ein, die dem Wunsche des Präsidenten willfahrte. Carroll von New York bemerkte, daß es sich doch gar sonderbar ausnehme, jetzt nach mehreren glänzenden Siegen etliche Millionen zu votiren, um einen Frieden erkaufen zu können, nachdem die Eintreibung der amerikanischen Schuldforderungen für eine der wesentlichsten Kriegsursachen erklärt worden sei. Doch bei solchen kleinlichen Spitzfindigkeiten konnte man sich jetzt nicht aufhalten. Auf Antrag von McKay wurde beschlossen, die Debatte im „Ausschusse des Ganzen" auf zwei Stunden zu beschränken und jedem Redner nur zehn Minuten zu bewilligen. Wie die Kriegsbill, so sollte also auch diese Bill mit Sturmeseile durch den Kongreß getrieben werden. Die Zeit war schamlos kurz für eine Maßnahme von dieser Bedeutung zugemessen, aber sie war doch lang genug, um eine Mine springen zu lassen, die sowohl die

[1]) Statesm.'s Man., III. pp. 1610, 1611.

Union wie die Sklaverei bis in ihre untersten Fundamente herab erschütterte. White erklärte, nicht Friede, sondern Land solle gekauft werden, und er werde nie einen Dollar zu dem Zwecke bewilligen, wenn nicht die Bill das zu erwerbende Land ausdrücklich vor der Sklaverei sicher stelle. Winthrop meinte, es sei „südliches Territorium", was der Präsident kaufen wolle, und seien schon überhaupt neue Landeserwerbungen keineswegs wünschenswerth, so habe man von diesem vollends schon mehr als genug. Das Haus hatte die beiden Redner mit Aufmerksamkeit, aber ohne besondere Erregung angehört, denn betrafen ihre Einwendungen auch keine Punkte der regulären Parteiprogramme, so kamen sie doch aus den Reihen der Opposition. Eine ganz andere Bedeutung gewannen sie, als ein Mitglied der herrschenden Partei und unverdächtiger Freund der Administration sie wiederholte. Wilmot von Pennsylvania, ein Demokrat, der eifrig für die Annexion von Texas gewirkt hatte[1]), bedauerte, daß der Präsident sich nicht rückhaltloser über seine Absichten ausgesprochen habe, war aber trotzdem für die Votirung der zwei Millionen, weil er den Kauf eines Landstriches am Stillen Ozean mit San Francisco für sehr wünschenswerth hielt; nur darein, erklärte er, nie willigen zu können, daß die Sklaverei in Gebiete getragen würde, die jetzt unter mexicanischer Herrschaft frei seien und darum beantrage er zu der McKay'schen Bill das Proviso, daß in allen von Mexico zu erwerbenden Gebieten die Sklaverei für immer verboten sein solle[2]). Adams hielt es für überflüssig, darüber irgend etwas zu sagen, weil die Sklaverei nicht in California existire und darum auch nie dort eingeführt werden könne, wenn es nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Vertrages mit Mexico geschehe. Unstreitig hätte das Recht so gelegen, aber daß Wilmot's Antrag trotzdem nicht ganz unzweifelhaft unnütz sei, zeigte sich sogleich. Der Vertreter eines freien Staates, Wick von Iowa, beantragte, „nördlich von 36° 30′ n. Br." in das Proviso hineinzusetzen, d. h. die Linie des Missouri-Kompromisses bis an den Stillen Ozean auszudehnen. Der Antrag wurde jedoch mit 89 gegen 54 Stimmen verworfen und Wilmot's Proviso mit 83 gegen 64 Stimmen angenommen.

So plötzlich und unerwartet hatte sich der Kampf entsponnen und so rasch war er entschieden worden, daß im Augenblick weder Sieger noch Besiegte entfernt seine Bedeutung ermaßen. Unmittelbar nach

[1]) „I supported it with my whole influence and strength." Congr. Globe 29th Congr., 2d Sess., Append. p. 315.

[2]) ib. 29th Congr., 1st Sess. p. 1217.

Paſſirung der Kriegsbill hatte Giddings den Süden beſchuldigt, daß er den Krieg angezettelt habe, um neue Sklavereigebiete zu erobern und dabei vorhergeſagt, daß gerade der Süden ſich am energiſchſten dieſen Eroberungen widerſetzen werde, wenn ſie der Sklaverei verſchloſſen werden ſollten[1]). Das war es, was Calhoun getrieben hatte, ſich in der Kriegsfrage auf die Seite der Whigs zu ſtellen und heißer, zäher, angſtvoller als ſie für die Erhaltung des Friedens zu ſtreiten. Der Paulus des Sklavereievangeliums war ſo wenig gehört worden, als wäre er der unbekannteſte und unbedeutendſte Neuling auf der politiſchen Bühne geweſen. Der Süden hatte ſeine unausgeſprochenen Warnungen nicht verſtanden oder nicht verſtehen wollen, und nichts aus ſeinen düſteren Blicken und den tiefen ſorgenſchweren Falten ſeiner Stirn zu leſen gewußt. Jetzt, ſobald das Wort „Territorialerwerbungen" ausgeſprochen war, ſchallte dem Süden nicht nur aus dem Munde der alten Gegner, ſondern auch aus der Mitte ſeiner ergebenen nördlichen Freunde[2]) als Antwort die Erklärung entgegen: kein Fuß breit des zu gewinnenden Landes ſoll von dem ſchwarzen Banner der „beſonderen Inſtitution" überſchattet werden.

Waren die ſklavokratiſchen Inſtinkte der ſüdlichen Herren wirklich über Nacht ſo ſtumpf geworden, daß ſie auch jetzt noch nicht erkannten, wie verhängnißvolle Folgen der Eroberungskrieg für das Sklavenhalterintereſſe zu haben drohe? Nur einem Zufalle äußerſt eigenthümlicher Art hatten ſie es zu danken, daß nicht gleich jetzt das Wilmot-Proviſo Geſetz wurde, ohne daß ſie auch nur einen Verſuch zu ſeiner Bekämpfung hatten machen können. Die unzeitige Redeluſt von John Davis ließ die Hausbill nicht im Senat zur Abſtimmung gelangen. Obwohl er wiederholt daran erinnert wurde, daß man keine überflüſſige Minute mehr zur Verfügung habe, und obwohl er wiederholt verſprach, rechtzeitig zu endigen, ſprach er doch fort, bis er mitten in einem Satze durch die Ankündigung unterbrochen wurde, daß das Haus ſich sine dine vertagt habe[3]). Ein Senator von Maſſachuſetts hatte das Wilmot-Proviſo mit einer höchſt geſinnungstüchtigen Rede für daſſelbe buchſtäblich todtgeredet. Ueber ihn ergoß ſich jetzt die ganze Schale des Zornes

---

[1]) Speeches pp. 194, 200.

[2]) Jacob Brinkerhoff von Ohio, der eigentliche Urheber des Proviſo, war gleichfalls Demokrat, ließ es aber von Wilmot beantragen, weil dieſer der Adminiſtration und dem Süden näher ſtand. — cfr. Wash. Union, Jan. 25 1848.

[3]) Congr. Globe, 29th Congr., 1st Sess. p. 1220.

— nicht etwa der Freunde des Proviso, sondern der Administration[1]). Sie dachten nur an die zwei Millionen, oder thaten wenigstens so, als ob sie nur an diese dächten. Vielleicht war Polk so fest von dem Gelingen seiner Friedensintrigue überzeugt, wenn er nur das Geld erhielte, und so vollständig von dem Gedanken an den Abschluß des großen Kaufgeschäftes eingenommen, auf das er so lange mit solcher Schlauheit, Rücksichtslosigkeit und Zähigkeit hingearbeitet hatte, daß er für den Augenblick allen anderen Erwägungen unzugänglich war. Allein auch wenn man annehmen will, daß es ihm und einem Theile des Südens zur Zeit weniger verdrießlich erschienen wäre, den goldenen Schlüssel zum guten Willen Santa Anna's und seiner Gesellen mit der Kette des Proviso nehmen zu müssen, als ihn überhaupt nicht zu erhalten, so steht es doch völlig außer Zweifel, daß der Süden sich nicht ohne weiteren Widerstand der Bedingung des Proviso unterworfen haben würde, wenn sie jetzt Gesetzeskraft erlangt hätte. Die Geschichte der nächsten Jahre liefert den einschneidendsten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Sieht man als unzweifelhaft an, daß, wie man damals glaubte, die von Lewis von Alabama beantragte Streichung des Proviso verworfen und dann die Hausbill unverändert von dem Senate angenommen worden wäre[2]), so war Davis' lange Rede gewiß sowohl eine läppische Thorheit als ein großer Fehler. Allein trotzdem ist es auch dann geradezu lächerlich, ihn, wie es öfters geschehen ist, für die furchtbaren inneren Kämpfe der nächsten vier Jahre verant-

[1]) Wilmot sagte am 8. Febr. 1847 im Hause: „Sir, the friends of this Administration, of whom I am one, did not then charge upon me, did not throw the whole burden upon me, nor upon those who acted with me, of having by the introduction and support of that proviso at an untimely period of the question, defeated a measure especially necessary for the establishment of peace between this country and Mexico. The 'Union', sir, the whole democratic press in the land, charged this upon the unparliamentary conduct of a Senator from Massachusetts. He was charged with having defeated this great measure, by the Administration press, and the 'Organ' of the Administration; showing that the Administration and the President were entirely willing to accept of this appropriation under the restrictions imposed by the proviso which I offered.

Yes! no anathemas were fulminated against me then. I was not then denounced as an abolitionist by the correspondents of the 'Union', as I have been since, and from which charge I intend to vindicate myself." ib. 29th Congr., 2d Sess. p. 352.

[2]) H. Wilson hält diese Ansicht für vollkommen irrig. Hist. of the Rise and Fall of the Slave Power in America, II. p. 17.

wortlich zu machen. Gewiß hätte der Süden einen ungleich schwereren Stand gehabt, wenn das Wilmot-Proviso Gesetz geworden wäre, aber die Frage, die in ihm involvirt war, konnte unter keinen Umständen so nebenbei als Anhängsel einer anderen Frage fast ohne Debatte durch ein allen Parteien mehr oder minder unerwartet kommendes Votum entschieden werden. Nachdem man sich einmal in den Krieg gestürzt hatte, konnte der Frieden nicht geschlossen werden, bis in der einen oder in der anderen Weise der Preis errungen worden war, um dessen Willen in Wahrheit allein das Schwert gezogen worden war. Auch wenn die Urheber des Krieges es jetzt hätten thun wollen, die öffentliche Meinung hätte es schlechthin unmöglich gemacht. Nie hatte sie durch die Schuldforderungen oder die Weigerung, Slidell zu empfangen, die Interessen oder die Ehre der Union für so schwer tangirt gehalten, daß ein Krieg nothwendig geworden war, — nie hatte sie geglaubt, der Vormarsch Taylor's an den Rio Grande und seine provozirenden Maßnahmen seien zum Schutz von Texas nöthig gewesen, aber nachdem Blut geflossen, Sieg über Sieg errungen und Millionen verausgabt worden, hielt sie es mit Recht für absurd, ohne jedes Entgelt die Armeen wieder heimzurufen und in christlich wolkenstaatlicher Sentimentalität und Uneigennützigkeit wieder herauszugeben, was man seit den ersten Monaten des Krieges in Händen hatte. Wurde aber die Sklaverei aus den neugewonnenen Gebieten ausgeschlossen, und geschah es gar in der Weise, daß der Ausschluß der Sklaverei aus allen zu erwerbenden Gebieten als prinzipiell für alle Zukunft festgestellt anzusehen war, so war das Gleichgewicht der Sklavenstaaten in der Union unwiederbringlich verloren, und damit war der Anfang des Endes der Sklaverei gekommen. Das Wilmot-Proviso war also eine Lebensfrage für die Sklavokratie, und daß sie dieselbe nicht ohne einen Kampf bis auf's Messer gegen sich entscheiden lassen würde, das erhellte aus ihrer ganzen bisherigen Geschichte ebenso unzweifelhaft, als es unzweifelhaft war, daß der Krieg die Vertagung der Entscheidung auf unbestimmte Zeit unmöglich gemacht hatte. Der Kampf mußte jetzt fortgehen, bis er in der einen oder in der anderen Weise zu einer endgiltigen Auseinandersetzung zwischen den entgegengesetzten Prinzipien der Freiheit und der Sklaverei geführt hatte. Selbst jeder Waffenstillstand konnte nur noch eine Selbstlüge sein, die für einen Augenblick eine Decke über das Feuer warf, unter der die Intensität seiner Gluth sich verdoppelte.

Am 24. Februar 1847 sagte Calhoun im Senat: „Jeder Senator weiß, daß ich gegen den Krieg war, aber niemand außer mir selbst

weiß, wie sehr ich gegen ihn war . . . Als der Akt, der den Krieg anerkannte, passirt wurde, sagte ich zu vielen meiner Freunde, daß eine That gethan sei, die das Land lange nicht würde verwinden können, wenn je; und ich fügte hinzu, daß sie einen Vorhang zwischen die Gegenwart und die Zukunft hat fallen lassen, den ich nicht zu durchdringen vermochte; und zum ersten Male, seit ich im öffentlichen Leben stehe, bin ich unfähig, die Zukunft zu erkennen. Ich fügte auch hinzu, daß sie den ersten Band unserer politischen Geschichte unter der Konstitution geschlossen und den zweiten geöffnet hat, und daß kein Sterblicher sagen könne, was in ihm geschrieben stehen würde" [1]).

[1]) Calh.'s Works, IV. p. 371.

Elftes Kapitel.

Die Seſſion der „Drei-Millionen-Bill“ und das Wilmot-Proviſo.

Als der Kongreß am 7. Dezember 1846 wieder zuſammentrat, war die Lage auf dem Kriegsſchauplatz im höchſten Grade befriedigend. Monterey, die Hauptſtadt von Nuevo Leon, hatte ſich am 24. September ergeben und Taylor hatte einen Waffenſtillſtand auf acht Wochen abgeſchloſſen; über die Hälfte des ganzen mexicaniſchen Gebietes war erobert[1]). Trotzdem war die Botſchaft des Präſidenten keineswegs von der ſiegfreudigen ſtolzen Zuverſicht getragen, daß in den Augen des Volkes dieſe großartigen Erfolge ſeine Stirn mit einem Lorbeerkranz umflechten würden. Sie begann damit die Oppoſition, die den Krieg für „ungerecht und unnöthig“ erkläre, des Hochverrathes zu zeihen. Das Wort war allerdings nicht ausgeſprochen, aber ein Theil der Definition, welche die Verfaſſung von dieſem ſchwerſten politiſchen Verbrechen gibt, war, zwiſchen Anführungszeichen geſetzt, auf ſie angewandt[2]).

[1]) „ . . about two thirds of the entire territory of the Mexican republic, and about one tenth of its population.“ Dix, Speeches I, p. 164.

[2]) „A more effectual means could not have been devised to encourage the enemy and protract the war than to advocate and adhere to their cause, and thus give them 'aid and comfort'.

It is a source of national pride and exultation, that the great body of our people have thrown no such obstacles in the way of the government in prosecuting the war succesfully, but have shown themselves eminently patriotic, and ready to vindicate their country's honor and interests at any sacrifice.“ Statesm.'s Man. III. pp. 1617, 1618.

Die Union machte einen Verſuch, den moraliſchen Terrorismus im ganzen Lande ſyſtematiſch zu organiſiren. Da Polk weder ſich für zu gut hielt, noch es für unvereinbar mit der Würde ſeines Amtes erachtete, einen ſolchen Demagogenton anzuſchlagen, ſo liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß der Vorſchlag

Hätten wirklich, wie die Botſchaft behauptete, „nur Wenige" jenen „irrigen Anſichten" gehuldigt, ſo würde der Präſident ſich und ſein Amt ſicher nicht ſo tief herabgewürdigt haben, als politiſcher Bravo hinter einem verhüllenden Mantel hervor einen Stilettſtoß gegen ſeine Widerſacher zu führen. Machte weder das eigene Gewiſſen noch das Volk ihm einen Vorwurf, ſo hätte er ſich die Mühe geſpart, die ganze Geſchichte der Weiterungen mit Mexico in unendlicher Breite zu erzählen. Das Schuldbewußtſein war ein ſchlechter Berather. Glaubt das Haupt eines Staates dem Volke ein Plaidoyer von etwa 800 enggedruckten Zeilen vorlegen zu ſollen, um zu beweiſen, daß ein ſiegreich geführter Krieg ein ihm aufgezwungener Vertheidigungskrieg ſei, ſo iſt das ſchon an und für ſich ein faſt zureichender Beweis für das Gegentheil. Polk lieferte damit nur ſeinen Gegnern ein ganzes Arſenal ſchneidiger Waffen, da er natürlich in den weiteren Fehler verfiel, viel mehr als nöthig war, beweiſen zu wollen, nachdem er einmal die Unklugheit begangen hatte, eine Defenſivſtellung einzunehmen. In ſeinem Intereſſe hätte es gelegen, den Urſprung des Krieges als eine Frage, die nur noch akademiſches Intereſſe habe, ſo viel als irgend thunlich unerörtert zu laſſen.

Vielleicht hätten der Präſident und ſeine Miniſter das erkannt, wenn ſie nicht rathlos und ſorgenvoll vor dem Problem geſtanden hätten, wie das Spiel zu Ende zu bringen ſei. Sie hatten mehr erobert als ſie zu behalten beabſichtigten, und daß Mexico ihnen den Raub nicht wieder mit Gewalt entreißen könnte, war zweifellos. Aber mit der „Friedensintrigue" war es ihnen nicht geglückt. Ob Polk mit Recht oder mit Unrecht dem Kongreß die Verantwortlichkeit dafür beimaß[1]),

---

ſeines Organes ohne ſein Wiſſen und wider ſeinen Willen gemacht wurde. Die Union ſchreibt den 26. Dez. 1846: „A War Register. Timely Proposition. — It has been suggested that the cause of the war may be promoted by the opening of a war register in every city, town, and village, for the purpose of preserving an authentic record of the Toryism which may be displayed by individuals during the continuance of the present war. In this register it is proposed to record the names of such personages as make themselves zealous in pleading the cause of the enemy, and oppose the war into which the people and the government of the United States have been forced by Mexican aggression, insult, and robbery. Besides the names of the individuals who pronounce against the justice of our cause, such sentiments as are particularly odious should be placed on the register."

[1]) „... it is much to be regretted that it (the two million bill) did not become a law." Statesm.'s Man. III. p. 1636. — Benton behauptet: „Santa Anna . . expected this money, and was ready to treat on the assurance of receiving it." Deb. of Congr., XVI. p. 40, Anmerk.

UNIVERSITY CALIFORNIA

war gleichgiltig. Die mexicanische Regierung hatte es am 31. August abgelehnt, in die angebotenen Unterhandlungen zu treten und Polk an den Kongreß verwiesen, der Anfang Dezember zusammentreten würde. Daß dieser sich kleinmüthiger und weniger stolz als die Regierung zeigen und den Muth haben würde, der öffentlichen Meinung und den Wünschen des Militärs zuwider zu handeln, war wenigstens nicht gerade wahrscheinlich. Die Partei der Gemäßigten war so schwach, daß sie mit äußerster Vorsicht auftreten mußte, und auch sie erklärte einen Frieden unter Bedingungen, wie der Sieger sie jetzt stellen werde, für unvereinbar mit der Ehre der Nation[1]). Daß sie anders denken würde, wenn sie die Bedingungen gehört hatte, stand nicht zu erwarten, denn wenn Polk's Botschaft auch versicherte, daß nicht Eroberungen der Zweck des Krieges seien, so kündigte sie doch an, daß die Vereinigten Staaten hinreichende Entschädigung (ample indemnity) nicht nur für die alten Schuldforderungen, sondern auch für die Kriegskosten verlangen müßten. Polk hatte freilich den Glauben an den „allmächtigen Dollar" noch nicht verloren. Er meinte, es sei doch noch abzuwarten, ob es nicht gute Politik gewesen sei, Santa Anna zurückkehren zu lassen, und er drängte den Kongreß, sich mit der Bewilligung des am Ende der vorigen Session erbetenen Geldes zu eilen, da die Gründe für die Forderung noch unverändert fortbeständen. Unmittelbar vorher hatten sich aber hinter den Coulissen Vorgänge abgespielt, aus denen deutlich erhellte, daß er seiner Sache keineswegs mehr so sicher war, als er glauben machen wollte. Die Siege und Eroberungen rissen ihn, seine Partei und das Land immer tiefer in ein Labyrinth von Verlegenheiten und Gefahren hinein.

Eine Depesche Marcy's an Taylor vom 13. Oktober äußerte sich nicht nur mißfällig über die günstigen Kapitulationsbedingungen, die der General der Besatzung von Monterey gewährt hatte, sondern mißbilligte auch den von ihm abgeschlossenen Waffenstillstand. Der Bericht Taylor's vom 25. September hatte gesagt seine Entschließungen seien zum Theil durch die Erwägung bestimmt worden, daß der Regierungswechsel in Mexico Friedensaussichten eröffnet habe. Der Kriegssekretär bemerkte darauf spitz und verdrossen, die gegenwärtigen Gewalthaber hätten jedenfalls so weit nichts gethan, was diese Hoffnung rechtfertigen könnte. Taylor antwortete darauf scharf: „Was auch immer die wirklichen Ansichten und Absichten der Machthaber in Mexico oder Santa Anna's sein

[1]) Siehe zwei Artikel aus mexicanischen Zeitungen, in denen der Standpunkt der beiden Parteien scharf gekennzeichnet ist, bei Dix, Speeches, I. pp. 172—176.

mögen, es ist der Regierung nicht unbekannt, daß ich den allerbesten Grund hatte, die Erklärung von General Ampudia für wahr zu halten"[1]). Er durfte sich billig darüber wundern, getadelt zu werden, weil er für wahrscheinlich gehalten hatte, was von dem Präsidenten selbst als so gewiß angesehen worden war, daß er es zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen seiner Politik gemacht hatte. Bei einer Politik, die ein wahres Intriguenmosaik ist und eine Friedensintrigue zur Basis eines Offensivkrieges macht, kann man jedoch gar leicht dahin kommen, im Reden und vielleicht gar auch im Thun nur noch in der Inkonsequenz konsequent sein zu können.

Als die Regierung, hieß es in Marcy's Depesche weiter, mit ihrem Anerbieten in Friedensunterhandlungen zu treten, an den Kongreß verwiesen worden sei, habe sie es „für sehr wichtig erachtet den Krieg mit äußerster Energie fortzuführen, um sie (die gegenwärtigen Beherrscher Mexico's) die Schrecken seiner Fortdauer empfinden zu lassen und dadurch geneigter zu machen, ihn bald zu beendigen"[2]). Der Gedanke mochte ganz richtig sein, aber trotzdem war es nicht gerechtfertigt, Taylor wegen des Waffenstillstandes Vorwürfe zu machen, denn nicht nur hatte er zur Zeit nichts von jener ablehnenden Antwort der mexicanischen Regierung gewußt[3]), sondern der Präsident und das Kabinet hatten auch gleich nach dem Abgange der Depesche vom 13. Oktober — also mehrere Wochen vor dem Zusammentritt des mexicanischen Kongresses — seine Ansicht adoptirt, daß man sich von nun ab im Wesentlichen auf die Behauptung des bisher Gewonnenen beschränken solle.

Bevor nach der Einnahme von Matamoras definitive Beschlüsse über die weiteren Operationen gefaßt worden waren, hatte Taylor sich darüber beklagt, daß man ihm mehr Truppen (Freiwillige) geschickt habe, als er verwenden und ohne Beeinträchtigung seiner Schlagfertigkeit unterhalten könne. Jetzt antwortete er auf den Vorschlag Marcy's vom 22. September gleichzeitig gegen San Luis Potosi und Tampico vorzugehen, daß seine Kräfte nicht einmal für eine der beiden Expeditionen hinreichten und rieth „eine Defensivlinie einzunehmen", da „eine Vorwärtsbewegung in das Herz des Landes, besonders im Hinblick auf den unsicheren und revolutionären Charakter der mexicanischen Regierung",

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60, p. 360.

[2]) ib. p. 355.

[3]) Die Depesche, in der Marcy ihm Mittheilung davon machte, war zwei Tage vor der Kapitulation von Monterey geschrieben und ist daher erst einige Wochen nach derselben in seine Hände gelangt.

mit zu großen Schwierigkeiten und Kosten verknüpft sei[1]). Mit diesem Berichte kreuzte sich eine Depesche Marcy's vom 22. Oktober, in der er jene Instruktionen vom 22. September widerrief, weil nach dem Regierungswechsel in Mexico die früher gehegte Hoffnung aufgegeben werden müsse, daß die nördlichen Provinzen sich losreißen oder mindestens neutral bleiben würden und es deswegen zu gefährlich erscheine, sich mit einer so kleinen Armee noch weiter von der Operationsbasis zu entfernen. Taylor sollte nur seine Stellung in Monterey sichern und durch Demonstrationen verhindern, daß die mexicanischen Truppen auf einen anderen Theil des Kriegsschauplatzes verlegt würden. Nur 4000 Mann sollte er detachiren, um in Verbindung mit der Flotte Vera Cruz zu nehmen; aber auch darauf wollte die Administration verzichten, falls er dadurch seine eigene Sicherheit gefährdet glaube.

Die nächste Depesche Marcy's an Taylor, von der wir wissen, ist vom 25. November datirt. Die Bildfläche hat sich wieder vollständig verändert. In zwei Monaten hat sich die Wetterfahne der Administrationspolitik durch die ganze Windrose gedreht. Anfang November hatte Marcy die Freiwilligenregimenter, die ihm angeboten wurden, abgelehnt. Da die Instruktionen vom 22. Oktober die Möglichkeit in's Auge gefaßt hatten, daß Taylor die zur Expedition gegen Vera Cruz geforderten Truppen nicht würde entbehren können und seine Antwort noch ausstand[2]), so war der Entschluß, die Offensivoperationen vorerst einzuschränken oder gar vollständig einzustellen, offenbar inzwischen noch fester geworden. Als Benton einige Zeit vor Beginn der Kongreßsession nach Washington kam, überraschte ihn der Präsident mit der Nachricht, daß er es von nun ab Mexico gegenüber mit der Politik „meisterhafter Unthätigkeit" versuchen wolle, die Calhoun in der Oregon-Frage empfohlen hatte. Vier Seiten des Entwurfes der Botschaft, den er dem Senator zur Durchsicht gab, waren der Begründung des Vorschlages gewidmet, sich an der Behauptung der bisherigen Eroberungen genügen zu lassen, bis Mexico mürbe geworden sei und Frieden schließe. Es gelang Benton ihn zu überzeugen, daß dieses ein höchst unglücklicher Gedanke sei, da der Genius des amerikanischen Volkes energischstes Handeln fordere und die Spanier den Mauren gegenüber bewiesen hätten, daß kein Volk der Erde sich an Zähigkeit und Beharrlichkeit mit ihnen messen könne. Die Minister aber hielten an ihrem Plane fest und ließen sich auch

[1]) 15. Okt. ib. p. 353.

[2]) Seine Depesche vom 15. Okt. kam erst am 20. Nov. in Washington an.

dann nicht eines Besseren belehren, als Benton auf Einladung des Präsidenten in einem Kabinetsrath ihnen die Verderblichkeit desselben vordemonstrirte. Allein endlich mußten sie doch nachgeben, da Polk sich nicht wieder umstimmen ließ. Nur das eine Zugeständniß wurde der Eigenliebe Marcy's gemacht, daß der Präsident statt der zehn Freiwilligenregimenter, die Benton für nothwendig erklärt hatte, nur neun forderte[1]). Die Botschaft stellte es als selbstverständlich hin, daß der Krieg mit Nachdruck fortgeführt werden würde und das Volk hätte es wahrscheinlich für eine alberne Erfindung und Verläumdung gehalten, wenn ihm gesagt worden wäre, was ursprünglich in ihr gestanden hatte. Calhoun, der das gewußt hatte, aber nicht von der Aenderung unterrichtet worden war, verfocht lange hartnäckig die Idee der „Defensivlinie". Die mitleidig geringschätzigen Witzeleien, in denen die Demokraten sich deswegen über seinen verblendeten, unfruchtbaren Doktrinarismus ergingen, wären ihm wohl etwas sparsamer zugemessen worden, wenn man geahnt hätte, daß sie auch die Adresse des Präsidenten und Kabinets hätten tragen dürfen.

Die neuen Entschließungen waren für Polk als Parteihaupt mit sehr unangenehmen Konsequenzen verknüpft, so gewiß sie auch nach den allgemeinen sachlichen Gesichtspunkten den Vorzug vor dem eigenthümlichen Plane verdienten, die zweite Phase des Offensivkrieges passiv zu führen. Winfield Scott, der als älterer Generalmajor in der militärischen Hierarchie über Taylor stand, hatte wiederholt gebeten, sich auf den Kriegsschauplatz begeben zu dürfen, um den Oberbefehl über die Hauptarmee übernehmen zu dürfen, die gegen Mexico im Felde stehe. Da man an seinen Fähigkeiten nicht zweifelte, erklärte man sich den ablehnenden Bescheid des Präsidenten daraus, daß er als möglicher Präsidentschaftskandidat der Whigs bei der nächsten Wahl genannt worden war. Jetzt (18. Nov.) erhielt er Befehl, das Expeditionscorps gegen Vera Cruz zu führen, dem von nun ab die Hauptrolle zufallen sollte, da von dort aus ein Marsch auf die Hauptstadt des Feindes geplant war. Am 25. November zeigte er Taylor an, daß er ihm „den größten Theil der tapferen Offiziere und Soldaten, Reguläre und Freiwillige", nehmen müsse[2]). Da die öffentliche Meinung Taylor nach den Siegen von Palo Alto, Resaca de la Palma und Monterey für einen Feldherren ersten Ranges hielt, sah sie darin eine unverdiente Zurücksetzung, daß

[1]) Benton, Thirty Years' View, II. pp. 693, 694.

[2]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 60, p. 373.

jetzt ein Anderer das Werk vollenden sollte, das er so glorreich begonnen hatte. Sie führte daher auch diesen Schritt auf das Parteiinteresse zurück, da Taylor jetzt viel lauter und in viel weiteren Kreisen als vorher Scott als nächster Präsidentschaftskandidat der Whigs genannt wurde[1]). Die öffentliche Meinung befand sich vermuthlich nicht auf Irrwegen, aber die Rechnung der Administration konnte sich leicht als sehr irrig erweisen. Solche „Ungerechtigkeiten" hatten den Betroffenen schon oft wirksamer der Volksgunst empfohlen, als die glühendsten Lobreden der Freunde. Und überdieß war es doch sehr fraglich, ob dem Parteiinteresse damit gedient sein würde, daß man jetzt noch einem zweiten Generale der Gegner Gelegenheit bot, sich mit Ruhm zu bedecken, denn den Ruhm, den Taylor sich gewonnen hatte, konnte man ihm doch nicht nehmen.

Unstreitig waren es nicht nur wohlbegründete militärische Erwägungen, sondern zum großen Theil auch diese Momente, die den Präsidenten bestimmten, am 29. Dezember dem Kongreß zu empfehlen, für die Dauer des Krieges einen „General" über alle die Generalmajore zu setzen und ihm den Oberbefehl über alle im Felde stehenden Truppen zu übertragen[2]). Es war allgemein bekannt, daß Benton für diesen Posten ausersehen war. Seine Qualifikationen für denselben waren die militärischen Kenntnisse, die er sich in der Jugend als Milizoffizier erworben hatte, seine Ernennung zum Oberstlieutenant der Armee im zweiten Kriege gegen England, der beendigt wurde eher er die canadische Grenze erreichte, seine Erfahrungen als Vorsitzender des Senatsausschusses für militärische Angelegenheiten und ein Kriegsplan, den er jetzt ausgearbeitet hatte. Das mochte genügen, ihm im Senatszimmer den Charakter einer militärischen Autorität zu geben, aber es ist begreiflich, daß man sich fragte, ob der Präsident ihn darauf hin den fachmäßig geschulten und im Felde erprobten Generalen vorsetzen würde, wenn er nicht noch die weiteren Verdienste gehabt hätte, ein Demokrat und, trotz einer gewissen Unabhängigkeit, eine der Hauptstützen der Administration zu sein. Da der bis zur Arroganz selbstbewußte und meist in schroffem Unfehlbarkeitstone redende Senator sich keiner großen Popularität unter seinen Kollegen zu erfreuen hatte, so wirkten persönliche Motive mit militärischen und parteipolitischen Erwägungen zusammen,

---

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., p. 523 und ib. 30th Congr., 1st Sess. p. 414.

[2]) Statesm.'s Man., III. p. 1648.

die Majorität des Senates gegen das Projekt des Präsidenten einzunehmen. Taylor und Scott blieben die leitenden Feldherren des Krieges.

Schon aus Rücksicht auf das Parteiinteresse wünschte die Administration daher immer lebhafter, Mexico lieber heute als morgen zum Frieden bewegen zu können, und zwar wo möglich nicht durch Blei und Stahl, sondern durch Gold. In dem Wunsche begegnete sich die Administration mit der Opposition und die Bewilligung des Geldes, das der Präsident zur Förderung der eventuellen Friedensunterhandlungen forderte, stieß daher an sich auf keine Schwierigkeiten. Trotzdem wurde so hartnäckig und so heiß um die „Drei-Millionen-Bill" gestritten, daß die Session füglich nach ihr benannt werden dürfte. Allein es handelte sich in diesem erbitterten Kampfe nicht um die drei Millionen, sondern um die Friedensbedingungen und zwar ganz abgesehen davon, was Mexico voraussichtlich hinsichtlich derselben denken und thun würde. Nicht über das Können haderte man, sondern darüber was man wollen solle. Mit kalter Ueberlegung hatte der Präsident einen Eroberungskrieg herbeigeführt und das Volk hatte ohne jede tiefere spontane Erregung den Krieg als Eroberungskrieg gebilligt. Jetzt dagegen, wo die Eroberungen schon über die Wünsche der Begehrlichsten hinausgingen, wurden die Leidenschaften von Tag zu Tage mehr entfesselt, nur nicht gegen den Feind gewendet, sondern das eigene Lager zerwühlend. Alle wollten den Frieden, aber von Stunde zu Stunde wurde es ersichtlicher, daß der Friede einen Kampf der Ueberzeugungen und Interessen im Inneren bedeute, wie die Union noch keinen zu bestehen gehabt. Hier Partei gegen Partei, dort die Parteigenossen gegen einander, da die unversöhnlichsten Gegner im innigsten Bunde gegen die erprobtesten Freunde, so wogt der Kampf im chaotischen Durcheinander, von dem auch die Feder einer Meisterhand nur eine stümperhafte Skizze entwerfen könnte, nicht nur obwohl, sondern auch gerade weil die letzte Einzelheit grell in die Augen sticht und ein wesentlicher Theil des Gesammtbildes ist.

Im Repräsentantenhause bat ein nordstaatlicher Demokrat, Preston King von New York, am 4. Januar 1847 um die Erlaubniß, eine Bill einbringen zu dürfen, die dem Präsidenten drei Millionen zu dem in der Botschaft angegebenen Zweck zur Verfügung stellte, gleichzeitig aber die Sklaverei aus den etwa im Frieden zu erwerbenden Gebieten ausschloß. Im Senat brachte der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten eine Bill des gleichen Inhaltes ohne eine solche Klausel ein, aber ein südstaatlicher Whig, Berrien von Georgia, beantragte sogleich, ihr ein

Proviſo anzuhängen, in dem erklärt war: „der Krieg mit Mexico ſoll (ought) von dieſer Regierung nicht fortgeführt werden, um jene Republik zu zerſtückeln oder irgend einen Theil ihres Gebietes durch Eroberung zu erwerben". In dieſen Anträgen kommen alle die Gegenſätze zum Ausdruck, die das Wörtchen „Friede" mit ſolcher Wucht aufeinander krachen ließ, daß das Schlachtengetümmel auf den fernen Gefilden Mexico's zu völliger Bedeutungsloſigkeit herabſank gegenüber dem unblutigen Ringen in dem Kapitol zu Waſhington. Es bewahrheitete ſich jetzt an Polk das alte Wort: wer Wind ſäet, wird Sturm ernten.

Die Botſchaft hatte zum erſten Male öffentlich anerkannt, daß, ſo weit es vom Präſidenten abhänge, die Abtretung ausgedehnter Gebietstheile Mexico's die Vorausſetzung der Beendigung des Krieges ſei. Daß dieſelben nicht unter dem Namen Eroberungen, ſondern unter dem Titel Entſchädigungen erworben werden ſollten, war ohne jede praktiſche Bedeutung. Die Thatſache an ſich, daß eine Territorialerwerbung gemacht werden ſolle, mußte die Union in Konvulſionen ſtürzen, da nicht eine Quadratmeile Territorialgebiet erworben werden konnte, hinſichtlich deren ſie ſchlechtweg als Union daſtand und nicht als der in zwei geographiſche Hälften zerſpaltene Föderativſtaat, deren Intereſſen in dem weſentlichſten Punkt einander diametral entgegengeſetzt waren. Bei jedem anderen Staate der Welt hätte der Satz einfach gelautet: der beſiegte Feind muß Landabtretungen machen; von den Vereinigten Staaten, die in ihrer prinzipiellen inneren Zwieſpältigkeit ganz eigenartig in der Geſchichte daſtehen, konnte dieſer Satz nicht mehr ausgeſprochen werden, ohne die Frage zum Nachſatz zu haben: zu Gunſten welcher Sektion?

Wir haben Giddings gleich am erſten Tage dieſe Frage dahin beantworten hören, daß der Krieg lediglich zu dem Zwecke begonnen worden ſei, die Domäne der Sklaverei zu erweitern. Der radikale Flügel der demokratiſchen Partei des Südens ſprach es denn auch bald ganz offen aus, daß es in der That ein „ſüdlicher Krieg" ſei[1]). Die Sklaverei will Luft haben, ſagte der Mobile Herald; nicht von dem Klima, ſondern von der Dichtigkeit der Bevölkerung hängt es ab, ob Sklaven ſich bezahlt machen[2]). Durch die Eroberung mexicaniſcher

[1]) Der Charleston Patriot ſchreibt: „We trust that our southern representatives will remember that this is a southern war." Jay, Review of the Mexican War, p. 182.

[2]) „The natural tendency of the slaves under our humane policy is to increase. The effect follows that, if we have no outlet for them, no soil to put them on, they will be huddled within the extreme southern limits of the

Gebiete, erklärten die Federal Union und der Charleston Courier, ſichert ſich der Süden für immer die Herrſchaft über die Union[1]).

Das war die herrſchende Anſicht im Süden, aber die diſſentirende Minorität war keineswegs klein. Die ſüdſtaatlichen Whigs im Kongreß, mit nur je einer Ausnahme in jedem Hauſe, waren entſchieden gegen jede Territorialerwerbung[2]) und zwar gerade weil ſie, in Uebereinſtimmung mit Calhoun, von der weiteren Verfolgung der mit der Annexion von Texas betretenen Bahn die verhängnißvollſten Folgen für das Sklavenhalterintereſſe erwarteten. Berrien erklärte ſeinen Antrag im Hinblick auf die beſonderen Intereſſen des Südens geſtellt zu haben[3]). Reverdy Johnſon, Mangum, Badger, Morehead, Stephens, Gentry u. ſ. w. pflichteten entweder ausdrücklich dieſer Anſicht bei, oder ſtellten ſich auf den allgemeinen patriotiſchen Standpunkt und forderten Verzicht auf jede Eroberung, weil das der einzige Weg ſei eine Agitation der Sklavenfrage zu vermeiden, deren Konſequenzen unberechenbar ſein würden. Waddy Thompſon, der gründlichſte Kenner Mexico's in den Vereinigten Staaten, ſprach in einer Rede zu Greenville, South Carolina, die Ueberzeugung aus, daß der Süden — d. h. die Sklavenhalter — durch

---

Union. . . . These evils may be avoided by taking new territory in the direction of Mexico. The profitable existence of slavery is by no means incompatible with a more temperate region, but it is incompatible with a very dense population. We need plenty of soil to render it profitable." l. c — Auch Mangum fragte: „And are the slaves to be always confined to their prison States?"

[1]) „The Whigs of the North oppose the war, because its legitimate effect is, as they contend, the extension of southern territory, and of southern slavery. It is true, this is a war in which the South is more immediately interested. . . Let the South now be true to herself, and the days of her vassalage are gone, and gone for ever."

„Every battle fought in Mexico, and every dollar spent there, but insures the acquisition of territory which must widen the field of southern enterprise and power in the future. And the final result will be to readjust the whole balance of power in the Confederacy so as to give us control over the operations of the Government in all time to come. If the South be but true to themselves, the day of our suffering and depression is gone, and gone for ever." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., p. 364.

[2]) The American Review, Sept. 1848, p. 234.

[3]) „I say, in my humble judgment, and speaking as a southern Senator representing a southern State, that the duty of the South — the interests of the South — the safety of the South — demands that we should oppose ourselves to any and to every acquisition of territory." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., p. 330.

die Erwerbung mexicanischer Gebiete Selbstmord begehen würde, da dieselben nie und nimmermehr der Sklaverei gewonnen werden könnten, ganz einerlei, was das Geschick des Wilmot-Proviso im Kongreß wäre[1]).

Wie sehr sich auch diese Warnungen als begründet erwiesen, sie mußten doch in den Wind geredet sein. Es ist ebenso leicht einer Kugel, die aus dem Rohre geflogen, zu gebieten in ihrem Fluge innezuhalten und in den Lauf zurückzukehren, als einen erfolgreichen Eroberungskrieg durch das freiwillige Herausgeben aller Eroberungen beendigen, weil man sich inzwischen hat belehren lassen, daß der Raub den lieben Frieden im eigenen Hause stören werde. Wohl protestirten eine ganze Anzahl der freien Staaten, und darunter einige der mächtigsten, gegen jede Eroberung[2]), aber Seward hatte doch Recht gehabt, als er, der Whig, schon vor dem Beginn des Krieges erklärt hatte, das Volk sei von einer unwiderstehlichen Leidenschaft erfüllt, die Grenzen der Union weiter und weiter zu ziehen[3]). Außerhalb des Kongresses waren die Whigs nicht so einhellig und so entschieden gegen alle Gebietserwerbungen wie in

---

[1]) „I do not express an opinion lightly formed, but one upon which I would stake my existence, that, whether the principle of the Wilmot proviso be enacted by congress or not, slavery never will exist in any state which may be hereafter formed on the Rio Grande. In a minority, as we now are and the majority against us fearfully increasing, great is the responsibility of that statesman of the south who lends his influence to the acquisition of more territory in which, by no possibility, can slavery exist. We have already in the northwest a territory, from which the Indian population is annually receding, sufficient for ten or twelve new states of average size, and all of these will be of necessity non-slaveholding states. There is an annual immigration to our country of nearly as many foreigners, adult males, as the whole voting population of South Carolina. All of these, almost without an exception, settle in the non-slaveholding states. With Oregon and California we shall have room for eight or ten more, quite enough to abolish slavery by an amendment to the constitution; yet, in the face of these facts, we see southern men madly rushing upon destiny by the acquisition of another cordon of free states — for such they will be — beyond the Rio Grande." Greenville Mountaineer, Oct. 15, 1847. Niles' Reg. LXXIII. p. 136.

[2]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., p. 555.

[3]) Er schreibt am 31. März 1846: „I abhor war, as I detest slavery. I would not give one human life for all the continent that remains to be annexed. But I cannot exclude the conviction, that the popular passion for territorial aggrandizement is irresistible. Prudence, justice, cowardice, may check it for a season, but it will gain strength by its subjugation . . . It behooves us then, to qualify ourselves for our mission. We must dare our destiny." Seward's Works, III. p. 409.

demſelben und den Demokraten, in deren Händen die Macht lag und deren Werk der Krieg war, konnte die Forderung nur abſurd erſcheinen, dem Volke als die einzigen Errungenſchaften deſſelben die Kriegskoſten und die blutigen Gräber in Mexico zu bieten. Sie waren ſo gewiß in dieſer Frage die große Majorität des Volkes für ſich zu haben, daß ſie die Ratifikation eines Friedensvertrages für unmöglich erklärten, in dem nicht mindeſtens New Mexico und California als Entſchädigung abgetreten würden[1]) und Einzelne ſogar den Muth hatten, gerade heraus zu ſagen, daß der Krieg allerdings ein Eroberungskrieg ſei und ſein ſolle[2]).

So lange und ſo heftig auch noch darüber hin und her geſtritten wurde, ob Mexico zu Landabtretungen gezwungen werden ſolle, ſo war daher in Wahrheit doch nur das noch eine offene Frage, welcher Sektion die zu fordernden Gebiete zufallen ſollten. Von der Entſcheidung dieſer Frage konnte die ganze Zukunft der Union abhängen und unter ihrem Gewicht brachen auf beiden Seiten die ſonſt ſo ſtarken Parteibande, wie ſpröde Glasfäden. Einige ſüdſtaatliche Abgeordnete redeten anfänglich ſo, als habe der tückiſche Brinkerhoff alles Unheil verurſacht, indem er Wilmot, der ſich keine klare Rechenſchaft über die Bedeutung ſeines Thuns gegeben, zur Stellung ſeines verhängnißvollen Antrages veranlaßt. Sie ließen jedoch bald dieſe Lächerlichkeit gern in Vergeſſenheit gerathen. Schon in den erſten Tagen der neuen Seſſion mußte der Süden ſich davon überzeugen, daß weder Brinkerhoff noch Wilmot, ſondern die vox populi des Nordens der wahre Urheber des Proviſo ſei und nicht die Politiker das Volk mit ſich fortriſſen, ſondern umgekehrt, dieſes jene mit zwingender Gewalt vorwärts dränge. Gordon, ein demokratiſcher Repräſentant von New York, ſagte am 24. Dezember, die große Majorität des Volkes ſei unwiderruflich entſchloſſen, nicht nur New Mexico und California bleibend zu erwerben, ſondern auch dieſe Gebiete zu „einem freien Territorium" zu machen[3]), und die zweite Behauptung war ſo wahr wie die erſte. Ein freier Staat nach dem anderen inſtruirte ſeine Senatoren und erſuchte ſeine Repräſentanten für das Wilmot-Proviſo zu ſtimmen, das am 8. Februar wieder von

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., pp. 23, 306, 328 u. Append. p. 79.

[2]) „Was this to be a war of conquest? He answered, yes; trusting in Heaven, and on the valor of their arms, this should be a war of conquest." Bedinger von Virginia, 6. Jan. 1847. Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., p. 126.

[3]) ib. Append. p. 53.

seinem ursprünglichen Beantrager als Amendement zur Drei-Millionen-Bill eingebracht wurde. Senator Dix, der aufrichtige demokratische Parteigänger und der ehrenhafte patriotische Mann, hob hervor, daß die Legislatur von New York die betreffenden Resolutionen fast einstimmig passirt habe und ermahnte den Süden im Tone des redlichen Freundes, seine Augen nicht gegen solche Zeichen der Zeit zu verschließen [1]). Giddings glaubte hoffen zu dürfen, daß das Proviso in der nächsten Session angenommen werden würde, falls es in dieser nicht durchgehen sollte, da die öffentliche Meinung im Norden sich immer entschiedener für dasselbe ausspreche und jubelnd konstatirte er, daß zum ersten Male Whigs und Demokraten Schulter an Schulter für die heilige Sache der Menschenrechte einstünden [2]). Chase blickte mit größerer Zuversicht in die Zukunft, obwohl „die Pro-Sklaverei Demokratie" in New Hampshire gesiegt hatte, da sie doch gezwungen worden war, sich für das Wilmot-Proviso zu erklären [3]). Caleb B. Smith von Indiana behauptete, nicht ein nordstaatlicher Vertreter werde die Stirn haben für die Erweiterung des Sklavereigebietes einzutreten [4]) und Calhoun gab zu, daß in der That alle Parteien im Norden in dem Entschlusse übereinzustimmen schienen, die Sklaverei aus dem zu erobernden Territorium auszuschließen [5]).

Auf der anderen Seite stand jedoch ebenso der Süden ohne Unterschied der Parteien gegen das Wilmot-Proviso zusammen. Smith hielt daher eine Lösung der Frage für unmöglich. Keine Seite, meinte er, werde nachgeben und das Proviso, das er übrigens vollkommen billige, sei im Grunde doch nur eine Abstraktion und seine Annahme würde gar keine Garantie für die Erfüllung seines Zweckes bieten. Der Bevölkerung des eroberten Gebietes würde das unanfechtbare Recht zustehen, selbst darüber zu entscheiden, ob die Sklaverei in ihm gestattet oder verboten sein solle, und wenn es von den Südstaaten besiedelt würde, so würde sie natürlich erlaubt werden. Und noch weniger sei

[1]) J. A. Dix, Speeches, I. pp. 186, 187.

[2]) Giddings, Speeches, pp. 203, 204.

[3]) Chase an J. P. Hale, 12. Mai 1847. Warden, Private Life and Public Services of S. P. Chase, p. 313.

[4]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess., p. 124.

[5]) Calh.'s Works, IV. p. 323. — Die Legislaturen von Vermont, New York, Pennsylvania, Rhode Island, Ohio, New Hampshire, New Jersey, Michigan, Massachusetts und Connecticut forderten den Ausschluß der Sklaverei aus dem zu gewinnenden Gebiete als Vorbedingung für jede Territorialerwerbung. Auch Delaware ersuchte seine Senatoren in diesem Sinne zu stimmen.

es möglich auf dem Vertragswege dem Territorium in dieſer Hinſicht einen beſtimmten Charakter zu ſichern, da kein Friedensvertrag die zur Ratifikation erforderliche Stimmenzahl erhalten könne, der in der einen oder in der anderen Weiſe zu der Sklavenfrage Stellung nehme. Die letzte Schlußfolgerung des Raiſonnements war natürlich, daß man wohl oder übel ſo thun müſſe, als ob die Frage überhaupt nicht exiſtire.

Vielleicht kam die Zeit, da die Majorität des Volkes „beſchloß", durch die Straußen-Politik und das vogue la galère! die Sklavenfrage aus der Welt zu ſchaffen. Noch hatte man jedoch dieſe Höhe politiſcher Weisheit nicht erklommen, weil, ſo oft es auch behauptet wurde, noch Niemand glaubte, daß das Wilmot-Proviſo wirklich eine Abſtraktion ohne praktiſche Bedeutung ſei. Auf dieſem Felde mußte der Kampf fortgeführt werden, bis eine Entſcheidung gefallen war, oder bis es ſich herausgeſtellt hatte, daß auf ihm keine Entſcheidung gewonnen werden könne. Nicht einmal ein Kompromiß, ſei es auf alten oder auf neuen Baſen, konnte vorher geſchloſſen werden.

Calhoun theilte dem Senat mit, daß, ſo ſehr er auch ſtets das Aufgeben des reinen verfaſſungsrechtlichen Standpunktes Seitens des Südens in dem Miſſouri Kompromiß bedauert habe[1]), doch auf ſeine Veranlaſſung, um des lieben Friedens willen, im Repräſentantenhauſe der Antrag geſtellt worden ſei, die zu erwerbenden Gebiete durch die Miſſouri Linie zu theilen; nun aber, da der Antrag verworfen und, als er von einem nordſtaatlichen Abgeordneten (Douglas am 15. Febr.) erneuert worden, wieder mit großer Majorität (109 gegen 82) niedergeſtimmt worden ſei[2]), müſſe er auf die Prinzipien der Konſtitution zurückfallen[3]). Dieſe Prinzipien formulirte er jetzt nach ſeiner alten Gewohnheit in „Reſolutionen", deren weſentlichſter Inhalt ſich in den folgenden Sätzen zuſammenfaſſen läßt: Die Territorien ſind das gemeinſchaftliche Eigenthum der verſchiedenen die Union bildenden Staaten; — der Kongreß darf kein Geſetz machen, das direkt oder indirekt die volle Gleichberechtigung irgend welcher Staaten hinſichtlich der Territorien verkümmert; — ein Geſetz, das die Bürger gewiſſer Staaten verhindert, ſich mit ihrem Eigenthume in den Territorien niederzulaſſen, würde das thun; — die Aufnahme eines Staates in die Union darf

---

[1]) Er hatte nicht immer ſo gedacht. cfr. Verfaſſung und Demokratie, pp. 324, 325. Siehe auch The American Review, Sept. 1849, p. 315; Mem. of J. Q. Adams, V. pp. 5—12.

[2]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. p. 424.

[3]) Calh.'s Works, IV. pp. 346, 347.

an keine andere Bedingung geknüpft werden, als daß er eine republikanische Verfassung habe[1]).

Eine erschöpfende historische und verfassungsrechtliche Kritik dieser Behauptungen würde eine Rekapitulation der ganzen Geschichte der Sklavenfrage und der Staatensouveränetät erfordern. Es genügt hier kurz auf einige Thatsachen hinzuweisen, die früher nicht berührt worden sind.

Maryland hatte sich ein unabschätzbares Verdienst durch die einsichtsvolle Hartnäckigkeit erworben, mit der es in den Verhandlungen, die der Annahme der Konföderationsartikel vorangingen, dafür gestritten hatte, daß die Territorien der Bundessouveränetät unterstellt würden. Nach langem Kampfe war es mit der Forderung durchgedrungen und hatte dadurch der Konföderation eine reale nationale Basis errungen[2]). Die Territorien waren also nie das gemeinschaftliche Eigenthum der verschiedenen die Union bildenden Staaten gewesen, sondern von dem Augenblick an, da sie aufgehört hatten den Einzelstaaten zu gehören, waren sie Bundeseigenthum. Als dann die Konföderation in Kraft trat, besaß die Union ein ausgedehntes Territorialgebiet, aber in keinem Theile desselben war die Sklaverei gestattet. Wenn Sklaven „Eigenthum" waren, das nicht aus dem Territorialgebiet ausgeschlossen werden durfte, so war mithin die Verfassung mit einer ungeheuerlichen Verfassungsverletzung in's Leben getreten. Nicht die Staaten, sondern die Bevölkerungen der Staaten als Theile des Volkes der Vereinigten Staaten hatten gleiche Rechte hinsichtlich der Territorien zu beanspruchen, d. h. die Rechte, die in den Territorien Geltung hatten; und auch wenn die Territorien Gemeingut der einzelnen Staaten gewesen wären, hätten die einzelnen Staatenbürger nicht die Rechte, die ihnen lediglich in dieser Eigenschaft zustanden, mit sich in die Territorien nehmen können, da ein Staat nicht seine Munizipalgesetze über seine eigenen Grenzen hinaus seinen Angehörigen als Ausstattung mitgeben kann. Kein Staat kann die ihm als Staat zustehenden Rechte auf alle seine Angehörigen übertragen. Wer sich in einem Territorium niederließ, war in demselben nicht als Bürger des Staates dem er früher angehört hatte, sondern lediglich als Bewohner des Territoriums, in dem nicht gleichzeitig die Munizipalgesetze sämmtlicher Staaten Geltung haben konnten.

---

[1]) Calh.'s Works, IV. pp. 348, 349.

[2]) Siehe die treffliche Monographie von H. B. Adams, Maryland's influence in founding a National Commonwealth. Baltimore 1877.

Es hatte nur ein Recht, dessen Quelle ein Kongreßgesetz war, und in diesen Kongreßgesetzen waren wiederholt direkte Verfügungen hinsichtlich der Sklaverei getroffen worden, ohne daß die Berechtigung des Kongresses zu denselben von irgend einer Seite her angefochten worden wäre. Die Behauptung war ja alt, daß die Verfassung von den Territorien nur als Eigenthum in dem Sinne eines Werthobjektes rede, aber der Kongreß hatte sich nie der Absurdität schuldig gemacht, sie politisch als eine terra nullius zu behandeln, die nicht Gegenstand einer zweckbewußten Politik nach Maßgabe der Interessen des allgemeinen Staatswohles sein dürfe.

Die Doktrin Calhoun's war logisch, historisch und verfassungsrechtlich absolut unhaltbar. Nur ein Moment von wirklichem Gewichte ließ sich für sie anführen. Das Oberbundesgericht hatte zweimal erklärt, daß die Verfassung Sklaven als Eigenthum anerkenne[1]). War dem so, dann war die Ausschließung der Sklaverei aus den Territorien sicher nicht leicht zu rechtfertigen, denn daß die Befugniß: „alle nöthigen Regeln und Regulationen" zu erlassen, sich so weit erstreckte den Bürgern vorschreiben zu dürfen, was für Eigenthum sie mit sich in die Territorien nehmen dürften, wird schwerlich im Ernste behauptet werden. Allein obwohl im ersten Falle das Urtheil des Gerichtes von Story abgegeben wurde, der gewiß nicht zu großer Parteilichkeit für die Sklavenhalter gezogen werden kann und dessen juristische Autorität nicht leichthin angefochten werden darf, glaube ich doch diese Behauptung auf das Bestimmteste für völlig unbegründet erklären zu dürfen. Ich will dabei weiter kein Gewicht darauf legen, daß die Konstitution von den Sklaven stets als „Personen" redet[2]). Es durfte und darf überhaupt nicht der Gegenbeweis gefordert werden, sondern das Oberbundesgericht war verpflichtet den Beweis für seine Behauptung zu erbringen, da die Konstitution nicht das Wort „Sklave" enthielt und wo unter den „Personen", von denen sie spricht, Sklaven zu verstehen sind, weder das Wort Eigenthum noch irgend ein ähnlicher Ausdruck sich findet. Das Einzige aber, was es für seinen Satz anzuführen hatte, war die Verpflichtung flüchtige Sklaven auf Verlangen auszuliefern. Die gleiche

[1]) Prigg v. Pennsylvania, Peters' Rep., XVI. p. 611, Curtis, XIV. p. 420; Jones v. Van Zandt, Howard's Rep., V. p. 229, Curtis, XVI. p. 373.

[2]) „The term 'slave' is not used in the Constitution, and if 'person' means 'slave', then the Constitution treats slaves as persons, and not as property, and it acts upon them as persons and not as property." Lemmon v. People, 20 N. Y. (6 Smith), 624.

Verpflichtung existirte aber auch hinsichtlich flüchtiger Verbrecher und es war allgemein anerkannt, daß unter den „in einem Staate zu Dienst oder Arbeit verpflichteten Personen" auch Lehrlinge zu verstehen seien. Waren durch diese Bestimmung Sklaven als Eigenthum anerkannt, so galt mithin auch das Gleiche von Lehrlingen. Die Verfassung berücksichtigte in verschiedenen Hinsichten die Thatsache, daß in mehreren Staaten die Sklaverei gesetzlich bestand und sie verfügte, daß in einem bestimmten Falle dieser Thatsache in dem ganzen Unionsgebiete in einer bestimmten positiven Weise Rechnung getragen werden müsse. Daß die Sklaven damit nicht für Eigenthum erklärt waren, geht schon daraus hervor, daß anderen Falles die freien Staaten nicht einen Sklaven, der freiwillig von seinem Herrn in ihr Gebiet gebracht wurde, eo ipso als Freien hätten ansehen und als solchen schützen dürfen, da nach der Konstitution Niemand „ohne angemessenes Rechtsverfahren" (without due process of law[1]), seines Eigenthumes beraubt werden darf. Ihre Berechtigung dazu ist stets anerkannt worden[2]), und nach dem Oberbundesgerichte wurde in einem solchen Falle der Sklave nicht kraft der Menschenrechte oder des Naturrechtes, sondern kraft des in dem betreffenden Staate geltenden Rechtes frei[3]). Damit war offenbar anerkannt, daß lediglich die Einzelstaaten darüber zu bestimmen hatten, ob gewisse Personen „zu Dienst oder Arbeit verpflichtet", resp. „Eigenthum" sein sollten, und daß ihre Bestimmung nicht über die Grenzen ihres Gebietes hinaus Giltigkeit habe. Die Konstitution hatte also die Sklaven nicht als Eigenthum anerkannt, obwohl sie der Thatsache Rechnung getragen hatte, daß sie nach den Gesetzen gewisser Staaten Eigenthum waren. Logisch, verfassungsrechtlich und politisch war es völlig unberechtigt, dieses für identisch mit jenem zu erklären. Nach der für die Sklavenhalter günstigsten Interpretation der Verfassung, die ihr Wortlaut autorisirte,

---

[1]) Darunter sind die im 6. Amendement festgesetzten Rechtssicherheiten zu verstehen. James v. Reynolds, 2 Tex. 251; Jones v. Montes, 15 Tex. 353. „This means, and has always been held to mean, that the right of a citizen to his property . . . could be taken away only upon an open, public, and fair trial before a judicial tribunal, according to the forms prescribed by the law of the land for the investigation of such subjects." J. S. Black, Claim of Reside. Opin. of the Attorn. Gen., IX. p. 200.

[2]) Siehe die betreffenden Entscheidungen in Wheeler's Law of Slavery. pp. 335—388.

[3]) In Strader, Gorman, Armstrong v. Graham, Howard's Rep., X. pp. 82 ff., Curtis, XVIII. pp. 305 ff. und in Scott v. Sandford, Howard's Rep., XIX. pp. 396 ff.

nahm sie zu der Frage des Rechtsstatus der Sklaven in der Union als solchen überhaupt nicht Stellung.

Um die Bedeutung der Resolutionen Calhoun's richtig zu würdigen, genügt es jedoch nicht, sie einer akademischen verfassungsrechtlichen Kritik zu unterwerfen. Sie waren ein politisches Manifest, das ein revolutionäres Progamm von ungeheurer Tragweite aufstellte. Wenige Tage später sprach er die düsteren prophetischen Worte, die am Schluß des letzten Kapitels angeführt worden sind. Er selbst schlug jetzt den zweiten Band der Unionsgeschichte unter der Verfassung auf und schrieb als ersten Satz die Erklärung hinein, daß die ganze bisherige Politik der Bundesregierung in der Sklavenfrage verfassungswidrig gewesen sei. Die Urheber der Verfassung hatten sie ein Kompromiß genannt und „Kompromiß" hatte die schwankende Magnetnadel geheißen, nach der bisher das Unionsschiff in der Sklavenfrage gesteuert worden war. Calhoun zog jetzt einen dicken Strich durch dieses Wort. Die Zeit hatte mit gewaltiger Macht gegen die Sklaverei gearbeitet. Das Uebergewicht der freien Staaten an Bevölkerung, Reichthum und durchschnittlicher Bildung wurde immer größer und fühlbarer. Der abolitionistische Geist — wie Calhoun sich einst ausgedrückt hatte — nistete sich immer fester in den Schulen, auf den Kanzeln und in der Presse ein und auch wo noch die alte sittliche Stumpfheit hinsichtlich der Sklaverei vorherrschte, begann die arrogante Herrschaft der Sklavokraten Unmuth zu erregen. Dampfschiffe, Eisenbahnen, Telegraphen, Dampfindustrie gaben der wirthschaftlichen Entwickelung des Nordens einen gewaltigen Impuls und wirkten zersetzend auf die wirthschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse des Südens, weil sie den Interessengegensatz zwischen den Sklavenhaltern und der übrigen freien Bevölkerung verschärften und strichweise eine Lebhaftigkeit des Ideenaustausches und eine Energie der wirthschaftlichen Bewegung erzeugten, die, so kümmerlich sie auch im Vergleich zu den Verhältnissen in den freien Staaten waren, doch über das Maß hinausgingen, das die durch ihre Stabilität und alle ihre kulturfeindlichen Tendenzen zur Isolirung verurtheilte Sklavenwirthschaft vertragen konnte. In den Grenzstaaten erwachte die Erkenntniß, daß die Sklaverei ein schwerer Klotz am Fuße sei —, die alten atlantischen Sklavenstaaten sahen ihre Lebenssäfte immer mehr schwinden durch die Auswanderung ihrer jungen Aristokratie nach den Mississippi Staaten und der strebsameren Elemente aus den unteren Volksschichten nach dem freien Westen —, Kreditwirthschaft und Raubbau untergruben immer tiefer den Wohlstand der Plantagenstaaten —, die Erkenntniß der Noth-

wendigkeit mit Energie in die moderne Kulturbewegung einzutreten und die Nothwendigkeit sich hermetisch gegen dieselbe abzuschließen, wuchsen in gleichem Maße, und die Ansichten der leitenden Männer über die zum Schutz und zur Förderung des Sklavenhalterinteresses erforderlichen Maßnahmen gingen immer weiter auseinander[1]). Und jetzt erklärte Calhoun die Aera der Kompromisse für geschlossen, die dem Sklavenhalterinteresse allen Tendenzen des Zeitgeistes und dem realen Machtverhältniß zum Trotz zur dominirenden Stellung in der Union verholfen hatten. Er bestritt die Giltigkeit des Prinzipes der Majoritätsherrschaft hinsichtlich der Ausdehnung des Sklavereigebietes. In den „souveränen" Staaten war die Sklaverei anerkanntermaßen das Geschöpf des Munizipalgesetzes, in den Territorien aber sollte jeder Sklavenhalter berechtigt sein sie hineinzutragen. Er sprach der Union das Recht ab einen Willen zu haben hinsichtlich der Frage, von deren Entscheidung der ganze Kulturcharakter der Territorien und, da diese dereinst Staaten werden mußten, in letzter Linie auch der Union selbst abhing. Sie hatte sich nach dieser neuen Lehre unwiderruflich der Sklaverei verschrieben.

Konnten die freien Staaten sich je diesem Anspruch unterwerfen? Calhoun hatte selbst die Antwort auf diese Frage gegeben, indem er sagte, beide Parteien in ihnen verweigerten dem Süden jeden Antheil an den von Mexico zu erwerbenden Gebieten[2]). Konnte der Anspruch aber nicht durchgesetzt werden, welche Wirkung konnte dann das Erheben desselben haben, als die Konsolidirung der beiden geographischen Sektionen auf der Sklavenfrage zu vollenden und damit die Union auseinander zu brechen?

Benton nannte die Resolutionen sogleich eine Brandfackel und als Calhoun mit vorwurfsvoller Gereiztheit bemerkte, er habe gehofft der Senator von Missouri werde als Vertreter eines Sklavenstaates die Prinzipien derselben unterstützen, entgegnete er, ihn werde man nach wie vor an der rechten Stelle, d. h. auf Seiten der Union stehen finden. In einer Rede, die er einige Zeit nachher außerhalb des Kongresses hielt, begründete Benton eingehend diese scharfen Zurechtweisungen[3]).

---

[1]) Der Beweis für diese Behauptungen wird später erbracht werden.

[2]) Calh.'s Works, IV. p. 382.

[3]) „They (die Resolutionen) go the precise length of the northern abolitionists, and with the same practical consequence, only in a reversed form. . . . The first effect of this new slavery creed . . . would be to establish a new political test for trying the orthodoxy of all candidates for the presidency; and as no northern man could stand such a test at home, the whole of them would be

So geneigt er auch war alles im dunkelſten Lichte zu ſehen, was Calhoun ſagte und that, in dieſem Falle übertrieb er in der Hauptſache doch nicht, weil eine Uebertreibung überhaupt nicht möglich war: mit vollem Bewußtſein und ruhiger Ueberlegung forderte Calhoun den Süden auf, ſeine Rechnung mit dem Norden für geſchloſſen zu erklären und ihn vor die Alternative bedingungsloſer Unterwerfung in der Sklavenfrage oder Auflöſung der Union zu ſtellen. Nur die Anklage Benton's war auch jetzt noch völlig ungerechtfertigt, daß Calhoun die Losreißung des Südens von der Union wünſche. Wohl mußte ſeine Politik unzweifelhaft dahin führen, aber nicht nur erfüllte der Gedanke an dieſe Möglichkeit ihn noch immer mit Schmerz, ſondern er verkannte auch nicht, wie gewichtige politiſche Erwägungen gegen die Ergreifung dieſes letzten heroiſchen Mittels ſprächen. Dieſes wie jenes konnte ihn aber um ſo weniger in ſeinem Gange irre machen, als er feſt überzeugt war, daß die freien Staaten kein Zugeſtändniß zu groß erachten würden, um dieſes Aeußerſte zu vermeiden.

Nicht nur der Süden, ſondern auch ein großer Theil der demokratiſchen Partei des Nordens hat ſpäter die moraliſche Verantwortlichkeit für den Bürgerkrieg den Republikanern aufgebürdet, weil ſie eine auf dem Boden der Sklavenfrage gebildete geographiſche Partei waren. Die Ankläger vergaßen, wie ſehr der Süden ſeit jeher zuſammengehalten hatte, wo die Sklavenhalterintereſſen ins Spiel kamen, und daß Calhoun der Vater des Gedankens war, die Sklavenfrage zur Baſis der Parteibildung zu machen. Das war nicht etwa nur die Konſequenz der in jenen Reſolutionen niedergelegten Doktrinen, ſondern er proklamirte ihn, klar und ſcharf formulirt, förmlich und mit Einſetzung des ganzen Gewichtes ſeines Namens als das einzige Programm, durch deſſen Aufſtellung der in der Union verharrende Süden ſich vor dem Verderben bewahren könne. Die Sklavenſtaaten, erklärte er in einer am 9. März 1847 zu Charleſton gehaltenen Rede, müßten ſich die Abolitioniſten zum Vorbilde nehmen: wie dieſe die Bekämpfung der Sklaverei, ſo müßten

---

knocked in the head, so far as the south was concerned, at a single lick. The next effect of these resolutions, if adopted, in the non-slaveholding states, would be to put an end to the present political division of parties, and to substitute a new party in the south, (with its antagonist in the north,) bounded by geographical lines and founded on the sole principle of slavery propagandism. The third effect of these resolutions would be that which is stated, hypothetically, on their face, namely, the subversion of the Union." Niles' Reg. LXXII. p. 223. S. a. ib. p. 225.

sie die Vertheidigung derselben zur vornehmsten Frage machen, allein von der Stellung zu ihr es abhängig sein lassend, wer als Freund und wer als Feind anzusehen sei[1]). Darin hatten allerdings die Abolitionisten den Sklavenhaltern das Beispiel gegeben, aber Calhoun nahm sich eine ungebührliche Freiheit mit dem Namen, wenn er behauptete, sie hätten dadurch in der Parteipolitik einen Einfluß erlangt, der ganz außer Verhältniß zu ihrer Zahl stehe. Die Abolitionisten standen außerhalb der politischen Parteien und diejenigen radikaleren Gegner der Sklaverei, die als eigene politische Partei für die Geltendmachung ihrer Grundsätze stritten, hatten meist keineswegs in allen anderen Hinsichten sich ihres alten Parteigewandes entledigt und machten vor allen Dingen nicht den Kampf gegen die Sklaverei auf der ganzen Linie, sondern nur den Widerstand gegen die weitere Ausdehnung des Sklavereigebietes zum Hauptsatze ihres Programms. Gerade darin aber lag das wesentlich Neue und furchtbar Bedeutsame in der Aufforderung Calhoun's, daß der Süden das Sklavenhalterinteresse schlechtweg, d. h. die Sklavenfrage in allen ihren Formen und Beziehungen für den Angelpunkt seiner Politik erklären und dadurch auch dem Norden als die Frage aufzwingen solle, auf der sich in ihm die Parteischeidung vollziehen müsse[2]).

In einem Brief an ein Mitglied der Legislatur von Alabama[3]) betonte er die Nothwendigkeit nicht länger zu zögern, sondern den Nor-

---

[1]) Calh.'s Works, IV. pp. 394, 395.

[2]) „But, if we should act as we ought — if we, by our promptitude, energy, and unanimity, prove that we stand ready to defend our rights, and to maintain our perfect equality, as members of the Union, be the consequences what they may; and that the immediate and necessary effect of courting abolition votes, by either party, would be to lose ours, a very different result would certainly follow. That large portion of the non-slaveholding States, who, although they consider slavery as an evil, are not disposed to violate the constitution, and much less to endanger its overthrow, and with it the Union itself, would take sides with us against our assailants; while the sound portion, who are already with us, would rally to the rescue. The necessary effect would be, that the party leaders and their followers, who expect to secure the Presidential election, by the aid of the abolitionists, seeing their hopes blasted by the loss of our votes, would drop their courtship, and leave the party, reduced to insignificance, with scorn. The end would be, should we act in the manner indicated, the rally of a new party in the non-slaveholding States, more powerful than either of the old, who, on this great question, would be faithful to all the compromises and obligations of the constitution." ib. pp. 390, 391.

[3]) Derselbe ist abgedruckt bei Benton, Thirty Years' View, II. pp. 698—700.

den sofort vor die Entscheidung zu drängen (to force the issue on the North). Die moralische und die politische Kraft des Südens wachse nicht, sondern vermindere sich. Darum würde es sehr zu beklagen sein, wenn der Streit über das Wilmot-Proviso wieder auf ein Kompromiß hinausliefe, ja sogar die Verwerfung desselben wäre ein Unglück, wenn man dabei „nicht der Gefahr in ihrer ganzen Länge und Breite entgegenträte." Die Frage sei, wie man das thun könne ohne zur Auflösung der Union seine Zuflucht zu nehmen, denn daran dürfe man nicht einmal denken, ehe alle anderen Mittel versucht worden seien. Nur ein Mittel gebe es noch, das Erfolg verspreche. Wie der Norden seine verfassungsmäßigen Verpflichtungen hinsichtlich der Sklaverei nicht einhalte, so solle der Süden sich weigern die den Norden begünstigenden Bestimmungen der Konstitution zu erfüllen. Er müsse seine Häfen den Schiffen der freien Staaten verschließen und dabei den Handel auf dem Mississippi und auf den Eisenbahnen fortgehen lassen, um sich die Freundschaft des Nordwestens zu erhalten und nur die nordöstlichen Staaten zu treffen. Eine Konvention der Sklavenstaaten müsse abgehalten werden, um alle die Küstenstaaten für diese Repressalienpolitik zu gewinnen. Gelinge das, so werde der Norden unzweifelhaft zu Kreuz kriechen, da „unbegrenzter Geiz" seine dominirende Leidenschaft sei.

Ein solcher Beschluß, sagte Benton, ist das Auseinanderbrechen der Union. Ob der Norden seinen verfassungsmäßigen Verpflichtungen hinsichtlich der Sklaverei nachkam oder nicht, war eine streitige Frage; Calhoun aber gab zu, daß seine „Repressalie" den freien Staaten die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechtes verbieten würde und Benton wies mit Recht darauf hin, daß gerade diese Frage den unmittelbaren Anstoß dazu gegeben habe, an Stelle der unzulänglichen Konföderation „eine vollkommenere Union" zu setzen. Die Hoffnung Calhoun's den Nordwesten vom Nordosten trennen und durch Sperrung der südstaatlichen Häfen die freien Staaten zwingen zu können alle Forderungen der Sklavokratie zu bewilligen, war eine Illusion. Im Uebrigen aber war sein Raisonnement richtig und weder Zweckmäßigkeitserwägungen noch patriotische oder sittliche Entrüstung vermochten sein ebenso festes wie einfaches Gefüge zu erschüttern. Noch manchen Triumph mochte der Süden feiern, obwohl er das Programm des Altmeisters der Sklavokratie verwarf, aber allen Triumphen zum Trotz war jeder Tag, um den die endgiltige Entscheidung hinausgeschoben wurde, ein Verlust für ihn und ein Gewinn für den Norden. Wie auch immer das Recht liegen mag, die Thatsachen werden entscheiden,

hatte Calhoun schon vor Jahren gesagt; und jetzt bekannte er: jeden Tag werden wir schwächer und unsere Gegner stärker. Er selbst vermochte es nicht über sich die letzte auf der Hand liegende Konsequenz aus diesen beiden einfachen Sätzen zu ziehen; aber er sagte dem Süden das Spiel sei unwiederbringlich verloren, wenn der Norden nicht durch das positive Recht vollständig niedergezwungen würde, ehe er die Wahrheit jener Sätze genugsam erkannt habe, um diese Konsequenz aus ihnen zu ziehen. Es war ein thörichter Wahn, daß dieses noch möglich sei, aber richtig war es, daß dieses die Voraussetzung für das ungefährdete Verbleiben der Südstaaten in der Union als Sklavenstaaten war. Wiederum schalt die Majorität des eigenen Lagers Calhoun, daß er in grundloser Besorgniß das Feuer der Zwietracht zwischen Norden und Süden schüre, oder gar unter erlogenen Vorwänden auf die Sprengung der Union hinarbeite, und in Wahrheit brach er wiederum sein Raisonnement vor dem Schlußworte ab, weil er von der Hoffnung nicht lassen wollte, daß die Sklaverei sich in der Union sicherstellen ließe. Calhoun wähnte der letzte Augenblick sei gekommen, da die Sklavokratie dem Norden Fesseln aufzwingen könnte, die er nie im Stande sein werde zu brechen oder abzustreifen. Das hätte sie nie zu thun vermocht und jetzt hatte sie es schon dahin gebracht, daß an und für sich jeder Kampf und noch mehr jede Errungenschaft ihre schließliche Niederlage gewisser machte und näher rückte. Nur deswegen hatte er sich ja so heftig dem Kriege gegen Mexico widersetzt, weil er das selbst so deutlich fühlte, und darum hatten doch auch wieder seine Gegner mit ihrer Behauptung Recht, daß er durch seine Forderungen am gewaltigsten auf die Katastrophe hindränge. Das aber war ja eben der Fluch, der auf der Sklavokratie lag, daß jeder Schritt weiter nach ihrem Ziele hin ein Schritt näher zu ihrem Verderben sein mußte. Es mußte daher auch dieser Fluch am schwersten auf dem Denken und Wirken des Mannes lasten, der die Natur der Sklaverei am besten verstand und das Wesen der Sklavokratie am tiefsten ergründet hatte.

Benton macht seine Leser in triumphirendem Tone darauf aufmerksam, daß Calhoun seine Resolutionen nie zur Debatte aufgerufen habe, weil sie vom ganzen Senat höchst mißfällig aufgenommen worden seien. Was war damit gewonnen? Der Kampf um die zu erwerbenden Gebiete währte fort und obwohl Cass versicherte, daß er nicht das kleinste Wölkchen am Himmel entdecken könne[1], war doch jeden Tag weniger

[1]) Deb. of Congr., XVI. p. 60.

abzusehen, wann und wie der Streit ausgetragen werden würde. Im Verlaufe der Debatten war das Wilmot-Proviso, seinen Freunden wie seinen Feinden gleich überraschend, zu einer Waffe in den Händen der Friedenspartei geworden. Auf den ersten Blick konnte es wirklich fast scheinen, als ließe sich durch dasselbe die Beendigung des Krieges erzwingen, da der Norden ohne dasselbe und der Süden mit ihm nichts von seiner Fortführung wissen wollten[1]). Gegenüber den wiederholten Abstimmungen des Repräsentantenhauses für das Proviso und gegen die Ausdehnung der Missouri Linie erklärten Calhoun, Seddon und Leake von Virginia, Tibbats von Kentucky, Dargan von Alabama, u. s. w., daß man dem Süden nicht die selbstmörderische Thorheit zutrauen werde, weitere Anstrengungen zum ausschließlichen Besten des Nordens zu machen. Wer den Frieden will, sagte Stewart von Pennsylvania, stimme daher für das Proviso, denn lieber würde Polk Mexico für das Behalten seines Gebietes bezahlen, als es unter dieser Bedingung nehmen. Wenn nur nicht eben die, welche noch den Frieden ohne Eroberungen wünschten oder auch nur für möglich hielten, eine so verschwindend kleine Minorität gewesen wären. Butler von South Carolina verglich die Union dem Hirten, der den Wolf bei den Ohren gepackt hat: festhalten sei gefährlich, aber loslassen noch gefährlicher.

Die Majorität der Vertreter des Südens war um so weniger gewillt dem Hader des Südens dadurch ein Ziel zu setzen, daß das ursprüngliche offizielle Programm des Krieges — Vertheidigung, Genugthuung und Zahlung der alten Schulden — wirklich eingehalten wurde, als sie überzeugt war, daß die Beute schließlich doch vertheilt werden würde. Ist der Norden entschieden, sagte Calhoun, so ist der Süden noch entschiedener, denn für ihn steht viel mehr auf dem Spiel. Diese Zuversicht war nur zu gut begründet, denn so war es ja bisher stets gewesen. An Drohungen, die Union zu zerreißen, fehlte es natürlich nicht, aber die wahre Ansicht auch der Heißsporne kam wohl viel richtiger zum Ausdruck in der Erklärung Sims' von South Carolina, daß gar kein Grund vorliege einen so tragischen Ton anzuschlagen. Wir werden das eroberte Land behalten, sagte er, und der südlich von 36° 30′ gelegene Theil wird Sklavereigebiet werden, denn wir sind entschlossen mit unseren Sklaven hinzugehen und der Norden und Westen denken nicht daran bis auf den Tod widerstehen zu wollen[2]). Diese An-

[1]) Calh.'s Works, IV. pp. 323, 324.

[2]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. p. 291.

sicht theilte der ganze Süden, auch diejenigen nicht ausgenommen, die seiner weiteren Behauptung nicht beipflichteten, daß das Kind noch nicht geboren sei, das die Sprengung der Union wegen der Sklavenfrage oder aus irgend einem anderen Grunde erleben würde.

Der Süden schlug die Entschlossenheit des Nordens nicht zu hoch, sondern zu niedrig an, aber in der Erwartung täuschte er sich nicht, daß derselbe zurückweichen werde; fraglich war nur das, wie bald und wie weit er nachgeben werde. Der Süden glaubte das zunächst auf sich beruhen lassen zu dürfen, wenn er sich nur hinsichtlich des ersten Punktes sicher stellte, und auf der gegnerischen Seite fanden sich Politiker genug, die das Aufgeben des Prinzipes damit glaubten rechtfertigen oder entschuldigen zu können, daß sie die weitere Frage vorerst offen ließen.

Chase behauptet, das Wilmot-Proviso sei wegen seines demokratischen Ursprunges vielen (nordstaatlichen) Whigs ein Dorn im Fleische gewesen[1]). Also auch dort, wo man in ehrlicher und ernster Ueberzeugung dem Prinzip unbedingt zustimmte, dachte und fühlte man zum Theil noch so klein, daß man um eines ganz untergeordneten und vielleicht nur eingebildeten Parteiinteresses willen die Entscheidung in der vornehmsten nationalen Frage gefährdete. Wie durfte da ein unerschütterliches Einstehen für das Prinzip von denjenigen Demokraten erwartet werden, die nur mehr oder weniger gern mit dem Strom der öffentlichen Meinung geschwommen waren. Blieben sie fest, so verzichteten sie darauf, eine Rolle in der Partei zu spielen, denn der Süden war das dominirende Element in derselben und der Süden hätte einen solchen 'Verrath' nie verziehen. Nicht einmal auf ihre eigenen Konstituenten durften sie zählen. Ließen sich viele höher gebildete und denkende Leute in ehrlichem, wenn gleich übelberathenem Patriotismus durch das Geschrei: die Union ist in Gefahr! umstimmen, wie hätte da auf den großen Haufen Verlaß sein können, der meist überhaupt noch nicht auch nur momentan entschieden Stellung gegen die Sklaverei genommen hatte und überdieß im Allgemeinen viel leichter als die Masse der Whigs von Demagogen fortgerissen werden konnte. Nicht Alle, die dem Süden

[1]) „This (das Proviso) had its origin among the Democrats, and is looked upon with no favorable eye by many leading Whigs, who, while they dare not openly take ground against it, are willing to have it smothered by the cry of no territory, which is the merest delusion, and the most palpable delusion in the world." S. P. Chase to J. P. Hale, May 12, 1847. Warden, Priv. Life and Public Services of S. P. Chase, p. 314.

den Dienst gekündigt hatten, mochten zu einem pater peccavi zu bewegen sein, aber leicht konnte es geschehen, daß die große Majorität sich um so hingebender und vielleicht gar um so begeisterter um das Panier der Sklavokratie schaarte. Rettet die Union! Der Wiederhall, den das Wort in allen Busen weckte, war mächtig genug, um in unzähligen Köpfen jede Verständnißfähigkeit für die Frage zu ertödten, ob immer neue Nachgiebigkeit gegen die Sklavokratie das richtige Mittel zur Rettung der Union sei. Und es ließ sich ja mehr als genug für die Ansprüche des Südens sagen, was dem großen Haufen, der gern überzeugt sein wollte, wie ein unumstößlicher Beweis für die Verfassungsmäßigkeit dieser Ansprüche aussah. Auf dem Wilmot-Proviso beharren, hieß daher nicht nur der Parteiadministration in der vornehmsten und von der ganzen Partei gutgeheißenen Maßnahme ihrer Politik ein Bein stellen, sondern es hieß die Partei sprengen und sich zu der austretenden oder ausgestoßenen Minorität gesellen.

Nicht nur die ganz unverfälschten Demagogen und die ganz prinzipienlosen Egoisten unter den demokratischen Politikern konnten sich zu einem so großen Opfer nicht verstehen. Noch lagen das Denken und das Empfinden zu fest in den alten Parteibanden, noch wurde das Wesen des Streites zu wenig verstanden, noch erschien die Erhaltung des lieben Friedens zu wichtig, noch ließ sich zu viel für die Vertagung der Entscheidung sagen, als daß nicht auch bessere Elemente, bei denen der Demagogie und der Geschicklichkeit in der handwerksmäßigen politischen Mache ein wenig staatsmännische Begabung und dem eigensüchtigen Ehrgeiz wahrer Patriotismus beigemischt war, angstvoll nach einem Ausweg gesucht hätten. „Das Wilmot-Proviso", schrieb Cass am 19. Februar 1847, „wird vom Senat nicht angenommen werden. Es würde der Tod des Krieges — der Tod aller Hoffnungen auch nur einen Acker Land zu erhalten — der Tod der Administration und der Tod der demokratischen Partei sein"[1]). Derselbe Cass hatte im August 1846 lebhaft bedauert, daß die unzeitgemäße lange Rede von Davis ihn gehindert habe, sein Votum für das Proviso abzugeben; einige Monate später hatte er es für inopportun gehalten, gerade jetzt mit dem Proviso zu kommen, aber noch immer versichert, daß man auf sein Votum zählen dürfe[2]); dann hatte er dagegen gestimmt und gemeint, es sei Zeit genug,

[1]) Jay, Review of the Mexican War. p. 190.

[2]) Rathbun von New York in der Utica Konvention, 16. Febr. 1848. Gardiner, The Great Issue. p. 94.

die Frage zu entscheiden, wenn man die Territorien erst habe[1]); und endlich erklärte er das Proviso für unzweifelhaft verfassungswidrig[2]).

Es war den Gegnern wohl nicht zu verübeln, wenn sie glaubten, daß solche Verwandlungen häßlicher Raupen in farbenprächtige Schmetterlinge in einem ursächlichen Zusammenhange mit dem Wunsche ständen, vor den Augen des Südens Gnade zu finden. Doch auch wenn es nur zur Rettung des Vaterlandes geschah, war es gewiß hart in so kurzer Zeit so viele Häutungen vornehmen zu müssen. Immerhin aber war es doch leichter, als von heute auf morgen die ganze Metamorphose zu vollziehen. Hätte der Süden das verlangt, so wäre vermuthlich die Krisis viel heftiger gewesen, aber auch schneller verlaufen. Allein er ließ den vom rechten Wege Abgeirrten Zeit, sich wieder auf denselben zurückzufinden. Sie durften das Wilmot-Proviso fallen lassen, ohne ausdrücklich zu sagen, daß sie es fallen ließen. Es wurde nicht verworfen, sondern es wurde nur nicht passirt, d. h. die Drei-Millionen-Bill wurde ohne das Proviso passirt. Im Senat wurde es allerdings am 1. März mit 31 gegen 21 Stimmen beseitigt[3]), aber nach der offiziellen Interpretation bedeutete das nur, daß es nicht an diese Bill gehängt werden solle. Dickinson rechtfertigte sein Votum gegen das Proviso damit, daß ja nach den Resolutionen der Legislatur von New York nur dann diese „fundamentale Bedingung" festgesetzt werden solle, wenn Gebietserwerbungen gemacht würden; in der Drei-Millionen-Bill würden aber keine Gebietserwerbungen gemacht und daher brauche sie nicht durch ein solches Anhängsel beschwert zu werden[4]). Ließen sich seine Konstituenten mit diesem groben Sophismus abfinden, so hatte sich der Wind schon gar sehr gedreht. Indem der Senat das gegen Gebietserwerbungen gerichtete Amendement Berrien's mit 29 gegen 24 Stimmen verwarf[5]), erklärte er durch ein förmliches Votum, daß in dem Frieden, dessen Abschluß durch die Bill gefördert werden sollte, Landeserwerbungen zu machen seien.

In dieser Gestalt kam die Bill an das Haus zurück, von dem das (Wilmot)-Proviso[6]) mit 115 gegen 106 Stimmen angenommen worden war. Als Wilmot dasselbe jetzt wiederum beantragte, wurde es von

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. p. 549.
[2]) ib. 31th Congr., 1st Sess. p. 398.
[3]) ib. 29th Congr., 2d Sess. p. 555.
[4]) ib. pp. 553, 554.
[5]) ib. p. 545.
[6]) Von Hamlin am 15. Febr. beantragt.

dem Ausschuß des Ganzen mit 90 gegen 80 Stimmen angenommen, von dem Hause aber mit 102 gegen 97 Stimmen verworfen und dann die Bill mit 115 gegen 81 Stimmen passirt[1]). Bei dem letzten Votum über das Proviso hatten sich mithin von denen, die ursprünglich dafür gestimmt hatten, 22 absentirt und 6 waren in das gegnerische Lager übergegangen[2]).

Das war die einzige bedeutsame Frucht dieser Session: die Frage war entschieden, daß in dem Frieden Territorialerwerbungen gemacht werden sollten, aber die Entscheidung der anderen Frage, wie über dieselben hinsichtlich der Sklaverei disponirt werden solle, resp. müsse, war vertagt. Der 29. Kongreß hatte beschlossen den Streit, unter dem die Basen der Union zu beben begonnen, dem 30. Kongreß als seine Erblassenschaft zu übermachen. Würde die Zeit die Leidenschaften abkühlen, oder noch heftiger erregen? Ausweichen konnte man nicht mehr dem Felsen, an dem nach Jefferson's prophetischem Wort das Schiff der Union zerschellen mußte. Calhoun's „Abstraktionen" waren furchtbare Realitäten geworden, um die der Kampf forttoben mußte, bis eine Entscheidung gefallen war.

Webster wälzte die ganze Verantwortlichkeit dafür auf die elf nordstaatlichen Senatoren, die gegen Berrien's Amendement gestimmt hatten. Wenn sie sich den Whigs angeschlossen hätten, so wäre der innere Frieden auf Felsengrund aufgerichtet worden, denn man würde ein Votum von so überwältigender Majorität gegen alle Landerwerbungen als eine bleibende Entscheidung angesehen haben und damit wäre der Erisapfel aus der Welt geschafft worden[3]).

Worte goldener Weisheit, sagte mancher gute Patriot. Ein Beweis, daß dieses scheinendste Licht Neu Englands nicht für Zeiten gemacht war, „in denen die Herzen der Menschen bis auf den Grund geprüft werden", lautet das Urtheil der Geschichte. Die demokratische Republik sollte freiwillig für immer auf alle weiteren Landerwerbungen verzichten,

[1]) Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. p. 573.

[2]) Zu den Ueberläufern gehörte Woodworth von New York, der sich damit zu rechtfertigen suchte, daß ja sogar die N. Y. Tribune den Whigs gerathen habe, im äußersten Falle auch ohne das Proviso für die Bill zu stimmen, weil: „it was a plank to drowning men." Außerdem enthalte das Proviso „a principle so deeply rooted among the free States as to require no such expression." ib. Append. p. 439. So wurde das von Adams in gutem Glauben ausgesprochene Wort der gefälschte Paß, mit dem die Mattherzigen ihre Fahnenflucht bewerkstelligten.

[3]) Works, V. pp. 258 ff.

um nicht entscheiden zu müssen, ob sie der Freiheit oder der Sklaverei gehören sollten! Der Wunderstaat der westlichen Hemisphäre sollte einem wesentlichen Theil seiner weltgeschichtlichen Mission entsagen, weil er in Stücke zu gehen fürchtete, wenn er dem Veto der Sklavokratie Trotz zu bieten wagte! Kennt die ganze Geschichte ein Volk, das in so entwürdigender Weise vor aller Welt sich politisch und sittlich impotent deklarirt hätte?[1] Und das muthete man diesem Volke zu, dessen Selbstvertrauen groß genug, um den Bau eines Weges in den Olymp oder in den Hades zu unternehmen, wenn es seine Rechnung dabei zu finden glaubte! Mit Recht sagte Webster: „Wir scheinen mir mit weit offenen Augen tolldreist in Gefahren zu stürmen"[2]. Aber es war nicht allein zügellose Größensucht, die zu dem Entschlusse trieb, mit verbrecherischer Frivolität es der Zukunft überlassend, wie sie sich mit den nächsten verderbendrohenden Konsequenzen des Schrittes abfinden könne. Es kamen darin auch der richtige Gedanke und das richtige Gefühl zum Ausdruck, daß das Interesse der Republik, das die Politik zu bestimmen habe, zunächst an sich festgestellt werden müsse und erst in zweiter Stelle unter dem Gesichtswinkel des sektionellen Haders geprüft werden dürfe. Und es sprach sich darin ferner die Ueberzeugung aus, daß die Union bereits stark genug sei, um auch diesen Sturm überstehen zu können. War diese Ueberzeugung aber richtig, dann hatte der Süden, der vornehmlich die Verantwortlichkeit für die Ergebnisse der Session trug, nur sich selbst einen weiteren Schlag versetzt, auch wenn der Kampf um die eroberten Gebiete in einer neuen Niederlage des Nordens endigte. Die Union war gefestigt, denn das Interesse an ihrer Erhaltung war größer geworden und da endlich doch der Tag kommen mußte, an dem der Süden sie zu brechen versuchte, wurde mit jeder Kräftigung der Union ein neues und schweres Geschütz gegen die Zwingburg der Sklavokratie aufgefahren.

---

[1]) Die Washington Union schrieb: „To refuse all acquisition of territory from Mexico . . . would be worse than folly. It would be a confession of the weakness of our political institutions. It would both be a treacherous sacrifice to the spirit of abolitionism, and would manifest a cowardly fear of the strength of our government." Niles' Reg. LXXII. p. 407.

[2]) Works, V, p. 261.

Zwölftes Kapitel.

Fortgang und Ende des mexicanischen Krieges.

Polk hatte gewiß mit Ungeduld das Ende des 29. Kongresses herbeigesehnt, obwohl er von dem Nachfolger desselben nicht die gleiche Willfährigkeit erwarten durfte. Die nächsten neun Monate lag die mexicanische Frage ausschließlich in seinen Händen, falls er nicht selbst für gut oder nothwendig hielt, die Gesetzgeber schon früher wieder nach Washington zu entbieten. Die Zeit war lang genug um hoffen zu dürfen, daß man beim Ablaufe derselben dem Senat einen Friedensvertrag werde vorlegen können, auf dessen Annahme mit Sicherheit zu rechnen wäre, wenn er auch zu mancherlei Ausstellungen Anlaß geben mochte. Wenn sich diese Hoffnung verwirklichte, so konnte der Präsident von seinem Standpunkte aus ruhig dem Augenblick entgegensehen, da mit der Eröffnung des 30. Kongresses die hochaufgestaute Fluth von Kritiken und Denunziationen sich über seine mexicanische Politik ergoß.

Die Truppen lösten ihren Theil der Aufgabe über Erwarten gut. Das reiche Lob, das ihrer Mannszucht und Humanität von den Wortführern der demokratischen Partei bis zu dem Präsidenten hinauf gespendet wurde, war freilich keineswegs durchweg verdient. Die amtlichen und privaten Korrespondenzen der Offiziere liefern reichliche Beweise dafür. Ein Heer, das zum so großen Theile aus Freiwilligenregimentern besteht, wird sich in diesen Hinsichten sehr selten und nie in einem Eroberungskriege auszeichnen, der vorwiegend nur junge Ehrgeizige, Abenteuerjäger und arbeitsscheue Raufluſtige unter die Fahnen lockt. Es mag in einem wirklichen Volkskriege geschehen, der den Patriotismus

zur höchsten Gluth anfacht und die Besten des Volkes aus allen seinen sozialen Schichten der Trommel folgen läßt, auch dann aber nur wenn der Krieg lange genug dauert, um das bewaffnete Volk in eine Armee zu verwandeln. Der mexicanische Krieg war jedoch nur ein Krieg der Politiker und weiter der Offiziere, dem das Volk allerdings mit lebhafter Spannung folgte, aber im Grunde doch nur im Geiste des am Gange und namentlich an dem Resultate des blutigen Spieles persönlich interessirten Zuschauers. Dazu saß der Zuschauer so weit von der Bühne ab, daß er unmöglich alle Einzelheiten genau verfolgen konnte. In dem weiten, dünn besiedelten Feindeslande, das nur in sehr geringer und schwacher Verbindung mit der übrigen Kulturwelt stand, waren die Truppen vollständig der gewohnten Kontrole der unmittelbar beobachtenden und täglich zu Gericht sitzenden öffentlichen Meinung entrückt, die in den Vereinigten Staaten den nicht immer zureichenden, aber doch stärksten Zügel bildet. Dem Uebermuth des Siegers traten auf Schritt und Tritt die stärksten Versuchungen entgegen, mancherlei Provokationen reizten zu maßloser Wiedervergeltung und hinsichtlich der Humanität hatten die Freiwilligen nicht immer das beste Vorbild an den Soldaten der regulären Armee, da diese geworbene Leute und meist in den halbziviliſirten Grenzgebieten stationirt sind. Unter diesen Umständen ist es nur zu verwundern, daß die Gegner des Krieges nicht eine sehr viel längere Liste von Zügellosigkeiten, Grausamkeiten und Ungeheuerlichkeiten aller Art aufzustellen hatten und zu glühenden Schilderungen der in der Natur des Krieges gegebenen Greuel ihre Zuflucht nehmen mußten, um hinlängliches Material für ihre Buß- und Strafreden zu haben. Und es ist um so mehr zu verwundern, als in dem, was das A und das O jeder Armee sein muß, gerade die höchsten Offiziere ihren Untergebenen durchaus nicht leuchtende Vorbilder waren. Die beiden Feldherren lagen in ewigem Hader mit ihren Vorgesetzten in Washington. Sie klagten nicht allein, sondern sie beschuldigten, — kritisirten nicht nur, sondern sie forderten Rechenschaft, — sie fühlten sich nicht nur sträflich vernachlässigt, sondern sie glaubten sich absichtlich geopfert. Scott, der durch ein Uebermaß von Eitelkeit die größere militärische Rauhheit und den etwas engeren Blick Taylor's mehr als aufwog, verwickelte sich außerdem mit seinen Unterbefehlshabern in die unerquicklichsten und zum Theil geradezu widerwärtige Zänkereien, die zu langen kriegsgerichtlichen Verhandlungen führten.

Aus diesen Andeutungen erhellt zur Genüge, daß der mexicanische Krieg einige der schwächsten Punkte in der Wehrkraft und Wehrfähig-

keit der Vereinigten Staaten sehr deutlich zu Tage legte[1]). Trotzdem dankten die Amerikaner ihre ununterbrochenen glänzenden Erfolge nicht etwa nur der Schwäche des Feindes. Der Lorbeer, den sie auf den zahlreichen blutigen Schlachtfeldern in reichen Mengen brachen, war wohl verdient. Bei manchen Fehlern und Versehen, die von den militärischen Schriftstellern ihres eigenen Volkes gebührend gewürdigt worden sind, bewährten sich die beiden Feldherren und die anderen Generale als tüchtig geschulte und fähige Führer. Die Offiziere der mittleren und niederen Grade waren ihren kleineren Aufgaben im Allgemeinen noch besser gewachsen. Die Mannschaften leisteten Außerordentliches in Ausdauer und zäher Tapferkeit und die ungeschulten Freiwilligen standen, mit wenigen Ausnahmen, im heißesten Feuer so fest wie Veteranen. Das Bewußtsein der individuellen Ueberlegenheit war so groß, daß ihnen bald keine Anforderung mehr zu hoch erschien und immer zwangen sie das Glück ihrer Fahne treu zu bleiben. Die Pausen in dem Siegeslaufe wurden nicht durch ihre geringe Zahl oder ihre Erschöpfung veranlaßt, sondern die Diplomatie der Regierung und der Generale war verantwortlich für dieselben.

Taylor schloß die erste Periode des Krieges und brach breite Bahn für die zweite durch seinen Defensivsieg bei Buena Vista am 22. und 23. Februar 1847. Santa Anna hatte sich mit einer ungeheuer überlegenen Streitmacht, die seine bewundernswerthe Energie mit großer Anstrengung zusammengebracht hatte, auf ihn geworfen, um durch einen für unzweifelhaft gehaltenen Sieg die Mexicaner zu enthusiasmiren und zu einer der Gefahr entsprechenden Kraftanstrengung aufzustacheln. Taylor aber schickte ihn so blutig heim, daß es schon an sich eine anerkennenswerthe Leistung war, ihn (Santa Anna) sobald wieder Scott entgegentreten zu sehen, der inzwischen von Vera Cruz aus den entscheidenden Feldzug eröffnet hatte.

Am 29. März waren Vera Cruz und San Juan d'Ulloa gefallen. Buchanan hoffte, daß der Tag von Buena Vista und dieser neue Schlag den Stolz Mexico's gebrochen haben würde. Monasterio hatte am 22. Februar auf seine Friedensanerbietungen vom 18. Februar geantwortet, Mexico müsse die Aufhebung der Blockade seiner Häfen und die vollständige Räumung seines Territoriums zur Vorbedingung irgend

[1]) Dem Bürgerkriege blieb es vorbehalten, die der demokratischen Republik mehr oder minder eigenthümlichen Momente der Stärke in ihrer ganzen Großartigkeit zu zeigen. In dem mexikanischen Kriege findet sich von diesen nichts oder so gut wie nichts, so erfolgreich er auch geführt wurde.

welcher Unterhandlungen machen [1]). Buchanan entgegnete darauf am 15. April, daß der Präsident das Anerbieten zu unterhandeln nicht erneuern werde, bis er erwarten dürfe, daß es angenommen werden würde. Dabei kündigte er jedoch an, daß N. P. Trist, der erste Sekretär des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten (chief clerk of the Department of State) in das Hauptquartier Scott's geschickt werden würde, um etwaige Offerten Mexico's entgegenzunehmen und bevollmächtigt wäre einen Frieden zu schließen [2]). An demselben Tage erhielt Trist seine Instruktionen [3]). Der grundliegende Gedanke des denselben beigelegten Friedensprojektes war die Abtretung New Mexico's und der beiden Californias an die Vereinigten Staaten und die Bewilligung des Wegerechtes durch den Isthmus von Tehuantepec gegen Uebernahme der öfters erwähnten Schuldverpflichtungen Mexico's und Zahlung einer Kauf- oder Entschädigungssumme bis zu dreißig Millionen Dollars. Die Erwerbung von Nieder-California und das Wegerecht waren für wünschenswerth aber nicht unerläßlich erklärt. Je nach dem, was hinsichtlich dieser beiden Punkte von Mexico erlangt werden könne, solle das Maximum der zu zahlenden Summe auf 25, 20 oder 15 Millionen Dollars herabgesetzt werden. Die Abtretung von New Mexico und Ober-California aber werden als „conditio sine qua non" und als „Ultimatum" bezeichnet.

Ehe Trist an seinem Bestimmungsort anlangte, hatten die Mexicaner eine neue schwere Niederlage erlitten. Scott hatte seinen Marsch in das Innere angetreten und am 18. und 19. April bei Cerro Gordo einen glänzenden Sieg erfochten. Am 7. Mai empfing er in Jalapa die Depesche, deren Ueberbringer Trist war und erst am 12. Juni wurde von Puebla aus die mexicanische Regierung von der Ankunft des Bevollmächtigten in Kenntniß gesetzt. Die Mexicaner hatten mithin jetzt offenbar weit mehr Grund als zwei Monate zuvor die Fortführung des Krieges für hoffnungslos zu halten und dennoch beeilten sie sich keineswegs die dargebotene Hand zu ergreifen. Im Weißen Hause mußte in der That eine sehr sanguinische Stimmung geherrscht haben, daß man sich trotz der mehr als thörichten Antwort Monasterio's vom 22. Februar dem Wahne hatte hingeben können, die bitteren Erfahrungen von Buena Vista und Vera Cruz würden im Stande sein, die Mexicaner zu einer kühlen Realpolitik zu bekehren. Erst nachdem die Amerikaner

[1]) Exec. Doc., 30th Congr., 1st Sess., No. I. p. 37.

[2]) ib. pp. 38—40.

[3]) Exec. Doc. 30th Congr., 1st Sess., No. 69. pp. 43—51.

bei Contreras (19. August) und Churubusco (20. August) nach langem blutigem Ringen abermals das Feld behauptet hatten und es Santa Anna gelungen war, Scott zu einem Waffenstillstande (23. August) zu verlocken, der ihm die Möglichkeit gab, einige Vorkehrungen zur Vertheidigung der nunmehr ernstlich bedrohten Hauptstadt zu treffen, konnte die Diplomatie wieder zu Wort kommen. Und auch dann zeigte es sich gleich, daß, wie Polk sich allzu milde ausdrückte, „zu viel Grund sei zu glauben", daß die Unterhandlungen seitens Mexicos „unaufrichtig" waren [1]). Buchanan sagte schärfer aber richtiger, die von Mexico vorgeschlagenen Friedensbedingungen seien „eitel Hohn" [2]). Die Abtretung von Ober-California bis 37° n. Br. war das einzige Opfer, das Mexico bringen wollte. Dagegen schwieg es sich über seine alten Schulden aus und forderte Entschädigung für seine Bürger und Rückgabe des Gebietes zwischen Nueces und Rio Grande. Trist erhielt Befehl nach Washington zurückzukehren und als seine eigenen Berichte die anfänglich für eine böswillige Erfindung gehaltene Nachricht bestätigten, daß er versprochen hatte, ein Friedensprojekt mit der letztgenannten Bedingung seiner Regierung zu übermitteln und Scott zu ersuchen, bis zum Eintreffen der Antwort den Waffenstillstand fortdauern zu lassen, da wurde am 25. Oktober der Abberufungsbefehl unter lebhaften Aeußerungen der Unzufriedenheit wiederholt.

Das Entgegenkommen Trist's gerade in diesem Punkte mußte allerdings höchlichst befremden, da ja die Besetzung dieses „Theiles von Texas" zum Kriege geführt hatte und nach Polk die „Vertheidigung" desselben seine gebieterische Pflicht gewesen war. In noch viel eigenthümlicherem Lichte erscheint es aber, wenn man ihm das schroffe Zurückweisen des anderen Wunsches von Mexico, daß die abzutretenden Gebiete gegen die Einführung der Sklaverei sichergestellt würden, an die Seite stellt. Er erklärte jede Erwähnung dieser Frage in einem Friedensvertrage für unmöglich und versicherte, daß, wenn man ihm unter dieser Bedingung ein Gebiet von dem zehnfachen Werth und einen Fuß hoch mit Gold bedeckt anböte, er nicht daran denken könnte, den Vorschlag auch nur nach Washington zu melden [3]). Der Präsident und

---

[1]) Statesm.'s Man., III. p. 1658.

[2]) „a mere mockery". Mr. Buchanan to Mr. Trist, Oct. 6, 1847. Exec. Doc., 30th Congr, 1st Sess., No. 69. p. 54.

[3]) N. P. Trist to J. Buchanan, Tacubaya, Sept. 4, 1847. „Among the points which came under discussion was the exclusion of slavery from all territory which should pass from Mexico. In the course of their (der Kom-

Buchanan ſcheinen dieſe Anſicht vollkommen getheilt zu haben; ich finde wenigſtens in der amtlichen Korreſpondenz nicht die leiſeſte Rüge wegen ſeines Verhaltens gegenüber jenem Anſinnen der mexicaniſchen Unterhändler.

Scott waren nach und nach die Augen darüber aufgegangen, daß er mit der Konvention vom 23. Auguſt einen Handel abgeſchloſſen habe, bei dem nur die Mexicaner ihre Rechnung fänden. Sobald Triſt mit der Zurückweiſung des mexicaniſchen Gegenprojektes die Unterhandlungen abgebrochen hatte, kündigte er daher den Waffenſtillſtand. Schon am 8. September erfocht er einen neuen Sieg bei Molino del Rey, am 13. wurde Chapultepec erſtürmt und am 14. Mexico ſelbſt genommen.

So weit waren die Ereigniſſe, die ſich in Mexico abſpielten, in Waſhington bekannt, als dort der 30. Kongreß zu ſeiner erſten Seſſion zuſammentrat. Die Armee hatte die enthuſiaſtiſchſten Hoffnungen erfüllt und dennoch konnte der Präſident den Kongreß nicht ſo begrüßen, wie er erwartet hatte. Die Botſchaft hatte nicht den hellen, ſiegesfrohen Klang, den man hätte erwarten ſollen, wenn man lediglich die Größe der militäriſchen Erfolge ins Auge faßte. Polk war noch immer nicht ganz über das Stadium hinausgelangt, da er es für nothwendig hielt,

---

miſſäre) remarks on the subject I was told that if it were proposed to the people of the United States to part with a portion of their territory, in order that the inquisition should be therein established, the proposal could not excite stronger feelings of abhorrence than those awakened in Mexico by the prospect of the introduction of slavery in any territory parted with by her. Our conversation on this topic was perfectly frank, and no less friendly; and the more effective upon their minds, inasmuch as I was enabled to say with perfect security, that although their impressions respecting the practical fact of slavery, as it existed in the United States, were, I had no doubt, entirely erroneous; yet there was probably no difference between my individual views and sentiments on slavery, considered in itself, and those which they entertained. I concluded by assuring them that the bare mention of the subject in any treaty to which the United States were a party, was an absolute impossibility; that no President of the United States would dare to present any such treaty to the Senate; and that if it were in their power to offer me the whole territory described in our projet (sic), increased tenfold in value, and, in addition to that, covered a foot thick all over with pure gold, upon the single condition that slavery should be excluded therefrom, I could not entertain the offer for a moment, nor think even of communicating it to Washington. The matter ended in their being fully satisfied that this topic was one not to be touched." Sen. Doc., 30th Congr., 1st Sess., Vol. VII, No. 52. p. 199.

sich und seine Politik zu vertheidigen und über das Geschehene wie über das künftighin einzuhaltende Verfahren breit zu argumentiren.

Zum Theil war das unstreitig dem zuzuschreiben, daß die Whigs jetzt im Repräsentantenhause die Majorität hatten. Freilich war diese Majorität sehr klein. Winthrop von Massachusetts war mit nur 110 von 218 Stimmen zum Sprecher erwählt worden [1]). Sehr anders aber nahm sich das Bild allerdings aus, wenn man den 30. Kongreß mit dem 29. verglich. In diesem hatten die Demokraten 142 und die Whigs nur 75 Sitze gehabt [2]), während jetzt 116 Whigs gegen 108 Demokraten standen [3]). Und beide Momente mußten gleich sehr berücksichtigt werden, wenn man aus dem Verhältniß der Parteien zu einander einen richtigen Schluß auf die augenblickliche Situation ziehen wollte. Die Administrationspartei war trotz des Glückes, mit dem der Krieg von Anfang an geführt worden war, aus einer überwältigenden Majorität zur Minorität geworden — eine Thatsache, die, sobald sie auch der Vergessenheit anheimgefallen ist, doch zu den rühmlichsten Zeugnissen für den gesunden und ehrenhaften Sinn des amerikanischen Volkes gehört. Die Kongreßwahlen waren ein emphatisches Verdammungsurtheil über das hinterhaltige, unwahre und intriguengesättigte Wesen gewesen, das die ganze auswärtige Politik der Administration charakterisirt hatte. Es war selbstverständlich, daß dieser Stimmung auch von dem Kongreß scharfer Ausdruck gegeben werden würde. Das Einsetzen von provisorischen Regierungen in einem Theile der eroberten Gebiete und das Auferlegen von Kontributionen in den anderen gab zu schwerwiegenden Anklagen Anlaß. Polk glaubte dieselben kurzer Hand mit der gar nicht angefochtenen Behauptung zurückweisen zu können, daß dieses wie jenes völkerrechtliche Befugnisse des Siegers seien. Man bestritt nicht einmal, daß ihm als dem Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht die Ausübung dieser Befugnisse zustehe. Aber eine sehr andere Frage war es, ob er das Recht gehabt habe, sie in der Ausdehnung und in der Weise auszuüben, wie er es gethan hatte. Man warf ihm nicht vor, daß er Mexico gegenüber aus den Grenzen des Völkerrechtes getreten sei, sondern man klagte ihn an, daß er sich Uebergriffe in die verfassungsmäßige Kompetenz des Kongresses erlaubt habe. Ob und wie weit dieser Vorwurf begründet war, ist für die allgemeine Ver-

[1]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 2.
[2]) Dazu 6 Natives und 3 Vakanzen. Herbst 1846.
[3]) Dazu 4 Unabhängige.

fassungsgeschichte von zu geringem Belang, um hier auf die Erörterung dieses Paragraphen aus dem schwierigen und noch sehr dunkelen Kapitel über die „Kriegsrechte" des Präsidenten eingehen zu können. Ich muß mich darauf beschränken, meine persönliche Ansicht dahin auszusprechen, daß hinsichtlich einiger Punkte die Argumente der Whigs unwiderleglich waren, im Allgemeinen sie aber viel zu viel beweisen wollten, weil es ihnen in erster Linie nicht darauf ankam, die Verfassung unverletzt zu erhalten, sondern möglichst viel Parteikapital zu schlagen [1]). Passirte doch das Repräsentantenhaus sogar (31. Januar) eine Resolution; die Polk bezichtigte den Krieg unnöthiger und verfassungswidriger Weise begonnen zu haben und doch fanden sich unter der Majorität die Namen einer ganzen Anzahl von Herren, die als Mitglieder des vorigen Kongresses für die Kriegsbill mit ihren lügnerischen Einleitungsworten gestimmt hatten.

Allein das waren Nadelstiche, die wohl reizten und einen Augenblick weh thaten, aber keine Folgen von Belang haben konnten. Daß die Whigs ihm wirklich die Arme hinsichtlich des Krieges binden würden, hatte Polk nicht zu besorgen, wenn auch seine Partisanen sich nicht mehr der Schnellpost der Vorfrage bedienen konnten, sondern es sich saure Arbeit kosten lassen mußten, seine Forderungen durchzusetzen. Die Majorität der Whigs war zu klein, als daß sie es hätten wagen dürfen, die Verantwortung für die geringste Lähmung der Operationen auf dem Kriegstheater zu übernehmen. Ueberdieß lagen die Wünsche eines beträchtlichen Theiles von ihnen keineswegs nach dieser Richtung hin. Es war ihnen ganz recht gewesen, ihr Gewissen durch die erwähnte Resolution salviren zu können, aber sie hätten jetzt so wenig wie die

---

[1]) Die Momente, die hinsichtlich der provisorischen Regierungen vornehmlich zu beanstanden waren, sind schon früher kurz angedeutet worden. Wie weit Polk den Begriff der „Kontributionen" faßte, mag die folgende Stelle aus dem Berichte des Schatzamtssekretäres Walker zeigen. „These contributions consist ... second, by duties upon imports, as a military contribution; third, by enforcing the Mexican duties upon exports; fourth, by directing the seizure and appropriation to the support of the war and the army of all the internal revenues of Mexico, except transit duties, whether assessed by the General Government of Mexico or any department, city, or town thereof." Die Whigs sagten daher, der Präsident habe nicht nur die Generale Kontributionen eintreiben lassen, sondern er habe Steuern ausgeschrieben und erhoben, wozu er in Mexico ebenso wenig befugt sei wie in den Ver. Staaten selbst, und er habe den Ertrag dieser Steuern ohne Appropriation und ohne irgend welche Kontrole des Kongresses verwendet, wozu er vollends kein Recht gehabt habe.

landsüchtigsten Demokraten New Mexico und California wieder fahren gelassen [1]), und sie waren um so weniger gewillt, sich dem Vorwurf des Mangels an Patriotismus auszusetzen, als sie erwarteten, daß ihre Partei mit Hilfe des Krieges wiederum in den Besitz des Weißen Hauses gelangen werde. Für die Durchführung des grundliegenden Gedankens seiner mexicanischen Politik gebot Polk also nach wie vor über eine verlässige Majorität, wenn auch ein Theil derselben die Uniform des gegnerischen Lagers trug und nur mit meuternden Zungen Heeresfolge leistete. Hinsichtlich dieser Grundfrage bildeten nicht die Demokraten, sondern diejenigen Whigs die Minorität des Repräsentantenhauses, die noch immer nichts von Landerwerbungen wissen wollten und die Beendigung des Krieges auf irgend eine andere Weise für wünschenswerth und möglich hielten.

Der Umschwung in den Parteiverhältnissen war daher der Administration viel mehr leidig und lästig als gefährlich. Ein anderes Moment lastete ungleich schwerer auf ihr. Das Sternenbanner wehte jetzt von den „Hallen der Montezumas" und doch war Polk jetzt weniger zuversichtlich als nach den ersten Wochen des Krieges, daß Mexico sein Ultimatum annehmen werde, das für ihn selbst mit jedem Siege mehr zu einer zwingenden conditio sine qua non geworden war. Wenn Mexico aber auch jetzt noch halsstarrig blieb, was dann? Obwohl es keine Armee mehr aufzubringen vermochte, die auch nur hätte versuchen können, sich mit den Amerikanern im offenen Felde zu messen, gab doch schon die rein militärische Frage zu ernsten Sorgen Anlaß. Der Krieg hatte schon gegen hundert Millionen gekostet [2]), die Staatsschuld war um fast achtundzwanzig Millionen gewachsen, die Botschaft kündigte die Nothwendigkeit einer neuen Anleihe an und forderte außerdem einen Zoll auf Kaffee und Thee. Diese Lasten begannen das Volk zu verdrießen, und wenn keine glänzenden Siege mehr dagegen zu verzeichnen waren, so wurden sie sicher nicht mehr lange mit Gleichmuth ertragen. Wurde der Krieg fortgeführt, dann wurden aber vermuthlich die Mühen und Beschwerden der Truppen und die Kosten des Krieges in demselben Verhältniß größer, als die Erfolge kleiner und namentlich weniger in die Augen stechend werden mußten. Die Kleinheit der amerikanischen

[1]) Im Senat sagte Dayton: „If the question of no territory was to be made the test, there would be an end of the Whig party before the end of the year." Deb. of Congr., XVI. p. 186.

[2]) Jay, Review of the Mexican War. p. 241. Nach Stephens betrugen die Kriegskosten $ 120,000,000. Congr. Globe, 31th Congr., 1st Sess. p. 1189.

Armee hatte sich bereits wiederholt empfindlich fühlbar gemacht, und doch hatten Taylor wie Scott auf einer bestimmten Linie in geschlossener Masse operirt. Wenn man jetzt wider Willen immer weiter siegen und erobern mußte, so wurde eine stetig fortschreitende Zersplitterung der Kräfte unvermeidlich und mit jedem Schritt vorwärts verstrickte man sich tiefer in einen aufreibenden und resultatarmen Guerillakrieg. Obwohl ein mexicanisches Heer nicht mehr existirte, entsprach es daher doch ganz der Sachlage, daß Polk nicht eine Erleichterung der Militärlast in Aussicht stellte, sondern vielmehr die Vergrößerung der Armee um zehn Regimenter verlangte. Was sollte und konnte aber mit allen weiteren Anstrengungen und Opfern erzielt werden, da man ja schon seit Jahr und Tag in Händen hatte, was man behalten wollte? Die Ironie des Geschickes hatte es so gefügt, daß die nutzlose Unwahrheit, mit der Polk in den Krieg getreten war, zu bitterer Wahrheit geworden war und er jetzt wirklich einen großen Krieg lediglich zu dem Zwecke führen mußte, dem zu Boden geworfenen Feinde einen Friedensvertrag abzuzwingen. Und dabei war es keineswegs unmöglich, daß er sich immer weiter von seinem Ziele entfernte, je mehr er ihn zermalmte. Schon die Eroberung der Hauptstadt hatte zur vollständigen Auflösung der Regierung geführt, und Scott's gute Dienste waren erforderlich gewesen, wieder eine Art provisorische Regierung zu Stande zu bringen. Und die Sieger bedurften derselben mehr als die Besiegten, deren anarchische Gewohnheit gar nicht darin etwas so überaus Entsetzliches gesehen haben würde, daß jeder „Staat" und vielleicht gar jede Stadt sich eine Weile als ganz selbständiges und sich selbst genügendes politisches Gemeinwesen gebärdet hätte. Die weitere Niederwerfung Mexico's bedeutete Erhöhung der Anarchie, und wenn die Anarchie einen solchen Grad erreichte, daß „Regierung" und „Kongreß" Namen ohne jeden Inhalt wurden, dann war der Abschluß eines Friedensvertrages unmöglich geworden. Geschah das, sollte man dann etwa doch auf Calhoun's Rath zurückkommen und sich auf eine „Defensivlinie" zurückziehen und diese vertheidigen, bis einmal im Laufe der Zeiten ein nicht vorherzusehendes Etwas Mexico bestimmte, sie als Grenze anzuerkennen? Die Botschaft wandte sich mit Nachdruck gegen diesen Vorschlag und gewiß mit gutem Grund. Wollte man aber auch das nicht, dann blieb offenbar nur noch Eines übrig. Polk sprach es offen aus: dann müssen wir fortfahren, Mexico mit unseren Truppen besetzt zu halten[1]).

[1]) „With a people distracted and divided by contending factions, and a government subject to constant changes, by successive revolutions, the con-

Das war ein großes Wort. Polk hatte einst erklärt, die Natur der amerikanischen Institutionen biete der Welt eine vollkommene Sicherheit dafür, daß die Vereinigten Staaten nie Eroberungspolitik treiben würden. Trotz des Kommentares, den er selbst zu diesem Satze geliefert hatte, lag ein Korn bedeutungsvoller Wahrheit in demselben. Die Natur ihrer Institutionen verbot es den Vereinigten Staaten absolut, ein Reich von dem Umfange Mexico's längere Zeit mit der eisernen Faust des Eroberers gewaltsam niederzuhalten. Sehr bald wäre das dem Volke so sonnenklar geworden, daß es entweder die Urheber und Leiter des Krieges mit Schimpf und Schanden aus Amt und Würden gejagt und alle seine Friedensbedingungen auf das möglichst bescheidene Maß herabgesetzt hätte, oder es wäre zur förmlichen und vollständigen Einverleibung Mexico's in die Union geschritten. Letzteres wäre bei dem Charakter der mexicanischen Bevölkerung und der semitropischen Natur des Landes einfach Selbstmord gewesen. Ueber kurz oder lang hätten die freien Staaten, um sich ihre eigene Vitalität zu erhalten, zur Sprengung der Union schreiten müssen, und der Süden wäre unter dem kombinirten Einflusse der Sklaverei und mexicanischer Anarchie zu einem viel trostloseren Zerrbilde nicht nur einer Republik, sondern überhaupt eines Kulturstaates entartet, als Mexico allein es so lange Jahre hindurch dargeboten hat.

Der Sklavenhalter Polk hätte es natürlich nimmermehr wahr gehabt, daß das letzte Mittel, das er vorzuschlagen wußte, zu solchen

---

tinued successes of our arms may fail to secure a satisfactory peace. In such event, it may become proper for our commanding generals in the field to give encouragement and assurances of protection to the friends of peace in Mexico in the establishment and maintenance of a free republican government of their own choice, able and willing to conclude a peace which would be just to them, and secure to us the indemnity we demand. This may become the only mode of obtaining such a peace.... If, after affording this encouragement and protection, and after all the persevering and sincere efforts we have made, from the moment Mexico commenced the war, and prior to that time, to adjust our differences with her, we shall ultimately fail, then we shall have exhausted all honorable means in pursuit of peace, and must continue to occupy her country with our troops, taking the full measure of indemnity into our own hands, and must enforce the terms which our honor demands." Statesm.'s Man., III. pp. 1665, 1666. Buchanan entwickelte den gleichen Gedanken in einem Schreiben an ein Meeting in Philadelphia, aber kleidete das Schlußglied des Raisonnements in die bezeichnendere und ominösere Form: „then we must fulfil the destiny which Providence may have in store for both countries." Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., Append. p. 197.

Konsequenzen führen müßte, aber er verkannte nicht, daß es höchst bedenklich sei und wünschte daher sehr aufrichtig, daß man nicht zu ihm zu greifen hätte. Allein es zeigte sich jetzt, wie wenig die Amerikaner von Natur oder durch ihre Institutionen gegen die berauschenden Wirkungen von Pulverdampf und Blutgeruch gefeit sind. Hochstehende und angesehene Offiziere, wie General Quitman, drängten den Präsidenten, sich zur bleibenden militärischen Besetzung von Mexico zu entschließen[1]). Ein Mann von so bedeutendem Einflusse wie Cass redete offen der Eroberung von ganz Mexico das Wort, wenn er auch hinzusetzte, daß er nicht das ganze Land zu behalten wünsche[2]). Foote von Mississippi demonstrirte, daß die „Entnationalisirung" von Mexico durchaus nicht die von Calhoun behaupteten übelen Folgen haben werde, wenn man nur das Land eine Weile in dem vorbereitenden Territorialzustande lasse[3]). Dickinson von New York machte kurze Arbeit mit der Zunge und dehnte die Vereinigten Staaten gleich über ganz Nord-Amerika aus[4]). Wenn Senatoren von nationalem Ruf sich rückhaltlos in solchen Phantasien ergingen, so kann es nicht überraschen, daß Politiker dritten und vierten Grades und unverantwortliche „Staatsmänner" von der Presse alle nüchterne Ueberlegung in den Wind schlugen, und daß sich

[1]) „On his arrival at Washington Gen. Quitman urged upon the President and secretary of war the permanent military occupation of Mexico, and showed that it might be held without expense to the United States, and with but temporary opposition from the Mexican people." Claiborne, Life and Correspondence of J. A. Quitman, II. p. 7. Siehe auch seinen Brief vom 8. März 1848 an J. A. Knox von Virginia, ib. p. 14. — Ripley, The War with Mexico, II. p. 526, behauptet, ein Theil der Puros habe nur deswegen die rücksichtslose Fortführung des Krieges betrieben, um die Ver. Staaten zu zwingen ganz Mexico zu behalten. Hodgson, The cradle of the Confederacy. pp. 251, 252 sagt: „at least two-fifths of all the branches of government, including very nearly a majority of the members of Congress and the Executive, were anxious for annexation to the United States. Men in and out of office, of great influence, approached General Scott privately and offered to place at his disposal one million of dollars if he would remain and govern Mexico."

[2]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 215.

[3]) ib. Append. p. 128. „I feel bound to add, that without the Isthmus of Tehuantepec, which can never be fully and availably under our control, except as an incident to the annexation of Mexico low enough down to embrace it, we can hardly calculate upon retaining the permanent possession either of California or Oregon." ib. p. 129.

[4]) Bei einem Fest zur Feier des Jahrestages der Schlacht von New Orleans brachte er den Toast aus: „A more perfect Union, embracing the whole of the North American continent." ib. p. 120.

in den Massen eine ansehnliche Zahl von Ohren fand, die willig den Posaunentönen lauschte, mit denen Stumpredner den nationalen Hang zur Größensucht zu blinder Größenwuth aufzustacheln suchten[1]). Die Bewegung war stark genug, um die ernstesten Besorgnisse zu rechtfertigen. Man wollte wissen, daß die Frage der „Annexion en gros" bereits im Kabinet verhandelt werde und es der Maßnahme auch dort nicht an eifrigen Advokaten fehle[2]).

Unter diesen Umständen war es ein großes Glück für die Vereinigten Staaten, daß Trist sich einer ungeheuerlichen Insubordination schuldig machte, von der es schwer zu sagen ist, ob sie mehr auf Eitelkeit und naive Dreistigkeit oder auf einen einsichtsvollen und hochfliegenden Patriotismus zurückzuführen war, der auch vor der größten persönlichen Verantwortlichkeit nicht zurückscheut, wo es das Wohl des Staates gilt. Am 27. November meldete er Buchanan, daß er am 16. die Abberufungsbefehle vom 6. und 25. Oktober erhalten habe. Nachdem er die Vorwürfe des Staatssekretärs zu entkräften gesucht,

[1]) „There was, at that time (beim Beginn der Kongreßsession), a party scattered over every portion of the country in favor of conquering the whole of Mexico. To prove that such was the case, it is only necessary to refer to the proceedings of numerous large public meetings, to declarations repeatedly made in the public journals, and to the opinions expressed by officers of the army and individuals of standing and influence, to say nothing of declarations made here and in the other House of Congress." Calh.'s Works, IV. p. 429. Vergl. a. Colton, The last seven years of the life of H. Clay. p. 66.

[2]) Der Baltimore American schreibt schon im Oktober 1847: „There are indications of some significance, that the idea of occupying the whole of Mexico, with a view to its incorporation into the body of this republic, is entertained in high official quarters. The thing is intimated, with more or less distinctness, in letters from Washington; it is said that the President and his cabinet are, in fact, discussing the subject at this time; and that Mr. Walker is known to favor the plan of wholesale occupancy and annexation." Niles' Reg. LXXIII. p. 113. — Cabell sagte im Repräsentantenhause: „In most of the Democratic meetings throughout the country we find the idea of the acquisition of the whole of Mexico prominent. At the famous dinner in the 'temple of Democracy', in this city, in January last (1848), in which were convened the Vice-President of the U. St. and all the high priests of Democracy, this was the theme of discourse, and the sentiment was received with universal enthusiasm. We hear daily from distinguished Democratic Senators and members of this House that the absorption of Mexico is our 'inevitable destiny'. The cabalistic phrase of 'the whole or none' has been dropped, and they now 'go for all contiguous territory'. It is understood that the most talented and influential member of Mr. Polk's cabinet is an open advocate of this measure." Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 428.

kündigte er dann an, daß er der mexicanischen Regierung keine amtliche Mittheilung von seiner Abberufung gemacht habe, um die schwache Friedenspartei nicht vollends muthlos zu machen, aber die erste Gelegenheit, die ihm die Dispositionen Scott's darböten, benutzen werde, um nach Vera Cruz abzureisen. Am 4. Dezember aber schrieb er einem Freunde nach Queretaro, daß er sich soeben endgiltig entschlossen habe, auf seinem Posten zu bleiben und nur mit einem Friedensvertrage nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren, falls die mexicanische Regierung sich jetzt stark genug fühle, einen Vertrag auf Grundlage der zuerst von ihm vorgeschlagenen Grenzen zu schließen. Dieses Vorhaben führte er aus und am 2. Februar 1848 konnte er Buchanan melden, daß zu Guadalupe Hidalgo der Frieden unterzeichnet worden sei, der den Vereinigten Staaten New Mexico und Ober California gegen eine Zahlung von fünfzehn Millionen Dollars abtrat.

Obwohl Polk nicht verpflichtet war, dieses Instrument überhaupt als öffentliches Dokument anzuerkennen, schickte er es doch am 22. Februar dem Senat zu und forderte ihn zur Ratifikation auf. Den nächsten Tag — John Quincy Adams, den am 21. in seinem Sitze im Repräsentantenhause der Schlag gerührt hatte, verschied an demselben Tage im Zimmer des Sprechers — begann der Senat die Diskussion des Vertrages. Drei lange und bange Wochen verstrichen, ehe die Entscheidung fiel. Die Opposition gehörte beiden Parteien und allen den verschiedenen Sektionen des Landes an und wurde mithin auch durch die verschiedensten Motive bestimmt. Ein Theil der Whigs sträubte sich noch immer gegen jede Landerwerbung, und nur vier Stimmen fehlten ihnen zur Verwerfung des Artikels über die Abtretungen, wäre aber dieser Artikel verworfen worden, so hätte unstreitig die Majorität für die Ablehnung des ganzen Vertrages gestimmt. Und bei dem Schlußvotum (16. März) fehlten der Opposition gar nur drei Stimmen zum Siege[1]). Webster beklagte dieses Resultat um so bitterer, weil die drei und selbst die vier Stimmen von den Neu England Staaten hätten gestellt werden können. Die Whigs hatten Polk die glückliche Beilegung des Oregon-Streites ermöglicht und den Whigs hatte er jetzt die Beendigung des mexicanischen Krieges zu danken. Es wird nicht behauptet werden können, daß ihre Abstimmung in den beiden Fällen den gleichen Anspruch auf Anerkennung hatte, aber wer sein Urtheil mit Hilfe der Geschichte nicht nur der nächsten zwei, sondern der nächsten zwanzig

[1]) Webst.'s Works, II. pp. 266, 267.

und dreißig Jahre bilden kann, wird zugeben müssen, daß diejenigen einen weiteren Blick hatten oder von einem richtigeren Instinkt geleitet wurden, die den Ausschlag für die Beendigung des Krieges unter den gebotenen Bedingungen gaben. Der Staatsmann hat nicht mit dem Wünschenswerthen, sondern mit den harten Thatsachen zu rechnen. Webster's Politik hätte nicht zum Frieden ohne Landerwerbungen, sondern zur Fortführung des Krieges und dadurch zu ungleich größeren Annexionen, d. h. zu unabsehbarem Unheile geführt, obwohl, von einzelnen Politikern abgesehen, das schwindelnde Verlangen nach der Inkorporirung von ganz Mexico mit jedem Tage mehr verflog[1]). Frieden wollte die ungeheure Majorität des Volkes, aber selbstverständlich nicht einen Frieden ohne Entgelt. Was New Mexico und Ober California anlangte, waren die Ansichten, die schon im ersten Jahre des Krieges die unbedingt herrschenden gewesen waren, nur noch fester geworden, wenn man gleich um des lieben Friedens willen ganz bereit war, Mexico einen guten Preis für diese Gebiete zu zahlen, wie wenig sich das auch mit der Theorie von dem Ursprunge und Zwecke des Krieges zusammenreimen mochte. In diesem Sinne war das laute und allgemeine Geschrei nach Frieden[2]) zu verstehen, unter dessen Druck der Senat den Vertrag ratifizirte.

Blickt man aber nur auf die nächste Zukunft, wer könnte dann leugnen, daß Webster und seine Genossen weder von einem unpatriotischen engen Parteigeiste geleitet, noch von eitelen Wahngebilden geschreckt wurden. „Frieden, Frieden!" rief man fast wie aus Einem Munde, aber es tönte die Antwort des Bibelwortes zurück: „und ist doch kein Frieden!" Am 30. Mai wurden in Queretaro die Ratifikationen des Friedens ausgetauscht und den Tag vorher hatte eine Botschaft des Präsidenten durch die Aufforderung zur Errichtung einer Territorialregierung in Oregon das Signal zur Wiederaufnahme des wilden Kampfes um die Kriegsbeute gegeben.

[1]) „But I have no fear — none in the world — that we shall ever return to a 'vigorous prosecution of the war'. That day is gone. You cannot vitalize the policy. It is buried. The country would consider it the greatest misfortune that could befall us if we were to reopen and renew the Mexican war. The tide of public opinion is running with irresistible force against it." Calh.'s Works, IV. p. 442.

[2]) „I believe, Sir, that the press on all sides, with very few exceptions, perhaps, uniting for once, have for the last three weeks pressed the Senate, by their daily counsels and advice, to take the treaty, whatever it may be." Webst.'s Works, V. p. 266.

Dreizehntes Kapitel.

Der Kampf um Oregon und die Präsidentenwahl von 1848.

Die Vertreter des Westens hatten ihre Kollegen vom Süden „punischer Treue" angeklagt, weil sie, nachdem sie Texas erhalten hatten, nicht für die Behauptung von ganz Oregon eingestanden waren. Diese hatten sich entrüstet gegen den Vorwurf verwahrt, aber während der Protest über ihre Lippen ging, brachen sie hinsichtlich eines anderen Punktes den Pakt in viel gröblicherer Weise und ohne daß sie, wie in dem ersten Falle, sich auf eine politische Erwägung hätten berufen können, die in der That als maßgebend anerkannt werden mußte.

Der 29. Kongreß hatte in seiner letzten Session eine Bill über die Organisirung von Oregon als Territorium berathen. Das Repräsentantenhaus hatte die Bill passirt und mit 129 gegen 69 Stimmen beschlossen, daß, in Uebereinstimmung mit den von den Ansiedlern aus eigener Initiative votirten provisorischen Gesetzen, die Sklaverei im Territorium verboten sein solle. Der Ausschuß des Senates für Rechtsangelegenheiten, an den die Bill verwiesen worden war, beantragte diese Bestimmung zu streichen. Da dieser Antrag zu endlosen Unterhandlungen führen mußte, beschloß der Senat, die Bill auf den Tisch zu legen, und Oregon mochte ein weiteres Jahr zusehen, wie es sich selbst helfen könne. Benton behauptet, es habe das Calhoun zu danken gehabt, der der wahre Urheber des Amendements gewesen sei, während der Ausschuß für Rechtsangelegenheiten nur Wehmutterdienste geleistet habe[1]). Wie dem auch sein mochte, das Geschick der Bill im Senat war jedenfalls eine förmliche Ankündigung der Sklavokratie, daß sie

[1]) Th. H. Benton to the People of Oregon, March 1847. Niles' Reg., LXXII. p. 148.

nicht gesonnen sei, Oregon ohne Weiteres dem Norden als Entgelt für Texas zu überlassen.

Seitdem hatte sich nichts zugetragen, was den Süden hätte veranlassen können, aus taktischen Gründen seine Haltung zu ändern, und andere bestimmende Erwägungen gab es für ihn nicht, wo es das Interesse der Sklavenhalter galt. Als jetzt die Frage wieder zur Verhandlung kam, ließ er den Norden keinen Augenblick in Zweifel darüber, daß er zu ernstem Kampfe entschlossen sei und nicht ohne eine angemessene Entschädigung die Ansprüche fallen zu lassen gedenke, die er zu machen beliebte.

Benton, der das Wesen und die Tragweite der Sklavenfrage lange nicht so gut erkannte wie die Calhouniten und die aus dieser Schule hervorgegangenen jüngeren „Feuerfresser", aber gerade deswegen ein viel ehrlicherer Patriot und weit geneigter war, auch dem Norden sein Recht zu lassen, hatte das Jahr zuvor den Ansiedlern von Oregon hinsichtlich jenes Amendements des Ausschusses für Rechtsangelegenheiten geschrieben: „Oregon ist nicht der Zweck. Der wüthigste Sklavereipropagandist kann nicht erwarten, an den Ufern des Stillen Ozeans in der Breite von Wisconsin und des Waldsees (Lake of the Woods) die Sklaverei pflanzen zu können. Eine Agitation daheim für Wahlzwecke und um die Zerreißung der Union zu betreiben, das allein bezweckt man damit, daß man diese Feuerbrandfrage in Eure Bill hineinwirft." Dix bestritt jetzt, daß die klimatischen Verhältnisse allein eine absolute Garantie gegen die Einführung der Sklaverei seien und wies an der Hand der bisher gemachten Erfahrungen nach, daß Sklaven überall hingebracht würden, wo es nicht durch Gesetz verboten sei, so lange die Bevölkerung nicht eine gewisse Dichtigkeit erlangt habe[1]). Allein Benton's Behauptung galt fast für eine axiomatische Wahrheit, und der Süden bekannte auch ganz unverhohlen, daß er mit seiner „besonderen Institution" Oregon nie der freien Arbeit streitig machen werde oder könne, was unfraglich richtig war, wenn darunter verstanden wurde, daß die Sklaverei dort nie das maßgebende Interesse werden würde. Gerade dieses offene Geständniß bewies, daß es sich dem Süden keineswegs nur um eine Agitation zu Wahlzwecken, geschweige denn darum handelte, der Zerreißung der Union einen Schritt näher zu kommen.

Im Repräsentantenhause erklärten mehrere Abgeordnete des Südens, daß sie mit Rücksicht auf die Sklavenfrage die Organisirung Oregons

[1]) Speeches, I. p. 373.

als Territorium vertagt zu sehen wünschten; man solle sich für jetzt damit begnügen, den Ansiedlern Schutz gegen die Indianer zu gewähren. Das war, mit jenem Geständniß zusammengehalten, eine offenherzige Ankündigung, daß man Oregon benutzen wolle, um dem Norden einen Handel aufzuzwingen. Da der Süden dabei nur gezahlt hätte, was doch nie in seinen Besitz gelangen konnte, so mußte das Geschäft unter allen Umständen für ihn ein vortheilhaftes sein. Allein was er erlangen wollte, war so viel, daß er mit diesem Preise den Norden offenbar nimmermehr zu einem solchen „Kompromiß" hätte bewegen können. Die Radikalen hüteten sich daher wohl, direkt auf ein „Kompromiß" loszugehen. Obwohl sie so gut wie die Gemäßigten wußten, daß dieses das Aeußerste sei, was sich zur Zeit erreichen ließe, stellten sie doch schon die Bereitwilligkeit zu einem Handel irgend welcher Art als ein großes Zugeständniß hin, das sie ihrem unanzweifelbaren Rechte nur schwer und unter Gewissensbissen von ihrem uneigennützigen Patriotismus abdringen ließen. Um das Geschäft, um das es sich im Augenblick handelte, leichter und sicherer zum Abschluß zu bringen, und um sich die Zukunft zu sichern, proklamirten sie ein Prinzip, mit dem sie erklärten, stehen und fallen zu wollen. Gewiß, es galt nicht Oregon; es galt zunächst New Mexico und California, und es galt weiter alle die Landerwerbungen, die in Zukunft noch gemacht werden konnten.

Benton's triumphirende Freude darüber, daß Calhoun in der letzten Session seine Resolutionen nicht zur Diskussion aufgerufen hatte, war verfrüht und eitel gewesen. Jetzt bekannte sich eine starke Partei zu den Doktrinen jener Resolutionen und damit hatten sie an und für sich aufgehört „Abstraktionen" zu sein. Im Senat drehte sich der Streit um die 12. Sektion der Bill[1]), die mittelbar die Sklaverei verbot, indem sie den Einwohnern die einst dem Territorium Iowa gewährten „Rechte, Privilegien und Immunitäten" verlieh, zu denen die Ordinanz von 1787 gehörte, und weiter, indem sie die Giltigkeit der provisorischen Gesetze anerkannte, die ausdrücklich die Sklaverei untersagten. Da es keine Sklaven in Oregon gab, die Ansiedler nichts von der Sklaverei wissen wollten und endlich Oregon zur Zeit des Missouri Kompromisses den Vereinigten Staaten gehört hatte und seine südliche Grenze unter dem 42. Grad n. Br. lag, so hatte der Norden nach der bisherigen Geschichte der Territorialfrage hinsichtlich der Sklaverei erwarten dürfen, daß über diesen Punkt überhaupt kein Wort verloren werden würde.

[1]) Sie ist vollständig abgedruckt Deb. of Congr., XVI. p. 211.

Ehe aber noch irgend eine Bill eingebracht worden war, gleich nach Verlesung der Botschaft des Präsidenten, hatte Venable von North Carolina im Repräsentantenhause erklärt, er werde mit seinem Herzblut für die Vertheidigung des Prinzipes einstehen, daß die Bürger der Sklavenstaaten mit ihrem Eigenthum in das ganze Territorialgebiet der Union gehen dürften, wie es auch immer erworben sein möge, und den von der Konstitution verheißenen Schutz fänden. Im Senat beeilte sich Bagby von Alabama, dem Kongreß das Recht abzusprechen, die Sklaverei aus irgend einem Territorium auszuschließen. Er pflichtete damit nur der Lehre bei, die von der Legislatur seines Staates bereits förmlich in Resolutionen niedergelegt worden war, was ihr von dem Charleston Mercury das Lob eingetragen hatte, daß sie „die Platform errichtet habe, auf die sich alle Sklavenstaaten stellen werden"[1]). Die Prophezeiung schien unstreitig Aussicht auf Erfüllung zu haben, da auch schon die Legislatur von Virginia sich feierlich zu den gleichen Grundsätzen bekannt hatte[2]). Und um so wahrscheinlicher war es, daß die Apostel dieser neuen Lehre in kürzester Frist sämmtliche Sklavenstaaten zu ihr bekehren würden, als ja auch schon die „nördlichen Männer mit südlichen Prinzipien" seit einiger Zeit predigten, daß jede Aktion des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien unpolitisch oder gar verfassungswidrig sei.

Gerade diese Unterstützung vom Norden hatte aber auch eine sehr bedenkliche Seite für den Süden. Nach dem, was seine eigenen Führer in der letzten Session über die im Norden herrschende Stimmung gesagt hatten, war es undenkbar, daß es jetzt die Absicht der rechnendsten Politiker desselben sein könne, ihm eine in Blanco unterzeichnete Unterwerfung einzuhändigen. Offenbar bestand nicht eine vollkommene Uebereinstimmung zwischen ihrer Lehre von der Passivität (non interference) des Kongresses und der in den Resolutionen Calhoun's, Alabama's und Virginia's entwickelten Doktrin. Die Radikalen des Südens waren sich auch darüber ganz klar. Dickinson von New York suchte am 12. Januar in einer langen Rede zur Begründung der am 15. Dezember 1847 von ihm eingebrachten Resolutionen zu beweisen, daß es den Prinzipien der Selbstregierung, dem Geiste der Verfassung und den wahren Interessen der Union am besten entspreche, die Regelung aller inneren Angelegenheiten der Territorien, die Sklavenfrage eingeschlossen,

[1]) Niles' Reg. LXXIII. p. 392.

[2]) Siehe die Resolutionen Niles' Reg. LXXV. p. 73.

den Territoriallegislaturen zu überlassen. Er ging so weit, zu behaupten, daß in dieser Beziehung die Bevölkerung eines Territoriums „dieselben souveränen Rechte" wie die Staaten hätten [1]). Das war in klarer, scharfer Fassung die Lehre von der „Squattersouveränetät", die mithin viel weiter zurückdatirt, als man in den Vereinigten Staaten selbst gemeiniglich annimmt und nicht Douglas, sondern Dickinson und Cass haben den zweifelhaften Ruhm ihre Urheber zu sein. Konnte nun aber dem Süden damit gedient sein, daß die Frage von dem Forum des Kongresses an das der Territoriallegislaturen, resp. der Bevölkerung der Territorien verwiesen wurde? Bagby nannte Dickinson's Doktrin „ungeheuerlich" und der Charleston Mercury legte das beachtenswerthe Geständniß ab, daß in diesem Falle die Sklaverei aus allen Territorien ausgeschlossen werden würde [2]). Die Zukunft bewahrheitete vielleicht diese kompromittirende Vorhersagung. So viel ließ sich aber schon jetzt

---

[1]) „Although the government of a Territory has not the same sovereign power as the government of a State in its political relations, the people of a Territory have, in all that appertains to their internal condition, the same sovereign rights as the people of a State." Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 159. Er sagt dann weiter: „Any system which denies this (die Selbstregierung) in theory or in practice, or which seeks to withhold it from the primary settlements until they shall become populous and mature States, is founded in the same system of popular distrust, by which the few have, from the earliest history of man, under the plea of necessity, been endeavoring to restrict the many in the exercise of freedom. It inculcates a system of slavery tenfold more abject than that it professes to discountenance. . . . Having vindicated for the people of Territories the same rights of self-government enjoyed by every other political community, I forbear to speculate whether they will be less discreet in its exercise than would those who desire to subject them to the influence of an external government." ib. p. 160. Leake von Virginia hatte schon am 15. Febr. 1847 das Prinzip der Squattersouveränetät proklamirt: „they (der Süden) disclaimed the authority or power of this Government to interfere to any extent whatever with the rights of slave-property in any territory hereafter to be acquired. We maintain that this is a question to be left to the people of this territory to decide, and with which this Government cannot interfere." Congr. Globe, 29th Congr., 2d Sess. p. 444. Wann der Grundsatz zuerst ausgesprochen worden ist, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen. Dickinson und gleichzeitig Cass in seinem Nicholson-Brief vom 24. Dez. 1847 aber haben ihn zuerst systematisch begründet.

[2]) Ebenso sagte Rhett von South Carolina im Repräsentantenhause: „The Wilmot Proviso in Congress is harmless compared with this doctrine . . . not another Southern State may be added to the Union." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., App. p. 658.

leicht darthun, daß die Doktrin in der That, von welchem Gesichtspunkte aus man sie auch einer Prüfung unterwerfen mochte, eine ungeheuerliche war. Das wesentlichste Moment wird später besprochen werden; zwei Einwendungen, die schon für sich hinreichend waren, können aber bereits jetzt hervorgehoben werden.

Webster machte später darauf aufmerksam, daß die freie Selbstbestimmung der Territorialbevölkerung in diesem Falle zum großen Theil eine Illusion sein würde, weil der Gouverneur und die Richter von der Bundesregierung ernannt würden und die ganze politische Existenz der Territorien einen abhängigen Charakter trüge [1]). Die Geschichte von Kansas zeigte wie staatsmännisch richtig das gedacht war. Statt einer bestimmten Entscheidung durch den Kongreß erhielt man ein Spiel unter der Decke, in dem der Präsident die erste Rolle zu spielen hatte, ob er nun daran Vergnügen fand oder nicht, und in dem die Leidenschaft, die den Kampf erfüllte, in der häßlichsten und demoralisirendsten Weise sich manifestiren mußte, weil sie sich nicht immer an den hellen Tag wagen durfte, zu Intriguen ihre Zuflucht nahm und die Maske der Heuchelei tragen mußte. Nichts Schlimmeres aber konnte dem Volke widerfahren, als sich geflissentlich über die wahre Natur des inneren Widerstreites zu täuschen, der an seinem sittlichen Marke zehrte, ihn durch Anrufung wächserner „Prinzipien" von seinem rechten Boden fortzutaschenspielern und ihn unter falscher Flagge fortzuführen, öffentlich mit bestechenden vieldeutigen Gemeinplätzen und im Stillen mit allen den Künsten und Mitteln der Fehden geschlossener Kabinette, wenn nicht gar der Corridore und Hintertreppen.

---

[1]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 1121. — In einem Schreiben vom 8. April 1854, das Grimes als Gouverneurskandidat an die Bevölkerung von Iowa richtete, heißt es: „According to the doctrine of Mr. Douglas and his obedient followers, the people of the Territories are fully competent to do their own legislation, but are wholly incompetent to elect their Governor, judges, and other public servants. The President has the power to appoint the Governors of the Territories, who by virtue of the veto power can control the legislation of the people. He has the power to appoint judges, who are in no degree responsible to the people, and who may be required to obey the Federal authorities at the risk of being evicted from office. All the officers of the Territories are to be foreign officers — appointed by a foreign authority — in no way amenable to the people, and have the power to set at defiance the popular will of the Territories, and will be required to do it, when it comes in conflict with the slavery propagandists at Washington. What a commentary is here presented to the doctrine of 'squatter sovereignty'!" Salter, Life of James W. Grimes, pp. 44, 45.

Es ist ein großes und noch nie gebührend gewürdigtes Verdienst Calhoun's gewesen, daß er, gleich den Abolitionisten auf der entgegengesetzten Seite, den Kampf nie in Lügen und Selbstlügen versumpfen ließ. Auch jetzt durchschnitt er das Truggewebe von Dickinson's sophistischem Raisonnement mit einem scharfen Schnitt. Die Territoriallegislatur, sagte er, übt alle ihre Befugnisse nur kraft des Kongreßgesetzes, dem das Territorium seine politische Existenz dankt. Darf der Kongreß nicht die Sklaverei aus einem Territorium ausschließen, so darf es also die Territoriallegislatur noch viel weniger, denn der Kongreß kann ihr kein Recht verleihen, das ihm selbst nicht zusteht [1]). Das Recht der Sklavenhalter mit ihren Sklaven in jedes Territorium zu gehen, ist ein schlechthin bedingungsloses.

Das war eine vollständige Widerlegung der Lehre von der Squattersouveränetät, aber der positive Inhalt des Raisonnements war eben so haltlos wie diese. Miller von New Jersey verlangte zu wissen, welche Verfassungsbestimmung denn dem Kongreß das Recht verleihe, in den Territorien der Sklaverei gesetzliche Existenz zu geben? Aus der allgemeinen Klausel über die Territorien konnte der Süden sie nicht herleiten, da diese ja nach seiner Interpretation von den Territorien lediglich als Eigenthum, d. h. als Werthobjekt redete und dem Kongreß keine allgemeinen gesetzgeberischen Befugnisse gab [2]). Außerdem bedingte das Recht sie zu gestatten unstreitig auch das Recht sie zu verbieten und Calhoun bestritt darum logisch ganz richtig jenes ebenso unbedingt wie dieses. Es war aber ein bisher ganz allgemein anerkannter Satz, daß Sklaverei nur kraft eines Gesetzes existiren könne. Was war das

---

[1]) Ebenso Bagby. Siehe seine Resolutionen vom 25. und 27. Januar 1848. Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. pp. 241, 261.

[2]) Die Vertreter dieser Lehre haben nie eine halbwegs befriedigende Antwort auf die Frage zu geben vermocht, wie sich dieselbe mit den nachstehenden, nie von ihnen beanstandeten Thatsachen vereinigen ließe. „Without an exception, where a Governor has been appointed, Congress has always reserved his appointment to itself, or to the President. The governor so appointed has always had a veto power over the two houses; and Congress has always reserved to itself, or to the President, a veto power, not only over him, but over him and both the houses besides. Congress has often interfered also with the appointment of the upper house, leaving only the lower house to be chosen exclusively by the people of the territory; and it has determined even for the lower house the qualifications both of electors and of elected. Further still: the power of removing the governor, at pleasure, has always been reserved to Congress, or to the President." Slavery: Letters and Speeches by Horace Mann, p. 19.

nun aber für ein Gesetz, das der Sklaverei legale Existenz in einem Territorium gab, in dem sie, wie in Oregon, nicht existirte? Calhoun vermied es, eine direkte Antwort auf die Frage zu geben. Er sagte: Die Konstitution gibt uns das Recht mit unseren Sklaven in alle Territorien zu gehen; aber er sagte nicht: Die Konstitution trägt die Sklaverei in die Territorien in dem Sinne, daß sie das Gesetz ist, das die Sklaverei schafft, und doch war das eine unabweisliche logische Konsequenz, wenn jener Vordersatz und die Behauptung Calhoun's richtig waren. Es muß dahingestellt bleiben, ob es nicht sogar ihm widerstrebte, die Konstitution in diesem Lichte zu sehen; er konnte eine solche Ungeheuerlichkeit nicht aufstellen, weil seine eigenen Genossen fast ausnahmslos sie als eine Beschimpfung der Väter der Republik und als eine Absurdität zurückgewiesen haben würden — weil auch die findigste Dialektik in der Verfassung nicht den Schein eines Anhaltspunktes für sie entdecken konnte —, und endlich weil dann die Sklaverei auch in allen Staaten zu Recht bestanden hätte, da die Verfassung überall, wo sie Geltung hatte, die Sklaverei hintragen mußte, wenn die gesetzliche Existenz derselben in den Territorien in dem angegebenen Sinne auf sie zurückzuführen war.

Auch Calhoun's Argumentation hatte also eine unausfüllbare Lücke und lief auf einen unlösbaren Widerspruch hinaus. Sie hatte jedoch das Verdienst, daß sie die Unmöglichkeit darthat, eine verfassungsrechtliche Doktrin hinsichtlich dieser Frage auszuklügeln, die sowohl von der Sklavokratie wie von der ihr ergebensten politischen Schule des Nordens als Definitivum angenommen werden konnte. Weder diese noch jene wollten aber diese Thatsache erkennen. Die Liebediener des Südens im Norden glaubten das große Problem gelöst zu haben, wenn sie mit den gestrengen „südlichen Brüdern" ein Abkommen träfen, von dessen Billigkeit und Verfassungsmäßigkeit sie ihre Konstituenten und sich selbst überreden konnten. Und die Mehrzahl der maßgebenden Männer des Südens meinte sich, der alten Praxis getreu, mit einer Abschlagszahlung zufrieden geben zu sollen, die sie für den Augenblick ausreichend erachteten. So weit sie sich nicht selbst täuschten oder es unterließen die Frage zu Ende zu denken, meinten sie, wenn die Zeit gekommen sei mehr zu fordern, werde man auch noch immer zeitig genug den Nachweis liefern können, daß die Lehre von der Passivität des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien zwei ganz verschiedene Auffassungen zulasse und die ihrige die allein richtige sei. Das war ein verhängnißvoller Rechenfehler. Das ängstliche Suchen der nördlichen

Demokraten nach einer Formel, die es ihnen ermöglichte das Einvernehmen mit dem südlichen Flügel der Partei äußerlich unverletzt zu erhalten, ließ der Sklavokratie hinfort alles erreichbar erscheinen, während jene mit der Lehre von der Squattersouveränetät die äußerste Grenze erreichten, bis zu der sie die Massen nach sich ziehen konnten. Die demokratische Partei war hinfort innerlich gespalten. Um ihres äußeren Fortbestandes willen war sie in und gegen sich selbst unwahr geworden. In dem Augenblick, da die Opposition gegen die Prätensionen der Sklavokratie stark genug geworden war, um die weitere Verschleierung und Vertuschung dieses inneren Zwiespaltes unmöglich zu machen, mußte daher die demokratische Partei förmlich und vollständig auseinanderbrechen. Sie verwandelte sich von nun ab mehr und mehr in einen ehernen Koloß auf thönernen Füßen.

Vielleicht hätte man sich weniger rasch und willig in ein solches Netz von Illusionen, Widersprüchen und Selbsttäuschungen verstrickt, wenn man nicht an dem Vorabend einer Präsidentenwahl gestanden hätte. Die Territorienfrage mußte offenbar eine bedeutsame Rolle in ihr spielen und beide Parteien suchten daher derselben in ihren Nationalkonventionen in der Weise Rechnung zu tragen, die ihnen am geeignetsten erschien dem vorzubeugen, daß die Aussichten der Partei auf Sieg nicht nachtheilig durch sie beeinflußt würden. Beide ordneten die größte Frage der nationalen Politik dem momentanen Parteiinteresse unter und an beiden rächte sich die überkluge Unaufrichtigkeit und kleinlich eigensüchtige Grundsatzlosigkeit schwer.

Die demokratische Nationalkonvention trat am 22. Mai 1848 in Baltimore zusammen. Von New York waren zwei Delegationen gekommen und die Konvention mußte daher eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit ihrer resp. Ansprüche treffen, ehe sie an ihre eigentliche Aufgabe gehen konnte. Der Ausgang der Wahlschlacht und selbst mehr konnte davon abhängen, wie diese Vorfrage entschieden wurde, und zwar theils wegen der großen Zahl von Elektoralstimmen die New York hatte und theils weil in dem Streite, der zu der doppelten Vertretung der Partei geführt hatte, neben lokalen und untergeordneten Fragen die Territorienfrage eine hervorragende Rolle spielte.

Der Hader datirte bis etwa 1842 zurück und hatte sich vornehmlich an den politischen Problemen entwickelt, die eine mittelbare Folge der wirthschaftlichen Krisen von 1837 und 1839 waren. Der Reformflügel forderte Einschränkungen und Abstellung der mannigfachen Mißstände, die sich in dem Parteiregime, d. h. in dem was man heute in den

Vereinigten Staaten „die Maschine" nennt, eingenistet hatten. Man erkannte damals noch, was man später nur zu oft ganz außer Acht gelassen hat, nämlich daß sich die innere Reform einer Partei nicht durch ihre leitenden korrupten Elemente ausführen läßt. Eines der Hauptziele der Reformer war, den Einfluß dieser zu brechen und das trug ihnen den Namen Barnburners, Scheunenverbrenner, ein, weil man ihnen Schuld gab das Haus mit dem Ungeziefer verbrennen zu wollen, da sie sich desselben nicht durch ein weniger radikales Mittel zu entledigen wüßten. Die Hunkers [1]) dagegen repräsentirten wenn auch nicht gerade schlechtweg die korrupten Elemente der Partei, so doch die mit dem weiteren Gewissen, denen es vor allen Dingen auf die Behauptung der Herrschaft der Partei und ihrer eigenen Herrschaft in der Partei ankam. Durch allerlei Eigenmächtigkeiten und Unbilligkeiten dominirten sie vollständig in der Staatskonvention, die vom 29. September bis zum 2. Oktober in Syracuse abgehalten wurde. Eine Resolution gegen die Zulassung der Sklaverei in zur Zeit freien Territorien, die ein gewisser Smith beantragte, wurde auf den Tisch gelegt und eine Adresse erlassen, die im Namen der demokratischen Partei von New York sprach, obwohl sich nicht eine beschlußfähige Zahl von Delegaten (Quorum) an der Abstimmung betheiligt hatte. Die Barnburners ließen sich diese Vergewaltigung nicht bieten. Am 26. November hielten sie eine Konvention in Herkimer, die sich nachdrücklich für das Wilmot-Proviso aussprach und zur Beschickung einer neuen Konvention am 22. Februar 1848 einlud, die namentlich die Wahl der Delegaten zur Nationalkonvention vornehmen sollte. Die Hunkers dagegen hatten angeordnet, daß jeder Kongreßdistrikt seinen Delegaten erwählen solle. Die demokratischen Mitglieder der Legislatur aber nahmen für die Barnburners Partei, nur verlegten sie die Konvention von Herkimer nach Utica und beraumten sie auf den 16. statt auf den 22. Februar an. Die Hunkers, rasch entschlossen, suchten den Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Exekutivausschuß der Syracuse Konvention schrieb schon auf den 26. Januar eine Konvention nach Albany aus und da er glaubte erwarten zu müssen, daß sehr viele oder gar die meisten Primärorganisationen keine Delegaten schicken würden, gestattete er, daß Freiwillige an die Stelle dieser träten. Diese Konvention, hinter der keine Auftraggeber standen, ernannte dann, unter dreistester Ignorirung der bestehenden Parteiorganisationen, neue Lokal-

[1]) Wahrscheinlich wohl von to hanker for spoils and offices.

ausschüsse, um die Distriktwahlen für die Nationalkonvention zu veranstalten [1]).

Aus dieser kurzen Darstellung der wichtigsten Thatsachen erhellt, daß die Utica Delegaten jedenfalls mehr Anspruch als ihre Albany Rivalen darauf hatten als die Vertretung der Demokraten von New York angesehen zu werden. Allein das Parteiinteresse forderte, wenn irgend möglich sich des guten Willens beider Faktionen zu versichern und überdieß hatten die Albany Delegaten in den Augen der Vertreter des Südens das große Verdienst, daß sie, entgegen dem ursprünglich von der demokratischen Partei New York's eingenommenen Standpunkte, sich indirekt von der Ketzerei des Wilmot-Proviso losgesagt hatten. Diese Erwägungen ließen den Ausschuß für Prüfung der Mandate beschließen, keine Entscheidung zu treffen, bis beide Delegationen versprochen hätten, sich der Entscheidung der Konvention zu unterwerfen und die von ihr nominirten Kandidaten zu unterstützen. Die Hunkers waren dazu bereit, aber die Utica Delegation weigerte sich dem Verlangen zu willfahren und erklärte sie müsse entweder bedingungslos zugelassen oder zurückgewiesen werden [2]). Die Konvention versuchte dann ein Kompromiß zu Stande zu bringen, nach dem beide Delegationen admittirt und zusammen das New York zustehende Votum von 36 Stimmen abgeben sollten. Die Barnburners verstanden sich jedoch dazu nicht und verließen die Konvention. Und die Hunkers fühlten sich dadurch, daß man sie auf eine Stufe mit den Barnburners gestellt hatte, so verletzt, daß auch sie sich weigerten aktiven Antheil an der Nomination zu nehmen [3]), aber sie verpflichteten sich die Kandidaten der Partei zu unterstützen.

Bei der straffen Disziplin, die seit jeher die demokratische Partei ausgezeichnet hat, würden die weittragenden Folgen dieses Ausganges des Streites unerklärlich sein, wenn er sich, wie man bei oberflächlicher Betrachtung des dürftigen offiziellen Berichtes über die Verhandlungen

---

[1]) Siehe das Nähere über die Fehde der Barnburners und Hunkers bei Gardiner, The Great Issue, pp. 46—75, wo alle die wichtigeren Aktenstücke abgedruckt sind.

[2]) Official Report of the Proceedings of the Democratic National Convention held at Baltimore, May 22, 1848. p. 8.

[3]) New York Hards and Softs. p. 11. In Rome, N. Y., wurde ein Versuch gemacht, die beiden Faktionen der Demokraten in New York wieder zu vereinigen, aber derselbe führte nur zu einer Spaltung der Hunkers in die Softs und Hards. Erstere neigten mehr zu den Freesoilers hin, von denen später die Rede sein wird.

der Konvention glauben könnte, wirklich nur darum gedreht hätte, welche der beiden Delegationen die „reguläre", d. h. die rechtmäßige Vertretung der Demokraten von New York sei. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Betheiligten war die prinzipielle Differenz in der Territorienfrage das maßgebende Moment, im Uebrigen aber weichen ihre Darstellungen des Sachverhaltes wesentlich von einander ab. Nach den Hunkers hätten die Barnburners verlangt, daß „das Wilmot-Proviso zu einem politischen Test gemacht" werde, während die Konvention in keiner Weise an die Frage habe rühren wollen[1]), es Jedem überlassend über sie zu denken, wie es ihm recht erschiene[2]). Nach Van Buren dagegen, dessen Zeugniß in diesem Falle nicht beanstandet werden kann, waren die Barnburners bereit jeden Kandidaten anzunehmen, der nicht geradezu gegen das Wilmot-Proviso verpflichtet war[3]). Die Platform gibt keine Auskunft über die Stellung der Konvention zu dieser Frage. Sie erklärte nur, daß der Kongreß nicht befugt sei sich mit der Sklaverei in den Staaten zu befassen, was niemand bestritt, und sprach sich dann sehr mißbilligend über alle Bestrebungen aus, die den Kongreß zu irgend welcher Aktion hinsichtlich der Sklaverei veranlassen wollten[4]). Der zweite Punkt war so vag gefaßt, daß er jede beliebige Deutung zuließ. Er sprach von der Sklaverei schlechtweg und nicht mehr, wie in dem vorhergehenden Satz, von der Sklaverei in den Staaten und über die Rechtsfrage war gar keine Ansicht ausgesprochen[5]). Und über diese hatte die Konvention in der That, wie die Hunkers behaupteten, nichts

---

[1]) „to let it alone . . . being mischievous in its design and tendency, and calculated to divide and weaken the Democratic party."

[2]) „They simply declared, that while every man was entitled to enjoy and avow his opinion on this subject, it should not be allowed an entrance into a Democratic Convention as a rule of political faith."

[3]) „If I understood your course, your delegates went to the convention prepared to accept the nomination of any sound democrat, who had not actually submitted to a test which implicated the well-known and repeatedly expressed opinion of your state, without interrogating him in regard to his opinion on this particular question." Gardiner, The Great Issue. p. 115.

[4]) „that all efforts of the abolitionists or others made to induce Congress to interfere with questions of slavery, or to take incipient steps thereto, are calculated to lead to the most alarming and dangerous consequences."

[5]) Der Paragraph war wörtlich aus den Platformen von 1840 und 1844 herübergenommen. Silas Wright war der Verfasser der Platform von 1840, aber nach Wm. T. Young, der sich auf einen Brief von Gouverneur J. Hill von New Hampshire beruft, nahm er diesen Paragraph auf Anregung von Van Buren auf. Life and Public Services of Gen. L. Cass. p. 366.

ſagen wollen, ſo viel auch die emphatiſchen Allgemeinheiten denen zu ſagen ſchienen, die ihr Urtheil mehr nach dem Ton als nach dem Inhalt der Worte bilden. Yancey von Alabama beantragte eine Reſolution, durch die ſich die Konvention direkt auf die Lehre von der Nicht-Intervention verpflichtet hätte[1]). Da Yancey der Antragſteller war, ſo unterlag es keinem Zweifel, daß die Nicht-Intervention in dem Calhoun'ſchen Sinn verſtanden werden ſollte[2]). Ausgeſprochen war das jedoch nicht und die Konvention hätte daher die Reſolution annehmen können, ohne dadurch ihren inneren Zwieſpalt zu Tage zu legen. Trotzdem verwarf ſie den Antrag mit 216 gegen 36 Stimmen[3]). Sie ging in ihrer Vorſicht ſogar noch viel weiter. Foreman von Georgia beabſichtigte eine Reſolution gegen das Wilmot-Proviſo einzubringen, ließ ſich aber überreden es nicht zu thun. Cobb behauptete ſpäter, das ſei geſchehen, weil jene antiquirte Reſolution aus der Platform von 1840 den Standpunkt der Partei klar genug gekennzeichnet habe, gab aber doch zu, daß wohl auch andere Erwägungen mitgewirkt haben könnten[4]). Das war ganz unſtreitig der Fall geweſen. Die Konvention hielt für klug, nicht ein Verdammungsurtheil über das Wilmot-Proviſo auszuſprechen, aber ſie war ganz entſchieden gegen daſſelbe und deswegen hatte

---

[1]) „Resolved, That the doctrine of non-interference with the rights of property of any portion of the people of this Confederacy, be it in the States or Territories thereof, by any other than the parties interested therein, is the true Republican doctrine recognized by this body."

[2]) In der demokratiſchen Staatskonvention von Alabama (1848) hatte er beantragt die Lehre von der Squatterſouveränetät für ebenſo falſch und gefährlich zu erklären wie die Behauptung, daß der Kongreß die Sklaverei in einem Territorium verbieten dürfe. cfr. Hodgſon, The cradle of the Confederacy. pp. 270, 271. Foote hat daher der Sache nach Recht, wenn er ſagt: „They (Yancey und ſeine Geſinnungsgenoſſen) . . . resolved to get, if they could, a new plank in the accustomed political platform of that (Democratic) party, committing its members to the adoption of a distinct intervention policy, and allowing slavery to be introduced into all the vacant territory of the Union." The Bench and Bar of the South and Southwest. p. 234.

[3]) Harris, Review of the political conflict in America, p. 117 ſchreibt: „Its rejection was the work of the northern leaders of the party, although not so indicated by the vote in the convention. This was the first manifest wavering that the Democratic party had shown before the abolition sentiment of the North; and much as the leaders of both sections believed in the justice of non-intervention, those in the Northern States feared to meet their constituents, should this be endorsed as a cardinal principle."

[4]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 889.

sie zu keiner Verständigung mit den Barnburners kommen können[1]). Bailey von Virginia meinte: „Niemand ist ein Demokrat, der sich zu diesem Prinzip bekennt"; und Strange von North Carolina erklärte: „Die Barnburners haben sich thatsächlich selbst durch die Annahme des Wilmot-Proviso ausgeschlossen; der Süden konnte nicht für ihre Zulassung stimmen"[2]). Die Konvention hatte nicht, wie die Hunkers glauben machen wollten, die Territorienfrage aus dem Parteiprogramm ausgeschlossen, sondern nur ein berechnetes Stillschweigen über sie beobachtet. Das reichte allerdings hin, für die Dauer des Wahlkampfes die Freiheit der individuellen Ueberzeugung zu sichern — die Stimmen der ärgsten Ketzer zählten ja gerade so viel wie die der Rechtgläubigsten — aber was die Politik der Partei nach der Wahl sein würde, war darum doch ganz unzweifelhaft. Der Name ihres Präsidentschaftskandidaten verkündete das so deutlich, als irgend eine Resolution es hätte thun können. Cass hatte mit seinem Nicholson-Brief dem Süden ein bedingungsloses Treugelöbniß geleistet und Cass war in dieser Frage Renegat; einen verlässigeren Mann hätte die Sklavokratie also nicht finden können.

Der Beweis ist jetzt wohl erbracht für die Irrigkeit der in den Vereinigten Staaten herrschenden Ansicht, daß die Demokraten zu dieser Zeit den Muth einer festen Ueberzeugung gehabt und sich mit rückhaltloser Offenheit zu derselben bekannt haben. Es erklärt sich jedoch leicht, wie dieser Irrthum sich hat festsetzen und so weite Verbreitung finden können. Das Verhalten der Whigs diente den Demokraten als Folie und die Grundsatzlosigkeit aus Prinzip läßt sich in der That kaum weiter treiben und systematischer durchführen, als die Whigs es in diesem Wahlkampfe gethan haben.

Kaum war der erste Kongreß unter der Administration Polk's zusammengetreten, so gingen die Whig Politiker in Washington mit Eifer an das Geschäft der Präsidentenmacherei. Einige der hervorragendsten Führer aus den Südstaaten sagten sich zuerst von Clay los und suchten General Scott auf den Schild zu erheben[3]). Seward kühlte jedoch bald

---

[1]) Holmes von New York sagte den 7. August 1848 im Repräsentantenhause, ein Ausgleich sei möglich gewesen, bis man in Cass „a free soil traitor" als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt habe. „This was too much. From this the Barnburners rebel." Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., Append. p. 1112.

[2]) Gardiner, The Great Issue. pp. 100, 101.

[3]) Seward schreibt den 6. Jan. 1846 an Th. Weed: „I have informed you that General Scott's 'Life' is in the press. His nomination for the presidency

die Uebereifrigen durch den Hinweis auf die alte Erfahrung ab, daß man einem Kandidaten keinen schlechteren Dienst erweisen könne, als ihn zu früh auf die Bühne zu bringen[1]), und schon nach wenigen Monaten wurden die Herren auch daran nachdrücklich erinnert, daß die Zeiten längst vorüber seien, da man den Kongreßmitgliedern die Nomination der Präsidentschaftskandidaten überließ. Ein Meeting in Trenton[2]), New Jersey, nominirte General Taylor und gleich darauf folgte ein Meeting in New York diesem Beispiel. Besonders beachtenswerth war dabei, daß in Trenton hervorgehoben wurde, die Nomination geschehe „ohne Rücksicht auf Parteigrenzen oder Parteifragen". Da Niemand wissen konnte, was für Kandidaten und was für ein Programm die beiden großen Parteien aufstellen würden und noch etwa zwei Jahre bis zur Abhaltung ihrer Nationalkonventionen zu verstreichen hatten, so sprach sich darin offenbar eine tiefgehende Unzufriedenheit über die Leitung beider Parteien oder wenigstens eine hochgradige Gleichgiltigkeit gegen die alten Parteifragen aus, denn noch war Taylor's militärischer Ruf nicht so groß, daß er einen alle nüchternen Erwägungen überfluthenden Enthusiasmus in dem Volke hätte wecken können und außerhalb des Feldlagers hatte der General nie eine Rolle irgend welcher Art gespielt. Als er nun aber immer mehr zum Helden des mexicanischen Krieges wurde, da zündete die Bewegung rasch fort, zu der in Trenton und New York der Anstoß gegeben worden war. In den verschiedensten Theilen der Union wurden, unabhängig von dem regulären Parteigetriebe, Versammlungen abgehalten, die ihn nominirten. Meist waren es Whigs, aber auch Native Americans und Demokraten erkoren ihn öfters zu ihrem „Fahnenträger" und häufig wurde die in Trenton ab-

is quite as near as the publication of his memoirs. I was solemnly invited into a council last night to mature that event. The mover was Mr. John M. Clayton, who, though the wisest man here, could not see that in just that way had been brought about the ruin of his friend Mr. Clay, who, he now insisted, must be thrown overboard.... Under the lead of Clayton, Crittenden, and Mangum, of the Senate, Mr. Clay is pronounced hors de combat. General Scott is the Whig congressional candidate for President, and Mr. Corwin, of Ohio, for Vice-President." F. W. Seward, Autobiography of W. H. Seward. p. 772.

[1]) „I trust I have done something to arrest the folly of premature nominations for the presidency. I have shown the old body-guard of Clay that their leader was at Elba, not at St. Helena." 25. Jan. 1846. ib. p. 782.

[2]) Nach Niles' Reg. LXX, p. 256 am 11. Mai 1846, nach dem Statesm.'s Man., III, p. 1822 am 11. Juni.

gegebene Erklärung wiederholt, daß man dabei von den alten Parteiverhältnissen vollständig absehe. Als Scott begann die kriegerischen Lorbeeren zu pflücken, mit deren Hilfe seine Freunde im Kongreß ihm vielleicht die Thüren des Weißen Hauses hätten öffnen können, war Taylor bereits durch das spontane Vorgehen des Volkes ein so prominenter Kandidat geworden, daß die Führer der beiden nationalen Parteien unmöglich vornehm über die ohne ihr Dazuthun und meist sehr gegen ihre Wünsche entstandene Bewegung hinwegsehen konnten.

Taylor, ein schlichter Soldat von geradem und festem Sinn und gesundem hausbackenem Urtheil, der sich nie um die Politik bekümmert hatte, war sich anfänglich in seiner ehrlichen Bescheidenheit zu lebhaft dessen bewußt, daß sein Bildungsgang und Lebenslauf nicht die geeignetste Vorschule für die Präsidentschaft seien, um mit heißem Verlangen nach der ihm ungesucht gebotenen Ehre zu greifen. Am 26. Januar 1847 schrieb er Crittenden: „Was die Präsidentschaft anlangt, so darf ich sagen, daß ich in keinem Falle Verlangen nach dem Amte trage, noch so eitel bin mich für dasselbe geeignet zu halten; und ich darf Ihnen sagen, daß, während ich mich vielleicht nicht weigern würde es anzunehmen und nach besten Kräften zu verwalten, wenn das gute Volk so indiskret wäre es mir zu übertragen, ich es nie erlangen würde, wenn auch nur ein Wunsch dazu erforderlich wäre“ [1]). Und noch am 4. November 1847 versicherte er Clay, daß er nur mit äußerstem Widerstreben gestattet habe seinen Namen in Verbindung mit der Präsidentschaft zu nennen, weil sowohl seine persönlichen Neigungen wie seine geringe Vertrautheit mit den Angelegenheiten des bürgerlichen und politischen Lebens ihn wünschen ließen, sein Leben in Ruhe und Zurückgezogenheit beschließen zu können; er sprach die Hoffnung aus, daß die Partei sich für ihn, Clay, oder einen anderen erprobten Whig entscheiden möchte, in welchem Falle er gern zurückstehen würde, und versprach namentlich darauf hinzuwirken, daß die Partei einig bliebe, um „die gegenwärtige Dynastie“ stürzen zu können [2]).

Mit der Zeit änderte sich jedoch seine Auffassung der Frage erheblich. Bereits in demselben Monat nahm er mit lebhaftem Dank die Nomination einer demokratischen Konvention von Pennsylvania an [3]). Wer in sein Lager einrückte, wurde jetzt herzlich willkommen geheißen,

---

[1]) Coleman, Life of J. J. Crittenden, I. p. 277.

[2]) Clay's Priv. Corresp. pp. 548, 549.

[3]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 48.

unter welchem Fähnlein und mit welcher Parole er auch kommen mochte, wenn nur die Losung 'Taylor!' war. Herz und Hirn des wackeren Mannes hatten nicht ungestraft so plötzlich den Einflüssen der Hitze und des Staubes der politischen Arena ausgesetzt werden können. Die begeisterten Zurufe, die ihm von allen Seiten entgegenschallten, trieben sein Blut in rascheren Schlägen durch die Adern und sein Selbstgefühl steigerte sich. Eitelkeit und politischer Ehrgeiz waren aber doch seiner Natur so fremd, daß sie nur sekundäre Ursachen seiner Sinnesänderung waren. Es war weit weniger die Abschätzung seines persönlichen Werthes als die Beurtheilung der Natur des in Frage stehenden Amtes, die eine allmähliche Wandelung erfuhr und er schwamm darin nur mit dem Strome. Man hob als einen Vorzug seiner Kandidatur hervor, daß er keine alten politischen Beziehungen habe und darum auch keine Verpflichtungen gegen irgend eine politische Clique haben würde und that dann, als ob man damit den Nachweis geliefert habe, wie vortheilhaft es sei, daß er bisher dem politischen Leben vollkommen fern gestanden[1]). Der alte Traum eines Präsidenten ohne Parteistellung sollte sich jetzt verwirklichen. Daß Wähler aller Parteien für ihn stimmten und er selbst bisher kein politisches Glaubensbekenntniß gehabt hatte[2]), waren die Garantien dafür. Gerade weil die Verfassung die einzige „Platform" war, auf der er je gestanden hatte und in Zukunft stehen würde, war er der Kandidat des „Volkes"[3]). Wie viele verschiedene Deutungen die Konstitution während der zwei Menschenalter ihres Bestehens er-

---

[1]) In den Resolutionen einer in Harrodsburg, Kentucky, abgehaltenen Nominationskonvention heißt es: „and whereas, he is particularly agreeable to us as the people's candidate for the presidency, from the fortunate circumstance that he has been entirely aloof from the party conflicts of the country, has formed no 'entangling alliances' with intruding politicians or wire-workers; and if elected would have no debts to pay with the offices and money of the people for partizan electioneering services; and whereas, as president he would be unfettered and could give full play to the honesty of his nature as the president of the whole country and not of a party"; etc. Niles' Reg. LXXIII. p. 79.

[2]) Es hieß Taylor habe nie sein Stimmrecht ausgeübt.

[3]) Eine Nominationskonvention in Baltimore beschloß: „That the platform of the Constitution, upon which General Taylor stands before the people, guarantying equal rights to all, furnishes a sure and ample basis upon which all our fellow-citizens, whether known as Democratic or Whig, Native or Naturalized, may unite in his support and participate in the benefit of good government under his administration." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 48.

fahren hatte, vergaß man dabei. Die Reinheit seines Charakters bot hinlängliche Sicherheit dafür, daß er sie richtig verstehen und alle wahren Patrioten, die keine eigensüchtigen Absichten verfolgten, zufriedenstellen würde[1]).

Die Masse der Amerikaner gefällt sich darin, die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten das erste Amt der Welt zu nennen und dabei haben sie sich von demagogischen Stumpfrednern und seichten Zeitungsschreibern einreden lassen, in jedem County der Union könnten taugliche Männer für dasselbe gefunden werden. Die beiden Behauptungen reimen sich nicht sonderlich zusammen und die letztere ist ein sehr zweifelhaftes Kompliment für die Vereinigten Staaten; käme sie aus dem Munde eines Fremden, so würde man sie mit Recht eine alberne Beschimpfung nennen. Die Union ist ein großer Kulturstaat und die Männer, die in Wahrheit tauglich sind an der Spitze eines solchen zu stehen, zählen nie nach Hunderten, geschweige denn nach Tausenden. Eine der Hauptaufgaben des amerikanischen Volkes ist, sich darüber ganz klar zu werden und dann die Politiker zu zwingen, in den Nominationskonventionen dieser Thatsache im vollsten Maße und mit peinlichster Gewissenhaftigkeit Rechnung zu tragen. Der sicherste Weg, auch die Unantastbarkeit des persönlichen Charakters nicht mehr als ein unbedingtes Erforderniß für die Präsidentschaft anzusehen, ist, sie allein für eine zureichende Qualifikation zu erklären und erprobte staatsmännische Fähigkeit als überflüssig, wenn nicht gar als vom Uebel zu betrachten. Das Durchschnittsmaß von allgemeiner Intelligenz und gute Absichten machen aber noch nicht staatsmännische Befähigung aus.

Die Agitation für Taylor, so weit sie eine ganz spontane Bewegung des Volkes, aufrichtig und frei von allen Nebenabsichten war, ging von dieser verhängnißvollen Unterschätzung der Anforderungen aus, die das Staatsinteresse an den Präsidenten stellt und Taylor ließ sich von dem Enthusiasmus seiner Partisanen in denselben Fehler hineinziehen. Seiner reinen Absichten war er sicher, seinen festen Willen hatte

---

[1]) Der Boston Courier schrieb schon im Herbst 1847: „His (Taylor's) popularity is great, not only in the whole west, but in New England — even in Massachusetts, after you travel fifty miles from Boston.

It is useless to attempt to reason as to why and wherefore with anybody or to ask what particular principles are expected to be promoted by his election. The answer would generally be, from one of his partizans, that he cares little for any pledge, as he believes the general to be an honest man, and he is willing to trust to him to do right." Niles' Reg. LXXIII. p. 78.

er an manchem heißen Tage vor dem Feinde bewiesen und seine Hand hatte den Feldherrnstab so lange und so erfolgreich geführt, daß er in der Kunst des Befehlens keinem Rivalen nachzustehen glaubte. Da schien ihm in gleichem Maße berechtigtes Selbstbewußtsein und patriotische Pflicht zu fordern, daß er den Posten, auf den ihn das Vertrauen seiner Mitbürger stellte, ebenso entschlossen und hartnäckig halte wie das Schlachtfeld von Buena Vista. Am 20. April kündigte er dem Herausgeber des Richmond Republican an, daß er seinen Namen unter keinen Umständen von der Kandidatenliste zurückziehen werde, und am 30. April unterrichtete er Clay von diesem Entschluß [1]), dabei die Versicherung wiederholend, daß er die Nomination eines anderen Mannes für richtiger halten und namentlich die von Clay selbst mit lebhafter Freude begrüßen würde.

Colton behauptet: wenn Clay es über seine Hochherzigkeit hätte gewinnen können diesen Brief zu veröffentlichen, so hätte Taylor's Name nicht in der Konvention der Whigs genannt werden können und seine Wahl wäre unmöglich geworden, wenn der Inhalt desselben während des Wahlkampfes bekannt geworden wäre [2]). Das ist vollständig unrichtig. Der noch viel schärfer gefaßte Brief an den Herausgeber des Richmond Republican war zur Zeit bekannt. Er setzte den Whigs das Messer auf die Brust und gab den Ausschlag gegen Clay, wenn man annehmen will, daß seine Nomination überhaupt möglich war [3]).

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit waren an Clay nicht fruchtlos vorüber gegangen. Sein sanguinisches Temperament, das ihm

---

[1]) „. . . on reaching New Orleans many friends called on me to let it be publicly announced that my name as a candidate for the office in question would not be withdrawn, let who would be in the field, which I consented to, and advised my friends in Washington of my change in that respect, without delay. I therefore now consider myself in the hands of the people." Clay's Priv. Corr. p. 559.

[2]) The last seven years of the life of H. Clay, p. 92.

[3]) Es heißt in diesem Brief: „I do not design to withdraw my name if Mr. Clay be the nominee of the Whig National Convention. . . . It has not been my intention, at any moment, to change my position, or to withdraw my name from the canvass, whoever may be the nominee of the National Convention, either of the Whig or Democratic party." General Taylor and the Wilmot Proviso. p. 11. H. E. Johnson, Taylor's Nachbar und eifriger Parteigänger, erklärte in einer Rede zu Watertown, N. Y.: „The Philadelphia Convention was compelled to nominate him — if they had not, he would run as an independent candidate." ib. p. 19. Ebenso Young, Life of Cass, p. 367.

bei seinen früheren Kandidaturen so schlechte Dienste geleistet hatte, hielt er jetzt besser im Zügel. Noch am 18. Februar 1848 schrieb er General Combs, er verharre den Rathschlägen seiner Freunde gemäß in seiner passiven Haltung und wisse nicht, wann und ob er aus ihr heraustreten werde[1]). Er war vorsichtig geworden und sein Kopf sagte ihm, daß er auf eine neue Enttäuschung gefaßt sein müsse, aber sein Herz erfüllte die Hoffnung, daß er jetzt endlich doch das höchste Ziel seines Ehrgeizes erreichen werde. Sein Kopf berieth ihn besser als sein Herz. Die einflußreichen Freunde, die ihn von Hause aus von der Kandidatenliste gestrichen sehen wollten, hatten gewichtige Gründe für ihre Ansicht anzuführen. Doppelt schwer ist es den Sieg zu erringen, wenn der Kampf ohne Siegesfreudigkeit begonnen wird und wie hätte ein Führer, der nicht nur von der gegnerischen sondern auch in der eigenen Partei geschlagen worden war, die Partei mit Siegesfreudigkeit erfüllen können! Dazu waren die Eifersüchteleien zwischen den hervorragendsten Führern und ihren resp. Partisanen eher größer als geringer geworden und die sachlichen Interessen, durch die sie bisher zusammengehalten worden waren, hatten viel von ihrer verbindenden Kraft verloren. Das war einer der wesentlichsten Gründe dafür, daß der Gedanke einen „Volkskandidaten" aufzustellen, so viel Anklang fand. Das Durchbrechen der alten Parteischranken war nicht nur Thatsache und Mittel zum Zweck, sondern auch selbst Zweck und die Heißblütigeren wünschten und erwarteten daß Taylor die bestehenden Parteiorganisationen vollends zerstören würde[2]). Ein großer Theil der alten Parteifragen war endgiltig entschieden und der Rest war für jetzt ganz in den Hintergrund gedrängt oder hatte in Folge zufälliger Umstände für den Augenblick ein solches Aussehen gewonnen, daß die Whigs von ihrer schärferen Betonung

---

[1]) Priv. Corresp. p. 555.

[2]) Der Courier and Enquirer schreibt den 6. Sept. 1847: „If party organizations are to be broken up, — if the great mass of the people are to be rallied to the support of one man, — it must be some man whose name has not been for years the watchword of party divisions: — who commands by his character and his acts, the respect and admiration of the whole country: and whom all men and all parties can support, without giving the lie to their past conduct and their past lives." Niles' Reg. LXXIII. p. 20. — Der genannte H. E. Johnson sagte in seiner Rede zu Watertown: „He was nominated for the express purpose of breaking up the old organizations . . . and, if elected, would do all in his power to break down the old parties. He was nominated to bring about a new state of things." General Taylor and the Wilmot Proviso. p. 19.

nichts zu hoffen hatten. Die Behauptung des Courier and Enquirer war daher unstreitig begründet, daß ein Mann, dessen Kandidatur den Wahlkampf auf den Boden jener alten Parteifragen gestellt haben würde, keine Aussicht auf Erfolg haben könne, da er 1844, als die Fragen noch lebendig gewesen waren oder für die Whigs günstiger gelegen hatten, auf demselben Boden geschlagen worden war[1]).

Nicht alle Whigs, die gegen die Nomination Clay's waren, wollten aber auch die Aufstellung eines farblosen Kandidaten. So bald die Bewegung für Taylor stark genug geworden war um Beachtung zu verlangen, wurde er daher von verschiedenen Seiten aufgefordert, seine Ansichten über die bedeutsamsten Tagesfragen auszusprechen. Seine Antworten[2]) gaben dem Wahlkampf einen ganz einzigartigen Charakter. Der Rolle des „Volkskandidaten" getreu erklärte er sich nicht auf ein bestimmtes Parteiprogramm verpflichten zu können und lehnte es demgemäß ab auf Einzelheiten einzugehen[3]). Dabei aber gestand er mit naiver Ehrlichkeit, daß ihm diese Sachen bisher zu fern gelegen hätten, um klar durchdachte und zu festen Ueberzeugungen gewordene Ansichten über sie zu haben[4]). Als es aber keinem Zweifel mehr unterlag, daß

[1]) „The tariff, which was then (1844) by far the strongest hold of the whigs, has for a time at least withdrawn from controversy. Under the present tariff the revenue has been large, manufactures have prospered, and every branch of Industry has met its fair reward. This has been owing, doubtless, to accidental causes, — to the famine in Europe mainly*), but as a fact, it would have great weight in defence of the existing tariff. The debt created by the war has postponed the issue concerning the distribution of the proceeds of the public lands. A national bank has become an 'obsolete idea'. Texas has been annexed, and the Oregon dispute has been finally settled. Upon all these questions, the ground held by the whigs in 1844 has been taken from under them. They could not stand upon them half as well as they did in the last campaign; and yet then they were beaten. How, then, with a candidate whose name would rally parties precisely upon their old dividing line, could we hope for success in 1848?" Niles' Reg. LXXIII. p. 20.

*) (Daß dieser Ansicht nicht jede Begründung fehlte, geht daraus hervor, daß Getreide und andere Lebensmittel exportirt wurden 1845 für $ 16,743,421; 1846 für $ 27,701,121; 1847 für $ 68,701,921 und 1848 für $ 37,472,754. Niles' Reg. LXXV. p. 21.)

[2]) Alle die bedeutenderen Briefe seiner Wahlkorrespondenz sind vollständig abdruckt in dem Pamphlet General Taylor and the Wilmot Proviso.

[3]) „I have laid it down as a principle, not to give my opinions upon, or prejudge in any way, the various questions now at issue between the political parties of the country, nor to promise what I would or would not do." 15. Febr. 1848 an B. M. McConkey.

[4]) „I confess, whilst I have great cardinal principles which will regulate

ſein Anhang ganz überwiegend aus Whigs beſtehe, obwohl Demokraten und Native Americans ihn zuerſt nominirt hatten[1]), da bekannte er ein Whig zu ſein, „wenn auch nicht ein extremer", ohne jedoch deswegen neue demokratiſche Nominationen abzulehnen und ausdrücklich wiederholend, daß er nicht als Parteikandidat angeſehen werden dürfe[2]).

Wer den General zum Präſidenten zu machen wünſchte, mußte ihn alſo ohne jedes Programm lediglich auf ſein ehrliches Geſicht hin nehmen. Daß diejenigen ſich damit zufrieden gaben, denen die alten Parteiorganiſationen verleidet waren, läßt ſich verſtehen. Eine Partei aber, die Partei bleiben wollte, und als Partei ihn zu ihrem Kandidaten machte, gab ſich unter dieſen Umſtänden ſelbſt auf. Gewiß ſoll der Präſident nicht ein blindergebenes Parteiwerkzeug ſein, aber einem Manne der hinſichtlich der Fragen, um die ſich ſeit Jahren oder gar Jahrzehnten das politiſche Leben des Volkes dreht, nur „ungeklärte Eindrücke" hat und erſt als Präſident ſich eine feſte Anſicht über ſie bilden will[3]), darf nicht die gewichtigſte Stimme in der Geſetzgebung des Landes anvertraut werden. Eine Partei, die einen ſolchen Mann zu ihrem Präſidentſchaftskandidaten auserſieht, legt damit das Bekenntniß ab, daß ſie entweder gleichgiltig gegen ihr Parteiprogramm geworden iſt, oder es für

---

my political life, I am not sufficiently familiar with all the minute details of political legislation to give solemn pledges to exert my influence, if I were President, to carry out this or defeat that measure. I have no concealment. I hold no opinion which I would not readily proclaim to my assembled countrymen; but crude impressions upon matters of policy, which may be right to-day and wrong to-morrow, are, perhaps, not the best test of fitness for office." 22. April 1848 an Alliſon.

[1]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. pp. 891, 898.

[2]) „I am Whig, though not an ultra one, and (that) I have no desire to conceal that fact from any portion of the people of the United States. I deem it but candid, however, to add, that if the Whig party desire at the next Presidential election to cast their votes for me, they must do it on their own responsibility, and without any pledges from me.

Should I be elected to that office, I should deem it to be my duty, and should most certainly claim the right, to look to the Constitution and the high interests of our common country, and not to the principles of a party, for my rules of action." 12. Febr. 1848 an A. M. Mitchell.

[3]) Den 9. Juni 1848 ſchreibt er: „As regards the second and third inquiries (über die Bankfrage und den Schutzzoll), I am not prepared to answer them. I could only do so after duly investigating those subjects, which I cannot now do; . . . and I must say to you in substance, what I have said to others in regard to similar matters, that I am no politician." The Democratic Review, Oct. 1848. p. 286.

unmöglich hält das Volk dafür zu gewinnen. Statt eine bestimmte Politik zu vertreten, greift sie in einen Loostopf und sie streitet nicht mehr für ihre Ueberzeugungen, sondern nur noch für ihren Mann. Damit spricht sie selbst sich die Existenzberechtigung ab, denn eine Partei ohne Programm ist keine Partei mehr, ein Mann ohne politische Vergangenheit und ohne politische Ueberzeugungen aber ist kein Programm und die Ueberordnung eines programmlosen Präsidentschaftskandidaten über das Parteiprogramm ist, wie emphatisch es auch immer bestritten werden mag, ein förmlicher Verzicht auf das Parteiprogramm.

Wenn die Whigs einfach auf die erwähnten Erklärungen hin Taylor nominirt hätten, so würden sie mithin schon damit die Partei zu den Todten gelegt haben und sie hätte weniger würdig geendigt als irgend eine der Parteien, die bisher durch die Entwickelung der Verhältnisse ihre Lebensfähigkeit verloren hatte und verschwunden war. Die leitenden Whigs aber, die ihn zum offiziellen Kandidaten der Partei erkoren zu sehen wünschten — darunter namentlich auch die Männer, die anfänglich für Scott gewesen waren — meinten, er habe sich selbst noch nicht farblos genug gemacht. Es gab doch noch sehr viele Whigs, die nicht gewillt gewesen wären für den General zu stimmen, wenn sie erkannt hätten, daß er in einem wesentlichen Punkte anders dachte als sie. Um diese zu gewinnen, mußte hinsichtlich aller Fragen, denen voraussichtlich von der einen oder der andern Fraktion eine so große Bedeutung beigemessen würde, Taylor als ein unbeschriebenes Blatt Papier dargestellt oder seine Ansicht in undurchdringliches Dunkel gehüllt werden. Crittenden hatte gehört, daß er einen Brief an Orlando Brown zu richten beabsichtige, in dem er sich für Landerwerbungen von Mexico aussprechen wolle. Obwohl der Friedensvertrag von Guadalupe Hidalgo bereits die Sanktion des Senats erhalten hatte, schrieb Crittenden doch darauf hin Brown einen langen Brief, in dem er ihn dringend ersuchte zu verhindern, daß der General sich über diese heikele Frage ausließe, da die Neu England Staaten und besonders Webster in diesem Punkte höchst empfindlich seien; habe er schon den Brief erhalten, so möge er ihn ja zur Revision zürückschicken. Ueberhaupt solle Taylor sich nur in allgemeinen Ausdrücken über Prinzipien aussprechen, über Maßnahmen und Einzelheiten aber strenges Schweigen beobachten. Hinsichtlich des berührten Punktes möge er, Brown, mit seiner gewandten Feder für den General die zweckdienlichen, nicht kompromittirenden Allgemeinheiten aufsetzen[1]).

[1]) Siehe den die Situation sehr scharf beleuchtenden Brief bei Coleman, Life of J. J. Crittenden, I. pp. 294—296.

War es nun hinsichtlich dieser Frage, die als thatsächlich erledigt angesehen werden durfte, „wichtig daß alles glatt ginge", weil „bei all unserer Klugheit" es schwer sein dürfte Taylor zu erwählen, so war es natürlich noch viel wichtiger, daß er sich in der erst recht brennend werdenden Frage nicht kompromittire, wie es in den neuen Territorien mit der Sklaverei gehalten werden solle. Das hatte Taylor selbst eingesehen. J. W. Taylor, der Herausgeber des Cincinnati Signal, hatte ihn schon Anfang 1847 über diesen Punkt interpellirt. Die allgemeinen Phrasen, in denen der General antwortete, wurden von dem Frager dahin gedeutet, daß er für das Wilmot-Proviso sei, später aber erklärte er sich überzeugt, daß dieses eine irrthümliche Auffassung gewesen sei und schloß sich deshalb der Freibodenpartei an. Taylor aber gestattete sich später nicht einmal mehr allgemeine Orakelsprüche über diesen Punkt. McConkey hatte gleichfalls die Frage direkt an ihn gestellt und wurde kurz dahin beschieden, daß der General sich grundsätzlich nicht über Tagesfragen ausspreche, und in allen anderen Briefen wurde dieser Stein des Anstoßes ängstlich umgangen. Der „Volkskandidat" schwieg sich über die Frage aus, die das Volk in seinen tiefsten Tiefen bewegte und seine Feldobersten in dem Wahlkampfe zeigten ihn dem Norden wie dem Süden mit aufmunternd lächelndem Gesicht. Jeder glaubte seiner Sache sicher zu sein oder gab es wenigstens vor zu glauben, denn Taylor stand ja auf dem Felsengrunde der Konstitution und in seinem Herzen war kein Falsch. Im Norden berief man sich auf den Brief an den Herausgeber des Signal und auf seine Versicherung daß er ein Whig sei, um es als unzweifelhaft hinzustellen, daß er gegen die Ausdehnung des Sklavereigebietes sei, als ob das ein Glaubenssatz aller Whigs und nicht nur ihres nordstaatlichen Flügels wäre. Im Süden dagegen hieß es: Wir brauchen keine Versprechungen; daß er ein Südstaatler ist und überdieß gar noch selbst viele Sklaven besitzt, ist an sich eine absolute Garantie[1]).

Mußte man den „Volkskandidaten" so mit doppeltem Gesichte malen, dann mochte es in der That auch nothwendig sein „alle Klugheit" auf-

[1]) Macbeth von South Carolina sagte: „To expect that at home we were so distrustful of each other, as to ask pledges on the subject, would be to admit that the institution of slavery does not, of itself, create the bond that unites all who live under its influence." General Taylor and the Wilmot Proviso. p. 21. In dem Pamphlet sind 14 südliche Zeitungen aufgezählt, die es für schlechthin absurd erklärten daran zu zweifeln, daß Taylor ein unbedingter Gegner des Wilmot-Proviso sei.

zubieten, wenn der fromme Glaube nicht zerstört werden sollte, daß sein Versprechen, das Staatsschiff allein nach dem Kompaß der Konstitution steuern zu wollen, ihn hinreichend zum Piloten qualifizire. Und dann war es weiter vielleicht nur gerechtfertigte weise Vorsicht, daß seine Getreuen jetzt nicht seinen ungeübten Händen das Steuer seines eigenen Schiffleins überließen. Seine politische Korrespondenz während des Wahlkampfes trägt ein merkwürdig verschiedenes Gepräge. Die früheren Briefe — nur der an das Signal bildet bis auf einen gewissen Grad eine Ausnahme — sind liebenswürdig unbeholfene und verzwickte Kompositionen, die in voller Lebenswahrheit das Bild des Mannes wiederspiegeln, dem seine Soldaten den Beinamen Old Rough and Ready gegeben hatten. Die späteren dagegen sind nicht nur stilistisch ganz korrekt, sondern sie sind in ihrer zweckbewußten Vagheit und Ungreifbarkeit vollkommen diplomatisch abgeschliffen. Die Erklärung des sehr markirten Unterschiedes liegt einfach in den gewandten Federn Anderer, von denen wir Crittenden haben reden hören. Die Biographin des Senators sagt richtig, daß der zweite Brief an Allison vom 4. September 1848 die Platform war, auf der schließlich der Wahlkampf für Taylor ausgefochten wurde, und aus einem Schreiben von Al. H. Stephens an Mrs. Coleman (13. Okt. 1870) wissen wir, daß dieser Brief in dem Zimmer von Stephens in Washington nach einer Konsultation zwischen ihm, Toombs und Crittenden geschrieben und durch Major Bliss an den General befördert wurde, der ihn dann als seinen Brief an Allison in die Welt schickte[1]).

Diese spezielle Thatsache war zur Zeit nicht bekannt, aber man wußte sehr genau und redete viel darüber, daß Taylor eine Art von Kuratorium zur Seite stehe, das ihn sorglich leite, damit er auf dem unbekannten und schlüpfrigen Terrain der politischen Mache nicht ausgleite oder sich verirre. Nicht nur die orthodoxen Demokraten suchten das für sich zu verwerthen, sondern auch die Whigs, die zu stolz und selbstbewußt waren und noch zu viel Glauben in die Mission ihrer Partei hatten, um in den Epauletten eines siegreichen Generals die einzige Rettung zu sehen, erklärten es für einen hinlänglichen Beweis, daß Taylor nicht der Mann sei, der in so schwierigen und drohenden Zeiten an die Spitze des Staates gestellt werden dürfe. Als die

[1]) Life of J. J. Crittenden, I. p. 294. — Seward, der sich sehr um Taylor's Wahl bemühte und nachher eine der stärksten Stützen seiner Administration war, spricht von den „inappropriate and unreasonable letters of our candidate for president." 26. August 1848 an E. J. Fowle. Seward's Works, III. p. 412.

Nationalkonvention der Whigs am 7. Juni 1848 in Philadelphia zusammentrat, war seine Nomination noch keineswegs eine schon entschiedene Sache, obwohl er von Hause aus der stärkste Kandidat war. Seine Partisanen glaubten nicht nur den schärfsten Druck auf die Widerwilligen ausüben, sondern auch zu unwürdigen Intriguen ihre Zuflucht nehmen zu müssen, um ihres Sieges sicher zu sein. Richter Saunders von Louisiana kündigte der Konvention in förmlicher Weise an, daß Taylor unter keinen Umständen seine Kandidatur aufgeben werde, da sie ohne sein Dazuthun vom Volke aufgestellt worden sei. Er erklärte das dann freilich dahin, daß Taylor nicht aus eigener Initiative zurücktreten, aber sich bereitwillig dem Urtheil seiner Freunde unterwerfen würde, wenn diese für gut fänden ihn fallen zu lassen[1]). Allein der Zweck war erreicht. Man sah darin nicht einen Widerruf der Ankündigung in dem Brief an den Richmond Republican. Die Konvention hatte den Eindruck empfangen, daß Taylor entschlossen sei der Volkskandidat zu bleiben und sie daher vor die Alternative gestellt sei ihn zu nominiren, oder die Partei sich spalten zu lassen und damit von vornherein auf den Erfolg zu verzichten. Intriguen, die sich zum Theil schon vor der Konvention abgespielt hatten, thaten das Uebrige. Die Konvention von Virginia hatte Taylor auf eine gefälschte Depesche hin nominirt, nach der Kentucky sich für ihn erklärt hatte, Clay also von seinem eigenem Staate verlassen worden wäre[2]). Scott, der sich noch immer eines starken Anhanges rühmen konnte, hatte direkt seine Bereitwilligkeit ausgesprochen die Kandidatur für die Vize-Präsidentschaft anzunehmen, wenn Clay für die Präsidentschaft nominirt würde[3]). Clay's Aussichten, sowohl in der Konvention wie bei der Wahl, wären durch eine solche Kombination erheblich gestärkt worden, das Kongreßmitglied aber, das autorisirt worden war diese Erklärung Scott's bekannt zu machen, hielt sie sorgfältig geheim. Clay hatte in seinem Schreiben vom 10. April 1848, in dem er gestattete, daß er auf der Nationalkonvention in Vorschlag gebracht würde, besonders hervorgehoben, daß er nach den Darstellungen seiner Freunde bestimmt auf New York und Ohio zählen dürfe[4]). Man darf daher seine spätere Versicherung nicht anzweifeln, daß er seinen Namen überhaupt nicht auf die Kandidatenliste hätte setzen lassen, wenn er diesen Versicherungen nicht

[1]) Niles' Reg. LXXIV. pp. 356, 357.
[2]) Siehe Botts' Protest.
[3]) Gen. Scott to Mr. Clay, July 19, 1848. Clay's Priv. Corresp. p. 571.
[4]) Colton, The last seven years of H. Clay. p. 474.

UNIVERSITY CALIFORNIA

Glauben geschenkt hätte[1]). Und wenigstens was Ohio anlangte, hatte er Grund dazu, da sie von so gewichtiger Seite wie Gouverneur Bebb kamen[2]). Die Ohio Delegation aber stimmte für Scott. Da dessen Nomination außer Frage stand, so wurde das mit Recht als eine Ankündigung verstanden, daß sie Taylor's Kandidatur annehmen werde, sobald sie es mit gutem Anstande thun könne. Wäre man aufrichtig gewesen, so hätte man dem greisen Führer der Partei, der durch den Verlust eines Sohnes im mexicanischen Kriege tief gebeugt war, die Kränkung einer neuen förmlichen Niederlage ersparen können; aber dazu war man — zu zartfühlend. Bitterer noch als die maskirte Desertion der Ohio Delegation zum unebenbürtigen Rivalen empfand er es jedoch, daß gleich in dem ersten Ballotement sieben von den zwölf Delegaten seines eigenen Staates für Taylor stimmten und das hatte auch mindestens ebensoviel Einfluß auf die Entscheidung wie die Fahnenflucht Ohio's. Bei der vierten entscheidenden Abstimmung hatte Clay nur noch 32 Stimmen gegen die 171 für Taylor, während das Votum für Scott auf 63 gestiegen war.

So war es denn gelungen den Whigs einen programmlosen Führer zu geben, von dem selbst Crittenden nichts weiter zu sagen wußte, als daß er die Mexicaner geschlagen habe und ein ehrlicher Mann sei, was er denn freilich wohl oder übel für vollkommen hinreichend erklären mußte[3]). Die Konvention blieb sich mithin nur konsequent, wenn sie mit der Nomination Taylor's und Fillmore's von New York als Kandidaten für die Vize-Präsidentschaft ihre Aufgabe als gelöst betrachtete und auseinanderging ohne eine Platform aufgestellt zu haben: das Programm der Whigs war eben die Programmlosigkeit. Tilden von

---

[1]) Colton, The last seven years of H. Clay, p. 464.

[2]) Siehe seinen Brief vom 4. April 1848 an Clay, a. a. O. pp. 476—478.

[3]) In einer zu Pittsburg am 24. Juni gehaltenen Wahlrede sagt er: „What is the foundation for the belief that the possession of high intellectual powers is the great qualification necessary for an aspirant to the presidential office? After all, the heart of a man is the best qualification, — a heart that is honest and faithful. Gratitude will keep such a heart in the right path, and under the rule of such a man we could not be in danger. None of our Presidents have ever failed through want of intellect. The failures of our administrations (where they have failed) have been through want of heart, and not of head. A man with a sound American heart and a good common understanding is what is wanted, and with such we are secure against treachery and danger. An honest man is needed, and honest men are not so scarce as is sometimes supposed." Coleman, Life of J. J. Crittenden, I. p. 307.

Ohio brachte eine Reſolution für das Prinzip des Wilmot-Proviſo ein. Das war natürlich der letzte Punkt, in dem es der Konvention möglich geweſen wäre, im Namen der Partei ein Glaubensbekenntniß abzulegen. Der Antrag wurde faſt einſtimmig auf den Tiſch gelegt[1]) und ſpäter rühmte man ſich gar deſſen, daß man kein Hehl aus der Unmöglichkeit gemacht habe, zu dieſer Frage als Partei Stellung zu nehmen[2]).

Die Nationalkonventionen beider Parteien hatten alſo offiziell und die eine auch thatſächlich die Frage ignorirt, die der Kongreß und das geſammte Volk ſchon ſeit Jahr und Tag als die wichtigſte und dringlichſte der inneren Politik anerkannt hatten, deren laſtende Wucht zu ſchwer für die Fundamente der Union zu werden drohe. Die Whigs thaten außerdem, als gebe es überhaupt keine politiſchen Fragen und ſie ſchlugen dem Volke vor Taylor an die Spitze des Staates zu ſtellen, weil ſie, wie Giddings ſich ausdrückte, ſeine Anſichten nicht kannten[3]). Es war daher nicht nur der Ausdruck perſönlicher Gereiztheit, ſondern es entſprach vollkommen den Thatſachen, wenn Clay erklärte: die Philadelphia Konvention habe ſich „erniedrigt" und die Partei „herabgewürdigt", und mit Recht wies er das dreiſte Anſinnen zurück, daß er ſelbſt jetzt noch in das große Horn für Taylor ſtoßen ſolle[4]). Nicht er allein dachte ſo. Viele, wie z. B. Webſter[5]), die ſich anfänglich in den ſchärfſten Worten über Taylor's Nomination ausgelaſſen hatten, unterſtützten freilich zuletzt doch ſeine Kandidatur. Aber es gab doch auch eine Minorität, der man zu viel zugemuthet hatte. Schon in der Konvention kam es zu heftigen Auftritten. Allen von Maſſachuſetts erklärte: ſeiner Anſicht nach habe die Konvention die Auflöſung der Whig Partei pro-

---

[1]) Die Richmond Times vom 13. Juni ſagt: „not more than a dozen votes" ſeien dagegen geweſen. Brown von Pennſylvania, der beantragt hatte ſich in dieſer Weiſe der Reſolution zu entledigen, meinte: „They were assembled there to carry out the glorious Whig principles, and were they to be diverted from their purpose by a set of factionists?"

[2]) Differences frankly declared, never attempted to be disguised," ſagte Duer von New York im Repräſentantenhauſe. Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., Append. p. 1049.

[3]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., Append. p. 382.

[4]) 20. Sept. 1848 an James Lynch und Andere. Priv. Corresp. p. 576.

[5]) In einer Rede zu Marſhfield am 1. Sept. 1848 erklärte er: „General Taylor has been nominated fairly, as far as I know, and I cannot, therefore, and shall not oppose his election. At the same time, there is no man who is more firmly of opinion that such a nomination was not fit to be made." Works, II. p. 441.

klamirt[1]). Henry Wilson von demselben Staate sagte sich förmlich von der Partei los und kündigte an, daß er mit allen Kräften gegen die Wahl Taylor's wirken werde. Und mehrere Vertreter von Ohio versicherten: Niemand dürfe auf ihren Staat zählen, der sich nicht gegen die weitere Ausdehnung des Sklavereigebiets verpflichte.

Das waren Manifestationen, die nicht leicht genommen werden durften. Bei dem ersten Ballotement waren von den auf Taylor gefallenen Stimmen 97 von Staaten abgegeben worden, die 1844 für Polk gestimmt hatten und von den 94 Stimmen der Whig-Staaten des Nordens waren nur 4 für ihn gewesen. Taylor war also nicht die eigene freie Wahl des Nordens, sondern dieser ließ sich ihn nur vom Süden aufdrängen. Die gegen das Parteigebot rebellirenden Mitglieder der Konvention durften mithin erwarten, auch in dem Volke einen Anhang zu finden und dieser Ueberzeugung gemäß handelten sie. Wilson lud sie sogleich zu einer Versammlung ein, um sich über ihr weiteres Vorgehen zu verständigen. Es war nur ein kleines Häuflein von fünfzehn Männern und auch von diesen wollten mehrere ihre Konstituenten konsultiren, ehe sie sich zu irgend etwas verpflichteten. Trotzdem wurde beschlossen, auf den Anfang August eine Konvention der Gegner beider Parteien nach Buffalo zu berufen und zu versuchen, die auf den 22. Juni in Columbus anberaumte Massenkonvention der Anhänger des Wilmot-Proviso in Ohio zum Anschluß an diese Bewegung zu bestimmen. Das gelang vollkommen. Eine Resolution der Massenkonvention lud alle Freunde der Freiheit auf den 9. August zu einer Konvention in Buffalo ein, um Kandidaten für die Präsidentschaft und Vize-Präsidentschaft zu nominiren. Gleichzeitig tagte in Columbus eine Konvention der Liberty Party, die John P. Hale und Leicester King von Ohio als ihre Kandidaten für die genannten Aemter aufstellte[2]), aber dabei die Berufung der Konvention nach Buffalo guthieß. Und endlich hielten die Barnburners in denselben Tagen eine Konvention in Utica ab, die am 23. Juni Van Buren zum Präsidentschaftskandi-

---

[1]) „I declare to this convention my belief that the Whig party is here and this day dissolved. You have put one ounce too much on the strong back of northern endurance." Wilson, Rise and Fall of the Slave Power, II. p. 136.

[2]) Diese Nominationen waren schon von der Nationalkonvention der Liberty Party in Buffalo, 20. Okt. 1847, gemacht worden. Siehe Goodell, Slavery and Anti-Slavery. pp. 477, 478.

daten nominirte, obwohl er erklärt hatte bei seinem Entschluß bleiben zu wollen, nie wieder ein öffentliches Amt zu bekleiden[1]).

So lagen die Dinge, als der Senat die Behandlung der Territorienfrage in eine neue Entwickelungsphase treten ließ. Daß man in der bisherigen Weise keinen Schritt weiter könne, war im Laufe der Debatten so offenbar geworden, daß der am 13. Juli von Clayton gestellte Antrag: den Theil der Botschaft des Präsidenten, der sich auf Oregon, California und New Mexico beziehe, an einen besonderen Ausschuß von acht Mitgliedern zu verweisen, mit großer Majorität angenommen wurde. Norden und Süden hatten die gleiche Zahl von Mitgliedern in dem Ausschusse, aber Phelps von Vermont war der einzige entschiedenere Vertreter der freiheitlichen Anschauungen in ihm. Während Dickinson in diesem Beschluß des Senates den ersten Sonnenstrahl sah, glaubte daher Hale, daß der Ausschuß alles in Nebel hüllen werde. Diese Vorhersagung bewahrheitete sich buchstäblicher, als Hale selbst erwartet haben mochte.

Am 19. Juli brachte Clayton im Namen des Ausschusses eine Bill ein. In seinem einleitenden Berichte theilte er mit, daß der Grundsatz: den Geist des Missouri Kompromisses auf das ganze Territorialgebiet auszudehnen, mit 5 gegen 3 Stimmen gebilligt, aber mit 4 gegen 4 Stimmen der Antrag verworfen worden wäre, den südlich von 36° 30′ gelegenen Theil der neu erworbenen Territorien hinsichtlich der Sklaverei wie einst das Louisianagebiet zu behandeln. Alle Aussichten auf die Vereinbarung eines Kompromisses wären geschwunden und der Ausschuß hätte daher den Gedanken gefaßt, nur im Allgemeinen für die Territorien Vorsorge zu treffen, die Sklavenfrage aber sich selbst zu überlassen. Seine Vorschläge gingen nun dahin: 1) Die provisorischen Gesetze von Oregon anzuerkennen, bis ein Gesetz der Territoriallegislatur die Sklaverei gestatte oder verbiete; 2) California und New Mexico als Territorien zu organisiren, aber den Territoriallegislaturen das Recht vorzuenthalten, eine Entscheidung hinsichtlich der Sklaverei zu treffen; die Rechtsfrage werde dann im Wege richterlicher Urtheile durch die Konstitution selbst entschieden werden und zu dem Behufe solle in den einschlägigen Fällen die Appellation an das Oberbundesgericht gestattet sein. Daß die Konstitution diesen Weg *vorschreibe*, behauptete Clayton nicht, denn er fügte hinzu, daß es dem Kongreß

[1]) „I trust to your friendship and past indulgence to be excused for repeating my unchangeable determination never again to be a candidate for public office." 20. Juni 1848. Gardiner, The Great Issue. p. 110.

unbenommen bleibe, den Streit später einmal durch Fortführung der Missouri Linie oder in irgend einer anderen Weise zum Austrag zu bringen[1]). Am 22. Juli gab er dann noch die weitere Erklärung ab, daß in der Bill eine Kompetenz des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien weder behauptet noch in Abrede gestellt werde und eben darin das Kompromiß bestehe[2]).

Der Ausschuß, dessen Vorschlägen auch Calhoun beigepflichtet hatte, forderte also den Kongreß auf, dem Beispiele der beiden Nationalkonventionen zu folgen und die größte Tagesfrage zu ignoriren. Dabei blieb er jedoch nicht stehen. Die demokratische Konvention hatte sie nur formell und scheinbar, keineswegs aber auch thatsächlich ignorirt und die Konvention der Whigs hatte sie nur als Partei ignorirt, um äußerlich als Partei fortbestehen und namentlich in der Präsidentenwahl geschlossen auftreten zu können. Der Kongreß dagegen sollte ihr als politische Frage durch ein Gesetz die Existenz abdekretiren, mit dem Vorbehalt sie in unbestimmter Zukunft vielleicht wieder einmal als existirend anzuerkennen. Inzwischen sollte sie nur als Rechtsfrage existiren.

Im Kongreß und außerhalb desselben theilten Viele die Ansicht des New York Herald, daß diese Abwälzung der Entscheidung mit ihrer Verantwortlichkeit auf das Oberbundesgericht eine Feigheit sei und nur dazu dienen werde das Feuer zu schüren[3]). Außerdem wurde mit Recht gesagt, daß die Bill keineswegs, wie ihr Urheber behauptete, weder für den einen noch für den anderen Theil Partei ergreife und ebensowenig die Frage wirklich aus der politischen Arena ausweise und

[1]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 950.

[2]) ib. p. 988.

[3]) „The extraordinary report of a new compromise, proposed by Mr. Clayton, from the committee of eight in the Senate, has opened up its (der Sklavenfrage) aspect in a new, a fresh, and a remarkable, but a cowardly view. . . . We are persuaded, therefore, from the symptoms which have already shown themselves, that the discussion and settlement of this question in Congress will by no means settle it out of doors, but will produce an animated and warm controversy throughout the whole press and the whole Union, on the cowardly conduct of Congress, in seeking to shove it upon the Supreme Court." Niles' Reg. LXXIV. p. 57. Dix sagte im Senat: „It is an evasion of responsibility, which will defeat its own purpose. It is sowing the seeds of a future agitation, vastly more profound and exciting than this. It is a temporary colonization of this controversy, to be sent out to the Pacific to stir up dissension among the first settlers, and then to be brought back here, after a time, to renew agitation among ourselves." Speeches, I. p. 378.

den interessirten Einwirkungen der in ihr herrschenden Einflüsse entziehe. Bis die Rechtsfrage entschieden war, hätte Niemand die Einführung von Sklaven in die Territorien hindern können. War es aber, wie sich ja gerade jetzt so deutlich zeigte, gar schwer die Sklaverei aus einem freien Territorium herauszuhalten, so war es sicher zehnmal so schwer, sich der thatsächlich in einem Territorium existirenden Sklaverei wieder zu entledigen. Die Zeit, die bis zur Entscheidung der Frage verstreichen mußte, ob Sklaverei in dem Territorium bestehen dürfe, war der Sklavokratie bewilligt, sich mit ihrer „besonderen Institution" in dem Territorium festzusetzen. Daß sie die Zeit nach Kräften ausnutzen würde, war selbstverständlich[1]), und unter den obwaltenden Ver-

[1]) Bei den jetzt in Rede stehenden Gebieten war die Gefahr allerdings durch ihre geographische Lage sehr verringert. California und Utah standen in gar keinem unmittelbaren Zusammenhang mit Sklavereigebiet und New Mexico war thatsächlich auch noch ganz isolirt. Wenn der Sklavenhalter im Nothfalle seine Sklaven über die schützende Grenze eines Sklavenstaates retten konnte, dann mochte die Aussicht auf großen Gewinn ihn zu dem Wagniß verlocken in ein Gebiet zu ziehen, in dem ein Fragezeichen das einzige Gesetz über die Sklaverei war. Wo er aber gewiß war sein zweibeiniges Kapital vollständig zu verlieren, wenn die Frage der Gesetzlichkeit der Sklaverei in der einen oder in der anderen Weise schließlich eine verneinende Beantwortung erhielt, da ging er schwerlich hin, so lange er noch anderswo seine Sklaven in voller Sicherheit verwerthen konnte. Clingman von North Carolina klagte am 22. Januar im Repräsentantenhause: „I may remark further that but for the antislavery agitation, our southern slaveholders would have carried their negroes into the mines of California in such numbers, that I have no doubt but that the majority there would have made it a slaveholding State. We have been deprived of all chance of this by the northern movements, and by the action of this House, which has, by northern votes, repeatedly, from time to time, passed the Wilmot proviso, so as in effect to exclude our institutions, without the actual passage of a law for that purpose. It is a mere farce, therefore, without giving our people time to go into the country, if they desire to do so, to allow the individuals there, by a vote, to exclude a whole class of our citizens." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 202. In California aber konnte die Unsicherheit des Besitztitels durch die Erwartung aufgewogen werden, daß der Sklave in kürzester Frist seinen vollen Kapitalwerth aus dem Goldsande herauswaschen werde. Gewichtige südliche Stimmen legten Zeugniß dafür ab, daß California trotz seiner geographischen Lage nur durch ein ausdrückliches Verbot vor der Sklaverei sichergestellt werden könne. Mason sagte: „We have heard here from various quarters, and from high quarters, and repeated on all hands . . . that there is a law of nature which excludes the Southern people from every portion of the State of California. I know of no such law of nature — none whatever: but I do know the contrary, that if California had been organized with a terri-

hältniſſen konnte die Furcht der Freiheitsfreunde nicht einfach als eitel bezeichnet werden, daß man ihr behilflich ſein würde, dieſe Zeit möglichſt auszudehnen. Die Gerichte konnten erſt in Aktion treten, wenn ein beſtimmter Fall vor ſie gebracht wurde und in den dünn beſiedelten Territorien, deren Bewohner meiſt vollauf mit ihren ganz perſönlichen Angelegenheiten zu thun hatten, konnte ſehr leicht geraume Zeit darüber hingehen, ehe nur das geſchah. Und geſchah es, ſo traten die Parteien vor die von dem Präſidenten eingeſetzten Territorialrichter und hier konnte nun die Politik in zwar mittelbarer, aber doch in der entſcheidenſten Weiſe eingreifen. Man brauchte gar nicht mit der New York Tribune für unzweifelhaft zu halten, daß Polk die enragirteſten Partiſanen der Sklavokratie für dieſe Aemter auserſehen werde[1]), um das zu befürchten. Das Gefühl dafür, wie furchtbar tief dieſe Frage in das Leben des Volkes eingreife, war ſo lebhaft geworden, daß jeder Präſident, mehr oder minder bewußt, ihr einen Einfluß auf die Beſetzung dieſer Aemter eingeräumt haben würde, wenn von derſelben ſo viel für ihre Entſcheidung abhängig gemacht worden war. Und auch wenn das nicht der Fall geweſen wäre, wo wären denn die Richter zu finden geweſen, die ſo vollſtändig außerhalb des allgemeinen Gedanken- und Empfindungslebens der Nation geſtanden hätten, daß ihr juriſtiſches Denken völlig unberührt geblieben wäre von der Kontroverſe, die ſeit Jahrzehnten für jenes im eminenteſten Maße zu einem geſtaltenden

---

torial form of government only . . . the people of the southern States would have gone there freely, and have taken their slaves there in great numbers. They would have done so because the value of the labor of that class would have been augmented to them many hundredfold." ib. Append. p. 510. Und einige Wochen ſpäter erklärte er, der Streit könnte noch jetzt — wenn ſich gleich andere Vereinbarungen mehr empfehlen würden — durch das ſeiner Zeit vom Süden gebilligte Prinzip der „Clayton Bill" ausgetragen werden: „this would require that so much of the territory of California as has recently been erected into a State government, should be remanded into a territorial condition, and so retained until reasonable time was allowed to citizens of the southern States to remove there with their property, if they chose to do so," (d. h. „trusting to the Constitution for the protection of our property when taken into the territories, and merely providing proper forms of redress through the judicial tribunals"). ib. p. 650.

[1]) „A Governor and three judges are to be the law makers and law expounders in each Territory — said Governor and judges appointed by Polk, and of course chosen among the most determined, wily and unscrupulous champions of slavery extension. Nobody can pretend to doubt how they will construe the constitution." Niles' Reg. LXXIV. p. 56.

Prinzip geworden war? Schon das Gefühl, daß dieses mit jedem Tage unmöglicher werde, ließ den Vorschlag: dem Oberbundesgericht die letzte Entscheidung zu überweisen, vielfach auch dort zurückgewiesen werden, wo man nicht, wie in den radikaleren Kreisen des Nordens, der Ansicht war, daß auch dieses bereits zu einem ergebenen Werkzeug der Sklavokratie herabgesunken sei [1]).

Weit gewichtiger als alle diese Erwägungen war jedoch eine andere, die Miller von New Jersey scharf in Ein Wort zusammenfaßte: die Frage ist eine politische und darum wird auch eine Entscheidung des Oberbundesgerichtes niemals von der Partei, gegen die sie ausfällt, als ihre Erledigung angenommen werden [2]). Der Kongreß mochte noch so emphatisch dekretiren, daß sie nur eine Rechtsfrage sein solle, sie war thatsächlich eine politische und als solche konnte sie nur von der gesetzgebenden Gewalt erledigt werden. Politische Fragen gehörten nicht nur gemäß wiederholten Entscheidungen des Oberbundesgerichtes, sondern vor allen Dingen auch nach der Natur der Sache nur vor das Forum des Kongresses. Auch wenn man jetzt in die Verfassung irgendwie eine Bestimmung hätte hineinzaubern können, die ausdrücklich dem Oberbundesgericht — und ihm allein — das Recht gab und die Pflicht *auf-*

---

[1]) Corwin von Ohio sagte den südlichen Senatoren in's Gesicht, daß sie nimmermehr für die Bill stimmen würden, wenn sie es für möglich hielten, daß das Oberbundesgericht gegen sie entschiede. Deb. of Congr., XVI. p. 229. Und in dem angeführten Artikel der Tribune heißt es: „But an appeal may be taken to the Supreme Court — a body in which there is a clear majority of slaveholders without counting the doughfaces, who comprise nearly all the residue. We are to accept the arbitrament of this utterly irresponsible, notoriously one-sided and very limited body — five of the nine slaveholders, and eight of the nine partizans of the boss doughface for President — instead of Congress consisting of two hundred and ninety members, about equally divided in politics, a majority from the free States, and nearly all immediately dependent on the people. . . . Let this bill pass as reported, and we shall have an immediate organization of each territory, under influences most hostile to free labor and free soil. Slaves will be carried and held there, and the territorial judges will pronounce the whole a fair business transaction. Then the Supreme Court has only to defer a decision until slavery shall have become strong enough to organize State governments and apply for admission into the Union. After that the court may decide as it sees fit; slavery will take care of itself." — Badger von North Carolina dagegen sagte im Senat: „He had a respect for the Supreme Court, but he was not willing to leave the decision of the question to a court, so large a portion of which were opposed to slavery." Deb. of Congr., XVI. p. 234.

[2]) ib. XVI. p. 227.

erlegte über die Zulässigkeit der Sklaverei in den Territorien zu entscheiden, hätte die Partei, gegen die das Urtheil ging, sich nicht auf die Dauer demselben unterworfen und der Kongreß — oder das Schwert hätten die endgiltige Entscheidung geben müssen. Jenes wäre dann wie dieses Revolution gewesen, aber die Thatsachen sind nun einmal mächtiger als Gesetze die der Natur der Thatsachen zuwiderlaufen. Das Clayton Kompromiß war nicht nur eine Feigheit, sondern es war auch eine Absurdität. Indem der Senat es am 26. Juli mit 33 gegen 22 Stimmen annahm, legte er das Bekenntniß ab, daß er absolut rathlos vor dem Probleme stehe und darum, gleich dem verfolgten Strauß, den Kopf in den Sand stecken wolle.

Das Repräsentantenhaus wußte auch keinen Rath, aber diesem Vorschlage Folge zu geben lehnte es in der gebührenden Weise ab. Auf den Antrag von Al. H. Stephens wurde die Bill ohne jede Debatte mit 112 gegen 97 Stimmen auf den Tisch gelegt[1]). Einige Demokraten wollten glauben machen, daß dieses ein Parteimanöver der Whigs sei. Stephens selbst aber erklärte, daß er lediglich im Interesse des Südens gehandelt habe, weil die Bill zwar in verdeckter Weise, aber doch vollständig die gerechten Ansprüche des Südens auf einen gleichen Antheil an den neuerworbenen Territorien geopfert habe, da das Oberbundesgericht gegen die Behauptung entscheiden müßte, daß an sich kraft der Konstitution die Sklaverei in denselben zulässig, d. h. gesetzlich sei. Er berief sich dabei nicht auf die thatsächlichen oder supponirten politischen Ansichten der einzelnen Richter, sondern begründete seinen Satz durch eine ganz objektive juristische Argumentation[2]). Durch Dekret vom 15. September 1829, sagte er, ist die Sklaverei in Mexico aufgehoben worden. Nach den Grundsätzen des Völkerrechtes bleiben aber die Gesetze, Rechte und Institutionen eines durch Eroberung oder auf anderem Wege erworbenen Gebietes in Kraft, bis sie von der neuen Regierung in rechtmäßiger Weise geändert worden sind. Dieses Prinzip hat wiederholt die ausdrückliche Anerkennung des Oberbundesgerichtes

[1]) Weder der Senat noch das Haus stimmte nach politischen Parteien. Im Senat waren für das Clayton Kompromiß 26 Demokraten und 7 Whigs und dagegen 10 Demokraten und 12 Whigs, darunter 4 aus Sklavenstaaten. Im Hause stimmten für Stephens' Antrag 31 nordstaatliche Demokraten, 78 nordstaatliche und 8 südstaatliche Whigs und dagegen 27 südstaatliche Whigs, 49 südstaatliche und 21 nordstaatliche Demokraten. Unter den Ja ist also kein südstaatlicher Demokrat und unter den Nein kein nordstaatlicher Whig.

[2]) Die vortreffliche Rede kann außer in dem Congr. Globe auch bei Cleveland, Al. H. Stephens, in Public and Private, pp. 334—352 nachgelesen werden.

erhalten[1]). Die Sklaverei existirt daher nicht in New Mexico und California, denn „die Verfassung erkennt die Sklaverei an und garantirt sie, wo sie durch Ortsgesetz (local law) existirt, aber sie führt dieselbe nirgends ein, wo sie durch Gesetz verboten ist."

Hier war der Beweis geliefert, daß nicht, wie die gemäßigteren Vertreter des Südens behaupteten, der vorliegende Fall dem durch das Missouri Kompromiß geschlichteten Streit analog sei. In den besiedelten Theilen des Louisiana Gebietes bestand die Sklaverei zur Zeit seines Ankaufes. Hätte der Süden nicht den festen Boden dieser Thatsache unter seinen Füßen gehabt, so wäre es ihm schwerlich gelungen, die Theilung zu ertrotzen. In California und New Mexico dagegen existirte die Sklaverei nicht nur thatsächlich nicht, sondern sie war gesetzlich verboten. Wenn nun nicht an und für sich dadurch, daß jene Gebiete in den Besitz der Vereinigten Staaten übergegangen waren, diese Gesetze als im Widerspruch mit der Konstitution aufgehoben waren[2]), so war

[1]) Er führt an: Wheaton's Rep. VIII. p. 589; XII. pp. 528, 535; Peters' Rep. I. pp. 517, 542, 544; VI. p. 712; VII. pp. 86, 87; VIII. pp. 444, 465; IX. pp. 133, 736, 747—749; X. pp. 305, 330, 721, 732; XII. p. 412.

[2]) Das wurde von Calhoun und den anderen Radikalen des Südens behauptet, weil der angeführte Grundsatz des Völkerrechtes auf „politische" Gesetze keine Anwendung finde und das Verbot der Sklaverei ein solches politisches Gesetz sei. Ersteres war richtig, wenn das Wort in seinem engsten Sinne verstanden wurde, aber für die zweite Behauptung ließ sich auch nicht der Schatten eines Grundes anführen. Man versuchte daher auch gar keine Begründung, sondern stellte nur mit apodiktischer Gewißheit die Behauptung hin, sich darauf berufend, daß „Sklaven ein Theil der Basis für die (direkte) Besteuerung und die Vertretung im Repräsentantenhause" seien. Diese Behauptung war aber selbst völlig ungegründet. Die Basis für die direkten Steuern und die Repräsentation war einfach die Bevölkerung und die Verfassung bestimmte nur, daß dabei eine Klasse der Bevölkerung gar nicht und eine andere nach einem bestimmten Verhältnißsatz gerechnet werden solle. (Jay sagt in Nr. 53 des Federalist über diese Bestimmung der Verfassung: „the Constitution ... which regards them (the slaves) as inhabitants, but as debased by servitude below the equal level of free inhabitants; which regards the slave as divested of two fifths of the man.") Wenn deswegen das Verbot der Sklaverei in den neuen Territorien ein politisches Gesetz sein sollte, das eo ipso durch ihren Anfall an die Union aufgehoben war, so konnte das doch nur behauptet werden, wenn das Verbot gegen ein Grundprinzip der politischen Organisation der Union verstieß. Dann mußte aber auch das Verbot der Sklaverei in jedem anderen Territorium verfassungswidrig sein und die Staaten, d. h. die konstituirenden Glieder der Union, waren selbst nicht an dieses Grundprinzip gebunden. Das Raisonnement lief also auf die Absurdität hinaus, daß ein Territorium, das in dem Sinne der Verfassung gar nicht repräsentirt war, an dieses Grundprinzip hinsichtlich der Repräsentation gebunden

mithin eine Aktion der gesetzgebenden Gewalt erforderlich, um die Einführung der Sklaverei in ihnen zu ermöglichen. Stephens, Badger, Clingman, Reverdy Johnson u. s. w. erklärten daher die Kompetenz des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien für unzweifelhaft, denn wenn er nicht kompetent war, so war die Sklaverei eo ipso aus den von Mexico erworbenen Gebieten ausgeschlossen. Damit begaben sie sich aber der Möglichkeit, die Ansprüche des Südens auf das positive Recht zu basiren; sie konnten sich nur auf die „Gerechtigkeit" berufen, d. h. nur einen Billigkeitsanspruch erheben. Trotzdem schlossen auch sie mit einem kategorischen Entweder-Oder, nur war es nicht in so herausforderndem Tone ausgesprochen wie das ihrer radikalen Kollegen. Reverdy Johnson, den sein Naturell und die Gewohnheit ruhigen juristischen Denkens kein Gefallen an der Rolle des politischen Heißspornes finden ließen und dem dieselbe auch nicht durch die Anschauungen und die Interessen seiner Konstituenten aufgedrängt wurde, glaubte ohne Leidenschaft aber bestimmt konstatiren zu müssen, daß die Staaten nicht verbunden bleiben könnten, wenn der Norden auf seinem Recht bestehe, den Süden mit seinen Sklaven durch Gesetz von den neuen Territorien auszuschließen[1]). Und Stephens forderte die Vertreter des Südens auf, keinen Dollar für die Ausführung des Friedensvertrages zu bewilligen, bis seine Rechte gesichert seien. Wenn er die Geldbewilligung mit der Bill über die Organisirung der Territorien verkoppele, dann werde er sich Gerechtigkeit erzwingen können.

Wenn der Süden nicht bei den Vertretern des Nordens Unterstützung fand, so konnte er auch mit diesem „Hebel" nichts ausrichten, da er in der Minorität war. Die ganze bisherige Geschichte der Sklavenfrage lehrte freilich, daß er deswegen doch guter Zuversicht sein dürfe. Es war ein anderes Moment, das den Ausgang des Streites zweifelhaft erscheinen ließ. Darin war der Süden vollkommen einig, daß wenigstens ein Theil der neuen Territorien der Sklaverei geöffnet werden müsse; darüber aber, wie das zu geschehen habe, wichen die Ansichten seiner Vertreter weiter von einander ab als in irgend einem früheren Kampfe für das Sklavenhalterinteresse. Bei den Einen war die Zuversicht auf den Sieg in der politischen Arena so sehr erschüttert[2]),

---

sei, aber von dem Augenblicke an, da es durch die Aufnahme als Staat repräsentationsberechtigt wurde, dasselbe jede verbindliche Kraft verlor.

[1]) Deb. of Congr., XVI. p. 247.

[2]) Die Nashville Union schrieb: „It will not do to trust Congress with a

daß sie sich dem Oberbundesgericht in die Arme werfen wollten; die Anderen glaubten damit alles verloren und riethen, es mit Pressionsmitteln zu versuchen, die ihnen die augenblickliche Lage in die Hand gab; die Dritten bestritten sowohl die Kompetenz der gesetzgebenden wie der richterlichen Gewalt und wollten von dem Selbstbestimmungsrecht der Territorien in dieser Frage vollends nichts hören: sie forderten im Namen der Konstitution Alles, sagten aber nicht, wie das verfassungsmäßige Recht des Südens gegen den Widerstand des mächtigeren Nordens in friedlicher verfassungsmäßiger Weise durchgesetzt werden solle. Sie dachten also nicht nur über das Wie sehr verschieden, sondern auch über die Rechtsfrage konnten sie sich ebenso wenig untereinander wie mit dem Norden verständigen. Und das war kein akademischer Streit. Welchen Einfluß mußte es auf den Norden ausüben, wenn ein Theil der Sklavokratie vor der Fortführung des Kampfes auf offenem Plan zurückscheute, ein anderer ein unantastbares Recht auf das ganze gegenwärtige und zukünftige Territorialgebiet zu haben behauptete und sogar die Verbindlichkeit der alten Kompromisse rundweg in Abrede stellte[1]), während ein dritter bekannte, für den vorliegenden Fall keinen Fußpunkt in dem positiven Recht zu finden, das allein noch einem großen und beständig wachsenden Theile der nordstaatlichen Bevölkerung das geringste Zugeständniß abdrängen konnte? Während die bisherigen Erfolge wie die eherne Nothwendigkeit die Sklavokratie zu unabläßiger und so rascher Steigerung ihrer Forderungen trieben, daß ihr äußerster Flügel schon die Grenze des Möglichen erreicht hatte, zersplitterte sie sich immer mehr in einander schroff gegenüberstehende Fraktionen. Die Solidarität ihrer Interessen war bis jetzt ein undurchdringlicher Panzer gewesen, nun aber zeigte der innere Hader, daß derselbe doch auch nicht aus einem Stücke bestehe und die Waffen eines geschickten und starken Gegners wohl durch seine Fugen einen Weg in ihr Fleisch finden könnten.

---

settlement of the question, because there the South is in a minority." Niles' Reg. LXXIV. p. 57.

[1]) Brown von Mississippi sagte: „The (Missouri) compromise has been called a contract.... The compromise is wanting in all the elements of mutuality which render a contract binding, and is therefore void." Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., Append. p. 647. Und Westcott von Florida: „For myself, I do not regard the compromise act of 1820 as a whit more warranted by the Constitution than was Mr. Sergeant's proposition to extend the principles of 1787 to all 'exterior territories'." ib. 30th Congr., 2d Sess., Append. p. 57.

Wie weit der Norden Muth und Geschick haben würde, das auszunutzen, ließ sich jetzt noch nicht absehen, aber daß der Süden noch in dieser Session mit seiner Forderung durchdringen werde, stand jedenfalls nicht zu erwarten, da so weit nur seine Uneinigkeit immer schärfer zu Tage getreten war. Das Haus hatte mit der Beseitigung der Clayton Bill auch einen Strich durch den Plan der südlichen Senatoren gezogen, durch die Verkoppelung Oregon's mit den neuen Territorien einen Druck auf den Norden auszuüben. Es fuhr in der Berathung seiner eigenen Bill zur Organisirung Oregon's fort, und nachdem es den Antrag: die heißumstrittene 12. Sektion zu streichen, mit 114 gegen 88 Stimmen verworfen hatte, wurde die Bill am 2. August mit 129 gegen 71 Stimmen passirt[1]).

Der Senat verwies die Bill an den Ausschuß für Territorien, der den Abschnitt über die Sklaverei ausdrücklich dadurch zu motiviren beantragte, daß Oregon nördlich von 36° 30′ liege. Der Ausschuß, bemerkte Douglas noch dazu, sei dabei einhellig der Ansicht gewesen, daß kein Senator durch seine Abstimmung über diesen Antrag als in irgend einer Weise hinsichtlich „der großen Frage" engagirt betrachtet werden solle[2]). Der Senat verwarf den Antrag des Ausschusses als „zweideutig" gefaßt, aber nahm dann einen der Sache nach identischen und nur anders formulirten Antrag von Douglas mit 33 gegen 21 Stimmen an. Das Haus aber verwarf dieses Ammendement am 11. August mit 121 gegen 82 Stimmen.

Man stand jetzt unmittelbar vor dem Schluß der Session. Würde sie ganz resultatlos zu Ende gehen, oder endlich doch eines der beiden Häuser nachgeben? Ein letzter Druck von außen her entschied die Frage.

Die Konvention in Buffalo, die dem Programm gemäß am 9. August zusammengetreten war, hatte zu der angestrebten Verschmelzung aller der Elemente geführt, die mit politischen Waffen der weiteren Machtvergrößerung der Sklavokratie entgegenzutreten und den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend diesen Kampf zur vornehmsten Parteifrage machen wollten. Die Platform der neuen Partei, die sich die Free Soil Party nannte, erklärte es für die Pflicht der Bundesregierung, überall dort, wo ihre verfassungsmäßige Kompetenz sie für das Bestehen und die Fortdauer der Sklaverei verantwortlich mache, sich dieser Verantwortlichkeit zu entledigen; forderte das Verbot der Aus-

---

[1]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess. p. 1027.

[2]) ib. p. 1048.

dehnung der Sklaverei in zur Zeit freies Territorium durch Bundesgesetz; und gab auf die „Forderung nach neuen Sklavenstaaten und neuen Sklaventerritorien" die „ruhige aber endgiltige Antwort: keine weiteren Sklavenstaaten, kein weiteres Sklaventerritorium"[1]). Zu Kandidaten für die Präsidentschaft und Vize-Präsidentschaft wurden Van Buren und Charles Francis Adams, der Sohn von John Quincy, nominirt.

Wilson versichert, die große Zahl der Delegaten, die seit jeher Van Buren feindlich gegenüber gestanden hätten und denen er besonders als der „nördliche Mann mit südlichen Prinzipien" unliebsam war, hätten für ihn gestimmt, weil sie erwartet hätten, daß viele demokratische Stimmen für ihn abgegeben werden würden und weil sie um der Sache willen zu jedem Opfer bereit gewesen wären[2]). Der erste Grund ist verständlich und es mag auch sehr wohl sein, daß diese Delegaten wirklich meinten, ein verdienstliches patriotisches Opfer zu bringen, indem sie trotz ihres Urtheiles über die Vergangenheit des Mannes für ihn stimmten. Wenn aber Wilson mit dem Satze schließt: „Grundsätze, nicht Personen, war ihr Wahlspruch geworden", so ist das mehr als sonderbar. Das Wort ist doch immer nur dahin verstanden worden, daß die Rücksichten auf Personen den Grundsätzen untergeordnet werden, aber hat nie bedeutet, daß es beim Durchkämpfen von Grundsätzen gleichgiltig sei, was für Personen man ihre Vertretung anvertraut. Gerade die Grundsatzlosigkeit in der Sklavenfrage und zum Theil auch sonst war ja der große Vorwurf, der auf Van Buren lastete. Und welchen Grund hatte man zu der Annahme, daß er über Nacht eine radikale Wiedergeburt durchgemacht habe? Er war der Urheber jener grell schillernden, ungreifbaren und doch so viel sagenden Sätze über die Sklavenfrage, die der demokratischen Partei noch jetzt gut genug dünkten, um mit ihnen in den Wahlkampf zu ziehen; er hatte noch im Herbst 1847 gesagt, daß ihm das Wohl der demokratischen Partei stets am Herzen liegen werde und er ihr jedes Opfer schulde[3]); er beglück-

---

[1]) Siehe die Platform bei Goodell, Slavery and Anti Slavery. pp. 479, 480.

[2]) Rise and Fall of the Slave Power, II. p. 155.

[3]) In einem Brief vom 20. Okt. 1847 an S. P. Collins, den Herausgeber des Republican Farmer, Wilkesbarre, Pa., in dem er die Ehre ablehnt, von diesem als Präsidentschaftskandidat der Demokraten in Vorschlag gebracht zu werden, heißt es: „That any state of things will hereafter exist in which this indulgence of my own preferences would, in the opinion of true and faithful friends, conflict with my duty to the political party to which my whole life

wünſchte jetzt die Konvention in ſeinem Annahmeſchreiben[1]) wegen ihrer vorſichtig unbeſtimmten Haltung hinſichtlich der Sklaverei in dem Diſtrikt von Columbia; er forderte dort, wo ſich die Kompetenz der Bundesregierung auf die Sklaverei erſtrecke, ein entgegenkommendes Verhalten[2]); und endlich erklärte er ausdrücklich, ſeine Haltung als Präſident in der Sklavenfrage, die ihm vornehmlich den Namen des „nördlichen Mannes mit ſüdlichen Prinzipien" eingetragen hatte, noch jetzt für durchaus richtig anzuſehen. Grundſätze und Grundſätze ganz allein, und weder Perſonen noch Rückſichten auf momentane Vortheile irgend welcher Art, das mußte in der That der Wahlſpruch einer Partei ſein, die jetzt mit irgend welcher Ausſicht auf Erfolg den Kampf gegen die Sklavokratie aufnehmen wollte. Nimmermehr aber konnte man das Volk glauben machen, daß eine Partei, die in dieſem Kampf Martin Van Buren zu ihrem Führer erkor, „im Geiſt und in der Wahrheit" dieſen Wahlſpruch angenommen habe.

Mit der Nomination Van Buren's hatte ſich die Freibodenpartei ſelbſt die Lebensfähigkeit genommen, aber für den Augenblick waren doch alle Gegner der beiden nationalen Parteien unter einen Hut gebracht und es konnte daher gar leicht geſchehen, daß wiederum der Ausgang des Wahlkampfes indirekt von ihnen entſchieden wurde. Und wenn Oregon abermals die Organiſirung als Territorium verweigert wurde, lediglich weil der Süden ſich noch nicht ſeinen Antheil an der mexicaniſchen Beute hatte ſichern können, dann trieb die gerechte Erbitterung gewiß noch Manchen in das Lager der Freibodenpartei, der ſonſt der alten Fahne treu geblieben wäre. Dieſe Erwägung[3]) brach

---

has been devoted, and to which I owe any personal sacrifice, is in the last degree improbable.

I appreciate and honor your anxious desire to see the integrity and firmness of the democratic party of the Union fully vindicated. As far as the temperate but steady action of one who is, by his position and a just observance of its proprieties, debarred from active participation in partisan conflicts, can aid in restoring its former efficiency, in rekindling its waning zeal, and in preserving the high and pure character for which it has been long and rightfully distinguished, you may confidently rely on my cooperation." Niles' Reg. LXXIII. p. 172.

[1]) Daſſelbe iſt vollſtändig abgedruckt bei Gardiner, The Great Issue, pp. 141—150.

[2]) „A spirit of considerate forbearance towards the institution, in localities where it was placed under the control of Congress."

[3]) Chaſe ſchreibt: „Thus ended the work of this great (Buffalo) convention, to the assembling and acting of which is attributed, and I think justly, the

endlich den starren Sinn der Majorität des Senates. Nach einer letzten langen Debatte, die bis zum Sonntagmorgen (13. Aug.) währte, ließ er sein Amendement mit 29 gegen 25 Stimmen fallen, und die Bill wurde in der Form angenommen, die ihr das Haus gegeben hatte.

Gegen alle Uebung begleitete Polk seine Approbation der Bill mit einer breit raisonnirenden Botschaft an das Repräsentantenhaus, die auf die Erklärung hinauslief, daß er ihr seine Zustimmung nur gegeben habe, weil sie „nicht im Widerspruch mit den Bedingungen des Missouri Kompromisses" stehe[1]). Daraus ließ sich entnehmen, was von ihm zu erwarten war, wenn der Kampf um die neuen Territorien in der nächsten Session wieder aufgenommen wurde. Wäre es denkbar gewesen, daß der Norden dann einen vollständigen Sieg davontrug, so mußte er fruchtlos bleiben, da der Präsident schon sein Veto angekündigt hatte. Die Haltung des Senates machte jedoch alle solche Illusionen unmöglich und Clayton's Erwartung war sicher begründet, daß die Mitglieder des Kongresses nicht in besserer Stimmung und versöhnlicherem Geiste nach Washington zurückkehren würden[2]). Monate hatte man mit äußerster Energie und steigender Erbitterung über die Frage gestritten, von deren Existenz die Nationalkonventionen beider Parteien nichts zu wissen schienen; nichts war erzielt worden, als daß man den Süden gezwungen hatte, auf das Vorhaben zu verzichten, sich Oregon's als Hebel zu bedienen, und der Kongreß ging am 14. August mit der Gewißheit auseinander, daß er nach wenigen Monaten hoffnungsloser und erbitterter als zuvor den Kampf von vorne beginnen müsse. Clay schrieb an demselben Tage an Stevenson, daß er sich nicht wundern würde, wenn die öffentliche Meinung anfinge auf die Rückgabe von New Mexico und California hinzudrängen[3]).

passage of the bill organizing the Territory of Oregon with the prohibition of slavery." Warden, Private Life and Public Services of S. P. Chase, p. 319.

[1]) Deb. of Congr., XVI. p. 255.

[2]) ib. p. 242.

[3]) Colton, The last seven Years of the Life of H. Clay. p. 472.

Vierzehntes Kapitel.

Die zweite Session des dreißigsten Kongresses. Fortsetzung des Kampfes um die Territorien. Erschütterung der Solidarität der Anschauungen und Interessen des Südens.

Als der Kongreß am 4. Dezember wieder zusammentrat, waren die Aussichten auf irgend einen Austrag der Territorienfrage insofern besser geworden, als die Parteien nicht mehr durch die ängstliche Rücksichtnahme auf den Einfluß behindert waren, den ihre Entschließungen auf die Präsidentenwahl ausüben könnten. Die beiden großen Parteien hatten in je 15 Staaten den Sieg davongetragen, aber die demokratischen Staaten gaben nur 127 Elektoralstimmen ab, während die der Gegner 163 hatten. Daß der Sieg Taylor's nicht eine Niederlage der Sklavokratie sei, erhellte schon daraus in der unzweifelhaftesten Weise, daß unter den 15 für ihn gewonnenen Staaten 8 Sklavenstaaten waren. Die Freibodenpartei war, wie sie es nicht anders erwartet hatte, in allen Staaten unterlegen, aber sie hatte fast 300,000[1]) Stimmen abgegeben, davon allein in New York 120,000, die dort den Kampf zu Ungunsten der Demokraten entschieden hatten und die 36 Elektoralstimmen von New York waren das Gewicht, von dem es abhing, welche von den Schalen der Wage in die Höhe geschnellt wurde. Nur Pennsylvania mit seinen 26 Stimmen hätte die Demokraten retten können, aber Pennsylvania zahlte ihnen jetzt seine Dankesschuld für das unwahre Spiel, das sie in der letzten Präsidentenwahl hinsichtlich des Tarifs mit ihm gespielt hatten. Die freien westlichen Staaten hatten ausnahmslos für die Cass Elektoren gestimmt und das Votum der Freibodenpartei war

[1]) Nach Warden, Private Life and Public Services of S. P. Chase 291,678; nach dem Independent vom 30. Dez. 1852, 292,828. Einer amtlichen Angabe entsinne ich mich nicht begegnet zu sein.

nur ſchwach geweſen; ſogar in Ohio hatte ſie es nur auf 35,494 Stimmen gebracht. Schon die nächſte Folgezeit lehrte jedoch, daß daraus nicht ein Schluß auf die Haltung gezogen werden dürfe, die dieſe Staaten beobachten würden, wenn ihnen einſt die Frage der Ausdehnung des Sklavereigebietes ohne fremdes Beiwerk zur Entſcheidung vorgelegt werden ſollte[1]).

Der Ausgang der Wahl hatte ſomit hinſichtlich der Territorienfrage nur ein negatives Reſultat ergeben. Wären die Demokraten ſiegreich geweſen, ſo hätte man gewußt, daß während der nächſten vier Jahre der ganze Einfluß der Exekutive zu Gunſten der Sklavokratie aufgeboten werden würde, wenn auch nicht gerade für ihre äußerſten Forderungen, ſo doch wenigſtens für die Ausdehnung der Linie des Miſſouri Kompromiſſes oder die Möglichkeiten, die ihr das Prinzip der Squatterſouveränetät gewährte. Jetzt dagegen vermochte Niemand etwas über die Stellung des künftigen Präſidenten und der dominirenden Partei zu der Frage zu ſagen und man fuhr in einem dichteren Nebel als zuvor einher. Nur darüber erlaubte eine gebührende Würdigung der angeführten Einzelheiten keinen Zweifel, daß der Süden nicht darauf rechnen dürfe, die Oppoſition eingeſchüchtert zu finden und leiſer auftreten zu ſehen, und dazu war es weit dringlicher geworden, als man am Schluß der letzten Seſſion hatte erwarten können, daß man endlich zu einer Entſcheidung käme.

Die Botſchaft des Präſidenten vom 5. Dezember theilte mit, daß er durch einen Erlaß des Staatsſekretärs vom 7. Oktober California und New Mexico habe auffordern laſſen, vorerſt noch den während des Krieges eingeſetzten proviſoriſchen Regierungen Gehorſam zu leiſten; dieſelben hätten allerdings mit dem Abſchluß des Friedens ihre auf dem Kriegsrecht beruhende Autorität verloren, müßten aber als „de facto“ Regierungen angeſehen werden und andere Regierungen könnten ſie nicht bekommen, bis der Kongreß durch Geſetz Vorſorge für ſie getroffen

[1]) Dem Independent vom 18. Jan. 1849 wird aus Dubuque, Iowa, geſchrieben: „The Free Soil question . . . has many advocates and excites much interest here. The recent vote at the Presidential election was no test of the opinion in the Northwest. Many strong 'free soilers' would not support the Van Buren ticket for various reasons — dislike of the man, and of the managers, and of some points in the policy of the party, and because they believed that to vote for it was virtually to defeat the object in view. If the naked questions of free soil or slavery in the Territories were presented to the people of this section of the Union, there would be an overwhelming majority for the former.“

habe. Dieser Mittheilung ging eine Schilderung der in den Territorien herrschenden Zustände voraus, die „gebieterisch" forderten, daß der Kongreß nicht auch diese Session wieder verstreichen lasse, ohne jene Pflicht zu erfüllen[1]). Was da gesagt war, reichte vollkommen hin, das Wort „gebieterisch" zu rechtfertigen, aber wie groß der Nothstand California's wirklich sei und namentlich in kürzester Frist werden müsse, konnte aus der Botschaft entfernt nicht ersehen werden.

Das Vorkommen der Edelmetalle im Lande war, wie Polk bemerkte, zur Zeit seiner Erwerbung bekannt gewesen, aber man hatte so wenig darüber gewußt, daß man der Thatsache gar keine Beachtung geschenkt hatte. Ein Zufall führte zu der Entdeckung, daß es in seinen Flüssen und Gebirgen solche Mengen von Gold berge, daß seine Entwickelung dadurch in ganz eigenartige Bahnen gedrängt werden und einen Impuls von schlechthin beispielloser Kraft erhalten mußte. Bei Coloma, 45 engl. Meilen nordöstlich von Sacramento, fand James W. Marshal am 19. Januar 1848 bei dem Bau einer Sägemühle für den Schweizer[2]) Sutter in dem Schwemmsand gelbe Metallkörner, die er für Gold hielt. Die Arbeiter machten sich lustig über seine Entdeckung, als aber eine Probe des Fundes von Sachverständigen in San Francisco für gediegenes Gold erklärt worden war, hatte Sutter bald Grund darüber zu klagen, daß seine Leute sich mehr mit dem Durchsuchen des Sandes als mit ihren Arbeiten in der Mühle beschäftigten. Erst Ende März begann man jedoch in San Francisco dem aus Coloma kommenden Goldstaube allgemeine Aufmerksamkeit zu schenken, dann steigerte sich aber in wenigen Wochen das Interesse zum hitzigsten Goldfieber. Am 29. Mai hörte der Californian auf zu erscheinen und am 14. Juni ging auch der Star ein: das Redaktionspersonal und die Setzer waren nach den Goldwäschereien fortgezogen. California hatte keine Zeitung mehr, die Bevölkerung von San Francisco schwand zusehends zusammen, im Sommer begann die Auswanderung aus Monterey, Santa Cruz, Los Angeles nach den Wäschereien, im Herbst stellten schon die Sandwich Inseln und Oregon ihr Kontingent zu den Goldgräbern. Die Preise aller nothwendigen Artikel begannen auf eine abenteuerliche Höhe zu steigen, die Lebensmittel wurden knapp, aber Gold floß in stets wachsenden Mengen nach San Francisco. Der ganze Export des Jahres 1847 hatte einen Werth von $ 160,000

[1]) Statesm.'s Man., III. pp. 1733, 1734.

[2]) Nach Anderen war er Badener. Ich weiß nicht, welche Angabe die richtige ist.

repräsentirt und bis zum Schluß von 1848 war schon für zwei Millionen Gold exportirt. In der zweiten Hälfte des September begann die östliche Presse ihren Lesern zu erzählen, wie in California die Märchen der Kinderstube Wahrheit würden und man sich nur zu bücken brauche, um das Gold vom Boden aufzulesen. Einen Augenblick versuchte man den wunderbaren Berichten nicht zu viel Glauben zu schenken, aber im nächsten Moment bemächtigte sich ihrer die Phantasie mit der ganzen leidenschaftlichen Energie und überschäumenden Thatkraft, deren dieses Volk fähig ist, wo es mit verwegenem Wagen um die Gunst der Glücksgöttin zu buhlen gilt. California war das eine, nie erschöpfte und nie ermüdende Gesprächsthema von Alt und Jung, von Arm und Reich, und die Jungen, die reich werden wollten, sahen Tag und Nacht die gelben Körnchen so verführerisch vor ihren heißen Augen glitzern, daß sie bald nur noch den einen Wunsch hatten, so bald als möglich nach dem Goldlande aufzubrechen. Der Sohn war taub für die abmahnenden Zweifel der Eltern, der Bräutigam verschloß der Braut den bittenden Mund mit einem Kuß und dem Hinweis auf die glänzende Zukunft, „nur auf ein kurzes Jahr" riß sich der Gatte los von Weib und Kind, und bald fragten sich in unzähligen Häusern die Alten mit banger Sorge, der oft der Versucher ein wenig heimliche Hoffnung beimengte, wann das Goldfieber unter ihrem Dach sein Opfer fordern werde. Kein Beruf, selbst der geistliche nicht ausgenommen, schützte vor der Ansteckung, und endlich war jedes Schiff, sogar die nur für den Flußdienst gebauten Fährboote, gut genug, sich dem Meere anzuvertrauen. Nach der New York Tribune waren vom 7. Dezember 1848 bis zum 8. Februar 1849 137 Schiffe mit 8098 Auswanderern nach California abgegangen und gegen Ende März rechnete der Herald schon 270 Fahrzeuge aller Art mit 18,341 Passagieren zusammen [1]). Die Schiffe, die glücklich in San Francisco anlangten, blieben auch dort, denn sobald sie sicher vor Anker lagen, verwandelten sich die Mannschaften in Goldgräber. Manchem Kapitän blieb schließlich nichts übrig, als seinen Leuten zu folgen, und ein ganzer Mastenwald von verlassenen Fahrzeugen bedeckte eine Weile die Bai. Selbst die Truppen desertirten in hellen Haufen, und die Befehlshaber riethen, keine neuen zu schicken, da man sie doch nicht halten könne [2]).

[1]) Niles' Reg. LXXV. pp. 113, 193. Wo ich keine anderen Quellen genannt habe, bin ich der Darstellung von Hittell, A History of the City of San Francisco gefolgt.

[2]) Commodore Jones berichtet am 25. Okt. 1848 von Monterey dem Flott-

Es waren viele in jeder Hinsicht tüchtige Leute unter den Einwanderern, aber der Prozentsatz zuchtloser Abenteurer aller Nationalitäten war erschreckend groß und es war nicht abzusehen, was für Proportionen der Strom dieses tollen Durcheinander annehmen würde, der sich in das Wunderland ergoß. Wenn da nicht bald eine starke Regierung aufgerichtet wurde, so konnten sich Verhältnisse entwickeln, die selbst denen, die mitten in ihnen standen, in ihrer großartigen Zügellosigkeit und steten furchtbaren Spieleraufregung wie ein wüster Traum erscheinen mußten. Polk konnte daher den Kongreß gar nicht zu dringend mahnen, den Territorien jetzt eine gesetzliche Organisation zu geben. Aber alle Mahnungen räumten nicht die Schwierigkeiten aus dem Wege, die das in der letzten Session verhindert hatten, und darüber wußte der Präsident nichts Neues zu sagen, wie diese beseitigt werden

---

sekretär: „Nothing, sir, can exceed the deplorable state of things in all Upper California at this time, growing out of the maddening effects of the gold mania. . . . I shall be enabled to keep on this coast until the whirlwind of anarchy and confusion confounded is superseded by the establishment of some legal government potent enough to enforce law and to protect life and property, which at this time is in great jeopardy everywhere outside our bulwarks." Und am 2. November: „For the present, and I fear for years to come, it will be impossible for the United States to maintain any naval or military establishment in California; as at present, no hope of reward or fear of punishment is sufficient to make binding any contract between man and man upon the soil of California. To send troops out here would be needless, for they would immediately desert. To show what chance there is of apprehending deserters, I enclose an advertisement which has been widely circulated for a fortnight, but without bringing in a single deserter. Among the deserters from the squadron are some of the best petty officers and seamen, having but few months to serve, and large balances due them, amounting in the aggregate to over ten thousand dollars. . . . The commerce of this coast may be said to be entirely cut off by desertion. No sooner does a merchant ship arrive in any of the ports of California, than all hands leave her; in some instances captain, cook, and all. At this moment there are a number of merchant ships thus abandoned at San Francisco, and such will be the fate of all that subsequently arrive." — Der Zahlmeister W. Rich schreibt den 23. Okt. 1848 dem General Towson: „I arrived here on the 18th inst. from San Diego, and have paid the four companies of the 1st New York regiment in full, and they have all started for the gold mines. . . . Nearly all the men of company 'F.', 3d artillery have deserted. We have the Ohio, Warren, Dale, Lexington, and Southampton in port, but they cannot land a man, as they desert as soon as they set foot on shore. The only thing the ships could do in case of an outbreak, would be to fire upon the town" (Monterey). Niles' Reg. LXXV. p. 70.

könnten. Er plaidirte nur für die Rechts- und Billigkeitsanſprüche des Südens und ſchlug abermals die Ausdehnung der Linie des Miſſouri Kompromiſſes vor. Er meinte, der Norden könne und ſolle um ſo bereitwilliger darauf eingehen, als die Frage eigentlich nur eine abſtrakte und nicht eine praktiſche ſei, weil die Produkte und das Klima die Sklaverei aus dem größten Theil der Territorien für immer ausſchlöſſen und es wenigſtens wahrſcheinlich ſei, daß ſie auch in dem Reſt nicht werde beſtehen können [1]). Dieſes Argument aus dieſem Munde zu hören mußte Verwunderung erregen, denn Polk konnte doch ſchwerlich erwarten, daß ſchon jetzt alle die handgreiflichen Beweiſe dafür vergeſſen ſein würden, wie viel das Sklavenhalterintereſſe mit dem Urſprunge und den Zielen des Krieges zu thun gehabt habe. Auch jetzt noch ließen ſich Stimmen genug aus dem Süden vernehmen, die ſehr nachdrücklich dieſen Behauptungen des Präſidenten widerſprachen [2]).

Da der Präſident ſonſt kein neues Argument für ſeinen Vorſchlag vorzubringen hatte, ſo war wohl nicht anzunehmen, daß das Repräſentantenhaus ihm jetzt Folge geben werde, nachdem es ihn ſo oft verworfen hatte. Douglas, der mit ſolcher Zähigkeit immer wieder auf ihn zurückgekommen war, hatte jetzt die Hoffnung aufgegeben und trat gleich an dem erſten Tage mit einem neuen und höchſt überraſchenden Plan vor den Senat. Er kündigte Bills für die Organiſirung von Minneſota, Nebraska und New Mexico als Territorien und eine Bill für die Zulaſſung von California als Staat an. Die unbedingten Partiſanen des Wilmot-Proviſo hatten ihn in Verdacht, daß er mit dieſer Bill die Sklaverei dadurch in California einſchmuggeln wolle, daß ſie alle, „nicht unanwendbaren" Bundesgeſetze, was auch die 8., 9. und 10. Sektion des Geſetzes von 2. März 1807 über die Importation von Sklaven und den Sklavenhandel an den Küſten und im Innern der Union eingeſchloſſen haben würde, in dem neuen Staate für in

---

[1]) Statesm.'s Man., III. p. 1736.

[2]) Die Nashville Union ſagte: „Here is a vast field opened to the wealth and labor of the South, which if improved, promises a rich harvest. Slave labor can be employed more profitably in mining in California and New Mexico, than it possibly can be in any portion of the United States. Thus an extensive domain will be created for slave labor, the surplus of which is now crushing the Southern states." Livermore, The War with Mexico reviewed, p. 193. — Auch der alte Gouverneur Troup ſchrieb noch den 1. Okt. 1849: „for all mining purposes, slave labor would be as applicable to all countries north of 36° 30', as south of it." Harden, Life of G. M. Troup, Append. p. XIX.

Kraft erklärte [1]). Ich glaube nicht, daß sich aus dieser Bestimmung und aus diesem Gesetz das Recht würde haben herleiten lassen, Sklaven in California einzuführen und ich sehe keinen genügenden Grund zu der Annahme, daß Douglas das beabsichtigt habe. Der kleine Senator von Illinois, der rasch zu einer Macht im Staate wurde, scheint mir überhaupt falsch beurtheilt zu werden, wenn man ihm, wie es wohl von radikalen Republikanern geschehen ist, Schuld gibt, daß es ihm um die Förderung der Sklavenhalterinteressen zu thun gewesen sei. Douglas, der in seinem Aeußeren und seinen Manieren die Rohheit und Halbkultur der unteren Bevölkerungsschichten des werdenden Westens scharf und bisweilen bis zum Ekel drastisch zu Tage treten ließ [2]), eine gewandte Zunge, einen scharfen natürlichen Verstand, große Schlagfertigkeit, ein gutes Maß der in Geriebenheit übergehenden Klugheit hatte, immer rührig und zur Stelle war und mit dem ganzen plumpen Applomb des dreisten, einflußreichen, halbgebildeten Strebers auftrat, der von unbegrenztem Selbstvertrauen erfüllt ist — Douglas war nicht nur von Profession, sondern auch von Natur und aus Neigung ein Demagoge, der nur den Süden zufriedenstellen wollte, ohne es mit dem Norden zu verderben, weil das ihm der einzige Weg erschien, das höchste Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen. Gewiß machte er sich nicht der Schwäche schuldig, sich über das harte Geschick der Neger zu grämen, aber der Mann, der im Norden geboren und aufgewachsen war und seit den ersten Mannesjahren die Luft des weiten freien Westens geathmet hatte,

---

[1]) Siehe hierüber Giddings, History of the Rebellion. p. 294.

[2]) Adams schreibt den 14. Febr. 1844 in seinem Tagebuch: „At the House, Stephen A. Douglas, of Illinois, the author of the majority report from the Committee of Elections, had taken the floor last evening, and now raved out his hour in abusive invectives upon the members who had pointed out its slanders, and upon the Whig party. His face was convulsed, his gesticulation frantic, and he lashed himself into such a heat that if his body had been made of combustible matter it would have burnt out. In the midst of his roaring, to save himself from choking, he stripped off and cast away his cravat, unbuttoned his waistcoat, and had the air and aspect of a half-naked pugilist. And this man comes from a judicial bench, and passes for an eloquent orator!" Mem. of J. Q. Adams, XI. pp. 510, 511. Später einmal nennt er ihn „the homunculus Douglas". Douglas zankte sich mit südlichen Parteigenossen über „the constitutionality of appropriations for the improvement of Western rivers and harbors." Adams bemerkt dazu: „The debate was continued between the conflicting absurdities of the Southern Democracy, which is slavery, and the Western Democracy, which is knavery." ib. XII. p. 11.

konnte doch nicht gerade Gefallen an der Sklaverei finden. Tiefe Gleichgiltigkeit war der Grundton, auf den ſein Denken und Empfinden hinſichtlich der Sklaverei als einer ethiſchen Frage geſtimmt war. Es hätte ihn keine ſonderliche Ueberwindung gekoſtet, den freien Boden von California und New Mexico von Sklavenfüßen treten zu laſſen, aber er war viel zu klug um zu verkennen, wie bedenklich es bei der Stimmung des Nordens für einen nach der Präſidentſchaft jagenden Politiker geweſen wäre, durch direktes geſetzgeberiſches Eingreifen — mit welcher Raffinirtheit es auch immer maskirt ſein mochte — die Territorien der Sklaverei zu öffnen. Die Fortführung der Linie des Miſſouri Kompromiſſes bis an den Stillen Ozean und die Squatterſouveränetät, das waren die Grenzen, bis zu denen er im Dienſte des Südens glaubte gehen zu dürfen, ohne im Norden den Boden unter den Füßen zu verlieren und der Vorſchlag, California ſogleich als Staat zuzulaſſen, ſcheint mir nur als eine Anwendung des Prinzipes der Squatterſouveränetät in eigenthümlicher Form gedacht geweſen zu ſein. Mit den anderen Gebieten drängte es nicht ſo, aber California mußte unverzüglich eine geſetzliche Organiſation erhalten und das war der einzige Weg ſich die leidige Frage vom Halſe zu ſchaffen und es der bunten, noch in keiner Hinſicht zuſammengewachſenen Menge zu überlaſſen ſie nach eigenem Gutdünken zu entſcheiden, ohne ſich über die Kompetenz des Kongreſſes ſtreiten und die allzu zarten Gewiſſen des Nordens beſchweren zu müſſen, denn der Staat war ja in dieſem Punkt „ſouverän".

Der Plan hätte ungetheilten Beifall finden müſſen, wenn es allen Parteien nur darum zu thun geweſen wäre, ſich der Nothwendigkeit einer Entſcheidung zu entziehen. Allein er hatte nichts, was ihn denen empfehlen konnte, die noch eine ſolche in ihrem Sinne zu erringen hofften. Alle politiſchen Einwendungen, die ſich gegen die Squatterſouveränetät erheben ließen, fanden auch auf ihn Anwendung und außerdem gab er noch zu anderen Ausſtellungen Anlaß. Allerdings war es ſchon einmal vorgekommen, daß einem Gebiet, das nie eine Territorialorganiſation gehabt hatte, die Aufnahme als Staat zugeſichert worden war, ehe es eine Staatsverfaſſung entworfen hatte. Allein Kentucky war ein Theil von Virginia geweſen und hatte ſich mit dieſem darüber verſtändigt, daß es ſich als ſelbſtändigen Staat organiſiren ſolle. Es war alſo durchaus nicht ein analoger Fall, wenn gleich auch die Entſtehungsgeſchichte von Kentucky eine ganz außergewöhnliche geweſen war. California war eben erſt erworben worden, dem größten Theil der alten Bevölkerung waren die Inſtitutionen, Anſchauungen und Sitten

der Union völlig fremd und sie verstand nicht einmal die englische Sprache und jetzt strömte dort eine Gesellschaft zusammen, die das alte Wort, daß es nichts Neues unter der Sonne gibt, vollständig zu Schanden machte. Dix urtheilte daher, wie zur Zeit jeder vernünftige Mensch urtheilen mußte, wenn er sagte, die Vorschule des Territorialzustandes sei in diesem Fall nothwendiger als je zuvor[1]). Und der Ausschuß für Rechtsangelegenheiten, an den die Bill verwiesen worden war, konnte daher ohne Bezugnahme auf die Sklavenfrage triftige und hinreichende Gründe zu einem ungünstigen Bericht finden[2]). Den linken Flügeln beider Parteien war aber die Sklavenfrage der gewichtigste und ein allein vollkommen zureichender Grund für die Verwerfung von Douglas' Proposition.

Schon in dem Streit um die Missouri Frage hatte ja der Norden hartnäckig für das Recht gestritten, die Aufnahme neuer Staaten an die Bedingung des Verbotes der Sklaverei zu knüpfen und jetzt wehrte er sich in erster Linie deswegen so heftig gegen die Vermehrung der Sklaven*territorien*, um die Zahl der Sklaven*staaten* nicht wachsen zu lassen. Mit welchem Rechte durfte denn erwartet werden, daß der Norden jetzt in der Anerkennung der „Souveränetät" des zu bildenden Staates bereitwillig so weit gehen würde, ihm in diesem Punkte völlig freie Hand zu lassen? Douglas übersah, daß es auch in diesem Falle keineswegs nur *eine* Ansicht über die Rechtsfrage gab und vor allen Dingen vergaß er wie der Clayton Ausschuß, daß der Streit in viel zu eminentem Grade ein politischer war, um je dadurch allein einen Austrag herbeiführen zu können, daß man sich geschickt um die Rechtsfrage herumdrückte. Bei denjenigen Südstaatlern, die sich über die Natur der Sklavenfrage wirklich klar geworden waren, fand darum auch Douglas' Vorschlag noch viel weniger Gunst als bei dem Norden. Sie hatten den Gang der Dinge in California mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt und ihre Stirnen hatten sich immer mehr umwölkt.

Die beiden einzigen Zeitungen von California wiesen mit äußerster Entschiedenheit die Segnungen der „besonderen Institution" zurück und versicherten daß die Bevölkerung in dieser Frage völlig einmüthig sei[3]),

---

[1]) Speeches, I. pp. 423—425.

[2]) 9. Jan. 1849. Congr. Globe, 30th Congr., 2d Sess. pp. 190—192.

[3]) Der California Star schreibt am 25. März 1848: „The simple recognition of slavery here would be looked upon as a greater misfortune to the Territory than though California had remained in its former state, or were at the present crisis abandoned to its fate. . . . We would, therefore, on the part

und jetzt (13. Dez.) überreichte Benton dem Senat eine Petition von New Mexico[1]), die ganz denselben Standpunkt einnahm. Es hieß in diesem Gesuch um die Errichtung „einer rein bürgerlichen Regierung": „Wir protestiren ehrerbietig aber fest gegen die Zerstückelung unseres Territoriums zu Gunsten von Texas"; und: „Wir wünschen in unserem Gebiet nicht Sklaverei zu haben und bis die Zeit unserer Aufnahme in die Union als Staat gekommen ist, wünschen wir von dem Kongreß gegen die Einführung von Sklaven geschützt zu werden".

Hier war eine neue bittere Frucht der unlauteren Politik Polk's in der mexicanischen Frage, die jetzt unabsehbare Verlegenheiten bereiten konnte. Wenn der Präsident berechtigt gewesen war die Grenzen, die Texas sich bei seiner Losreißung von Mexico zudekretirt hatte als die Grenzen anzusehen, die er verpflichtet war ohne weiteres Dazuthun des Kongresses auch zu den thatsächlichen Grenzen der Union gegen Mexico zu machen, dann gehörte natürlich der östlich vom Rio Grande gelegene Theil von New Mexico, Texas. Senator Rusk von Texas legte daher auch sogleich seinen „feierlichen Protest" mit den Worten ein: „Wir haben ein unanfechtbares Recht auf das Territorium, auf das wir nie verzichten können". Polk hatte aber, wie wir gesehen, später öffentlich und amtlich bekannt, daß Texas nie dieses Gebiet wirklich besessen habe und er hatte in demselben eine provisorische Militärregierung eingesetzt. Das hatte durchaus den thatsächlichen Verhältnissen entsprochen, denn das Land war erobert worden und hatte in keiner Hinsicht irgend welche Gemeinschaft mit Texas. Man stand daher vor einer Alternative, die nur die Wahl zwischen Uebeln ließ. Wenn man die Ansprüche von Texas nicht gelten ließ, so nahm man der Beweisführung des Präsidenten für die Behauptung, daß Mexico durch einen unprovozirten Einbruch in das Unionsgebiet den Krieg begonnen habe, ihre ganze Basis[2]). Wenn man dagegen die Ansprüche von Texas als begründet

---

of ninety-nine hundredths of the population of this country, most solemly protest against the introduction of this blight upon the prosperity of the home of our adoption." Und der Californian am 11. Okt. 1848: „We believe we echo the sense of the country when we assert that slavery is neither needed nor desired here, and that if their voice could be heard in the halls of our National Legislature, it would be, as the voice of one man, 'rather than put this blighting curse upon us, let us remain as we are, unacknowledged, unaided'."

[1]) „The People of New Mexico in Convention assembled." Santa Fé, Oct. 14, 1848. Congr. Globe, 30th Congr., 2d Sess. p. 33.

[2]) Howard von Texas sagte später im Repräsentantenhause: „Sir, the right

anerkannte, so flickte man dem Riesenstaat noch ein neues weites Gebiet an, das mit Hand und Fuß dieser Vereinigung widerstrebte und mit Ausnahme der famosen Grenzerklärung von Texas alle Argumente auf seiner Seite hatte. In jedem Falle aber goß man Oel in das Feuer der Sklavenfrage, denn wenn New Mexico bisher mexicanisches Gebiet gewesen war — und die Union hatte es sich ja eben abtreten lassen und einen guten Preis dafür gezahlt — so war es gleich California freies Territorium, gehörte es aber Texas, so war es der Sklaverei verfallen.

Die Petition von New Mexico war einer der empfindlichsten

---

of Texas has been acknowledged by all the Departments of this government in every possible manner. The right of Texas is the only justification of the war with Mexico. It was recognized by Congress, when it declared that the war existed by the act of Mexico. That act was the shedding of American blood upon American soil, on the banks of the Rio Grande. Do gentlemen mean to back out from that vote, and now hold the country up to the civilized world as guilty of a war of conquest and aggression without cause? This cannot be done without disgracing not only the last Administration, but the American Government and people. It would be to admit before the world the justice of every accusation made against us by Mexico during the war." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 206.

Es ist früher gezeigt worden, warum der Präsident nach den Annexionsresolutionen kein Recht hatte, ohne Dazuthun des Kongresses Mexico mit Waffengewalt über die von Texas beanspruchten Grenzen hinauszudrängen. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß auf der anderen Seite die Annexionsresolutionen nicht nur das Gebiet ins Auge faßten, das unter der mexicanischen Herrschaft „Texas" gewesen oder jetzt in dem thatsächlichen Besitz der Texaner war. Das geht aus der Klausel über das Gebiet „nördlich von 36° 30′′ hervor, das nicht „Texas", sondern New Mexico war. Das reimte sich schlecht mit der Bestimmung zusammen, daß „the territory properly included within, and rightfully belonging to, the Republic of Texas" annektirt werden solle, wenn man nicht die Grenzerklärung von Texas für rechtskräftig ansah. Man ging eben auch in diesem Punkt, wie in dem ganzen Handel, mit Unaufrichtigkeit zu Werk. Benton stützte sich in seinen Anklagen gegen Polk mit ganz besonderem Nachdruck darauf, daß in dem Tyler-Calhoun'schen Annexionsvertrage absichtlich keine Grenzbestimmungen aufgenommen worden wären, um die Thür zu einer Verständigung mit Mexico weit offen zu lassen. Er selbst aber hatte in seiner Rede vom 16. Mai 1844 gesagt: „The Republic of Texas is ceded to us by name: its boundaries are not specified, nor was it necessary to specify them. A State is a corporate body — a unit — one single, sole, embodied thing — with a name to distinguish it, and by that name it acts and passes, without further description or definition. There was no necessity for an exhibition of metes and boundaries. The Republic of Texas acts by its name, and passes itself to us in the whole extent of all the limits and boundaries which it asserts to be its own."

Schläge, den die Sklavokratie noch je erhalten hatte. Calhoun fuhr auf und nannte sie „höchst unverschämt", weil sie die Sieger aus dem eroberten Gebiet ausschließen wolle und Westcott erklärte sie für „einen Mißbrauch des Petitionsrechtes". Aber was konnte alles Schelten nützen? Diejenigen Vertreter des Südens schienen Recht behalten zu sollen, die von Anfang an gesagt hatten, die Sklaverei werde keinen Fußbreit Landes mehr erhalten, wenn das Prinzip der Squattersouveränetät anerkannt würde. Wenn die Sklavokratie bis jetzt nicht der Majorität des Repräsentantenhauses den Verzicht auf das Recht des Kongresses abzudrängen vermocht hatte, die Territorien der Sklaverei verschlossen zu halten, wie auch immer ihre Bevölkerung darüber denken mochte, wie hätte es da denkbar erscheinen können, daß sie sich bewegen lassen würde, dieselben gegen den emphatischen Protest der Bevölkerung der Sklaverei zu öffnen? Noch behauptete das Repräsentantenhaus nicht nur fest seine Position, sondern es ging an verschiedenen Punkten zum Angriff über.

Gleich in den ersten Tagen der Session hatte Palfrey von Massachusetts um Erlaubniß gebeten, eine Bill über die Aufhebung aller die Sklaverei und den Sklavenhandel im Distrikt von Columbia betreffenden Gesetze einbringen zu dürfen. Natürlich wurde die Erlaubniß verweigert, aber von den nördlichen Abgeordneten hatten doch 69 dafür und nur 21 dagegen gestimmt. Wenn man etwas weniger radikal und schonender in der Form vorging, dann war es vielleicht doch möglich, die Majorität für einen Angriff auf die Sklaverei im Distrikt zu gewinnen. Giddings wurde es gestattet eine Bill einzubringen, die den Einwohnern des Distriktes erlaubte darüber abzustimmen, ob die Sklaverei in ihm abgeschafft werden solle. Die Bill wurde zwei mal gelesen und erst als Tompkins von Mississippi entdeckte, daß nach dem Wortlaute auch die Sklaven an der Abstimmung würden theilnehmen können, wurde sie auf den Tisch gelegt. Den besten Erfolg hatte Gott von New York. Sein Antrag: den Ausschuß für den Distrikt zu beauftragen eine Bill einzubringen, die den Sklavenhandel in dem Distrikt verbiete, wurde mit 98 gegen 88 Stimmen angenommen. Der alarmirten Sklavokratie gelang es dann allerdings die Wiedererwägung des Beschlusses durchzusetzen und es wurde nichts mehr von der Resolution gehört. Der Süden hatte also alle Angriffe glücklich abgeschlagen, aber er hatte keinen Grund zu frohlocken, denn die Angreifer hatten eine solche Stärke entwickelt, daß sie bei dem nächsten Ansturm gar leicht wenigstens das Verbot des Sklavenhandels durchsetzen konnten. Hatte die öffentliche

Meinung doch ſchon jetzt gegen denſelben ſo entſchieden Stellung genommen, daß man in dem Diſtrikt das Geſchäft nur noch heimlich zu betreiben wagte und die Sklaven bei Nacht und Nebel abgeführt wurden. Und der Diſtrikt von Columbia war doch nur immer ein Boden für Vorpoſtenplänkeleien. Die Entſcheidungsſchlacht wurde in den Territorien geſchlagen und hinſichtlich dieſer war der Süden nach wie vor in der Minorität. Am 13. Dezember wurde auf Antrag von Root von Ohio der Territorialausſchuß mit 106 gegen 80 Stimmen beauftragt, eine Bill oder Bills zur Organiſirung von New Mexico und California als Territorien einzubringen und zwar mit der beſtimmten Weiſung, die Sklaverei zu verbieten.

Die Majorität der Vertreter des Südens ſah in Folge aller dieſer Ereigniſſe die Lage für ſo bedenklich an, daß ſie einen großen Gegenſchlag zu führen beſchloß. Am 23. Dezember 1848 traten 18 Senatoren und 51 Repräſentanten von den Südſtaaten in der Senatshalle zuſammen um zu erwägen, ob etwas und was geſchehen ſolle, um die ihre Sektion bedrohenden Gefahren abzuwenden. Ein Ausſchuß von 15 Mitgliedern wurde ernannt, um Reſolutionen zu entwerfen und dieſer Ausſchuß beauftragte wieder fünf ſeiner Mitglieder eine Adreſſe aufzuſetzen. Als der letztgenannte Ausſchuß zur Berathung zuſammentrat, legte Calhoun, der der Urheber und Leiter der ganzen Bewegung war, den fertigen Entwurf einer „Adreſſe der ſüdlichen Delegaten an ihre Konſtituenten" vor. Am Samſtag den 13. Januar 1849 wurde dieſer Entwurf nach langer und lebhafter Debatte von dem größeren Ausſchuß mit einer Stimme Majorität angenommen. Die Whigs waren entſchieden gegen die Adreſſe und hatten ſich, wie ſie ſpäter offen ausſprachen, der Bewegung überhaupt nur angeſchloſſen, um ihren Urhebern den Weg nach den Zielen zu verlegen, die ſie mit ihr verfolgten. Am 15. Januar ſtattete der Ausſchuß ſeinen Bericht ab. Ueber 80 Senatoren und Repräſentanten waren erſchienen. Keine Berichterſtatter der Preſſe wurden zugelaſſen, die Thüren waren geſchloſſen, Waſhington wartete in lebhafter Spannung auf das Reſultat der Konferenz, denn man ſagte ſich Calhoun ſei zur Zerreißung der Union entſchloſſen[1]).

---

[1]) Horace Mann ſchreibt an demſelben Tage aus Waſhington: „There is great commotion here in political matters. To-night the Southern Convention, called to see what measures the South will take on the subject of slavery, are to meet. An address has been prepared by Mr. Calhoun, which is said to be in the highest degree inflammatory. It is thought here, by many of

Das Gewitter war noch viel weiter entfernt und zog ungleich langsamer herauf, als die Aengstlichen glaubten. Gewiß war die Adresse[1]) aufreizend, aber weder der Inhalt noch der Ton war der Art, daß der Süden, selbst wenn er ihr einhellig zugestimmt hätte, nun etwa gleich zum Aeußersten geschritten wäre. Die Adresse bezeichnete selbst als ihren Zweck klar, wahrheitsgetreu und kurz alle die Angriffe und Uebergriffe darzulegen, denen die Rechte des Südens ausgesetzt gewesen seien und auf die Gefahren hinzuweisen, die aus denselben für ihn erwüchsen. Sie klagte den Norden an, gröblich, geflissentlich und systematisch seine verfassungsmäßigen Verpflichtungen hinsichtlich flüchtiger Sklaven zu verletzen, — suchte aus der Geschichte der Territorienfrage zu beweisen, daß dem Süden stets seine verfassungsmäßige Gleichberechtigung abgestritten und vorenthalten worden sei, — sprach dem Kongreß nicht nur jede Kompetenz hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien, sondern überhaupt das Recht ab, in irgend einer Weise zu der Sklaverei Stellung zu nehmen[2]), — stellte die Abschaffung der Sklaverei durch ein Verfassungsamendement in Aussicht, wenn man den Norden seinen Anspruch auf den Alleinbesitz der Territorien durchsetzen lasse, — behauptete, daß die der Sklaverei feindlichen Bestrebungen des Nordens mit Nothwendigkeit schließlich auf eine vollständige Umkehrung des Verhältnisses zwischen Weißen und Farbigen im Süden hinauslaufen müßten, so daß jenen nichts übrig bleiben würde, als den Staub von den Füßen zu schütteln und das Land ihren einstigen Sklaven zu überlassen. Daraus war die Folgerung gezogen, daß Ehre und Pflicht der Selbsterhaltung gleich gebieterisch forderten, Abhilfe zu schaffen, was es auch immer kosten möge[3]). Das klang düster und drohend genug, aber — das Schlußwort fehlte. Der ganze Süden muß wie Ein Mann zusammenstehen und alle anderen Rücksichten und Interessen der Sklavenfrage

---

the most intelligent men, that Mr. Calhoun is resolved on a dissolution of the Union." Life of Horace Mann. p. 273.

[1]) Calh.'s Works, VI. pp. 290—313.

[2]) „. . . we hold that the Federal Government has no right to extend or restrict slavery, no more than to establish or abolish it; nor has it any right to distinguish between the domestic institutions of one state, or section, and another, in order to favor the one or discourage the other."

[3]) Calle hat die Adresse so abgedruckt, wie sie angenommen wurde. Die ominösesten Sätze des ursprünglichen Entwurfes, die gestrichen wurden, lauteten: „Not excepting the declaration which separated you and the United Colonies from the parent country. That involved your independence; but this your all, not excepting your safety."

unterordnen, das war der einzige Satz, der eine praktische Spitze zu haben schien und den hatte man schon oft gehört. „Was soll geschehen...? Das ist eine Frage, die ihr zu entscheiden habt ... Wir bitten Euch ernstlich einig zu sein und alle dazu erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus, glauben wir, sollte man zur Zeit nicht gehen".

Daß Calhoun nicht sich selbst die Frage vorgelegt und auch eine Antwort auf sie gegeben habe, was nun zunächst geschehen solle, läßt sich nicht annehmen. Wie die Antwort gelautet hat, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. So viel aber ist gewiß, daß er die sofortige Zerreißung der Union für unmöglich hielt, selbst wenn er wirklich die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der Süden zu ihr schreiten sollte, wenn er in dem Kampf um die Territorien unterliege. Nur daraus läßt es sich erklären, daß die Adresse nicht einmal den Vorschlag einer Konvention der Südstaaten direkt zu machen wagte, sondern den Gedanken nur in vagen, nicht kompromittirenden Worten andeutete. Und der Erfolg lehrte, daß Calhoun richtiger geurtheilt habe, als ihm lieb war. Sollte die ganze Bewegung nicht eine eitele Demonstration sein, die in wenigen Tagen als solche erkannt werden mußte, so konnte er nicht weniger sagen, als er gethan hatte und doch hatte er viel zu viel gesagt.

Clayton beantragte die ganze Sache auf den Tisch zu legen und 28 Stimmen wurden für diesen Vorschlag abgegeben, dessen Annahme das auf eine Tragödie angelegte Spiel in eine Komödie verwandelt haben würde, die einen merklichen Einfluß auf den Muth mancher ängstlichen Vertreter des Nordens hätte ausüben können. Die Whigs erklärten nicht eher der Bildung einer südlichen Partei ihre Zustimmung geben zu wollen, als bis sie zur Auflösung der Union bereit seien und an diese dürfe nicht gedacht werden, so lange die Regierung sich nicht eines direkten Angriffes auf die Rechte des Südens schuldig mache. Mehrere Mitglieder des Ausschusses weigerten sich denselben noch länger anzugehören und endlich wurde mit ganz geringer Majorität[1]) beschlossen, ihm seinen Bericht zu weiterer Erwägung zurückzugeben.

---

[1]) Nach Niles' Reg. LXXV. p. 89 mit 41 gegen 40 Stimmen; Toombs sagt mit 44 gegen 42. Dieser schreibt Crittenden den 22. Jan. über die Versammlung: „We have completely foiled Calhoun in his miserable attempt to form a Southern party. We found a large number of our friends would go into the wretched contrivance, and then determined it was best to go in ourselves and control the movement, if possible. We had a regular flare up in the last meeting, and at the call of Calhoun I told them briefly what we were

Die nächste Versammlung, die am 22. Januar stattfand, war viel schwächer besucht. Der Ausschuß legte eine von Berrien verfaßte Adresse vor, die zum Theil wörtlich mit der Calhoun'schen übereinstimmte, aber an das ganze Volk gerichtet war und den Ton leidenschaftlicher Klage und herausfordernder Drohung in einen eindringlichen Appell an die Billigkeit und den Patriotismus des Nordens verwandelt hatte[1]). Der Antrag King's, sich für diesen Entwurf zu entscheiden, wurde jedoch abgelehnt[2]) und beschlossen, nach einigen abmildernden Aenderungen die Adresse Calhoun's zu erlassen[3]). Der einzige Whig, der für diesen Antrag gestimmt hatte, war Gayle von Alabama und später schloß sich noch Tompkins von Mississippi an. Im Ganzen erhielt die Adresse 40 Unterschriften. Das reichte nur gerade hin, die Urheber der Bewegung nicht lächerlich erscheinen zu lassen. Sogar der Charleston Mercury gab unumwunden zu, daß sie völlig verunglückt sei[4]). Und sie war nicht nur verunglückt, sondern hatte eine der beabsichtigten gerade entgegengesetzten Wirkung.

Calhoun hatte den Süden auf der Basis seines radikalen Programmes in der Sklavenfrage vollständig konsolidiren wollen und es hatte sich gezeigt, daß die Whigs überhaupt noch nicht zu extremen Schritten fortgerissen werden könnten und am wenigsten gerade jetzt,

---

at. I told him that the union of the South was neither possible nor desirable until we were ready to dissolve the Union. That we certainly did not intend to advise the people now to look anywhere else than to their own government for the prevention of apprehended evils. That we did not expect an administration which we had brought into power would do an act, or permit an act to be done, which it would become necessary for our safety to rebel at; and we thought the Southern opposition would not be sustained by their own friends in acting on such an hypothesis. That we intended to stand by the government until it committed an overt act of aggression upon our rights, which neither we nor the country ever expected to see. We then, by a vote of forty-two to forty-four, voted to recommit his report. (We had before tried to kill it directly, but failed.) We are opposed to any address whatever, but the Democrats will probably outvote us to-night and put forth the one reported, but it will have but two or three Whig names." Coleman, The Life of J. J. Crittenden, I. pp. 335, 336.

[1]) Die Adresse ist abgedruckt in Niles' Reg. LXXV. pp. 101—104.

[2]) Nach Niles' Reg. mit 34 gegen 27, nach dem Independent vom 25. Jan. 1849 mit 33 gegen 26 Stimmen.

[3]) Nach Niles' Reg. mit 42 gegen 17, nach dem Independent mit 32 gegen 19 Stimmen.

[4]) Ziemlich respektwidrig nennt er sie „the abortive tempest at Washington."

wo sie durch die Wahl Taylor's das Heft in ihre Hände bekommen zu haben meinten. In den Grenzstaaten hatte die Leidenschaft noch lange nicht das nüchterne Ueberlegen so vollständig unterdrückt, um sie die Ehre ambitioniren zu lassen, die exponirten Vorposten einer Konföderation zu werden, deren Eckstein die Sklaverei war, und auch in den inneren Staaten wurde man sich durch das hitzige Vorwärtsdrängen der Radikalen wieder lebhafter bewußt, wie mannigfach und fest die materiellen und ideellen Bande geworden seien, die die Union zusammen hielten[1]). Und das galt wohl vorwiegend, aber doch nicht ausschließlich von den Whigs. Schon unter den demokratischen Vertretern des Südens in Washington hatten sich Männer gefunden, die das Vorgehen Calhoun's mißbilligten und den Muth hatten, das öffentlich und mit Nachdruck auszusprechen. Cobb und Lumpkin von Georgia und Boyd und Clark von Kentucky erließen am 26. Februar eine Adresse an ihre Konstituenten[2]), in der sie ihre Weigerung, das Calhoun'sche Manifest zu unterzeichnen, damit motivirten, daß in ihm die Whigs und Demokraten des Nordens in einen Topf zusammengeworfen wären. Um ihre südlichen Parteigenossen nicht zu verletzen, würde jenen nicht ausdrücklich vorgehalten, daß sie es seit jeher gewesen, die den Kreuzzug gegen das Sklavenhalterinteresse geführt, und diesen werde nicht die gebührende Anerkennung dafür gezollt, daß sie treu zum Süden gestanden; nur durch eine noch innigere Vereinigung mit ihnen, nicht aber durch die Bildung einer eigenen südlichen Partei könnten die Rechte und Interessen des Südens hinlänglich geschützt werden. Die genannten vier Repräsentanten standen also allerdings Calhoun sehr viel näher als die südlichen Whigs, aber der Punkt, in dem ihre Ansichten auseinandergingen, war doch so bedeutsam, daß in dem demokratischen Lager selbst die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß diese Meinungsverschiedenheit zu einem Bruch der demokratischen Partei des Südens führen könnte[3]).

Der große Gegenschlag Calhoun's war mithin ein Schlag in's Wasser, der die Hand des Schlagenden empfindlich verletzte. Wie bedeutsam alle diese Differenzen der Politiker des Südens waren, läßt sich aber erst dann richtig ermessen, wenn man das Auge nicht nur auf

---

[1]) Schon am 20. Januar votirte das Repräsentantenhaus von North Carolina eine sehr entschieden unionstreue Resolution.

[2]) Niles' Reg. LXXV. pp. 231—233.

[3]) The Democratic Review vom September 1849 schreibt in einem Artikel über H. Cobb: „this controversy appears to threaten a breach of the democratic party at the south, as it has taken place at the north." p. 275.

dem politischen Mittelpunkt haften läßt. Sowohl im Norden wie im Süden ereigneten sich Dinge, die die ernsteste Beachtung verdienten.

In New York wählte die Whig Legislatur an die Stelle von Dickinson Seward zum Bundessenator, obwohl die konservativeren Elemente der Partei sich zweifelnd gefragt hatten, ob es sich in diesen stürmischen Zeiten nicht mehr empfehlen würde, einen in der Sklavenfrage gemäßigter denkenden Mann nach Washington zu senden [1]). Seward war weit davon entfernt, ein Abolitionist zu sein. Er sah in der Konstitution nicht einen „Pakt mit der Hölle" und glaubte noch viel weniger, daß man wegen ihrer Kompromisse mit der „Summa aller Schurkereien" der Politik absagen müsse und die Sklaverei nur mit moralischen Mitteln bekämpfen dürfe. Rechtlich und in seinem Gewissen fühlte er sich durch die Bestimmungen der Verfassung zu Gunsten des Sklavenhalterinteresses gerade ebenso sehr wie durch ihre anderen Bestimmungen gebunden und daß man in der Politik mit den politischen Waffen streiten müsse, konnte einem Manne, der von jungen Jahren an ein rühriger und hochstrebender Parteipolitiker gewesen war, überhaupt nicht diskutirbar sein. Wie sehr er ein Mann der „politischen Politik" war, d. h. Zweckmäßigkeitsrücksichten die erste Stelle in seinen Erwägungen und Entschließungen einräumte, hatte er ja eben durch den Eifer bewiesen, mit dem er für die Wahl Taylor's gewirkt und die Parteigenossen bekämpft hatte, die sich um der Sklavenfrage willen von der Partei trennten. Er erklärte die Bildung einer dritten lebensfähigen Partei neben den Whigs und Demokraten für unmöglich und behauptete nicht nur, daß man der guten Sache am besten diene, wenn man die Partei unterstütze, die, so gerechten und großen Anlaß sie auch dem wahren Freiheitsfreunde zu Klagen gebe, doch immer der Sklaverei feindlicher gegenüberstehe als ihre Widersacherin, sondern er bezeichnete auch die Bildung der Freibodenpartei als eine direkte und schwere Schädigung des freiheitlichen Interesses, weil durch sie das freiheitfreundliche Element der Whigpartei geschwächt werde und vielleicht gar den Demokraten zum Siege verholfen werden würde. Aber Seward hatte auch schon als Gouverneur gezeigt, daß er der Sklavokratie nicht mehr zu geben gesonnen sei, als sie nach der strikteſten Interpretation der Verfassung zu fordern berechtigt war und daß er ihren ungebührlichen Ansprüchen mit ebenso viel Fähigkeit wie Festigkeit zu begegnen

[1]) Siehe Seward's Brief vom 1. Febr. 1849 an J. W. Webb, Works, III. pp. 414—416.

wisse. Und die Kämpfe, die seitdem in der nationalen Politik geführt worden waren, hatten ihn wahrlich nicht entgegenkommender gemacht Daß er sich so sehr um die Wahl des programmlosen Sklavenhalters Taylor bemühte, hinderte ihn nicht es den Rednern der Freibodenpartei noch zuvorzuthun in der Schärfe, mit der er die neuen Prätensionen der Sklavokratie denunzirte und ihn zu beschuldigen, daß er damit nur weiteren Abfall von der Partei verhindern wolle, wäre einfach absurd gewesen. Die Rede, die er am 26. Oktober 1848 in Cleveland hielt [1]), schlug bei aller Höflichkeit einen so entschiedenen und einschneidenden Ton an, wie er außerhalb der abolitionistischen Kreise und aus dem Munde eines Parteipolitikers fast noch nie gehört worden war und sie stellte dabei die wesentlichsten Momente in dem Widerstreit zwischen Sklaverei und Freiheit in so glücklich formulirten Sätzen von der eindringlichsten Kürze hin, daß weder Freund noch Feind mehr zweifeln konnte, sein Eintritt in den Senat sei ein Ereigniß von nationaler Bedeutung. Und die Bedeutung des Ereignisses wurde dadurch mehr als verdoppelt, daß gleichzeitig mit ihm ein anderer Gegner der Sklaverei in den Senat treten sollte, der ihm in vielen Hinsichten ebenbürtig und in einigen überlegen war.

Salmon P. Chase war ursprünglich Demokrat gewesen und hat sich bis an sein Lebensende nicht vollständig von den Doktrinen der demokratischen Partei losgelöst. In schroffem Gegensatz zu Seward erwartete er von den Whigs als Partei nichts in dem Kampf gegen die Sklaverei. Seiner Ansicht nach wäre man zu viel größeren und in der That zu den besten Hoffnungen berechtigt gewesen, „wenn wir nur einmal die demokratische Partei in Bewegung bringen können hinsichtlich des Umsturzes der Sklaverei als einer legitimen und nothwendigen Konsequenz von Prinzipien" [2]). Es lag dieser Anschauung ein richtiges Moment zu Grunde. Die Whigs waren mehr eine Partei der Maßnahmen und die Demokraten, wenigstens im Vergleich zu ihnen, eine Partei der Prinzipien, die sich weniger leicht durch momentane Nützlichkeitsgründe von der Verfolgung der einmal gesteckten Ziele abdrängen ließ, weil bei der strammeren Disziplin unter den Führern und der größeren Unselbständigkeit der Masse eine ängstliche Rücksichtnahme auf Personen und Nebenfragen zum Erfolg nicht nöthig waren. Aus den

[1]) Works, III. pp. 291—302.

[2]) Den 12. Mai 1847 an J. P. Hale. Warden, Priv. Life and Publ. Services of S. P. Chase. p. 314.

gleichen Gründen hielt es aber auch ungleich schwerer, sie in neue Bahnen hinüberzuziehen. Sie war konservativ bis zur Verständnißunfähigkeit für die Forderungen der sich ändernden Verhältnisse. Sie brauchte sich nicht mit der Zeit fortzubewegen, denn ihr ererbtes Kapital an Ideen und Grundsätzen reichte immer aus, die Parteimaschine im Gange zu erhalten. Wenn es aber irgend eine Frage gab, hinsichtlich deren sie nicht den leisesten Gedanken an eine Abkehr von ihren alten Maximen aufkommen lassen durfte, so war es die Sklavenfrage, weil ein fortschrittliches Programm in diesem Punkt nicht nur auf einen unüberwindlichen Widerstand bei der Masse der südlichen Demokraten und der irischen Gefolgschaft der Partei im Norden gestoßen wäre, sondern auch weil es eine wesentliche Modifikation ihres Grundprinzipes der Staatensouveränetät zur Voraussetzung gehabt hätte und mithin aus dem einen wie aus dem anderen Grunde an sich die Auflösung der Partei gewesen wäre. Wohl gab es auch Demokraten, die entschlossen waren der Sklavokratie keine weiteren Zugeständnisse zu machen, aber die Partei als solche zum Kampf gegen die Sklaverei zu bewegen, war eine der sonderbarsten Illusionen, die ein amerikanischer Politiker überhaupt hegen konnte. Chase war denn auch nicht so in ihr befangen, daß er seine eigene Kraft an dieser fruchtlosen Arbeit vergeudet hätte. Die richtige Politik der Gegner der Sklaverei war seiner Ansicht nach nicht direkt durch eine eigene Partei die Erreichung ihres Zieles zu erstreben, sondern durch das kontrollirende Gewicht einer selbständigen Organisation die nationalen Parteien zu fortgesetzter Arbeit an dem großen Problem zu zwingen [1]). Die Aktion der Liberty Party, zu deren einflußreichsten Begründern er gehörte, schien ihm durch ihr Programm zu eingeengt zu sein um das zu vermögen und er hatte daher einen hervorragenden Antheil an der Bildung der Freibodenpartei genommen. Ob diese seinen Erwartungen entsprechen würde und namentlich ob sich die Aufgabe in der von ihm befürworteten Weise lösen ließe, konnte nur durch die thatsächliche Probe entschieden werden; daß sich aber sehr dankenswerthe Resultate auf diesem Wege erzielen ließen, zeigte sich zuerst gerade an ihm selbst. In der Legislatur von Ohio saßen zwei Mitglieder der Freibodenpartei und elf Whigs, die mit ihrer Hilfe gewählt worden waren und zu ihren Anschauungen hinneigten. Die Parteien waren so gleich getheilt, daß die Entscheidung bei jenen zwei Repräsentanten lag und sie spielten mit solchem Geschick die eine

[1]) Siehe den angeführten Brief an Hale.

Partei gegen die andere aus, daß sie die Aufhebung der sogen. black laws, der sprichwörtlich gewordenen harten Negergesetze des Staates, und die Wahl von Chase in den Bundessenat durchsetzten.

Der Name von Chase als tiefüberzeugter, feuereifriger und geschickter Agitator gegen die Sklaverei war auch schon außerhalb seines eigenen Staates bekannt, aber er hatte noch nicht, wie Seward, in einem wichtigen Amt seine Probe als praktischer Staatsmann abgelegt und es fehlte somit noch an ausreichendem Material, um sich ein begründetes Urtheil über seine politischen Fähigkeiten zu bilden. Allein wenn auf der einen Seite seine Wahl darum, so viel sich jetzt sagen ließ, von weniger Belang als die Wahl Seward's war, so war sie auf der anderen Seite deswegen von viel größerer Bedeutung, weil sie von der Freibodenpartei erzwungen worden war. Das war eine ernste Lehre nicht nur für die Whigs und die Demokraten, sondern vornehmlich auch für die Sklavokratie. Es war jetzt der Beweis geliefert worden, daß diejenigen, denen die Sklavenfrage wichtiger als alle anderen Parteifragen war, bei geschickter Ausnutzung günstiger Umstände auch große positive Erfolge zu erringen vermöchten. Da in der Bevölkerung der Unterschied in der Stärke der beiden nationalen Parteien meist nur ein geringer war und die öffentliche Meinung des Nordens sich immer entschiedener gegen die Sklaverei kehrte, so konnten solche günstige Umstände recht oft eintreten. Der Süden hätte daher einen argen Rechenfehler gemacht, wenn er die Bedeutung dieser Gegner nach ihrer Zahl hätte bemessen wollen. Sie waren ein X von unbestimmbarem, wandelbarem Werth, das sich in alle Glieder der politischen Gleichung hineinschob und eine noch gar nicht abzusehende Bedeutung gewinnen konnte, wenn der Zersetzungsprozeß sich weiter entwickelte, dem beide nationale Parteien verfallen waren. Und der Zersetzungsprozeß mußte fortgehen sowohl bei den Whigs, die sich dadurch zu erhalten suchten, daß sie als Partei die Sklavenfrage ignorirten, wie bei den Demokraten, die versuchten sich auf dem Boden eines ganz verschieden gedeuteten Satzes zu konsolidiren. Beides war unmöglich und konnte um so leichter dahin führen, daß eine dritte Partei mit einem klaren und entschiedenen Anti-Sklavereiprogramm zur Herrschaft gelangte, als der Zersetzungsprozeß nicht auf die politischen Parteien als solche beschränkt geblieben war. Während Calhoun zum Schaden seiner Sache die Demokraten und Whigs des Süden zu vereinigen suchte und die Freibodenpartei ihre ersten positiven Erfolge errang, zeigte es sich an verschiedenen Stellen und in verschiedener Weise, daß die Herrschaft der Sklavokratie im

eigenen Hause weder so absolut noch so gesichert sei, als sie selbst und alle Welt geglaubt hatte.

Wenn die Staatsmänner des Südens in ihren Reden das politische Gewicht der beiden Sektionen verglichen, so zählten sie immer häufiger das kleine Delaware dem Norden zu. Das war nicht ganz unberechtigt und es wurde mit jedem Jahre richtiger. Die von den Vätern überkommenen Sympathien Delaware's gehörten noch vornehmlich dem Süden, aber seine realen Interessen wiesen es immer mehr nach dem Norden, weil in seinem eigenen wirthschaftlichen Leben die Sklaverei ein immer unwesentlicherer Faktor wurde. Und das gleiche galt in höherem oder geringerem Grade von allen Grenzstaaten oder wenigstens, wie in dem Falle von Virginia, von einem großen Theil ihres Gebietes. Wo der Kontakt mit den freien Staaten ein unmittelbarer war —, die persönlichen und wirthschaftlichen Beziehungen mit ihnen zahlreicher, mannigfacher und stärker waren als die mit den Plantagenstaaten —, ein größerer Bruchtheil der Bevölkerung in Ortschaften und Städten zusammensaß, die ansehnlich und wohlhabend genug waren um in merkbarer Weise die segensreichen kulturellen Einflüsse städtischen Lebens ausüben zu können —, die materiellen Verhältnisse der Bevölkerung gleichmäßigere waren als in den Plantagenstaaten —, ein in's Gewicht fallender Theil der Bevölkerung aus den freien Staaten in Europa — Irland ausgenommen — eingewandert war und endlich auch ein großer Prozentsatz der gebildeten und wohlhabenden Klassen nicht Sklavenhalter waren, da mußte sich aber auch nach und nach die Erkenntniß Bahn brechen, daß die Interessen der Majorität in Widerstreit ständen mit den Interessen der sklavenhaltenden Minorität und diese Erkenntniß mußte zu Bestrebungen führen, die Institutionen und die Politik des Staates den Interessen der Majorität konform zu machen. Wohl lag die Masse noch überall im Bann der Sklavokratie und vielleicht blieb sie auch in ihm, bis er von fremder Hand gewaltsam gebrochen wurde, aber hier und da war die Zahl der Einsichtigen schon groß genug geworden, um offen hervorzutreten und die Sklavenhalter mit schwerer Sorge in die Zukunft blicken zu lassen.

In Kentucky waren die Gegner der Sklaverei, angespornt durch das Bevorstehen einer Konvention zur Revision der Staatsverfassung, am kühnsten und rührigsten. Der Louisville Courier und namentlich der Louisville Examiner ergriffen entschieden Partei für sie. Clay richtete an Richard Pendell von New Orleans ein Schreiben, in dem er sich nachdrücklich gegen den Calhoun'schen Satz aussprach, daß die

Sklaverei „ein Gut, ein positives Gut" sei und die allmähliche Emanzipation der Sklaven nach einem Plane vorschlug, dem Ueberhastung allerdings nicht vorgeworfen werden konnte: die von 1855 oder 1860 an Geborenen sollten mit ihrem fünfundzwanzigsten Jahr unter der Bedingung frei werden, daß sie in Afrika angesiedelt würden [1]). Am 25. April 1849 wurde in Frankfort eine Konvention abgehalten, zu der 24 Counties 156 Delegaten geschickt hatten [2]). Beide Parteien und alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten und viele Delegaten waren selbst Sklavenhalter. Die Konvention entwarf keinen bestimmten Emanzipationsplan, aber sie gab mit allen gegen eine Stimme die folgende Erklärung ab: „Da wir glauben, daß unfreiwillige erbliche Sklaverei, wie sie nach dem Gesetz in diesem Staate besteht, dem Wohle des Gemeinwesens nachtheilig, unvereinbar mit den Grundprinzipien freiheitlicher Regierung, den natürlichen Rechten der Menschheit widersprechend und der Reinheit der Sitten zuwider ist, so sind wir der Ansicht, daß sie nicht vermehrt und in dem Gemeinwesen verewigt werden sollte". Dem gemäß wurde beschlossen für die Wahl von Delegaten zu der Staatskonvention zu wirken, die für das absolute Verbot der weiteren Importation von Sklaven nach Kentucky wären und dem Volke die unbeschränkte Befugniß zusprächen, ein System allmählicher Emanzipation zu adoptiren.

Die Hoffnungen, die an diese Konvention geknüpft wurden, verwirklichten sich nicht. Obwohl über 30,000 Stimmen im Sinne ihrer Beschlüsse abgegeben wurden, hatte doch nur ein Freund des Emanzipationsgedankens in die Staatskonvention gewählt werden können und diese erklärte sich in der emphatischsten Weise für die Unverletzlichkeit des Eigenthumsrechtes der Sklavenhalter. Das war eine bittere Enttäuschung für die Freunde der Freiheit im Norden, die allzu bereitwillig ihre Wünsche Erwartungen hatten werden lassen. Wenn sie nüchtern geurtheilt hätten, dann würden sie erkannt haben, daß sie keinen Grund hätten niedergeschlagen zu sein. Daß man in dem Staate, in dem vor vier Jahren die Presse von Cassius M. Clay zerstört worden

---

[1]) Er schreibt den 3. März 1849 seinem Sohne James: „As you were absent I sent to Richard Pendell a letter on the Emancipation question. As I regret to hear that it is not popular, I suppose that my letter will bring on me some odium. I nevertheless wish it published. I owe that to the cause, and to myself, and to posterity." Priv. Corresp. p. 585.

[2]) Niles' Reg. LXXV. p. 301. Wilson, Hist. of the Rise and Fall of the Slave Power, II. p. 177 sagt 26 Counties und 160 Delegaten.

war, eine solche Bewegung hatte veranstalten und die ganze Sklavenfrage so rückhaltlos diskutiren können, war sicherlich schon ein großer Fortschritt in kurzer Zeit.

In den anderen Grenzstaaten bot sich zur Zeit keine Gelegenheit die der Sklaverei feindliche Strömung, die in der öffentlichen Meinung eingesetzt hatte, zu einem so prägnanten Ausdruck zu bringen, aber sie war schon stark genug, um auch im Norden Beachtung zu finden. Die Zustände in Missouri erschienen den Gegnern der Sklaverei fast ebenso hoffnungsvoll wie die von Kentucky in den ersten Monaten des Jahres 1849 [1]) und es wurde schon bemerkt, daß die Deutschen des Staates sich nicht mit der Sklaverei befreunden wollten [2]). Und der Jahresbericht der American and Foreign Anti-Slavery Society machte darauf aufmerksam, daß auch in West Virginia, im westlichen Theil von North Carolina und nach dem Jonesboro' Whig auch im östlichen Tennessee Anti-Sklaverei-Gesinnungen verbreitet wären und an Boden gewönnen [3]). Auch noch Georgia hätte angeführt werden sollen. Kurz vor dem Zusammentritt der Frankfort Konvention in Kentucky rechnete das Augusta Chronicle seinen Lesern vor, was für ein schlechtes Geschäft der Staat mit der Sklaverei mache und wie viel besser es sich bezahlt machen würde, die Sklaven durch weiße Arbeiter zu ersetzen [4]).

---

[1]) Der Independent vom 8. Febr. 1849 schreibt: „It is said by papers of St. Louis that thousands of citizens endeavor to prove to the man who objects to coming to their State on account of Slavery, that the system is doomed; and some say that the next Legislature will be called upon to consider the great question of its overthrow."

[2]) In dem Annual Report of the American and Foreign Anti-Slavery Society von 1849 heißt es: „The people of Missouri have entered into an examination of the system of Slavery; and we trust that the non-extension and non-existence of slavery will at no distant day be the watchwords of this growing State.

The Hermann Wochenblatt, a German paper published in this State, takes the side of Free Soil." p. 50.

[3]) ib. pp. 52, 53.

[4]) „As slaves can only be imported into Georgia by exporting their full value in productive capital, would it not be a wiser policy for this State to keep its money at home, and invite intelligent citizens to come here and settle, who will create more wealth and taxable property than an equal number of slaves, and cost us nothing? One hundred thousand white laborers would cost the commonwealth not a single dollar; whilst they would be worth to it an average of $ 750 each. We would not only make the most of all the rural industry which Georgia now possesses, by employing it to the best possible advantage; but we anxiously hope to see it in truth and reality an

Im Kongreß pflegten die Redner des Südens so zu thun, als ob es im Süden nur eine Ansicht über die Sklaverei gebe. Der südlichen Presse aber entschlüpfte im Eifer oft ein kompromittirendes Bekenntniß über diese bedenkliche Bewegung in den Grenzstaaten. Sogar aus Virginia, in dem trotz West Virginia die Sklaverei weitaus die festesten Wurzeln hatte, ließ sich eine fanatisch sklavokratische Stimme vernehmen, die geradezu behauptete, daß es sich zur Abschaffung der Sklaverei anschicke und dann natürlich auch den Distrikt von Columbia, Delaware und Maryland und endlich auch North Carolina und Kentucky nach sich ziehen werde [1]).

Es war nicht nöthig so zu übertreiben, um in dem Herzen des Reiches von „König Cotton" die Erkenntniß zu wecken, daß hier ein Feuer zu glimmen begonnen, das nicht ungestraft sich selbst überlassen bleiben dürfe. Dort verfolgte man seine Fortschritte viel gespannter als im Norden und war nicht gesonnen in der Rolle des interessirten Zuschauers zu bleiben. Es gab nur ein ganz sicheres Mittel, nicht etwa es völlig zu ersticken, aber doch es so weit niederzuhalten, daß es nie in helle Flammen ausschlagen konnte. Der scharfe Instinkt des Selbsterhaltungstriebes ließ dieses Mittel sogleich finden, ohne erst unsicher unter allen den Palliativen umherzutasten, die sich dargeboten hätten, aber daß man sofort auf dieses Mittel verfiel, ist der beste Beweis dafür, wie richtig in Wahrheit doch auch die enragirtesten Sklavenhalter das Wesen der Sklaverei erkannten. Durch das Verbot der Sklavenimportation mußten die Plantagenstaaten die Grenzstaaten zwingen ihre Sklaven zu behalten [2]). Das war der einzige Weg die

'empire' State in population, in wealth, and in the full enjoyment of a tenfold larger productive power." Niles' Reg. LXXV. p. 271.

[1]) Der Richmond Southerner schreibt: „It is not generally known, yet it is nevertheless true, that two-thirds of the people of Virginia are open and undisguised advocates of ridding the State of Slavery; and after the year 1850, when the census is taken, their views will be embodied in such form as to startle the South. We speak understandingly. We have within the last two years conversed with more than five hundred slaveholders in the State; and four hundred and fifty out of the five hundred expressed themselves ready to unite on any general plan to abolish slavery, upon almost any terms. Abolition fanaticism at the North has not produced this, but the annexation of Texas and the acquisition of territory have done it. Virginia may be put down as no longer reliable on this question. When she goes, the District of Columbia is free territory; then Delaware and Maryland will also go, and North Carolina and Kentucky will follow suit."

[2]) „An immediate and extra session of the Legislature of Mississippi, is

Solidarität der Intereſſen des Südens in dem erforderlichen Maſſe zu erhalten und daß der begonnenen Auflöſung dieſer unverzüglich ein unüberſteiglicher Damm entgegengeſtellt werde, ſchien den am weiteſten vorſchauenden Politikern der eigentlichen Pflanzerſtaaten um ſo dringender geboten, als vor ihren eigenen Thüren das Murren über die wirthſchaftlichen und politiſchen „Segnungen" der Sklaverei ſehr vernehmlich zu werden anfingen [1]). In welchem Licht aber ließen dieſe

---

demanded by the citizens of Hancock county, in that State, for the purpose of enacting laws prohibiting the further ingress of slaves from the border States of the South. In their petition to the Governor, they represent that the States of Maryland, Virginia, Kentucky and Missouri, where slavery has ceased to be profitable, from the uncertain tenure by which slaves are held, are now throwing an immense black population on the extreme Southern States, which is destined to increase with immense rapidity. To avoid this result, they propose to compel the more Northern of the slaveholding States to retain their slaves within their own borders." Niles' Reg. LXXV. p. 97. 14. Febr. 1849. Ebenſo ſchreibt De Bow's Commercial Review, die erſte volkswirthſchaftliche Autorität des Südens: „It is believed by many citizens, that these evils (die Vernachläſſigung der Induſtrie und das Anlegen aller Erſparniſſe in neuem Land und mehr Sklaven) would be removed by prohibiting the further introduction of slaves, and that our surplus capital would be invested in a wise and judicious system of internal improvements and domestic manufactures. In my opinion, there is a still more cogent reason for the adoption of this system of exclusion not only by Mississippi, but also by most of the extreme southern states. In the northern slave-holding states, slave labor is but little profitable, and a disposition is already manifested by them to sell us their slaves, and eventually abolish the institution within their respective limits. The wild fanaticism of the abolitionist has checked this evil to some extent, but we should also anticipate it by forbidding the introduction of their slaves amongst us, and thus compel them to be our allies, by forcing them to retain their property, and thus possess a common interest with us in its preservation." Vol. XI. p. 618.

[1]) Ein in Niles' Reg. vom 21. März 1849 (LXXV. pp. 187, 188) abgedruckter undatirter Brief von S. Heydenfeldt an Gouverneur S. Chapman von Alabama eröffnet einen ſo tiefen Einblick in die Lage, daß es gerechtfertigt erſcheint, einen ausführlichen Auszug aus ihm zu geben. „It is very evident to any one who is not a careless observer that a restless and uneasy state of public feeling exists in the slave States north of us upon the subject of slavery. Maryland, Virginia, North Carolina, Tennessee, Kentucky, and Missouri are pervaded with a feeling of hostility to the institution, which is only suspended from open exhibition and action by the dread of pecuniary loss, and the hope of finally shifting their slave population for value received upon the South-western States. This last alternative will doubtless be accelerated by the enactment of prospective emancipation laws; which means simply what it has

Bekenntnisse und diese Thatsachen den Kampf um die Territorien erscheinen! Man glaubte zu einschneidenden Maßnahmen greifen zu müssen, um die Grenzstaaten zu verhindern sich allmählich der Sklaverei zu entledigen und damit ihren Uebertritt in das gegnerische Lager einzuleiten, man gestand daß sich sogar in der Hochburg der Sklaverei ein rebellischer Geist rege und Sklavenhalter befanden sich unter den Frondeurs und waren zum Theil selbst die hauptsächlichsten Aufstifter, und doch sollte es keine Gewalt geben, die diese „besondere Institution", der ihre eigenen Priester zu fluchen begannen, von dem jungfräulichen Boden der Territorien fern halten durfte, selbst nicht wenn die Bewohner derselben sie wie aus Einem Munde für eine Pest erklärten. Wenn die Bevölkerung des Nordens Augen zu sehen und Ohren zu hören hatte und fähig war zu verstehen was sie sah und hörte und dann dennoch dieser Doktrin ihre Zustimmung ertheilte, dann bot sie der Welt das neue Schauspiel eines Volkes dar, das bekennt sich aus eigenem freiem Willen verpflichtet zu haben an seinem Unheil und Verderben zu arbei-

---

ever meant by States which have already abolished slavery — that is, that their citizens may have time enough to sell us their slaves, and, having pocketed the price, to unite against us in the unjust and bitter crusades of the Northern Abolitionists.

It will then be easy to foresee that the Gulf States must become the San Domingo of the continent, or rush into a war of extermination, for the utter prostration of their capital.

The States above mentioned comprise more than half the political strength of the slave States. It is therefore wise to endeavor to preserve our strength by keeping them on our side and united with us in the same interest. . . . But a stronger reason for immediate action upon this question lies nearer at home, and may be a startling assertion to those who have never investigated the subject. We have in our midst the germ of an anti-slavery party — not in the Northern sense of the term — not men who sympathize with the slaves, and would therefore turn them loose upon society; but composed of those who are wearied with the struggle of unproductive labor; those who deem of slavery that it has produced pecuniarily nought but barrenness, and politically nought but bitterness; those who desire more populous white communities for the purpose of trade and education; and of those who regard the slave as their rival in production. This combination of opinion against slavery has prodigiously increased within a few years, and is now increasing among us at a rapid pace. Numbers are every day added to those who long for the exodus of the slave; and unless we adopt, as a conservative measure, the plan here proposed, the time will come when we will see our capital in this species of property prostrated at a blow."

ten und das mit heroischem Aberwitz diesem wahnsinnigen Entschluß in unverbrüchlicher Treue nachlebt.

Die Zahl derer mehrte sich im Süden, die zu der Einsicht gelangten, daß wenigstens im Augenblick und für den vorliegenden Fall der Norden nicht dahin gebracht werde könne. Toombs meldete am 22. Januar 1849 Crittenden, daß fast alle die südlichen Whigs bereit seien, California sich sogleich als Staat organisiren zu lassen, da es doch nicht für die Sklaverei gewonnen werden könne und der Süden nur seine Ehre zu wahren habe[1]). Und auch extremere Berather des Südens, die nach wie vor das Einstehen für das Prinzip bis zum Aeußersten forderten, gaben zu, daß die von Mexico erworbenen Territorien unwiderruflich der Sklaverei verloren seien[2]).

Die leitenden Männer des Südens waren viel zu sehr Realpolitiker, um eines „abstrakten Rechtes" wegen im Ernst den Norden vor ein kategorisches Entweder-Oder zu stellen, obwohl sie in allen Fragen mit der Zähigkeit des Angelsachsen und dem Feuer des Südländers für ihr wirkliches oder vermeintliches gutes Recht stritten und durchweg sich selbst mehr oder minder überredet hatten, daß sie nur ihr gutes Recht verföchten. Der Kampf für das Prinzip war gleichzeitig auch ein Kampf für die Zukunft. Schon ehe es sich vollständig hatte übersehen lassen, einen wie schlechten Dienst Polk dem Süden mit dem mexicanischen Krieg geleistet habe, hatten sie Pläne für dieselbe zu entwerfen begonnen. Jetzt stand zu gewärtigen, daß dieselben festere Gestalt gewinnen und mit nachhaltiger Energie verfolgt werden würden. Es galt jetzt nicht mehr, nur das Gleichgewicht der Macht wieder zu erringen, das der

---

[1]) „We shall then attempt to erect all California and that portion of New Mexico lying west of the Sierra into a State as soon as she forms a constitution and asks it, which we think the present state of anxiety there will soon drive her to do. . . . I think we can carry this, or something like it. The principle I act upon is this, — it cannot be a slave country! We have only the point of honor to serve, and this will serve it and rescue that country from all danger of agitation. The Southern Whigs are now nearly unanimous in favor of it, and will be wholly so before the vote is taken." Coleman, The Life of J. J. Crittenden, I. p. 335.

[2]) Die Mobile Tribune schreibt: „The new territories are beyond our reach. No action can save them from being free states. It may however, be worth considerable trouble to vindicate our abstract right to a participation in them; and, if need be, to protect that right by extreme measures. But the victory will be barren, as far as the present is concerned." Niles' Reg. LXXV. p. 75. 31. Jan. 1849.

Süden im Begriff stand zu verlieren, sondern man mußte auch die Lauen wieder erwärmen und die Unzufriedenen ihr kühles Ueberlegen und Rechnen vergessen machen — „das südliche Herz in Flammen setzen", pflegte man das zu nennen. Die Niederlagen und der drohende Abfall im eigenen Lager waren den Radikalen ein ungleich schärferer Sporn mit rücksichtslosem Ungestüm vorwärts zu gehen, als die glänzendsten Erfolge es je gewesen waren. Diese Politik sollte der Sklavokratie noch zu einigen überraschenden Triumphen verhelfen, aber der Hereinbruch der Katastrophe wurde dadurch nur beschleunigt.

Während der Zeit, die zwischen dem Abschluß des Friedens von Guadalupe Hidalgo und der Auswechselung der Ratifikationen verfloß, wirbelte im Senat die Frage, ob man von Yucatan Besitz ergreifen solle, viel Staub auf. Es war ein so unreifes und phantastisches Projekt, daß es nicht nöthig erscheint, näher auf seine Geschichte einzugehen. Einige allgemeine Andeutungen müssen jedoch im Hinblick auf spätere Pläne und Unternehmungen gemacht werden.

Eine Botschaft des Präsidenten vom 29. April 1848[1]) theilte dem Kongreß mit, daß der Kommissär und der Gouverneur von Yucatan um Hilfe gegen die aufständischen Indianer ersucht und sich bereit erklärt hätten, die „Herrschaft und Souveränetät der Halbinsel" auf die Vereinigten Staaten zu übertragen. Yucatan hatte seit vielen Jahren sehr wechselvolle Schicksale durchgemacht. Wiederholt hatte es sich von Mexico losgerissen und immer wieder mit ihm vereinigt, aber dann stets in einem lockereren Verhältnisse als die übrigen Staaten zur Bundesregierung gestanden. Auch während des Krieges mit der Union hatte die Halbinsel es mit den beiden Rollen als unabhängiger Staat und als Glied der mexicanischen Republik versucht und die Vereinigten Staaten hatten ihr dabei nichts in den Weg gelegt. Sie hatten Yucatan nicht förmlich als unabhängige Republik anerkannt, aber ihm Neutralität gewährt, die bald von ihm gebrochen wurde, was dann zur Besetzung von einem Theile seines Gebietes führte. Aus diesen Thatsachen leitete man zum Theil die Berechtigung her den Präsidenten, wie es eine am 4. Mai vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten eingebrachte Bill that, zu autorisiren auf die Bitte von Yucatan hin die Halbinsel provisorisch militärisch zu besetzen, während auf der anderen Seite behauptet wurde, daß der Schritt sich Mexico gegenüber nicht rechtfertigen lassen würde oder wenigstens leicht zu neuen Weiterungen

[1]) Statesm.'s Man., III. pp. 1708, 1709.

mit ihm führen könnte. Die Botschaft hatte zunächst namentlich auf die Pflichten der Menschlichkeit mit dem Bemerken hingewiesen, daß die Indianer einen scheußlichen Vernichtungskrieg gegen die Weißen führten und auch in den Debatten suchten die Befürworter der Bill dieses Moment als ihr wesentlichstes Motiv hinzustellen. Dieser Appell an die Humanität und die Rassensympathie ließ aber die Gegner ganz kalt, da, wie Davis von Massachusetts darthat, nach den amtlichen Depeschen der amerikanischen Flottoffiziere die Weißen ein ganz verkommenes Geschlecht wären, während die viel zahlreicheren und politisch vollberechtigten Indianer durchaus nicht als Barbaren bezeichnet werden dürften und gerechten Grund zu ernsten Beschwerden gehabt hätten[1]). Es unterlag auch gar keinem Zweifel, daß der Präsident, obwohl die Botschaft es nicht ausdrücklich aussprach, viel größeres Gewicht darauf legte, daß gleichzeitig auch Spanien und England um Hilfe angegangen worden waren und sich leicht in den dauernden Besitz der Halbinsel setzen könnten, wenn die Vereinigten Staaten das Gesuch abschlägig beschieden. Das aber, erklärte Polk, könnte nach der Monroe Doktrin nicht geduldet werden, von der man wegen der geographischen Lage Yucatan's in diesem Falle weniger als in irgendeinem anderen abgehen dürfe. Die Bedeutung der Halbinsel für die Beherrschung des Golfs von Mexico und als Fußpunkt für die Sicherung des Einflusses, den die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die künftige Kanalverbindung zwischen den beiden Ozeanen in Mittel Amerika gewinnen müßten, war denn auch die einzige Frage, die in der ganzen Debatte ernst zu nehmen war. Diejenigen, denen viel an der Passirung der Bill lag, erwarteten, daß die provisorische Besetzung zur Annexion führen werde und machten zum Theil auch gar kein Hehl daraus. Vertreter westlicher Größensucht wie Cass und südliche Heißsporne wie Foote gingen dabei wie in allen früheren ähnlichen Fragen Hand in Hand. Allein bei den Erfahrungen, die man eben mit Territorialerwerbungen machte, wollte sich keine Fraktion so auf den Sturz recht für den Gedanken der Annexion dieses undurchforschten, hafenlosen und meist unfruchtbaren Gebietes begeistern. Als Hannegan am 17. Mai mittheilte, daß nach verläßigen Nachrichten eine Aussöhnung zwischen den Parteien der Halbinsel zu Wege gebracht worden sei, waren die Senatoren mit wenigen Ausnahmen aufrichtig erfreut, die ganze Sache ad acta legen zu können.

Ganz anders fühlten und dachten die südlichen Senatoren hinsicht-

[1]) Congr. Globe, 30th Congr. 1st Sess., Append. p. 621.

lich Cuba's, auf das in diesen Debatten öfters Bezug genommen worden war. Foote hatte geradezu den Vorschlag gemacht, den, wie er glaubte, ganz besonders günstigen Augenblick zu benutzen, um Spanien zum Verkauf der Insel aufzufordern[1]). Im Norden blieb das Wort nicht unbemerkt und man glaubte in den nächsten Monaten aus allerlei Anzeichen schließen zu dürfen, daß Polk nicht nur die Ansichten des Senators von Mississippi theile, sondern auch schon dem Vorschlage Folge geleistet habe. Im Beginn der neuen Session, am 18. Dezember, beantragte daher Miller den Präsidenten zu ersuchen, dem Senat mitzutheilen, ob und was für Verhandlungen mit Spanien über den Verkauf von Cuba stattgefunden hätten. Als die Resolution am 5. Januar 1849 in Erwägung gezogen wurde, behauptete Rusk, der Verdacht stütze sich nur auf einige ganz vage Gerüchte und sei unfraglich völlig ungegründet. Foote dagegen fragte den Antragsteller, ob er dem Kaufe zu opponiren beabsichtige, falls die Gerüchte wahr sein sollten? Als Miller diese Frage bejaht hatte, entgegnete Foote, daß er, Miller, sich dann bald in einer sehr ungeschickten Lage befinden werde, da Taylor sich entschieden für die Annexion erklärt habe. Der Senat aber legte die Resolution mit 23 gegen 19 Stimmen auf den Tisch.

Die Weigerung, sich über diese wichtige Frage Auskunft zu erbitten, war auch eine Antwort und sie war die richtige. Am 17. Juni 1848 hatte Buchanan im Namen des Präsidenten Saunders beauftragt, in vertraulicher Weise die Sache bei der spanischen Regierung in Anregung zu bringen und ihn autorisirt in seinem Angebot bis zu $ 100,000,000 zu gehen[2]). Der Staatssekretär versicherte nicht nur, daß Cuba bereit sei sich den Vereinigten Staaten in die Arme zu werfen, sondern er behauptete auch, daß in den Vereinigten Staaten die Frage nie eine „lokale" werden könne, „menschliche Voraussicht nicht die segensreichen Folgen absehen kann, die daraus für alle Theile der Union erwachsen würden", und daß die Erwerbung der Insel in hohem Grade die Union festigen würde.

Wir erinnern uns, daß einst die wärmsten Patrioten und scharfsichtigsten Staatsmänner der Union diese Ansichten getheilt hatten[3]).

---

[1]) Congr. Globe, 30th Congr., 1st Sess., Append. p. 602.

[2]) Exec. Doc., 32d Congr., 1st Sess., Vol. XII, No. 121. pp. 43 ff.

[3]) J. Q. Adams schrieb als Staatssekretär am 28. April 1823 an Nelson, den V. St. Gesandten in Madrid: „it is scarcely possible to resist the conviction that the annexation of Cuba to our federal republic will be indispensable to the continuance and integrity of the Union." ib. p. 7.

Aber wie sehr hatten sich seitdem die Verhältnisse durch die Entwickelung der Sklavenfrage geändert! Gewiß wurden weder Polk noch Buchanan nur durch den Wunsch bestimmt, die wankende Macht der Sklavenhalter zu stützen und stärken, aber ebenso gewiß mußte bei der weiteren Verfolgung des Planes dieses Motiv immer mehr als das wesentlichste in den Vordergrund treten. Und auch wenn dem nicht so war, thatsächlich mußte die Annexion von Cuba vornehmlich ihnen zu gute kommen. Im Norden mußte daher das Projekt auch in Kreisen, denen der glänzende Preis an sich vielleicht noch verlockend in die Augen stach, auf heftige Opposition stoßen. So lange die Insel ungefährdet im Besitz des ohnmächtigen Spanien war, stand aber, auch ganz abgesehen von der Sklavenfrage, gar nicht mehr mit Sicherheit zu erwarten, daß der Norden sich bei näherer Ueberlegung dafür gewinnen lassen würde. Wer die Entwickelungsgeschichte der Plantagenstaaten denkend verfolgt hatte, der mußte auch erkennen, daß der natürliche Reichthum Cuba's und die Bedeutung seiner Lage für den Handel und die Beherrschung der umliegenden Gewässer mit ihren Küsten, so hoch man sie auch veranschlagen mochte, mehr als aufgewogen werden würden durch die Nachtheile, die der Union daraus erwachsen mußten, daß es eine tropische, mit Spaniern und Farbigen bevölkerte Insel war.

Was Buchanan auch immer schreiben mochte, er und Polk waren viel zu klug um sich nicht alles das zu sagen und sie zogen daraus den richtigen Schluß, daß ihre Aussichten auf Erfolg um so besser wären, je heimlicher sie das Geschäft einfädeln und zum vorläufigen Abschluß bringen könnten, d. h. je vollständiger das Volk überrascht und überrumpelt wurde. Spanien aber wies die Offerte mit Entrüstung zurück. Das kam Buchanan nicht unerwartet, denn er hatte Saunders instruirt nur mündlich zu verhandeln, da „ein schriftliches Anerbieten eine unbedingte schriftliche Weigerung veranlassen könnte, was uns später die Erwerbung der Insel erschweren würde". Das war kluge Vorsicht, aber es verhinderte nicht, wie wir gesehen haben, daß die Sache ruchbar wurde. Der Süden ließ sich weder durch die Abweisung noch dadurch entmuthigen, daß die leidige Diskussion nun ihren Anfang genommen hatte, eher sich auch nur sagen ließ, wenn man werde handeln können. Darüber aber war er sich klar, daß selbst im günstigsten Falle der Kampf die höchste Anspannung aller seiner Kräfte nöthig machen werde und darum war er um so fester entschlossen, sein „Recht" auf die Territorien zu behaupten, selbst wenn es hinsichtlich California's und New Mexico's nur ein „abstraktes" bleiben sollte, denn wenn er jetzt

in der Prinzipienfrage eine nicht zu bemäntelnde, entscheidende Niederlage erlitt, dann waren seine Gegner in den Besitz einer Waffe gelangt, die jeden weiteren Gedanken daran ausschloß, die Erwerbung von Cuba gegen ihren Widerstand durchzusetzen. Wenn die Sklavokratie aber keinen Antheil an den von Mexico erworbenen Territorien erhielt, dann war ihr der Besitz von Cuba nicht mehr nur wünschenswerth, sondern er war eine Nothwendigkeit für sie geworden.

Noch hatte jedoch die große Majorität der Vertreter des Südens keineswegs die Hoffnung aufgegeben, auch hinsichtlich California's und New Mexico's etwas mehr zu erreichen als nur die Verhinderung der förmlichen Anerkennung des Rechtes der Bundeslegislative, die Sklaverei aus den Territorien auszuschließen. Sie und ihre nordstaatlichen Bundesgenossen waren unerschöpflich in dem Aussinnen von Listen, die dem Süden ohne Entscheidung der Rechtsfrage einen thatsächlichen Vortheil gewähren sollten.

Man war dem Ende der Session ganz nahe gerückt und der Senat hatte die Territorienfrage noch immer nicht ernstlich in Angriff genommen, denn ein neuer Versuch von Douglas, California die Lehrjahre des Territorialzustandes zu erlassen, war von vornherein aussichtslos gewesen. Erst am 20. Februar 1849 kamen die Verhandlungen ordentlich in Zug, durch ein am vorhergehenden Tage von Walker von Wisconsin eingebrachtes Amendement zur Budget Bill (General Appropriation Bill), das die nach Kategorien aufgezählten Bundesgesetze, die direkt oder indirekt Finanzinteressen der Union betrafen, auf das westlich vom Rio Grande gelegene, neuerworbene Territorium ausdehnte und den Präsidenten ermächtigte, die zur Ausführung dieser Bestimmung erforderlichen Anordnungen und Verfügungen zu treffen. Abgesehen von der Grenzbestimmung, die den Streit zwischen Texas und New Mexico präjudizirte, sah das auf den ersten Blick ziemlich harmlos aus. Es hatte nur nichts mit dem Budget zu thun und Atherton warf daher die Ordnungsfrage auf. Der Vize-Präsident entschied jedoch für Walker, der dann sogleich, eher noch die Debatte über seinen Antrag begonnen hatte, demselben durch Hinzufügungen eine wesentlich veränderte Gestalt gab. Es stellte sich bald heraus, daß er von Westcott und Foote zu diesen Modifikationen veranlaßt worden sei, was an sich hinreichte, einen neuen Anschlag zu Gunsten der Sklavokratie vermuthen zu lassen. Das Amendement begann jetzt damit die Verfassung der Vereinigten Staaten auf das Territorium „auszudehnen" (extend) und gab dem Präsidenten die Befugniß, „alle geeigneten und nützlichen Regeln und

Regulationen (in Uebereinstimmung mit der Verfassung der Vereinigten Staaten) vorzuschreiben und festzusetzen" und den Umständen gemäß seinem Ermessen nach zu ändern, um die Bestimmungen dieses Gesetzes auszuführen und Ruhe, Ordnung und Recht in den Territorien aufrecht zu erhalten[1]).

Das Amendement in dieser modifizirten Gestalt gab Anlaß zu einer interessanten und wichtigen verfassungsrechtlichen Debatte. Webster wandte dagegen nicht nur ein daß es dem Präsidenten eine schrankenlose Macht über das Gebiet gebe, sondern er behauptete auch, daß es gar nicht möglich sei, in so allgemeiner Weise die Verfassung auf ein Territorium auszudehnen[2]). Die Verfassung gelte lediglich für die ursprünglichen und die später aufgenommenen Staaten. Es sei wohl die (moralische) Pflicht des Kongresses bei der Gesetzgebung für die Territorien die Prinzipien der Verfassung zu wahren[3]), aber absolut nothwendig sei es nicht[4]). Die Territorien seien nicht ein Theil der Vereinigten Staaten, sondern sie gehörten ihnen. Calhoun dagegen vertrat den Satz, daß sich die Verfassung, die sich ja selbst das oberste Gesetz „des Landes" nenne[5]), proprio vigore und eo ipso auch auf die Territorien erstrecke, wenn gleich nicht alle ihre Bestimmungen auf diese Anwendung fänden. Wenn die Verfassung sich nicht auf die Territorien erstrecke, woher entnehme denn der Kongreß, der selbst nur kraft der Konstitution existire, irgend welche Autorität über die Territorien?

Offenbar hatte Calhoun Recht, obwohl Webster guten Grund hatte, sich darüber zu wundern, daß der radikale Staatenrechtler diesen Standpunkt vertrete. Die Vereinigten Staaten haben außerhalb der Konsti-

[1]) Siehe den Wortlaut des Amendements in seinen beiden Gestalten, Deb. of Congr., XVI. pp. 306, 307.

[2]) „Why, sir, the thing is utterly impossible. All the legislation in the world, in this general form, could not accomplish it."

[3]) „I do not say that, while we sit here to make laws for these Territories, we are not bound by every one of those great principles which are intended as general securities for public liberty. But they do not exist in Territories till introduced by the authority of Congress."

[4]) „in approving that constitution (die ein Territorium für sich entworfen hat), the legislation of Congress was not necessarily confined to those principles that bind it when it is exercised in passing laws for the United States itself." — Die Debatte zwischen Webster und Calhoun kann außer in dem Congr. Globe und den Deb. of Congr. auch in Curtis' Life of D. Webster, II. pp. 364—372 vollständig nachgelesen werden.

[5]) Webster fragte: „What land?" worauf Calhoun antwortete: „The land; the Territories of the United States are a part of the land."

tution überhaupt keine rechtliche Existenz. Das Verhältniß der Union zu den Territorien ist daher ein Rechtsverhältniß in und unter der Verfassung, das ganz unabhängig von der Gesetzgebung des Kongresses ist, da es die Basis dieser bildet. Daß es der Gesetzgebung des Kongresses bedarf, um dieses Rechtsverhältniß wirksam zu machen, steht keineswegs, wie Webster zu meinen schien, in Widerspruch mit jener Behauptung, denn Calhoun sagte richtig, daß es gerade ebenso auch der Gesetzgebung des Kongresses bedarf, um die Bestimmungen der Verfassung für die Staaten wirksam zu machen. Unstreitig ist die Natur des Rechtsverhältnisses der Staaten und der Territorien zu der Union eine wesentlich verschiedene. Der Unterschied ist, dem Gedankengange Webster's entsprechend, in dem Satze Cooley's scharf angedeutet: „Die Verfassung wurde für die Staaten, nicht für Territorien gemacht"[1]). Ganz buchstäblich darf der Satz jedoch nicht verstanden werden. Die Vereinigten Staaten hatten schon unter den Konföderations-Artikeln ein Territorialgebiet. Die Verfassung konnte daher gar nicht von demselben absehen und sie hat ihm in ausdrücklichen Worten seine ganz bestimmte Stelle in dem Organismus der Union angewiesen; insofern ist sie mithin auch für die Territorien gegeben. Obwohl die Territorien den Vereinigten Staaten *gehören*, wird man darum doch dem Oberbundesgericht unbedingt beipflichten müssen, das, im Widerspruch mit Webster, sie in einer späteren Entscheidung wiederholt auch als „Theil" der Vereinigten Staaten bezeichnet. Und ebenso unangreifbar ist seine weitere Erklärung, daß die Befugnisse der Bundesregierung hinsichtlich der Personen und des Eigenthums der Bürger in den Territorien nicht andere und größere sein können, als die ihm über die Bürger in den Staaten eingeräumt worden sind[2]). Schon Calhoun hatte gefragt, ob denn etwa der Kon-

[1]) The General Principles of Constitutional Law in the United States of America, p. 36.

[2]) The power of Congress over the person or property of a citizen, can never be a mere discretionary power. The powers of the Government and the rights and privileges of the citizen, are regulated and plainly defined by the Constitution itself. When a Territory becomes a part of the United States, the Federal Government enters into possession in the character impressed upon it by those who created it. It enters upon it with its powers over the citizen strictly defined and limited by the Constitution, from which it derives its own existence, and by virtue of which alone it continues to exist and act as a government and sovereignty. It has no power of any kind beyond it, and it can not, when it enters a territory of the United States, put off its character and assume discretionary or despotic powers,

greß in den Territorien einen Adel oder eine Staatskirche ſchaffen könne? Wenn er daraus dann aber die Schlußfolgerung zog, daß die poſitiven Beſtimmungen der Verfaſſung ebenſo wie die negativen in den Territorien Geltung haben müßten, ſo war das in dieſer Allgemeinheit offenbar nicht richtig. Er ſelbſt hatte das ja anerkannt, indem er zugab, daß nicht alle Beſtimmungen der Verfaſſung auf die Territorien Anwendung fänden. Sah man von der akademiſchen Frage ab, ſo lief mithin der Streit zwiſchen ihm und Webſter einfach auf die Frage hinaus, welche Beſtimmungen der Verfaſſung auf die Territorien Anwendung fänden. Daß Webſter die Entſcheidung dieſer Frage nicht der Diskretion des Präſidenten überlaſſen wollte, war ſicher vom rechtlichen wie vom politiſchen Standpunkte durchaus in der Ordnung. Weil das unzuläſſig war, durfte aber noch nicht geſagt werden, daß die Frage ſich überhaupt nicht entſcheiden laſſe. Es liegt auf der Hand, daß ſie theils rechtlicher und theils politiſcher Natur war und dem gemäß ſtand auch die definitive Entſcheidung über ſie theils den Gerichten und theils dem Kongreß zu. Und lediglich weil dem ſo war, hatte Webſter den auf den erſten Blick in ſeiner Allgemeinheit nichtsſagend erſcheinenden Satz des Walker'ſchen Amendements mit ſolchem Nachdruck angegriffen und hatte Calhoun an Stelle des unbedeutenden Senators von Wisconſin den Kampf aufgenommen.

Calhoun begrüßte Webſter's Behauptung mit Freuden, weil ſie die Schranken des weiten Kampffeldes in dem Streit zwiſchen Norden und Süden über die Territorienfrage um den entſcheidenden Punkt zuſammengerückt habe. Habe er, Calhoun, ſeinen Satz bewieſen, dann, meinte er, könne auch unmöglich mehr das Recht des Südens angeſtritten werden, mit ſeinen Sklaven in die Territorien zu gehen, da dieſe „den dreißig Staaten" gehörten. Er kam alſo einfach auf ſeinen alten Satz hinaus, ihn jetzt ebenſo wenig wie früher beweiſend. Das aber war es, was damit bezweckt wurde, daß man durch Geſetz die Konſtitution auf die Territorien „ausdehnen" wollte [1]) und weil man

which the Constitution has denied to it. It can not create for itself a new character separated from the citizens of the United States, and the duties it owes them under the provisions of the Constitution. The territory being a part of the United States, the Government and the citizen both enter it under the authority of the Constitution, with their respective rights defined and marked out, and the Government can exercise no power over the person or property beyond what that instrument confers." Dred Scott v. Sandford, Howard's Rep., XIX. p. 449.

[1]) Clingman ſagte ſpäter im Hauſe: „the amendment from the Senate

UNIVERSITY CALIFORNIA

das bezweckte, widersetzten sich die Gegner der Ausdehnung des Sklavereigebietes dem Antrag. Calhoun hatte gar kein Recht daraus zu folgern, daß auch ihrer Ansicht nach die Sklaverei „unter dem Schilde der Konstitution" in alle Territorien wandere. Ihr Widerstand war über und über genug dadurch erklärt und gerechtfertigt, daß sie es nicht dem Dafürhalten des Präsidenten anheimstellen wollten, ob die Verfassung so oder so zu interpretiren sei. Die Verfassung setzte nichts hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien fest und nach der Natur der Sache, nach der Verfassung[1]) und nach dem — allerdings nicht immer — bisher beobachteten Verhalten war es das Recht und die Pflicht des Kongresses ihnen in diesem Punkt das Gesetz zu diktiren. Die Territorien waren nicht Kolonien, die bleibend eine abhängige Sondereristenz unter der Union führen sollten, sondern sie waren werdende Staaten mit der rechtlichen Anwartschaft darauf gleichberechtigte Glieder der Union zu werden. Der Charakter ihrer politischen und sozialen Organisation war daher ein wesentlich bestimmender Faktor in der Zukunft der Union. Es ihnen zu überlassen, denselben ganz nach ihrem Belieben zu formen, hieß mithin pro tanto darauf verzichten, dem Entwickelungsgange der Union eine bestimmte Richtung zu geben und das Einhalten derselben zu sichern. Die Zahl der Staaten hatte sich bereits mehr als verdoppelt. Wenn von Anfang an jenem Grundsatz gehuldigt worden wäre, so hätte mithin die Homogenität in dem Grundtypus der dreizehn ursprünglichen Staaten dermaßen von einem Gewirr heterogener Institutionen überwuchert sein können, daß schon zu dieser Zeit eine vernünftige, zielbewußte und von der Staatsraison geleitete Unionspolitik und damit die Fortdauer der Union selbst eine Unmöglichkeit geworden wäre. Ein Staat, der sich mit Bewußtsein freiwillig der Möglichkeit begibt, das Recht der Selbstbestimmung über

known as Walker's, which would have settled the question of slavery in the Territories." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 205.

[1]) Oberrichter Marshall sagt in Sachen Serè v. Pitot: „Accordingly, we find Congress possessing and exercising the absolute and undisputed power of governing and legislating for the territory of Orleans." Cranch's Rep., VI. p. 387; Curtis, II. p. 425. Das Gesetzgebungsrecht des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien ist direkt oder indirekt in den folgenden richterlichen Entscheidungen anerkannt. Menard v. Aspasia, Peters' Rep., V. p. 505; Phebe et al. v. Jay, Breese's Rep., p. 210; Hogg v. The Zanesville Canal Co., Ohio Rep., V. p. 410; Martin's Louisiana Rep. N. S. p. 699; Spooner v. McConnell, McLean's Rep., I. p. 341; Harvey v. Decker, Walker's Mississippi Rep. p. 36; Rachael v. Walker, Missouri Rep., IV. p. 350.

den Gang seiner Entwickelung zu üben, ist aber ein Unding, ein Widerspruch in sich. Daran würde nichts geändert werden, auch wenn jener Grundsatz ausdrücklich und in der unzweideutigsten Weise in der Verfassung ausgesprochen wäre, denn von Hause aus würde der thatsächliche Entwickelungsgang entweder über ihn hinweggehen oder der Auflösungsprozeß des Staates sein. Calhoun's Behauptung, daß die Territorien „den 30 Staaten" gehörten und deswegen die Bürger jedes Staates mit den lediglich auf den munizipalen Institutionen ihrer resp. Staaten beruhenden Rechten in die Territorien gehen dürften und die Lehre von der Squattersouveränetät waren daher gleich absurd, wenn man der Union in irgend welchem Grade einen staatlichen Charakter zuerkannte und sie nicht für einen schlechthin völkerrechtlichen Bund erklärte. Was aber auch ursprünglich ihr rechtlicher Charakter gewesen sein mochte, alle Dialektik der Welt konnte nicht fortdisputiren, daß sie thatsächlich nie das gewesen war und darum hatten sich auch die Begründer der Republik nie der Ungeheuerlichkeit schuldig gemacht, die ihnen von den Calhouniten wie von der Cass-Dickinson'schen Schule imputirt wurden. Sobald die Union in den Besitz eines Territorialgebietes gelangt war, hatte sie auch sowohl im Allgemeinen wie speziell hinsichtlich der Sklavenfrage eine zweckbewußte Territorialpolitik adoptirt. Die Ordinanz von 1787 war der beste und bedeutsamste Beleg dafür, wie sehr der Kongreß die Ueberzeugung der Konvention zu Philadelphia theilte, daß „eine vollkommenere Union" an die Stelle der lockeren Konföderation zu treten habe und der erste Kongreß unter der neuen Verfassung erklärte durch die Bestätigung der Ordinanz, daß dieselbe seiner Ansicht nach ganz in dem Geiste der vollkommeneren Union gedacht sei. Seitdem hatte der Kongreß den Territorialzustand nicht nur als eine Wartezeit, in der das Territorium das erforderliche materielle Gewicht zu erlangen habe, sondern immer auch als eine Vorschule betrachtet und behandelt, in der es die politische Reife erlangen und in einer dem allgemeinen Charakter der Staaten entsprechenden Weise sich politisch und sozial so weit fest ausgestalten müsse, um zum Frommen des Ganzen wie zum eigenen Besten gleichberechtigtes konstituirendes Glied der Union werden zu können. Und die Calhouniten wollten, nur von der Sklavenfrage abgesehen, nicht nur thatsächlich noch immer an dieser Praxis festhalten, sondern sie machten auch die Nothwendigkeit dieses Verfahrens als das eine durchschlagende Argument gegen diejenigen Vertreter der Squattersouveränetät geltend, die California sogleich als Staat zulassen wollten. Calhoun und der gesammte Süden redeten aber weiter, zur

Zeit und zur Unzeit, beständig davon, mit welcher rapiden Geschwindigkeit die Union seit der Annahme der Verfassung thatsächlich immer vollkommener geworden sei, d. h. sich immer mehr aus einer Konföderation zu einem Bundesstaate von nationalem Gepräge konsolidirt habe. Gerade jetzt widersetzte sich Calhoun lebhaft der Errichtung eines Ministeriums des Innern und sagte mit Recht, daß schon der Name des neuen Departements ein beredtes Zeugniß für die stetig fortschreitende Wandelung des Charakters der Union nach der angegebenen Richtung hin ablege[1]). Nun hatten aber schon der Kongreß der Konföderation und der erste Kongreß unter der neuen Verfassung die Sklaverei für eine Frage von so großer nationaler Bedeutung gehalten, daß die Union hinsichtlich derselben eine feste Territorialpolitik verfolgen müsse. Und doch sollte jetzt nach den Einen das Recht und nach den Anderen die Politik unbedingt verlangen, daß die Bundeslegislative die Frage absolut ignorire, jetzt, nachdem die bitteren Erfahrungen von zwei Menschenaltern gelehrt, daß sie die Geschicke der Union in einem Maße und in einem Umfange beeinfluße, von dem die Gründer der Republik sich nicht hatten träumen lassen.

Einige der entschiedensten Vorkämpfer des Sklavenhalterinteresses legten unfreiwillig ein lautes Zeugniß dafür ab, daß es unmöglich sei dieser Forderung zu entsprechen. Hunter und Westcott sprachen den Wunsch aus, daß die Entscheidung vertagt werden möge, selbst wenn sich jetzt eine dem Süden günstige erlangen ließe, denn bei dem aufgeregten Zustand der öffentlichen Meinung stehe zu befürchten, daß der Norden sich derselben nicht friedlich unterwerfen werde[2]). Das war ein

[1]) Deb. of Congr., XVI. p. 338.

[2]) Westcott sagte: „We are just over a closely contested Presidential election, and in which this question was a prominent and exciting topic of discussion. Give time and opportunity for all to cool. If it is to come, at least put the evil day afar off. Avoid it. Shun it. Postpone it. Give time for reason and patriotism to resume their sway. . . . Sir, I do not hesitate, as a Southern senator, to say here in my place that I regard the postponement of the decision of this slavery question at this session, as much more propitious to the perpetuity of the Union than its decision in any way could be at this session, if such decision could be made. I advocate this amendment (Walker's) distinctly on that ground. A decision by Congress, even if in favor of the South, at this session, I have apprehensions would not be peaceably acquiesced in, in the present state of excited feeling on this subject in the other sections. The public mind is, I fear, diseased with respect to it. Such decision now would be used by fanatics and demagogues, who are the enemies of the South, to carry out their unpatriotic, if not treasonable

inhaltsschweres Bekenntniß. Wie viele Senatoren diesem Urtheil über die Stimmung des Nordens beipflichteten, läßt sich nicht sagen, aber eine beträchtliche Anzahl theilte die Ansicht, daß es klug sei, die Entscheidung noch einmal hinauszuschieben. Ihre Wünsche sollten erfüllt werden.

Dayton hatte beantragt, daß, bis der Kongreß in anderer Weise Vorsorge für die Territorien treffe, „alle militärischen, bürgerlichen und richterlichen Gewalten, die früher von den Beamten der mexicanischen Regierung ausgeübt worden sind", vom Präsidenten auszuersehenden Personen übertragen werden sollten. Berrien erklärte sich zur Unterstützung des Antrages bereit, wenn der Zusatz aufgenommen würde: „so weit sie (die Gewalten) nicht unvereinbar mit der Verfassung der Vereinigten Staaten sind". Dayton entsprach dem Wunsche nicht, weil der Süden aus diesem Satz die gleichen Folgerungen wie aus der „Ausdehnung der Konstitution" auf die Territorien gezogen haben würde. Ohne den Zusatz aber war der Antrag für den Süden unannehmbar, weil er das Verbot der Sklaverei für unbestimmte Zeit in Kraft gelassen hätte. Dayton's Hinweis darauf, daß er das einst für Florida erlassene Gesetz wörtlich abgeschrieben habe und seine Versicherung, daß er nur den Territorien die nöthigsten Regierungsapparate habe geben wollen, gewannen ihm natürlich nicht Eine Stimme. Ein Antrag Webster's, nach dem die bestehenden Gesetze bis zum Schluß der nächsten Kongreßsession in Kraft bleiben sollten, falls die Territorien nicht früher organisirt würden, konnte selbstverständlich noch viel weniger Gunst finden. Webster mochte das als das laisser aller auffassen, das er für die beste Politik erklärte [1]), in den Augen des Südens aber war damit für die angegebene Zeit die Frage zu seinen Ungunsten entschieden. Der Antrag Dayton's wurde am 26. Februar mit 47 gegen 8 Stimmen verworfen und dann das Walker'sche Amendement, nachdem es von Berrien in eine etwas andere Fassung gebracht worden war, mit 29 gegen 27 Stimmen angenommen.

---

designs. They would, by such decision at this time, I fear, be able to excite prejudice, and mislead the people, and the ball might rebound. It would not be a settlement of the question, but would occasion renewed and more violent agitation." ib. pp. 328, 329. Er fügte hinzu, daß der Süden sich natürlich einer ungünstigen Entscheidung widersetzen und sein Widerstand unbrechbar sein würde, während der Norden schon nach und nach wieder seine feindseligen Gesinnungen gegen den Süden verlieren werde.

[1]) Curtis, Life of D. Webster, II. p. 362.

Den nächsten Tag passirte das Haus mit 126 gegen 87 Stimmen seine Territorialbill, die die Sklaverei aus den neuen Territorien ausschloß. Der Senat verwies sie an seinen Territorialausschuß und sie kam nicht wieder zum Vorschein. Das Haus konnte den Vorschlag des Senats nicht ohne weiteres in dieser höflichen Weise ad acta legen, weil er dem Budget angehängt war. Der Ausschuß für Mittel und Wege brachte am 2. März ein Amendement ein, das im Wesentlichen dem Antrage Webster's entsprach. Nur 17 Stimmen wurden dafür abgegeben, aber auch das Walker'sche Amendement mit 114 gegen 100 Stimmen verworfen[1]). Ein Konferenzausschuß der beiden Häuser berichtete den nächsten Tag, daß er sich auf keinen Vorschlag habe einigen können. Es war der letzte Lebenstag des 30. Kongresses. Beharrten die beiden Häuser auf ihrem Sinn, so blieben nicht nur die Territorien ohne gesetzliche Organisation, sondern es war auch die neue Administration vor leere oder verschlossene Koffer gestellt, bis der neue Kongreß zusammen berufen und ein Budget votirt werden konnte. Undenkbar erschien es, daß die Majorität des Senates wagen würde, den ganzen staatlichen Apparat der Union stille zu stellen; aber auch schon die erstere Gefahr erfüllte Taylor mit lebhafter Besorgniß. Seward, von dem man wußte, daß er im Einverständniß mit ihm handle, bot seinen ganzen Einfluß auf das Haus zu überreden, einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen[2]). Die Aufregung war so groß, daß einige Abgeordnete handgreiflich gegen einander wurden[3]), aber die Majorität war von Seward für den Webster'schen Antrag gewonnen worden. Allein im Senat währte der Kampf mit unverminderter Heftigkeit fort und von Stunde zu Stunde schien die Aussicht geringer zu werden, daß er zu irgend einem Entschluß kommen würde. Er scheute davor zurück sich noch länger auf seinen eigenen Satz zu steifen und die Annahme

---

[1]) Clingman erzählt, ein hervorragender Repräsentant von Massachusetts habe ihm gesagt: „if we do not succeed in changing it (das Walker'sche Amendement), we shall prevent its adoption by having the yeas and nays on motions to adjourn, and calls of the House, till the end of the session." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 205.

[2]) Siehe seinen Brief vom 29. März 1849 an die Herausgeber des National Intelligencer. Works III. pp. 443, 444.

[3]) Horace Mann schreibt den 4. März: „There were two regular fist-fights in the House, in one of which blood flowed freely; and one in the Senate. Some of the members were fiercely exasperated; and had the North been as ferocious as the South, or the Whigs as violent as the Democrats, it is probable there would have been a general mêlée." Life of H. Mann, p. 277.

des Hausamendements stand der Majorität außer Frage, aber sie haderte unter sich und wußte keinen Vorschlag zu finden, für den sich eine Mehrheit gewinnen ließ, noch erlaubte es die Zeit, die Bill wiederum dem Hause zurückzuschicken. Hunter wollte eher die Appropriationsbill scheitern lassen als den Rechten des Südens in California etwas vergeben, Douglas erklärte eher die Appropriationsbill preisgeben als California ohne Regierung lassen zu wollen, Foote, Cass, Borland weigerten sich noch weiter an den Abstimmungen theilzunehmen, weil nicht mehr der Senat der Vereinigten Staaten tage, sondern nur eine Gesellschaft von Privatleuten disputire, da die Mitternachtsstunde vom 3. auf den 4. März längst vorüber sei, die dem 30. Kongreß ein Ende gemacht habe. Es war fast vier Uhr Morgens, als Webster endlich ein Votum über den Antrag erlangte, das Walker'sche Amendement fallen zu lassen. Mit 38 gegen 7 Stimmen wurde der Beschluß gefaßt und die Appropriationsbill war mithin von beiden Häusern passirt worden ohne eine Bestimmung über die neuen Territorien zu enthalten. Polk unterzeichnete die Bill ohne lange darüber zu grübeln, ob er auch dazu berechtigt sei und obwohl vermuthlich die große Majorität des Volkes der Ansicht war, daß er eigentlich mit der letzten Minute des 3. März aufgehört habe, Präsident der Vereinigten Staaten zu sein, hieß man es natürlich doch allgemein gut, daß er gehandelt hatte wie er gethan.

Der staatliche Apparat blieb also ganz ungestört in seinem regelmäßigen Getriebe, aber in der Territorienfrage war man wieder nicht um einen Schritt weiter gekommen. Die Geschichte des Kampfes zeigt jedoch, daß trotzdem die Session keineswegs als resultatlos bezeichnet werden darf. Die Sklavokratie hatte versucht, auf neuen gewundenen und versteckteren Wegen an's Ziel zu gelangen, sie hatte den Bogen bis auf den Punkt des Brechens gespannt und doch war sie zurückgewiesen worden, während die Gegner an anderen Punkten zwar ohne praktische Resultate, aber nicht ohne bedeutsame moralische Erfolge zum Angriff übergegangen waren. Und wenn am Schlusse des Jahres der Kampf wieder im Kongreß aufgenommen wurde, dann hatten sie im Senat, der bis jetzt das uneinnehmbare Bollwerk der Sklavokratie gewesen war, zwei Streiter von einer Kraft und einer Entschlossenheit, die zu großen Erwartungen berechtigten.

Drohend lagen die Wolken über der Union, aber am höchsten und dunkelsten thürmten sie sich über dem Süden auf.

Fünfzehntes Kapitel.

Die erste Session des 31. Kongresses bis zur Einsetzung des Ausschusses der Dreizehn am 19. April 1850.

Der vierte März fiel auf einen Sonntag und Taylor's Inauguration fand daher erst am fünften statt. Die Adresse, die er von der östlichen Freitreppe des Kapitols verlas, zeichnete sich durch Kürze, Schlichtheit und Inhaltlosigkeit aus. Sie kündigte gute Absichten, aber keine Politik an. Der einzige Satz von Bedeutung war die Versicherung, daß er jede Maßnahme des Kongresses mit Eifer unterstützen werde, die geeignet sei, widerstreitende Interessen in Harmonie zu bringen und die Fortdauer der Union zu sichern.

Das Kabinet war in seiner Gesammtheit beinahe ebenso farblos wie die Inauguraladresse, obgleich fast alle Mitglieder desselben zu den bekanntesten Politikern gehörten. Obwohl 97 von den 163 Elektoralstimmen, die Taylor erhalten hatte, von den freien Staaten abgegeben worden waren, war der Süden doch mit vier und der Norden nur mit drei Ministerien bedacht worden. Der Kriegssekretär Crawford von Georgia war jedoch der einzige Vertreter der extremeren südlichen Anschauungen, und er hatte nicht viel Einfluß, theils weil er ein Mann von nur mittelmäßigen Fähigkeiten war und theils weil er in dem Verdacht stand, in Geldangelegenheiten ein etwas zu weites Gewissen zu haben. Der Generalanwalt Reverdy Johnson hatte allerdings, wie wir gesehen, die Ansicht vertreten, daß der Bestand der Union unmöglich werde, wenn die Sklaverei aus dem ganzen Territorialgebiet ausgeschlossen würde, aber das verfassungsmäßige Recht des Kongresses dazu hatte er für unbestreitbar erklärt. Preston, der Marinesekretär, hatte 1832 in der Legislatur von Virginia die allmähliche Abschaffung der Sklaverei

befürwortet, und wenn er auch später mit dem Strom getrieben war, so war es doch fraglich, wie weit die Sklavokratie auf ihn würde zählen dürfen, wenn ihre Interessen mit seinen sonstigen politischen Rechnungen in Konflikt geriethen. Ewing von Ohio, der Sekretär des Innern, war ein Virginier von Geburt, und obwohl er sich aus niederer Sphäre emporgearbeitet hatte, war er doch als Mann wie als Politiker ein Konservativer mit einem ausgesprochen aristokratischen Anstrich. Mercdith von Pennsylvania, der Finanzsekretär, war ein tüchtiger Jurist und geachteter Mann, aber hatte wenig politisches Gewicht. Der einzige entschiedene Anwalt des Freibodenprinzipes im Kabinet war der General-Postmeister Collamer von Vermont. War es erlaubt, so zu sagen den Durchschnitt zu ziehen, so stand mithin zu erwarten, daß der Staatssekretär John M. Clayton, der in der ersten Session des 30. Kongresses den Konflikt über die Territorienfrage durch den nach ihm benannten Kompromißvorschlag beizulegen gesucht hatte, ziemlich genau die Stellung des Kabinets zur Sklavenfrage repräsentiren würde.

Die Zusammensetzung des Kabinets befriedigte die Whigs nicht, obwohl sie an den einzelnen Persönlichkeiten keine bestimmte gravirende Ausstellung zu machen hatten. Man schüttelte verwundert die Köpfe und gestand sich gegenseitig im Vertrauen, daß es doch etwas Bedenkliches habe, einen Mann an die Spitze des Staates zu stellen, der nach seinem eigenen Zeugniß noch die Anfangsgründe der Staatskunst zu lernen hatte. Die Art und Weise, in der die Administration bei der Besetzung der anderen Bundesämter verfuhr, verstärkte diesen ersten Eindruck. Clay hatte von Anfang an erwartet, nicht „viel Gunst bei Hof zu finden", und versichert, daß er sich darüber nicht sonderlich gräme, aber auch gleich hinzugefügt: „der Präsident wird nicht weise handeln, wenn er meine Freunde vernachlässigt oder proskribirt"[1]). Und nun beklagten sich nicht nur die Freunde Clay's, sondern man warf Taylor vor, daß er die Brode und Fische nur unter diejenigen vertheile, die von Haus aus seine Kandidatur unterstützt hätten. Sogar das Gift des sektionellen Haders wurde in diese Zänkereien um die Beute hineingetragen. Die Führer der südlichen Whigs behaupteten Seward, der allgemein für die bestimmende Macht hinter dem Throne gehalten wurde, sei zum Generalverwalter der „Patronage" für den Norden gemacht werden. Sie machten Preston dafür verantwortlich.

[1]) Mr. Clay to James Harlan, March 13, 1849. Clay's Priv. Corresp. p. 586.

der die „thörichte Idee" habe, daß sich dadurch dem Süden auch für 1852 die Präsidentschaftskandidatur der Partei sichern lasse, weil Seward der designirte Kandidat für 1856 sei. Die einzige Folge davon aber sei gewesen, daß Seward den ganzen nördlichen Flügel der Whigs gezwungen habe, in das Lager der extremen Gegner der Sklaverei überzugehen [1]).

Die Mißstimmung über dieses Wirthschaften mit den Spolien wurde so groß, daß man schon im Juni davon zu reden begann, ihr in demonstrativer Weise Ausdruck zu geben [2]). Und sowohl die Administration wie die Partei waren weit davon entfernt, so fest dazustehen, daß sie ungestraft die unter Tyler's Präsidentschaft aufgeführte Tragikomödie eines häuslichen Zwistes wiederholen konnten. Als die Herbstwahlen in Ohio und Pennsylvania gegen die Administration ausfielen, sprach Clay schon die Befürchtung aus, daß das Heft ihren Händen entwunden werden dürfte [3]) und den Tag nach dem Zusammentritt des Kongresses schrieb er seinem Sohne James, es sei um das Uebergewicht der Whigs geschehen, wenn sich nicht irgend ein günstiger Umschwung in den öffentlichen Angelegenheiten vollziehe [4]).

Diese Verhältnisse eröffneten nicht nur den Whigs, sondern dem ganzen Lande einen trüben Ausblick in die Zukunft. Trotz der stolzen Zuversicht, mit der die südlichen Freunde Taylor's während des Wahlkampfes erklärt hatten, daß der Süden von keinem seiner Söhne irgend welche Garantien für seine Gesinnungstüchtigkeit in der Sklavenfrage zu verlangen brauche, schlugen doch die Gegner einen viel schärferen Ton in ihren Klagen und Drohungen an, sobald die Entscheidung gefallen war [5]). Die Legislatur von Missouri erklärte die bindende Kraft

[1]) R. Toombs to J. J. Crittenden, Apr. 25, 1850. Coleman, Life of J. J. Crittenden, pp. 364, 365.

[2]) „I regret extremely that many of the appointments of the President are so unsatisfactory to the public; and still more that there should be just occasion for it. . . . You tell me that it will be difficult to repress an expression of the Whig dissatisfaction, prior to the meeting of Congress. I should be very sorry if this was done so early, if it should become necessary (I hope it may not) to do it at all." Mr. Clay to N. Dean, June 21, 1850. Clay's Priv. Corresp. p. 587.

[3]) „judging from present prospects, I do not see how it is to be sustained." Den 15. Okt. an seinen Sohn James. ib. pp. 589, 590.

[4]) l. c.

[5]) Ashmun, der einzige Vertreter von Massachusetts im Kongreß, der nach der Rede vom 7. März zu Webster hielt, sagte am 27. März im Repräsentantenhause: „we heard no talk of disunion until General Taylor was elected, and then

des Miſſouri Kompromiſſes — wenn es je eine ſolche gehabt habe — durch das Vorgehen des Nordens für aufgehoben und verſprach in herzlichem Einvernehmen mit den anderen Sklavenſtaaten zur Abwehr jeder Maßnahme zuſammenſtehen zu wollen, die das gleiche Recht des Südens auf die Territorien zu verkürzen ſuche[1]). Die Legislatur von Virginia erſuchte den Gouverneur, eine außerordentliche Seſſion anzuberaumen, falls der Kongreß das Wilmot-Proviſo annähme und die Gouverneure von Georgia und Alabama empfahlen für dieſen Fall Vorkehrungen für die Berufung von Konventionen zu treffen. Die Sicherheitsausſchüſſe von South Carolina hielten am 14. Mai 1849 eine Delegatenverſammlung in Columbia ab, die einen General-Sicherheitsausſchuß von fünf Mitgliedern ernannte, um die Agitation zu organiſiren und auf die Einigung des ganzen Südens hinzuwirken[2]). Das Wort „disunion“ ging den Heißſpornen jetzt ſo geläufig von den Lippen, daß es nach und nach auch in den Ohren der Maſſen viel von ſeinem ſchreckhaften Klang zu verlieren begann. Der greiſe Troup, dem die Jahre weder das heiße Blut gekühlt, noch den trotzigen Sinn gebeugt hatten, ermahnte nachdrücklich, ſich mit Eifer zu rüſten, da früher oder ſpäter der Knoten doch mit dem Schwert durchhauen werden müſſe und jede verlorene Stunde dem Norden zugute komme[3]).

---

the howl began. Then it was that the union was declared to be suddenly in danger, because southern rights had been trodden down.“ Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., App. p. 398.

[1]) Als Zugeſtändniß wurde die Bereitwilligkeit ausgeſprochen, die Fortführung der Miſſouri Linie anzunehmen, wenn dadurch weitere Angriffe verhindert und der Anti-Sklavereifanatismus erſtickt werden würde. Siehe die Reſolutionen Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., pp. 97, 98. Benton hatte den Muth, unter Berufung an das Volk des Staates, das den Schritt der Legislatur nicht billige, der Inſtruktion, den Reſolutionen gemäß zu handeln, den Gehorſam zu verweigern. Siehe ſein Schreiben vom 9. Mai 1849, To the People of Missouri, Niles' Reg. LXXV. p. 322.

[2]) Niles' Reg. LXXV. pp. 328, 329.

[3]) „It is worse than useless to conceal anything from ourselves — it is far better to lay bare the naked truths, and in good time. Are we to surrender because the civilized world, and, it may be, more than one-half of our country men are against us? This is the only question worth considering — and, I begin, by answering No! by no means. If you are divided, you can do nothing — perfect unanimity is not to be hoped for, but an approach to it might be realized; what then? I say a perfect preparedness for the last resort, by the establishment, in every State, without delay, of Military Schools, Founderies, Armories, Arsenals, Manufactories of powder, etc. Have you not seen that our adversaries are constantly growing stronger, and our-

Die oft wiederholte Versicherung Taylor's, daß er die Interessen der Parteien stets denen des Gesammtvolkes unterordnen werde, war ernst gemeint gewesen. An der Sklavenfrage wollte er jetzt gleich den Beweis dafür liefern, und wenn redlicher Wille ausgereicht hätte, so hätte er, gerade weil er selbst in einem der südlichsten Staaten viele Sklaven besaß, mehr für einen Ausgleich thun können als irgend ein Präsident aus dem Norden[1]). Allein Taylor verstand das Wesen des Uebels so wenig wie die große Majorität der Politiker und der Bevölkerung beider Sektionen. Er hielt die Symptome für die Krankheit und glaubte daher, daß mit der Beseitigung des formalen Bodens, auf dem im Augenblick das Haupttreffen in dem ewigen Kampf zwischen Sklaverei und Freiheit geschlagen wurde, auch alle Gefahr verschwinden würde und ein dauernder Frieden aufgerichtet werden könnte. Durch eine Kombination der alten Vorschläge von Douglas und Clayton sollte die Territorienfrage aus der Welt geschafft werden.

Zunächst sollte der Streit hinsichtlich California's gegenstandslos gemacht werden. Thomas Butler King von Georgia wurde dorthin geschickt, um die Bevölkerung zu veranlassen, sich eine Staatskonstitution zu geben und dann um Aufnahme in die Union nachzusuchen. Seine Instruktionen vom 3. April 1849 schärften ihm jedoch nachdrücklich ein, daß die Organisirung als Staat in jeder Hinsicht durchaus das eigene Werk der Bevölkerung sein müsse und der Präsident sich darauf zu beschränken habe, sie in demselben „zu schützen und zu vertheidigen"[2]).

selves comparatively weaker, in all the elements of power — population — wealth — education — military resources of all kinds; and these sustained by a Government strong in its military and naval power — ready for combat at any time, and at any place, and already the terror of the world? . . . I say, then, ceasing all bluster and bravado, prepare to meet them on the last field, in which, if you be well prepared, they will receive harder blows than they can give; and they know it . . . it is only the dread of death that in the United States will stay the hand or stop the machinations of the fanatic. That dread you must present to him, in a visible, palpable form. They know you have courage; but where is the flying artillery, the most formidable arm in modern warfare — where the munitions, the arms, the discipline — and where the science to serve them in the field?" Schreiben vom 15. Sept. 1849 an einen Herrn in Mobile. Harden, The Life of G. M. Troup, Append. p. XVI.

[1]) Th. Parker sagte einige Jahre später richtig: „The higher North the President comes from, the lower South must he go to. General Taylor could afford to be more anti-slavery than Mr. Fillmore or Mr. Pierce." Weiß, Life and Corresp. of Th. Parker, II. p. 120.

[2]) Sen. Doc., 31st Congr., 1st Sess., Vol. IX. No. 78. p. 10.

Taylor kam mit diesem Schritt den Wünschen der Bevölkerung California's entgegen. Ganz unabhängig von der Sklavenfrage, zu deren Erörterung im Augenblick noch kein dringlicher Anlaß vorlag, war schon seit geraumer Zeit in verschiedenen Theilen des Gebietes dafür agitirt worden, daß man aus eigener Initiative eine feste gesetzliche Ordnung schaffe[1]). Das Regiment des kommandirenden Offiziers der Bundestruppen, der den Titel Gouverneur führte, hatte weder die nöthige Kraft noch den in den Vereinigten Staaten nun einmal schlechthin unentbehrlichen lebendigen Zusammenhang mit der Bevölkerung, die Erhebung der Zölle und die Verwendung der Erträge hatten zu langwierigen und bitteren Streitigkeiten mit diesem unverantwortlichen Machthaber von unbestimmbarem Doppelcharakter geführt und das rohe, verbrecherische Abenteurerelement unter den Goldsuchern wurde mit jedem Tag zu einer furchtbareren Geißel. Wenn da nicht bald gründliche Abhilfe geschafft wurde, so mußten die Verhältnisse eine Gestalt gewinnen, die den Namen California wie den von Sodom und Gomorrah für ewige Zeiten sprichwörtlich machte. Unter diesen Umständen war es eine wahrhaft ungeheuerliche Zumuthung, daß die Californier mit der Geduld des Stumpfsinnes ein Jahr um das andere warten sollten, bis der Zank über die Sklavenfrage irgendwie und irgendwann ein Ende fand, um dann aus den Händen des Kongresses eine wirkliche Regierung und gesetzliche Zustände zu erhalten. Der Kongreß machte sich nicht nur einer schweren Pflichtversäumniß schuldig, sondern er lieferte in seinem jahrelangen vergeblichen Mühen, den von Mexico erworbenen Gebieten eine gesetzliche Existenz zu geben, die schlimmste Illustration politischer Impotenz, die in der Geschichte der Vereinigten Staaten zu finden ist. Und die aus allen Staaten der Union zusammengesetzte Bevölkerung von California lieferte die großartigste Illustration der wunderbaren Fähigkeit des amerikanischen Volkes für selfgovernment, indem sie sich aus eigener Initiative mit der größten Ruhe und Ueberlegung eine politische Organisation gab, die sich unter Verhältnissen als lebensfähig erwies, denen manche alte festgefügte Regierung nicht gewachsen gewesen wäre.

Wenige Tage nachdem die Nachricht in San Francisco eingetroffen war, daß alle die Debatten des Kongresses über die Organisirung der

[1]) Siehe das Nähere darüber in der Denkschrift, die den 12. März 1850 von den Senatoren und Repräsentanten California's dem Kongreß eingereicht wurde. Browne, Report of the Debates in the Convention of California, Append. pp. XIV—XXIII.

Territorien wiederum zu keinem Resultat geführt hätten, erließ „die legislative Versammlung" des Distriktes — eine etliche Monate vorher von der Bevölkerung gewählte Vertretung ohne jede gesetzliche Autorität — eine Adresse an das Volk, in der sie sämmtliche Distrikte aufforderte, Delegaten zu einer Konvention zu wählen, die am dritten Montag des August zum Behuf der Entwerfung einer Staatskonstitution zusammentreten solle. Gleichzeitig, aber ohne von diesem Schritt Kenntniß zu haben, erließ der in Monterey residirende General Riley in seiner Eigenschaft als Gouverneur eine Proklamation (3. Juni), die zu dem gleichen Zweck auf den 1. September eine in Monterey abzuhaltende Konvention ausschrieb[1]). San Francisco sprach dem Gouverneur jede Kompetenz in dieser Angelegenheit ab, ließ sich aber schließlich doch durch seine Vertrauensmänner bewegen, unter ausdrücklicher Verwahrung hinsichtlich der Rechtsfrage, die übrigen Distrikte einzuladen, im Interesse des Gemeinwohles der Aufforderung Riley's Folge zu leisten. Am festgesetzten Tage begannen sich die Delegaten in Monterey zu versammeln und am 13. Oktober beendigte die Konvention ihre Arbeiten. Am 8. September hatte sie an die Spitze der „bill of rights" die einleitenden Worte der Unabhängigkeitserklärung gesetzt und am 10. beantragte Shannon, dem Ausschußbericht die Bestimmung hinzuzufügen: „Sklaverei und unfreiwillige Knechtschaft sollen, ausgenommen als Strafe für Verbrechen, nie in diesem Staate geduldet werden." Dieser Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben[2]), obwohl fünfzehn Mitglieder der Konvention aus Sklavenstaaten eingewandert waren. In der Debatte waren nur die zwei Fragen verhandelt worden, in welchen Theil der Konstitution diese Bestimmung zu setzen sei und ob man sie dem Volke besonders zur Abstimmung vorlegen solle? Viel lebhafter wurde der Antrag diskutirt, die Einwanderung von freien Farbigen zu ver-

[1]) Riley hatte sich schon vor der Ankunft King's zu diesem Schritt entschlossen. Es heißt in einer Depesche des Oberkommandirenden der Flotte im Stillen Ozean: „The steamer Edith has been sent to Mazatlan for the necessary intelligence, and, on her arrival with information that no other than a revenue law had been passed, General Riley issued a proclamation for the election of the necessary executive and judicial officers under the existing laws, and recommending, at the same time, the election of delegates to a convention to form a State constitution. Mr. King arrived at the time these proclamations were about being issued, and it was a matter of great congratulation that the Government, by anticipation, had approved of the latter measure." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 75.

[2]) Browne, Report of the Debates in the Convention of California, pp. 33, 34, 43, 44.

bieten. Das gewichtigste und das durchschlagende Argument für diesen Antrag war, daß die erstgenannte Bestimmung unzweifelhaft umgangen werden würde, wenn man die Farbigen nicht überhaupt aus dem Staate ausschlösse. Steuart von Maryland theilte mit, daß er von hervorragenden Männern seines Heimathsstaates Briefe erhalten habe, in denen sie ihre Absicht ankündigten, „im Frühling mit einer großen Zahl von Negern hierher zu kommen, die sie, gegen die Verpflichtung sechs oder zwölf Monate für sie in den Minen zu arbeiten, emanzipiren würden“[1]). Semple stimmte den Ausführungen Steuart's vollkommen bei und fügte hinzu: „bei sechsmonatlicher Arbeit werden sie hier mehr verdienen, als wofür sie ihre Sklaven in Maryland verkaufen können. . . . Ich habe einen gewissen Herrn in Louisiana im Auge, und ich stehe dafür, daß, wenn Ihr ihm gestattet, hierher zu kommen und mit seinen Sklaven Gold zu graben, er wenigstens tausend in Euren Grenzen frei lassen wird . . . Viele Andere befinden sich hinsichtlich ihrer Sklaven in der gleichen Lage[2]).“ Der Antrag wurde angenommen und die Klausel über das Verbot der Sklaverei nicht einer besonderen Abstimmung unterworfen. Am 13. November nahm die Bevölkerung mit 12,066 gegen nur 811 Stimmen die Konstitution an und am 15. Dezember trat die Legislatur in San Jose zusammen. Fünf Tage darauf legte Riley die Regierung förmlich in die Hände der neuen bürgerlichen Gewalten nieder.

Da es Taylor nur darum zu thun gewesen war, durch eine vollendete Thatsache dem Kongreß die Entscheidung darüber zu entziehen, was in California hinsichtlich der Sklaverei das Recht sei resp. sein solle, so war er mit dem Erfolg seiner Politik zufrieden und glaubte nun auch in New Mexico das gleiche Verfahren einschlagen zu dürfen[3]). Der Süden sah jedoch die Sache in sehr anderem Licht. Wie auch immer das Recht liegen mag, die Thatsachen müssen und werden ent-

---

[1]) Report of the Debates in the Convention of California, p. 146.

[2]) ib. p. 148.

[3]) Der Kriegssekretär Crawford schreibt den 19. Nov. 1849 dem Oberstlieutenant McCall: „it is not believed that the people of New Mexico are required to await the movements of the federal government in relation to the plan of a government proper for the regulation of their own internal concerns. . . . Should the people of New Mexico wish to take any steps towards this object, so important and necessary to themselves, it will be your duty, and the duty of others with whom you are associated, not to thwart but advance their wishes.“ Sen. Doc., 31st Congr., 1st Sess., Vol. IX. No. 18, p. 264.

ſcheiden — das prophetiſche Wort Calhoun's hatte eine Beſtätigung gefunden, die von der Sklavokratie wie ein Keulenſchlag empfunden wurde. Daß die Entſcheidung gegen ſie ausgefallen, war an ſich eine nicht zu verwindende Niederlage, wenn ſich ihre vagen Hoffnungen auf die Erwerbung von weiteren mexicaniſchen und mittelamerikaniſchen Gebieten und namentlich von Cuba nicht verwirklichen ließen und die Ausſichten dazu waren im Augenblick nicht ſonderlich, da Taylor in ſeiner verdrießlichen Gewiſſenhaftigkeit eben eine Flibuſtierexpedition gegen die Perle der Antillen vereitelt hatte[1]). Aber auch wenn es dem Süden gelang, anderswo Erſatz zu finden, der moraliſche Eindruck der Thatſache konnte nie wieder verwiſcht werden, daß ſeine eigenen Söhne einſtimmig ihr Verdikt gegen die „beſondere Inſtitution" abgegeben hatten. Ein beſſerer Beweis konnte nicht dafür geliefert werden, daß die ziviliſirte Welt nicht nur von „Abſtraktionen" und „Gefühlen" beſtimmt wurde, wenn ſie, wie Troup bekannte, einmüthig gegen den Süden ſtand; die Sklaverei war von denen, die von Geburt an unter ihren Einflüſſen geſtanden hatten und deren Sympathien nach wie vor dem Süden gehörten, als unvereinbar mit den Geſetzen gerichtet worden, die das moderne Kulturleben beherrſchen. Selbſt in dem ſüdlich von der Miſſouri Linie gelegenen Theile, den der Süden noch nach zehn Jahren als Sklavenſtaat von California abzuſpalten trachtete, waren nur 21 Stimmen gegen die Konſtitution abgegeben worden[2]), und es iſt mindeſtens fraglich, ob auch nur dieſe 21 Stimmen durch das Verbot der Sklaverei beeinflußt worden waren. Es war mithin über allen Zweifel erwieſen, was Gouverneur Quitman von Miſſiſſippi, einer der

[1]) Siehe ſeine Proklamation vom 11. Auguſt 1849, Statesm.'s Man., III. p. 1846 und Sen. Doc., 31st Congr., 1st Sess., Vol. XIII, No. 57. pp. 1—18. Ein Oberſt White war das Haupt der Expedition, die von New Orleans aus auf Round Island organiſirt wurde. Die Beſchlagnahme der Schiffe Sea Gull und New Orleans wandte für den Augenblick die Gefahr von Cuba ab, aber aufgegeben wurde das Projekt deswegen nicht. „Certain newspapers in this quarter, I regret to say, continue to encourage them to persevere in their wild and lawless enterprise. . . . I exceedingly regret to hear such a band of would-be buccaniers eulogized as patriotic and chivalrous American citizens; and the navy, and myself in particular, denounced as having shamefully prevented so meritorious a band of heroes from participating in a contemplated great and glorious struggle for liberty and the rights of man! Such strains of rhapsody, I assure you, sir, are not uncommon in this quarter of the world." Commander V. M. Randolph to the Secretary of the Navy, Sept. 14th, 1849. ib. p. 99.

[2]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 1199.

fanatischsten Verfechter des Sklavenhalterinteresses, obwohl er in New York geboren und aufgewachsen war, ein Jahr später öffentlich eingestand: es war um die Sklaverei geschehen, wenn nicht die hegende Sorge der Staatsgewalt ihr künstlich das Leben fristete[1]). Die Erkenntniß dieser Thatsache wurde durch die Politik des Präsidenten in California und ihre Resultate mächtig unter den Sklavenhaltern gefördert, und was den Sturm hatte beschwören sollen, entfesselte ihn daher vollends. Wie verkannte man doch so sehr im Norden die wahre Lage der Verhältnisse, wenn man immer allen Nachdruck nur auf den durch die bisherigen Erfolge genährten Uebermuth und Machtdurst der Sklavokratie legte, die gar keine Grenzen und Schranken mehr achten wollten. Das Bewußtsein ihrer Schwäche war es, was sie jetzt zu den äußersten Maßlosigkeiten fortriß. Und gerade darum war es ein weiterer schwerer Irrthum, dieselben für eitele Rodomontaden zu halten[2]). Im Laufe der Jahre wird sicher noch mancher Beleg für diese Behauptung an das Tageslicht gezogen werden, aber schon jetzt ist uns genug von der vertraulichen Korrespondenz der Führer des Südens bekannt, um konstatiren zu können, daß die Drohungen gegen die Union bitterster Ernst waren[3]). Verschwindend klein war noch die Zahl derer, welche die Auflösung der Union wünschten, aber die Zahl derer wuchs stetig, die fürchteten, daß die Sezession für das Sklavenhalterinteresse eine

---

[1]) In seiner Botschaft vom 18. Nov. 1850 heißt es: „With the prejudices of the age against it, it requires for its kind development a fostering government over it. It could scarcely subsist without such protection." Clayborne, Life and Correspondence of J. A. Quitman, II. p. 48.

[2]) „Our Northern friends are blind, absolutely blind, to the real dangers by which we are surrounded. They don't want to believe that there is any danger, and in general they treat the whole matter as mere bravado and as scarcely worth notice.... You may think that I am inclined to be gloomy, but I do most solemnly believe that disunion will ensue, and that more speedily than any man has now an idea of, if there should be a failure of amicable settlement. You cannot be surprised, then, that my whole heart and soul are engaged in the effort to bring this about." C. S. Morehead to J. J. Crittenden, Wash., March 31, 1850. Coleman, The Life of J. J. Crittenden, I. pp. 363, 364.

[3]) Stephens schreibt schon den 5. Dez. 1849 aus Washington: „I find the feeling among the Southern members for a dissolution of the Union — if the anti-slavery (measures) should be pressed to extremity — is becoming much more general than at first. Men are now beginning to talk of it seriously, who, twelve months ago, hardly permitted themselves to think of it." Johnston & Browne, The Life of Al. H. Stephens, p. 239.

Nothwendigkeit werden würde und die zur Sezession entschlossen waren, wenn sie dieselbe für eine Nothwendigkeit erachten würden. Es kennzeichnet die Lage, daß es Whigs der letztgenannten Gruppe waren, die sich mit solcher Leidenschaft in das Vordertreffen der Sklavokratie stürzten, daß der Charakter, den das Ringen der Gegensätze während der beiden letzten Sessionen im Kongreß getragen hatte, sogleich eine wesentliche Aenderung erfuhr. Um jener gefürchteten Nothwendigkeit vorzubeugen, schwangen konservative Hände mit so wilder Energie die Brandfackel, daß die Funken knisternd in das dürre Stroh flogen und einem Theil der Vertreter des Nordens der Muth entsank, ihren Prinzipien auf die Gefahr hin treu zu bleiben, daß es am Ende wirklich plötzlich in Flammen aufgehe.

Am 3. Dezember trat der Kongreß zusammen. Im Senat hatten die Demokraten die Majorität und auch im Hause waren sie etwas stärker als die Whigs, aber sie hatten nicht die Majorität sämmtlicher Stimmen[1]). Obwohl vier Whigs nicht zur Stelle waren, lag das ausschlaggebende Gewicht doch in den Händen des kleinen Häufleins der Freibodenleute und sie waren entschlossen, das in der Sprecherwahl zu verwerthen. Ihre Forderungen waren keineswegs übertrieben oder verletzend. Sie verlangten nur, daß die Ausschüsse für den Distrikt von Columbia, für Rechtsangelegenheiten und für die Territorien so zusammengesetzt würden, daß sie die Petitionen und Anträge in freiheitlichem Sinne nicht wie bisher einfach ad acta legten, sondern in achtungsvoller Weise über sie Bericht erstatteten. Von Winthrop von Massachusetts, dem Sprecher des letzten Hauses, der wiederum der Kandidat der Whigs war, glaubten sie das nicht erwarten zu dürfen. Man hatte ihn eine Weile für einen entschiedenen Vertreter des Freibodenprinzipes gehalten, weil er für die Aufnahme des ausdrücklichen Verbotes der Sklaverei in die Oregon Bill gestimmt hatte, allein die von ihm ernannten Ausschüsse hatten die alte Praxis befolgt und im Laufe dieser Session bekannte er, daß er zu jenem Votum durch die Hoffnung bestimmt worden sei, daß diese Bestimmung die Passirung der Bill verhindern würde[2]). Natürlich waren sie noch viel weniger

[1]) In den Text habe ich keine Zahlenangaben über die Stärke der Parteien setzen mögen, weil die Berechnungen, welche sie selbst aufstellten, wegen der unbestimmten Farbe etlicher Repräsentanten nicht mit einander übereinstimmten. Um sich die Situation klar zu machen, genügt es eine der Angaben anzuführen. 112 Demokraten, 105 Whigs, 13 Freibodenleute, 1 Vakanz.

[2]) Works of Th. Parker, V. p. 123.

zu bewegen, für den Gegenkandidaten, Howell Cobb von Georgia, zu stimmen, dem sogar einige Demokraten ihre Unterstützung versagten. So fand eine Abstimmung nach der anderen statt, aber kein Kandidat erhielt die absolute Majorität aller Stimmen. Die Stimmung der Repräsentanten wurde immer gereizter und der unerhörte Vorgang begann das Volk mit spannender Unruhe zu erfüllen. Die Freibodenleute mußten manches harte Wort hören, aber obwohl sie die Organisirung des Hauses verhinderten, war die Opposition einer anderen kleinen Gruppe, die ihnen wohl den Kampf erleichterte, aber von sich aus keine Entscheidung zu geben vermochte, thatsächlich von viel größerer Bedeutung.

Toombs behauptet, „die ganze Whig Partei" sei im Beginn der Session der Zuversicht gewesen, daß sie das Wilmot-Proviso werde durchsetzen können, und er und Stephens gewannen die Ueberzeugung, daß der Süden von Taylor keine Hilfe zu erwarten habe. Toombs hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten, und obwohl dieser erklärte, daß er sich zu nichts verpflichtet habe, gab er „klar zu verstehen", daß er dem Proviso seine Bestätigung nicht versagen würde. Toombs dagegen war seiner eigenen Versicherung nach entschlossen, den Kampf gegen dasselbe bis zur Sprengung der Union zu führen, und er beschloß alles aufzubieten, um die Whigs von ihrem Vorhaben abzudrängen, ohne jede Rücksicht darauf, was für Folgen sein Vorgehen für die Administration und für die Partei haben könnte[1]). Dem viel gemäßigteren Stephens erschien das Proviso an sich kein hinreichender Grund zum Bruch mit der Partei. Allein er glaubte das vermuthete Einvernehmen zwischen Preston und Seward müsse in der Weise zur Absorbirung der Freibodenpartei durch die Whigs führen, daß diese zu einer deklarirten Anti-Sklaverei-Partei werden würden, und um das zu verhindern, war er bereit, mit Toombs bis zum Aeußersten zu gehen.

Die Demokraten überzeugten sich endlich von der Unmöglichkeit, Cobb zu erwählen und vereinigten ihre Stimmen auf William J. Brown von Indiana. Am 12. Dezember, bei der vierzigsten Abstimmung, erhielt dieser 112 Stimmen. Nur zwei Stimmen fehlten ihm zur Wahl und es schien gewiß, daß er diese bei der nächsten Abstimmung erhalten würde. Da beantragte Stanly, ein Whig von North Carolina, die Demokraten aufzufordern, einen Ausschuß von drei Mitgliedern zu er-

[1]) Siehe seinen Brief vom 25. April 1850 an Crittenden. Coleman, Life of J. J. Crittenden, I. p. 365.

nennen, um sich mit einem gleichen Ausschuß der Whigs über die Effektuirung der Wahl eines Sprechers zu verständigen. Einige sahen hierin das Signal zum Rückzuge der Whigs und es entspann sich eine erregte Debatte. Das Mißtrauen der Vertreter des Südens war dadurch erweckt worden, daß mehrere Freibodenleute für Brown gestimmt hatten, und dieser wurde über das Gerücht interpellirt, daß er Verpflichtungen gegen diese faktiöse Fraktion eingegangen sei. Er antwortete zuerst mit einem Kopfschütteln, gab dann aber zu, daß Unterhandlungen stattgefunden hätten, und endlich wurde ein Brief von ihm an Wilmot vorgelegt, in dem er versprach, im Falle seiner Wahl die genannten Ausschüsse zur Zufriedenheit der Freibodenpartei zu besetzen. Die südlichen Repräsentanten gaben jetzt in sehr unzweideutiger Weise zu verstehen, daß Brown sich durch diese heimliche Zusage in ihren Augen als einen Schurken gebrandmarkt habe, von dem jeder Ehrenmann sich mit Entrüstung und Ekel abwenden müsse. Das Haus ging auseinander, ohne eine neue Abstimmung vorgenommen zu haben, und es war zweifelhafter als je, wann und wie die Sprecherwahl zu Stande kommen werde.

Das war die rechte Stimmung für das Vorhaben von Toombs und Stephens. Die Sitzung des nächsten Tages wurde durch einen scharfen Zusammenstoß zwischen Meade von Virginia und Duer von New York eingeleitet, der jenen einen „Lügner" schalt, weil er es für unwahr erklärte, daß er für die Zerreißung der Union sei[1]). Eine bessere Gelegenheit konnte sich nicht für die Abgabe der feierlichen Erklärung darbieten, daß es schon Leute gebe, die es nicht als eine Schmach ansähen, das fluchvoll genannte Wort disunion auf die Stirn gebrannt zu erhalten. „Ich zögere nicht", rief Toombs, „vor diesem Hause und vor dem Lande, und in der Gegenwart des lebendigen Gottes zu bekennen, daß, wenn Ihr uns durch Eure Gesetze von den Territorien

[1]) Meade hatte unmittelbar vorher gesagt: „Sir, let a proposition be made and supported by those who are desirous of crushing this demon of discord, for the purpose of uniting the conservatism on both sides, in opposition to any measure which shall look to the abolition of slavery in the District, or a prohibition of it in the Territories. If such a proposition should be adopted, I should be willing to take a Speaker from either side of the House, relying upon him to carry out the views thus expressed by a majority of this body.

But, sir, if the organization of this House is to be followed by the passage of these bills — if these outrages are to be committed upon my people I trust in God, sir, that my eyes have rested upon the last Speaker of the House of Representatives." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 26.

von California und New Mexico zu treiben sucht, die mit dem Blut und dem Geld des ganzen Volkes erkauft worden sind, und die Sklaverei in diesem Distrikt aufzuheben, damit versuchend, einen nationalen Schimpf (degradation) auf die eine Hälfte der Staaten der Konföderation zu heften, ich für die Zerreißung der Union bin; und wenn mein physischer Muth für die Aufrechterhaltung meiner Ueberzeugungen von Recht und Pflicht hinreicht, so werde ich alles was ich bin und auf Erden habe dem widmen, sie herbeizuführen"[1]). Diese Rede war wiederholt von stürmischem Applaus unterbrochen worden, und auch Stephens erntete lauten Beifall, als er jedem Wort seines Kollegen beipflichtete und die Union mit dem Augenblick für aufgelöst erklärte, da der Angriff auf eine Sektion eine vollendete Thatsache geworden sei — eine Erklärung, die freilich mehr emphatisch als klar war. Colcock von South Carolina suchte dann noch die beiden Georgier durch die Ankündigung zu übertrumpfen, daß er einen förmlichen Antrag für Auflösung der Union einbringen werde, sobald die Aufhebung der Sklaverei im Distrikt von Columbia beschlossen oder das Wilmot-Proviso votirt worden sei.

Wenn Stephens, wie anzunehmen ist, gut berichtet war, so war es vornehmlich dem von ihm und Toombs erregten Tumult zu danken, daß die Organisirung des Hauses endlich zu Stande kam und zwar in der Weise, daß der Süden, soweit es von dem Sprecher und von den Ausschüssen abhing, mit guter Zuversicht dem weiteren Verlauf der Session entgegensehen konnte[2]). Freilich aber ist auch Stephens der

[1]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 28.

[2]) „That point alone (Taylor's Bereitwilligkeit dem Wilmot-Proviso zuzustimmen) would not have caused me to break with the Whig party, but I soon saw that the expectation was that Winthrop was to be elected by a coalition of the Southern Whigs with the Freesoilers, and the Whig party was to be the Anti-slavery party. Against that I kicked — I detested the idea. I would not act for a moment with a party that had the remotest hope of accomplishing such a result by my co-operation with them. We made a point upon the Whigs; we got up a great row; we shook the country from one end to the other. The disorganization of the House aroused public sentiment; the feeling of the North began to give way; we soon learned that the proviso would be vetoed, if passed. . . . But the storm was then up, and it could not be calmed. The Northern Whigs, feeling the great pressure from home, and fearing they would be compelled to yield their sentiments, and come to a full and final settlement of the question, caved in and let Cobb be elected Speaker." Stephens an seinen Bruder Linton, 15. April 1850. Waddell, Biographical Sketch of Linton Stephens, p. 100.

Gewährsmann dafür, daß der Gedanke an die unbezahlten Boarding-haus-Rechnungen gleichfalls viel dazu beitrug, die grimmen Recken beider Lager versöhnlicher zu stimmen [1]), und überdieß währte es noch volle zehn Tage, ehe ein Sprecher gewählt wurde. Der Eindruck, den die Drohungen auf die Vertreter des Nordens machten, war also sehr weit davon entfernt, ein panischer Schrecken zu sein. Ein Theil derselben erinnerte sich aber allerdings des alten Wortes, daß Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit sei, und es hieß sogar, der Präsident sei jetzt entschlossen, falls es nöthig werden sollte, sein Veto dem Wilmot-Proviso als unübersteigliche Schranke entgegenzusetzen. Am 22. Dezember, nachdem Toombs geraume Zeit hindurch nicht ohne Erfolg die Kraft seiner Lungen gegen die aller anderen Mitglieder erprobt und dadurch das Haus in einen Zustand unbeschreiblichen und unwürdigsten Wirrwarres geworfen hatte [2]), wurde mit 113 gegen 106 Stimmen ein von den Ausschüssen beider Parteien vereinbarter Antrag angenommen, durch den dem dreiwöchentlichen Kampfe endlich ein Ziel gesetzt wurde. Wenn in den nächsten drei Abstimmungen keine Wahl zu Stande käme, sollte der, welcher bei der folgenden Abstimmung die meisten Stimmen erhielte, für den erwählten Sprecher des Hauses erklärt werden. Am nächsten Tage wurde dann Cobb bei der dreiundsechzigsten Abstimmung mit einem Pluralitätsvotum von 102 gegen 99 Stimmen für Winthrop erwählt. Giddings hebt mit Genugthuung hervor, daß Winthrop der erste Mann gewesen, der wegen seiner Ergebenheit gegen das Sklavenhalterinteresse unterlegen sei [3]). Die Sache hatte jedoch auch noch eine andere Seite: ehe der Kongreß seine Arbeiten begann, hatte das Sklavenhalterinteresse einen Sieg errungen, der einen entscheidenden Einfluß auf den Charakter der ganzen Session ausüben mußte. Das dreiste, beleidigende Wort Meade's, daß der Süden dem Norden die Bedingungen zu diktiren habe, war ihre Signatur [4]).

---

[1]) Er schreibt den 17. Dez. 1849: „No Speaker yet. But you know the old adage: 'money makes the mare go': and I think, from indications within the last forty-eight hours, that landladies' and landlords' bills will begin to operate in a few days. The members begin to want money terribly, and there is no getting a dollar except on credit until the House organizes. But for the root of all evil, I believe the House would propably never organize as now constituted." Johnston & Browne, The Life of Al. H. Stephens, p. 241.

[2]) „We have had the worst outbreak this morning that we have ever had. It was infernal." Life of H. Mann, p. 283.

[3]) History of the Rebellion, p. 302.

[4]) „If the North generally, whose high prosperity is the result of un-

Den 24. Dezember ging dem Kongreß die Jahresbotschaft des Präsidenten zu. Die drei Wochen, die sie über die Zeit auf dem Tische Taylor's hatte liegen bleiben müssen, hatten hingereicht, sie in einigen wesentlichen Hinsichten zu einem der Geschichte verfallenen Aktenstücke zu machen, das nicht mehr in die Gegenwart hineinpaßte. Fast komisch klang es, nach den eben gemachten Erfahrungen den Vereinigten Staaten nachrühmen zu hören, daß sie „die festeste und beständigste Regierung auf Erden" hätten. Und ebenso sonderbar nahm es sich aus nach der Ankündigung, daß California und wahrscheinlich auch bald New Mexico um Aufnahme in die Union nachsuchen würden, und nach der Empfehlung diesen Gesuchen Folge zu geben, die Behauptung zu hören: „alle Ursachen zur Unruhe können vermieden und Vertrauen und herzliches Einvernehmen erhalten werden, wenn man ihr Vorgehen abwartet". Wohl war es um so mehr am Platz, die ernste Mahnung Washington's mit feierlichem Nachdruck zu wiederholen: „keinen Grund zur Charakterisirung der Parteien nach geographischen Unterscheidungen" zu geben. Allein die Gründe dafür bestanden einmal, nichts vermochte sie aus der Welt zu schaffen, und von Stund an wurde in beiden Häusern des Kongresses von nichts als von diesen Gründen geredet. Während Root von Ohio im Repräsentantenhause (31. Dez.) beantragte, den Ausschuß für Territorien zu beauftragen, eine Bill zur Organisirung des östlich von der Sierra Nevada gelegenen ehemaligen mexicanischen Gebietes mit ausdrücklichem Verbote der Sklaverei einzubringen[1]), brachte Mason von Virginia im Senat (4. Jan.) eine Bill zur Verschärfung des Gesetzes über die Auslieferung flüchtiger Sklaven ein. Und wie es um das 'herzliche Einvernehmen' bestellt war, zeigte eine Debatte zwischen

---

restricted intercourse with the South, refuse the terms we prescribe, let us talk no more about the blessings of Union." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., App. p. 139.

[1]) Clingman, der bisher für sehr gemäßigt gegolten, namentlich weil er gegen die „Knebelregel" gewesen war, sagte am 22. Januar in einer Rede, die durch die Schlußworte „attempt to trample on us, and we part company" charakterisirt ist: „Remember, sir, that this very territory was acquired by conquest, and that while the South, according to its population, would have been required to furnish only one-third of the troops, it in point of fact did furnish two-thirds of the men that made the conquest. And the North, deficient as it was comparatively in the struggle, now says that its conscience, or its cupidity, will not permit us to have the smallest portion of that territory. Why, sir, this is the most impudent proposition that was ever maintained by any respectable body of men." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 201.

den beiden südstaatlichen Senatoren Benton und Foote am 16. Januar 1850, die seitens des letzteren in das vulgärste Geschimpf ausartete. Benton hatte eine Bill eingebracht, die Texas, ohne auf die rechtliche Begründung seiner Grenzansprüche einzugehen, unter Vorbehalt seiner Zustimmung auf etwa die Hälfte, resp. in Zukunft auf ein Viertel seines prätendirten Umfanges reduzirte und ihm für den Verzicht auf seine weiteren Ansprüche und für das bei der Annexion der Union überlassene Staatseigenthum eine Entschädigung von fünfzehn Millionen Dollars anbot. Obwohl die Bill nur eine den veränderten Umständen entsprechende Modifikation einer Bill war, die Benton am 11. Dezember 1844, also vor der Annexion, eingebracht hatte, beschuldigte ihn Foote doch in den unflätigsten Ausdrücken, ihm seine Bill zur Organisirung der Territorien California, Deseret (Utah) und New Mexico und zur Bildung des Staates Jacinto[1]) gestohlen zu haben. Die Eitelkeit des irrlichterirenden Mississippiers und sein über das Grab hinaus fortdauernder Haß gegen Benton waren nur zum Theil die Ursachen dieses brutalen Angriffes. Was Foote in solche Wuth versetzte, war die Ueberzeugung, daß „jeder Fuß" des Texas abzukaufenden Gebietes „unfehlbar als dem Wilmot-Proviso unterworfen in Anspruch genommen werden würde". Gewisse Resolutionen der Legislatur von New York hätten genau die gleiche Reduktion von Texas vorgeschlagen, „um den scheußlichsten Betrug an dem Süden zu verüben". Diese sittliche Entrüstung stand dem Senator ganz besonders gut zu Gesicht, da er erklärte, daß der Norden trotz der Aufnahme der Missouri Linie in die Annexionsresolutionen gar keinen Anspruch auf irgend einen Theil von Texas habe und auch sicher nie etwas von ihm erhalten werde. Nur wenn mit Zustimmung von Texas ausschließlich aus dem nördlich von 36° 30′ gelegenen Gebiete ein neuer Staat gebildet würde, müßte er dem Norden zufallen, und Texas werde sich wohl hüten, sein Territorium je in dieser Weise zu vertheilen. Wohl werde es sich in so viele Staaten spalten, als nach den Bestimmungen der Annexionsresolutionen zulässig sei, aber die Grenzlinien so ziehen, daß sie alle dem Süden verblieben[2]).

---

[1]) Ein aus dem Gebiet von Texas zu bildender neuer Sklavenstaat.

[2]) Jefferson Davis bekannte sich später zu den gleichen Anschauungen. „Now, sir, we are in a minority, and every year becoming relatively less. We have a wide domain within the limits of Texas. It is the duty of every southern man, at least I feel it to be my own, to protect every acre of it to the maintenance of the political power of the South." Congr. Globe, 31st Congr.,

Schon aus dieſen erſten Anträgen und den einleitenden Debatten über ſie ergab ſich, daß es ſich nicht nur darum handelte, ſich über den einen oder anderen beſtimmten Punkt zu vergleichen, ſondern die ganze Sklavenfrage auf die Tagesordnung geſtellt war. Der Süden mußte darum ſchließlich der verlierende Theil ſein, wie auch immer die augenblicklich brennenden Streitfragen ausgetragen werden mochten, denn es war durch das Weſen der Sklaverei bedingt, daß bei jeder Reviſion der Akten die Sache der Sklavokratie in wirthſchaftlicher, ſozialer und ethiſcher Hinſicht ſchlimmer als zuvor erſchien. Je aggreſſiver ſie auftrat, je mehr ſie ihre Forderungen ſteigerte und je ſchärfer ſie dieſelben zu einem „Ultimatum“[1]) zuſpitzte, deſto mehr mußte ſie ihre Schwäche und ihren allſeitigen prinzipiellen Gegenſatz zu den Anſchauungen, Tendenzen und Lebensbedingungen der progreſſiven modernen Kulturwelt bloßlegen. Um mit ihren Anſprüchen durchdringen zu können, mußte ſie dieſelben als unabweisliche Nothwendigkeiten zu erweiſen ſuchen, und um das zu thun, war ſie genöthigt, ſelbſt ſowohl ihre Schwäche wie dieſen Gegenſatz in den grellſten Farben zu malen. Daher das tolle Widerſpruchsgewirr vernichtender Selbſtkritik und bis zur vollendeten Abgeſchmacktheit getriebener Selbſtbewunderung und Großſprecherei ihrer ohnehin zu farbenprächtigen Beredſamkeit. Hatte ſie überhaupt ſtichhaltige Argumente für ſich anzuführen, ſo konnten ſie nur dem poſitiven Recht entnommen ſein. Wenn aber auch zugegeben werden muß, daß ſie ſich ſelbſt bis zur ehrlichen Ueberzeugung überredete, daſſelbe unſtreitig auf ihrer Seite zu haben, ſo mußten doch offenbar ihre Gegner mehr und mehr der Ueberzeugung werden, daß ſie in der Verfolgung ihres Sonderintereſſes aller Treue und allem Glauben abgeſagt habe,

---

1st Sess. p. 1162. Daß die Vertreter von Texas ſelbſt die gleiche Anſicht verfochten, braucht wohl kaum erſt geſagt zu werden. cfr. ib. p. 207. „If there is any portion of the new State south of that line (36° 30′), Texas has a right to insist upon its coming into the Union with slavery; and good faith to the South requires that she shall insist upon the terms of the compact. Sir, Texas will stand up to the South, on the question of southern rights, as one man. She will never consent, under the pretence of settling her boundary that her rights as a southern State, under the resolutions of annexation, shall be impaired, by introducing within her limits the principle of Free Soil where slavery is guarantied to her by the compact.“

[1]) Gouverneur H. W. Collier von Alabama ſagt in ſeiner Botſchaft vom 22. Dez. 1849: „The time for decided action has arrived, and I recommend to the General Assembly to announce the ultimatum of Alabama upon the great question which now convulses the Union.“

da sie mit der Zunahme ihrer Schwäche und der Verschärfung des Gegensatzes ohne jede Rücksicht auf ihre früheren verfassungsrechtlichen Doktrinen immer neue Rechte aus der Konstitution herausinterpretiren mußte. Die Erkenntniß sowohl der Nothwendigkeit wie der Berechtigung und Möglichkeit, ihr Schranken zu setzen, mußte daher durch jeden Kampf gefördert werden und die errungenen Erfolge konnten um so weniger den ihr daraus erwachsenden Schaden aufwiegen, als diese auf die nur besiegten, aber weder gebeugten noch überzeugten Gegner als ein Sporn zur Fortführung des Kampfes bis zum endlichen Triumph wirken mußten.

Das Raisonnement ist nur eine Wiederholung dessen, was die früheren Entwickelungsphasen der Sklavenfrage dargethan haben. Allein gerade das ist das Bedeutsame, daß auch jetzt nur einfach zu wiederholen ist, was uns schon so oft der Schlüssel zum richtigen Verständniß der Thatsachen gewesen ist. Nicht durch das Hinzutreten eines neuen Momentes, sondern durch die in der Natur der Dinge begründete unaufhaltbare Fortentwickelung des Gegensatzes hat der Kampf den Charakter einer akuten Krisis gewonnen. Jede neue Rede ist ein weiterer Beleg dafür und das Auftreten eines Theiles der südstaatlichen Vertreter bekundet solche Fortschritte in der Erkenntniß dieser alles entscheidenden Thatsache, daß die Krisis von 1850 der Anfang des Endes werden mußte. Diese Momente müssen unverrückt im Auge behalten werden, wenn man ihre Ergebnisse und die Rolle, welche die einzelnen Staatsmänner in ihr spielten, richtig verstehen will.

Die ersten Wochen der Session gingen darüber hin, auch den minder scharfen Augen die Kluft, die zwischen Norden und Süden gähnte, in ihrer ganzen Breite und Tiefe zu zeigen. Natürlich unterzogen sich vornehmlich die Vertreter des Südens dieser Aufgabe, und selbst Männer, die bisher durchaus nicht zu den Extremisten gehört hatten und auch später wieder relativ gemäßigt waren, gaben sich mit einer gewissen Wollust dem traurigen Geschäfte hin. Im Hause ließen es sich unter Anderen Meade und Clingman angelegen sein, denen, die entweder aus ungeheuchelter Kurzsichtigkeit oder aus moralischer Feigheit dem ganzen Streit die Devise „viel Lärmen um Nichts" zu geben trachteten — und diese Klasse von Konservativen war in beiden Sektionen zahlreich vertreten — allen Boden unter den Füßen durch den Nachweis zu nehmen, daß es sich bei dem Süden nicht um ein unfruchtbares abstraktes Recht, sondern um sehr reale Interessen handele. Meade hob zunächst die bis auf den heutigen Tag viel zu sehr über-

sehene negative Seite der Territorienfrage hervor. Ob nun die fraglichen Territorien sich für Sklavenarbeit eigneten oder nicht, der Süden hatte — ganz abgesehen von dem Zuwachs an politischer Macht, den der Norden durch sie im Kongreß erhalten hätte — ein großes Interesse daran, sie nicht eine Domäne der freien Arbeit werden zu lassen, denn „der Instinkt lehrt uns Sklavenhalter . . . daß weder westlich noch südlich von uns den unsrigen feindliche Institutionen existiren dürfen"[1]). Außerdem bedeutete er — in Uebereinstimmung mit Hilliard von Alabama — den Süden, daß er nur gleich mit der Emanzipation der Sklaven beginnen könne, wenn er die Sklaven in ihre gegenwärtigen Grenzen einschließen lasse[2]). Und endlich erinnerte er daran, daß sein eigener Staat „fast eine Million Sklaven habe, deren Werth vornehmlich von der Nachfrage im Süden abhängt"[3]) — ein Moment, dessen

[1]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., App. p. 139.

[2]) Diese Bekenntnisse sind eine werthvolle Kritik der vom Süden und seinen nördlichen Liebedienern ad nauseam wiederholten Behauptung, daß die Ausdehnung des Sklavereigebietes die Sklaven nicht um Einen vermehre. Meade berührte öfters diesen Punkt. Die nachstehende Erklärung verdient besondere Beachtung. „But for the fear of robbery under the forms of law, there would be at least fifty thousand slaves in California by the 1st of December. It is the best field for such labor now in America, and it would be invaluable to us as a means of thinning the black population." ib. p. 757. Clingman sagte: „Slavery is to be kept, they say, where it now is; and we are to be surrounded with free States. These States not only prohibit the introduction of slaves, but also of free negroes into their borders. Of course the whole negro population is to be hereafter confined to the territory of the present fifteen slave States. That population in twenty-five years will amount to seven or eight millions, and in fifty years to fifteen millions. However dense the population might become, the negroes will not be gotten away, but the wealthier portion of the white population (I mean such as were able to emigrate) would leave the territory. The condition of the South would, for a time, be that of Ireland, and soon, by the destruction of the remnants of the white population, become that of St. Domingo. There are those now living who would probably see this state of things; but it would be certain to overtake our children or grandchildren. These facts are staring us in the face as distinctly as the sun in the heavens at noonday." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., p. 203.

[3]) Sein Kollege Sebdon spielte gleichfalls darauf an: „I know some think the nature of these countries and the necessities of their clime and productions must exclude slavery. So do not I. In all new countries where labor is dear, and domestic servants particularly are not to be obtained, if law allows, the conveniences and desires of men will, in my opinion, demand slaves. In mining operations they would confessedly be most valuable; and

hohe Bedeutung für die Entwickelung der inneren Gegensätze im Süden wir später kennen lernen werden. — Clingmann ermahnte den Norden, sich nur gleich darüber klar zu werden, daß er dem Süden „etwas Substantielles" geben müsse[1]) und lieferte zu der ersten Bemerkung Meade's einen werthvollen Kommentar durch die Erklärung, daß er für seine Person lieber auf ganz California verzichten und statt desselben das ganze östlich davon gelegene Gebiet bis hinauf zum 40° nehmen würde, damit der Süden durch die Gebirgskette und die westliche Wüste „eine geeignete Grenze" erhalte[2]).

Im Senat gaben die Klagen des Südens über die Pflichtversäumnisse des Nordens in Betreff der Auslieferung flüchtiger Sklaven Anlaß zu zeigen, daß die beiden Sektionen in ihrem sittlichen Empfinden hinsichtlich der Sklaverei auf dem Punkt gegenseitiger Verständnißunfähigkeit angelangt waren. Mason hatte sich bitter darüber beschwert, daß diese Angelegenheit schon seit zwei Jahren im Senate schwebe, ohne einen Schritt vorwärts zu kommen. Jetzt (22. Jan.) beantragte er zu der vom Ausschuß für Rechtsangelegenheiten eingebrachten Bill zwei verschiedene Zusatz-Amendements, die das Zeugniß des angeblichen Sklaven in der eigenen Sache ausschlossen und schwere Geld- und Freiheitsstrafen über diejenigen verhängten, die ihm in thatkräftiger Weise ihre Sympathien bezeigt hatten. Seward dagegen beantragte ein Amendement, das diese Fälle vor Geschworenengerichte verwies und dem angeblichen Sklaven einen Rechtsbeistand und das Privilegium des writ of habeas corpus sicherte[3]). Foote, nachdem er versichert hatte, daß er jede Beleidigung des „guten Geschmackes" der Senatoren vermeiden werde, widersetzte sich dem Druck dieses Amendements, weil es „der Reputation des ehrenwerthen Senators von New York in diesem Lande und im Auslande großen Schaden zufügen" würde. Er schalt das Amendement eine Ausgeburt „unverfälschter Demagogie" und schilderte die Entrüstung, die den Norden erfüllen würde, in Ausdrücken, die

at this very moment, did the South enjoy her rights, her whole slave property would already have felt the appreciation of a large demand for emigration to California." ib. Append. p. 78.

[1]) Ebenso sagte Seddon: „We of the South, Mr. Speaker, are not struggling against a name, nor are we to be deluded by shadows. We are claiming a substance and a reality." l. c.

[2]) „We might then acquire, at some future day, whether united or divided, possession of the country along the Gulf of Mexico, well suited to be occupied by our slave population." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 204.

[3]) ib. p. 236

nur auf ein gemeines Verbrechen der entehrendſten und furchtbarſten Art paßten [1]).

War Stephens ein Peſſimiſt, wenn er die noch am 25. Dezember ausgeſprochene Anſicht, daß noch alles zum guten Ende kommen werde, für einen Irrthum erklärte, höchſtens einen temporären Vergleich für erreichbar hielt und dem Süden rieth, während der Dauer deſſelben umfaſſende Vorbereitungen für den unvermeidlichen Austrag des Streites mit dem Schwerte zu treffen? [2])

---

[1]) „For, sir, it cannot be that the American people have yet reached a depth of degradation so profound, and have become so regardless of all the principles of fairness, and liberality, and disinterested patriotism, as not to look upon this formal and deliberate attempt of the honorable Senator from New York to spoliate upon the known and undeniable rights and interests of all the southern States of the Confederacy with pointed disapprobation, with hot contempt, with unmitigated loathing, and abhorrence unutterable." l. c.

[2]) Er ſchreibt den 21. Jan. 1850 ſeinem Bruder Linton: „Will the Slavery question be settled in this way (durch Aufnahme von California und New Mexico als Staaten)? I think not. My deliberate opinion at this time, or the opinion I have formed from the best light before me, is that it will be the beginning of an end which will be the severance of the political bonds that unite the slaveholding and non-slaveholding States of this Union. I give you this view rather in opposition to the one I ventured to express on the evening of the 25th of December. I then looked to settlement and adjustment and a preservation of the Union; and as far as I then saw on the horizon, I think the opinion was correct. There will, perhaps, be a temporary settlement and a temporary quiet. But I have lately been taking a farther and a broader view of the future. When I look at the causes of the present discontent, I am persuaded there will never again be harmony between the two great sections of the Union.... The present crisis may pass; the present adjustment may be made; but the great question of permanence of Slavery in the Southern States will be far from being settled thereby. And, in my opinion, the crisis of that question is not far ahead. The very palliatives now so soothingly administered do but more speedily develop the stealthy disease which is fast approaching the vitals. . . . My opinion is that a dismemberment of this Republic is not among the impossibilities of a few years to come. In all my acts I shall look to that event. I shall do nothing to favor it or hasten, but I now consider it inevitable. . . . If I were now in the Legislature, I should introduce bills reorganizing the militia, for the establishment of a military school, the encouragement of the formation of volunteer companies, the creation of arsenals, of an armory, and an establishment for making gunpowder. I tell you the argument is exhausted, and if the South do not intend to be overrun with anti-slavery doctrines, they must, before no distant day, stand by their arms. My mind is made up; I am for the fight, if the country will back me. And if not, we had better have no

Das Individuum ist immer geneigt an große weltgeschichtliche Entwickelungsprozesse das Zeitmaß der eigenen Existenz zu legen. So gewiß eine schon beträchtliche Anzahl von südstaatlichen Politikern in entschlossenstem Ernst die Frage der Sezession ins Auge faßten, so gewiß war es von Hause aus gewesen, daß dieses Mal noch irgendwie ein Ausgleich zu Stande gebracht werden würde. Die Massen waren noch lange nicht zu diesem Aeußersten reif und die Führer mußten sich daher gedulden. Die Erklärung Foote's, daß die Zeit der Kompromisse vorüber sei oder wenigstens, wenn noch eines geschlossen werden solle, das Angebot vom Norden gemacht werden müsse[1]), war eitles Gerede. Der Süden war die fordernde Minorität, die noch nicht ihre Drohungen zur Ausführung bringen konnte und er hatte daher ein viel größeres Interesse an dem Zustandekommen eines für ihn annehmbaren Ausgleiches als der Norden, der ja noch nicht einmal an den Ernst der Drohungen glaubte. Foote wurde denn auch nicht nur von den Ereignissen dementirt, sondern er dementirte sich selbst durch sein späteres Verhalten in einer Weise, die gerade ihn allerdings dem Vorwurf zweckbewußter Rodomontaden aussetzte. Den Grenzstaaten, die in Folge ihrer geographischen Lage und der Vermengung beider wirthschaftlichen Systeme stets als Stoßkissen zwischen Norden und Süden zu fungiren hatten, mußte auch jetzt am meisten an einem Ausgleich gelegen sein. Unwillkürlich richteten sich daher alle Augen auf den Mann, der sich schon zweimal als den größten Meister in der Kunst erwiesen hatte, die prinzipiellen Gegensätze von der Bildfläche zu wischen und den Norden zu bewegen, der Sklavokratie einen Theil ihrer Forderungen gegen den Verzicht auf die unmittelbare Durchsetzung ihrer weiteren Ansprüche zuzugestehen.

Schon am 2. Januar 1850[2]) meldete Clay seinem Sohne James, daß er sich mit „einem umfassenden Plane, die ganze Frage in allen ihren Beziehungen freundschaftlich zu erledigen", beschäftige. Das alte,

'Resolutions' and no gasconade. They will but add to our degradation. . . . It is a great mistake to suppose that the South can stave off this question. We have, ultimately, to submit or fight." Johnston & Browne, Life of Al. H. Stephens, pp. 244, 245.

[1]) 16. Jan. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 168.

[2]) Aus dem ganzen Inhalt des Briefes geht hervor, daß dieses das richtige Datum ist. Es ist aber nicht nur ein Druckfehler, sondern eine grobe Nachlässigkeit des Herausgebers, wenn die Priv. Corresp. p. 582 ihn vom 2. Jan. 1849 datirt, da er die Korrespondenz des Jahres 1849 eröffnet.

nur auf ein gemeines Verbrechen der entehrendſten und furchtbarſten Art paßten[1]).

War Stephens ein Peſſimiſt, wenn er die noch am 25. Dezember ausgeſprochene Anſicht, daß noch alles zum guten Ende kommen werde, für einen Irrthum erklärte, höchſtens einen temporären Vergleich für erreichbar hielt und dem Süden rieth, während der Dauer deſſelben umfaſſende Vorbereitungen für den unvermeidlichen Austrag des Streites mit dem Schwerte zu treffen?[2])

---

[1]) „For, sir, it cannot be that the American people have yet reached a depth of degradation so profound, and have become so regardless of all the principles of fairness, and liberality, and disinterested patriotism, as not to look upon this formal and deliberate attempt of the honorable Senator from New York to spoliate upon the known and undeniable rights and interests of all the southern States of the Confederacy with pointed disapprobation, with hot contempt, with unmitigated loathing, and abhorrence unutterable." l. c.

[2]) Er ſchreibt den 21. Jan. 1850 ſeinem Bruder Linton: „Will the Slavery question be settled in this way (durch Aufnahme von California und New Mexico als Staaten)? I think not. My deliberate opinion at this time, or the opinion I have formed from the best light before me, is that it will be the beginning of an end which will be the severance of the political bonds that unite the slaveholding and non-slaveholding States of this Union. I give you this view rather in opposition to the one I ventured to express on the evening of the 25th of December. I then looked to settlement and adjustment and a preservation of the Union; and as far as I then saw on the horizon, I think the opinion was correct. There will, perhaps, be a temporary settlement and a temporary quiet. But I have lately been taking a farther and a broader view of the future. When I look at the causes of the present discontent, I am persuaded there will never again be harmony between the two great sections of the Union.... The present crisis may pass; the present adjustment may be made; but the great question of permanence of Slavery in the Southern States will be far from being settled thereby. And, in my opinion, the crisis of that question is not far ahead. The very palliatives now so soothingly administered do but more speedily develop the stealthy disease which is fast approaching the vitals. . . . My opinion is that a dismemberment of this Republic is not among the impossibilities of a few years to come. In all my acts I shall look to that event. I shall do nothing to favor it or hasten, but I now consider it inevitable. . . . If I were now in the Legislature, I should introduce bills reorganizing the militia, for the establishment of a military school, the encouragement of the formation of volunteer companies, the creation of arsenals, of an armory, and an establishment for making gunpowder. I tell you the argument is exhausted, and if the South do not intend to be overrun with anti-slavery doctrines, they must, before no distant day, stand by their arms. My mind is made up; I am for the fight, if the country will back me. And if not, we had better have no

Das Individuum ist immer geneigt an große weltgeschichtliche Entwickelungsprozesse das Zeitmaß der eigenen Existenz zu legen. So gewiß eine schon beträchtliche Anzahl von südstaatlichen Politikern in entschlossenstem Ernst die Frage der Sezession ins Auge faßten, so gewiß war es von Hause aus gewesen, daß dieses Mal noch irgendwie ein Ausgleich zu Stande gebracht werden würde. Die Massen waren noch lange nicht zu diesem Aeußersten reif und die Führer mußten sich daher gedulden. Die Erklärung Foote's, daß die Zeit der Kompromisse vorüber sei oder wenigstens, wenn noch eines geschlossen werden solle, das Angebot vom Norden gemacht werden müsse[1]), war eitles Gerede. Der Süden war die fordernde Minorität, die noch nicht ihre Drohungen zur Ausführung bringen konnte und er hatte daher ein viel größeres Interesse an dem Zustandekommen eines für ihn annehmbaren Ausgleiches als der Norden, der ja noch nicht einmal an den Ernst der Drohungen glaubte. Foote wurde denn auch nicht nur von den Ereignissen dementirt, sondern er dementirte sich selbst durch sein späteres Verhalten in einer Weise, die gerade ihn allerdings dem Vorwurf zweckbewußter Rodomontaden aussetzte. Den Grenzstaaten, die in Folge ihrer geographischen Lage und der Vermengung beider wirthschaftlichen Systeme stets als Stoßkissen zwischen Norden und Süden zu fungiren hatten, mußte auch jetzt am meisten an einem Ausgleich gelegen sein. Unwillkürlich richteten sich daher alle Augen auf den Mann, der sich schon zweimal als den größten Meister in der Kunst erwiesen hatte, die prinzipiellen Gegensätze von der Bildfläche zu wischen und den Norden zu bewegen, der Sklavokratie einen Theil ihrer Forderungen gegen den Verzicht auf die unmittelbare Durchsetzung ihrer weiteren Ansprüche zuzugestehen.

Schon am 2. Januar 1850[2]) meldete Clay seinem Sohne James, daß er sich mit „einem umfassenden Plane, die ganze Frage in allen ihren Beziehungen freundschaftlich zu erledigen", beschäftige. Das alte,

---

'Resolutions' and no gasconade. They will but add to our degradation.... It is a great mistake to suppose that the South can stave off this question. We have, ultimately, to submit or fight." Johnston & Browne, Life of Al. H. Stephens, pp. 244, 245.

[1]) 16. Jan. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 168.

[2]) Aus dem ganzen Inhalt des Briefes geht hervor, daß dieses das richtige Datum ist. Es ist aber nicht nur ein Druckfehler, sondern eine grobe Nachlässigkeit des Herausgebers, wenn die Priv. Corresp. p. 582 ihn vom 2. Jan. 1849 datirt, da er die Korrespondenz des Jahres 1849 eröffnet.

überall reißende Kleid sollte also einer Generalreparatur mit neuen Lappen unterworfen werden. Am 21. Januar theilte er Webster im Vertrauen sein Projekt mit und dieser erklärte sich sogleich im Wesentlichen mit demselben einverstanden[1]). Acht Tage später (29. Jan.) legte Clay es dem Senate in der Form von Resolutionen vor. Es umfaßte acht Punkte: 1) California ist auf sein Ersuchen mit angemessenen Grenzen als Staat aufzunehmen und zwar ohne ihm etwas hinsichtlich der Sklaverei vorzuschreiben; 2) da in den von Mexico erworbenen Territorien die Sklaverei nicht gesetzlich besteht und wahrscheinlich auch nicht in denselben eingeführt werden wird, so sollen Territorialregierungen errichtet werden, ohne Verfügungen über die Einführung oder den Ausschluß der Sklaverei zu treffen; 3) Grenzbestimmungen von New Mexico; 4) Texas wird, wenn es seine Ansprüche auf das Gebiet von New Mexico fallen läßt, eine noch näher zu bestimmende Summe zur Tilgung der Schulden bewilligt, für die es als selbständige Republik seine Zölle verpfändet hat; 5) die Abschaffung der Sklaverei im Distrikt von Columbia ist nicht angezeigt; 6) das Verbot des Sklavenhandels im Distrikt von Columbia ist angezeigt; 7) das Gesetz über die Auslieferung flüchtiger Sklaven bedarf einer Verschärfung um es wirksam zu machen; 8) der Kongreß hat kein Recht den Sklavenhandel zwischen den Staaten zu verbieten oder behindern.

In der Rede, mit der Clay diese Resolutionen einführte, bezeichnete er als ihr Hauptverdienst, daß sie keiner Partei das Opfer eines Prinzipes zumutheten, das hieß mit anderen Worten, daß sie den zugestandenen prinzipiellen Gegensatz vollständig ignorirten, und den Norden suchte er durch die Behauptung mehr zur Nachgiebigkeit zu stimmen, daß es sich für ihn ja nur um „Gefühl, Gefühl, nichts als Gefühl" handele. Wer das Wesen der Sklavenfrage aus ihrer bisherigen Geschichte verstehen gelernt hat, für den bedarf es keiner weiteren Kritik des Projektes und der Kompetenz seines Autors. Galt es nur um jeden Preis die Katastrophe hinauszuschieben, unbekümmert um die Wirkung, welche die Hinauszögerung auf ihren Charakter und ihre Gewalt ausüben müsse, dann war Clay der rechte Mann für die Krisis; galt es aber einen Versuch die Lösung der Frage einzuleiten, dann konnte die Aufgabe keinen untauglicheren Händen anvertraut werden[2]).

[1]) Curtis, Life of D. Webster, II. pp. 397, 398.

[2]) Der Independent sagt mit Recht von Clay: „there have been few statesmen in our country whose policy upon moral questions has so thoroughly debauched the moral sentiment of the people." Febr. 9th, 1854. p. 44.

Obwohl Clay gebeten hatte nicht sogleich in die Diskussion seiner Resolutionen einzutreten, sondern sich dieselben zuvor wohl zu überlegen, verwahrte sich doch Rusk sofort gegen die Annahme, daß der Kongreß irgendwelche Befugnisse hinsichtlich der Grenzen von Texas habe, — Foote glaubte keinen Augenblick mit seinem „Protest" gegen mehrere der in den Resolutionen niedergelegten Doktrinen warten zu dürfen, — Mason schloß sich ihm „im Namen (on the part) von Virginia" an, — Jefferson Davis klagte Clay an, daß er sogar die früher aufgerichteten Schutzwehren des Südens niederbreche und erklärte in Uebereinstimmung mit Downs, daß der Süden in diesen Resolutionen ganz leer ausgehe und der Norden alles erhalte, — Berrien hielt wesentliche Aenderungen und Ergänzungen der Vorschläge für nöthig, um sie dem Süden annehmbar zu machen, — Butler erinnerte den Norden daran, „daß alle bisherigen Kompromisse durch Zugeständnisse, anerkannte Zugeständnisse des Südens geschlossen" worden seien und meinte man könne ihm um so weniger, wie die Resolutionen es thäten, nochmals einen solchen Handel zumuthen, als die alten Kompromisse ausreichten, wenn sie nur treu, d. h. gemäß der Interpretation der Radikalen des Südens, ausgeführt würden. Seitens des Nordens erhob sich keine Stimme zum Protest; nur Cass ergriff das Wort zu einer ganz irrelevanten Bemerkung. Natürlich durfte daraus nicht geschlossen werden, daß sämmtliche nordstaatliche Senatoren die Resolutionen gut hießen, aber wohl berechtigte es zu der Erwartung, daß die Majorität bereit sein würde auf dieser Basis zu unterhandeln. Da Clay aber selbst in dem angeführten Brief vom 2. Januar es als wahrscheinlich bezeichnet hatte, daß die Majorität des Senates für das Wilmot-Proviso sei, so läßt sich daraus ersehen, wie stark sich bereits im Norden das Verlangen nach dem lieben Frieden geltend machen mußte, da Clay jetzt erklärte, daß seiner Ansicht nach in dem Hauptpunkte, der Territorienfrage, die Resolutionen dem Süden ein vortheilhafteres Anerbieten machten, als es selbst die Fortführung der Missouri Linie sein würde[1]).

[1]) „And I say, sir, in my place, that I consider it much better for the South that the whole subject should be open on both sides of an imaginary line — for instance the line of 36° 30′ — than that slavery should be interdicted positively north of 36° 30′, with freedom to introduce or establish slavery south of that line, according to the will of the people; and the proposition that I have made is infinitely better for the South than the proposition which the Senator (Jeff. Davis) has suggested, unless he could persuade Congress to adopt his proposition to declare positively and absolutely the

Vom Standpunkte der südlichen Radikalen aus war es daher gewiß die richtige Politik, von vornherein so zu thun, als ob diese Propositionen überhaupt nicht diskutirbar wären; war mit achtwöchentlichem parlamentarischem Lärmen so viel erreicht worden, so ließ sich wohl auch noch mehr erlangen, wenn man das Lärmen noch etliche Monate fortsetzte.

Mit dem Senat allein ließ sich freilich nicht mehr erzielen als in den beiden letzten Sessionen, d. h. die Vertagung der Entscheidung, und nach dem Zeugnisse Clay's war im Hause noch im Beginne des Jahres „eine beträchtliche Majorität" für das Wilmot-Proviso[1]). Jetzt aber deklarirte das Haus seine Unterwerfung. Der Antrag von Stephens: die Resolution Root's auf den Tisch zu legen, die dem Ausschuß für Territorien aufgab Bills zur Organisirung der Territorien mit ausdrücklichem Verbot der Sklaverei einzubringen, war am 31. Dezember mit 101 gegen 81 Stimmen verworfen worden. Am 4. Februar erneuerte Haralson von Georgia den Antrag von Stephens und jetzt wurde er mit 105 gegen 75 Stimmen angenommen. Von den nordstaatlichen Abgeordneten stimmten 32 — 18 Demokraten und 14 Whigs — für Haralson's Antrag und 27 fehlten bei der Abstimmung. Zwei von Giddings eingebrachte Resolutionen, die durch die einleitenden Worte der Unabhängigkeitserklärung die Territorien der Freiheit zu sichern suchten, theilten das Geschick von Root's Resolution. Die nördlichen Abgeordneten machten gar kein Hehl daraus, daß diese Abstimmungen den Verzicht auf das Wilmot-Proviso bedeuteten. Von dieser Stunde an lautete die Frage nicht mehr: wird der Norden oder der Süden obsiegen? sondern: wie viel wird der Süden erlangen? Der Parti-

right to introduce slavery south of that line." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 249.

[1]) Clingman sagte noch den 22. Januar: „Sir, the force and extent of the present anti-slavery movement of the North is not understood by the South. Until within the last few months I had supposed that even if California and New Mexico should come in as free States, the agitation would subside so as to produce no further action. A few months' travel in the interior of the North has changed my opinion. Such is now the condition of public sentiment there, that the making of the Mexican territory all free, in any mode, would be regarded as an anti-slavery triumph, and would accelerate the general movement against us. . . . It is, sir, my deliberate judgment that, in the present temper of the public mind at the North, if the territorial question remains open till the next election, few if any gentlemen will get here from the free States that are not pledged to the full extent of the abolition platform." ib. p. 201.

ſane des Südens, der dem New York Herald am 26. Februar aus Waſhington ſchrieb, daß man am Vorabend einer Revolution ſtehe und das erſte Blut in der Hauptſtadt fließen werde[1]), war entweder völlig unfähig die Situation zu verſtehen, oder er war unter den Politikern des Südens, welche die Einſchüchterungstaktik adoptirt hatten, was der

[1]) „We are on the very eve of bloodshed in the Capitol. There is no telling when its crimson streaks may deluge the halls of Congress. Without a moment's warning, civil strife and massacre may commence, for it will begin here. The first blood will not be spilt at Nashville, it will be in Washington. There is a fearful and alarming state of things here, and when and where it will end, Gode alone knows. . . . It is revolution that we are starting upon — revolution in the most tremendous and dangerous form. It is a revolution of the southern minority against the overbearing tyranny of a majority — the worst form of tyranny which can exist." New York Herald, Febr. 28, 1850. Die Drohung, daß in Waſhington ſelbſt und in den Sitzungshallen des Kongreſſes der Bürgerkrieg ſeinen Anfang nehmen könnte, war übrigens nicht die Erfindung dieſes Korreſpondenten. In der ſchon wiederholt angeführten Rede vom 22. Januar, die auf die Konſervativen und Aengſtlichen des Nordens einen ſo großen Eindruck machte, ſagte Clingman: „I tell gentlemen that if we cannot in advance get a fair settlement of this question, I should be pleased to see the civil and diplomatic bill, the army and navy bill, and all other appropriations, fail. We should thereby make every officer and every expectant of public money directly interested in having justice done to the South. It would be far better to have this temporary inconvenience for a year or two, than that we should see a bloody revolution, or something worse. I hold it to be the duty of every southern representative to stay here and prevent, till the close of our official term, the passage of any measures that might tend to force our people to unjust submission. In the mean time the southern States could, in convention, take such steps as might be necessary to assert their right to a share in the public territory. If this interregnum were to continue long, it might drive both sections to make provisional governments, to become permanent ones in the end.

But it is advised, in certain portions of the northern press, that the members from that section ought to expel such as interrupt their proceedings. Let them try the experiment. I tell gentlemen, that this is our slaveholding territory. We do not intend to leave it. If they think they can remove us, it is a proper case for trial. In the present temper of the public mind, it is probable that a collision of the kind here might electrify, as did the little skirmish at Lexington the colonies in their then excited state. Such a struggle, whoever might prove the victors in it, would not leave here a quorum to do business. Gentlemen may call this treason — high treason — the highest treason that the world ever saw. But their words are idle. We shall defeat their movements against us." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 205.

Stubentüncher unter den Malern ist. Nach den Abstimmungen vom 4. Februar im Hause war es ja gewiß, daß die Majorität des Kongresses wiederum der Behauptung von Toombs gemäß handeln werde, daß die Union ein Pro-Sklaverei Staat sei[1]). Unter diesen Umständen hätte sich ein bis zum Wahsinn gehender Fanatismus dazu gehört, es für möglich zu halten, jetzt noch die Mehrzahl der Vertreter des Südens — von den Massen gar nicht zu reden — in eine Revolution hineinzureißen. Webster hatte denn auch schon am 16. Februar Everett gemeldet, daß das Geschrei über die Zerreißung der Union nachzulassen beginne[2]). Und am 21. Februar beantragte Foote, der die ersten zwei Monate der Session mit so grotesken Sprüngen in der vordersten Reihe des Reigens der Radikalissimi getanzt hatte, einen Ausschuß von 13 Mitgliedern einzusetzen, um die Vorlage eines General-Kompromisses auszuarbeiten.

Vom Ziele war man freilich noch sehr weit entfernt. Die Aufmerksamkeit des Volkes war von nun ab vorwiegend auf den Senat gerichtet, weniger weil in ihm die Staatsmänner mit den berühmtesten Namen und von dem größten Einfluß saßen, als weil man fühlte, daß nach der Haltung, die er alle die Jahre hindurch in der Sklavenfrage beobachtet hatte, naturgemäß ihm die Initiative zufiele und obläge, nachdem einmal die Entscheidung für ein neues Kompromiß gefallen war. Aber noch nahezu zwei Monate gingen ins Land, ehe er auch nur darüber zu einem vorläufigen Entschlusse kam, ob ein General-Programm aufzustellen sei, oder alle die verschiedenen Fragen einzeln behandelt und erledigt werden sollten. Endlos floß der Strom der Debatte dahin, das ganze weite Gebiet der Sklavenfrage umfassend. Natürlich bekamen da der Senat und das Volk gar vieles zu hören, was sie schon unzählige Male gehört hatten, aber völlig vergeudet war die Zeit deswegen doch keineswegs. Es wurden auch Reden gehalten, die neue starke Schlaglichter nicht nur auf die augenblickliche Lage,

[1]) „We have the right to call on you to give your blood to maintain these thousands and all the rest of the slaves of the South in bondage. It is 'so nominated in the bond'. Yet with these obligations resting upon you, we are told by you that slave property is out of the protection of the Government. Gentlemen, deceive not yourselves, you cannot deceive others. This is a pro-slavery Government. Slavery is stamped upon its heart — the Constitution. You must tear that out of the body politic before you can commence the work of its eradication." Congr. Globe, 31st Cong., 1st Sess., App. p. 199.

[2]) Webst.'s Priv. Corresp., II. p. 355.

sondern auch auf das Wesen der ganzen Frage warfen, das die Kompromißfreunde so ängstlich bemüht waren unter Bergen von Sophismen, pomphaften Phrasen und patriotischen Wünschen und Empfindungen zu verdecken; und es wurden Reden gehalten, die bedeutsame geschichtliche Thaten waren.

Von Calhoun hatte man noch wenig in dieser Session gehört, obwohl Keiner dem Gange der Dinge mit größerer Spannung und mit tieferer gemüthlicher Erregung folgte. Den Tod im Busen war er nach Washington gekommen, aber der Geist hatte seine alte Klarheit und Schärfe bewahrt und der eherne Wille zwang den siechen Körper dem Geiste noch so lange als Wohnstätte zu dienen, bis er sein politisches Testament zu Papier gebracht. Am 4. März legte er es dem in ungeheuchelter Bewegung lauschenden Senate vor. Die Beine und die mühsam arbeitenden Lungen versagten ihm den Dienst und er mußte die Rede von Mason vorlesen lassen. „Düster war der Ton seiner ganzen Rede", sagte Cass. Ja, trotz der bis zur Kälte gehaltenen Nüchternheit im Ausdruck so düster wie der Mann selbst mit der gramdurchfurchten Stirn und dem gebrochenen Leib, so düster wie das Grab, in das er hinabsank. Ihm graute nicht vor der Gruft, denn er war furchtbar ehrlich und überzeugt gewesen in dem Dienste der Sache, der er die besten Kräfte seines ganzen Lebens geweiht hatte; keine Selbstanklagen marterten ihn in den letzten Stunden desselben. Aber er fühlte daß das Votum der konstituirenden Konvention von California über die Sklavenfrage die erste Zeile des letzten Kapitels ihrer Geschichte in der Union sei. Er konnte es sich nicht eingestehen, daß er „diese Union" und mit ihr die Sklaverei sich nach in die Grube ziehe, aber er sah es nur nicht ein, weil er es nicht einsehen wollte. Keine Hoffnung, nur bange Ahnungen und Sorgen, die auf dem Fundamente klarsten Erkennens ruhten, nahm er mit sich ins Grab.

„Von Anfang an, Senatoren, habe ich geglaubt daß die Agitation der Sklavenfrage mit dem Auseinanderbrechen der Union endigen würde, wenn sie nicht durch eine rechtzeitige und wirksame Maßnahme verhindert würde." Es war eine traurige Genugthuung für den Mann, der über ein Menschenalter eine der ersten Rollen in dem Rathe und in der Regierung des Landes gespielt hatte, seine letzte große Rede mit diesen Worten einleiten zu dürfen. Alle Südstaaten, behauptete er, hätten jetzt die Richtigkeit dieser Ansicht erkannt. So allgemein die Unzufriedenheit in ihnen sei, so allgemein sei auch die Ueberzeugung, daß Ehre und Sicherheit ihnen verböten unter den bestehenden Ver-

hältnissen in der Union zu bleiben. Die letzte Ursache der Unzufriedenheit und dieser Ueberzeugung sei die Störung des anfänglich fast vollkommenen Gleichgewichtes zwischen den beiden Sektionen, das jeder die Mittel geboten habe sich gegen die Uebergriffe der anderen zu schützen. Jetzt könne die eine vollständig die Regierung kontroliren und in raschem Tempo wachse ihr Uebergewicht noch immer weiter. Wenn das einfach die Wirkung der Zeit wäre, so würde der Süden keinen Grund haben sich zu beklagen; aber es sei in Wahrheit die Konsequenz der unbilligen, verfassungswidrigen, den Süden übervortheilenden Bundesgesetze. Die konstitutionelle Föderativrepublik sei in einen Staat verwandelt worden, der thatsächlich so absolut wie die russische Autokratie und in seinen Tendenzen so despotisch wie irgend ein absoluter Staat sei, der je existirt habe. Stehe zu erwarten, ja sei es möglich, daß ohne äußeres Dazuthun ein Umschwung erfolgen und die Union wieder auf ihre ursprünglichen Basen zurückgeführt werden würde? Keine von den Ursachen, welche die abolitionistische Agitation hervorgerufen hätten, sei verschwunden, sondern alle hätten sich von verächtlichen Anfängen zu gewaltigen Kräften entwickelt, während die Widerstandsfähigkeit des Südens in jeder Hinsicht geringer geworden sei. Leuchte es denn da nicht ein, daß, wenn nicht in durchgreifendster Weise Abhilfe geschafft würde, der Süden gezwungen werden würde, zwischen Abolition und Sezession zu wählen. Wie die Dinge jetzt gingen, bedürfe es nicht einmal der Sezession um die Union aufzulösen; die Agitation werde dieselbe ganz von selbst herbeiführen. Aber „es ist ein großer Irrthum zu glauben, daß die Sprengung der Union durch Einen Schlag bewirkt werden kann. Die Bande, welche diese Staaten zu einer gemeinsamen Union verknüpften, sind dazu viel zu zahlreich und stark. Die Auflösung der Union muß das Werk der Zeit sein. Nur in einem langen Entwickelungsprozeß und nacheinander können die Bande zerreißen, bis der ganze Bau auseinanderfällt. Schon hat die Agitation der Sklavenfrage einige der wichtigsten zerrissen und alle die Anderen sehr geschwächt." Von den vier großen protestantischen Religionsgemeinschaften stehe nur noch die bischöfliche Kirche intakt da, in die presbyterianische sei ein Keil hineingetrieben und die methodistische und baptistische seien bereits auseinandergebrochen und mithin soweit die Auflösung der Union eine vollendete Thatsache.

Könne nun die Union trotzdem noch erhalten werden? Nur ein Mittel gebe es dazu: die Südstaaten müßten überzeugt werden, daß sie mit Ehren und in Sicherheit in der Union bleiben könnten und das

könne nur geschehen, indem man die Ursachen ihrer Unzufriedenheit beseitige. Weder die Vorschläge Clay's noch der Plan der Administration — California mit seiner gegenwärtigen Verfassung als Staat aufzunehmen und in den Territorien die Frage auf sich beruhen zu lassen, bis sie als Staaten aufgenommen werden könnten — thäten das. Der Süden müsse zufriedengestellt werden und das könne „leicht" geschehen, da er nur Gerechtigkeit und die gewissenhafte Beobachtung der Konstitution — das einzige Kompromiß das er anzubieten habe — fordere. „Der Norden braucht es nur zu wollen und es ist geschehen — dem Süden gerecht zu werden, indem er ihm ein gleiches Recht in den erworbenen Territorien einräumt, und seine Pflicht zu thun, indem er für die treue Ausführung der Bestimmungen über die Auslieferung flüchtiger Sklaven sorgt, — die Agitation der Sklavenfrage einzustellen, und ein Amendement zur Verfassung anzunehmen, das dem Süden im Wesentlichen die Macht sich selbst zu schützen wiedergibt, die er besaß, ehe das Gleichgewicht zwischen den Sektionen von der Regierung zerstört wurde"[1]). Sei der Norden nicht gewillt das zu thun, so möge man sich in Frieden trennen, und wenn er auch das nicht wolle, so solle er es sagen und der Süden werde wissen was er zu thun habe.

Ueber das Verfassungsamendement, das er zur Erhaltung der Union für nothwendig hielt, sagte Calhoun in der Rede nur, daß es leicht sein würde eine Bestimmung zu treffen, die den angegebenen Zweck erfülle. In der Schrift „A Discourse on the Constitution and Government of the United States", die im Laufe des Jahres 1849 entstanden war, entwickelt er jedoch eingehend seine Gedanken über diesen wichtigsten Punkt. Zunächst geht aus diesen Ausführungen hervor, daß er ein Verfassungsamendement allein nicht für hinreichend hielt. Er verlangte zuvor die Aufhebung aller der Gesetze — die wesentlichsten macht er namhaft — die den staatenbundlichen Charakter der Union in einen nationalstaatlichen verwandelt hätten. Dadurch

[1]) Seward bemerkte dazu: „The theory of a new political equilibrium claims that it once existed, and has been lost. When lost, and how? It began to be lost in 1787, when preliminary arrangements were made to admit five new free states in the north-west territory, two years before the Constitution was finally adopted; that is, it began to be lost two years before it began to exist." Works, I. p. 64. Es ist dabei daran zu erinnern, daß die Ordinanz von 1787 nicht über den Widerstand der Vertreter des Südens hinaus, sondern mit ihrer Zustimmung und unter ihrer Mitwirkung erlassen worden war.

könne aber das Geschehene nicht ungeschehen gemacht, das zerstörte Gleichgewicht der Sektionen nicht wieder hergestellt werden. Die schwächere Sektion sei daher nur dann gegen neue Uebergriffe gesichert, wenn ihr von der Verfassung ein Veto gegen alle Entschließungen der Bundesregierung verliehen werde. Daß ein solches Veto den Lebensgesetzen eines großen politischen Gemeinwesens nicht widerstreite, beweise — Polen, in dem ja die Anwendung des Prinzipes noch viel weiter getrieben worden sei. Die Aktion der Regierung würde vielleicht dadurch etwas verlangsamt werden, aber sie würde um so mehr an moralischer Kraft gewinnen. Erst dann würde die Union eine wahrhafte, d. h. eine Union der Gesinnungen und brüderlichen Liebe sein. Diese „starke Negative", die jede starke Regierung kräftige, könnte in der Weise organisirt werden, daß die Exekutivgewalt in die Hände von zwei Präsidenten gelegt würde. Jede Sektion würde einen Präsidenten zu wählen haben, dem einen würde die Leitung der äußeren und dem anderen die der inneren Angelegenheiten obliegen, aber jeder Kongreßakt müßte die Zustimmung beider erhalten um rechtskräftig zu werden.

Ein überzeugenderer, unwiderleglicherer Beweis dafür, daß die Erhaltung der Union nicht „leicht", sondern schlechthin unmöglich sei, wenn die Prämissen Calhoun's richtig waren — und sie waren es ganz unstreitig — ließ sich nicht erbringen. Wie konnte der Norden die Agitation der Sklavenfrage einstellen, wie hätte er ihre Unterdrückung nur „wollen" können, wenn alles das gewaltig an Kraft gewonnen hatte, was ihn die Sklaverei als „Sünde" ansehen ließ? Der Kongreß konnte die Aufhebung sämmtlicher Bundesgesetze votiren, aber wurde damit auch die thatsächliche Entwickelung, welche die Union von dem Tage ihrer Entstehung an durchlaufen hatte, annullirt? Was nützte es „das Prinzip" aufzustellen, „daß die Macht und Thätigkeit der Union mit dem Wachsen ihrer Ausdehnung und Bevölkerung statt vergrößert, vermindert werden müsse", wenn, von dem einen Moment der Sklavenfrage abgesehen, die thatsächliche Interessenverwachsung stetig fortschritt und gebieterisch heischte, daß ihr in der Gesetzgebung gebührend Rechnung getragen werde? Calhoun's einziger Weg die Union zu retten, war die thatsächliche Auflösung der Union. Wo stand denn in der Konstitution etwas von „Sektionen" zu lesen? Waren denn nicht die Sektionen in dem Sinne, den das Wort jetzt hatte, selbst das Produkt einer thatsächlichen Entwickelung, die in Widerspruch mit dem Prinzip der Union stand? Wo blieb denn das Grundprinzip der Staatenrechtslehre, das in modifizirter Ausdeutung auch ein Grundprinzip der Ver-

fassung war, die Gleichrechtigkeit der Staaten, wenn eine ständige Minorität derselben ein ständiges absolutes Veto gegenüber der Majorität hatte? Wie konnte denn überhaupt noch von einer Union die Rede sein, wenn der Föderativstaat von der Verfassung in eine ständige konsolidirte Minorität und eine ständige konsolidirte Majorität zerlegt wurde, die in jedem einzelnen Falle zu einer vollständigen Verständigung gelangen mußten, um gesetzgeberische Bewegungsfähigkeit zu erlangen?

Wie großes Unrecht hat man doch diesem Manne mit der Beschuldigung gethan, daß er die Zerreißung der Union gewünscht und durch lange Jahre mit voller Zweckbewußtheit systematisch darauf hingearbeitet habe sie herbeizuführen. Wie er erkennt, daß die Auflösung der Union nicht mehr nur eine Gefahr, sondern eine sich bereits vollziehende Thatsache ist, da setzt er seine letzte Kraft daran einen Weg zur Rettung zu finden und er ist so ganz unfähig sich einzugestehen daß es keinen gibt, daß er, der eindringendste politische Denker des Südens, einen Rettungsplan entwirft, der zu den ungeheuerlichsten politischen Absurditäten gehört, die je ersonnen worden sind. Wohl hatte er mehr als irgend ein Anderer dazu gethan die Sklavokratie zur politischen Beherrscherin der Union und damit den zeitweiligen Auseinanderbruch dieser unvermeidlich zu machen, aber in seinen Augen war die Aufhebung der Sklaverei die Verwandelung der Pflanzerstaaten in ein blutiges Chaos und er erkannte, daß die absolute Vorbedingung für den bleibenden Bestand der Sklaverei in der Union die politische Herrschaft der Sklavokratie sei. Wohl hielt er es nicht nur für ein unanstreitbares Recht, sondern auch für eine heilige Pflicht des Südens der Union Valet zu sagen und, wenn nöthig, das Letzte an die Behauptung einer Sonderexistenz zu setzen, wenn ihm nur die Wahl zwischen Abolition, d. h. Verlust der politischen Herrschaft, und Sezession gelassen war, aber sein Denken vermochte nie das unmittelbare Empfinden für die Union vollständig aus seinem Herzen zu reißen. Wohl hatte er die Parole ausgegeben, daß die Sklaverei „ein Gut, ein positives Gut" sei und er glaubte es wirklich, aber erst seine Epigonen, die ihm weder an Geist noch an Charakter ebenbürtig waren, begeisterten sich für eine Konföderation mit der Sklaverei zum Eckstein als der Verwirklichung des politischen und sozialen Ideals. Als er nach Verlesung der Rede, auf die Schultern von zwei Freunden gestützt, aus der Sitzungshalle des Senates hinausgewankt war, da schlossen sich hinter ihm die Thore der Zeit vor der zweiten Periode der Unionsgeschichte unter der Konstitution, in der das Gestirn des Südens zum Zenith aufgestiegen war.

Drei Tage später, am 7. März, hielt Webster seine berühmte Rede, die nicht nur in den Augen von Hunderttausenden seiner langjährigen Ruhmeslaufbahn ein jähes schmachvolles Ende bereitete, sondern auch im Verein mit der Rede Calhoun's und der später zu besprechenden Rede Seward's vom 11. März einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Kampfes von 1850 bildet.

Prüft man die Rede mit der Objektivität des Historikers, so ist man versucht zu fragen, ob sie nicht weniger zu beanstanden sei wegen dessen was sie sagt, als wegen dessen was sie verschweigt und wegen der Art und Weise in der sie sagt, was sie sagt.

Webster konstatirt, daß im Norden wie im Süden das Urtheil über Natur und Charakter der Sklaverei im Laufe der Zeit eine tiefgreifende Wandelung erfahren hat, aber er deutet nicht mit einem Worte an, daß der sich stetig verschärfende Gegensatz in der Beurtheilung der Sklaverei nur das Produkt der gegensätzlichen wirthschaftlichen, sozialen und politischen Entwickelung ist. Er thut, als brauchten Süden und Norden sich nur zu entschließen hinfort etwas leidenschaftsloser zu denken und patriotischer zu fühlen, um in ihren Ansichten wieder so nahe zusammenzurücken wie die Väter der Republik. Der ganze Kampf erscheint wie ein thörichter Zank Verblendeter, weil mit keiner Silbe darauf hingewiesen ist, daß ihm entgegengesetzte ethische Prinzipien und ein Widerstreit realer Interessen zu Grunde liegen[1]). Er beweist dem Süden die Unbilligkeit seiner Klagen, indem er ihn daran erinnert, daß er Louisiana, Florida und Texas nur durch die Mitwirkung des Nordens erlangt habe, aber er gedenkt nicht der Wirkungen, welche die Stärkung der Sklaverei durch diese Erwerbungen auf die Ansichten und Stimmungen des Nordens gehabt hatte. Mit Recht sagt er, daß die Moral nicht wie ein mathematisches Problem behandelt werden dürfe und wer sich für eine Wahrheit und eine Pflicht fanatisire, viele an-

[1]) Diese Behauptung ist begründet, obwohl Webster hervorhebt, daß die Aenderung der Anschauungen des Südens durch den Aufschwung des Baumwollbaues hervorgerufen sei. Am 18. Mai schreibt er: „I suppose no history shows a case of such mischiefs arising from angry debates and disputes, both in the government and the country, on questions of so very little real importance." Priv. Corresp., II. p. 370. Und am 17. Juli sagte er im Senat: „Here have we been seven and a half months, disputing about points which, in my judgment, are of no practical importance to one or the other part of the country." Works, V. p. 436. Der amerikanische Volkscharakter mußte eine merkwürdige Metamorphose durchgemacht haben, daß der ganze Kongreß sich so über Nacht in einen Debattirklub von Wolkenstaatlern verwandelt hatte.

dere Wahrheiten und Pflichten unter die Füße trete; aber er unterläßt es zu unterſuchen ob die Behauptung, daß die Sklaverei unvereinbar geworden ſei mit den ſittlichen Anſchauungen der Majorität des Volkes und den allgemeinen Tendenzen ſeiner ſonſtigen Inſtitutionen und ſeiner wirthſchaftlichen Verhältniſſe, eine Wahrheit ſei. Unanfechtbar war ſein Satz, daß die Klauſel über die Auslieferung flüchtiger Sklaven rechtlich ebenſo verbindlich war wie jede andere Beſtimmung der Verfaſſung; aber die Behauptung, daß der Norden „mit Freudigkeit" dieſer „Ehren- und Gewiſſens"pflicht nachkommen werde, ſobald er ſich darüber klar geworden, war ſchlimmer als eine Abſurdität. Hatte Webſter vollſtändig die Verſtändnißfähigkeit dafür verloren, daß eine Verfaſſung wohl in gewiſſen Hinſichten die ethiſchen Ueberzeugungen eines Volkes zum Ausdruck bringt, aber nimmermehr die Quelle derſelben ſein kann und daß in einer demokratiſchen Republik eine Verfaſſungsbeſtimmung, die mit den ethiſchen Ueberzeugungen der Majorität des Volkes unvereinbar geworden iſt, ein Widerſinn iſt und ſchließlich ſchlechthin undurchführbar werden muß? Weil der ſittliche Boden unter ſeinen eigenen Füßen zum Triebſande geworden war, verſtand er in der That nicht mehr das Weſen des ſittlichen Entwickelungsprozeſſes, den die Geſchichte der Sklavenfrage darſtellte. Ein Senator von Maſſachuſetts, der ſagen konnte, daß die Abolitioniſten „*nichts* Gutes oder Werthvolles" gethan und *lediglich* die Sklaven feſter gebunden hätten[1]), der würdigte ſich entweder aus unreinen ſelbſtiſchen Motiven zum Schranzen der Sklavokratie herab, oder er war ein Fremder im eigenen Hauſe, ein unter den Lebenden wandelnder Todter geworden. Webſter aber ſuchte mit ängſtlichem Eifer den Beweis zu führen, daß er den warnenden Wächterruf durch das Land habe erſchallen laſſen, als noch alles ringsum in

[1]) „every thing that these agitating people have done has been, not to enlarge, but to restrain, not to set free, but to bind faster, the slave population of the South." — Den 29. April ſagte er öffentlich in Boſton: „I shall support no agitations having their foundations in mere ghostly abstractions"; und in Bezug auf die Auslieferung flüchtiger Sklaven: „the simple question is, whether Massachusetts will conquer her local prejudices." Curtis, Life of D. Webster, II. p. 438. Und am 1. Juni ſchreibt er einem Freunde, den er zur Vertheidigung ſeines Standpunktes in der Preſſe benutzte: „But agitation had arisen — theoretic, fanatical, and fantastical agitation — and under a loud cry of antislavery led away silly women and sillier men, who formed a considerable party, and both the great parties strove to see which could win this third party by the greatest yielding to its clamor and its nonsense." ib. p. 427.

tiefem Schlafe gelegen und daß er noch immer so wachsam und kampfesfreudig wie je mit Speer und Schild an seinem Posten auf der Zinne der Freiheitsburg stehe. Er ließ Stellen aus seinen früheren Reden verlesen, um zu zeigen, daß er schon 1837 den „Donner" geschmiedet habe, den die Schreier für das Wilmot-Proviso jetzt für „ihre Erfindung" auszugeben suchten. Darum sollte man ihm nun auf's Wort glauben, daß der Donner jetzt eingepackt und bei Seite gelegt werden müsse, weil man ihn nicht mehr nöthig habe und er die Ohren des Südens beleidige. Unumstößliche Naturgesetze machten in den von Mexico erworbenen Gebieten die Sklaverei unmöglich und darum würde er dagegen stimmen, daß sie in dem Gesetz für die Organisirung von New Mexico ausdrücklich verboten würde [1]). Er versicherte alles gelesen zu haben, was ihn über diese Naturgesetze hätte unterrichten können, aber er wußte für seine Behauptung nur anzuführen, daß California und New Mexico sich nicht für Plantagenwirthschaft eigneten. Er mußte alle die Stellen überschlagen haben, die von den Minen und von den Erwartungen handelten, die ein großer Theil der Sklavenhalter an diese knüpfte und er mußte die unzählige Male wiederholte Erklärung der Vertreter des Südens stets überhört haben, daß ihnen die Frage von der Kompetenz des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien nicht nur wegen des Prinzipes, sondern auch im Hinblick auf künftige Gebietserwerbungen von höchstem Belang sei. Darauf muß die größte Rücksicht genommen werden, daß dem Süden nach seiner Ansicht durch das Wilmot-Proviso „mindestens ein offenbares theoretisches Unrecht" zugefügt und sein Stolz verwundet werden würde, „ob es nun ein gerechter und vernünftiger, oder ein unvernünftiger Stolz sein mag"; aber daß der Norden ein ebenso gutes Recht wie der Süden

---

[1]) „I would not take pains uselessly to reaffirm an ordinance of nature, nor to reënact the will of God." Noch lange nach dem Bürgerkriege hat man öfters alle gegen Webster erhobenen Anklagen durch die einfache Wiederholung dieses pomphaften Satzes zu Boden schlagen wollen. Die nachstehenden zwei Sätze aus dem Majoritätsbericht des „Ausschusses der Dreiunddreißig" machen jede Kritik dieses Standpunktes unnöthig. „In the year 1859 the territorial legislature of New Mexico established slavery in that Territory. This law was disapproved at the last session of Congress by a vote of the House, but the Senate have not yet acted on the bill, and so the law of the Territory, not having been annulled by both houses of Congress, remains in full force, and slavery now exists by law in New Mexico." Rep. of Committees, 36th Congr., 2d Sess., Vol. I, No. 31. p. 6.

LIBRARY UNIVERSITY CALIFORNIA

hatte, ein Gewicht auf die Prinzipienfrage als solche zu legen und daß es in einem Verfassungsstaate an sich von der größten Bedeutung ist, zu einer Entscheidung darüber zu gelangen was das Recht in einer Frage ist, über die viele Jahre hindurch mit äußerster Leidenschaft gestritten worden und die überdieß gar noch die prinzipielle Entscheidung über die streitige politische und rechtliche Natur des Staates involvirt, das begriff der große Senator von Massachusetts nicht, der es geschmackvoll und logisch fand diese seine große Rede in diesem gewaltigsten Ringen der Geister über die Sklavenfrage mit der Behauptung zu schließen, daß die Bundesregierung, „keines Mannes Freiheit niedergetreten hat" und „ihr täglicher Athem Freiheit ist."

Und brauchte man das mächtige Gehirn Daniel Webster's zu haben um einzusehen, daß die Prinzipienfrage als solche von der eminentesten praktischen Bedeutung war, auch wenn ein anderes Naturgesetz es hätte gewiß sein lassen, daß die Vereinigten Staaten nie neue Landerwerbungen machen würden und wenn wirklich, wie er behauptete, es jetzt keinen Fußbreit Landes in der Union gab, dessen Charakter hinsichtlich der Sklaverei nicht durch ein unumstößliches Gesetz irgendwelcher Art bestimmt war? Ein wirklich staatsmännisches Wort fand sich in der Rede und das war die wiederholt mit äußerster Emphase aufgestellte Behauptung, daß „friedliche Sezession" eine Unmöglichkeit sei und immerdar eine Unmöglichkeit bleiben werde. Aber auch hier wieder schwieg er sich über das Wesentlichste aus. Er konstatirte die Thatsache, aber sagte nichts über die Rechtsfrage. Während der Nullifikationswirren hatte er an der Spitze der kleinen Schaar gestanden, die für unbedingte Aufrechterhaltung der Gesetzesherrschaft — wenn es sein müsse auch durch das Schwert — eingestanden war. Sah er nicht ein, daß auch in dem jetzigen Prinzipienstreit die Frage involvirt war, ob das Gesetz herrschen, oder das Gebot der Sklavokratie das oberste Gesetz sein solle? Sie drohte die Union zu zerreißen, wenn die Majorität es wage eine Befugniß auszuüben, die nach ihren verfassungsrechtlichen Ueberzeugungen dem Kongreß zustand und die er seit der Annahme der Verfassung unter Mitwirkung der Vertreter des Südens ausgeübt hatte. Durfte da, wie Webster es that, eine Rede, die kein Wort über das Prinzip enthielt und den Norden beschwor thatsächlich vor dieser Drohung zurückzuweichen, eine Rede „für die Konstitution und die Union" genannt werden? Die Konstitution war Mottenfraß geworden und „aus Sand gedrehte Seile" hielten die Union zusammen, wenn die höchste politische Weisheit und der reinste Patriotismus erheischten, daß der Kongreß

aus solchen Gründen auf die Ausübung seines Gesetzgebungsrechtes in dieser Frage verzichte.

Die Rede vom 7. März ist unstreitig der dunkelste Flecken in dem politischen Leben Webster's, aber ebenso unfraglich hat man ihm schweres Unrecht gethan, wenn man sie ganz allein aus der bewußten Absicht hergeleitet hat, sich von der dankbaren Sklavokratie in das Weiße Haus führen zu lassen[1]).

Die Aussicht, seinen Namen in der Reihe der Präsidenten glänzen zu sehen, hatte sich mit dem Wachsen seines Ansehens und Ruhmes nicht gesteigert, sondern verringert. Die Politiker fanden nicht ihre Rechnung dabei, sich einen Mann zum Haupte zu setzen, den die Natur zu ihrem Meister gemacht hatte und die Massen staunten ihn wohl an und waren stolz darauf, daß auch England ihn bewunderte und ganz Europa seine eminenten Fähigkeiten anerkannte, aber sie hatten sich nie für ihn begeistert; sie schlugen seine Größe ehr zu hoch als zu niedrig an, aber weder reizte dieselbe ihre Phantasie, noch versetzte sie eine tiefere Saite ihres Empfindens in stärkere Schwingungen. Ein großer Bruchtheil der höchsten Gesellschaftsschichte in Massachusetts, New York und Washington dagegen trieb einen förmlichen Kultus mit ihm. Selbst die tieferen Flecken in dem Kern seines sittlichen Wesens — seine Arroganz, seine Sünden wider das sechste Gebot, das Paradiren einer nur halbwahren Religiosität und namentlich die unwürdige Unbedenklichkeit, mit der er die Taschen seiner Freunde den schwersten Kontributionen unterwarf, um seinen verwöhnten Gaumen zu kitzeln und seinen sonstigen kostspieligen Liebhabereien fröhnen zu können — wurden nicht etwa entschuldigt, sondern mit Entrüstung fortgeleugnet oder gar zu Tugenden umgestempelt. Gibt es doch noch heute in Massachusetts viele hochgebildete und sehr achtbare Leute, mit denen man es durch die leiseste Kritik von Webster's Charakter unwiderruflich verschüttet — eine in den Vereinigten Staaten ganz einzigartige Erscheinung, die beweist, welchen überwältigenden Zauber dieser reiche Geist

---

[1]) Er schreibt am 13. Juni 1850 in Bezug auf die persönlichen Folgen, welche seine Haltung für ihn habe und haben werde: „I shall seize on no golden fleece, though I may be obliged to encounter some Lernaean and some Erymanthian animals." Curtis, Life of D. Webster, II. p. 428. Ersteres war nicht ganz richtig. W. W. Corcoran schickte ihm als Anerkennung und Dank für die Rede vom 7. März eine Schuldnote für $ 10,000 zu. „Mr. Webster met Mr. Corcoran the same evening, at the President's, and thanked him for the 'princely favor'." In Memoriam. B. O. Tayloe, p. 109.

in der imponirenden Hülle auf ſeine nähere Umgebung ausgeübt haben muß. Die bis zur Vergötterung gehende Verehrung dieſer opferfreudigen Gefolgſchaft hatte die Wirkungen, die nach den Eigenthümlichkeiten der menſchlichen Natur erwartet werden mußten. Webſter kam dahin zu meinen, daß er einen Anſpruch auf die Präſidentſchaft habe, den nur Eiferſucht, Neid und Unverſtand nicht anerkennen könnten. Wiederholt hatte er der Verſuchung widerſtanden, die Partei es entgelten zu laſſen, daß ſie dieſen Anſpruch nicht anerkannt hatte, nun aber, da „der Tag ſich geneiget und es Abend werden wollte", vermochte er es nicht über ſich, die Dinge ihren Gang gehen zu laſſen.

Daß die Rede vom 7. März eine Kandidatenrede und vornehmlich darauf berechnet war die Gunſt des Südens zu gewinnen, kann kein unbefangener Leſer verkennen. Wohl maß Webſter nicht dem Norden allein alle Schuld an dem verderblichen Hader bei, aber er erklärte es für „nicht nöthig" auf deſſen begründete Klagen „näher einzugehen" und flickte erſt nachträglich auf den Rath eines Freundes einige Worte über die Behandlung der freien Farbigen aus dem Norden in den ſüdlichen Häfen hinein[1]), während er die Beſchwerden des Südens in einer Weiſe behandelte, die ſelbſt von den feuereifrigſten Partiſanen der Sklaverei lebhaft anerkannt wurde. Er war ängſtlich bemüht ſich den guten Willen des Nordens zu erhalten, aber er konnte ihn nur auf die Vergangenheit verweiſen, weil er Gegenwart und Zukunft in möglichſt unanſtößigen Formen dem Süden verſchrieb. Allein weder ſein Verſtand noch ſein Gewiſſen würde ihm erlaubt haben das zu thun, wenn er nicht geglaubt hätte, damit nicht nur ſeinen perſönlichen Intereſſen, ſondern auch denen der Union am beſten zu dienen. Und nur weil er das glaubte, war die Rede vom 7. März ein geſchichtliches Ereigniß von weittragender Bedeutung. Hätte er ſich einfach dem Süden verkauft, dann verdiente ſie nur in einer Biographie Daniel Webſter's eine ausführliche Beſprechung, aber in der allgemeinen Geſchichte des Landes würde es genügen die Thatſache mit zwei Worten zu konſta-

[1]) Der Boſton Korreſpondent des Independent ſchreibt am 18. März in Bezug darauf: „that even that puny passage where the great senator seems to speak as if he had a Northern heart, was not in its place when the speech was delivered, but has been inserted since, for home consumption: At this rate we shall, by-and-by, adopt the come-outer's toast, 'Winthrop and Webster, par nobile fratrum, with cotton consciences and coward hearts — like lean kine shivering in a December farm-yard — they follow the sunshine round the haystack as they feed.'"

tiren. Er hatte seine Lanze vor der Sklavokratie gesenkt und wurde deswegen von den Progressisten des Nordens voll Erbitterung zu den Todten geworfen[1]), aber er hörte damit nicht auf eine repräsentative Persönlichkeit zu sein. Er war nicht ein Charakter, der sich unter irgendwelchen Umständen zu der Rolle des einsamen Felsen in dem brandenden Meere verstanden hätte. Nimmermehr würde er mit seiner Vergangenheit so weit gebrochen haben, als er es in dieser Rede that, wenn er nicht gewußt hätte, daß er sich damit nur an die Spitze der „konservativen Strömung" stelle, die in dem Norden eingesetzt und durch die leitenden kaufmännischen Kreise von Hause aus eine große Kraft erhalten hatte[2]). Nur über die Breite und Tiefe der Strömung hatte er sich in einer argen Täuschung befunden. Sie war stark genug die Sklavokratie abermals triumphiren zu lassen und den Tag der Entscheidung um zehn Jahre hinauszuschieben, aber indem sie momentan die Wasser an der Oberfläche glättete, drängte sie die Bewegung so weit in die Tiefen, daß sie endlich die Kraft zur Lösung des Problems gewann. Die Rede vom 7. März war ein Programm und zwar nicht nur das persönliche Programm Webster's, sondern das Programm derer, die mit der Weisheit der Entwickelungsperiode fortwirthschaften wollten, an deren Ausgang man angelangt war. Und der entscheidende Punkt dieses Programmes war, daß es die Lösung des Problems in dem Augenblick für unnöthig und unmöglich erklärte, da die Unvermeidlichkeit einer Lösung irgend welcher Art bis zur Evidenz erwiesen war[3]).

---

[1]) Parker schreibt: „I believe no one political act in America, since the treachery of Benedict Arnold, has excited so much moral indignation, as the conduct of Daniel Webster." Works of Th. Parker; Edit. Trübner, V. p. 115.

[2]) Siehe den Independent vom 21. März 1850, p. 46. Stephens schrieb schon den 5. Dez. 1849: „the North is beginning to count the cost. Not the Free-soilers, but the mercantile class." Johnston & Browne, The Life of Al. H. Stephens, p. 239.

[3]) In diesem entscheidenden Punkt trafen die Ueberzeugungen Seward's mit denen der südlichen Radikalen zusammen. Er sagt: „it will appear that the question of dissolving the Union is a complex question; that it embraces the fearful issue whether the Union shall stand, and slavery, under the steady, peaceful action of moral, social, and political causes, be removed by gradual, voluntary effort, and with compensation, or whether the Union shall be dissolved, and civil wars ensue, bringing on violent but complete and immediate emancipation. We are now arrived at that stage of our national progress when that crisis can be foreseen, when we must foresee it. It is directly before us. Its shadow is upon us. It darkens the legislative halls, the temples

Das gab aber den Radikalen noch nicht das Recht, wie sie es jetzt und in noch verletzenderer Weise später thaten, die Konservativen den Böcken zuzuzählen, von denen es heißt: Weichet von mir ihr Unreinen ich kenne euch nicht. In der Politik so wenig wie in dem bürgerlichen Leben sind die Ueberzeugungen, Beweggründe und Handlungen stets entweder weiß oder schwarz. Webster war nicht ein Schurke und Verräther geworden, der mit Ueberlegung um die Wohlfahrt der Union das Linsengericht der Präsidentschaft zu kaufen suchte. Die Hoffnung auf diesen Preis ließ ihn weniger genau, als er es sonst gethan haben würde, mit seinem Gewissen, seiner besseren Ueberzeugung und seiner Ehre abrechnen, aber er hörte nicht am Rande des Grabes auf ein Patriot zu sein und es war nicht eine leere und lügnerische Redefigur gewesen, wenn er mit den Worten begonnen hatte: „Ich will heute nicht als Mann von Massachusetts oder des Nordens, sondern als Amerikaner sprechen." Unter den Konservativen waren viele, die an Reinheit und Festigkeit des Charakters weit über Webster standen und in ihrer Willfährigkeit gegen die Sklavokratie doch noch über ihn hinausgingen. Mit ihm sagten sie: „Es wird keine Sezession stattfinden! Die Herren meinen es nicht ernst, wenn sie von Sezession reden"; aber, ohne sich der geringsten Inkonsequenz bewußt zu sein, sagten sie auch mit ihm: „Ich höre mit Kummer und Angst das Wort Sezession!" und patriotischer Kummer und patriotische Angst entmannten ihr Denken und Wollen. Ihre Politik glitt auf scharf geneigter Bahn nach einem Abgrunde hin, aber es war, wenn auch oft nicht allein, so doch meist vorwiegend ihr Patriotismus, der sie zu dieser Politik trieb.

So wenig das Wetterglas das Wetter macht, so wenig war Webster's Rede die Ursache davon, daß der vierjährige Kampf auf das „Kompromiß" von 1850 hinauslief. Sie war nur die bemerkenswertheste Ankündigung der Thatsache, daß eine einflußreiche Minderheit der nördlichen Whigs bereit sei, Clay die Union nach seiner Weise retten zu lassen.

Toombs und Stephens hatten gemeint, es sei Seward schon so gut wie gelungen die Whigs des Nordens in eine Anti-Sklaverei Partei zu verwandeln; die Abstimmungen des Hauses vom 4. Februar und die

---

of worship, and the home and the hearth. Every question, political, civil, or ecclesiastical, however foreign to the subject of slavery, brings up slavery as an incident, and the incident supplants the principal question. We hear of nothing but slavery, and we can talk of nothing but slavery." Works, I. p. 86.

Rede Webster's zeigten, daß die Sklavenfrage die Whigs des Nordens gespalten habe. Das Ignoriren derselben seitens der letzten Nationalkonvention der Whigs hatte das nicht verhindern können. Die nächste Frage war, ob dieser Bruch sich würde ignoriren lassen, oder ob er, was auch immer die Politiker wollen und beschließen mochten, sich erweitern werde, bis die Auflösung der Partei eine vollendete Thatsache war und an und für sich dadurch die Sklavenfrage zur Basis der Neubildung der Parteien wurde. Dem unbefangenen Beurtheiler mußte die Rede Seward's vom 11. März[1]) jeden Zweifel darüber benehmen, wie die Antwort auf diese Frage lauten werde.

Seward hatte sich die Ermahnung Foote's, seine Reputation zu schonen, so wenig zu Herzen genommen, daß er sich jetzt rundweg gegen alle Kompromisse erklärte. Wenn er das im Geiste eines Abolitionisten gethan hätte, so wäre es nicht von besonderer Bedeutung gewesen. Giddings z. B. hatte ja schon oft ähnliche Erklärungen abgegeben und selbst die „Feuerfresser" hatten sich daran gewöhnt sie anzuhören, ohne einen Tumult zu erregen und nach ihren Revolvern zu greifen. Leute, welche die Moral des Dekalogs oder die Postulate des Naturrechtes als absolut verbindlich in der Politik ansahen, konnten ja keinen anderen Standpunkt einnehmen, aber der Süden durfte sicher sein, daß die von diesem Standpunkte aus gemachten Deduktionen von der großen Majorität des Volkes stets in das Kapitel über „die Sklaverei in abstracto" verwiesen werden würden. Seward aber war bei dieser Erklärung wie in seinem ganzen bisherigen Wirken der praktische Politiker, der mit den Menschen und Dingen, wie sie nun einmal sind, rechnet. Solche legislative Kompromisse, meinte er, binden die Hände für die Zukunft, während sich doch nicht voraussehen läßt, was das Staatswohl in der Zukunft erheischen wird. Man müsse sich daher an der legitimen Aufgabe des Gesetzgebers genügen lassen, den vorliegenden Bedürfnissen gerecht zu werden, und wenn man diese in's Auge fasse, lasse sich kein Grund finden, warum der Sklaverei die in den verschiedenen Kompromißvorschlägen enthaltenen Zugeständnisse gemacht werden sollten[2]).

---

[1]) Works, I. pp. 51—93.

[2]) „I am opposed to any such compromise, in any and all the forms in which it has been proposed; because, while admitting the purity and the patriotism of all from whom it is my misfortune to differ, I think all legislative compromises, which are not absolutely necessary, radically wrong and essentially vicious. They involve the surrender of the exercise of judgment and conscience on distinct and separate questions, at distinct and sep-

Dieses kühle Raisonnement kündigte einen völligen Bruch mit der bisher von allen nationalen Parteien verfolgten Politik an. Bis jetzt war das Streben stets darauf gerichtet gewesen die Sklavenfrage aus der Welt zu schaffen, indem man über einige Punkte Vereinbarungen traf, die für ewige Zeiten beide Seiten zufriedenstellen sollten. Weder geschah dieses, noch konnte verhindert werden, daß sich aus der Entwickelung der Dinge neue Streitpunkte ergaben. Nun forderte Seward, daß diese Frage, gleich allen anderen gesetzgeberischen Problemen, von Fall zu Fall behandelt werde. Was das Resultat dieser Neuerung für den Süden hätte sein müssen, lag auf der Hand. Hörte das Feilschen auf und wurde jede konkrete Frage für sich und lediglich nach den unmittelbar für sie in Betracht kommenden Rücksichten entschieden, so konnte der Norden nie mehr Anlaß zu einem Zugeständniß an die Sklavokratie haben. So lange der Süden nicht zur Sezession entschlossen war und sie auszuführen vermochte, mußte er daher alles für die Fortführung der Kompromißpolitik aufbieten, wie laut und wie heftig auch die Radikalen alle Kompromisse verschworen. Es leuchtete aber ein, daß diese Politik im Laufe der Zeit leicht viele Freunde unter Leuten gewinnen könnte, die sich den Abolitionisten niemals angeschlossen haben würden und die redlich gewillt waren, dem Süden sein Recht werden zu lassen.

Sein Recht, aber auch nicht mehr. Rief Toombs triumphirend: so steht's im Schein, so mehrte sich jetzt auch im Norden die Zahl derer, die von einer „liberalen" Politik gegen die Sklavokratie nichts mehr wissen wollten und einfach fragten, was im Scheine stehe. Seward beschränkte sich nicht auf ein Raisonnement politischer Zweckmäßigkeit. Dieses ist die Rede, in der er die Existenz eines „höheren Gesetzes" konstatirte, eine That die allein hingereicht haben würde, seinen Namen für immer in die Tafeln der amerikanischen Geschichte einzugraben.

---

arate times, with the indispensable advantages it affords for ascertaining truth. They involve a relinquishment of the right to reconsider in future the decisions of the present, on questions prematurely anticipated. And they are acts of usurpation as to future questions of the province of future legislators.

Sir, it seems to me as if slavery had laid its paralyzing hand upon myself, and the blood were coursing less freely than its wont through my veins, when I endeavor to suppose that such a compromise has been effected, and that my utterance forever is arrested upon all the great questions — social, moral, and political — arising out of a subject so important, and as yet so incomprehensible."

Die Gegner verdrehten ihm das Wort im Munde und thaten, als habe er von der Konstitution an ein höheres Gesetz appellirt, während er in Wahrheit die volle Uebereinstimmung jener mit diesem behauptet hatte[1]). Er nannte die Gesetzgeber die Amtleute (stewards) Gottes und erklärte sie für verpflichtet, die Wohlfahrt des Volkes den Kompaß sein zu lassen, nach dem das Staatsschiff gesteuert wurde. Nun hatten ja aber die Abolitionisten schon längst und in viel unbedingterer Weise den Grundsatz von dem höheren Gesetze proklamirt und Niemand konnte bestreiten, daß die Wohlfahrt des Volkes die Aufgabe der Gesetzgebung sei. Im ersten Augenblick ist daher die ungeheure Wirkung dieses Wortes in beiden Lagern höchst überraschend. Das Neue und Bedeutsame war nur, daß ein Realpolitiker, der einer der einflußreichsten Führer der einen nationalen Partei war, gerade in dieser Form daran erinnerte, daß die Konstitution nur Mittel zum Zweck sei und die Forderung aufstellte, daß auch hinsichtlich der Sklaverei die logischen Konsequenzen dieser Thatsache in vollem Umfange von der Gesetzgebung gezogen würden. Es ist nicht zu leugnen, daß vielfach „das höhere Gesetz" als ein Freipaß angesehen wurde, bei dessen Vorweisung sich alle Schlagbäume der Konstitution zu heben hätten; Seward selbst aber faßte es nur als die Richtschnur auf, der man in der Interpretation der Verfassung und bei der Verwirklichung ihrer Intentionen im Einzelnen folgen müsse und das reichte vollkommen hin der Sklavokratie überall den Weg zu verlegen. Er beanspruchte nicht das Recht die Konstitution bei Seite zu schieben, wo sie etwa der Verwirklichung ihres Zweckes entgegenstehe, weil sie Prinzipien verleugne, deren allseitige Geltendmachung nach den Gesetzen der sittlichen Weltordnung eine unbedingte Voraussetzung der Wohlfahrt des Volkes sei. Nur die Thatsache konstatirte er, daß die Verfassung ein todter Buchstabe sei, so weit das Volksbewußtsein sie für im Widerspruch mit dem höheren Gesetze halte und er wies darauf hin, daß diese Thatsache nicht ungestraft von dem Gesetzgeber außer Acht gelassen werden könne. Die Einhaltung solcher Pakte, sagte er in Bezug auf die Verpflichtung flüchtige Sklaven auszuliefern, kann nicht mit Waffengewalt durchgesetzt werden, „weil das öffentliche Gewissen sie nicht billigt. Ich weiß, daß es verschiedene Arten Gesetze gibt, welche das Verhalten der Menschen regeln. Es gibt Verfassungen und statutarische Gesetze, Handels- und Civilrechte; aber wenn wir für Staaten Gesetze geben, besonders wenn wir Staaten

[1]) pp. 74, 75.

gründen, ſo müſſen alle dieſe Geſetze nach der Norm der Geſetze Gottes gemacht werden, ſie muß der Prüfſtein ſein und über ihr Stehen oder Fallen entſcheiden“.

Hatte die Rede Webſter's diejenigen entrüſtet, die von keiner neuen Nachgiebigkeit des Nordens wiſſen wollten, ſo entrüſtete die Rede Seward's mindeſtens in dem gleichen Maße diejenigen, die auf der anderen Seite ſtanden. Selbſt im Norden und in ſeinem eigenen Staate ſprach die Preſſe von ihm, als ob er ein des Hochverrathes überführter Demagoge ſei, wenn man nicht etwa aus Mitleid annehmen wolle, daß er wegen der Kleinheit ſeines Gehirnes überhaupt nicht zu den zurechnungsfähigen Menſchen gezählt werden dürfe[1]). Warum aber eigentlich dieſe Aufregung und Wuth? Hatte denn Calhoun nicht ſchon ſeit vielen Jahren immer und immer wieder geſagt und noch eben wiederholt, daß die völlige Unterdrückung der abolitioniſtiſchen Agitation die conditio sine qua non für das Verbleiben des Südens in der Union ſein müſſe, weil der Abolitionismus auf einer religiöſen Baſis ruhe und die Sklaverei für eine Sünde erkläre? War denn das nicht, wenn auch in umgekehrter Anwendung, die Lehre von dem höheren Geſetz, das die Konſtitution zu einem todten Buchſtaben mache, wo ein Gegenſatz zwiſchen ihm und ihr ſtatt habe? Hatte nicht ſeit langen Jahren der ganze gebildete Theil der ſüdſtaatlichen Bevölkerung die Richtigkeit dieſer Anſicht durch das intenſive Intereſſe anerkannt, mit dem er den von geiſtlichen und weltlichen Gottesgelehrten mit nie ermüdendem Eifer geführten Kampf um „das Bibelargument“ verfolgte? Wie ließen es ſich die ſüdlichen Herren wenige Wochen ſpäter angelegen ſein, ein Pamphlet zu verbreiten, in dem der hochangeſehene Neu England Profeſſor Stuart

[1]) Siehe z. B. einen Artikel der Democratic Review vom Mai 1850, p. 393. Die folgenden Sätze mögen als Stilprobe dienen. „This singular example of the inextricable caprices of fortune, we take to be one of the most dangerous of the more diminutive race of insects that ever buzzed about in a tainted political atmosphere; for he is held in such utter contempt by all honest men, that no notice is taken of him until his sting is felt. He is barely qualified to play second fiddle in a concert of third-rate demagogues. . . . The mud had lately been stirred at the very bottom of the pool; and he who went down a mutilated tadpole, has come up a full-grown bullfrog. . . . Since then (ſeinem Eintritt in den Senat), his only public exploit has been a speech, of which we shall say nothing, except that it would disgrace any man — but himself. The reader, we hope, will pardon us for thus turning aside a moment, to do justice to a very small man — so small, that his smallness is unspeakably inexpressible — and who, by no possibility, can ever become great in any other sense than that of being stupendously contemptible.“

mit dem „Bibelargument" eine Lanze für sie brach und wie bereitwillig sagte ihnen Webster seine Unterstützung zu![1]) Manches andere christliche Kulturvolk wäre bei der Behandlung einer solchen Frage in letzter Linie darauf verfallen zu fragen, was „Moses und die Propheten" über die Sache gedacht und gelehrt. Die schriftgläubigen Amerikaner aber, die mit kindlich naiver Frömmigkeit das Wort nahmen wie sie es fanden und sich vor der Autorität des Alten Testaments fast ebenso unbedingt wie vor der des Neuen neigten, sahen in der Bibel den Kodex des „höheren Gesetzes" in seiner autoritativsten Form. Das „Bibelargument" erschien ihnen darum nicht nur wichtig, sondern es war ihnen entscheidend[2]). Es gab manchen Abolitionisten, dem die Sklaverei „die Summa aller Schurkereien" war und blieb, was auch immer die Bibel über sie lehren mochte, aber auch die fanatischsten Partisanen der Sklaverei gaben zu, daß sie fallen müsse und fallen werde, wenn sich aus der Bibel beweisen ließe, daß sie wider Gottes Gebot sei[3]).

Natürlich konnte dieser Beweis nie in der Weise erbracht werden, daß er von den Andersdenkenden als stichhaltig anerkannt worden wäre.

---

[1]) Siehe Webster's Briefe vom 3. Juni und 10. August 1850 an Professor Stuart. Webst.'s Priv. Corresp., II. pp. 370, 383.

[2]) „The Bible in our country, is the standard. Its decisions are final. And there is not a Judge upon the bench, nor a jury in the land, who will decide in opposition to what are the generally received teachings of the Bible. If these teachings, or interpretations be wrong, they will decide with them; because they understand them to be the teaching of the Bible." J. G. Fee, An Anti-Slavery Manual, p. VIII.

[3]) Siehe z. B. einen sehr interessanten Brief eines Südstaatlers aus Wellington bei Athens, Ga., Jan. 1848 an Th. Parker. Es heißt da u. A.: „You Negrophilists may write and publish for ever in your style and with your matter, without striking the Southern heart or enlisting its sympathies. Until — and only until you prove by the Bible collectively — for it is a collection of theological truths in its own stability, unschismatic — that God did not allow slaves through Moses' prophetic writings to the Israelites, and that Jesus Christ, instead of being silent, and St. Paul coherent, had been of your own conclusion, that 'it was a sin without an excuse'. . . . We cannot think the God of Moses less the true, pure Deity than Jesus Christ; nor that he in one age permitted and regulated a domestic servitude only to be found to have altered his fixed Providence in another! God (you infidel!) is always stable in his purposes. . . . Prove first from the Bible alone, and not by your egregious statistics and innuendos, that slavery is wrong, without also making God wrong or inconsistent, and then the whole structure of bondage would fall to the ground. Otherwise for ever hold your peace!" Weiß, Life and Correspondence of Th. Parker, II. p. 79.

Allein das war durch den Streit um das „Bibelargument" und die Stellung des Südens zu demselben erwiesen, daß er die Existenz eines „höheren Gesetzes" anerkannte und zugab, daß nicht die Verfassung, sondern jenes den Ausgang des Kampfes entscheiden werde, falls ein Widerspruch zwischen ihnen obwaltete. Was die Menschen als ein sittliches Prinzip anerkennen, das wirkt aber als solches unter ihnen. Norden und Süden mochten sich daher nie darüber verständigen was das höhere Gesetz gebiete, hinsichtlich der thatsächlichen Entwickelung der Verhältnisse lautete die Frage einfach: wie weit sind die Ansichten Seward's über das höhere Gesetz die Ueberzeugungen des Nordens und wie weit werden sie es in Zukunft sein?

Calhoun hatte diese Frage durch den Hinweis darauf beantwortet, daß alle Bedingungen für die Entwickelungen des abolitionistischen Geistes günstiger geworden seien. Der ganze Süden gab die Thatsache zu, aber nur ein kleiner Theil folgerte mit De Bow aus ihr, daß Webster etwas Unmögliches unternommen habe[1]). Hatte De Bow Recht, dann war aber auch offenbar Seward's Behauptung begründet, daß alle Maßnahmen zur Stärkung der Sklaverei dahin tendirten, ihr ein gewaltsames Ende zu bereiten[2]).

Hatte De Bow die nächste Zukunft im Auge gehabt, dann erwies er sich freilich als falscher Prophet. Webster konnte seinen Freunden melden, daß die von seiner Rede vertheilten und verkauften Exemplare nach Hunderttausenden zählten und noch immer aus dem Süden und Westen und einigen Theilen der Mittelstaaten anerkennende Briefe und Adressen und Bitten um Exemplare der Rede ohne Zahl kämen[3]). Ein verdrießliches Aber hinkte allerdings nach. Wohl ließen die persönlichen Freunde und die schreckhaften kaufmännischen Kreise in Massachusetts und New York es auch nicht an emphatischen Zustimmungserklärungen

[1]) „None can mistake the anti-slavery growth — it has no resting place. The cry is onward! When was there ever a 'step backward' in its history? It will sweep over Mr. Webster as the whirlwind sweeps over the reed." Commercial Review, I. Ser., Vol. IX. p. 122.

[2]) „I feel assured that slavery must give way, and will give way, to the salutary instructions of economy, and to the ripening influences of humanity; that emancipation is inevitable, and is near; that it may be hastened or hindered; and that whether it shall be peaceful or violent, depends upon the question whether it be hastened or hindered; that all measures which fortify slavery or extend it, tend to the consummation of violence; all that check its extension and abate its strength, tend to its peaceful extirpation."

[3]) Priv. Corresp., II. pp. 364—366.

fehlen, aber die entgegengesetzte Strömung überwog doch immer noch so sehr in den nordöstlichen Staaten, daß ihre Vertreter, wie er sich ausdrückte, sich nach wie vor zu täglichen Reden gegen die Sklaverei verpflichtet fühlten. Immerhin aber konnte er am 28. März Harvey schreiben: „Hier steht alles gut und wird mit jeder Stunde besser“[1]). Wenn Webster das schreiben konnte, dann war es aber doch vielleicht etwas zu hart, wenn Everett von Virginia an demselben Tage im Repräsentantenhause sagte: „Die Geschichte der zivilisirten Welt weiß von keinem grausameren, verworfeneren und herzloseren Krieg als dem, welchen die nördliche Bevölkerung jetzt gegen die südliche führt“[2]).

Noch gab es freilich manchen Widerstand und viele Schwierigkeiten zu überwinden. Der Präsident, der schon am 13. Februar dem Kongreß die Konstitution von California übermittelt hatte, hielt an seinem Plane fest. Es fehlte nicht nur, wie es ja nicht anders sein konnte, die Uebereinstimmung zwischen dem Präsidenten und der demokratischen Majorität des Kongresses, sondern die Administration hatte auch mit ihrer eigenen Partei so gut wie gar keine Fühlung. Clay wußte von keinem hervorragenden Kongreßmitgliede, das vertrauliche Beziehungen zum Weißen Hause unterhielte[3]). Morehead meldete Crittenden am 30. März, daß das Kabinet von keiner Seite her unterstützt werde. Jeder Sekretär habe wohl einige Freunde, aber in seiner Gesammtheit sei ihm Niemand wohl gesinnt und die Mitglieder sehen nicht einmal einander mit besonders freundlichen Augen an. Er erwähnt, daß von einer vollständigen Rekonstruktion des Kabinets gesprochen werde, da er aber Winthrop, Webster oder Crittenden die erste Stelle in dem eventuellen neuen Ministerium zuweist, so wird man wohl annehmen dürfen, daß die Herren mehr mit ihren Wünschen als mit den Absichten Taylor's rechneten[4]). Stephens schrieb noch am 15. April seinem Bruder Linton, daß Taylor, durch Preston bestimmt, unbedingt gegen

---

[1]) Priv. Corresp. II. p. 363.

[2]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 394.

[3]) Er schreibt den 16. März seinem Sohne James: „I have never before seen such an Administration. There is very little co-operation or concord between the two ends of the avenue. There is not, I believe, a prominent Whig in either House that has any confidential intercourse with the Executive. Mr. Seward, it is said, had; but his late Abolition speech has, I presume, cut him off from any such intercourse, as it has eradicated the respect of almost all men for him.“ Priv. Corresp. p. 604.

[4]) Coleman, Life of J. J. Crittenden, I. p. 362.

die dem Kongreß vorliegenden Kompromißentwürfe sei[1]) und auch Morehead berichtete, daß Clay, der ja jetzt die erste Rolle spielte, und der Präsident durch Zwischenträger in eine gereizte Stimmung gegen einander gebracht seien und der Bruch zwischen ihnen sich täglich erweitere. Die Freunde eines Kompromisses hielten es also nicht für unmöglich, daß die Haltung des Präsidenten alle ihre Bemühungen vereiteln könnte.

Ganz abgesehen von den einzelnen Stipulationen des angestrebten Kompromisses stieß aber auch noch immer in dem Kongreß selbst die Vorfrage — die Aufstellung einer kombinirten Generalabrechnung — auf eine sehr hartnäckige Opposition.

Am 25. März hatte Douglas vom Ausschuß für Territorialangelegenheiten eine Bill zur Aufnahme von California als Staat mit der von ihm angenommenen Konstitution eingebracht. Clay und Cass gaben zu, daß in beiden Häusern die Majorität — und sie selbst mit dieser — für die Aufnahme sei und dennoch widersetzten sie sich mit aller Kraft dem Verlangen, daß der Senat die Bill in Berathung ziehe und über sie schlüssig werde. Die entschiedenen Gegner der Sklaverei und im Bunde mit ihnen Douglas und Benton traten mit ebenso großem Nachdruck dafür ein. Namentlich Benton führte den Kampf mit einer leidenschaftlichen Energie, die hohe Anerkennung verdient, weil er vollkommen dessen gewahr war, daß mit jedem Wort, das über seine Lippen ging, der Süden und auch die maßgebenden Kreise in seinem eigenen Staate sich mehr und mehr von ihm als einem Verräther abwandten. Sein und seiner Genossen Reden waren Ausführungen des Satzes, daß alle Billigkeitsrücksichten den Kongreß zu unverzüglicher Aufnahme verpflichteten, nachdem California sich selbst durch die Kon-

---

[1]) „Mr. Clay, who came here a Wilmot-Proviso man, seeing the state of feeling, seized upon the occasion and brought forward his compromise; Webster followed, and twenty Northern Whigs, perhaps forty, in the House, were ready to follow, and settle the whole question. But P—, (jealous of Clay, and not willing that his movement should succeed — that is, that territorial bills without the proviso should pass, which would always be as good as Clay's compromise,) set his head against it. I worked with him, hoping he would yield, but he set all his powers against it, and has got General Taylor dead against it; and, if we carry General McClernand's bill, we shall do it over and against the whole power of the government, and the Whig party will be defunct." Waddell, Biographical Sketch of Linton Stephens, pp. 100, 101. — Siehe McClernand's Kompromiß-Bill Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. pp. 628, 629.

ſtituirung als Staat geholfen habe, weil er es ſolange verabſäumt, ihm eine Territorialorganiſation zu geben, bis es in völlige Anarchie zu verſinken gedroht habe, und daß ſich kein ſtichhaltiger, der Sache ſelbſt entnommener Grund dagegen anführen laſſe.

Es wurden freilich gar manche Gründe dagegen vorgebracht und ein je entſchiedenerer Parteigänger der Sklaverei der Redner war, deſto größer war ihre Zahl und deſto mehr Gewicht wurde ihnen beigemeſſen. Der allgemeinſte und gewichtigſte Einwurf war, daß California kein Recht gehabt habe ohne Autoriſation des Kongreſſes ſich als Staat zu organiſiren. Schon Calhoun, der am 31. März ſeinen Leiden erlegen war, hatte das Vorgehen der Californier „revolutionär und aufrühreriſch in ſeinem Charakter, anarchiſch in ſeiner Tendenz und danach angethan zu den gefährlichſten Konſequenzen zu führen" geſcholten[1]). Das waren große und harte Worte, wenn man bedenkt, daß bereits acht Staaten ſich ohne vorherige Erlaubniß des Kongreſſes eine Staatskonſtitution gegeben hatten[2]). Allerdings waren es nicht ganz analoge Fälle, vornehmlich weil dieſe meiſt organiſirte Territorien geweſen waren. Allein das Gutachten, das der Generalanwalt B. F. Butler am 21. September 1835 in dem Falle von Arkanſas abgegeben hatte[3]), deckte auch dieſen Fall vollſtändig. Das Vorgehen der Californier war wohl außergeſetzlich, aber nicht geſetzwidrig[4]). Sie durften ebenſo gut um die Zulaſſung

---

[1]) Works IV. p. 565.

[2]) Vermont 1791, Kentucky 1792, Tenneſſee 1796, Maine 1820, Arkanſas 1836, Michigan 1837, Florida 1845, Jowa 1846.

[3]) Opinions of the Attorneys General, II. pp. 726—733.

[4]) Die Doktrin, welche die ſüdlichen Radikalen jetzt hinſichtlich dieſer vorherigen Erlaubniß zur Entwerfung einer Staatsverfaſſung — (von der die Konſtitution nichts wußte) — vertraten, iſt ein intereſſanter Kommentar zu ihrer Lehre von der „ſtrikten Konſtruktion" der Verfaſſung. Während Seddon auf der einen Seite die Erlaubniß für eine abſolute Nothwendigkeit erklärte, behauptete er auf der anderen Seite, daß die Erlaubniß abſolut verbindlich für den Kongreß ſei. „Under the authority, and with the assent of Congress, the people of a previously-constituted Territory (Missouri) had met in convention, adopted a Constitution, and formed a State. If Congress refused to admit her, she would no longer be a Territory of the Union, but an independent State out of it. If Congress imposed conditions, as was at one time designed, which her people were resolved not to receive, she was free to refuse them, and to prefer independence out of the Union to entrance on such terms. Congress was constrained to elect between her total loss and separate sovereignty, and her admission on terms she would accept. Rightfully Congress could do no more. It could not remand her into a territorial condition, for it had given assent

als Staat wie um irgend etwas Anderes petitioniren. Da weder die Verfassung noch ein Gesetz bestimmte, daß alle aufzunehmenden Staaten zuvor das Puppenstadium eines organisirten Territoriums durchgemacht haben mußten, so stand es dem Kongreß vollkommen frei, dieser Bitte zu willfahren, aber er machte sich auch selbstverständlich nicht einer Rechtsverletzung schuldig, wenn er sie abschlug. Die Unwilligkeit oder Unfähigkeit des Kongresses seine Pflichten gegenüber California zu erfüllen, machten aber dessen außergesetzliches Vorgehen nicht nur entschuldbar, sondern verdienstvoll und gaben ihm einen Billigkeitsanspruch auf die Gewährung seiner Bitte, der anerkannt werden mußte, wenn sich nicht andere zwingende Einwendungen dagegen erheben ließen. Was die Opposition sonst noch vorzubringen wußte, war aber völlig hinfällig.

Der Antheil, den der Präsident an der Sache hatte, beschränkte sich auf einen Rath und die wohlwollende Unterstützung seiner Ausführung, als er angenommen worden war. Den Sklavenhaltern mochte er damit wohl einen sehr schlechten Dienst geleistet haben, aber einer Gesetzesverletzung konnte er nicht geziehen werden und California schuldete ihm Dank. Daß er einen Druck ausgeübt habe, um das Verbot der Sklaverei durchzusetzen, war eine geradezu absurde Anschuldigung. Der große Sklavenbesitzer von Louisiana und sein Emissär, der Sklavenhalter King von Georgia, waren keine Abolitionisten geworden [1]).

Nicht besser bestellt war es um den Einwurf, daß California den Vereinigten Staaten die öffentlichen Ländereien vorenthalten könnte. Dem konnte leicht vorgebeugt werden, wie es denn auch nachher geschah.

Die Größe des Staates hätte allerdings zu diskutirbaren Bedenken Anlaß geben können, obwohl Texas noch viel größer war, wenn nicht

---

to, and authorized the formation of a State government." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 76. Wir sind früher der Behauptung begegnet, daß die Bundesregierung unter keinen Umständen und in keiner Weise das kleinste Stückchen von dem Bundesgebiet einer fremden Macht überlassen dürfe. Jetzt hören wir, daß den Vereinigten Staaten ihr ganzes Territorialgebiet Stück um Stück fortgezaubert werden könne. Sobald einem Territorium die Erlaubniß ertheilt worden war sich eine Staatsverfassung zu geben, konnte es sich aus der Union herauskonstituiren, indem es zu dem Zweck einige Ungeheuerlichkeiten in seine Verfassung setzte, die der Kongreß schlechterdings nicht genehmigen konnte. Daß voraussichtlich nie ein Territorium das thun würde, ist indifferent. Die Möglichkeit genügt die Absurdität der Doktrin darzuthun.

[1]) Siehe Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 597.

California, im Gegensatz zu den meisten Staaten der Union, seine Grenzen von der Natur gesetzt worden wären. Trotzdem waren die Ausstellungen, welche der Süden gegen dieselben erhob, keine Vorwände, aber lediglich deswegen nicht, weil er an der Hoffnung festhielt, daß der südlich von der Missouri Linie gelegene Theil doch noch zu einem Sklavenstaat würde gemacht werden können. Diese Hoffnung konnte aber nicht dadurch verwirklicht werden, daß die Zulassung von California um etliche Wochen oder Monate hinausgeschoben wurde. Sie war daher wohl ein Grund für die Radikalen auf die Verwerfung des Aufnahmegesuches hinzuarbeiten, aber die Mittelpartei konnte die aus den Grenzbestimmungen gezogenen Einwendungen in keiner Weise für ihre Zwecke verwerthen. Sie hatte schlechterdings nichts, worauf sie ihre Opposition stützen konnte, als die größere Leichtigkeit mit der sich eine Verständigung zwischen Norden und Süden herbeiführen lassen würde, wenn man die Admissionsfrage mit den anderen Streitfragen verknüpfe. Das klang recht schön und mancher ehrliche Unionsretter mochte Clay's Frage für absolut überzeugend halten, ob California denn nicht stolz und glücklich sein müsse, durch ein klein wenig Geduld Wesentliches zur Beilegung des unseligen Zwistes beizutragen? Sah man aber etwas näher zu, dann mußte auch das trübste Auge die Schlange unter den Rosen erkennen. Die Zulassung von California sollte bei der Generalabrechnung den wesentlichsten Posten in dem „Haben" des Nordens abgeben, zu dessen Ausgleichung dann verschiedene Zugeständnisse an die Sklavokratie in sein „Sollen" eingetragen werden würden. Ließen sich aber keine triftigen sachlichen Gründe gegen die Zulassung anführen, während Billigkeit und die Lebensinteressen des Gebietes sie gebieterisch forderten — und das war die Sachlage nach Ansicht von Clay, Cass und Genossen — dann war die Aufnahme gar kein Zugeständniß seitens des Südens, sondern nur ein Verzicht auf die Fortsetzung eines ungerechtfertigten faktiösen Widerstandes. Die Konstitution sprach nur von der Aufnahme neuer Staaten in die Union und sie wußte nichts von der Zuweisung neuer Staaten an die nördliche oder südliche Sektion. Obwohl California die Sklaverei verboten hatte, gewährte daher der Süden dem Norden nichts durch seine Zulassung. Was von dem Norden verlangt wurde, waren aber im vollsten Sinne des Wortes Zugeständisse, da er nicht nur aus sektionellem Interesse sich widersetzte, sondern seine sittlichen Ueberzeugungen sich dagegen sträubten und er der ehrlichen Ueberzeugung war, daß es die Wohlfahrt der Union schädige. Das in Folge der sektionellen Opposition

des Südens schmählich vernachlässigte California[1]) sollte jetzt, nach dem von Butler gebrauchten Bilde, dem Süden als starkes Fahrzeug dienen, das die beiden gebrechlichen Boote Utah und New Mexico in der dem Süden genehmen Weise in den Hafen bugsirte.

Es war daher ein neuer großer Sieg der Sklavokratie, als am 11. April mit 28 gegen 26 Stimmen der Antrag verworfen wurde, die Aufnahme von California aus der Reihe der Fragen zu streichen, mit denen der von Foote beantragte Kompromiß-Ausschuß sich befassen solle. Am 18. April wurde dann mit 30 gegen 22 Stimmen die Einsetzung des Ausschusses beschlossen. Nach Foote's eigenem Zeugniß war dieses Resultat dem Eintreten Webster's für den Antrag zu danken[2]). Den nächsten Tag schritt man zur Wahl des Ausschusses. Der Vorsitzende sollte zuerst und besonders gewählt werden. Von den 30 abgegebenen Stimmen fielen 27 auf Clay, aber es fehlte eine Stimme am Quorum. Da war der etwas zu spät eingetretene Webster wieder der Retter in der Noth; er stimmte noch nachträglich für Clay und damit war dieser erwählt. Die Wahl der übrigen Mitglieder erfolgte in einem Ballotement nach einer von Foote auf die Pulte der Senatoren gelegten Liste[3]). Der Ausschuß entsprach also natürlich dem Geiste des Urhebers der Liste. Nicht nur hatte der Süden sieben gegen die sechs Mitglieder vom Norden, sondern von diesen sechs unterschieden sich vier nur durch den Grad ihrer Willfährigkeit gegen den Süden[4]).

Einige Tage vorher hatte Cass bitter darüber geklagt, daß man nun fünf Monate in Sitzung sei und noch nicht das Geringste gethan

---

[1]) Der Ausdruck ist nicht zu scharf, sondern zu milde. Ich hätte schreiben sollen: das von dem Süden schändlich mißbrauchte California. Seddon klagte: „Our power of coercing settlement, by resisting the establishment of civil government in California, is effectually cut off. That has been done in despite of us through the action of the Executive. A great means of compelling the attention of the Union to our claims is thus lost to us. A most potent lever for satisfactory adjustment, which at the past session of Congress moved so many to the support of Walker's amendment, has been snatched from our hands. It may be asked, have we not a similar one in the ability to refuse admission? By no means so satisfactory or effective a one, because they enjoy a civil government." ib. p. 77.

[2]) Hist. of the Rebellion, pp. 124—126.

[3]) ib. p. 127.

[4]) Der Ausschuß bestand aus Clay, Cass, Dickinson, Bright von Indiana, Webster, Phelps von Vermont, Cooper von Pennsylvania, King von Alabama, Mason von Virginia, Downs von Louisiana, Mangum von North Carolina, Bell von Tennessee und Berrien von Georgia.

habe. Jetzt hätte das Wort einer eingehenden Erläuterung bedurft, um noch berechtigt zu sein. Wohl war noch keine Bill über irgend eine der streitigen Fragen passirt und das Gerede mochte noch etliche Monate fortgesetzt werden, aber es war genug geschehen, um es gewiß zu machen, daß vor dem Schluß der Session geschehen werde, wofür der Norden wie der Süden dereinst eine furchtbare Buße an Gut und an Blut zu entrichten haben würden.

Sechzehntes Kapitel.

Das Kompromiß von 1850.

Die Sklavokratie hatte theils in etwas verblümter Form und theils ganz direkt Taylor einen Ueberläufer und Usurpator gescholten, weil er ihr das Spiel dadurch verdorben hatte, daß er aus den patriotischsten Motiven versucht hatte dem Kongreß die Wege zu bahnen[1]). Auch

[1]) So z. B. sagte Sebdon am 23. Januar: „Believing, as I sincerely do, the action of the present Executive, in relation to California, to involve grave violations of the Constitution, gross usurpation of powers, and to be most insidious and fatal to the rights of my section in particular," etc. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 74. T. H. Haymond von Virginia (!) antwortete darauf am 21. Mai: „Sir, if the people of California, in forming their Constitution, had provided for the introduction of slavery within their borders, quite a different state of things would have manifested itself here. Those gentlemen who represent on this floor the North only, would now be occupying the position of southern gentlemen who are supposed to represent the South only; and, sir, none of my southern friends would be found resisting the admission of California into the Union; nor do I believe they would have censured the President in such unmeasured terms for merely suggesting to the people of California the propriety of adopting measures to form a constitution with a view of asking to be admitted into the Union as one of the States of this Confederacy. And while on this subject I will notice some of the remarks of my colleague from the Richmond district (Sebdon). He says, in his speech delivered on this floor in the early part of this discussion, when speaking of the action of the Executive, 'They exhibit, as I contend, Mr. Speaker, gross usurpation, on the part of the Executive, of both judicial and legislative powers'. . . . Strange doctrine to be advanced by so able and distinguished a lawyer, that a mere suggestion to the people, made by the way of giving advice, should be construed and declared to be an exercise of legislative power. If this is true . . . then, sir, all our Presidents have, to a greater or less extent, been usurpers." ib. p. 598.

jetzt schlief der Präsident keineswegs in seinem Lehnstuhl, wie die Democratic Review einige Wochen später meinte[1]), aber daß er die Verhandlungen des Kongresses zu beeinflussen suche, konnten selbst diejenigen nicht behaupten, die zu glauben vorgaben, daß dem Regierungsdruck das Verbot der Sklaverei in California zuzuschreiben sei. Von einem Kabinetswechsel war es still geworden[2]) und Toombs klagte, daß der wohlmeinende, aber in Folge seiner Unerfahrenheit urtheilslose Präsident immer mehr in schlechte Hände gerathe und seinen ursprünglichen Freunden ganz entfremdet werde. Aber er fügte auch hinzu, daß die Administration nicht Macht genug habe, um einen heilsamen oder schädlichen Einfluß ausüben zu können[3]). Der Senatsausschuß, der das Rezept für die Radikalkur der siechen Union schreiben sollte, konnte also ganz ungestört seine große Aufgabe lösen. Der Erfolg mußte zeigen, ob diese Herren und ihre Kollegen im Kapitol denn wirklich so reich mit Weisheit gesegnet waren, daß sie ein Recht hatten mit fast verächtlichem Mitleid von der wohlgesinnten Unfähigkeit des Präsidenten zu reden.

Am 8. Mai stattete Clay im Namen des Ausschusses seinen Bericht ab[4]). Die erste von den drei Bills, die er einbrachte, zeichnete sich zunächst durch ihre außerordentliche Länge aus. Sie begann mit der Aufnahme von California als Staat in die Union unter der von ihm eingeschickten Konstitution. Dann folgte die Organisirung von

---

[1]) „Nero fiddled while Rome was burning; and the President may laugh and grow fat in his easy-chair, while the republic is rocking with earthquakes. If it should chance to be swallowed up, or riven to atoms, it is nothing to him; he has washed his hands of the dirty business of governing, and you must look to the agents, not to the principal. He is fast asleep in his easy-chair, and it is a pity to disturb him. And who has a better right to a comfortable nap than the President? He told the people honestly, that he was incapable of steering the ship; he has chosen his pilots, and if they run her on the rocks, the underwriters are responsible." The Democratic Review, June 1850, p. 486.

[2]) Mr. Clay to Th. B. Stevenson, Apr. 25, 1850. Colton, The last seven years of the life of H. Clay, p. 499.

[3]) Die dem Norden angehörigen Sekretäre, behauptet er, seien selbst den nördlichen Whigs verhaßt; Clayton nennt er „a dead body" und Johnson „honorable and clever, but without wisdom". Ueber Preston denkt er wie Stephens. Nur Crawford läßt er gelten, meint aber die Kollegen würden dessen Verbleiben im Kabinet bald unvereinbar mit seiner Ehre machen. Coleman, Life of J. J. Crittenden, I. p. 366.

[4]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. pp. 944—948.

Utah und dieser die von New Mexico als Territorium. Die Verbindung der drei Fragen in einer Bill war ganz offen damit motivirt, daß der neue Staat den beiden Territorien als Schlepper dienen solle. Die Furcht, daß sie nicht allein in den Hafen würden einlaufen können, entsprang natürlich der Sklavenfrage. Die Bestimmungen der Bill hinsichtlich dieser waren für beide Territorien identisch. Nichts war über sie gesagt, als daß die Territoriallegislatur kein die Sklaverei betreffendes Gesetz erlassen dürfe. In dem erläuternden Text wurde der Norden damit getröstet, daß das Wilmot-Proviso eine bloße Abstraktion sein würde, weil die Einführung der Sklaverei im höchsten Grade unwahrscheinlich wäre, und dem Süden sagte Clay am 21. Mai, daß die Bill das Prinzip adoptirt habe, für das der Süden stets gestritten. Soulé von Louisiana antwortete darauf: „Wir wissen, daß wir diese zehnte Sektion nicht gleich verstehen — wir wissen, daß die Auffassungen, welche die verschiedenen Köpfe von ihrem Inhalt hegen, auf einen absoluten Gegensatz hinauslaufen ... Wenn wir nicht einander täuschen, so täuschen wir doch unsere Konstituenten." Als Baldwin von Connecticut am 6. Juni die gleiche Ausstellung machte, antwortete Clay den nächsten Tag darauf, man müsse es ja gerade eine ganz offene Frage bleiben lassen, was die Bill über die Sklaverei bestimme, weil man sich nicht darüber einigen könne, was das Gesetz hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien sei, resp. sein solle. „Wenn die Frage vor das Oberbundesgericht kommt, so wird dieses Tribunal allein erklären, was das Gesetz ist." Douglas aber hielt alle Kompromißmacherei für verlorene Liebesmühe, so lange der Kongreß sich gestatte irgend etwas davon zu wissen, daß es eine Sklavenfrage in Betreff der Territorien gebe; sein ceterum censeo blieb darum, daß Nicht-Intervention und Squattersouveränetät identisch sein müßten[1]). Das Volk war also nicht nur in zwei, sondern mindestens in vier Parteien darüber gespalten, was unter dem Prinzip der Nicht-Intervention zu verstehen sei[2]), durch das der

[1]) „I do not believe, sir, that the Senate can agree upon any principle by which a bill can pass giving governments to the territories in which the word 'slavery' is mentioned. If you prohibit; if you establish; if you recognize; if you touch the question of slavery, your bill cannot, in my opinion, pass this body. But the bill that you can pass is one that is open upon these questions, that says nothing upon the subject, but leaves the people to do as they please, and shape their institutions according to what they may conceive to be their interests both for the present and the future." ib. p. 1116.

[2]) 1) Die Dickinson-Cass-Douglas Leute mit der Squattersouveränetät; 2) die Clay-Clayton Kompromißler, die dem Oberbundesgericht die Entscheidung zuschoben;

Kompromißausschuß bleibend Ruhe und Frieden im Lande aufrichten wollte. Clay's Empfehlungen dieser Politik des Versteckspielens hätten gläubigere Ohren gefunden, wenn man nicht schon einige Proben mit ihr gemacht hätte. Seddon von Virginia führte die gegenwärtige Lage des Landes zum großen Theil auf die Afterweisheit zurück, sich durch Zweideutigkeiten über Schwierigkeiten hinwegzulügen und behauptete, die demokratische Partei sei schon beinahe darüber auseinandergebrochen[1]). Und Underwood von Kentucky zog daraus die Konsequenz, daß die Lehre von der Inkompetenz des Kongresses hinsichtlich der Sklaverei in den Territorien ein Unglück für den Süden sei, weil sie den nördlichen

3) die südlichen Radikalen, nach denen die organisirten Territorien erst dann eine Entscheidung treffen dürften, wenn den Sklavenhaltern genügende Zeit zur Einwanderung gelassen war; 4) die südlichen Ultras — Calhoun — nach denen Kongreß, Oberbundesgericht, Territoriallegislatur und Bevölkerung der Territorien gleich inkompetent in der Frage waren und alle Territorien den Sklavenhaltern offen standen, bis sie als Staaten ihre souveräne Entscheidung trafen. Der dritten Gruppe gehörte z. B. Seddon an. Er erklärte: „Properly understood, it (non-intervention) could only contemplate that the citizens of all the States of the Union should be equally free to enter and settle with their property on the common territories of the Union, — slaveholders and non-slaveholders to be on precisely the same footing of equality and right, and to be equally protected by the law and policy (!) of the government; that proper Territorial Governments being organized, reasonable periods should be allowed for such settlement, and then full and free opportunity of electing and determining their domestic institutions, should be allowed to the people of each Territory." ib. Append. p. 78. Nach dieser Doktrin hatte also, im Gegensatz zu der von der ersten Gruppe vertretenen, die Bevölkerung eines Territoriums nicht ein Selbstbestimmungsrecht hinsichtlich der Sklaverei, sondern die Berechtigung zur Wahl sollte ihr vom Kongreß verliehen werden, wenn er die rechte Zeit gekommen glaubte und er sollte sich bei der Festsetzung der Zeit durch die Pflicht bestimmen lassen, der Sklaverei und der Freiheit in gleichem Maße zu dienen. Eine Politik, die sich pflichtmäßig stetig und in gleichem Tempo in zwei entgegengesetzten Richtungen bewegte, hatte jedenfalls das Verdienst etwas Neues unter der Sonne zu sein.

[1]) „I believe the present anti-slavery agitation owes much of its extent and intensity to the mistaken policy of adopting delusive phrases and positions, susceptible of double construction, with the vain purpose of uniting in party action the opposing sections of the Union." Selbst Virginia würde in der letzten Präsidentenwahl sicher nicht für Cass gestimmt haben, wenn man sich dort darüber klar gewesen wäre, was er unter Nicht-Intervention verstehe. „The party is shaken — wellnigh rent asunder by the legitimate result of such contrariant and antagonistic opinions. The only earthly chance of ever reuniting and consolidating it again, will be forever to discard such miserable shifts and deceptions." ib. p. 1470.

Politikern die Möglichkeit biete, unter einer Maske die Ziele ihres geheimen Ehrgeizes zu verfolgen[1]).

Wie auch der Rest des Rezeptes, für sich betrachtet, zu beurtheilen sein mochte, die übelen Wirkungen der bisher genannten Bestandtheile konnte er jedenfalls nicht aufheben, da er einen ganz anderen Schaden betraf. California waren die beiden Territorien angehängt und an den Territorien hing wieder die Kontroverse mit Texas. Der Ausschuß rechtfertigte das damit, daß in Folge der Ansprüche von Texas die Grenzen von New Mexico nicht einseitig von dem Kongreß festgesetzt werden könnten. Wie dem auch sein mochte, die sarkastische Bemerkung Benton's wurde jedenfalls dadurch noch treffender, daß der Ausschuß das Zustandekommen eines Kompromisses nach der Weise gewisser Fuhrknechte erleichtere, die dem Gaul den Rücken belasteten, damit er den schweren Wagen leichter ziehen könne.

Die Frage, ob die Grenzansprüche von Texas begründet seien, erklärte der Ausschuß, habe er ganz auf sich beruhen lassen. Die Bill schlug Texas vor, der Festsetzung gewisser Grenzen seine Zustimmung zu geben und bot ihm — Millionen an zur Tilgung der Schulden, für die es einst seine Zölle verpfändet habe, mit der Befugniß den Rest nach seinem Gutdünken verwenden zu dürfen. Benton, der über die einschlägigen Verhältnisse besser unterrichtet war als irgend ein anderer Politiker der Vereinigten Staaten, behauptete, daß die vom Ausschuß vorgeschlagene Grenzlinie etwa 70,000 Quadratmeilen von dem abtrenne, was seit Jahrhunderten New Mexico gewesen sei und durch die Ueberweisung an Texas aus freiem Boden in Sklavereigebiet verwandele[2]). Clay selbst sagte am 15. Mai: „wir schlagen vor unseren Frieden mit Texas zu kaufen", und er hatte guten Grund hinzuzufügen, daß der Ausschuß ein „liberales" Angebot gemacht habe. Ob aber ein solcher Handel mit der Ehre der Vereinigten Staaten verein-

[1]) „Mr. President, the doctrine has been asserted on this floor that Congress has no power to legislate upon the subject of slavery within the Territories. I conceive that to be a great error — a most unfortunate error to the southern portion of the people of the United States. Its tendency is to relieve northern members of responsibility, to save their popularity, and to enable them to escape voting upon measures which would necessarily subject them, under the sectional excitements unfortunately prevailing, to severe animadversions and condemnation in different sections of our extensive country. I am not sure that this doctrine is not the invention of presidential aspirants, who wish to sail into port under the non-committal flag." ib. Append. p. 969.

[2]) Thirty Years' View, II. p. 756.

bar war, ob er Texas und New Mexico Recht und Billigkeit mit gleichem Gewichte zuwog, ob er im Interesse der Union und besonders der freien Staaten lag, das waren ganz andere Fragen. Es durfte diese wohl billig überraschen am 22. Juli aus dem Munde Clay's die Behauptung zu hören, daß sie „fast alles" erhielten „und der Süden nichts als seine Ehre." Es wäre doch auch gar zu sonderbar gewesen, wenn ein in dieser Weise zusammengesetzter Ausschuß mit solcher Parteilichkeit gegen den Süden gehandelt hätte. Yulee von Florida erklärte freilich, seine Konstituenten würden das ganze Projekt nicht nur als einen Spott, sondern als eine Beleidigung ansehen, aber deswegen konnten sich die freien Staaten doch nicht gut einreden, daß die zweite Bill, welche das Gesetz über die Auslieferung flüchtiger Sklaven verschärfte, ein ihnen gemachtes Zugeständniß sei. Nichts war ihnen geboten als der magere Brocken der dritten Bill, der den Sklavenhandel im Distrikt von Columbia verbot. Ein magerer Brocken, weil nicht etwa das Kaufen und Verkaufen von Sklaven im Distrikt verboten wurde, sondern nur die berufsmäßigen Sklavenhändler nicht mehr die Bundeshauptstadt als Markt und Depot sollten benutzen dürfen und weil die Bill nur ein altes Gesetz von Maryland wieder in Kraft setzte, das der Kongreß aufgehoben hatte.

Daß die Vorschläge des Ausschusses alle Rechtsfragen unentschieden lassen, dem Norden starke Zumuthungen stellen und den Süden doch nicht befriedigen würden, hatte man erwarten müssen, aber trotzdem mußten sie alle Parteien, ganz abgesehen von ihren Wünschen, überraschen und enttäuschen. Der Ausschuß hatte wirklich nur, wie Benton sagte, ein halbes Dutzend Bills, die dem Senat schon seit Monaten vorlagen, in ein Bündel zusammengepackt, nachdem er die meisten mehr oder weniger verschlechtert hatte. Seine ganze Weisheit hatte in dem Gedanken bestanden, daß ein Bündel sich gegen den Wind werfen lasse, während der einzelne Lappen verweht werde. Benton taufte die Vorlage in seinem grimmigen Humor die Omnibus Bill ab und unter diesem Namen ist sie in die Geschichte der Vereinigten Staaten eingetragen. Eine sonderbarere Reisegesellschaft ist in der That nie von einer legislativen Expeditionsgesellschaft befördert worden. Je länger sich Senat und Publikum das Gefährt ansahen, desto schwerer hielt es dem risum teneatis Achtung zu verschaffen. Zankten sich doch sogar die Conducteure je länger desto heftiger. Am ungeberdigsten aber thaten die Heißsporne des Südens. Hale erklärte das dahin, daß sie noch mehr zu erlangen hofften, weil sie aus der Haltung des Nordens ge-

ſchloſſen hätten, daß er unter dieſen Bedingungen den Frieden noch billig zu kaufen glaube[1]).

War der Norden wirklich ſchon in dem Grade „konſervativ" geworden, dann konnte dieſe Hoffnung ſich leicht erfüllen, wenn die Naſhville Konvention den Erwartungen entſprach, welche ihre Urheber an ſie geknüpft hatten.

Dieſes Schreckgeſpenſt, das dem Süden bei manchem ſchwachnervigen Patrioten des Nordens gute Dienſte geleiſtet hatte, war von Miſſiſſippi heraufbeſchworen worden. Der erſte Anſtoß wurde von einem am 7. Mai 1849 in Jackſon abgehaltenen Meeting gegeben, das die Counties aufforderte, Delegaten zu einer Staatskonvention zu erwählen, um die den Rechten und Intereſſen des Südens ſo bedrohliche Lage des Landes in Erwägung zu ziehen. Dieſe Staatskonvention erließ im Oktober eine „Adreſſe an die ſüdlichen Staaten"[2]), in der ſie die Abhaltung einer „Volkskonvention" (popular convention) am erſten Montag im Juni 1850 in Naſhville vorſchlug, um dahin zu wirken, daß der Beſtand der Union durch Einſtellung der Uebergriffe des Nordens geſichert werde. Falls die Konvention das nicht zu erreichen vermöge, wurde den Legislaturen empfohlen in ihren Staaten die Abhaltung formeller Konventionen zu veranlaſſen, in denen das Volk mit der ganzen Machtfülle ſeiner Souveränetät handle. Und als letztes Rettungsmittel wurde endlich eine Generalkonvention zur Bildung eines unabhängigen ſüdlichen Staatenbundes in Ausſicht genommen[3]).

---

[1]) „I will tell you what I think the secret of this opposition is. This bill has been proposed, and southern gentlemen have seen that the North have snapped at it so greedily that they are trying to get a little more.... I was asking the other day, in friendly and half jocose manner, a southern friend of mine 'what would you be satisfied with'. 'Now', says he, 'I'll be candid with you; if we can have California for slave territory, with all the rest of it, and then take Cuba, we would be satisfied for a little while, but not long.' Now I believe this man spoke more truth than joke when he said that; at all events there was a great deal of truth lurking in it. I admired the candor with which he told me that they would not be satisfied a great while even with that.... When you have drank the cup of conciliation and concession to the very dregs, they will not be satisfied long. Long! No, not at all. We have conceded, and conceded, and conceded, but concession only creates new demands." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 1035.

[2]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 578.

[3]) „Beside and beyond a popular convention of the Southern States, with the view and the hope of arresting the course of aggression, and, if not practicable, then to concentrate the South in will, understanding, and action,

In mehreren Staaten wurde beschlossen der Einladung Folge zu leisten, aber das Projekt war doch sehr weit davon entfernt allgemeine Zustimmung zu finden. Das Wilmington (N. C.) Chronicle sagte, nur ein Viertel der südlichen Blätter befürworte nachdrücklich seine Ausführung[1]). In ganz Georgia konnten nur 3,722 Leute aufgetrieben werden, die sich an der Wahl von Delegaten betheiligten. In Nashville selbst beschloß eine County Konvention am 6. Mai mit überwältigender Majorität keine Delegaten zu wählen[2]). In Virginia erklärten sich die größeren Städte gegen die Konvention[3]) und das eigene County von H. A. Wise, der zum Delegaten erwählt wurde, hatte sich nicht bei der Wahl betheiligt. Alabama schickte gemäßigte Männer und an einigen Orten wählte man überhaupt nur Delegaten, um die Pläne der Extremisten zu vereiteln.

Am 3. Juni trat die Konvention zusammen. W. L. Sharkey, ein angesehener Whig aus Mississippi und einer der Verfasser der „Adresse an die südlichen Staaten", wurde zum Präsidenten erwählt. Er betonte in seiner Eröffnungsrede, daß der Zweck der Konvention nicht die Sprengung, sondern die Erhaltung der Union sei. Die Majorität der Delegationen von Virginia, Alabama und Tennessee wünschten, daß man wirklich dieser Versicherung gemäß handele. Die Abgeordneten von South Carolina, Texas und Mississippi dagegen wollten, daß die Konvention sich ohne alle bemäntelnden Phrasen für eine Politik offenen

---

the convention of Mississippi suggested, as the possible ultimate resort, the call by the Legislatures of the assailed States, of still more solemn conventions — such as should be regularly elected by the people of those States — to deliberate, speak, and act, with all the sovereign power of the people. Should in the result, such conventions be called and meet, they may lead to a like regularly constituted convention of all the assailed States, to provide, in the last resort, for their separate welfare by the formation of a compact and a Union, that will afford protection to their liberties and rights."

[1]) „We receive 60 papers published in the Slaveholding States, extending from Maryland to Louisiana, and out of the 60 we cannot count up more than about 15, or one-fourth, which take decided ground for a Southern Convention. The rest are either strongly opposed to it, doubt as to its utility, or are silent on the subject."

[2]) The Independent, May 16, 1850, p. 83.

[3]) T. Haymond von Virginia erklärte am 21. Mai im Repräsentantenhause: „Sir, the effort to get up meetings to send delegates to the Nashville Convention, has been almost an entire failure in Virginia. . . . Richmond, Petersburg, Norfolk, and the great county of Albemarle . . . have repudiated it." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 599.

Widerstandes erkläre, wenn dem Süden nicht sein volles Recht werde. In den Resolutionen, die von John A. Campbell von Alabama, später Mitglied des Oberbundesgerichtes, verfaßt waren, kamen die Anschauungen der Gemäßigten zur Geltung. Sie machten dem Norden keine Komplimente und standen ganz auf der Höhe der Gesinnungstüchtigkeit gegenüber dem Wilmot-Proviso und allen sonstigen Ketzereien, aber sie nahmen doch Abstand davon dem Süden zum Widerstande zu rathen und sprachen die feste Zuversicht aus, daß der Kongreß den gerechten Beschwerden des Südens Abhilfe schaffen werde. Es wurde aber auch noch eine Adresse erlassen und in dieser führten die Radikalen das Wort[1]). Sie denunzirte die dem Kongreß vorliegenden Kompromißvorschläge, die Omnibus Bill mit ihren Anhängseln ausdrücklich einschließend. Der Antrag, diesen Passus zu streichen, wurde niedergestimmt. Das konnte nicht überraschen, da sie die Ueberzeugung aussprach daß, auch wenn der Norden in Zukunft Recht und Billigkeit walten ließe, die Verschiedenheit der Interessen beider Sektionen doch endlich zur Auflösung der Union führen werde.

Daß die radikaleren Elemente im Laufe der Verhandlungen mehr und mehr das Uebergewicht erlangt hatten, geht schon daraus hervor, daß die Delegation von Tennessee, die anfänglich für das Clay'sche Kompromiß gewesen war, sich schließlich auch für die Forderung der Fortführung der Missouri Linie entschied[2]), obgleich selbst Cass bereits an-

---

[1]) Webster nannte sie „a studied disunion argument." Works V. p. 429.

[2]) C. H. Williams von Tennessee sagte am 9. August im Repräsentantenhause: „The representatives of Tennessee, as I am credibly informed, having seen a letter from a member of the Convention, were in favor unanimously of the compromise bill of the Senate. Yet, before they adjourned, they were unanimously for the Missouri compromise line. How was this radical change and sudden revolution effected? Let plain facts attest. Some of the representatives from Tennessee were telegraphed by members in this Hall, and were informed that if the Convention would agree upon the Senate compromise bill then before the Senate, that there was every prospect that it would be passed by the Congress of the United States. The same representatives in the Convention were informed that if the Convention agreed upon the Missouri compromise line, that it could not and would not pass the Congress of the United States. With a full knowledge that its passage was hopeless, the Nashville convention, with great unanimity, agreed upon that line of adjustment, regardless of the fact that the Democratic party, no longer ago than last Congress, repudiated and denounced that line of adjustment as unconstitutional and unjust. Why this political somerset? The Hon. Rob. B. Rhett tells you in his Charleston speech. He says that in five days the Tennessee

13. März gesagt hatte, das einzige Resultat der bisherigen Arbeiten des Kongresses sei die Gewißheit, daß weder diese noch das Wilmot-Proviso durchgesetzt werden könne. Allein die ganze Geschichte der Konvention zeigte doch, daß der Süden nichts weniger als einmüthig zusammen stand, wenn es Entschließungen zu fassen galt, die zu Thaten führen und die Union wirklich in unmittelbare Gefahr bringen konnten. Sie erhöhte daher auch nicht den Schrecken in den freien Staaten, sondern wurde vielmehr als ein Beweis dafür angesehen, daß die Unionsretter des Nordens füglich mit ruhigerem Blut und festerem Sinn an's Werk hätten gehen können. Allein die Thatsache an sich, daß eine solche Konvention hatte abgehalten werden können, wurde auch weiter als ein Beweis dafür angesehen, daß man zu irgend einer Verständigung kommen müsse, wenn man nicht in gerader Linie und in raschem Tempo auf eine Katastrophe hintreiben wolle. Das Resultat der Konvention war daher, daß die Hoffnungen der Radikalen, dem Norden noch erheblich größere Zugeständnisse abzupressen, weniger Aussicht auf Erfüllung als vorher hatten, aber das Zustandekommen eines Kompromisses auf den Basen der Clay'schen Vorschläge wahrscheinlicher geworden war.

Die Reden der Senatoren und Repräsentanten waren allerdings noch immer ebenso lang und zum großen Theil nicht weniger heftig als vorher. Allein danach durfte die Lage nicht beurtheilt werden. Viel bezeichnender für dieselbe war es, daß die Unionsretter ihre wuchtigsten Streiche jetzt nicht gegen die Radikalen des Nordens und Südens, sondern gegen die Administration richteten. Clay behauptete geradezu, das Kompromiß würde längst geschlossen sein, wenn der Präsident nicht dagegen gewirkt hätte[1]). Wenn er das wirklich selbst glaubte, so lebte er

---

delegation wheeled into line. What line? The disunion line. How? By rejecting the Senate compromise bill and agreeing to the Missouri compromise line that they knew to be impracticable." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. Append. p. 1052. Die Adresse nannte die Einwilligung in die Fortführung der Missouri Linie „an extreme concession on the part of the South".

[1]) „I now say, sir, to the honorable gentleman from Tennessee (Bell), and in the face of the country, that what he said this moment is in my mouth, and in the mouth of every member of Congress, that, if the President had either come out in support of the plan of the Committee of Thirteen, or been silent — if war had not been made upon it by all the influences of power, the measure would have passed both Houses without the slightest difficulty. That is the universal opinion." 3. Juli. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 1093.

in eigenthümlichen Illusionen. So viel war jedoch richtig, daß Taylor, den die Democratic Review bezichtigte in seinem Lehnstuhle zu schlafen, von Anfang an sehr viel wacher gewesen war, als Texas, die Radikalen des Südens und die Unionsretter gewünscht hätten und daß er von der Omnibus Bill nichts wissen wollte.

In der letzten Nacht seiner Präsidentschaft hatte Polk, wie Thomas Ewing, Taylor's Sekretär des Inneren, erzählt, den Befehl nach New Mexico geschickt, das Gebiet Texas zu übergeben, sobald dieses es verlange[1]). Als Taylor davon in Kenntniß gesetzt wurde, ließ er den Befehl sofort widerrufen und den kommandirenden Offizier der Bundestruppen instruiren, das Gebiet nicht minder gegen die Texaner als gegen die Indianer zu vertheidigen, bis das Oberbundesgericht oder der Kongreß anders entschieden hätten. Einige hervorragende Politiker des Südens suchten ihn zu bewegen auf die Entscheidung Polk's zurückzukommen, wurden aber kurz abgewiesen. Als sie ihn fragten, was er denn thun würde, wenn die Texaner mit bewaffneter Macht in New Mexico einrückten, entgegnete er, daß er alle seine verfassungsmäßigen und gesetzlichen Machtmittel aufbieten werde, um sie wieder hinauszujagen. Toombs soll darauf bemerkt haben: „das Schlimmste ist, daß er es thun wird."

Texas ließ es nicht auf die Probe ankommen. Williams von Tennessee behauptete später, daß der Kongreß Texas eine höchst unangenehme Ueberraschung bereiten würde, wenn er ihm einstimmig New Mexico zusprächе[2]). Die Ansicht hatte sehr viel für sich, obgleich alle die Vertreter von Texas, in und außer dem Kongreß, den Mund bis zum Platzen voll nahmen über die heroische Entschlossenheit, mit der sie die unanfechtbaren Ansprüche ihres Staates auf das Gebiet bis zum Aeußersten vertheidigen würden und einige sich so weit verstiegen, von Krieg und Sezession auf eigene Faust zu fabuliren. Daß Texas lediglich eine Komödie spiele, konnte schon deswegen nicht gesagt werden, weil erwartet wurde, daß seine Nordgrenze auch die Grenze des Sklavereigebietes sein würde und darum fand es auch unter den Politikern der anderen Südstaaten manche Vertheidiger seiner Ansprüche, die es seinen eigenen Vertretern fast noch an Eifer zuworthaten[3]). Sonst

[1]) Wilson, Rise and Fall of the Slave Power in America, II. p. 279. Senator Rusk von Texas bestätigt es. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 1099.

[2]) ib. p. 1053.

[3]) „Take out the question of slavery, and of what consequence is it

war es ihm aber bei seiner ohnehin übermäßigen Größe vermuthlich nur darum zu thun, einen möglichst hohen Preis für den Verzicht auf seine Ansprüche zu erhalten, denen außerhalb seiner eigenen Grenzen kein Mensch das geringste Gewicht zuerkannt haben würde, wenn man nicht an den Klotz der falschen Vorwände in der Vergewaltigungspolitik gegen Mexico gekettet gewesen wäre. Da kam ihm denn die allgemeine Erregung, in der sich das Land befand, vortrefflich zu Statten und, so weit es ohne Gefahr geschehen konnte, that es darum, als ob es ihm voller Ernst mit seinen großen Worten sei.

Im Februar 1850 wurde der Major Neighbours als Agent nach New Mexico geschickt, um El Paso, Worth, Presidio und Santa Fé als texanische Counties zu organisiren. Da der kommandirende Offizier vom Kriegssekretär instruirt worden war sich nicht in diese Angelegenheit zu mengen, so konnte Neighbours in El Paso seinen Auftrag ausführen. In Santa Fé aber glückte es ihm nicht. Ein Meeting wurde berufen, um über Widerstandsmaßnahmen zu berathen. Die texanische Partei suchte die Versammlung zu stören und es drohte zu einem Zusammenstoß zu kommen. Da griff Major Munroe[1]) als Militär- und Zivil-Gouverneur ein und stellte die Ruhe wieder her. Die Partisanen von Texas schmiedeten daraus eine Anklage auf militärische Usurpation und unverantwortliche Verletzung der Souveränetätsrechte von Texas gegen den Präsidenten. Neighbours aber kehrte nach Texas zurück, da er sich überzeugt hatte, daß er ohne Anwendung von Gewalt nicht zum Ziel kommen könne.

Um sich gegen weitere Anschläge der Texaner sicher zu stellen, wünschten die Bewohner des Gebietes dem Beispiele von California zu folgen. Gemäß den früher erwähnten Instruktionen vom 19. November 1849 an McCall erließ daher Munroe am 23. April eine Proklamation[2]), die auf den 6. Mai Delegatenwahlen zu einer konstituirenden Konvention anordnete, deren Zusammentritt am 15. desselben Monats in Santa Fé erfolgen sollte. Die südlichen Radikalen und die Unionsretter denunzirten den Präsidenten wegen dieses Schrittes

---

where the boundary of Texas may be fixed? Does any man suppose that the money-loving men of the North would vote ten millions of dollars from a common treasury to buy a slip of soil from a slaveholding State, simply to give it to a slaveholding Territory?" Brown von Mississippi im Repräsentantenhause, 29. Aug. 1850. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 1704.

[1]) Der Name wird bald so und bald Monroe geschrieben.

[2]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., p. 1296.

mit einer Heftigkeit, die allen Rücksichten des Anstandes Hohn sprach[1]) und Texas geberdete sich, als ob es nun wirklich an's Schwert appelliren wolle. Gouverneur Bell forderte die Entfernung der Bundestruppen mit der Ankündigung, daß die texanischen Truppen sie im Weigerungsfalle zur Räumung zwingen würden[2]), und in einem Schreiben vom 14. Juni an den Präsidenten verlangte er Auskunft darüber, ob Munroe auf seinen Befehl hin gehandelt habe. Der Sieger von Buena Vista war nicht der Mann dazu, sich durch eine solche Sprache einschüchtern zu lassen. Foote erzählt, sich auf Webster berufend, daß nach dem Tode Taylor's auf seinem Tisch oder im Kriegsdepartement eine Ordre an Munroe gefunden worden sei, die Texaner sofort zurückzujagen, wenn sie eine Invasion wagten[3]). Der Präsident glaubte nicht etwa sich befugt darüber zu entscheiden wem New Mexico gehöre, aber er gestand auch nicht Texas das Recht zu Richter in seiner eigenen Sache zu sein. Die Vereinigten Staaten waren durch Eroberung, Kauf und Vertrag im Besitz des Gebietes und, so weit es von ihm abhing, sollten sie im Besitz bleiben, bis das Oberbundesgericht oder der Kongreß anders entschieden oder beschlossen hätten. So weit hatten seine persönlichen politischen Anschauungen und Wünsche nichts mit seinen Entschließungen zu thun; er fragte, was seine Pflicht als Präsident sei und er war entschlossen sie zu thun, wie auch immer diejenigen darüber zetern mochten, die das Erziehungsprinzip der alten Tanten, böse Kinder mit Kuchen zur Ruhe zu bringen, zum obersten Grundsatz der Bundespolitik machen wollten. Aber er hatte auch in der That, wie Webster sagte, in hohem Grade die Eigenschaft, die man entweder Festigkeit oder Starrköpfigkeit nennt, je nachdem der Mann im Recht oder im Unrecht ist. Und die Unionsretter hatten ihn schwer gereizt. Von Anfang an hatten sie gethan, als sei es ein Verbrechen, nicht mit beiden Händen nach der Omnibus Bill zu greifen, und Clay hatte am 21. Mai den Plan des Präsidenten nicht nur mit rücksichtslosester Schärfe, sondern in geradezu wegwerfendem Tone kritisirt. Die Whigs

[1]) So z. B. sagte Foote: „whoever be the man that has either planned, instigated, or sanctioned this vile scheme, is not a patriot, but an insidious traitor to the public weal, an enemy to his country, whose perfidy and ineffable profligacy I hope may ere long be branded with indelible infamy. Sir, this attempt to establish and organize a State Government in New Mexico at this time was obviously intended to aid in defeating our plan of adjustment, and retain the country in its present excited condition." ib. Append. p. 1098.

[2]) Giddings, Hist. of the Rebellion, p. 326.

[3]) Foote, War of the Rebellion, pp. 155, 156.

erfuhren aber wieder wie zu den Zeiten Tyler's, daß es sich schlecht bezahlt, den von der eigenen Partei gewählten Präsidenten mit Nichtachtung zu behandeln. Machte man dadurch wieder gut, daß man die Steuerpinne einem wohlmeinenden unfähigen Starrkopf — wenn Taylor wirklich nur das war[1]) — in die Hände gegeben hatte, daß man seinen Eigensinn herausforderte, statt mit ihm zu rechnen? Foote behauptete, die Mitglieder des Kabinets seien so weit gegangen, Sena-

[1]) Sein Bild wurde von den Gegnern in beiden Lagern je nach dem Bedürfniß des Augenblicks in sehr verschiedener Weise gezeichnet. Haymond sagte: „Sometimes we are told the President is weak and almost an imbecile; again it is intimated that he is a great manager, and that he so arranges his matters that he leaves no tracks behind him so that he can be followed, and that his manifold misdeeds cannot be demonstrated by any facts they can bring to light." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 600. Am empfindlichsten mußten Taylor die Versicherungen persönlicher Hochachtung sein, mit denen er auf Kosten seines Verstandes entschuldigt wurde. So z. B. sagte Sebdon, nachdem er eine runde Stunde sein Vorgehen in California in der maßlosesten Weise denunzirt hatte: „For General Taylor, as I have said, I have respect and kindness. I do not in fact hold him responsible for the action and policy developed in that message (vom 21. Jan. über California und New Mexico). He is, I believe, an honest, brave old soldier. His life has been passed in the field and the camp. His training has been to arms and command, not to deliberation and investigation in the chamber of council or the halls of legislation. It is no disparagement to his character or intellect to hold him not profound in national or constitutional law. He would be more than mortal man if he were. His Cabinet have been differently raised and exercised. They have been selected for their supposed maturity of wisdom and fullness of experience on such subjects. On them General Taylor would naturally rely, and by their counsels be guided in all such matters. In justice and in truth his Cabinet are responsible for the unconstitutional action, the usurpations and insidious tendencies of the policy disclosed by that message. Such responsibility before this House and the country I would fix upon them. The consequences of his action and the results of his policy were surely not appreciated by the President. I much fear me, his unsuspecting honesty has been practised on — his generous confidence abused." ib. p. 78. Es war um so kränkender für eine Gliederpuppe in den Händen des Kabinets erklärt zu werden, als unbeschadet aller wüthenden Denunziationen auch diesem gegenüber eine beleidigende Geringschätzung affektirt wurde. „We cannot conceive a more degrading position than that of a Cabinet which is only tolerated because its true character is unknown, or which is so perfectly insignificant as to make it a matter of indifference. Such seems the case with General Taylor's Cabinet of 'Moderate Federalists': moderate in talents — moderate in experience — moderate in every thing except turning men out of office, and paying interest on old claims." The Democratic Review, June 1850, p. 492.

toren zu drohen[1]). Ob das Thatſache oder eine Foote'ſche Uebertreibung war, weiß ich nicht. Gewiß aber iſt, daß Taylor entſchloſſener als je war, bei ſeinem Plan zu beharren[2]) und in Folge deſſen der Clay'ſche Omnibus ſich feſt fuhr. Es mußte zu einer Auseinanderſetzung zwiſchen dem Präſidenten und den ſüdlichen Whigs kommen. Am 1. Juli hielten dieſe ein geheimes Meeting und beſchloſſen es noch einmal mit Vorſtellungen zu verſuchen, ehe ſie den Bruch deklarirten. Conrad von Louiſiana, Marſhall von Kentucky und Toombs wurden beauftragt mit ihm zu verhandeln. Einzeln begaben ſie ſich zu ihm und kündigten ihm an, daß die ſüdlichen Whigs ſich von ihm losſagen müßten, wenn er nicht eine wohlwollendere Haltung gegen Texas einnehme und darauf verzichte, auch die ſofortige Aufnahme von New Mexico als Staat zu empfehlen. Er weigerte ſich rundweg, in irgend einem der Punkte auch nur im Geringſten nachzugeben und erklärte, daß er in die Nothwendigkeit verſetzt ſei, zwiſchen den beiden Flügeln der Whigs zu wählen und ſich nicht den 29 ſüdlichen zu Liebe von den 84 nördlichen trennen könne[3]).

Daß dieſer Beſcheid der Kriſis wiederum einen viel ernſteren Charakter gab, kann nicht geleugnet werden, wenn auch nach dem früher Geſagten die Anſicht von Hodgſon[4]) nicht als richtig anerkannt werden kann, daß er den Süden in die Rebellion hineinzwang. Was nun aber weiter geſchehen ſollte und würde, um das Schiff doch in den Kompromißhafen hineinzulootſen, war ſchwer zu ſagen. Da trat, völlig unerwartet, der Tod als Retter auf die Bühne.

---

[1]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append., p. 1093.

[2]) „General Taylor told me, in the last conversation I had with him, that he preferred that California should not come in at all, rather than that she should come in bringing the territories on her back. And if he had lived, it might have been doubtful whether any general settlement would have been made. He was a soldier, and had a little fancy, I am afraid, to see how easily any military movement by Texas could have been put down. His motto was, 'vi et armis!' He had a soldier's foresight, and saw quite clearly what would be the result if Texan militia should march into New Mexico, and there be met by troops of the regular army of the United States. But that he had a statesman's foresight, and foresaw what consequences might happen in the existing state of men's opinions and feelings, if blood should be shed in a contest between the United States and one of the Southern States, is more than I am ready to affirm." Mr. Webster to Mr. Haven, Sept. 12. 1850. Webst.'s Priv. Corresp. II. p. 387.

[3]) Claiborne, Life and Correspondence of J. A. Quitman, II. pp. 32, 33.

[4]) The Cradle of the Confederacy, p. 276.

Am 4. Juli hatte Taylor einer Festversammlung im Freien beigewohnt, bei der Foote die übliche Rede hielt. Die erstickende Sonnengluth warf den Präsidenten in ein heftiges Fieber, das bald einen bösartigen Charakter annahm. Am 9. Juli verschied er mit der Erklärung, daß er redlich seine Pflicht zu thun versucht und nichts bereue[1]).

Die Nachricht von dem Ableben Taylor's machte einen tiefen Eindruck im ganzen Lande. Man fühlte allgemein, daß es ein Ereigniß von großer Bedeutung sei, aber Niemand vermochte mit Gewißheit zu sagen, wie es auf den Gang der nationalen Politik einwirken werde. Zum zweiten Male, aber in unendlich viel ernsteren Zeiten, war das Weiße Haus unvermuthet und plötzlich in ein Trauerhaus verwandelt worden und wiederum wollte es das Geschick, daß der Vize-Präsident, der in dasselbe einzog, mehr einer augenblicklichen Laune als reiflichem Vorbedacht seine Erhebung zum zweiten Beamten der Republik zu danken hatte. Der eigentliche Kandidat der Philadelphia Konvention war Abbott Lawrence von Massachusetts gewesen, der dann aber fallen gelassen wurde als Strafe für die heftige Opposition einiger Delegaten des Staates gegen die Haltung der Nationalkonvention in der Sklavenfrage. Millard Fillmore, zu dem man dann griff, war nicht ein Mann von nationalem Ruf. Das allgemeine Publikum wußte wenig mehr von ihm, als daß er einige Zeit dem Repräsentantenhause angehört und einmal der erfolglose Gouverneurskandidat der Whigs von New York gewesen war. Wer die Politik näher verfolgt hatte, wußte sich zu erinnern, daß er sich an der Spitze des wichtigen Hausausschusses für Mittel und Wege als einen fleißigen und gewissenhaften Mann von klarem, gesundem Urtheil bewährt hatte und wenn man in seinem eigenen Staate und unter seinen persönlichen Bekannten Umfrage hielt, dann konnte man ihn als einen schlichten, ehrenhaften und patriotischen Mann rühmen hören, der gern die breite, sichere Mittelstraße einhalte. Die Konservativen hofften daher von Anfang an, daß, obwohl er früher das Wilmot-Proviso befürwortet hatte, der Wechsel in der Präsidentschaft ihnen zu Statten kommen

---

[1]) H. Mann charakterisirt ihn ebenso treffend wie kurz in den folgenden Worten: „He really is a most simple-minded old man. He has the least show or pretension about him of any man I ever saw; talks as artlessly as a child about affairs of State, and does not seem to pretend to a knowledge of any thing of which he is ignorant. He is a remarkable man in some respects; and it is remarkable that such a man should be President of the United States." Life of Horace Mann, p. 292.

werde[1]). Als er dann Webſter als Staatsſekretär an die Spitze ſeines Kabinets berief, war es gewiß, daß hinfort der ganze Einfluß der Adminiſtration für das Zuſtandekommen des Kompromiſſes aufgeboten werden würde.

Der Sturm war ſo heftig geweſen, daß die Wellen noch geraume Zeit hoch gingen. Allein trotzdem galt es im Grunde doch nur noch Detailfragen zu erledigen und Schwierigkeiten mehr formaler Natur zu überwinden. Den Clay'ſchen Omnibus ließ man im Sumpf ſtecken. Als die Bill am 31. Juli paſſirt wurde, war von ihrem urſprünglichen Inhalt nur das Territorium Utah noch geblieben. Das Haus brach in ein Gelächter aus, als ſie ihm in dieſer Geſtalt zugeſchickt wurde. Die Eitelkeit der Autoren war natürlich verwundet durch dieſes Geſchick ihres Schmerzenskindes, für das ſie faſt zwei Monate bis auf's Blut geſtritten hatten, und ſie thaten, als ob nun wieder alles in Frage geſtellt ſei. Clay hatte jedoch wenig Grund den Gekränkten zu ſpielen oder eine tragiſche Miene aufzuſetzen. Man ließ nicht den weſentlichen Inhalt ſeiner Vorſchläge fallen, ſondern beliebte nur eine andere ſachgemäßere Form und das that man, weil man denen, die nicht California als Schlepper für das ganze Kompromiß gebrauchen laſſen wollten, dieſes Zugeſtändniß machen mußte, aber auch machen konnte. Es genügte jetzt die Fragen in die richtige Reihenfolge zu bringen, um deſſen ſicher zu ſein, daß ſie alle im Sinne der Unionsretter ihre Löſung erhalten würden. Mit Recht wurde darum trotz der Verwerfung der Omnibus Bill Clay von den Mitlebenden der Ruhm zuerkannt, der

---

[1]) Webſter ſchreibt ſchon am 11. Juli ſeinem Freunde Haven; „One thing I feel sure of, and that is that they (die neuen Miniſter) will be sound men. The President is a sensible man, and a conservative Whig, and is not likely to be in favor of any 'isms', such as have votaries at the present day.

I believe Mr. Fillmore favors the Compromise, and there is no doubt that recent events have increased the probability of the passage of that measure."

Und am folgenden Tage: „My dear Sir, you see the spirit of good will which is manifesting itself here. This is the golden hour of opportunity, be assured. The opposition gentlemen are determined, all the conservative part of them at least, to give the administration fair play; and Mr. Fillmore is well-intentioned and discreet. He will meet with annoyances from the rather overbearing spirit of a certain quarter (offenbar Clay gemeint), but I hope he will stand stiff. If he is successful in forming his administration, I verily believe a prospect is before us for a better state of things than we have enjoyed for twenty years." Webst.'s Priv. Corresp. II. pp. 376, 377.

wesentlichste Urheber des Kompromisses von 1850 zu sein, und mit Recht weist darum auch die Geschichte an erster Stelle ihm die Verantwortlichkeit für dasselbe zu.

Das letzte Stadium der Kompromißverhandlungen wurde durch eine Botschaft des Präsidenten vom 6. August über die Texas-Frage eingeleitet[1]). Der Präsident theilte dem Kongreß den Brief von Gouverneur Bell an Taylor vom 14. Juni und die vom 5. August datirte Antwort Webster's[2]) mit und wies darauf hin, daß der Gouverneur die Legislatur berufen habe, um, so viel man wisse, zur gewaltsamen Besitzergreifung von New Mexico zu schreiten. In einem längeren Raisonnement wies er dann nach, daß der von Taylor eingenommene Standpunkt der einzig zulässige sei, d. h. daß der Präsident gar keine Wahl habe, sondern der Gewalt mit Gewalt begegnen müsse, da er New Mexico nur als Territorium der Vereinigten Staaten ansehen könne und die Gesetze vollstrecken müsse. Darauf folgte eine dringliche Ermahnung sich ohne Verzug freundschaftlich mit Texas zu verständigen und eine Empfehlung, ihm eine angemessene Entschädigung anzubieten.

Der Senat kam unverweilt dieser Aufforderung nach. Am 9. August passirte er mit 30 gegen 20 Stimmen die Texas Bill[3]), die in der Omnibus Bill gezogene Grenzlinie ein wenig modifizirend, aber weder Texas noch dem Süden[4]) zum Schaden, und die Entschädigungssumme auf zehn Millionen Dollars festsetzend. Mit der Texas Bill wurde später die Bill verkoppelt[5]), welche New Mexico als Territorium organisirte; die konstituirende Konvention in New Mexico hatte mithin vergeblich getagt. Hinsichtlich der Sklaverei enthielt die Bill zwei Bestimmungen: das Territorium sollte seiner Zeit mit oder ohne Sklaverei, wie es seine Verfassung bestimmen würde, als Staat aufgenommen werden

---

[1]) Statesm.'s Man., III. pp. 1894—1899.

[2]) Webster's Works, VI. pp. 479—487.

[3]) Stat. at L., IX. pp. 446—452.

[4]) Texas reichte jetzt im Norden nur bis an die Missouri Linie, die fünfte Sektion der Bill aber setzte fest, daß dieses Gesetz nichts an den Bestimmungen der Annexionsresolutionen ändern solle, „either as regards the number of States that may hereafter be formed out of the State of Texas, or otherwise." Der Süden hatte also die Aussicht im Laufe der Zeit einen Sklavenstaat mehr aus Texas schneiden zu können als nach den Bestimmungen der Annexionsresolutionen, wie dieselben fast allgemein verstanden worden waren.

[5]) Am 15. Aug. wurde sie vom Senat mit 27 gegen 10 Stimmen passirt, nachdem am 14. der Antrag von Chase, die Sklaverei ausdrücklich zu verbieten, mit 25 gegen 20 Stimmen verworfen worden war.

und in allen Rechtsstreitigkeiten, in denen es sich um Sklaveneigenthum handelte (involving title to slaves), sollte ohne Rücksicht auf den Werth des streitigen Objektes die Appellation an das Oberbundesgericht gestattet sein. Der Kongreß schob also die Entscheidung mit ihrer furchtbaren Verantwortlichkeit dem Oberbundesgericht zu. Allerdings war die Impotenzerklärung in die Formel gekleidet, daß es dem Oberbundesgericht zustehe zu entscheiden, was die Konstitution bestimme. Allein die Maske war so durchsichtig, daß sie nur Augen täuschen konnte, die nicht sehen wollten. Die Konstitution sagte nichts über die Sklaverei in den Territorien und der Kongreß — und er ganz allein — hatte das Recht und die Pflicht ihrer gesetzgeberischen Interpretation. Das Amt des Richters ist lediglich, konkrete Rechtsfälle nach den Gesetzen zu entscheiden und er muß daher die Anwendung von Gesetzen verweigern, die wegen ihrer Verfassungswidrigkeit keine Gesetzeskraft haben, d. h. nur der Form, aber nicht dem Inhalte nach Gesetze sind. Aber dem Richter darf und kann nie das Recht verliehen oder die Pflicht auferlegt werden zu bestimmen, was Gesetz sein soll, und das war es, was die Bill in indirekter Form that.

Mit der Passirung der Texas Bill im Senat war das Eis gebrochen. In welcher Richtung der rettende Kompromißquell sich jetzt anschickte weiter zu fließen und was für Wasser er führte, mag der alte Freiheitskämpfer Giddings uns sagen, der noch im Beginn der Session so hoffnungsfreudig gewesen war. „Die Botschaft beginnt mit General Taylor's Politik und endigt mit der des Staatssekretärs. Sie beginnt kühn und endigt in politischer Verzagtheit. Sie fängt damit an unsere nationalen Rechte zu wahren und schließt mit dem Rath sie zu überliefern. Sie beginnt damit Texas anzukündigen, daß es sich der verfassungsmäßigen Autorität unterwerfen muß und endigt mit dem Anerbieten es reichlich zu bezahlen, wenn es nur der Konstitution gehorchen will.

„Die Botschaft hatte offenbar den Zweck, die Passirung der Bills zu erleichtern, von denen ich gesprochen habe. Ja das Organ des Präsidenten (der National Intelligencer), vielleicht die älteste Whig-Zeitung des Landes, die mit großer Würde und mit Anstand redigirt wird, veröffentlicht diesen Morgen ein Programm der künftigen Aktion dieses Hauses. Es setzt nicht nur die Passirung dieser verwerflichen Bills voraus, weil sie mit den Empfehlungen des Präsidenten übereinstimmen, sondern kündigt ihre Annahme in der Reihenfolge an, in der sie uns vom Senat zugeschickt werden .... Mir ist auch diesen Morgen gesagt worden, daß die ganze Sache vor der Verwerfung der

Omnibus Bill arrangirt worden ist; daß die leitenden Männer am anderen Ende des Kapitols die ganze Sache abgekartet haben, und daß die Bills unter der Schraube der Vorfrage durchgedrückt werden sollen, ohne verwiesen oder diskutirt zu werden, und daß dieses durch die Stimmen von Whigs fertig gebracht werden soll . . . Ich weiß, daß Ihr südlichen Männer fast jede Nacht Euren Caucus haltet, Eure Maßnahmen vereinbart, Eure Kräfte vereinigt, um den Norden Euren Ansichten zu unterwerfen"[1]).

Am 12. August passirte der Senat mit 34 gegen 18 Stimmen die California Bill. Am 14. August überreichte Hunter von Virginia dem Senat einen vom vorigen Tag datirten und von ihm und neun anderen südlichen Senatoren unterzeichneten „Protest" mit dem Ersuchen, daß derselbe in das Journal eingetragen werde. Der Senat weigerte sich dem Wunsch Folge zu geben. Im Journal des Senates stand der Protest also nicht, aber in den Geschichtstafeln des Landes war nichts desto weniger die Thatsache einregistrirt, daß zehn Senatoren einen feierlichen Protest gegen das Kompromiß eingereicht hatten, das die Sklavenfrage für immer begraben sollte, — daß der Protest durch die Behauptung motivirt war, das Kompromiß beraube den Süden seines verfassungsmäßigen gleichen Anrechtes auf das Territorialgebiet, — und endlich daß der Protest mit der Erklärung schloß, daß die Sklavenstaaten nicht in der Union bleiben würden, wenn ihnen nicht ihre verfassungsmäßige Gleichberechtigung zugestanden werde. — War das nur eine von den Dissonanzen, deren sich die Musiker so zu sagen als Folie für die nachfolgenden Harmonien bedienen?

Am 24. August beschloß der Senat mit 27 gegen 12 Stimmen die Engrossirung der Bill über die Auslieferung flüchtiger Sklaven[2]), die ich hinfort der Kürze wegen nach dem Vorgange Kapp's das Sklavenjagdgesetz (Fugitive Slave Law) nennen werde. Nur zwei nordstaatliche Senatoren, Sturgeon von Pennsylvania und Jones von Iowa, hatten mit der südlichen Majorität gestimmt und die Namen von 15 nordstaatlichen Senatoren fehlen in der Abstimmungsliste. Schon aus dieser Thatsache läßt sich ein Schluß auf den Charakter der Bill ziehen.

---

[1]) 12. Aug. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 1562. In der Separatausgabe von Giddings' Reden ist die Rede fälschlich vom 13. Aug. datirt und nach der bekannten Unart amerikanischer Politiker sind allerlei kleine Aenderungen vorgenommen.

[2]) Dieses ist als das entscheidende Votum anzusehen. Ueber die letzte Abstimmung sagt der Congressional Globe nichts Näheres.

Verworfen werden durfte sie nicht, denn damit wäre das ganze Kompromiß zu Boden gefallen, aber sie war ein solcher Greuel in den Augen des Volkes der freien Staaten, daß nur zwei Senatoren den traurigen Muth hatten, für sie zu stimmen.

Die Bill[1]) begann damit, von den Circuit Courts der Vereinigten Staaten und den Superior Courts der Territorien ernannte Kommissare[2]), deren Zahl nach Bedürfniß vermehrt werden durfte, mit der Vollstreckung des Gesetzes zu beauftragen. Gleich den Richtern der Circuit und District Courts sollten sie über Klagen auf Auslieferung flüchtiger Sklaven erkennen dürfen, eine Bestimmung, deren Verfassungsmäßigkeit vielfach angefochten wurde, weil die Konstitution nicht dem Kongreß das Recht gebe, richterliche Befugnisse Beamten zu übertragen, die keine Richter seien. Der „zureichende Beweis", der verlangt wurde, um den Angeklagten dem vorgeblichen Eigenthümer oder seinem Agenten als Sklaven zu überliefern, war die auf Grund zweier Zeugenaussagen amtlich konstatirte Flucht eines Sklaven und eine eidliche Erklärung über die Identität der Person[3]). Das Verfahren sollte „summarisch"

[1]) Stat. at L., IX. pp. 462—465.

[2]) Mason hatte zuerst beantragt, daß alle Postmeister ex officio Büttel der Sklavenjäger sein sollten. Auf den ersten Blick erscheint der Gedanke absurd, aber Mason hatte seine guten Gründe für den Vorschlag. „It has been said to me by gentlemen in conversation, that we ought not to impose this duty upon postmasters; that many of them are men not sufficiently conversant with the forms of business, with judicial forms, to execute such a law. I admit it; but there is no remedy. If the law is to be effectual, you must provide officers to execute it at almost every cross-road, in all the counties of the offending States. If the law can be executed, it must be done by officers of the Federal Government, and we are obliged to take those already existing, unless you would create a new batch, and pay them adequate salaries, to be located at every point, in every county of the non-slaveholding States." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 236.

[3]) Die eidliche Erklärung zur Feststellung der Identität — „a general description of the person so escaping, with such convenient certainty as may be" — brauchte jedoch nur vor dem Richter abgegeben zu werden, vor dem die Thatsache der Flucht eines Sklaven konstatirt wurde. „A transcript of such record" soll ein hinlänglicher Beweis dafür sein, daß die darin beschriebene Person ein Sklave ist, „and upon the production by the said party of other and further evidence if necessary, either oral or by affidavit, in addition to what is contained in the said record of the identity of the person escaping, he or she shall be delivered up to the claimant. . . . Provided, That nothing herein contained shall be construed as requiring the production of a transcript of such record as evidence as aforesaid. But in its absence the claim shall be heard and determined upon other satisfactory proofs, competent in law."

sein und das Zeugniß des Angeklagten durfte nicht admittirt werden. „Allen guten Bürgern" war „befohlen", wenn sie dazu aufgefordert würden, „die prompte und wirksame Ausführung dieses Gesetzes zu fördern und unterstützen." Entflieht der angebliche Sklave dem Marschall oder seinem Gehülfen, so ist der Marschall für den vollen Werth desselben dem Eigenthümer verantwortlich. Wer wissentlich einen flüchtigen Sklaven beherbergt oder verbirgt, um seine Verhaftung zu verhindern, soll bis zu $ 1000 gebüßt und bis zu sechs Monaten eingekerkert werden und außerdem, wenn der Sklave entkommt, dem Eigenthümer $ 1000 zahlen. Befürchtet der Eigenthümer die gewaltsame Befreiung des ihm zugesprochenen Sklaven, so darf der Beamte, in dessen Händen sich derselbe befindet, auf Kosten der Vereinigten Staaten die ihm nöthig erscheinende Zahl von Leuten in Dienst nehmen und nach seinem Gutbefinden in Dienst behalten, um die Befreiung zu verhindern. Und endlich, als würdige Krönung des Ganzen: ist der angebliche Flüchtling als Sklave ausgehändigt, so erhält der Kommissar zehn Dollars, wird aber die Reklamation als nicht genügend begründet zurückgewiesen, so bekommt er nur die Hälfte.

Daß die Bill verfassungsmäßig war, unterliegt meiner Ansicht nach keinem Zweifel. Das oben erwähnte Bedenken erscheint hinfällig, da es erstens mindestens diskutirbar war, ob es sich hier überhaupt um die Ausübung richterlicher Funktionen handelte, und zweitens, wenn diese Frage bejahend beantwortet wurde, gesagt werden konnte, daß die Kommissare Spezialrichter unter einem anderen Namen seien. Eine Aburtheilung durch Geschworene war aber bei dem peremptorischen Charakter der Auslieferungsklausel sicher nicht unbedingt erforderlich und zwar um so weniger, als die Aushändigung nicht als eine richterliche Entscheidung über den Rechtsstatus des Reklamirten anzusehen war. Diese blieb den Tribunalen des Staates oder Territoriums überlassen, aus dem er geflohen sein sollte. Clay hatte darum auch Garantien dafür gefordert, daß er dort vor ein Geschworengericht gestellt werde und das Sklavenjagdgesetz war mithin eine wesentliche Verschlechterung der Omnibus Bill[1]).

Wenn das Gesetz aber auch verfassungsmäßig war, so war es doch nichts desto weniger im höchsten Grade verwerflich. Vom Standpunkte

[1]) R. Conkling sagte 1863: „We had . . . adopted a fugitive slave law, which I heard Douglas tell Mason he (Mason) drew, and made as stringent as he could, and Mason admitted it." The Sumter Anniversary. The Loyal National League, in mass meeting on Union Square, New York, p. 93.

der Humanität, der Billigkeit und der Moral bedarf es keiner näheren Beleuchtung; es genügt seine Bestimmungen einmal aufmerksam durchzulesen, um sich mit Schaudern und Entrüstung davon abzuwenden. Daß die demokratische Republik in solcher Weise Partei zu nehmen vermochte für den Sklavenjäger und gegen sein Opfer und daß es der Gewissenlosigkeit, Rachsucht und Habgier so gräßlich leicht gemacht wurde, freie Männer und Frauen in Sklaven zu verwandeln, wird für immer ein tiefer Flecken in der Geschichte der Vereinigten Staaten bleiben.

Wen die Götter verderben wollen, dem verwirren sie den Geist. Das alte Wort hat hier an der Slavokratie eine glänzende Bestätigung erhalten. Das Sklavenjagdgesetz war ein tödtlicher Streich, den sie sich mit den eigenen Händen versetzte und diese politische Seite der Frage war von unendlich viel größerer Bedeutung als die verfassungsrechtlichen Tifteleien.

Daß der Süden triftige Gründe hatte, sich zu beklagen, ist unbestreitbar. Was geschickte Dialektik und dreiste Sophismen hinsichtlich der einzelnen Gesetze der freien Staaten zu leisten vermochten, über die er sich beschwerte, braucht hier nicht untersucht zu werden. Die Verfassung hatte unleugbar beabsichtigt, nicht nur den Sklavenhaltern überhaupt das Recht der Reklamation ihrer geflüchteten Sklaven zu geben, sondern auch ihnen die Wiedererlangung derselben so leicht zu machen, als es ohne Verletzung oder Gefährdung der Rechte Dritter geschehen konnte. Die sogenannten Liberty Laws aber hatten alle den Zweck, ihnen Schwierigkeiten in den Weg zu legen[1]). Wie sie auch immer vom ethischen Standpunkte aus zu beurtheilen sein mochten, der Vorwurf der mala fides war daher begründet, selbst wenn die formale

[1]) Die nachstehenden Ausführungen Butler's entsprechen vollkommen den Thatsachen. „The legislation of these States has been of a different character, with but one aim. That which took place previous to the judgment of the Supreme Court, in the case of Prigg vs. Pennsylvania . . . was with a view to counteract the legislation of Congress, and, in its operation, to defeat the Constitution. That which has taken place since that decision has been skillfully framed to evade the force and effect of the judgment. Its whole character has been that of an adversary, framing its legislation with skillful hostility to the rights, the constitutional rights, of the slaveholding States of this Confederacy. The result has been that there stands the Constitution, a dead letter, and here lives the State legislation that destroyed it. The Constitution has been stationary, whilst laws have been aggressively progressive." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 79. In dieser Rede findet sich auch eine kurze Uebersicht der betreffenden Gesetze der einzelnen Staaten.

Rechtfertigung aller Einzelbestimmungen möglich war. Und diese mala fides kostete den Grenzstaaten jährlich eine recht beträchtliche Summe. Butler von South Carolina berechnete den jährlichen Verlust des Südens durch die Flucht von Sklaven auf $ 200,000[1]). Unstreitig war die Schätzung viel zu hoch, obwohl der Verkehr auf der „unterirdischen Eisenbahn", schon ein recht lebhafter war[2]). Allein auch wenn der materielle Schaden und die Berechtigung des Südens zu klagen noch viel größer gewesen wären, was wollte das gegenüber den unvermeidlichen Konsequenzen dieses Gesetzes sagen? Webster hatte darauf hingewiesen, daß die Neu England Staaten am bittersten über die Verpflichtung klagten, flüchtige Sklaven ausliefern zu müssen, obwohl in langen Jahren auch nicht ein Fall vorgekommen sei, in dem sie genöthigt gewesen wären, es zu thun. Und auf der anderen Seite machte im Repräsentantenhause Bissell von Illinois darauf aufmerksam, daß diejenigen Sklavenstaaten, aus denen nie ein Sklave entfliehen könne, wie Mississippi und Alabama, sich am heftigsten darüber beschwerten, daß der Norden in dieser Hinsicht nicht seinen Verpflichtungen nachkäme. Niemand aber war albern genug, die Neu England Staaten oder

[1]) l. c. Clingman wußte noch ganz andere Ziffern herauszurechnen. „The extent of the loss to the South may be understood from the fact, that the number of runaway slaves now in the North is stated as being thirty thousand — worth, at present prices, little short of fifteen millions of dollars. . . . It was stated in the newspapers the other day, that a few counties in Maryland, had, by the efforts of the abolitionists within six months, upon computation, lost one hundred thousand dollars worth of slaves. A gentleman of the highest standing, from Delaware, assured me the other day that that little State lost, each year, at least that value of such property in the same way." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., p. 202.

[2]) Die „Bahn" mündete natürlich in Canada aus, weil erst dort die Flüchtlinge vollkommen sicher vor den Häschern waren. Die Namen der „Stationen" und ihrer Vorsteher waren nur den Betheiligten bekannt, aber der Sklave, der einem Hafen oder der Grenze eines Freistaates nahe genug war um die Möglichkeit zur Flucht zu haben und den Muth zum Wagniß hatte, konnte die Adressen stets erfahren. Auf die Opferfreudigkeit und Verschlagenheit der Agenten durfte er unbedingt zählen. Die Flüchtlinge wie ihre Helfershelfer haben oft eine Erfindungsgabe und eine Kühnheit gezeigt, die an das Märchenhafte streifen. Die Zeit wird noch kommen, da auch im Süden die gebührende Anerkennung der rührenden Selbstlosigkeit, schlichten Hochherzigkeit und glühenden Freiheitsliebe dieser Gesetzesbrecher aus Prinzip gezollt werden wird, die zum großen Theil Leute ohne Namen, ohne Geld und ohne höhere Bildung waren. — Wer sich für dieses Kapitel der Geschichte der Sklaverei näher interessirt, sei auf die Reminiscenses of Levi Coffin und W. Still, The Underground Railroad verwiesen.

Mississippi und Alabama anzuklagen, daß ihre Erbitterung das lügnerische Spiel demagogischer Agitation sei. Die beiden Thatsachen waren ein drastischer Beweis dafür, mit welch' furchtbarer Gereiztheit die extremen Flügel beider Parteien bereits die ethische Seite der Frage betrachteten. „Gefühl, Gefühl, nur Gefühl!" hatte der große Kompromißmacher gerufen. Und wenn es sich wirklich nicht nur im Norden, sondern auch im Süden lediglich um Gefühle gehandelt hätte, so wären doch die Tage der Union gezählt gewesen, denn Gefühle sind gewaltige staatenumstürzende Kräfte, wenn sie in mannhaften Völkern eine solche Intensität erlangt haben. Für den Süden aber folgerte daraus, wenn es ihm wirklich in erster Linie darum zu thun war, seinen materiellen Verlust möglichst gering zu machen, daß er, wie Seward sagte[1]), das Auslieferungsgesetz nicht verschärfen, sondern mildern mußte. Horace Mann schrieb an dem Tage, da das Haus die Bill passirte, an Downer: „Wenn das nicht die Freunde der Freiheit aufjagt, so sind sie für ein halbes Jahrhundert todt[2])." Er brauchte sich nicht zu sorgen. Der Independent hatte schon am 21. März mit gutem Fug geschrieben, daß alle Sklavenjagdgesetze todte Buchstaben bleiben würden[3]). Ja,

[1]) Works I. p. 67.

[2]) Life of Horace Mann, p. 329.

[3]) „Mr. Calhoun, who is seldom at fault in his facts and judgments, though in his principles he is crazy enough, declared the truth, that no enactments would be of any use if the people of the North were indisposed to arrest fugitive slaves. The people are opposed to slave catching on free soil! No enactments will be of any use! Ten thousand pulpits are every week pouring light upon the public mind. Every religious paper (save a few whose subscribers are in the valley of vision, a great army of dry bones,) is standing for the right. Some few there be that dare not speak for the oppressed; but they are equally too cowardly to speak against the public sentiment of humanity which lives in the North. And Daniel Webster might as well pour oil on Niagara to calm it, as honeyed words on the true conscience and out-bursting humanity of northern freemen and Christians, to quiet them." Und andere Südstaatler sahen in diesem Punkt gerade so klar wie Calhoun. Butler sagte: „The Federal Legislature, within its constitutional competency, has too limited means to carry out the article of the Constitution to which this bill applies; and, sir, I know this much, that the cardinal articles of the Constitution are not to be preserved by statutory enactments upon parchment. They must live and be preserved in the willing minds and good faith of those who incurred the obligation to maintain them." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 79. Und Mason selbst, der Haupturheber des Gesetzes, bekannte: „I fear, therefore, seriously fear, that, pass what law we may, such law will be found inoperative; for no law can be carried into

was die Auslieferung der Sklaven anlangte, ſonſt aber wahrlich nicht. Dieſes Geſetz war ſo ſcheußlich, daß es den Freiheitsfreunden einen Schrei der Entrüſtung und Wuth entlockte, der ſo gell in das Gewiſſen des Nordens hineinſchallte, wie einſt die erſten Kampfesrufe der Abolitioniſten. Die Konſervativen und die Politiker mochten ſich noch ſo krampfhaft an den Nothanker des Kompromiſſes von 1850 klammern, jeder Verſuch, das Sklavenjagdgeſetz zu vollſtrecken, mehrte die Zahl ſeiner Gegner, und je rückſichtsloſer die Verſuche waren, deſto wirkſamere Propaganda machten ſie für diejenigen, die ihm aus dem innerſten Grunde des Herzens fluchten. Keine andere einzelne Maßnahme hat ſo viel wie das Sklavenjagdgeſetz dazu gethan, den Norden von der Nothwendigkeit zu überzeugen, die Macht der Sklavokratie zu brechen, und ſeinem Volk die Nerven und die Herzen zum letzten Kampf zu ſtählen. Gewiß waren ſie Geſetzesbrecher, die ſich der Vollſtreckung des Sklavenjagdgeſetzes widerſetzten, aber wenn die Geſetzgeber es wagen, einem großen, hochſinnigen und tiefreligiöſen Volk ein Geſetz aufzuzwingen, das ſeine heiligſten Gefühle und Ueberzeugungen in den Staub tritt, dann wird es ſchließlich immer mit zermalmenden Schritten über das Geſetz und über dieſe Geſetzgeber hinwegſchreiten.

Das große Werk war jetzt gethan. Nur noch die Bill über den Sklavenhandel im Diſtrikt von Columbia war zu paſſiren und damit wartete der Senat, bis die anderen Bills vom Hauſe angenommen worden waren. Der Ankündigung des National Intelligencer gemäß wurde dort der Anfang mit der Texas Bill gemacht. Wurde dieſe paſſirt, ſo durfte das ganze Kompromiß als geſichert angeſehen werden, nicht weil die Texas Frage an ſich die größten Schwierigkeiten darbot, ſondern weil nach dem Programm der Unionsretter alle die Bills eine feſte Kette bildeten, aus der kein Glied herausgebrochen werden durfte; mit einer fielen alle und jede zog alle die anderen nach ſich, aber nach der ganzen Idee des Kompromiſſes mußte ſelbſtverſtändlich mit einer

effect, unless it is sustained and supported by the loyalty of the people to whom it is directed." Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 233. Wozu aber dann das Geſetz, wenn man nicht einen neuen Keil in die brüchige Union treiben wollte? Maſon erklärte: „I trust, sir, that it may have some effect, if not in enforcing this law of the Constitution, at least in informing the citizens of the non-slaveholding States what their duties are under this Confederacy." ib. p. 236. Selbſt wenn das fiat justitia, pereat mundus der oberſte Grundſatz der Politik ſein dürfte, hätte ſich dieſer Standpunkt doch nicht rechtfertigen laſſen, weil in dieſem Falle das summum jus von dem ſittlichen Bewußtſein der Zeit als eine summa injuria verurtheilt wurde.

Bill begonnen werden, die dem Süden genehm war. Die Texas Bill aber eignete sich am besten dazu, die Reihen der nördlichen Opposition zu erschüttern und zu durchbrechen, weil sie einen klingenden Lohn für die patriotische That der Unionsrettung bot.

Der ideale Schwung, der 1848 durch ganz Europa ging, hatte in den Vereinigten Staaten eine sympathische Disposition der Geister gefunden. Wie dort nach kurzer Zeit die Reaktion das Uebergewicht erlangte, so setzte aber auch hier bald eine starke Gegenströmung ein. Man raisonnirte freilich gewaltig über die europäischen Tyrannen, hieß die Flüchtlinge herzlich willkommen und feierte namentlich die ungarischen Freiheitskämpfer in einer Weise, die zuweilen bis hart an die Grenze des Lächerlichen und Unwürdigen ging, aber immer weiterer Kreise des Volkes bemächtigte sich ein materialistischer Geist, der hinsichtlich der ideellen Interessen bereitwillig zwei mal zwei drei sein ließ, wenn er hinsichtlich der materiellen Interessen aus zwei mal zwei fünf machen konnte. Zum großen Theil war das auf die Goldentdeckungen in California zurückzuführen. Handel und Wandel erhielten einen scharfen ungesunden Impuls und die Sucht, rasch und mühelos reich zu werden, wurde epidemisch. Die politischen Wirren, die allerwärts störend auf die Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse einwirkten, trafen daher auf eine besonders reizbare Stimmung. Darum sahen wir die kaufmännischen und industriellen Kreise, die in den Vereinigten Staaten stets zu den wärmsten und opferfreudigsten Pflegern und Förderern der ideellen Interessen gehört haben, gleich mit so schreckhaftem Kleinmuth auf das Geschrei reagiren, daß die Union in Gefahr sei. Und darum fanden die Politiker bei ihnen vielfach so williges Gehör, die ihnen jetzt zuzuflüstern begannen, daß dieses eine so vortreffliche Gelegenheit sei, für die politischen „Abstraktionen" von dem Süden reale Vortheile zu erhandeln, die sonst vielleicht in vielen Jahren nicht zu erlangen sein würden. Namentlich Webster ließ es sich angelegen sein, die Neu Engländ Staaten und Pennsylvania mit der Aussicht zu locken, daß sich jetzt ein schutzzöllnerischer Tarif durchdrücken lassen werde[1]), und Boston

[1]) Horace Mann schreibt den 17. Sept.: „There is a great rush here (in Washington) of the Tariff party. Mr. Webster has held out the idea all summer, that, if we would surrender liberty, the South would withhold their opposition to a tariff. This is the idea that has worked such a wonderful change in Boston and in those parts of the State connected by business with it; and almost all parts are so connected. It is the pecuniary sensorium, and the nerves reach to all the extremities. . . . This idea, there-

war es denn auch, das zuerst und in förmlicher Weise kapitulirte. Webster hatte lange bitter darüber geklagt, daß er gar keine Unterstützung von den Vertretern von Massachusetts erfahre[1]), und jetzt jubelte er auf, weil Boston einen Kompromiß-Repräsentanten gewählt hatte[2]); seine Freude riß ihn zu der Uebertreibung hin, daß erst dadurch die Rettung der Union vollbracht worden sei[3]).

Die Tarifhoffnungen erwiesen sich als völlig illusorisch. Die Texas Bill dagegen war ein wirklicher Goldtopf und wenn auch vielleicht nicht so viele Kongreßmitglieder ihre Hände in demselben haben mochten, als die Gegner des Kompromisses behaupteten, so unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß dieser Eigenschaft der Bill zum großen Theil die schließ-

---

fore, that money is to be made by a settlement of the difficulties in favor of slavery, has been the corrupting idea of the year, and it has worked its way, with prodigious efficacy. Several attempts have been made to get a tariff measure through; but, as yet, all have failed. I suppose this to be the reason why there is such a flocking here now from Lowell and Boston." Und am 24. Sept.: „There has just been another desperate attempt to get a tariff. . . . We are surrounded by lobby members from Pennsylvania and New England. The men who have been ready to barter away liberty and blood and souls for profit have failed again miserably. Mr. Webster's promise made at the Revere House, that, if the North would go for conciliation (that is, the surrender of liberty), they could then have 'beneficial legislation' (that is, a tariff), has not been fulfilled." The Life of Horace Mann, pp. 331, 335.

[1]) Noch den 7. Aug. schreibt er: „All must see that it cannot but be disagreeable to me to struggle day after day, and waste my health, in the Senate or in the Department, to bring about a settlement of national difficulties, and yet have no Massachusetts following." Priv. Corresp., II. p. 382. Daß er Ashmun ausnahm, wurde bereits erwähnt.

[2]) „Boston, ever true and glorious Boston, has helped us immensely. Mr. Eliot's triumphant election awakened entirely new hopes. Up to that period, they had no hopes of the North. I never knew an election, by its mere character of an election, on certain principles, produce half so much effect." ib. p. 385.

[3]) „It would be of little consequence, my dear Sir, if I could only say that Boston saved me, but I can say with all sincerity, and with the fullest conviction of its truth, that Boston saved the country. From the commencement of the government, no such consequences have attended any single election, as those that flowed from Mr. Eliot's election. That election was a clear and convincing proof, that there was breaking out a new fountain of brilliant light in the East, and men imbibed hopes in which they had never before indulged . . . whatever prejudices may have existed in the minds of honorable southern men against our good city, they are now all sunk and lost forever in their admiration of her nationality of spirit." ib. pp. 387, 388.

liche Annahme derselben zu danken war. Der Marktwerth der Staatsschuldscheine (scrip) von Texas war auf vier oder fünf Cents per Dollar gefallen. Die Kompromißbill trieb sie rasch in die Höhe. Schon am 18. Juni wurden sie mit 50 Cents bezahlt[1]) und man begann es für möglich zu halten, daß man nach Passirung der Bill Dollar für Dollar bekommen würde. Von dem Votum des Hauses hing es jetzt ab, ob Millionen gewonnen oder verspielt waren. Je näher der Tag der Entscheidung rückte, desto mehr Spekulanten in Texas scrip langten in Washington an und desto energischer arbeitete die Lobby. Wo Ueberredung nicht zum Ziele führte, da wurde ein Antheil an der Spekulation gewährt. Es wurde behauptet, daß Scrip im Werth von drei Millionen in den Händen von Regierungsbeamten, Kongreßmitgliedern und Agenten sei[2]). Es kann um so weniger Wunder nehmen, daß, nachdem neun Monate lang mit Drohungen, Argumenten und Beschwörungen gegen den Muth und die Ueberzeugungen der nördlichen Repräsentanten Sturm gelaufen worden war, dieses Gewicht schwer genug war die Wage endlich auf der Seite des Kompromisses niedersinken zu lassen, wenn man bedenkt, daß sie ja nur so lange in der Schwebe geblieben war, weil mit der nördlichen Opposition eine südliche zusammengewirkt hatte. Man kann sich in der That nur darüber wundern, daß einen Augenblick doch noch alles verloren schien.

Am 4. September weigerte sich das Haus nach langem Kampf mit 126 gegen 80 Stimmen die Texas Bill zur dritten Lesung zu engrossiren. Die Konsternation der Unionsretter war groß. Da aber den nächsten Tag mit 131 gegen 75 Stimmen die Wiedererwägung dieses Beschlusses votirt wurde, so meinten sie, es sei doch nur ein blinder Lärmschuß gewesen. Allein nach einem neuen heftigen Wortgefecht wurde die dritte Lesung abermals mit 107 gegen 99 Stimmen verweigert. Als jetzt abermals Wiedererwägung gefordert wurde, erklärte der Sprecher den Antrag für nicht zulässig nach den Regeln des

---

[1]) The Life of Horace Mann, p. 303.

[2]) Gibbings, Speeches, p. 403. „Even members of the Cabinet were charged with having purchased large amounts at small prices, to be returned in case the bill alluded to should fail of becoming a law. Members of Congress offered some of their fellow-members a hundred-thousand dollars of Texas bonds, to be paid for at seventeen cents upon the dollar, and if the bill passed they were to be received back by the vender at sixty-seven dollars on the hundred, so as to give the purchaser fifty thousand dollars for his vote.“ Gibbings, History of the Rebellion, p. 327.

Hauses[1]). Howard von Texas appellirte von dieser Entscheidung des Sprechers an das Haus, das sich unter großer Aufregung vertagte. Nie waren die Unionsretter und die Lobby thätiger gewesen als diesen Abend und den folgenden Morgen, um die Umstoßung der Entscheidung Cobb's zu bewirken. Dieser begründete sie eingehend, aber das Haus erklärte sie mit 123 gegen 83 Stimmen auf den Grund hin für unrichtig, daß die Bill seit der ersten Wiedererwägung durch die Verkoppelung mit der New Mexico Bill amendirt worden war. Dann wurde die Wiedererwägung mit einer Majorität von 38 Stimmen votirt. Ehe man dann zur Abstimmung über die Hauptfrage schritt, forderte Morris von Ohio die Verlesung der 17. Regel, die nur gewissen Personen die Anwesenheit in dem Sitzungsraume gestattet, und bemerkte dazu, daß die Besitzer von Texas Bonds ebenso gut von den Gallerien sehen und hören könnten. Lauter Jubel begrüßte die Ankündigung, daß die dritte Lesung mit 108 gegen 98 Stimmen votirt worden sei[2]).

Die anderen Bills wurden jetzt in rascher Folge passirt: die California Bill schon den nächsten Tag (7. Sept.) und am 9. September die Utah Bill. Am 10. September schrieb Webster seinem Freunde Harvey: „Es ist hier ein Tag der Freude, wie ich nie zuvor einen gesehen. Alle Dinge scheinen ein anderes Ansehen gewonnen zu haben. Sie würden glauben, daß niemand je an Sprengung der Union gedacht habe. Alle sagen, daß sie immer bis auf das Aeußerste bei der Union zu stehen beabsichtigten"[3]). Wohl war das Sklavenjagdgesetz noch nicht passirt, aber das konnte nicht mehr ein Tropfen zweifelnder Sorge im Freudenkelch sein, da Giddings recht berichtet gewesen war, als er gehört hatte, daß nach guter alter Sitte die Schraube der Vorfrage wieder zur Anwendung kommen sollte. Der Süden hatte es ja seit jeher geliebt, bei besonders gehässigen Fragen nördliche Repräsentanten die leidige Arbeit thun zu lassen. Jetzt gab sich Thompson von Pennsylvania dazu her das parlamentarische Nachrichterinstrument zu appliziren. Dieser dunkele Ehrenmann war der einzige Repräsentant, den das Land über

---

[1]) Siehe Cushing, Law and Practice of Legislative Assemblies, pp. 507, 508.

[2]) „The announcement of the result was received with manifestations of applause of various kinds, the most peculiar and attractive of which was a sort of unpremeditated allegro whistle, which the Reporter does not remember to have heard before (certainly never in the House of Representatives). The other tokens of glorification were of a less musical order." Congr. Globe, 31st Congr, 1st Sess. p. 1764.

[3]) Priv. Corresp., II. p. 385.

diese Bill zu hören bekam. Mit 87 gegen 69 Stimmen votirte das Haus die von ihm beantragte Vorfrage und passirte dann die Bill (12. Sept.) mit 109 gegen 76 Stimmen. Erst jetzt, nachdem der Norden gegen die Aufnahme von California das ganze Kompromiß votirt hatte, so weit es an ihn Zumuthungen stellte, erledigte der Senat (16. Sept.) auch die Bill über den Sklavenhandel im Distrikt von Columbia.

Unmittelbar vor der Abstimmung zankten sich Foote und Jefferson Davis darüber, wie Mississippi zum Kompromiß stehe. Foote behauptete neun Zehntel der Bevölkerung seien dafür, während Davis erklärte, fast jeder hervorragende Mann im Staate verdamme es. Zwei Tage später sagte Chase: „Man ist der Sklavenfrage in den Territorien aus dem Wege gegangen; sie ist nicht erledigt", und dieser Ueberzeugung gemäß bat er an demselben Tage um Erlaubniß eine Bill einbringen zu dürfen, die ausdrücklich die Sklaverei in den Territorien verbiete. Clay erhob sich mit Heftigkeit dagegen: „Ich hoffe die Erlaubniß wird nicht ertheilt werden. Ich glaube, daß jetzt im ganzen Lande Frieden herrscht. Ich glaube er ist dauernd. Und ich erwarte, daß der Senat sofort und ohne Zögern jeder weiteren Beunruhigung dieses Landes entgegentreten wird."

Um mit den Erklärungen von Jefferson Davis und Chase in den Ohren die Permanenz des Friedens zu proklamiren, mußte man entweder einen Glauben haben, der mehr zu thun vermochte als Berge versetzen, oder die Naivetät eines Cass, der an dem nämlichen Tage verkündete: „Ich glaube nicht, daß jetzt eine Partei mit Rücksicht auf diese Sklavenfrage organisirt werden kann. Ich glaube die Frage ist von der öffentlichen Meinung erledigt. Ich betrachte es als nicht der Mühe werth darüber Reden zu halten."

Hale gab diesen beiden scheinendsten Lichtern des Westens, den hervorragendsten Repräsentanten der beiden nationalen Parteien, die gebührende Antwort. „Und nun schmeicheln sich die Herren, daß sie sehr viel für den Frieden des Landes gethan haben. Jeder ist erfreut, mit Ausnahme weniger 'wilden Fanatiker'. Alle andern sind entzückt und winden denen Lorbeeren um die Stirn, die das große Werk hinausgeführt haben; sie verpuffen Pulver, um ihren Ruhm in die Welt hinauszustrahlen — Lieder singend um ihre Thaten unsterblich zu machen, und sich heiser schreiend mit Preisgesängen für die, welche in diesem großen Werk die Führer gewesen. Die Herren mögen sich nicht täuschen. Wir lesen in der Bibel, daß es eine Zeit gab, da gewisse Leute schrieen: 'Frieden! Frieden! aber da war kein Frieden'. Ich sage Euch, da ist

kein Frieden für die, welche wähnen mit Erfolg das Grab gegraben zu haben, in dem die Hoffnungen, die Rechte und die Interessen der Freiheit begraben worden sind. Nein, dieser Frieden wird kurz sein und diese Freude wird sicherlich in Trauer verkehrt werden. Die Herren verkennen vollständig den Charakter des Volkes, dessen Gefühle verletzt, dessen Wünsche mißachtet und dessen Interessen in den Staub getreten worden sind."

Das war der Text für die Geschichte der nächsten zehn Jahre, der letzten dieser Union.

Siebzehntes Kapitel.

Die Sklaverei „ein positives Gut".

Die breite Basis, auf der das Kompromiß von 1850 ruhte, war die Ueberzeugung der großen Majorität des Volkes im Norden wie im Süden, daß es billig, vernünftig und patriotisch sei sich gütlich zu vergleichen. Von den reinen Abolitionisten abgesehen, die von ihrer Höhe des absoluten Prinzipes über das Getümmel des Parteikampfes hinwegschauten, war die Zahl derer noch immer verschwindend klein, die jedes weitere Paktiren mit der Sklavokratie unbedingt verurtheilten, weil der Natur der Sache nach Kompromiß nur ein anderes Wort für Zugeständnisse sein konnte. Und noch viel geringer war die Zahl der südlichen Radikalen — wenn es in der That überhaupt schon jetzt solche gab — die in aufrichtiger Ueberzeugung jedes Eintreten auf vermittelnde Vorschläge für verderblich und unvereinbar mit der Ehre des Südens hielten. Die Kritik von der einen wie von der anderen Seite beschränkte sich daher meist auf die einzelnen Bestimmungen des Kompromisses, hinsichtlich deren die Verfechter desselben in einer schwachen Defensive standen. Diese dagegen basirten ihre Rechtfertigung und ihren Anspruch auf Anerkennung an und für sich darauf, daß sie einen Vergleich zu Stande gebracht hatten und erkannten dieser Thatsache gegenüber allen Bedingungen desselben nur eine sekundäre Bedeutung zu. Eine dritte Seite der Frage, die für das volle Verständniß sowohl des vorausgegangenen Kampfes wie der weiteren Entwickelung des Streites wesentlich ist, hat man dabei bis jetzt fast ganz übersehen. Obwohl man thatsächlich der Lösung des Problemes einen großen Schritt näher gekommen war, hatten sich die irrthümlichen Ansichten aller Parteien über ein Moment von entscheidender Bedeutung nur tiefer eingewurzelt. Gerade

dadurch aber wurde auch wiederum der Eintritt der Entscheidung beschleunigt, weil alle Parteien in Folge ihrer falschen Voraussetzungen auf ihren resp. Wegen in einem Tempo vorwärts schritten, wie sie es nimmermehr gethan haben würden, wenn sie durch das richtige Erfassen jenes Momentes zu der Erkenntniß gelangt wären, auf welches Ziel diese Bahnen hinauslaufen müßten.

Man wird es bezweifeln dürfen, daß wirklich viele von den denkenden Leuten der großen Mittelpartei in dem Wahne befangen waren, die Sklavenfrage für immer begraben zu haben. Sie mochten glauben einer gewaltsamen Katastrophe für alle Zukunft vorgebeugt zu haben und sie waren der frohen Hoffnung, daß der Friede für eine genügende Reihe von Jahren gesichert sei, um mit dem reichen Manne der biblischen Parabel sich und dem Volke sagen zu dürfen: iß und trink liebe Seele und habe gute Ruhe. Diese selbstzufriedene Zuversicht mußte das aus lauter bewußten Zweideutigkeiten gezimmerte Schiff der „Nicht-Intervention" um so rascher den Klippen zutreiben lassen, an denen es auch ohne jede Nachhilfe ehrgeiziger Demagogen früher oder später zerschellen mußte. Die südlichen Radikalen aber konnten aus ihr nur den Schluß ziehen, daß die Sklavokratie mit größerer Festigkeit weit mehr hätte erreichen können und sie waren entschlossen, sich die Erfahrung als Lehre für die Zukunft dienen zu lassen. Ihre politischen Gegenfüßler theilten diese Ueberzeugung, aber im Uebrigen zogen sie aus denselben Thatsachen die entgegengesetzte Schlußfolgerung. Sie waren in dem Glauben bestärkt worden, daß die Sezession der Sklavenstaaten ein Phantom sei und in diesem Glauben fanden auch die Schwächeren den Muth, die Aera der Kompromisse für geschlossen zu erklären.

Alle drei Parteien waren in einem schweren Irrthum befangen, dem gerade genug Wahrheit beigemengt war, um sie zäh an demselben festhalten zu lassen und der Irrthum aller drei entsprang der gleichen Wurzel: dem theilweisen Verkennen der Thatsache, daß der schärfste Sporn, der die Sklavokratie vorwärts trieb, ihre immer greller zu Tage tretende und immer rascher zunehmende Schwäche war.

Die Thatsache war in zu hohem Grade das bestimmende Moment in dem Streit und sie hatte ein zu großes Gewicht als Billigkeitsargument, als daß der Süden umhin gekonnt hätte, beständig auf sie hinzuweisen. Aus leicht ersichtlichen Gründen war er aber auch gleichzeitig immer ängstlich bemüht sie zu verschleiern. In demselben Athemzuge machte er sie für sich geltend und bestritt sie mit Emphase und handelte trotzdem bona fide: Stolz und Selbsterhaltungstrieb erlaubten

der Sklavokratie nicht sich selbst unumwunden und ohne Vorbehalt die Thatsache einzugestehen, die doch die Basis ihrer ganzen Politik war und sein mußte. In ehrlicher Ueberzeugung rechnete sie dem Norden beständig vor, daß er ungleich viel mehr bei einer Zerreißung der Union zu verlieren habe und seinen Reichthum vornehmlich, wenn nicht gar ausschließlich, dem Vortheile danke, den er in legitimer und in illegitimer Weise aus dem Süden ziehe. Sie hat später durch die That bewiesen, wie fest sie an die Wahrheit ihrer Erklärung glaubte, daß die ganze Kulturwelt in den Händen der Baumwollenpflanzer sei[1]). Diese Ansicht hatte hinreichend realen Boden, um von vielen überlegenden Leuten auf beiden Seiten des Ozeans getheilt zu werden, denen die Sklaverei ein Greuel war. Da wäre es nur wunderbar gewesen, wenn sie nicht die Gestalt einer selbstverständlichen Thatsache, man kann fast sagen einer axiomatischen Wahrheit in den Augen der Sklavenbarone gewonnen hätte, denen der aristokratische Dünkel und die aristokratische Eigengerechtigkeit die Urtheilskraft und die Fähigkeit zur Selbsterkenntniß dermaßen verkümmert hatten, daß sie, ihre eigenen kompromittirenden Bekenntnisse auf den Lippen, mit salbungsvollem Ernste verkünden konnten, daß der Süden an der Spitze der Kulturvölker aller Zeiten und aller Zonen stehe[2]).

Der Augenblick war besonders unglücklich gewählt für derartige herausfordernde Behauptungen. In diesem Jahre wurde der siebente Census der Vereinigten Staaten aufgenommen und so unzulänglich und zum Theil sogar unzuverlässig seine Zahlen auch waren, sie enthielten doch ein vernichtendes Gericht über die „besondere Institution".

[1]) „the northern states, and Europe also, are in the power of the cotton growers of the south. A withdrawal of the cotton of the United States from England would produce an instant and terrible revolution in that island; and to cut off from the northern states of this confederacy their southern trade would destroy their merchants and manufacturers, cause a failure of their banks, and bring about a financial crisis such as they have never experienced, and of which their imagination can scarcely conceive." De Bow, The Industrial Resources of the Southern and Western States, II. p. 314.

[2]) „I regard it as right to say on this occasion, that whether considered with reference to the physical comfort of the people, or a high state of public and private morals, elevated sense of honor, and of all generous emotions, I have no reason to believe that a higher state of civilization either now exists elsewhere, or has existed at any time in the past, than is presented by the southern States of the Union." Clingman am 22. Jan. 1850 im Repräsentantenhause. Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess. p. 202.

Die von Calhoun geforderte Wiederherstellung des politischen Gleichgewichtes der beiden Sektionen, war, wie Seward richtig bemerkte, ein Haschen nach Schatten, weil die reale Basis dafür fehlte[1]). Gesetze und Institutionen, die mit den realen Verhältnissen in Widerspruch stehen und ihren Entstehungsgrund lediglich in dem Verlangen haben, die Entwickelung der realen Verhältnisse zu hemmen und ihre Wirkungen zu paralysiren, sind ein Unding und ohnmächtig. Der ganze Streit war aber nur das verzweifelte Ankämpfen des Südens gegen die Entwickelung der realen Verhältnisse und ihre Wirkungen. Was für Folgen auch immer der entscheidungslose Entscheid in der Territorienfrage schließlich für ihn haben mochte, bis jetzt war er bei der Politik der Theilung, die mit dem Missouri Kompromiß adoptirt worden war, nicht zu kurz gekommen. Die 15 Sklavenstaaten hatten ein Areal von 928,894 □ Meilen, während die 16 freien Staaten nur 643,326 hatten[2]). Die Natur hatte in jeder Hinsicht mehr für den Süden als für den Norden gethan und die natürliche Vermehrung der Bevölkerung in den Südstaaten, der Farbigen wie der Weißen, stand der in den Nordstaaten nicht nach. Trotzdem bezifferte sich die Bevölkerung der freien Staaten auf 13,342,325, während die der Sklavenstaaten nur 9,612,969 betrug und nach dem ersten Census von 1790 der Unterschied zu Gunsten des Nordens sich nur auf etwas über 6000 belaufen hatte. Noch greller sticht der Unterschied in den Verhältnißzahlen der Dichtigkeit der Bevölkerung in die Augen. Während in den Nordstaaten $45_{/8}$ Einwohner auf die Quadratmeile kamen, hatten die Südstaaten nur $18_{/93}$. Sieht man nun auch ganz davon ab, daß von den 9,612,969 Einwohnern der Sklavenstaaten 228,711 freie Farbige ohne politisches und soziales Gewicht und 3,220,284 Sklaven waren, die hinsichtlich der Vertretung im Repräsentantenhause des Kongresses nur so viel wie 1,932,170 Freie zählten, so erhellt schon aus diesen Ziffern zur Genüge, ein wie absurdes Ansinnen es war, dem Süden für alle Zukunft den gleichen Einfluß wie dem Norden auf die Geschicke der Union zu garantiren. Diese thatsächliche Ungleichheit mußte aber von Jahr zu Jahr größer werden, weil die Ursachen, welche sie hervorgerufen hatten, beständig fortwirkten.

[1]) „What is proposed is a political equilibrium. Every political equilibrium requires a physical equilibrium to rest upon, and is valueless without it." Works, I. p. 63.

[2]) Die meisten Zahlen finden sich nicht so, wie ich sie angebe, in dem Census, sondern sind von mir nach den Ziffern desselben zusammengerechnet worden. Alle Zahlen aber, für die ich nicht eine andere Quelle anführe, beruhen auf den Angaben des Census.

Die Schändung der Arbeit durch die Sklaverei und die durch sie bedingte Einseitigkeit des wirthschaftlichen Lebens der Südstaaten schreckte die Einwanderung von ihnen zurück, zu der die Natur den Ackerbauer, den Bergmann und den Industriellen gleich dringlich einlud. Es lebten in ihnen nur 305,557 Leute, die im Auslande geboren worden waren, während in den freien Staaten die gleiche Klasse der Bevölkerung sich auf 1,893,055 Köpfe bezifferte, wovon allein auf New York 651,801 kamen. Der ganze Süden beherbergte also noch nicht einmal halb so viel Einwanderer wie dieser eine Staat. Was die Einwanderung zurückschreckte, das trieb aber natürlich zur Auswanderung und die Auswanderer gehörten, wenn auch nicht hinsichtlich des Reichthumes, so doch was Thatkraft und das Verlangen nach Besserung ihrer Lage anbelangte, zum besten Theile der Bevölkerung. Die aus den Nordstaaten gebürtige Bevölkerung des Südens zählte nur 206,377 Köpfe, während 607,316 Söhne und Töchter des „sonnigen Südens" nach dem rauheren Norden gezogen waren[1]). Die Einwanderung aus den Nordstaaten und aus der übrigen Welt reichte also noch nicht einmal zur Deckung des Bevölkerungsverlustes hin, den der Süden durch die Auswanderung nach den freien Staaten erlitt. Dem Norden floß von außen her Jahr für Jahr ein breiter und noch immer anschwellender Strom an Kapital und Arbeitskräften aller Art zu, die auf Kosten anderer Völker großgezogen und herangebildet worden waren, während der Süden beständig wenigstens an Arbeitskräften mehr einbüßte, als er erhielt[2]). Da hätte es doch sonderbar zugehen müssen, wenn wirklich, wie Clingman behauptete, der Süden hinsichtlich des materiellen Wohlbefindens seiner Be-

[1]) Davon entfielen 506,918 auf die mittleren und westlichen Staaten, eine Thatsache, die für die Erklärung der Stellung, die mehrere von ihnen geraume Zeit in der Sklavenfrage einnahmen, von Belang ist.

[2]) Hinsichtlich des baren Kapitals ist er bei dem Austausche sicherlich nicht der verlierende Theil gewesen, da sein Großhandel ja zum so großen Theil mit nördlichem Kapital betrieben wurde. Auf der anderen Seite floß aber natürlich auch wieder das von den nördlichen Kapitalisten im Süden verdiente Geld zum großen Theil nach dem Norden ab. — Gouverneur Hammond von South Carolina sagte 1850: „The process of impoverishment has been visibly and palpably going on, step by step, with the decline in the price of cotton. It is well known, that, for the last twenty years, floating capital to the amount of five hundred thousand dollars per annum, on the average, has left this city (Charleston) and gone out of South Carolina, seeking and finding more profitable investments than were to be found here. But our most fatal loss, which exemplifies the decline of our agriculture and the decay of our slave system, has been owing to emigration." Address before the South Carolina Institute.

Die von Calhoun geforderte Wiederherstellung des politischen Gleichgewichtes der beiden Sektionen, war, wie Seward richtig bemerkte, ein Haschen nach Schatten, weil die reale Basis dafür fehlte[1]). Gesetze und Institutionen, die mit den realen Verhältnissen in Widerspruch stehen und ihren Entstehungsgrund lediglich in dem Verlangen haben, die Entwickelung der realen Verhältnisse zu hemmen und ihre Wirkungen zu paralysiren, sind ein Unding und ohnmächtig. Der ganze Streit war aber nur das verzweifelte Ankämpfen des Südens gegen die Entwickelung der realen Verhältnisse und ihre Wirkungen. Was für Folgen auch immer der entscheidungslose Entscheid in der Territorienfrage schließlich für ihn haben mochte, bis jetzt war er bei der Politik der Theilung, die mit dem Missouri Kompromiß adoptirt worden war, nicht zu kurz gekommen. Die 15 Sklavenstaaten hatten ein Areal von 928,894 □ Meilen, während die 16 freien Staaten nur 643,326 hatten[2]). Die Natur hatte in jeder Hinsicht mehr für den Süden als für den Norden gethan und die natürliche Vermehrung der Bevölkerung in den Südstaaten, der Farbigen wie der Weißen, stand der in den Nordstaaten nicht nach. Trotzdem bezifferte sich die Bevölkerung der freien Staaten auf 13,342,325, während die der Sklavenstaaten nur 9,612,969 betrug und nach dem ersten Census von 1790 der Unterschied zu Gunsten des Nordens sich nur auf etwas über 6000 belaufen hatte. Noch greller sticht der Unterschied in den Verhältnißzahlen der Dichtigkeit der Bevölkerung in die Augen. Während in den Nordstaaten $45_{,8}$ Einwohner auf die Quadratmeile kamen, hatten die Südstaaten nur $18_{,93}$. Sieht man nun auch ganz davon ab, daß von den 9,612,969 Einwohnern der Sklavenstaaten 228,711 freie Farbige ohne politisches und soziales Gewicht und 3,220,284 Sklaven waren, die hinsichtlich der Vertretung im Repräsentantenhause des Kongresses nur so viel wie 1,932,170 Freie zählten, so erhellt schon aus diesen Ziffern zur Genüge, ein wie absurdes Ansinnen es war, dem Süden für alle Zukunft den gleichen Einfluß wie dem Norden auf die Geschicke der Union zu garantiren. Diese thatsächliche Ungleichheit mußte aber von Jahr zu Jahr größer werden, weil die Ursachen, welche sie hervorgerufen hatten, beständig fortwirkten.

[1]) „What is proposed is a political equilibrium. Every political equilibrium requires a physical equilibrium to rest upon, and is valueless without it." Works, I. p. 63.

[2]) Die meisten Zahlen finden sich nicht so, wie ich sie angebe, in dem Census, sondern sind von mir nach den Ziffern desselben zusammengerechnet worden. Alle Zahlen aber, für die ich nicht eine andere Quelle anführe, beruhen auf den Angaben des Census.

Die Schändung der Arbeit durch die Sklaverei und die durch sie bedingte Einseitigkeit des wirthschaftlichen Lebens der Südstaaten schreckte die Einwanderung von ihnen zurück, zu der die Natur den Ackerbauer, den Bergmann und den Industriellen gleich dringlich einlud. Es lebten in ihnen nur 305,557 Leute, die im Auslande geboren worden waren, während in den freien Staaten die gleiche Klasse der Bevölkerung sich auf 1,893,055 Köpfe bezifferte, wovon allein auf New York 651,801 kamen. Der ganze Süden beherbergte also noch nicht einmal halb so viel Einwanderer wie dieser eine Staat. Was die Einwanderung zurückschreckte, das trieb aber natürlich zur Auswanderung und die Auswanderer gehörten, wenn auch nicht hinsichtlich des Reichthumes, so doch was Thatkraft und das Verlangen nach Besserung ihrer Lage anbelangte, zum besten Theile der Bevölkerung. Die aus den Nordstaaten gebürtige Bevölkerung des Südens zählte nur 206,377 Köpfe, während 607,316 Söhne und Töchter des „sonnigen Südens" nach dem rauheren Norden gezogen waren[1]). Die Einwanderung aus den Nordstaaten und aus der übrigen Welt reichte also noch nicht einmal zur Deckung des Bevölkerungsverlustes hin, den der Süden durch die Auswanderung nach den freien Staaten erlitt. Dem Norden floß von außen her Jahr für Jahr ein breiter und noch immer anschwellender Strom an Kapital und Arbeitskräften aller Art zu, die auf Kosten anderer Völker großgezogen und herangebildet worden waren, während der Süden beständig wenigstens an Arbeitskräften mehr einbüßte, als er erhielt[2]). Da hätte es doch sonderbar zugehen müssen, wenn wirklich, wie Clingman behauptete, der Süden hinsichtlich des materiellen Wohlbefindens seiner Be-

[1]) Davon entfielen 506,918 auf die mittleren und westlichen Staaten, eine Thatsache, die für die Erklärung der Stellung, die mehrere von ihnen geraume Zeit in der Sklavenfrage einnahmen, von Belang ist.

[2]) Hinsichtlich des baren Kapitals ist er bei dem Austausche sicherlich nicht der verlierende Theil gewesen, da sein Großhandel ja zum so großen Theil mit nördlichem Kapital betrieben wurde. Auf der anderen Seite floß aber natürlich auch wieder das von den nördlichen Kapitalisten im Süden verdiente Geld zum großen Theil nach dem Norden ab. — Gouverneur Hammond von South Carolina sagte 1850: „The process of impoverishment has been visibly and palpably going on, step by step, with the decline in the price of cotton. It is well known, that, for the last twenty years, floating capital to the amount of five hundred thousand dollars per annum, on the average, has left this city (Charleston) and gone out of South Carolina, seeking and finding more profitable investments than were to be found here. But our most fatal loss, which exemplifies the decline of our agriculture and the decay of our slave system, has been owing to emigration." Address before the South Carolina Institute.

völkerung den Vergleich mit keinem Volke der Gegenwart oder Vergangenheit zu scheuen gebraucht hätte.

Der ehrliche Glaube an den großen Reichthum des Südens war noch immer weit verbreitet, weil man sich nicht von dem Wahne losmachen konnte, daß der Reichthum eines Landes einfach nach dem Gelde bemessen werden könnte, das ihm von anderen Ländern für seine Produkte gezahlt wird. Wäre das richtig, dann wäre die Lage der Pflanzerstaaten in der That eine beneidenswerthe gewesen, denn sie produzirten jährlich über 2,000,000 Ballen Baumwolle und exportirten davon — den Absatz an die freien Staaten nicht eingerechnet — für 60 bis 70 Millionen Dollars[1]). In Wahrheit war das Geschenk, das die Natur dem Lande mit dem Monopol[2]) auf den Bau dieser mit jedem Jahr der ganzen Welt unentbehrlicher werdenden Pflanze gemacht hatte, ihm zum größten Unsegen geworden[3]). Wohl nahm sie die erste Stelle unter den Elementen ein, die nach dem Willen der Natur das Land zu einem der reichsten der Erde hätten machen sollen, aber die Sklaverei hatte den Segen in Fluch verkehrt. Reiche Leute gab es ja im Süden, aber das Land war nicht nur im Verhältniß zu dem was es hätte sein können und sollen, sondern auch im Vergleich zu dem Norden arm und es wurde immer ärmer, weil es sein Kapital aufzehrte.

Der Gesammtreichthum der Sklavenstaaten wurde 1850 auf $ 2,755,411,554 geschätzt und der der freien Staaten, mit Ausschluß von California, auf $ 3,186,683,924. In der Schätzung für den Süden sind jedoch die Sklaven einbegriffen. Veranschlagt man diese mit Parker zu $ 400 per Kopf, so sind sie mit $ 1,280,164,800 in der Gesammtsumme repräsentirt und es bleiben nur $ 1,475,246,757 nach, erheblich weniger als die Hälfte der für den Norden berechneten Summe[4]).

Auf Genauigkeit können derartige Ziffern selbstverständlich keinen Anspruch machen. Wie groß aber auch der Fehler sein mag, sie sind

[1]) Sehr eingehende statistische Angaben über die Baumwollernten und den Baumwollhandel für die Zeit von 1821 bis 1850 können in De Bow's Industrial Resources of the Southern and Western States, I. pp. 144—149 nachgelesen werden.

[2]) Der Ausdruck ist wohl gerechtfertigt, wenn er ja auch natürlich nicht buchstäblich genommen werden darf. Der Süden führte selbst das Wort beständig im Munde.

[3]) De Bow's Commercial Review schreibt 1850: „Cotton has been to South Carolina what the mines of Mexico were to Spain." 1st Series, Vol. VIII. p. 138.

[4]) Works of Th. Parker, VI. p. 34. Edit. Trübner.

immerhin zuverläſſig genug, um darüber keinen Zweifel zu geſtatten, daß der Süden hinſichtlich des Volkswohlſtandes eine höchſt traurige Rolle gegenüber dem Norden ſpielte. Und wenn alle die Einzelberechnungen, für die meiſt eine größere Verläſſigkeit angenommen werden darf, mit der gleichen Beſtimmtheit nach derſelben Richtung hinweiſen, ſo reichen ſie für die Zwecke des Geſchichtsſchreibers hin, wie gering auch immer ihre Brauchbarkeit für den Statiſtiker ſein mag.

Faſſen wir zunächſt den Ackerbau in's Auge, der ſo ſehr in dem wirthſchaftlichen Leben des Südens dominirte, als es in einem Kulturlande unſerer Tage überhaupt denkbar iſt und hinſichtlich deſſen daher bei dem Werthe und der großen Exportfähigkeit der Stapelprodukte erwartet werden mußte, daß der Vergleich zu ſeinen Gunſten ausfallen würde, ſo finden wir ganz das gleiche Reſultat. Der Norden hatte 57,705,504 und der Süden 54,970,427 acres bebautes (improved) Land, der Werth der nördlichen Farmen aber war faſt doppelt ſo groß wie der der ſüdlichen, $ 2,147,218,478 gegen $ 1,117,649,649. In wie direktem Zuſammenhange dieſes Verhältniß mit der Sklaverei ſtand, wird erſichtlich, wenn man die Landpreiſe in den verſchiedenen Counties der Grenzſtaaten mit einander vergleicht. In Miſſouri z. B. hatten die zwölf an das ſklavenhaltende Arkanſas grenzenden Counties eine Bevölkerung von 20,982 Weißen und 75,360 acres bebautes Land im Durchſchnittswerth von $ 13 per acre, während die 26,890 Weißen in den zehn an das freie Iowa grenzenden Counties mit weniger gutem Boden 123,030 acres mit einem Durchſchnittswerth von $ 19 per acre bebauten. Die gleichen Verhältniſſe finden wir in Virginia. In den an Pennſylvania grenzenden Counties Monongahela und Preston wurde der acre mit $ 21, in den an North Carolina grenzenden Counties Patrick und Henry dagegen nur mit $ 15 bezahlt. Ueberſchritt man die Grenzen nach den entgegengeſetzten Richtungen hin, ſo wurde der Unterſchied noch ungleich größer. In den anliegenden Counties von North Carolina, Rockingham und Stokes, wurde der acre mit $ 14 und in den anliegenden Counties von Pennſylvania, Fayette und Green, mit $ 49 bezahlt [1]).

[1]) ib. pp. 263, 264. Aehnliche Vergleiche werden öfters von Olmſted in ſeinen höchſt intereſſanten und ſehr inſtruktiven Reiſeſchriften über die Sklavenſtaaten angeſtellt. — „I assert, from my own knowledge, that lands of the same quality in the free, are from a hundred to a hundred and fifty per cent. higher in value than in the slave states: in some cases, probably, six hundred per cent. higher! Lands six miles from Cincinnati, in Ohio, I am credibly informed,

Diese Ziffern reichen jedoch noch lange nicht hin um zu zeigen wie traurig der Ackerbau des Südens gegen den des Nordens abstach. Nicht nur war dort das Land viel weniger werth, sondern das in Land angelegte Kapital verzinste sich auch viel schlechter. Allein auf dem Baumwollmonopol beruhte der Wahn von dem Reichthum des Südens und mit jedem Jahre wurden die Klagen der Pflanzer lauter, daß die Rentabilität gerade des Baumwollbaues immer geringer werde. Man behauptete, daß sich Land und Sklaven der Baumwollplantagen nur noch mit 3% verzinsten[1]). Andere rechneten wohl noch $4^1/_2$% heraus[2]) und ab und an ließ sich wohl auch noch ein Enthusiast vernehmen, der die abenteuerlichsten Zinsen zusammenphantasirte[3]). Die Stimmen Derer aber waren viel zahlreicher und lauter, die versicherten, daß der Baumwollpflanzer kaum noch sein Leben fristen könne[4]). Daß ihre Behauptungen der Wahrheit näher kamen als die nach der entgegengesetzten Richtung gehenden Uebertreibungen, beweist die Allgemeinheit der Klagen[5]). Immer nachdrücklicher wurde die Einschränkung der

are worth sixty dollars per acre, whilst in Kentucky, the same distance from that city, and of the same quality, they are worth only ten dollars per acre!" The Writings of Cassius Marcellus Clay. p. 178.

[1]) De Bow, Commercial Review, 1st Series, Vol. VIII. p. 141.

[2]) Gouverneur Hammond in der früher angeführten Adresse.

[3]) „We have shown that cotton planting, at a moderate price for cotton, pays 13 per cent. profit." De Bow, The Industrial Resources of the Southern and Western States, I. p. 164.

[4]) „Thus it appears that it will cost five cents to produce cotton, and if the land is given, clear of rent, and the labor without hire, a judicious economy only could save the manager of such an estate from debt, if he be required to surrender the property to the owner, at the end of the year, in good condition.

Nearly half the time, in the last ten years, cotton has been sold for the planter on the low lands, for about five cents per pound, which the most superficial observer must see has been ruinous; for it would appear, those immense estates not only pay no interest on the large investments, at those rates, but scarcely do the revenues support the charges of cultivating and sustaining them. It would require an extraordinary coincidence of favorable circumstances, to leave the smallest margin of profit to the planters." ib. p. 151.

[5]) „. . . it will be perceived that we feel a pressing necessity to respond directly in some tangible form to the cries and lamentations of distress that come up from the teeming fields of the cotton planter. . . . Why is it the cry of distress is heard emanating from teeming fields? . . . in the midst of a superabundance of the most valuable commodity in the world, he (the cotton planter) bids fair to beggar himself by the folly of overstocking all his customers." De Bow, Commercial Review, 1st Ser., Vol. I. p. 229. 1846.

Baumwollenproduktion gefordert, um die Preise in die Höhe zu treiben. Ein Projekt jagte das andere, aber der Baumwollbau nahm zu und die Baumwollbauer fuhren fort zu klagen. Jeder hätte es gern gesehen, wenn der Nachbar die guten Rathschläge befolgt hätte, um der behaupteten ewigen Ueberfüllung des Marktes ein Ende zu machen, aber Jedem war es auch schlechthin selbstverständlich, daß er seine Arbeitskräfte so wenig als möglich dem Getreide- und Gemüsebau widmen müsse, so lange er noch Land hatte, das sich zur Baumwollkultur eignete. Viele von diesen fast ausschließlich ackerbauenden Staaten mußten Jahr für Jahr in erheblichen Mengen Getreide, Heu, Fleisch, Butter u. s. w. einführen[1]). Der Norden exportirte, was er über seinen eigenen Bedarf produzirt hatte, der Süden dagegen lebte zum sehr großen Theil von dem Export seiner Stapelprodukte, den noch dazu der Norden zum größten Theil für ihn besorgte. Nach Tonnengehalt verglichen, war 1846 die Handelsflotte der Neu England Staaten, New York's, New Jersey's und Pennsylvania's mehr als fünfmal so groß als die sämmtlicher Küstenstaaten des Südens und der junge Inlandstaat Ohio schlug sogar in dieser Hinsicht den alten Küstenstaat South Carolina mit seiner herrlichen Bai von Charleston weit aus dem Felde[2]).

---

[1]) Siehe z. B. ib. p. 75.

[2]) „The foreign trade is almost wholly in the hands of foreigners, or men from the North, and is conducted by their ships. . . . The shipping is mainly owned by the North. Of the Atlantic States seven have no slaves: Maine, New Hampshire, Massachusetts, Rhode Island, Connecticut, New York, and New Jersey; in 1846, they, with Pennsylvania, had 2,160,501 tons of shipping. In all the slave States which lie on the seabord, there are owned but 401,583 tons of shipping. In 1846, the young State of Ohio, two thousand miles from the sea, had 39,917 tons; the State of South Carolina, 32,588. Even Virginia, full of bays and harbors, had 58,441 tons. The single district of the city of New York had 572,522 tons, or 70,939 more than all the Southern States united." Works of Theodore Parker, V. pp. 44, 45. Ed. Trübner. Im Jahre 1853 fiel der Vergleich noch viel mehr zu Ungunsten des Südens aus: Süden 488,297, Norden 3,831,047 tons. ib. VI, p. 34.

Die nachstehende Tabelle ist von dem New Orleans Bulletin nach den amtlichen Listen des Schatzamtes zusammengestellt worden.

Free states	1850	1849	Americ. excess.
American tonnage	2,121,100	2,045,609	75,491
Foreign tonnage	1,297,282	1,247,495	—
Excess of American tonnage	823,818	798,114	
	798,114		
Decrease of foreign tonnage	25,704		
Increase of American			75,491

Sah es nun schon in den beiden Hinsichten so aus, in denen man am ersten blühende Zustände erwarten durfte, so kann es nicht überraschen, daß in allen anderen Hinsichten die wirthschaftlichen Verhältnisse der Sklavenstaaten noch viel trauriger gegen die des Nordens abstachen. Allerdings gab es nicht nur schon Baumwollfabriken — namentlich Spinnereien — im Süden, sondern viele derselben hatten auch bereits den Beweis geliefert, daß die Baumwollmanufaktur sehr wohl in den Südstaaten so betrieben werde könne, daß sie sich gut bezahlt mache. Auf einer Ausstellung in Philadelphia wurde sogar einer südlichen Fabrik (Graniteville) der erste Preis zuerkannt. Allein selbst dieser Industriezweig lag doch noch immer in so kümmerlichen Anfängen, daß sein Vorhandensein eigentlich nur dazu diente, den Kontrast greller in die Augen stechen zu lassen. Vollständige statistische Angaben habe ich leider für diese Zeit noch nicht finden können, aber man kann sich doch ein ungefähres Bild von den Zuständen machen, wenn man hört, daß in den Neu England Staaten $ 42,982,120 gegen $ 1,721,000 in den Staaten Tennessee, Alabama, Georgia und South Carolina in Baumwollmanufakturen angelegt waren[1]). Und sonst gab es eigentlich gar keine Großindustrie im Süden[2]). War irgendwo noch der Schornstein einer anderen Fabrik zu sehen, so wurde gleich großes Wesen daraus gemacht, aber nur sehr selten bin ich auf irgend eine solche Angabe gestoßen. Lagen doch sogar die Gewerke, die am unmittelbarsten die täglichen Bedürfnisse betrafen, gar sehr im Argen. In den Klagen

---

Slave states	1850	1849	Amer. decrease.
American tonnage	511,588	718,115	206,527
Foreign tonnage	429,964	438,214	—
Excess of American tonnage .	81,624	279,901	
		81,624	
Increase of Foreign tonnage		198,277	206,527
Free states	1850	1849	Increase.
Aggregate tonnage	3,418,382	3,293,104	125,278
Slave states	1850	1849	Decrease.
Aggregate tonnage	941,552	1,156,329	214,777

De Bow, The Industrial Resources of the Southern and Western States, III, p. 126.

[1]) ib. I. pp. 233, 236.

[2]) Nach Parker waren 1850 im Süden $ 95,918,842 mit einem Jahresertrag von $ 167,906,350 und im Norden $ 431,290,351 mit einem Jahresertrag von $ 845,430,428 in Manufakturen angelegt. Works, VI. p. 34.

darüber, daß man alles von dem Norden oder durch ihn beziehen müsse, wird besonders häufig und bitter des Schuhwerkes gedacht. Dem Handel, der Groß- und Kleinindustrie, den Künsten und dem Bergbau lagen in den freien Staaten 1,260,442 und in den Sklavenstaaten nur 326,150 Personen ob. Der Norden hatte 73,618 und der Süden nur 25,312 Schmiede. Den 139,768 Schreinern des Nordens hatte der Süden nur 43,294 entgegenzusetzen. Hutmacher gab es im Süden nur 1,758 gegen 9,192 im Norden. Besonders bezeichnend ist es, daß sich im Süden nur 168 Verfertiger von Ackergeräthen gegen 1,145 im Norden fanden. Da erscheint das Verhältniß der Maschinisten, 2,243 gegen 21,779, fast noch günstig.

Man darf jedoch nicht bei diesen Zahlen stehen bleiben, wenn man ein Bild erhalten will, das vollständig der traurigen Wirklichkeit entspricht. Nicht nur nach dem Wie-viel, sondern auch nach dem Was und Wie muß man fragen. Und wie grell kontrastiren da das frische, scharf vorwärtsdrängende Leben auf der einen und die triebloſe Indolenz auf der anderen Seite. In neuerer Zeit ist man auch in Europa darauf aufmerksam geworden, wie viel das vor bald hundert Jahren angenommene und im Ganzen treffliche Patentwesen zur staunenswerthen wirthschaftlichen Entwickelung der Vereinigten Staaten beigetragen hat. Die Südstaaten aber haben einen gar geringen Antheil daran gehabt. Von 1790 bis 1849 waren in den freien Staaten 16,514 und in den Sklavenstaaten nur 2,202 Patente ertheilt worden[1]). Und das Verhältniß schien sich noch immer mehr zu Ungunsten des Südens ändern zu wollen. Im Jahre 1851 hatte er nur 64 gegen die 656 Patente des Nordens aufzuweisen[2]), während er noch 1846 76 gegen 564 gehabt hatte, was für ihn ein Patent auf je 96,505 und im Norden ein Patent auf je 17,249 Personen ergab. Und geht man auf die Einzelheiten ein, so erscheint der Süden, wie immer, in noch ungünstigerem Licht. Das kleine Maryland, das, wie bereits hervorgehoben, thatsächlich mehr zum Norden als zum Süden gehörte, fiel bei allen diesen Vergleichen als ein unverhältnißmäßig schweres Gewicht zu Gunsten der Sklavenstaaten in die Wagschale. In ihm waren 1846 21 Erfindungen gemacht, d. h. mehr als ein Viertel aller Erfindungen, deren sich der Süden zu rühmen hatte. Auf der anderen Seite hatten Bürger von

[1]) Die an Ausländer und im Distrikt von Columbia ertheilten Patente sind nicht eingerechnet.

[2]) Th. Parker's Works, VI. p. 35.

New York 240 Patente erhalten, also mehr als dreimal so viel wie sämmtliche Sklavenstaaten zusammengenommen[1]).

Wo der Handel und die Industrie so kümmerlich sind, da kann hinsichtlich der Verkehrsmittel nicht viel erwartet werden. Die verschiedenen Angaben über die Entwickelung des Eisenbahnbaues in den Vereinigten Staaten, die mir zugänglich gewesen sind, stimmen nicht vollkommen überein, aber die Differenzen sind nicht so groß, daß der Werth der Ziffern als Illustration der Zustände in den beiden Sektionen der Union durch sie beeinträchtigt würde. Um jedem Verdacht einer Parteilichkeit vorzubeugen, will ich die Zahlen aufnehmen, die der glühende südstaatliche Patriot De Bow angibt. Nach der Commercial Review waren 1851 in den zehn nördlichen atlantischen Staaten[2]) 6,838 und in den sechs südlichen atlantischen Staaten, Alabama, Louisiana, Arkansas und Tennessee, die eine gleich große Bevölkerung hatten, nur 2,309 Meilen Eisenbahn in Betrieb[3]). Der Süden hatte sich dieses Verhältnisses um so mehr zu schämen, als nach derselben Autorität die Baukosten mindestens doppelt so groß im Norden waren. Die Commercial Review berechnete, daß der Norden zwölf, oder, Texas eingeschlossen, achtzehn mal so viel Eisenbahnen per Quadratmeile wie der Süden habe und pro Kopf der Bevölkerung im Norden sechs bis acht mal so viel als im Süden für Eisenbahnen verausgabt worden sei. Und das Zurückbleiben in der Verwerthung dieser Erfindung, die mit Sturmesgeschwindigkeit eine neue Entwickelungsperiode des gesammten Kulturlebens herbeiführte, rührte nicht etwa daher, daß der Süden zu spät und nicht genug ihre Bedeutung erkannt. Durfte sich doch South Carolina rühmen, den Bau der ersten längeren Linie — von Charleston nach Hamburg — unternommen und vollendet zu haben. Aber der Alp der Sklaverei spottete der Anstrengungen Derer, die da wähnten, fromme Wünsche und richtige Erkenntniß müßten hinreichen ihn abzuschütteln. War es nicht ein fast lächerliches Vermessen in dem Eisenbahnbau gleichen Schritt mit der übrigen Kulturwelt halten zu wollen, wenn die von der Natur verliehenen Verkehrsstraßen, die unzähligen breiten Ströme, noch immer in ungezähmter Natürlichkeit dem Meere

---

[1]) Th. Parker's Works V. p. 39.

[2]) Delaware ist hier zum Norden gerechnet.

[3]) XI. p. 143. — Siehe die Tabelle der Eisenbahnbauten von 1830 bis 1847 in Doggett's Railroad guide for September 1847 und vergleiche damit die Angaben nach dem American Almanac bei Niles, LXXV. p. 127 und nach dem American Railroad Journal ib. p. 192 und Th. Parker's Works, V. p. 45.

zueilten, ſo daß die einſichtsvollſten Leute des Südens immer bitterer klagten, es gehe bei einer Reiſe auf ihnen eigentlich ſtets um Tod und Leben. Eiſenbahnen mußten beinah als eine Anomalie in einem Lande erſcheinen, in dem noch Straßen eine Seltenheit waren, die das ganze Jahr ohne große Gefahr für die Achſen und Räder der Wagen und für die Beine der Pferde befahren werden konnten[1]). Baumwolle mochte immerhin „König" ſein, aber ſelbſt für den König allein läßt ſich ein großes Land nicht mit einem dichtmaſchigen Eiſenbahnnetz überziehen. Wohl wecken und ſchaffen gute Verkehrsmittel den Verkehr, aber in einem dünn beſiedelten Lande von ſo ungeheurer Ausdehnung, in dem ein ſo großer Bruchtheil der Bevölkerung völlig außerhalb des Kulturlebens ſteht und lediglich menſchliches Arbeitsvieh iſt, kann der Verkehr nie ein ſo lebhafter werden, daß die koſtſpieligen modernen Verkehrsmittel in umfaſſenderem Maße zur Anwendung gelangen könnten. Selbſt die Oekonomie der Natur weiß nicht viel von großen Strömen, die nicht beſtändig von ungezählten Bächen geſpeiſt werden und der

[1]) In einer Adreſſe, die eine „große und enthuſiaſtiſche" Eiſenbahnkonvention in New Orleans im Januar 1852 erließ, heißt es: „Dense population, great and growing cities, wealth, power, and influence, and political strength on the one hand — or scattering villages, decayed cities, stagnant life, and comparative poverty and imbecility, are the alternatives which seem to be presented. . . . It is time that we were truly aroused to the urgencies and necessities of the occasion, whilst all the world around us is in motion. The interiors of many of our great states are as difficult practically of communication with their commercial cities, or with each other, as they would be were the restraints of separate governments and custom-house collectors interposed between them! Roads for many months of the year almost impassable, and at all times of enormously costly and laborious transit; — rivers with their insecurities and detentions, and frequent and frightful losses, exclude us from intercourse and easy connection with each other, except upon the borders of the very largest rivers. For many months of the year the citizens of Louisville might reach New Orleans by way of New York sooner than by that of the Ohio and the Mississippi! Nashville is at all times as distant and of more hazardous approach to New Orleans than is New York. Little Rock is practically as far from the ocean as if seated at the falls of St. Anthony. But this is not the worst. Whole regions of immense fertility within our limits are shut out entirely and hopelessly from any market whatever, and in not one of our states can the citizens of the interior reach their shipping or commercial points in less time than it would take a citizen of Boston to visit New York, Philadelphia, Baltimore and Washington, and even in many cases to stop at each of the points — and return to his home." De Bow, The Industrial Resources of the Southern and Western States, II. p. 435.

Mensch kann noch viel weniger solche Ströme schaffen und erhalten Eisenbahnlinien zwischen einzelnen Hauptmärkten und Stapelplätzen mochten gerade existenzfähig sein, aber wie sollte sich ein Eisenbahn- oder auch nur ein gutes Straßennetz in einem Lande ausbilden können, das nicht einmal Verkehr genug hatte, um seine Briefbeförderung bei einem Gebührensatz bestreiten zu können, der in den Mitstaaten einen sehr erheblichen Ueberschuß abwarf. In dem am 30. Juni 1847 endigenden Finanzjahr betrugen im Norden die Einnahmen der Post $ 1,659,412 und die Ausgaben beliefen sich auf $ 1,083,307, was ein Plus von $ 571,104 ergibt; im Süden dagegen bezifferten sich die Ausgaben auf $ 1,318,511 und die Einnahmen nur auf $ 684,079, ein Minus von $ 654,462, das der Norden zu decken hatte[1]).

Das leitet uns auf die Gebiete des geistigen Lebens und der ideellen Interessen hinüber, hinsichtlich deren das Wort von dem „positiven Gut" der Sklaverei als eine noch ungleich ungeheuerlichere Selbstlüge erscheint.

Ganz besonders unzulänglich sind die Zahlenangaben des Census von 1850 für die einzelnen Berufsarten, aber die Fehler in der Zählung sind nicht nur im Süden gemacht worden. Es scheint undenkbar, daß sich wirklich in sämmtlichen Sklavenstaaten nur 264 Buch- und Schreibmaterialienhändler fanden, aber es ist ebenso undenkbar, daß es im Norden nur 1,437 gab, während es durchaus wahrscheinlich ist, daß der Norden die sechsfache Anzahl hatte. Drucker gab es nach dem Census im Norden 11,812 und im Süden 2,625. Wie viel ungünstiger das Verhältniß für diesen gewesen wäre, wenn man auf beiden Seiten von der politischen Presse abgesehen hätte, geht daraus hervor, daß der Süden nur 24 Verlagsbuchhändler gegen die 321 des Nordens hatte. Allein auch hinsichtlich der politischen Presse konnte der Süden den Vergleich nicht aushalten. In den Sklavenstaaten erschienen 469 politische Zeitungen und Zeitschriften mit einer Gesammtauflage von 512,502 gegen 1,161 mit einer Gesammtauflage von 1,395,292 Exemplaren im Norden. Günstiger lag das Verhältniß für den Süden bei den als „neutral und unabhängig" bezeichneten Zeitungen und Zeitschriften, d. h. was die Zahl anlangt: 32 gegen 51, aber keineswegs auch wenn man die Auflage verglich: 35,281 gegen 268,441. Das Gleiche gilt von den Unterhaltungsblättern (literary and miscellaneous): 157 gegen 411 mit einer Auflage von 213,480 gegen 1,478,923 Exemplaren.

[1]) Congr. Globe, 31st Congr., 1st Sess., Append. p. 412.

Religiöse Organe hatte der Süden 51 gegen die 140 des Nordens, aber die Gesammtauflage betrug nur 101,516 gegen 970,141. Auf den ersten Blick überraschend ist es, daß das Verhältniß hinsichtlich der wissenschaftlichen Organe nicht noch ungünstiger lag: 12 gegen 41 mit einer Auflage von 21,836 gegen 185,204. Allein selbst ein in seiner Art so tüchtiges Journal wie die Commercial Review mußte klagen, daß es kaum sein Leben fristen könne[1]), und sieht man näher zu, so wird man es sehr verständlich finden, daß der Vergleich um so ungünstiger für den Süden ausfallen mußte, je tiefer man hinabstieg. Gerade in allen den Verhältnissen, welche die Volksbildung betrafen, tritt es am grellsten zu Tage, in welchem Maße die Sklaverei, trotz aller demokratischen Institutionen, die Entwickelung des Südens in aristokratische Bahnen gedrängt hatte.

In der höchsten Klasse amerikanischer Unterrichtsanstalten, den Colleges, brauchte der Süden, was die äußeren Momente anlangt, den Vergleich durchaus nicht zu scheuen. Der Norden hatte 114 mit 879 Lehrern, 15,094 Schülern und einem Einkommen von $ 924,503; der Süden 120 mit 772 Lehrern, 12,065 Schülern und einem Einkommen von $ 992,125. Auch hinsichtlich der Academies und anderer Mittelschulen hatte er, wenn man den Unterschied in der Bevölkerungsziffer in Betracht zieht — die Sklaven natürlich nicht eingerechnet — noch einen Vorsprung vor dem Norden, d. h. wiederum nur die äußeren Momente in's Auge gefaßt. Fragt man dagegen nach den öffentlichen Bibliotheken, so gewinnt das Bild schon ein wesentlich anderes Aussehen. Im Norden gab es 14,893 mit 3,886,617 Bänden und im Süden nur 722 mit 749,798 Bänden. Nun aber vollends gar die Volksschulen (Public Schools). Im Norden gab es ihrer 62,459 mit 70,647 Lehrern, 2,770,381 Schülern und einem Einkommen von $ 6,857,527, im Süden dagegen nur 29,541 mit 21,353 Lehrern, 583,292 Schülern und einem Einkommen von $ 2,734,003. Da kann es nicht überraschen, daß es im Süden 573,083 Freie über 20 Jahre gab, die weder lesen noch schreiben konnten, während der Norden mit seiner mehr als doppelt so großen Bevölkerung dieser Art nur 480,337 hatte, wovon noch ein großer Theil auf die Eingewanderten kam, während im Süden noch mit nur sehr wenigen Ausnahmen die über drei Millionen Sklaven zu den völlig Ungeschulten hinzugezählt werden mußten.

Der Süden protestirte allerdings dagegen, daß man bei diesen Ver-

[1]) IX. p. 120.

gleichen die Sklaven mit in Rechnung zog; nur als Vermögen sollten sie veranschlagt werden. Nun, auch wenn man ganz von ihnen absah, waren die Zustände schrecklich genug und aus dem Munde seiner eigenen großen Männer konnte er überführt werden, daß die Sklaverei die Schuld daran trug. Sie klagten, daß die kleinen Ackerbauer, die keine Sklaven besäßen, nur das schlechteste Land erwerben könnten und die Hoffnungslosigkeit, sich je aus der Armuth emporzuarbeiten, sie damit zufrieden sein ließe, daß sie über dem Neger ständen, während sie thatsächlich fast auf die Kulturstufe des Indianers herabsänken[1]). Was Wunder, daß solche Leute nicht von ihrem Gewissen behelligt wurden, wenn sie ihre Kinder unter dem Schmutz und den Lumpen der wetterrissigen Hütte wie das liebe Vieh aufwachsen ließen, obwohl es ihnen nicht einen Cent gekostet hätte, sie zur Schule zu schicken?[2]) Was

[1]) „In the more southern portion of this region (the south-west) the non-slaveholders possess, generally, but very small means, and the land which they possess is almost universally poor, and so sterile that a scanty subsistence is all that can be derived from its cultivation, and the more fertile soil being in the possession of the slaveholder, must ever remain out of the power of those who have none... the acquisition of a respectable position in the scale of wealth appears so difficult that they decline the hopeless pursuit, and many of them settle down into habits of idleness, and become the almost passive subjects of all its consequences. And I lament to say that I have observed of late years that an evident deterioration is taking place in this part of the population, the younger portion of it being less educated, less industrious, and in every point of view less respectable than their ancestors." De Bow, Commercial Review, III. p. 188.

„So long as these poor, but industrious (?) people, could see no mode of living, except by a degrading operation of work with the negro upon the plantation, they were content to endure life in its most discouraging forms, satisfied that they were above the slave, though faring often worse than he." ib. VIII. p. 25.

„It is indeed painful to be brought in contact with such ignorance and degradation . . . this class of our population, now but little elevated above the Indian of the forest." ib. VIII. p. 139.

[2]) William Gregg von South Carolina sagt: „The appropriation annually made by our Legislature for our school fund, every one must be aware, so far as the country is concerned, has been little better than a waste of money, and all efforts to adopt a more successful system have failed; and while we are aware that the Northern and Eastern states find no difficulty in educating their poor, we are nearly ready to despair of success in the matter, for even penal laws against the neglect of education would fail to bring many of our country people to send their children to school, notwithstanding it could be done without a cent of expense. . . . Any man who is an observer

Wunder, daß mit jeder Generation die Kluft weiter gähnte, welche diese Bedauernswerthen von der Kulturwelt trennte? Ein städtisches und namentlich ein großstädtisches Proletariat ist ein unvermeidliches Uebel, aber ein nach vielen Tausenden zählendes ländliches Proletariat in einem Lande, das noch Millionen über Millionen bei mäßiger Arbeit reichlich nähren und zu Wohlstand bringen könnte, ist in unseren Tagen eine fast unfaßbare Ungeheuerlichkeit. Und wenn sowohl dieses ländliche wie das städtische Proletariat ein eminent aristokratisches ist und dabei die Institutionen demokratisch sind, so sind das Indizien schlechthin unhaltbarer Zustände; in der einen oder in der anderen Weise muß sich eine Revolution von Grund aus vollziehen, wenn das Land nicht eine einsame Insel im Ozean ist, auf der das Volk, abgeschlossen gegen alle Einwirkungen von der Außenwelt, in dem endlosen Verrottungsprozeß fortvegetiren kann.

Nicht das war das Bedeutsamste, daß der Süden in schlechthin jeder Hinsicht dem Norden so weit nachstand, sondern daß die Momente, die ihn so weit hatten zurückbleiben lassen, noch immer fortwirkten und er darum auch immer weiter zurückbleiben mußte. Nicht die aktuellen Verhältnisse, sondern die Tendenz seiner Entwickelung auf allen Lebensgebieten machte eine tiefgreifende Umwälzung, in welcher Weise dieselbe sich auch immer vollziehen mochte, nur zu einer Frage der Zeit.

De Bow schalt es mit Recht einen Wahn zu erwarten, daß der Norden die „Rechte" des Südens respectiren, d. h. sich immer wieder den Forderungen der Sklavokratie beugen werde, wenn man die Ungleichheit in allem, was die Macht und Größe eines Volkes ausmacht, immer größer werden lasse[1]). Abgesehen von allem Anderen mußte der Norden doch endlich zu der Erkenntniß gelangen, daß es absurd sei

---

of things, could hardly pass through our country without being struck with the fact, that all the capital, enterprise and intelligence is employed in directing slave labor, and the consequence is, that a large portion of our poor white people are wholly neglected, and are suffered to while away an existence in a state but one step in advance of the Indian of the forest." ib. XI. p. 135.

[1]) „We look on and admire the growth of this tremendous power there (im Norden), scarcely admitting any excellence in ourselves or willing to make an effort to secure such excellence. Yet we expect to be respected in our rights, and deferentially bowed to by the rulers of the North! Vain hope, if history be credited. Let the scepter depart from Judah, and his brethren will not long desire the pretext to trample upon his inheritance." ib. XI. p. 120.

immer neue Stützen einem Systeme unterzuschieben, das die wirthschaftliche Entwickelung des Landes so schwer beeinträchtigte. Selbst die Friedensseligsten und die Gedankenlosesten mußten doch nach und nach stutzig werden, wenn aus dem Süden die Klage kam, daß sogar diejenigen seiner wenigen größeren Städte, denen ihre Lage allem Unverstande, aller Indolenz, allen verderblichen Institutionen zum Trotz eine großartige Entwickelung zu garantiren schien, entweder nicht vorwärts kämen, oder geradezu den Krebsgang gingen. Mobile glich mehrere Jahre einer leeren Lampe, deren Flamme nur noch von dem Oel genährt wird, das der Docht aufgesogen hat[1]). Ein Umschwung zum Besseren begann erst wieder einzutreten, als die Herstellung einer Eisenbahnverbindung mit Ernst in Angriff genommen worden war. New Orleans, die Königin unter den Städten des Südens, klagte daß es keinen wirklich selbständigen Handel habe[2]). Es bekannte, daß es schwer von den auf allen Seiten erstehenden Nebenbuhlern zu leiden habe[3]) und sein Exporthandel sichtlich zusammenschwinde[4]). Das stolze South Carolina vollends bot ein wahrhaft trostloses Bild dar, wenn man seine Zustände im Lichte der Entwickelung des Nordens betrachtete. Von

[1]) „The assessment rolls of real and personal estate, published by authority, show that the total value of property, which from 1836 to 1837 had averaged $ 20,000,000, had declined in 1847, 48 and 49 to $ 12,000,000. The result was on all sides evidences of general decay. Rents fell, business declined, and emigration commenced its inroads. The glory of Mobile had departed." The Industrial Resources of the Southern and Western States, II. p. 439.

[2]) In dem Berichte über eine Rede von James Robb vor der Eisenbahnkonvention zu New Orleans von 1851 heißt es: „Mr. Robb then referred to another great want of New Orleans — it was the want of an external commerce. By external commerce he meant that which was conducted by ships owned here, and plying between this and foreign ports, and exchanging the produce of our valley for articles of foreign production, needed by our people. Save a small trade both with Mexico and Texas, we are entirely destitute of this commerce." Commercial Review, XI, p. 78.

[3]) „New Orleans, which was once the proud emporium and mart of the immense empire of the west, sees her trade taken away by piece-meal, by a host of sleepless rivals, until her rank is fast passing away from her, and the grass threatens to grow again in her once crowded thoroughfares." The Industrial Resources of the Southern and Western States, II, p. 453.

[4]) „It is true that the quantity of produce coming to New Orleans in search of a market, has fallen off; and, consequently, the number of vessels arriving and departing, has decreased. This is what has alarmed, and justly alarmed, the people of New Orleans." ib. III, p. 14.

1800 bis 1827 hatte der jährliche Durchschnitt der in dem Staate erhobenen Eingangszölle $ 928,951 betragen und in den nächsten siebzehn Jahren, von 1828 bis 1844, sank der Jahresdurchschnitt auf $ 467,993 herab[1]). In Charleston änderten sich mit den Jahren die Gesichter und die Namen, aber die Zahl der Bevölkerung blieb die gleiche und das ganze Aussehen der Stadt würde sich nicht verändert haben, wenn nicht zwei große Feuersbrünste viele von den alten Häusern in Asche gelegt hätten. Nur sein eminent aristokratischer Charakter entwickelte sich in staunenswerther Weise: der Dampf, der mit titanischer Kraft die Lebensformen der Menschheit umgestaltete, hatte wegen seiner plebejischen Gefolgschaft von Rauch, Kohlengeruch und Lärm keinen Zutritt in diesem ausgewähltesten Kreise von Sklavenbaronen[2]).

---

[1]) Commercial Review, II, p. 414. — „In 1844, R. F. W. Allston held the following language to the Secretary of the Treasury:

'The average annual imports of the state for ten years, from 1832 to 1842, were $ 2,289,463, average annual exports for the same time $ 10,291,735. The average annual imports for two years, 1843 and 1844, were $ 1,213,112; average annual exports same time $ 7,597,045. In the year 1800 the produce of the state was exported from her own ports, at which were also received the return cargoes which paid for it. Then trade was brisk. All the interests of the state nourished in a high degree. Then the imports at the port of Charleston yielded a revenue of $ 2,203,812; now the duties collected at the same port are $ 158,405'." The Industrial Resources of the Southern and Western States, I, p. 244.

[2]) „That we are behind the age in agriculture, the mechanic arts, industry and enterprise, is apparent to all who pass through our State; our good city of Charleston speaks a language on this subject not to be mistaken; she has lost 1000 of her population, according to the census of 1840, while her sister cities have doubled and quadrupled theirs; she has had, for thirteen years, the advantage of the South Carolina Railroad, which, under ordinary circumstances, should have doubled the number of her population. How does she now stand? Precisely where she stood twenty years ago, and, but for the two conflagrations which swept off many of her old houses she would present at this moment the same appearance that she did in 1824. Where is the city in this age of improvement, except Charleston, that a book-binder, or job-printer is prohibited the use of a small steam-engine, to enable him to carry on his business with more facility, and to cheapen the price of those articles that we are purchasing from other cities more liberal to their artizans? and where a carpenter is not allowed the use of the same, to turn a circular saw or drive a mortising chisel, to enable him to compete with others to supply us with ready made doors, blinds, sashes, shutters, etc.? . . . the labor of negroes and blind horses can never supply the place of steam, and this power is withheld lest the smoke of an engine should disturb the deli-

Früher hatte der Süden diese wirthschaftliche Misère einfach auf die Bundesgesetzgebung geschoben. Auch jetzt noch schalt er diese parteiisch und verfassungswidrig, aber seine einsichtsvollsten Leute verkannten nicht mehr, daß in erster Linie der Süden selbst die Verantwortlichkeit trage und sie hatten den Muth es rückhaltlos auszusprechen. Schon seit Jahren wurden bald hier, bald dort Konventionen abgehalten, in denen die verschiedenen Seiten des wirthschaftlichen Lebens abgehandelt wurden. Die Denunziationen der Gesetzgebung spielten da nur noch eine ganz untergeordnete Rolle; Reden und Berichte erörterten vornehmlich, was der Süden hätte thun können und thun sollen, aber nicht gethan hatte. Wohl hieß es da stets, daß man nun endlich aufgewacht sei und ein neues Kapitel der Wirthschaftsgeschichte beginnen werde, aber wenn man über Jahr und Tag wieder zusammenkam, mußte man stets mit dem Bekenntniß beginnen, daß die Hoffnungen wiederum vollständig getäuscht worden seien und nach wie vor alles in gedankenlosem, unverständigem und sträflichem Schlendrian forttreibe[1]).

Mit Recht wurde der größte Nachdruck auf die Einseitigkeit der Wirthschaft gelegt und verlangt, daß der Süden vor allen Dingen in Zukunft seinen Bedarf an Lebensmitteln selbst decke[2]). Ferner wurde

cate nerves of an agriculturist; or the noise of the mechanic's hammer should break in upon the slumber of a real estate holder, or importing merchant, while he is indulging in fanciful dreams, or building on paper the Queen City of the South — the paragon of the age." Commercial Review, VIII, p. 140.

„It would scarcely be believed in any other country, were we to tell the story, that we have not such a thing as a hatter's shop in the good city of Charleston .... neither is there one in Columbia; and we believe it would be difficult to find one in the state of South Carolina." ib. XI, p. 137.

[1]) It is the misfortune with us, that when we have been aroused in the past, it has been by paroxysms, and never followed by sustained efforts. We have come together in convention, but when the convention adjourned, there was the end of it. Nobody had power to act in the recess. The thing soon passed out of mind. Thus was it with the Commercial Convention of Augusta, of Macon, and Charleston — the rail-road meetings of Memphis and St. Louis; and thus will it be with those the other day of Richmond and Macon; and thus will it be with ours, unless we take some measures to prevent it." De Bow's Rede in der Eisenbahn Konvention zu Jackson, Miss., Jan. 1852. The Industrial Resources of the Southern and Western States, III. p. 82.

[2]) The Quincy Times schreibt: „The truth is, the South has been kept poor by unthriftiness, by concentrating her whole energies upon one branch of industry — the production of cotton .... The only effectual relief of the Southern planter is, to enter upon a system for the production of all the

direkter Import und namentlich die Einführung der Großindustrie — in erster Stelle natürlich Baumwollenmanufakturen — gefordert. An einzelnen Beispielen wurde nachgewiesen, wie leicht man sich selbst den Vortheil sichern könne, den man jetzt den Importeuren von New York zuwende und daß sogar die Verwendung von Sklavenarbeit in Fabriken mit Erfolg versucht worden sei[1]), aber allen Mahnungen zum Trotz fanden diese Beispiele nie in irgend beachtenswerthem Maße Nachahmung. Der Schaden lag also offenbar tiefer. Die Einseitigkeit der Wirthschaft konnte nicht die erste Ursache des Uebels sein, sondern mußte selbst eine Folge desselben sein.

Mannigfaltigkeit des wirthschaftlichen Lebens wirkt unzweifelhaft

---

necessaries at home. In the article of breadstuffs, of flour alone — the people of the Southern States are still tributary to the North in vast amounts. And there is no need of this; the Southern soil grows wheat of the finest quality; Southern industry if properly directed, can convert it into the finest flour." Niles, LXXV, p. 62.

[1]) Dabei wurden freilich oft die sonderbarsten Theorien entwickelt. Ein Beispiel mag zeigen, wie sehr die Denkfähigkeit nach gewissen Richtungen hin durch die Einwirkungen der Sklaverei gelitten hatte. „They (the people of Great Britain) foresee that if slave labor should be directed to manufacturing, that our cotton crop would no longer be sent to their mills; and if they should still continue to control the crops of other countries, they could not compete with the slave labor of the southwest; for we could under sell (sic) them in every market in the world, not excepting their own home market . . . . I have frequently heard it said that manufactures could not succeed in this country, owing to the high price of labor. A female operative in New England cotton factories, receives from ten to twelve dollars per month, — this is more than a female slave generally hires for in the south west. But without entering into a comparison of the present nominal price of labor in this and other countries, it is sufficient to say, that whatever the price may be, none can produce any given article as cheap with hired labor as he who owns it himself. In the latter case the labor is so much capital in hand, and it is not so much a question with the owner whether he can produce a yard of cloth, or any other given article as low as it can be produced in England or in Massachusetts, but whether by applying his labor to the production of the cloth, or other article, he can make it more profitable than he can by using it in agriculture. It matters nothing to him how low others can produce the article, he can produce it lower still, as long as it is the best use that he can make of his labor, and so long as his labor is worth keeping. (Ob aber eben das unter solchen Verhältnissen der Fall sein würde, die Frage sich aufzuwerfen, unterläßt der Schreiber weislich.) It is upon this principle that the southwest is destined to monopolize the manufacture of the whole cotton crop of the United States." Commercial Review, III, pp. 194, 196.

anregend auf die Entwickelung der verschiedenen Seiten desselben, aber Einseitigkeit der Wirthschaft bedingt nicht an sich hochgradige Unzulänglichkeit in der Thätigkeit, welcher das Volk fast ausschließlich obliegt. Nach dem einhelligen Zeugniß der berufensten Beurtheiler im Süden selbst war aber die Art und Weise, in der der Ackerbau betrieben wurde, ein Jammer und eine Schande. Und das galt nicht nur von dem Getreide- und Gemüsebau, sondern ganz besonders auch gerade von dem Bau des Stapelproduktes, das unmittelbar oder mittelbar der dominirende Faktor in dem ganzen Leben des Südens war[1]). Man redete und schrieb genug gegen das Uebel, aber so ohne allen Erfolg[2]), daß man schließlich wieder die Gesetzgebung verantwortlich machte, nur waren es jetzt nicht mehr die Begehungssünden der Bundesregierung, sondern die Unterlassungssünden der eigenen Staatslegislaturen, denen die Schuld beigemessen wurde[3]).

---

[1]) Zu den zahlreichen Belegstellen dafür, die sich bereits an verschiedenen Stellen dieses Werkes finden, mögen nur noch zwei hinzugefügt werden „In Louisiana, whose resources and progress have been extraordinary, it is scarcely credible how little interest has been taken in the subject of scientific agriculture. Accounts on all hands are agreed that, until within a few years, the rudest systems of tillage were in use, and the most wasteful. Even now it is difficult to convince the planters, as a body, that they have anything to do out of the usual routine." Commercial Review, IV, p. 421.

„. . most (cotton) planters plant all their open land every year. We lack twenty-five per cent. of having enough land open, and plant twenty-five per cent. too much of the land we have open. What is called over-cropping is a very common fault with the cotton planters, and results in great disadvantages; a less quantity of land cultivated better, will produce a greater amount of cotton. And moreover, the same number of bales of cotton, on a less number of acres of land, requires less labour in picking. And the picking of cotton being more than one third of the whole labor requisite to produce it, this is a very important consideration. It is a very uncommon thing to see a crop cultivated well, throughout the season. Nine-tenths of the cotton crops suffer for the plough and hoe during three-fourths of the growing season." ib. III, p. 5.

[2]) „It must be owned, that neither our agricultural societies, nor our agricultural essays, have effected anything worth speaking of." ib. VIII, p. 503.

[3]) „. . we cannot permit the fact to pass unnoticed, the reproachful fact — the total want of legislative encouragement of agricultural interests by State endowments. Hence (!) the mortifying disparity in the march of improvement between the North and the South, exhibited in the increase and development of their internal resources." ib. I, p. 228.

Der ewige Refrain aller Klagen und aller Aufmunterungen: daß der Süden nur zu wollen brauche, um ein blühendes und reiches Land zu werden, war in gewissem Sinne richtig genug. Aber alle Klagen, alle Vorstellungen, alle Beweise, alle glänzenden Zukunftsbilder vermochten ihn eben nicht zu thatkräftigem Wollen zu bringen. Jener Satz war nur die positive Formel für die stete Klage, daß der Süden keinen Unternehmungsgeist habe[1]). Daß er keinen Unternehmungsgeist hatte und nicht zu thatkräftigem Wollen aufgerüttelt werden konnte, war aber die legitime, unabweisliche Konsequenz der Sklaverei.

Der größte und der beste Theil der geistigen Kraft wurde auf die Politik verwendet und dazu in einer Weise, daß völliges Brachliegen derselben im Vergleich noch als ein großer Segen erschienen wäre[2]). Das bestimmende Moment in der Politik der südlichen Staatsmänner wurde von Jahr zu Jahr ausschließlicher die Sklaverei und je mehr sie sich darauf zuspitzte die „Rechte" der Sklavenhalter zu wahren und ihre Interessen zu fördern, mit desto volleren Händen säte sie Zwietracht zwischen Süden und Norden und desto tiefer ließ sie alle die Schäden sich einwurzeln, an denen der Süden krankte.

Die intelligentesten und unterrichtetsten Leute des Südens, die nicht, wie man in den Vereinigten Staaten zu sagen pflegt, lediglich von ihrem Witz lebten, sondern das dominirende Element der produktiven Klassen bildeten, waren meist Sklavenbarone. Darum mußte in seinem wirthschaftlichen Leben das Eine fehlen, das die erste Voraussetzung befriedigender Zustände und stetig fortschreitender Entwickelung ist: das Denken. Das war die tiefste Wurzel aller Uebelstände. Sie war die direkte Folge der Sklaverei und sie konnte daher auch nur mit dieser verschwinden. Die großen Pflanzer dachten viel zu wenig, weil sie die übelen Folgen ihrer Indolenz nicht unmittelbar genug empfanden und die Denkthätigkeit, die sie auf ihre wirthschaftlichen Interessen verwandten, wurde in der elementarsten Aufgabe erschöpft, ihre zahlreichen menschlichen Arbeitsmaschinen in Bewegung zu erhalten. Wo aber die

---

[1]) „We do not want capital, but most sadly want enterprise, which God we implore will give to our children, should it so happen, that we are irreclaimable, or past all hope." ib. II, p. 407.

[2]) „It would indeed be well for us, if we were not so refined in politics — if the talent, which has been, for years past, and is now engaged in embittering our indolent people against their industrious neighbors of the North, had been with the same zeal engaged in promoting domestic industry and the encouragement of the mechanical arts." ib. VIII, p. 134.

oberſte Schichte der produktiven Klaſſen ſich trieblos in den ausgefahrenen Geleiſen hinſchleppt, da kann niemals unter den kleinen Leuten große Regſamkeit herrſchen und hier mußten ſie ganz beſonders zu gedankenloſem Vegetiren neigen, theils weil es zu ſchwer war die oberen Staffeln der Leiter zu erklimmen und theils weil ſie auch durch die größte geiſtige und wirthſchaftliche Verkommenheit nicht ihrer Zugehörigkeit zur Ariſtokratie verluſtig gehen konnten. Und die Sklaven dachten vollends nicht, weil man ſie nicht zum Denken anleitete und weil ſie kein Intereſſe daran hatten, ihre Arbeit denkend zu verrichten[1]). Das konnte aber nicht anders werden, weil man es nicht anders werden laſſen durfte.

Es iſt ſchon früher darauf hingewieſen worden, daß der Schwerpunkt der Sklavenwirthſchaft ſtetig weiter nach Südweſten vorrückte, weil es die Pflanzer reizte, die unter dem fortgeſetzten Raubbau mehr und mehr verkommenden Aecker ihrer Väter gegen den jungfräulichen Boden der neuen Staaten zu vertauſchen. Und wir haben weiter geſehen, mit wie lebhafter Sorge man den langſamen, aber unaufhaltſam fortſchreitenden Entwickelungsprozeß beobachtete, der in den nördlichen Sklavenſtaaten die Erkenntniß anbahnte, daß die Sklaven ein höchſt koſtſpieliger Luxusartikel ſeien, deſſen man ſich zu entledigen ſuchen

---

[1]) „It should also be borne in mind, that the people of slave States are always the last, or generally so, in adopting those improvements necessary to facilitate commerce and cheapen transportation from the point of production to the point of sale or market . . . . In the free States, every man has personally to superintend the getting of his produce to market. This awakens his thinking powers, and the obstacles he has to overcome in wagoning his property, (as he is himself generally the wagoner), stimulates into successful existence, first, turnpike roads; secondly, canals; thirdly, clearing out rivers and streams, and lastly, railroads. Now, on the other hand, the slave, and not the master, is the driver of the wagon; and so he gets along, but little matter how long, how troublesome, difficult, or laborious, the negro only sees and feels all this inconvenience, and the master is the last person to be aroused to make any improvement in his means of getting his produce to market; and, consequently, slave States, in matters of Internal Improvement, are never leaders.

But beside this, with a man owning a hundred slaves, there is but one mind to think; whereas, in the free States, the same number of persons would constitute one hundred and one thinkers and actors; and, it is impossible to contend against intellectual power, and its influence in such matters." ib. III, p. 43.

müsse[1]). Hier und da wurden Stimmen laut, die auf die Gefahr einer zu starken Aufstauung der Sklavenbevölkerung hindeuteten. M. F. Maury glaubte, dieselbe müsse schließlich unfehlbar zu einem entsetzlichen Racenkampfe führen, wenn nicht bei Zeiten ein „Sicherheitsventil" geöffnet werde und er bezeichnete das Thal des Amazonenstromes als das Bett, in das die überschüssige Sklavenbevölkerung abgeleitet werden müsse[2]). Andere dagegen erblickten die Hauptgefahr darin, daß weiße Einwanderer in die von den Pflanzern und ihren Sklaven gelassenen Lücken nachrücken und die nördlichen Sklavenstaaten vollends dem Sklavenhalterinteresse entfremden würden, indem sie die Sklaven gänzlich verdrängten[3]). Dieser Satz war der erste Schritt in ein Labyrinth von Widersprüchen, aus dem es keinen Ausgang gab, weil alle die Widersprüche logische Konsequenzen der Sklaverei waren.

Während man aus dem angegebenen Grunde die weiße Einwanderung fürchtete, klagte man bitter darüber, daß der Norden bisher den Segen der Einwanderung monopolisirt habe und seufzte laut nach ihr als dem einzigen Mittel, einen frischen und neuen Geist in das gesammte

---

[1]) „As the lands become more and more exhausted in the older and more northern parts of the slave-holding districts, slave labor will become less and less valuable; it will therefore press south and southwest, and their places will be filled by white laborers, thus insensibly narrowing the limits of the slave district, until the whole of this population will be crowded into a comparatively small area in the extreme south. This result of all others should be avoided if possible by the slave holders; for it would in every way tend to lessen the value of their property, and would sooner or later verify the prediction of the eccentric statesman of Roanoke, that instead of the slave running away from the master, the master would run away from his slaves." ib. III, p. 213.

[2]) The Industrial Resources of the Southern and Western States, III, p. 18.

[3]) „As the country fills up with a more crowded population in the non-slave holding states, free labor by degrees will press upon the northern limits of the slave holding states, and gain a footing within its borders. This will be a different race from the southern non-slave holder; these will be people who are enured to habits of industry and enterprise; they will bring the means to purchase the worn out fields, and they will go to work to restore them to fertility by their own industry and skill; they will not use slave labor, and all the lands thus purchased and occupied, will be so much taken from the occupation of slaves; for it may be safely assumed that when the slaves have once progressed south, they will never return to the north again." Commercial Review, III, p. 213.

Leben des Südens zu bringen[1]). Andere waren nicht minder von der Nothwendigkeit überzeugt, einen neuen Geist im Süden zu wecken und auch sie waren der Ansicht, daß die Reform auf die breiteste Basis gestellt werden müsse. Allein sie sträubten sich dagegen dieselbe durch Elemente, die den Institutionen des Südens feindselig gesinnt sein würden, von außen hereintragen zu lassen. Durch die Einführung der Industrie, die dem Farmer zu Wohlstand verhelfen sollte, indem sie ihm einen Konsumenten an die Seite setzte, und von der die wirthschaftliche Emanzipation des Südens vom Norden erwartet wurde, wollten sie auch den verkommensten Theil der eingeborenen weißen Bevölkerung in einen strebsamen und behäbigen Arbeiterstand verwandeln[2]). Wenn es aber gelang den kleinen Ackerbau so zu heben und eine so radikale Verwandelung der „weißen Spreu" zu Wege zu bringen, worin hätten sich dann noch diese Klassen von den Einwanderern aus den nördlichen Staaten oder aus Europa unterschieden? Mußten diese ängstlich ferngehalten werden, weil sie der Sklavenwirthschaft den Boden unter den Füßen fortschaufelten, so galt von jenen nach der Metamorphose genau das Gleiche. Der Prozeß wäre nur dadurch etwas verlangsamt worden, daß die Eingeborenen sich erst ihrer ererbten und anerzogenen Ansichten über die Sklaverei hätten entledigen müssen, während die Einwanderer meist mit „Vorurtheilen" gegen sie gekommen wären; aber

---

[1]) „Our slave population is every day increasing upon us in greater ratio than the white, and it is only by some system that will encourage the emigration of a white population to us, that we can hope to keep up the equilibrium of the two races.

We have seen that this manufacturing system will induce emigration to us; that it will add both to our commercial and political power, and above all, it will enable us to defend successfully those rights guaranteed to us by the constitution; and if the evil day should ever come when the south shall be satisfied that she cannot remain in the Union upon equal terms, or *with* safety to her institutions, it will place her in a condition to maintain her separate nationality." The Industrial Resources of the Southern and Western States, II, p. 127.

[2]) „The benefits to be derived by the non-slave holding part of the population (von der Einführung der Industrie) would perhaps be of more importance than any other. By opening to them a profitable employment you give them the means of procuring wealth and moral respectability, and thereby raise up in the heart of the country a population which will be the pride and boast of the nation. Instead of emigrating out of your borders they will remain the physical and moral bulwark of southern institutions." Commercial Review, III, p. 198.

er mußte schließlich auf dasselbe Resultat hinauslaufen, da es das wohlverstandene Interesse ist, was eine solche Arbeiterbevölkerung zur Todfeindin der Sklaverei macht und wirthschaftliche Gesetze, die von den persönlichen Ansichten der Einzelnen unabhängig sind, der Sklavenarbeit das erfolgreiche Konkurriren mit einer solchen Arbeiterbevölkerung schlechthin unmöglich machen. Als Bürger und als Pflanzer mußten die Aristokraten des Südens daher allerdings wünschen die Masse der Weißen aus ihrer geistigen und wirthschaftlichen Degradation emporzuheben, aber die Metamorphose war nicht nur unmöglich, weil das Verkommen der Massen die natürliche Konsequenz der Sklaverei war, sondern die Interessen der Aristokratie als Sklavenhalter verboten auch unbedingt, sie anzustreben. Wenn aber die Interessen der Sklavokratie schon die Verwandlung der Masse der weißen Bevölkerung in intelligente und behäbige Arbeiter und Bauern verbot, dann war es offenbar, wie Gouverneur Hammond von South Carolina andeutete, Selbstmord, wenn die Slavokratie in umfassenderem Maße die Sklaven zu Arbeitern höherer Ordnung heranbildete[1]). In der modernen Kulturwelt ist die tiefste Degradation des Sklaven die Voraussetzung des Bestandes der Sklaverei. Es kann daher nicht überraschen, daß der Mann, der in jeder Hinsicht das Wesen der Sklaverei am tiefsten ergründet hatte, sich vollständig ablehnend gegen die großen Projekte der südstaatlichen Patrioten verhielt, die dem eitelen Traum einer radikalen wirthschaftlichen Reform des Südens durch den Bau von Fabriken nachhingen: Calhoun wollte nichts von der Einführung der Großindustrie wissen, woher man auch immer die Arbeiter nehmen mochte[2]).

---

[1]) While, in their appropriate sphere, the cultivation of our great staples, under a hot sun and arid miasma, that prostrates the white man, our negro slaves admit of no substitute, and may defy all competition, it is seriously doubted, whether their extensive and permanent employment in manufactures and mechanic arts, is consistent with safe and sound policy. Whenever a slave is made a mechanic, he is more than half freed, and soon becomes, as we too well know, and all history attests, with rare exceptions, the most corrupt and turbulent of his class. Wherever slavery has decayed, the first step in the progress of emancipation has been the elevation of the slaves to the rank of artisans and soldiers." The Industrial Resources of the Southern and Western States, III, p. 34.

[2]) „We regret to learn that Mr. Calhoun and his school do not favor the establishment of manufacturing establishments at the South." Annual Report of the American and Foreign Anti-Slavery Society, May 8, 1849, p. 48. The State Banner, Columbia, S. C., schreibt: „We regard every factory establishment at the South as a fatal blow struck at free trade, and if this

Calhoun also wurde durch sein Denken zu der Erkenntniß von Nothwendigkeit geführt, das zum leitenden Grundsatz der Politik Sklavokratie zu machen, worauf die thatsächliche Entwickelung allen strengungen der Reformatoren zum Trotz hinauslief: es bleibe b Alten! Der Süden erkannte die Nothwendigkeit mit dem Kulturga der übrigen Welt fortzuschreiten, aber das Bleigewicht der Sklav hielt ihn festgebannt. Er klammerte sich an das in immer gewaltiger Schwunge fortrollende Rad der Zeit und berauschte sich an dem Trau daß er von heute auf morgen den Norden und alle anderen Kultu staaten überflügeln werde; und dabei stemmte er die Schultern n ganzer Kraft dagegen, weil jede Bewegung mit zermalmender Wuc über die Sklaverei wegging. Jede Fiber hatte er angespannt, um no einmal dem Norden einen zweifelhaften politischen Sieg abzuringen einen Sieg, der nicht die Sklavokratie gestärkt, sondern nur dem Fort gange der Freiheit Hemmnisse in den Weg geworfen hatte. Er sah den Norden, dem Riesen der Fabel gleich, bei jeder Berührung des Bodens von größerer Kraft durchströmt werden, während ihm selbst das Fleisch an den Knochen welk und die Sehnen schlaff wurden. Ein geistig und sittlich ausgemattetes Geschlecht war diese in ihren höchsten Schichten so hoffärtige und in ihren tiefsten Schichten so verwilderte Aristokratie nicht. Das Blut schoß heiß und in starken Schlägen durch ihre Adern. Eine furchtbare Energie durfte und mußte von ihrem letzten Ringen gegen das Geschick erwartet werden, aber ihre Gesundung und Regenerirung war schlechthin unmöglich. Diese konnte erst beginnen, wenn sie aufgehört hatte zu sein, was sie war. Durchschnitten werden mußten die Pulsadern, damit der Strom des Lebensblutes das Gift mit fortschwemme. Bis das geschah, diente jede Manifestation ihrer Vitalität nur dazu, dasselbe zu verschärfen und sich tiefer in das ganze Gewebe einfressen zu lassen, weil durch alle Bevölkerungsschichten und alle Lebensverhältnisse des Südens ein unschlichtbarer Konflikt sich hindurchzog.

---

is not also a covert blow at the institution of Slavery itself, we shall be agreeably disappointed." ib. p. 49.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Druck von Wilh. Hermann in Leipzig.

Calhoun also wurde durch sein Denken zu der Erkenntniß von der Nothwendigkeit geführt, das zum leitenden Grundsatz der Politik der Sklavokratie zu machen, worauf die thatsächliche Entwickelung allen Anstrengungen der Reformatoren zum Trotz hinauslief: es bleibe beim Alten! Der Süden erkannte die Nothwendigkeit mit dem Kulturgange der übrigen Welt fortzuschreiten, aber das Bleigewicht der Sklaverei hielt ihn festgebannt. Er klammerte sich an das in immer gewaltigerem Schwunge fortrollende Rad der Zeit und berauschte sich an dem Traum, daß er von heute auf morgen den Norden und alle anderen Kulturstaaten überflügeln werde; und dabei stemmte er die Schultern mit ganzer Kraft dagegen, weil jede Bewegung mit zermalmender Wucht über die Sklaverei wegging. Jede Fiber hatte er angespannt, um noch einmal dem Norden einen zweifelhaften politischen Sieg abzuringen, einen Sieg, der nicht die Sklavokratie gestärkt, sondern nur dem Fortgange der Freiheit Hemmnisse in den Weg geworfen hatte. Er sah den Norden, dem Riesen der Fabel gleich, bei jeder Berührung des Bodens von größerer Kraft durchströmt werden, während ihm selbst das Fleisch an den Knochen welk und die Sehnen schlaff wurden. Ein geistig und sittlich ausgemattetes Geschlecht war diese in ihren höchsten Schichten so hoffärtige und in ihren tiefsten Schichten so verwilderte Aristokratie nicht. Das Blut schoß heiß und in starken Schlägen durch ihre Adern. Eine furchtbare Energie durfte und mußte von ihrem letzten Ringen gegen das Geschick erwartet werden, aber ihre Gesundung und Regenerirung war schlechthin unmöglich. Diese konnte erst beginnen, wenn sie aufgehört hatte zu sein, was sie war. Durchschnitten werden mußten die Pulsadern, damit der Strom des Lebensblutes das Gift mit fortschwemme. Bis das geschah, diente jede Manifestation ihrer Vitalität nur dazu, dasselbe zu verschärfen und sich tiefer in das ganze Gewebe einfressen zu lassen, weil durch alle Bevölkerungsschichten und alle Lebensverhältnisse des Südens ein unschlichtbarer Konflikt sich hindurchzog.

---

is not also a covert blow at the institution of Slavery itself, we shall be agreeably disappointed." ib. p. 49.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Druck von Max & Hermann in Leipzig.

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST
STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 C
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO
THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE F
WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE
DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENT
OVERDUE.

SEP 3 1937
FEB 21 1938
MAR 17 1938
DEC 15 1938
MAY 13 1940
JUN 10 1940
DEC 26 1940
APR 9 1941
JUN 5 1947

9Feb'53
JAN 3 1 19
9 May'6
REC'D
MAY 7

YC 08787

JK31
.H77
v.2

29917